Bismarcks Leben und Wirken.

Nach ihm selbst erzählt

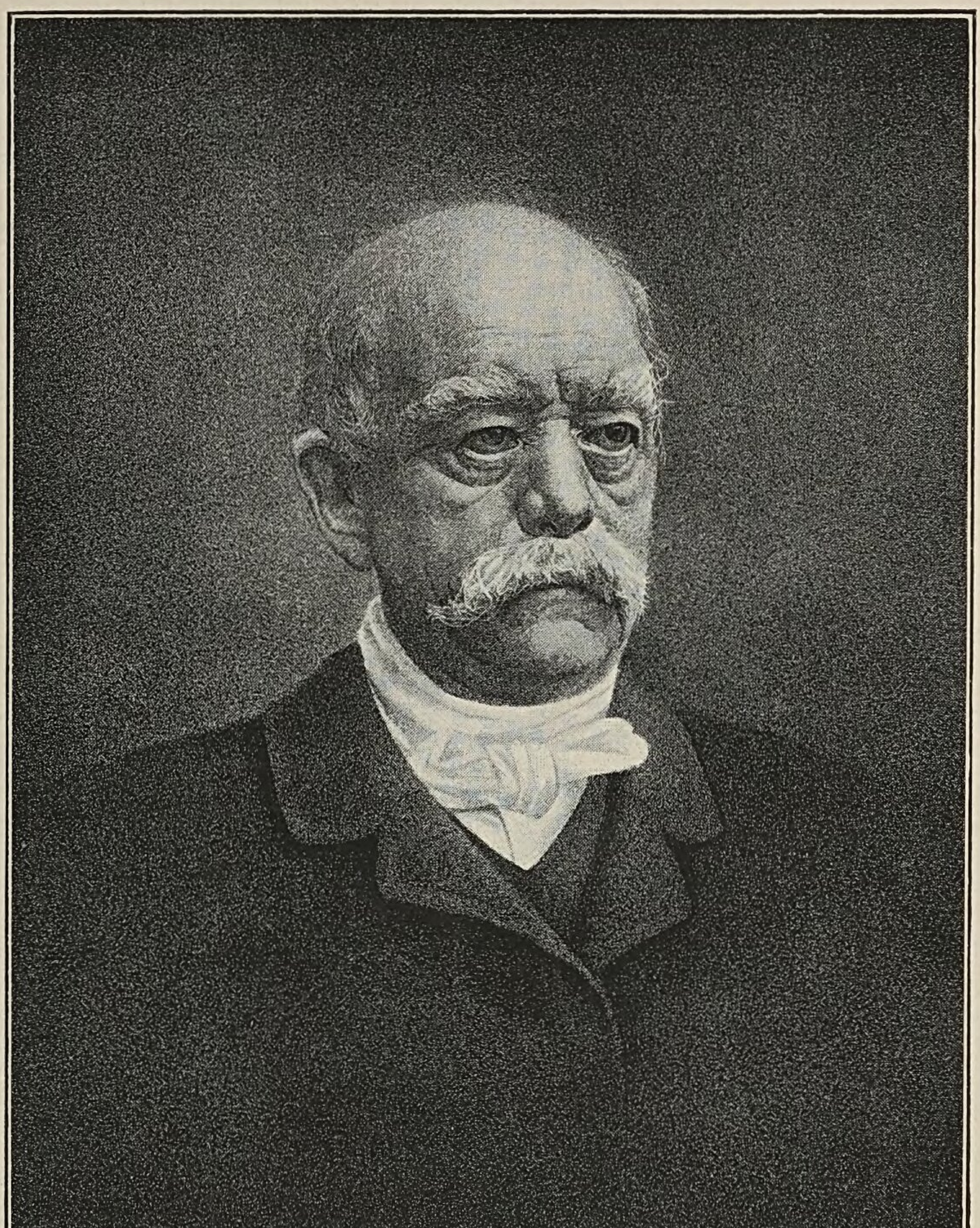
von

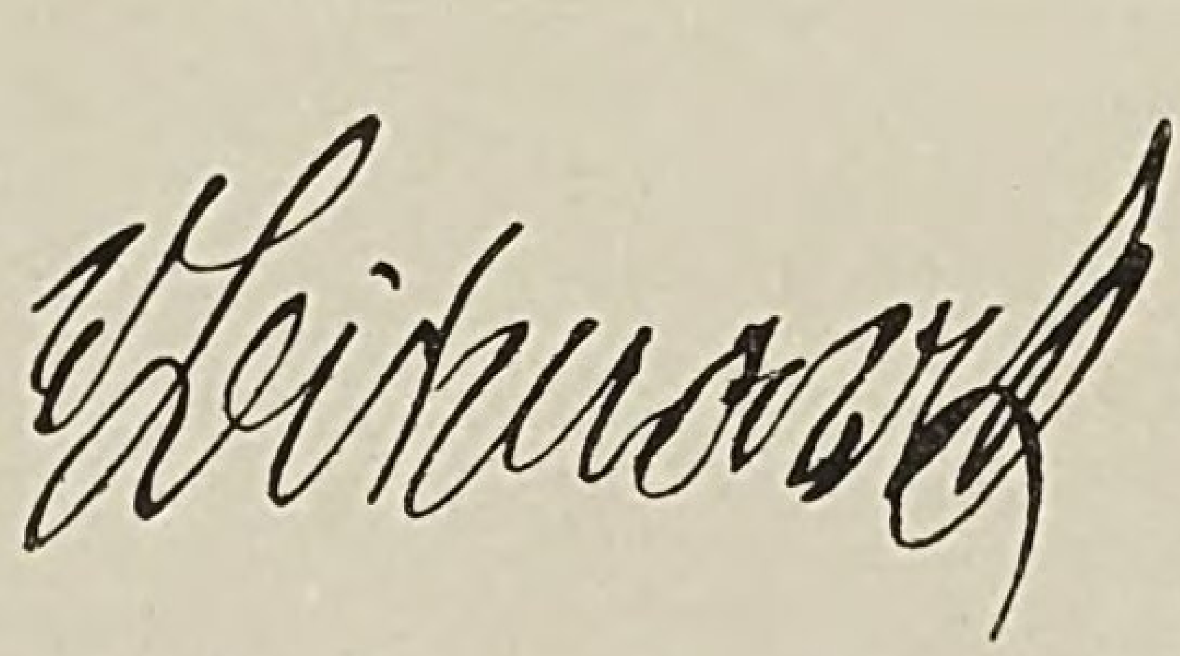
*   *   *

Mit 2 Porträts.

Leipzig 1894.
Rengersche Buchhandlung
Gebhardt & Wilisch.

Preis brosch. 8 Mark. In elegantem Liebhabereinband 10 Mark.





Nach dem Originale aus dem Verlag von Herm. Vogel in Leipzig.

Bismarcks Leben und Wirken

Nach ihm selbst erzählt

von

* * *

Mit 2 Porträts.

Leipzig 1894.
Rengersche Buchhandlung
Gebhardt & Wilisch.

Bismarcks Leben und Wirken.

Nach ihm selbst erzählt

von

* * *

Mit 2 Porträts.

Leipzig 1894.

Rengersche Buchhandlung

Gebhardt & Wilisch.

Vorwort.

Alle Welt sieht begreiflicher Weise mit Spannung den Memoiren entgegen, die von Fürst Bismarck nach seinem Tode erwartet werden. Handelt es sich doch um volle Aufklärung über eine der größten Epochen der Weltgeschichte, über die glänzendste Wendung der deutschen Geschichte und über den großen Staatsmann, der nicht allein mit genialer Begabung, sondern auch mit Hingabe seiner gesamten Kraft das deutsche Volk durch drei schwere Kriege hindurchgeführt, ihm die verlorene Einheit wieder gebracht, sein Werk endlich dadurch gekrönt hat, daß er nach außen in der Aufrichtung des Dreibundes ein Sicherungsmittel gegen zukünftige Gefahren aufgerichtet, nach innen den monarchischen Gedanken gefestigt und der Socialpolitik neue Bahnen angewiesen hat. Aber man könnte fast fragen, haben denn die Selbstbekenntnisse des großen Mannes, die er seit seinen frühesten Jahren über seine Wege und Ziele mündlich und schriftlich gegeben hat, für die zu erwartenden Memoiren noch viele Enthüllungen übrig gelassen? Fürst Bismarck hat in seiner langen und reichen Wirkungszeit Rückblicke auf Rückblicke auf seine Vergangenheit gehäuft, in Unterhaltungen am häuslichen Herde, in vertraulichen Briefen, wie in öffentlichen Reden und amtlichen Kundgebungen, er hat noch in seiner heutigen unfreiwilligen Mußezeit Enthüllung über Enthüllung über die wichtigsten Momente der deutschen Geschichte, die von ihm gemacht ist, gebracht, Thatsachen, die Irrtum oder böser Wille ihm untergeschoben, überraschend richtig gestellt, andere ergänzt und vervollständigt. Alle diese für die Geschichte unserer Zeit unentbehrlichen und kostbaren Mitteilungen finden sich in den mannigfachsten Werken verstreut, manches auch noch in vergessenen Zeitungsblättern vergraben, zum Teil auch nur in der mündlichen Tradition aufbewahrt. Noch niemals ist der Fall vorgekommen, daß die Geschichte eines Staatsmannes schon bei seinen Lebzeiten so aufgehellt worden ist, wie diejenige unseres Bismarck. Über Friedrich den Großen haben sich die Archive erst ein Jahrhundert nach seinem Tode erschlossen. Durch die Arbeiten von Poschinger, von Hahn, von Sybel und anderen liegt uns ein Material vor, das uns gestattet,

in die Arbeitsstätte eines noch Lebenden hineinzuschauen. Aber alles das findet eine wesentliche Ergänzung durch die Sammlungen der öffentlichen Reden und privaten Unterhaltungen, der publizierten Erlasse und privaten Schriftstücke Bismarcks. Wir erkennen daraus jede Schwierigkeit, mit der er zu kämpfen gehabt hat, und erkennen auch die Mittel, mit denen er diese Schwierigkeiten überwunden hat. Wir wissen, an wie gefährlichen Klippen er unser Staatsschiff vorbeigeführt hat. Fürst Bismarck selber hat uns bis in die letzte Tiefe des Hintergrunds seiner großen Thaten blicken lassen. Ist es da zuviel gewagt, eine Geschichte seines Lebens und Wirkens mit seinen eigenen Worten zu schreiben? Wir lassen ihn überall selber reden, und stellen nur hie und da den Zusammenhang zwischen seinen eigenen Mitteilungen her, von der frühesten Kindheit an alle Stadien seines Lebens hindurch bis zum Falle. Es ist gewiß ein einziges Werk, das wir liefern, eine Autobiographie Bismarcks, ein Buch von ihm — gewissermaßen — selbst verfaßt, oder doch nach seinem Diktat, d. h. nach seinen eigenen Aufzeichnungen und Erinnerungen geschrieben.

Wir haben uns leider viel Selbstbeschränkung auferlegen müssen — ein so reiches Leben läßt sich selbst auf dreißig Druckbogen nicht annähernd erschöpfen. Wir haben uns auch, um den Text der eigenen Mitteilungen Bismarcks nicht zu oft zu unterbrechen, erklärender Noten enthalten; sie sind einigermaßen in dem dem Buche angehängten Personen-Register nachgeholt. Wir übergeben das Buch mit der Bitte um Nachsicht, aber wir sind überzeugt, daß die große Gemeinde, die in Deutschland durch alle Wirren der Gegenwart hindurch ihre Treue dem verdienten Staatsmanne hält, mit Erquickung sich in die große Vergangenheit des Mannes zurückversetzt, wenn diese ihr von seiner eigenen Feder — sozusagen — vorgeführt wird.

Vielen Dank den freundlichen Mitarbeitern, die uns Beiträge geliefert haben, und unter denen wir gern speciell den Herrn Gymnasialdirektor Schultz in Charlottenburg nennen, der die Güte gehabt hat, uns seine interessante Unterredung mit dem Fürsten Bismarck vom 3. Mai 1885 behufs Veröffentlichung zu überlassen.

Berlin, 10. März 1894.

p. p.

Inhalt.

Die Vorfahren, Eltern und erste Kindheit Bismarcks.

Während des Krieges von 1870—71 bemerkte einmal der damalige Bundeskanzler Graf Bismarck: „Meine beiden Söhne setzen die Traditionen meiner und ihrer Vorfahren fort, sie kämpfen gegen Frankreich. Ich hätte 1795 geboren sein müssen, um 1813 mit dabei sein zu können. Seit der Schlacht (er nannte einen undeutlichen Namen, es mußte aber ein Treffen in den Hugenottenkriegen gemeint sein) ist keiner meiner Vorväter, der nicht den Degen gegen Frankreich gezogen hätte. Mein Vater und drei seiner Brüder. Dann war mein Großvater mit bei Roßbach, mein Eltervater gegen Ludwig XIV. in den kleinen Kriegen am Rhein, 1672 oder 1675. Dann fochten mehrere von uns in dem dreißigjährigen Kriege auf kaiserlicher Seite, andere freilich bei den Schweden. Zuletzt noch einer, der unter den Deutschen war, die als Mietsvölker auf der Seite der Hugenotten standen." „Einer — 's ist der auf dem Bilde in Schönhausen — das war ein origineller Mensch. Ich habe da noch einen Brief von ihm an seinen Schwager, da heißt es: „Das Faß Rheinwein hat mir selber achtzig Reichsthaler gekostet; wenn der Herr Schwager das zu teuer findet, so will ich, so Gott mir das Leben läßt, es selbst austrinken." Dann: „Wenn der Herr Schwager das und das behauptet, so hoffe ich, daß ich ihm, so Gott mir das Leben läßt, einmal noch näher an den Leib kommen werde, als ihm lieb ist." Und an einer anderen Stelle: „Ich habe zwölftausend Reichsthaler auf das Regiment verwendet und die verhoffe ich, so Gott mir das Leben läßt, mit der Zeit wieder herauszuwirtschaften," — das Herauswirtschaften, damit meinte er vermutlich, daß man sich damals auch für die Beurlaubten und für die sonst nicht vorhandenen Mannschaften den Sold bezahlen ließ. Ja, ein Regimentskommandeur stand sich zu jenen Zeiten anders als heute."

Bei einer anderen Gelegenheit erzählte Fürst Bismarck von seinem Urgroßvater August Friedrich, der bei Czaslau 17. Mai 1742 fiel: „Die alten Leute bei uns haben ihn," so berichtete er,

„meinem Vater oft noch beschrieben. Er war ein gewaltiger Jäger vor dem Herrn und ein starker Zecher. Er hat einmal in einem Jahre 150 Rothirsche geschossen, was ihm der Prinz Friedrich kaum nachthun wird, oder der Herzog von Dessau.“ — „Ich besinne mich, daß mir erzählt wurde, wie er in Gollnow stand, da aßen die Offiziere zusammen, die Küche führte der Oberst. Da wars Mode, daß bei Tisch fünf oder sechs Dragoner aufmarschierten auf dem Musikchor, die schossen zu den Toasten aus ihren Karabinern. Es waren da überhaupt seltsame Sitten. So zum Beispiel hatten sie statt der Latten einen hölzernen Esel mit scharfen Kanten, auf dem mußten die Dragoner, die sich was hatten zu schulden kommen lassen, sitzen — ein paar Stunden oft, eine sehr schmerzhafte Strafe. Und allemal am Geburtstage des Obersten und anderer, da zogen sie nach der Brücke und warfen den Esel hinein; es kam aber immer ein neuer. Sie hätten wohl hundertmal einen neuen gehabt, sagte die Bürgermeisterin (Name nicht zu verstehen, es klang wie Dalmer) meinem Vater.“ — „Dieser Eltervater — ich habe sein Bild in Berlin, — ich sehe ihm wie aus den Augen geschnitten aus; das heißt, wie ich jung war, da wars, wie wenn ich mich im Spiegel sähe.“

Auch über seine Abstammung vom alten Derfflinger hat Fürst Bismarck sich wiederholt geäußert. Der eben erwähnte Urgroßvater Bismarcks, August Friedrich von Bismarck, war mit einer Stephanie v. Dewitz verheiratet. Deren Sohn Alexander heiratete die Christiane Charlotte Gottliebe von Schönfeldt, eine Tochter der Sophie, Eleonore von Dewitz, die mit Hans Ernst von Schönfeldt auf Werben vermählt war. Stephanie und Eleonore waren Schwestern und durch diese beiden Urgroßmütter stammt Fürst Bismarck von dem berühmten preußischen Feldmarschall von Derfflinger ab, der als protestantischer Bauernsohn seine Heimat verließ, und seit 1654 im Dienste des Kurfürsten von Brandenburg, Friedrich Wilhelm, als Enkelinnen die genannte Stephanie von Dewitz und deren Schwester hinterließ. Der Reichskanzler sprach einmal von dieser Abstammung im Frühjahr 1884 gegen seine parlamentarischen Freunde und Gäste. Als nämlich an einem der Empfangsabende der große Silberhumpen, aus welchem das Bier eingeschenkt zu werden pflegt, leerer und leerer wurde, blickte einer der Anwesenden auf die vielen an dem Humpen angebrachten Bildnisse und Medaillons und fand endlich auch eins von dem alten Derfflinger darunter. Dem Reichskanzler war die erstaunte Miene des Abgeordneten nicht

entgangen, und lächelnd wandte er sich dem Parlamentarier mit den Worten zu: „Der — nämlich der alte Derfflinger — gehört eben auch zu den Bismarckschen Ahnen, und deshalb hat er dort an dem Humpen seinen Platz gefunden." Auf diese Weise wurde die Verwandtschaft zwischen dem Kanzler und dem großen Brandenburgischen Feldmarschall in weiteren Kreisen bekannt.

Im Jahre 1849 hatte Herr von Bismarck, als er noch simpler Abgeordneter war, seine kriegerischen Vorfahren gegen eine zweideutige Anspielung im Kladderadatsch zu verteidigen. In der Nummer vom 2. Dezember des genannten Jahres befand sich u. A. auch die Frage:

„Wo kommandierte doch im Jahre 1809 ein gewisser Herr von Bismarck?"

Was für eine Beschuldigung gegen einen älteren Bismarck hiermit ausgedrückt werden sollte, ist unbekannt. Wahrscheinlich bezog sie sich auf irrige Mitteilungen über einen der westfälischen Familie Bismarck angehörenden Bismarck, welcher nach Stiftung des Rheinbundes als württembergischer Offizier zum Neyschen Korps gehörte, übrigens sowohl als General, wie als Militärschriftsteller geschätzt war. Genug, jene unverständliche Anfrage hat den Anlaß zu dem folgenden Brief Bismarcks an E. Dohm, den Redakteur des Kladderadatsch gegeben:

> „Ew. Wohlgeboren haben mir in Ihrem geschätzten Blatte schon öfter die Ehre erwiesen, sich mit meiner Person zu beschäftigen, in der letzten Nummer wenden Sie Ihre Teilnahme auch meiner Familie zu, und freue ich mich, Ihre gefällige Anfrage, insoweit sie sich auf meine näheren Verwandten, die Angehörigen des Schönhauser Hauses bezieht, dahin beantworten zu können, daß im Jahre 1809 einer derselben das Brandenburgische Kürassierregiment kommandierte, ein anderer Major im ehemaligen Regiment Göcking-Husaren war und zwei sich als Offiziere beim Schillschen Korps befanden. Weniger Wert hat vielleicht für Ew. Wohlgeboren die Notiz, daß von den sieben Mitgliedern dieser Familie, denen es vergönnt war, an dem französischen Kriege teilzunehmen, drei auf dem Schlachtfelde blieben und die vier anderen mit dem eisernen Kreuz heimkehrten. Alle diejenigen meines Namens, welche nicht aus dem Schönhauser Hause abstammen, waren zu jener Zeit entweder westfälische oder, wie noch heut, nassauische und württembergische Unterthanen, und ist mir nicht bekannt, wo im Jahre 1809 einer von ihnen kommandiert hat. Sollte Ew. Wohlgeboren in Besitz näherer Data hierüber sein, so würde ich es dankbar erkennen, wenn Sie mir davon Mitteilung

machen wollten, da ich mich für die Geschichte meiner Familie auch in ihren etwa unerfreulichen Beziehungen interessiere."

Der militärischen Traditionen seiner Familie gedachte Fürst von Bismarck auch in dem Schreiben, das er am 24. Dezember 1872 an Kaiser Wilhelm I. richtete, und zwar zum Dank für das Weihnachtsgeschenk, das der Monarch ihm gemacht hatte und welches in der Miniatur-Kopie des Unter den Linden in Berlin befindlichen Reiterstandbildes Friedrichs II. bestand. Fürst Bismarck sagte in dem Schreiben:

„Mein Vater war 1785 bei den Leib-Karabiniers eingetreten und hat noch die Ehre gehabt, Friedrich dem Großen bei der Armee als Junker vorgestellt zu werden, bei welcher Gelegenheit der große König geruht hat, ihm das Beispiel seines Großvaters, des bei Czaslau gebliebenen Majors von Bismarck (von damals vakant von Schulenburg, später Bayreuth-Dragonern) in gnädig anerkennender Weise vorzuhalten.

Diese und viele andere aus dem Munde meines Vaters überkommene lebendige Mitteilungen aus Friedrich des Großen Zeit, welche das vor mir stehende Kunstwerk vergegenwärtigt, und zu denen ich eine wohlerhaltene Reihe von Briefen meines Großvaters aus den Feldlagern des siebenjährigen Krieges rechnen kann, bilden die dauernden Eindrücke meiner Kindheit, und ich habe jederzeit bedauert, daß es mir nach dem Willen meiner Eltern nicht erlaubt war, lieber vor der Front, als hinter dem Schreibtisch meine Anhänglichkeit an das angestammte Königshaus und meine Begeisterung für die Größe und den Ruhm des Vaterlandes zu bethätigen. Auch heut, nachdem Eure Majestät mich zu den höchsten staatsmännischen Ehren erhoben hat, vermag ich das Bedauern, ähnliche Stufen nicht als Soldat mir erstritten zu haben, nicht ganz zu unterdrücken. Verzeihen Ew. Majestät am heiligen Abend einem Manne, der gewohnt ist, an christlichen Gedenktagen auf seine Vergangenheit zu blicken, diese Aussprache persönlicher Empfindungen. Ich wäre vielleicht ein unbrauchbarer General geworden, aber nach meiner eignen Meinung hätte ich lieber Schlachten für Ew. Majestät gewonnen, wie die Generäle, die das Denkmal zieren, als diplomatische Campagnen. Nach Gottes Willen und nach Ew. Majestät Gnade habe ich die Aussicht, in Schrift und Erz genannt zu werden, wenn die Nachwelt die Erinnerung an Eurer Majestät glorreiche Regierung verewigt. Aber die herzliche Anhänglichkeit, die ich, unabhängig von der Treue jedes ehrlichen Edelmannes für seinen Landesherrn, für Eurer Majestät Person fühle, der Schmerz und die Sorge, die ich darüber empfinde, daß ich Eurer Majestät nicht immer nach Wunsch und nicht mehr mit voller Kraft dienen kann, werden in keinem Denkmal Ausdruck finden können, und doch ist es

nur dieses persönliche Gefühl in letzter Instanz, welches die Diener ihrem Monarchen, die Soldaten ihrem Führer auf Wegen wie Friedrich II. und Eure Majestät nach Gottes Ratschluß gegangen sind, in aussichtsloser Hingebung nachzieht. Meine Arbeitskraft entspricht nicht mehr meinem Willen, aber der Wille wird bis zum letztem Atem Eurer Majestät gehören."

Der Abkömmling so vieler Helden, die für das Vaterland gekämpft haben, durfte gleichwohl (im Jahre 1871) die Äußerung thun: „Ich habe etwas Leipziger Professorentum in den Adern." Seine Mutter, eine geborene Mencke, war die Enkelin eines Leipziger Professors.

Bismarck hat bei verschiedenen Gelegenheiten selbst erwähnt und hervorgehoben, wie lieb ihm die Stadt Leipzig sei, als gute, reichstreue Stadt. Er hat auch bei wiederholten Anlässen darauf hingewiesen, wie eng er sich mit Leipzig verbunden fühle durch seine Herkunft, insofern er von mütterlicher Seite aus einer Leipziger Gelehrtenfamilie, der Familie Mencke, stamme. Was aber über dieses letztere Verhältnis bisher in der Presse hier und da mitgeteilt worden ist, ist so dürftig und ungenau, daß unsere Leser es uns gewiß Dank wissen werden, wenn wir ihnen auf Grund sorgfältiger Forschungen darlegen, wie die Familienbeziehungen unseres Reichskanzlers zu Leipzig in Wahrheit gestaltet sind. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts wirkten an der Leipziger Universität zwei Professoren Namens Mencke: Otto Mencke und Lüder Mencke. Otto Mencke gehörte der philosophischen Fakultät an und ist namentlich berühmt geworden als Begründer der ersten kritischen Zeitschrift Deutschlands, der Acta Eruditorum, die zuerst 1682 erschien. Lüder Mencke war ein hervorragender Jurist seiner Zeit, in Leipzig insbesondere Lehrer des römischen und sächsischen Rechts. Diese beiden Professoren waren Vettern. Sie waren beide Söhne Oldenburger Kaufleute, die Brüder gewesen waren. Otto Mencke war am 22. März 1644 zu Oldenburg geboren, hatte in Leipzig und Jena studiert und sich dann in Leipzig habilitiert; Lüder Mencke war am 14. Dezember 1658 in Oldenburg geboren und hatte dann eine ähnliche Laufbahn durchgemacht. Otto Mencke starb in Leipzig am 18. Januar 1701, Lüder Mencke am 29. Juni 1726 in Leipzig, oder wahrscheinlicher Gohlis bei Leipzig; er war nämlich nach dem Tode seines zweiten Schwiegervaters, des Professors der Medizin und kursächsischen Leibarztes Dr. Horn, auch Erb-, Lehn- und Gerichtsherr von Gohlis geworden. Verfolgen wir nun die beiden

Linien einzeln weiter. Otto Mencke hatte einen Sohn, der wieder Professor in Leipzig war und der der berühmteste des ganzen Geschlechts geworden ist: Johann Burckhard Mencke. Dieser war am 8. April 1674 zu Leipzig geboren, war Schüler der Nikolaischule, studierte in Leipzig, machte dann große Reisen und wurde 1699 in Leipzig Professor der Geschichte, 1703 kurfürstlich sächsischer Historiograph. Er ist der Herausgeber des wichtigen, und noch heute unentbehrlichen Quellenwerks: Scriptores rerum Germanicarum, praecipue Saxonicarum, der Fortsetzer der Acta Eruditorum, der Begründer der „Neuen Zeitschrift von gelehrten Sachen" (seit 1715) und der Verfasser zahlreicher kleiner Schriften, unter denen wohl die berühmteste die Schrift: De Charlataneria Eruditorum geworden ist. Auch Gedichte gab er heraus, unter dem Namen „Phylander von der Linde". Verheiratet war er mit Katharina Margarethe Gleditsch, einer Tochter des Leipziger Buchhändlers Gleditsch. Gestorben ist er am 1. April 1752. Ein Sohn dieses berühmten Johann Burckhard Mencke war Friedrich Otto Mencke, geboren am 3. August 1708, gestorben in Leipzig am 14. März 1754. Dieser war Jurist, Ratsherr in Leipzig und ebenfalls Fortsetzer der Acta Eruditorum. Aus dieser Linie aber stammt Fürst Bismarcks Mutter nicht ab, sondern aus der Linie Lüder Mencke. Dieser hatte einen Sohn, Gottfried Ludwig Mencke, geboren am 28. Juli 1689, der Professor der Jurisprudenz in Wittenberg war und 1744 dort starb. Der Enkel Lüder Menckes, der ebenfalls Gottfried Ludwig hieß, war am 17. Mai 1712 in Leipzig geboren, wurde 1748 Professor der Jurisprudenz in Leipzig, folgte aber 1749 einem Rufe an die Universität in Helmstädt und starb dort am 24. Oktober 1762. Dessen Sohn war wiederum Anastasius Ludwig Mencke, geboren am 2. August 1762 in Helmstädt. Dieser studierte in Leipzig Jurisprudenz und betrat dann die diplomatische Laufbahn; er wurde unter Friedrich dem Großen Kabinettssekretär und starb am 5. August 1801 als Kabinettsrat in Potsdam. Seine Tochter, Louise Wilhelmine Mencke, war Fürst Bismarcks Mutter. Sie war am 24. Februar 1790 geboren und vermählte sich am 7. Juli 1806 mit dem Rittmeister a. D. Karl Wilhelm Ferdinand v. Bismarck.

Fürst Bismarck hat uns über seine Mutter einige interessante Mitteilungen gemacht. Am 18. Februar 1873 wandte sich Dr. Eduard Dürre an den Fürsten Bismarck in einem Schreiben, in welchem er dem Reichskanzler die Erinnerungen mitteilte, die er

aus einem Aufenthalt in Schönhausen sechzig Jahre vorher bewahrt hat. Fürst Bismarck versah diese Mitteilung mit Bleistift-Notizen und Korrekturen, in dieser Form wurden die Erinnerungen in einem biographischen Werke des Dr. Ph. Ed. Dürre, herausgegeben von Dr. C. F. Dürre, veröffentlicht. Im Februar 1813 zog Dürre, „ein Berliner Kind", mit 2 Mitturnern, darunter zwei Söhne des Staatsrats Thaer, von Berlin nach Breslau, um dort in das Lützowsche Korps zu treten. Mit demselben kam er während des Waffenstillstandes nach Schönhausen in Standquartier. Damals lebten zwei Bismarcksche Familien in Schönhausen, die eine ziemlich in der Mitte des Ortes in einem Schlosse, dessen Besitzer als Eskadronchef der Lützower bei Kitzen gefangen genommen worden war, bei der von kleinen Kindern umgebenen Wirtin war Fr. Ludw. Jahn einquartiert. Aus dem Schreiben Dürres heben wir die folgenden Stellen hervor, indem wir bemerken, daß die eingeklammerten Stellen eigenhändige Notizen des Fürsten Bismarck sind:

„In dem anderen nahegelegenen Schlosse (mein Haus) wohnte der Führer der vierten Kompagnie, Herr v. Dalwigk aus Kurhessen, der liebenswürdigste Mann von der Welt und der tapferste Soldat. Ihn besuchte ich einige Male im Schloß, fand ihn eines Nachmittags mit der Besitzerin in einer, ich weiß nicht mehr, ob durch Bäume oder Hecken gebildeten Allee (jetzt alte Lindenallee), an deren nach meinem Exerzierplatz zeigenden Ende an einer Mauer (steht noch) eine Scheibe zum Pistolenschießen angebracht war — von Dalwigk war ein sehr geübter Pistolenschütze, allein die Dame des Hauses hatte bei mehrmaligen Versuchen ebenfalls ein sicheres Auge und eine feste Hand gezeigt (richtig). Der sechzehnjährige Oberjäger, als ich, war entzückt von der reizenden, schlanken und bei aller Freundlichkeit doch eine große Bestimmtheit in ihren Zügen tragenden Dame. Es darf daher wohl nicht verwundern, daß er sich so lebhaft derselben erinnert, und bei jeder Gelegenheit sich überreden wollte, diese und keine andere Dame sei die Mutter (ja) des so hochgefeierten Staatsmannes gewesen, den In- und Ausland bewundern. — Darf der Schreiber dieser Zeilen um Eines bitten, so wäre es: Fürst Bismarck Durchlaucht möchte ihm eigenhändig die Worte zukommen lassen: es war — oder es war nicht meine Mutter. (Es war meine Mutter und ich freue mich, daß sie in gutem Gedächtnis lebt.)"

Schon früh wurde bekanntlich der kleine Otto in der Welt umhergeworfen. Als er kaum ein Jahr alt war, verließen seine Eltern Schönhausen und siedelten nach ihrem pommerschen Gute Kniephof über. Von da kam er schon im zartesten Alter wiederholt

zum Besuch nach Berlin. Fürst Bismarck erinnert sich noch heute des Brandes des Berliner Schauspielhauses.

„Ich bin damals ungefähr drei Jahre alt gewesen, es war am Gendarmenmarkt auf der Mohrenstraße gegenüber dem Hotel de Brandebourg an der Ecke, eine Treppe hoch, da wohnten damals meine Eltern. Von dem Brande selbst weiß ich nicht, daß ich ihn gesehen hätte. Aber als Egoist weiß ich — vielleicht auch nur, weil man mir's hernach oft erzählt hat, wir hatten da vor den Fenstern noch so eine Stufe, auf der Stühle und der Nähtisch meiner Mutter standen. Und wie es brannte, da stieg ich hinauf und hielt an der einen Seite meine Hände an die Scheiben und zog sie gleich zurück, weil es heiß war. Hiernach ging ich an das rechte Fenster und machte es ebenso". — „Dann erinnere ich mich noch, daß ich einmal fortlief, weil mein älterer Bruder mich schlecht behandelt hatte. Ich kam bis auf die Linden, da fingen sie mich wieder ein. Ich hätte eigentlich Strafe bekommen sollen, es wurde aber Fürsprache für mich eingelegt." — Dann sprach er davon, daß er von seinem sechsten bis zu seinem zwölften Jahre in Berlin im Plamannschen Institut, einer nach den Grundsätzen Pestalozzis und Jahns eingerichteten Erziehungsanstalt gewesen und daß er sich an die dort verlebte Zeit ungern erinnere. Es habe dort ein künstliches Spartanertum geherrscht. Niemals habe er sich satt gegessen, ausgenommen wenn er einmal ausgebeten gewesen sei. Immer habe es im Institut „elastisches" Fleisch gegeben, nicht gerade hart, aber der Zahn konnte damit nicht fertig werden. Und Mohrrüben — „roh aß ich sie recht gern, aber gekocht und harte Kartoffeln darin, viereckige Stücke!"

Mehrfach hat Fürst Bismarck in späteren Jahren diese Anstalt als ein „Zuchthaus" bezeichnet, das ihm den Genuß seiner jungen Jahre verdorben habe. Hesekiel weiß zu berichten, daß Otto das Herzblatt und der Verzug des Hauses gewesen sei. Auch wird uns von des Fürsten nächster Umgebung versichert, dem sei wirklich so gewesen, Otto habe im elterlichen Hause keine Schläge erhalten, der Vater zumal habe ihn höchlich durch Liebe verwöhnt. Andererseits ist auffallend, daß der Fürst sich oftmals über seine strenge Erziehung sehr herbe ausgesprochen hat. Unter anderem äußerte er noch im Jahre 1872 folgendes, was wenigstens an sich schon höchst frappant genannt werden muß: „Meine Geschlechtsfolge," sagte er, „besteht aus der Abwechselung einer geprügelten mit einer prügelnden Generation. Die Geprügelten, zu denen gehöre ich —

es waren die Gelehrten, die Büchersammler; — sie vermehrten die Hausbibliothek. Da sie hart erzogen worden, machten sie es an ihren Kindern durch Liberalität wieder gut. Unsere Kinder natürlich sehen aber wieder ein, daß man sie hätte straffer zügeln müssen, und prügeln unsere Enkel!" — Hierin liegt ein greller Widerspruch mit den vorerwähnten Angaben, aber nur ein scheinbarer. Beides nämlich hatte bei Otto von Bismarck statt, anfänglich eine liebevolle, überaus verwöhnte Erziehung im Elternhause, und dann eine rauhe — wohl bis ans Rohe streifende — außer demselben, d. h. in der Plamannschen Anstalt.

Fürst Bismarcks Erinnerungen an die ersten Jahre in Berlin sind sehr mannigfaltig. Er erzählte einmal:

„Als ich noch ganz klein war, da wurde einmal ein Ball oder so was der Art gegeben, und als sich die Gesellschaft zum Essen setzte, suchte ich mir auch einen Platz und fand ihn in irgend einer Ecke, wo mehrere Herren saßen. Die wunderten sich über den kleinen Gast, drückten sich aber dabei französisch aus. Wer das Kind wohl sein möchte? „C'est peut-être un fils de la maison ou un fi —", da sagte ich ganz dreist „C'est un fils, Monsieur", was sie nicht wenig in Erstaunen setzte."

„Ich besinne mich, obwohl ich damals auch noch sehr klein war, es muß im Jahre 1821 oder 1822 gewesen sein, — da waren die Minister noch sehr große Tiere, angestaunt, geheimnisvoll. Da war einmal bei Schuckmann große Gesellschaft, was man damals Assemblee nannte. Was war der als Minister für ein schrecklich großes Tier! Da gingen meine Eltern auch hin, ich weiß noch wie heute. Meine Mutter hatte lange Handschuhe an, bis hierher (er zeigte es am Oberarm), ein Kleid mit kurzer Taille, aufgebauschte Locken zu beiden Seiten und auf dem Kopfe eine große Straußenfeder."

„Später war da ein Gesandter in Berlin, der gab auch solche Bälle, wo bis um 3 Uhr getanzt wurde, und wo es nichts zu essen setzte. Da weiß ich, daß ich und ein paar gute Freunde oft hingingen, zuletzt lehnten wir jungen Leute uns auf. Als es spät wurde, zogen wir Butterbrote aus der Tasche und verzehrten sie. Hernach, das nächste Mal, da gab es zu essen, aber wir waren nicht wieder eingeladen."

In seinem zwölften Lebensjahre kam Otto von Bismarck aufs Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, wo er in die Untertertia aufgenommen wurde, während sein Bruder Bernhard bereits Sekun-

daner war. Er wohnte nun mit diesem zusammen in der Wohnung, die seine Eltern in Berlin (Behrenstr. Nr. 53) inne hatten. Zum Winter pflegten diese selber nach Berlin überzusiedeln, im Sommer aber sorgte „Trine Neumann", die treue Köchin, mütterlich für die jungen Herren. Noch vor wenigen Jahren erzählte der Reichskanzler in scherzender und doch dankbarer Erinnerung:

„Trine Neumann stammte von meinem väterlichen Gute Schönhausen in der Altmark. Sie hatte uns Jungen herzlich lieb und that alles, was sie uns an den Augen absehen konnte. So machte sie uns zu Abend fast immer unser Leibgericht: Eierkuchen. Wann wir gegen Abend ausgingen, ermahnte Trine Neumann uns regelmäßig: ‚Bliewt hüt nich so lange ut, dat min Kauken nich afbacken,' und regelmäßig, wenn wir endlich nach Hause kamen, hörten wir die gute Trine schon von weitem wie ein Rohrsperling schimpfen: ‚Na wart, Jungens, ut euch wart in'n Leben nix Vernünftiges — die Kauken sind all wedder afbackt!' Aber der Zorn der guten Trine war immer bald verraucht, wenn sie sah, wie vortrefflich ihre ‚afbackten Kauken' uns Jungen schmeckten."

Am 31. März 1830 wurde Otto von Bismarck in der Dreifaltigkeitskirche zu Berlin von dem berühmten Professor und Prediger Schleiermacher konfirmiert. Der Religionsunterricht desselben blieb nicht ohne Eindruck auf ihn. „Noch weiß ich genau," erzählte er einmal, „das Plätzchen in der Kirche, wo ich unter den Konfirmanden gesessen habe, und als ich dann aufgerufen wurde, und vor den Altar treten sollte, pochte mir gewaltig das Herz."

Schon bei seiner Aufnahme in das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium hatte der junge Bismarck das besondere Wohlgefallen des Lehrers Dr. Bonnell erregt. Als einige Jahre darauf Otto von Bismarck das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium mit dem Gymnasium zum grauen Kloster vertauschte, da fügte es sich, daß auch Bonnell als Professor an das graue Kloster versetzt wurde, und Ostern 1831 kam Bismarck ganz zu Bonnell in Pension. Noch als gereifter Mann und mächtiger Kanzler hat Bismarck die Dankbarkeit gegen seinen alten treuen Lehrer niemals vergessen. Nach dem Kriege 1866 erinnerte eines Tages Direktor Bonnell den Bundeskanzler an seine früheren Geschichtsstunden und fügte hinzu: „Ew. Excellenz haben nun selbst einen schönen Teil unserer vaterländischen Geschichte geschrieben." „Das nicht," versetzte der Kanzler abwehrend, „aber doch etwas von ihren Fäden gesponnen."

Mit Dankbarkeit gedachte Fürst Bismarck seiner Schulzeit

auch in dem Schreiben, das er am 25. Dezember 1884 an das Lehrerkollegium des Gymnasiums zum grauen Kloster richtete, von welchem ihm eine Ergebenheitsadresse zugegangen war. Dieses Schreiben lautete:

„Euer Hochwohlgeboren und Ihrer Herren Kollegen Schreiben vom 18. d. Mts. habe ich erhalten. Wenn ich ungeachtet der Unmöglichkeit, die mir zugegangenen wohlwollenden und ehrenvollen Kundgebungen einzeln zu beantworten, dennoch das Bedürfnis emfinde, der Ihrigen gegenüber eine Ausnahme zu machen, so werde ich dabei von der Erinnerung geleitet, welche mich mit dem Gymnasium zum grauen Kloster verbindet, aus einer Zeit, die mit Ostern 1832 abschloß, und während welcher der Vater meines ebenfalls schon zu den Vätern versammelten Kommilitonen Ernst Köpke, Direktor, und der ältere Professor Bellermann, Ordinarius von Prima war. An das Gefühl meiner Dankbarkeit für die den Herren Unterzeichnern Ihres Schreibens vorangegangene Lehrer-Generation knüpfe ich gern den Ausdruck meines Dankes für die sympathische Begrüßung, mit der die Nachfolger meiner Lehrer mich beehrt haben. von Bismarck."

Als im März 1869 die beiden Söhne des Reichskanzlers, Wilhelm und Herbert, die Abiturientenprüfung auf dem Friedrichswerderschen Gymnasium bestanden, lud der Vater am 9. März die Prüfungskommission des Gymnasiums zu Tische. Die Unterhaltung bewegte sich ungezwungen, wie gewöhnlich, da erhob sich der Kanzler mit dem Glase und sprach etwa folgendes:

„Vor 38 Jahren um dieselbe Zeit habe ich das Abiturientenexamen bestanden, und zwar vor demselben und unter Leitung desselben Mannes, der jetzt meine beiden Söhne zu gleichem Ziel geleitet hat. Ich weiß, was ich ihm verdanke. Mögen auch meine Söhne ihm ein dankbares Andenken bewahren. Indem ich Sie, verehrte Anwesende, auffordere, auf das Wohl meines alten, lieben Lehrers, des Direktor Bonnell, anzustoßen, verbinde ich damit zugleich den Dank an die übrigen Lehrer meiner beiden Söhne."

Die Studien-, erste Beamten- und Ehestandszeit.

Über seine wissenschaftlichen und sonstigen Neigungen auf der Schule hat sich Fürst Bismarck in späteren Jahren ebenfalls oft ausgesprochen. Man hörte ihn z. B. einmal der Lieblingslektüre seiner Jugend, des bekannten „Theatrum Europaeum" gedenken. Im übrigen sprach er sich noch vor kurzem gegen den Maler

Lenbach über seinen Mangel an künstlerischem Sinn aus. Bei der langen Pfeife eines Abends war es, daß das Gespräch mit demselben auf das Thema „Musik“ kam. Ganz unverhohlen gestand Fürst Bismarck ein, daß er durchaus unmusikalisch sei. Er habe niemals, wie sich dessen jeder Gymnasiast aus guter Familie rühmen könne, Klavierspielen gelernt. Kurze Zeit habe er wohl Unterricht gehabt, aber nichts davon profitiert, da er kein Interesse dafür gehabt habe. Ihm seien beim Lesen der Noten stets die Thränen in die Augen getreten, und während er als neugebackener Quartaner vermöge seines guten Gedächtnisses das griechische Alphabet in einer halben Stunde kapiert habe, sei es ihm stets sehr sauer geworden, die schwarzen Köpfe mit den Strichen und Vorzeichen von einander zu unterscheiden. Kurzum, er habe kein musikalisches Gehör, und auch keinen Sinn dafür. Am liebsten hätte er stets eine gute italienische Drehorgel gehört, auch eine Handharmonika, wie sie die jungen Burschen auf dem Lande spielen, klinge ihm sehr angenehm. Oper und Singakademie seien ihm unbekannte Aufenthaltsorte. Sehr gern höre er noch das der menschlichen Stimme am meisten ähnliche Cello. Er habe einmal die Oper „Troubadour“ gehört, es sei ihm unbegreiflich, daß so ein junger Mann, wie der „Manrico“ ein Don Juan sein könne, er sei überhaupt kein Freund der Tenoristen, wohl aber finde er an einem guten Basse und einem gesunden Kalauer Gefallen.

Bei einer anderen Gelegenheit bemerkte der Fürst, daß er als junger Mann ein rascher Läufer und tüchtiger Springer gewesen, dagegen seien seine Söhne ungewöhnlich muskelstark in den Armen. Im persönlichen Kampfe möchte er sich mit denen nicht versuchen.

Über seine Liebe zur Natur von Kindheit an, über seine Schwärmerei für Buchenwälder unserer nordischen Küste sind viele Äußerungen des Fürsten Bismarck bekannt. Er bemerkte einmal, daß er Gebirgsgegenden nicht sehr liebe, erstens wegen der im Thale gewöhnlich beschränkten Aussichten, dann wegen des Auf- und Absteigens. „Ich bin mehr für die Ebene, wenn auch nicht gerade für die bei Berlin. Aber kleine Hügel mit hübschem Laubwald, schnelle, klare Bäche, wie in Pommern und überhaupt an der Ostsee.“

Welchen Stand wollte Bismarck ergreifen, als er auf der Schule war? Wir haben schon aus dem oben mitgeteilten Schreiben Bismarcks an den Kaiser vom 24. Dez. 1870 gesehen, daß er am liebsten in das Heer eingetreten wäre. Auch der bekannte amerika-

nische General Sheridan, welcher 1870 das Deutsche Hauptquartier begleitete, berichtet aus einer Unterhaltung mit dem Fürsten Bismarck, derselbe habe ihm vertraulich mitgeteilt, daß er die diplomatische Karriere nur mit Widerwillen ergriffen habe. Er träumte immer davon, Soldat zu werden. Aber auch darin mußte er dem Willen seiner Familie weichen. — Busch erwähnt in seinem bekannten Buche die Äußerung Bismarcks: „Wenn ich Offizier geworden wäre, — ich wollte ich wäre es — so hätte ich jetzt eine Armee, und da standen wir nicht mehr vor Paris.“ —

Er erzählte auch, daß ein Verwandter, der bei seinen Eltern viel gegolten, der Finanzrat Karl, Anlaß gewesen sei, daß er in Göttingen studiert habe. Er wäre da an den Professor Hausmann gewiesen worden und hätte Mineralogie studieren sollen. „Man dachte wohl an Leopold von Buch und stellte sich's schön vor, wie der durch die Welt zu gehen und mit dem Hammer Steine von den Felsen abzuschlagen. Es kam aber anders. — Es wäre besser gewesen, man hätte mich nach Bonn geschickt, da hätte ich Landsleute getroffen. In Göttingen hatte ich keinen Landsmann und so bin ich mit meinen Universitätsbekannten nicht eher wieder zusammengetroffen, als mit einigen durch den Reichstag.“ — Man nannte einen dieser Bekannten, Miers aus Hamburg, und der Minister sagte: „Ja, ich entsinne mich, der schlug links, aber er konnte nicht viel.“

Auf seine Universitätszeit ist Fürst Bismarck häufig zu sprechen gekommen. Er erzählte einmal (1870), daß er als Göttinger Student achtundzwanzig Mensuren gehabt habe und immer gut davon gekommen sei. — Jemand sagte: „Aber einmal haben Excellenz doch was abgekriegt. Wie hieß doch der kleine Hannoveraner? — Biedenfeld.“ Er erwiderte: „Biedenweg, ja, aber klein war er auch nicht, fast so groß als ich. Das kam aber bloß davon, daß seine Klinge absprang, die wahrscheinlich schlecht eingeschraubt war. Die fuhr mir ins Gesicht, und blieb stecken. Sonst habe ich niemals was bekommen. — Doch, einmal, in Greifswald war's nahe daran. Da hatten sie eine solche wunderliche Kopfbedeckung eingeführt — wie ein Kaffeebeutel von Filz — auch hatten sie Glockenschläger, an die ich nicht gewöhnt war. Ich aber hatte mir in den Kopf gesetzt, ich wollte dem Gegner die Spitze von seinem Kaffeebeutel abhauen, und da gab ich mich bloß, und sein Hieb pfiff mir ganz nahe am Gesicht, doch bog ich mich noch zur rechten Zeit zurück.“

„In Göttingen" — fuhr er fort — „nannte ich einmal einen Studenten einen dummen Jungen. Als er dann zu mir schickte, sagte ich, mit dem dummen Jungen hätte ich ihn nicht beleidigen wollen, sondern bloß meine Überzeugung auszusprechen beabsichtigt."

Später wandte sich das Gespräch der Entwickelungsgeschichte der deutschen Frage zu und da bemerkte Fürst Bismarck u. a.: „Ich erinnere mich, vor dreißig und mehr Jahren in Göttingen, da wettete ich einmal mit einem Amerikaner, ob Deutschland in zwanzig Jahren einig sein würde. Wir wetteten um fünfundzwanzig Flaschen Champagner, die der geben sollte, der gewönne. Wer verlor, sollte übers Meer kommen. Er hatte für nicht einig gewettet, ich für einig. Darauf besann ich mich 1853 und wollte hinüber, um meine verlorene Wette zu bezahlen. Wie ich mich aber erkundigte, war er tot. Er hatte gleich so einen Namen, der kein langes Leben versprach — Coffin, Sarg. Das Merkwürdigste dabei ist, daß ich damals — 1833 — schon den Gedanken und die Hoffnung gehabt haben muß, die jetzt mit Gottes Hilfe wahr geworden ist, obwohl ich damals mit den Verbindungen, die das wollten, nur im Gefechtszustande verkehrte."

„Als ich im Jahre 1832 die Universität bezog, sagte Bismarck in späterer Zeit, empfand ich mehr burschenschaftlich als landsmannschaftlich, und nur rein äußerliche Umstände bewahrten mich, in diese Bewegung hineingezogen zu werden. Damals war auf dem märkischen Sandboden das Gefühl der deutschen Nationalität nicht so absolut fremd, daß ein irgendwie lebendiger Geist nicht in diesem Sinne empfunden und gewirkt hätte. Ich bin an dieser Konsequenz gehindert worden durch meine Familienbeziehungen."

In Jena sagte Bismarck bei Gelegenheit seiner Begrüßung 1892:

„Zustimmungen aus Thüringen seien ihm besonders lieb; dieses Land habe in der vergangenen Zeit unter der Zerrissenheit am meisten zu leiden gehabt, darum habe auch hier der Einheitsgedanke früh starke Wurzeln geschlagen. Seinen Ausdruck habe er bereits in der Gründung der deutschen Burschenschaft gefunden, einer edeln, wenn auch damals noch verfrühten Bestrebung für die deutsche Einheit. Gerade in Jena sei dieser Gedanke immer lebendig geblieben, dieser Gedanke, dessen Verwirklichung er Zeit seines Lebens seine ganze Kraft geweiht habe. Was die von dem Vorredner berührte Sage betreffe, so sei dieselbe historisch. Er habe als Student Thüringen mehrfach kennen gelernt und sich an seiner schönen Natur erfreut; er denkt namentlich gern an die Tage zurück, wo er als Göttinger Student — vor sechzig

Jahren — nach Jena gekommen sei. Die Ausweisung aus dieser Stadt sei thatsächlich richtig; aber sie sei erfolgt noch vor Beginn eines beabsichtigten Zweikampfes, den die akademischen Behörden rechtzeitig entdeckt hätten. Mit anderen Teilnehmern habe er das Schicksal der Ausweisung geteilt."

Über Korpsleben sagte Bismarck in einem Briefe an den Intendanturrat Zander in Posen 1881:

„Ich teile die Anschauungen der Herren, welche eine Reform des Korpslebens beabsichtigen, vollständig, und habe schon zu der Zeit, wo meine Söhne studierten, vergeblich versucht, durch die Universitäts-behörden in ähnlichem Sinne auf das Korpsleben einzuwirken. Es würde mich freuen, wenn auf dem jetzt beabsichtigten Wege bessere Erfolge erzielt würden, und ich hoffe dies um so mehr, als das ins Auge gefaßte Ziel kein weitgestecktes ist, sondern meines Erachtens eher hinter dem Wünschenswerten zurückbleibt.

Ich habe als Student an dem Korpsleben teil genommen und angenehme Erinnerungen daran gewahrt, vielleicht nur deshalb, weil damals die Eisenbahnen und die Auswüchse, welche durch die Leichtig-keit des Verkehrs hervorgerufen werden, noch nicht vorhanden waren. Die dem deutschen Charakter seit Jahrtausenden eigentümliche Neigung, durch Auszüge in die Ferne seine Kampfeslust zu befriedigen, sollte meiner Ansicht nach für das Universitätsleben nach Möglichkeit ein-geschränkt, und letzteres, soweit es durch Kneipen und Mensuren be-dingt wird, lokalisiert bleiben. Die finanziellen sind wohl noch die geringsten der Schäden, welche der Student erleidet, wenn er Geschäfts-reisender der Firma seines Korps wird. Ich suche in diesen Über-treibungen des Korpslebens einen der Gründe für die Wahrnehmung, daß diejenigen Studenten, welche Mangel an Mitteln oder an Neigung vom Korpsleben zurückhielt, in der Regel für das praktische Leben auf dem Gebiete des Wissens gründlicher vorbereitet sind. Es ist dies ein Ergebnis, welches unserer staatlichen Zukunft nicht zum Vorteil gereicht."

Fürst Bismarck ist als weiland Bruder Studio durch einige interessante universitätliche Dokumente geschildert in einem vordem erschienenen Buche „Kulturgeschichtliche Bilder aus Göttingen" von Dr. Meyer. U. a. ist darin das Göttinger Abgangszeugnis des flotten Studiosus Otto von Bismarck abgedruckt, welches lautet:

„Wir Prorektor und Senat der Königlich Großbritannisch-Hannoverschen Georg-August-Universität bezeugen hierdurch, daß der Studierende Leopold Eduard Otto von Bismark (der Name ist so, also nicht richtig geschrieben), aus Schönhausen am 10. Mai 1832 als der Rechte Beflissene unter die Zahl der hiesigen Studierenden aufgenommen ist, und sich von der Zeit an bis jetzt

Studierens halber hierselbst aufgehalten hat. Hinsichtlich seines Betragens wird bemerkt, daß, außer einigen weniger erheblichen Rügen, zehn Tage Karzer wegen Gegenwart bei einem Pistolenduell, sodann, neben der bedingten Unterschrift des Consilii abeundi, drei Tage Karzer wegen Gegenwart bei einem Duell und viertägiges strenges Karzer wegen Überschreitung des für die Gesellschaften der Studierenden vorgeschriebenen Regulativs gegen ihn erkannt worden sind.

Gegeben unter meiner, des jetzigen Prorektors Unterschrift und unter Beidrückung des Universitäts-Siegels."

Über das Verhältnis des Reichskanzlers zu seinem Göttinger Korps „Hannovera" sind infolge eines Artikels der welfischen „Deutschen Volkszeitung" vor einiger Zeit Mitteilungen durch die Presse gegangen, welche den wirklichen Thatsachen in keiner Weise entsprechen. Das Korpsband ist dem Fürsten nicht, wie behauptet war, entzogen, weder 1866, noch später, schon aus dem Grunde nicht, weil das Korps 1866 nur fast aus norddeutschen Nicht-hannoveranern bestand, die politisch durchaus auf preußischer Seite standen, wenn auch Politik im Korps nicht getrieben wird. In späteren Jahren hat der Reichskanzler nicht nur wiederholt in sehr regem brieflichen Verkehr mit dem Korps gestanden, sondern demselben auch sein Porträt, ein vortreffliches Ölgemälde verehrt. Alte Herren-Beiträge zahlt er gar nicht, also auch nicht den ihm zugeschriebenen geringsten Beitrag von 15 Mk., da solche Beiträge nur zehn Jahre lang gezahlt werden. Ebensowenig vermeidet er bei seinen Reisen den Weg über Göttingen, da er u. a. auf der Reise nach Kissingen am 30. Juli 1883 Göttingen passierte, und auf dortigem Bahnhofe sich längere Zeit mit dem Senior seines alten Korps, welches zur Begrüßung erschienen war, unterhielt, wobei er seine Freude darüber aussprach, die „alten Hannoveraner" wiederzusehen.

Fürst Bismarck bedauerte damals, der Einladung seines Korps zu dessen im Jahre 1875 abgehaltenen 50jährigen Stiftungsfeste nicht haben folgen zu können und sprach von seinen alten Korpsbrüdern Oldecop, Humäus und Wuthmann, von denen er letzteren in Berlin vor einigen Jahren wiedergesehen habe. Und nicht nur seinem alten Korps, sondern auch der Universität, welche ihm an seinem 70. Geburtstage in einem von Rudolf von Ihering verfaßten und in den von Dove herausgegebenen „Gedenkblättern historisch-politischen Inhalts aus der ‚Georgia Augusta' abge-

druckten Diplom zum Ehrendoktor der Rechte promovierte, sowie der Stadt Göttingen, deren Ehrenbürger er ist, hat Fürst Bismarck stets sein warmes Interesse bewiesen, wie er schon in einem am 30. Juni 1871 nach Göttingen gesandten Briefe schrieb: „Ich bitte Sie, sich der Fortdauer meines lebendigen, von meinen Jugenderinnerungen untrennbaren Interesses für das Gedeihen der Stadt und Universität Göttingen versichert halten zu wollen.“ Die Angaben des Welfenblattes waren also aus der Luft gegriffen.

Man hat viel von Bismarcks „wildem Studentenleben“ gefabelt. Allerdings hat er manchen kecken, wenn man sagen will, auch wilden Streich ausgeführt. Aber vieles, was man erzählt, ist übertrieben. Am 70. Geburtstag des Reichskanzlers machte der damalige Berliner Universitätsrektor Dernburg bei einem Studentenkommers die folgende Mitteilung: „Der Berliner Universität hat Bismarck drei Semester angehört. Die Universität Göttingen hielt ihm damals das Abgangszeugnis zurück, ein halbes Jahr lang mußte er hier studieren, ehe er hier in die Reihe der Studierenden wirklich aufgenommen wurde, und als endlich das Abgangszeugnis kam, war es begleitet mit einem Straferkenntnis: „Drei Tage Karzer.“ Bismarck hat sie hier verbüßt, das Karzerbuch giebt noch davon Kunde. „Otto von Bismarck, drei Tage, Erkenntnis von Göttingen. Betragen musterhaft.“

Nach vollendeter Studienzeit arbeitete Herr von Bismarck am Berliner Stadtgericht, ging aber bald zur Regierung in Aachen, dann in Potsdam über. Aus dieser Periode stammt ein Gutachten von ihm, das damals bedeutenden Eindruck machte und noch lange nachher citiert wurde.

Es betraf die Entschädigung der durch die Verbesserungsarbeiten in der Provinz Preußen beschädigten Eigentümer. „Wie?“ sagte der Referendar, „soll man diesem Zeitgeist, der jetzt als Junker Dampf mit Höllenlärm durch alle Fluren saust, einen Freipaß geben durch alle Gefilde, daß er alle Spuren lieber Erinnerungen unter die Füße trete?“ Er schrieb weiter in seinem Berichte die klassischen Worte: „Sie können es mir nicht mit Gold bezahlen, wenn Sie den Park meines Vaters in einen Karpfenteich, oder das Grab meiner Tante in einen Aalsumpf verwandeln.“ Kurze Zeit darauf nahm Herr von Bismarck seinen Abschied wieder, um nach Kniephof zurückzukehren.

Von einer liberalen Periode seines Lebens hat Fürst Bismarck in späteren Jahren so häufig und gegen so viele glaubwürdige Personen

gesprochen, daß die Existenz einer solchen Periode nicht in Zweifel gezogen werden kann. Die Schrift: „Das Buch vom Grafen Bismarck" erwähnt, daß derselbe nach Mitteilungen aus jener Zeit mit ziemlich liberalen Ansichten noch auf den Vereinigten Landtag gekommen sei. Keinesfalls ist es der vulgäre Liberalismus gewesen. Der damalige Bismarck mag dazu geneigt haben, in einem großen, öffentlich verhandelnden Landesrat eine nützliche, vielleicht notwendige Institution zu erblicken. Dies wäre für gewisse Kreise jener Zeit freilich schon sehr liberal gewesen.

Welche Meinung die Landleute in Kniephof von Bismarcks politischer Richtung hatten, hat dieser einmal mit den Worten erzählt: „Ja, die Bauern bei uns machten sich sehr wunderliche Vorstellungen. Da hieß es: wir wären Etliche zusammen gewesen — junge Leute — in einem öffentlichen Lokale und hätten da etwas gegen den König gesagt, der dabei gesessen hätte, aber unbekannt. Da wäre er plötzlich aufgestanden, hätte den Mantel auseinander geschlagen und den Stern auf der Brust gezeigt. Die anderen wären erschrocken, ich aber hätte mich nicht daran gekehrt und ihn grob behandelt. Da hätte ich zehn Jahre Gefängnis gekriegt und dürfte mich nicht rasieren. Nun trug ich damals einen Vollbart, was ich mir in Frankreich angewöhnt hatte, 1842, wo das eben aufkam und so hieß es, alle Jahre in der Sylvesternacht käme der Scharfrichter, der schnitte mir ihn ab. — Es waren reiche und sonst gar nicht dumme Bauern, die das erzählten, und sie sagten es nicht, weil sie was gegen mich hatten, sondern ganz gutmütig und voll Mitleid mit dem jungen Menschen."

Seiner einstmals liberalen Gesinnung hat Fürst Bismarck u. a. bei folgenden Gelegenheiten gedacht. Der bekannte Graf d'Herisson, Ordonnanzoffizier des Generals Trochu und Begleiter des Herrn Favre ins deutsche Hauptquartier 1871, erzählt: „Denselben Tag hörte ich einen seltsamen Gedankenaustausch zwischen Herrn v. Bismarck und Favre. Dieser sprach von Frankreichs Liebe zur Freiheit und Republik.

„Sind Sie ganz sicher," erwiderte der Kanzler, „daß Frankreich so republikanisch ist, wie Sie sagen?"

„Gewiß," meinte Jules Favre.

„Nun, ich bin nicht ganz Ihrer Meinung, Herr Minister. Ehe wir mit Ihnen unterhandelten, haben wir, wie Sie sich wohl denken können, die Geistesverfassung Ihres Landes studiert. Trotz diesem für Sie bedauerlichen Kriege, der Napoleon III. mehr von

der Nation aufgenötigt, als von ihm gewünscht wurde, trotz den Schlägen und Niederlagen Ihrer Armee war nichts leichter, glauben Sie mir, als das Kaiserreich wieder herzustellen. Ich behaupte nicht, daß man ihm in Paris zugejubelt hätte, aber von der Provinz wäre es hingenommen, oder geduldet worden, das übrige hätte ein Plebiscit gethan. Nein, wenn wir uns nicht mit den Bonapartes eingelassen haben, so ist es, weil es uns vorteilhafter erschien, uns mit Ihnen zu vertragen. Was aber die angebliche Liebe Frankreichs zur Republik angeht, so wäre sie mit wunderbarer Raschheit verschwunden. Sie sind noch nicht lange an der Gewalt. Warten Sie nur. Wenn Sie durch mehrere Jahre die Menschen werden gehandhabt haben, so werden Sie, der Liberale, sich in einen Autoritären verwandeln. Vom Republikaner werden Sie Monarchist werden. Glauben Sie mir, man kann eine große Nation ohne den Grundsatz der Autorität, das ist der Monarchie, nicht führen noch zum Gedeihen bringen."

Und als Jules Favre protestierte, fügte Fürst Bismarck hinzu: „Sehen Sie mich an, der ich zu Ihnen spreche. Wie habe ich angefangen? Ich war liberal, und nur durch Überzeugung und Nachdenken, durch die Beweiskraft und durch die Erfahrungen mit den Menschen bin ich, der ich mein Vaterland liebe, dessen Bestes, dessen Größe ich wünsche, konservativ, oder wenn Ihnen das lieber ist, autoritär geworden."

Otto von Corvin, der bekannte Revolutionär und Abenteurer, in dem Kriege von 1870 deutscher Kriegskorrespondent, suchte einmal den Grafen Bismarck in Versailles auf. Dieser nahm ihn freundlich auf und hatte ein Gespräch mit ihm. In demselben zog er gewissermaßen eine Parallele zwischen sich und Corvin. Letzterer erzählt: Wir beide seien, sagte er, ungefähr unter denselben Verhältnissen und mit denselben Neigungen und Vorurteilen aufgewachsen. Auch er habe durch seine liberalen Ideen in seiner Familie Bedenken erregt. Schon sehr frühzeitig habe er für ein einiges Deutschland geschwärmt. Wenn man ihn im Auslande gefragt habe, was für ein Landsmann er sei, so habe er — er wisse nicht warum — nie gesagt, daß er ein Preuße, sondern stets, daß er ein Deutscher sei. Die Vorgänge des Jahres 1848 hätten ihn einigermaßen verbittert. Die Gemeinheit und Unfähigkeit vieler populärer Führer habe ihn angeekelt, und die Art, wie die Demokraten die braven Soldaten behandelten, hätte ihn empört. Was diese Soldaten für Leute wären, sähe man jetzt. Auf seine eigene

Haltung in jener Zeit kommend, sagte er, daß man eben in der Jugend leidenschaftlicher sei, und erst mit dem Alter objektivere Ansichten gewönne. Auch verschwämmen die Parteifarben, wenn man eine gewisse Höhe der Stellung erreicht habe. Und dann, wissen Sie ja, wird man den Junker nie ganz los! Die Meinung einiger Äußerungen des Grafen verstand ich nicht ganz, da sie sich auf Vorfälle bezogen, mit denen ich infolge meiner langen Abwesenheit von Deutschland wenig bekannt war. Sehr bemerkenswert waren die Worte, mit welchen Bismarck die Unterredung schloß; er sagte: „Und so sehen Sie, wie das Schicksal die Dinge fügt; dieselben Gesinnungen haben Sie ins Gefängnis geführt, und mich auf den Platz, auf welchem ich stehe."

In Potsdam trat Herr v. Bismarck, um seiner Wehrpflicht zu genügen, bei den Gardejägern Ostern 1838 ein. Die Eltern wünschten indes, daß er sich zur Übernahme der Familiengüter eine Zeitlang mit landwirtschaftlichen Studien beschäftige. Deshalb ließ sich Bismarck mitten in seinem militärischen Dienstjahre zu dem pommerschen Jägerbataillon in Greifswald versetzen, um im benachbarten Eldena zugleich die landwirtschaftliche Akademie zu besuchen. Er hatte denn auch kaum sein Dienstjahr vollendet, als er in die Heimat eilte und sich dort der Gutsverwaltung annahm.

Inzwischen war seine inniggeliebte Mutter an einem schweren Leiden erkrankt, von welchem sie sich nicht wieder erholen sollte. Ihre Augen schlossen sich, ohne daß sie ihren Lieblingstraum erfüllt gesehen hätte. War es doch ihr Herzenswunsch gewesen, noch zu erleben, daß ihr Sohn Otto in staatsmännischer Laufbahn emporsteige. Sie starb am 1. Januar des Jahres 1839. Mit einem klaren und freien Urteil, auch in Staatsangelegenheiten, hatte sie jederzeit praktischen Blick und aufrichtigen religiösen Sinn verbunden. So blieb sie ein Vorbild dem Sohne, dessen ganzes Leben durch jene auf ihn überkommenen Vorzüge der Mutter getragen wird.

In die Zeit, als Bismarck bei der Stargarder Landwehr-Ulanen-Eskadron eine Übung mitmachte (1842), fiel die Begebenheit, die ihm den ersten Orden einbrachte. Diese Begebenheit ist in die Lippehner Chronik mit folgenden Worten eingetragen:

„1842, Freitag, den 24. Juni (Johannistag) gegen 5—6 Uhr nachmittags ließ der zur Übung hier anwesende Lieutenant Otto von Bismarck, zweiter Sohn des Rittmeisters a. D. von Bismarck Gutsbesitzers auf Kniephof bei Naugard, in Begleitung der Herren

Lieutenants von Klitzing, von Schmuden u. s. w. — seine Pferde in hiesigem Wendelsee, zwischen der Brücke und der rechts derselben von der Stadt aus belegenen Gotthardschen Gerberbank, durch seinen Bedienten Johann August Ferdinand Hildebrand und den Ulanen Wilhelm Kühl, beide aus Jarchlin bei Naugard, schwemmen. Die Herren Lieutenants standen auf der Brücke. Hildebrand ritt mit seinem Pferde zuerst in den See. Unstreitig durch ungleich gefaßte Zügel fing das Pferd an im Kreise zu gehen; indem er es herumreißen wollte, bäumte es auf und warf seinen Reiter in die Tiefe. Der Ulan Kühl sah dies, ritt schnell hinzu, da aber das Vorland unter dem Wasser hier steil endet, so stürzte er über den Kopf des schnell heruntersinkenden Pferdes. Nun zog der Herr Lieutenant von Bismarck schnell seinen Uniformrock aus, sprang von dem mindestens 15 Fuß über dem Wasserspiegel hohen Brückengeländer in den See, riß zuerst den Kühl auf das Vorland zurück und brachte, im übrigen völlig bekleidet und mit Glacéhandschuhen versehen, den Hildebrand, der schon Wasser geschöpft hatte, aus der Tiefe wassertretend glücklich auf das Vorland, stellte, von ihm umfaßt, diesen, sobald er auf dem Vorland Grund erhalten hatte, auf, brachte ihn, nachdem er stehend zum Bewußtsein gekommen war, glücklich auf das Ufer, und bemühte sich, das eine, noch im See schwimmende Pferd auf die Gerberbank nach dem Gotthardschen Garten zu treiben, wo es glücklich gerettet wurde. An derselben Stelle des Sees, wo schon mancher beim Schwemmen seinen Tod fand, rettete der edle Otto von Bismarck mit völliger Verleugnung aller Gefahr des eigenen Lebens, mit seltenem Mut und ausgezeichneter Kraftanstrengung das Leben zweier Menschen."

Im Jahre 1885 wurde darüber der „Nordd. Allg. Ztg." aus Lippehne geschrieben:

„Dieser Bericht, unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehenen niedergeschrieben, möchte den Verlauf der Sache im allgemeinen genau darstellen, nur scheint der Zwischenfall mit dem Ulanen Kühl nicht ganz aufgeklärt, und es ist dem Einsender nicht möglich gewesen, durch eine klare und übereinstimmende Aussage noch lebender Zeugen diesen Punkt außer Zweifel zu stellen; bedenklich bleibt es immerhin, daß in dem ‚Bismarckbüchlein' von Pank, dessen Darstellung Seite 22 augenscheinlich dem treuen Gedächtnis des Fürsten selbst entstammt, der Rettung des Kühl gar keine Erwähnung gethan wird. — Hinwiederum wird der Schluß

des Pankschen Berichts, wonach der Superintendent dem edlen Retter im Ornat entgegengegangen ist und ihn beglückwünscht hat, in einigen Nebensachen durch eine von dem Chronisten, dem Oberpfarrer — nicht Superintendenten — Stöhr im Jahre 1866 eingetragene Randbemerkung erweitert, welche wörtlich lautet: „Was hätte man geurteilt, als ich vor dem Herrn Lieutenant von Bismarck im Hause Nr. 206 in der Stube links der Eingangsthür saß und ihn nach seinem werten Stand und Namen fragte, um die nebenstehende That hier niederschreiben zu können, wenn ich ihm hätte sagen können: Wie Sie heute Ihren Reitknecht aus dem hiesigen Wendelsee gezogen haben, werden Sie einst Deutschland aus den trüben Wassern des alle geistige Entwickelung niederhaltenden Katholizismus und der österreichisch-habsburgischen Hauspolitik reißend retten? So schreibt als protestantischer Pfarrer und altpreußischer Patriot der vor einigen Jahren hochbetagt hier entschlafene Chronist, welcher übrigens die noch gewaltigere Erhebung Deutschlands, an welcher der damalige Lieutenant von Bismarck einen so hervorragenden Anteil hat, noch erleben sollte: ihm ist es zu danken, wenn über eine charakteristische Begebenheit aus dem Leben eines großen Mannes uns der sofort schriftlich fixierte Bericht eines Mitbeteiligten zu Gebote steht."

Bismarck hat über diesen Bericht gesagt, er sei nicht ganz korrekt. Zunächst habe er den pp. Kühl nicht gerettet, auch nicht retten können, weil derselbe sich viel zu weit ab von dem pp. Hildebrand befand, übrigens auch keine Zeit war, sich um denselben zu kümmern. Der pp. Kühl habe sich vielmehr durch Anhängen an das Pferd aus der Gefahr befreit. Zum anderen ist zu konstatieren, daß Herr von Bismarck in der Uniform in den See hineingesprungen ist. Das Kollet auszuziehen, fehlte es schon an der Zeit. Wir haben überdies aus der Umgebung des Reichskanzlers zuverlässig gehört, daß Fürst Bismarck sich noch jetzt genau daran erinnert, wie nach dem Rettungsakte die Uniform unter den Schultern durch die Anstrengung des Schwimmens entzweigerissen war.

Als Bismarck im Herbst 1844 von einer Reise nach Schönhausen heimkehrte, fand er das Vaterhaus mit Kränzen und Guirlanden geschmückt. Sein „sehr geliebtes", wie er seine Schwester Malwine nannte, hatte sich mit seinem treuen Jugendfreunde, dem Landrat Oskar von Arnim-Kröchlendorf, verlobt. Jetzt war die Hochzeit. Mit wehmütigem Herzen sah Bismarck die geliebte Schwester aus dem Vaterhause scheiden, und wenige Wochen nach

der Hochzeit schickte er ihr eine Epistel, die mit der bitteren Klage anhob:

„Nach Eurer Abreise habe ich das Haus natürlich sehr einsam gefunden, ich habe mich an den Ofen gesetzt, geraucht und Betrachtungen darüber angestellt, wie natürlich und selbstsüchtig es ist, wenn Mädchen, die Brüder haben und obenein unverehelichte, sich rücksichtslos verheirathen und thun, als ob sie nur in der Welt wären, um ihren fabelhaften Neigungen zu folgen, eine Selbstsucht, von der ich unser Geschlecht und mich persönlich glücklich frei weiß."

Es waren die letzten Tage, welche Bismarck mit seinem Vater zusammen in Schönhausen verlebte. Das Hauptvergnügen des alten, schwerhörigen Herrn war die Jagd, von der er sich weder durch Wind, noch durch Wetter, noch durch den Mangel an Wild abhalten ließ. Bismarck entwirft ein Bild eines solchen Jagdtages in einem Briefe an seine Schwester. „Wir gehen nämlich — so schreibt er — bei starkem Regen oder sechs Grad Frost mit Ihle, Bellin und Karl hinaus, umstellen mit aller jägermäßigen Vorsicht, lautlos, unter sorgfältiger Beachtung des Windes, einen Kiefernbusch, von dem wir alle, und vielleicht auch der Vater, unumstößlich überzeugt sind, daß außer einigen holzsuchenden Weibern kein lebendiges Geschöpf darin ist. Darauf gehen Ihle und Karl und zwei Hunde unter Ausstoßung der seltsamsten und schrecklichsten Töne, besonders von seiten Ihles, durch den Busch. Der Vater steht regungslos und aufmerksam mit schußfertigem Gewehr, als ob er wirklich ein Thier erwartete, bis Ihle dicht vor ihm schreit: ‚Hu, da, la, he, faß, hähä!' in den sonderbarsten Kehllauten. Dann fragt mich der Vater ganz unbefangen, ob ich nichts gesehen hätte und ich sage mit einem möglichst natürlich gegebenen Anflug von Verwunderung im Tone: ‚Nein, nicht das Mindeste!' Dann gehen wir, auf das Wetter schimpfend, zu einem anderen Busch, dessen vermutliche Ergiebigkeit an Wild Ihle mit einer recht natürlich gespielten Zuversicht zu rühmen pflegt und spielen dal segno. So geht es drei bis vier Stunden lang, ohne daß in Vater, Ihle und Fingal die Passion einen Augenblick zu erkalten scheint."

Der Winter 1844—45 traf Bismarck wieder auf seiner Scholle zu Kniephof; er vertrat eine Zeitlang seinen Bruder in den Landratsgeschäften des Naugarder Kreises, erschien auch vorübergehend als Abgeordneter zum pommerschen Provinziallandtag und war in der Landwirtschaft thätig. Er sah ein mageres Jahr kommen und

gehen. „Nur mit Mühe widerstehe ich der Neigung,“ — schreibt er an seine Schwester (9. April 1845) — „einen ganzen Brief mit landwirtschaftlichen Klagen anzufüllen, über Nachtfröste, krankes Vieh, schlechten Raps und schlechte Wege, tote Lämmer, hungrige Schafe, Mangel an Stroh, Futter, Geld, Kartoffeln und Dünger, dazu pfeift Johann draußen ebenso konsequent wie falsch einen ganz infamen Schottischen und ich habe nicht die Grausamkeit, es ihm zu untersagen, da er ohne Zweifel seinen heftigen Liebeskummer durch Musik zu beschwichtigen sucht. Das Ideal seiner Träume hat vor kurzem auf Zureden der Eltern ihm abgesagt und einen Stellmacher geheirathet. Ganz mein Fall, bis auf Stellmacher, der noch im Schoße der Zukunft raspelt. . . .“

Bismarcks Vater starb im November 1845, worauf er das Stammgut Schönhausen übernahm. Am 25. November 1846 schrieb er an seine Schwester:

„Ich soll hier mit der gewichtigen Charge eines Deichhauptmanns bekleidet werden, auch habe ich ziemlich sichere Aussicht, in den sächsischen (d. h. nicht den Dresdener) Landtag gewählt zu werden . . . Auf der anderen Seite dringt mein Freund * * in mich, der mich durchaus nach Ostpreußen schicken will, als Sr. Majestät Kommissarius bei dortigen Meliorationsarbeiten. Bernhard redet mir wider Erwarten zu. Er behauptet, ich sei nach Neigung und Anlage für den Staatsdienst gemacht.“

Am 28. Juli 1847 vermählte sich Herr von Bismarck zu Reinfeld mit Fräulein Johanna von Puttkamer. Im Juni 1850 schrieb er aus Schönhausen an seine Schwester Malwine, Frau von Arnim:

„Johanna, welche augenblicklich noch in den Armen des Lieutenants Morpheus ruht, wird geschrieben haben, was mir bevorsteht. Der Junge Herbert in Dur brüllend, das Mädchen Moll, zwei singende Kindermädchen zwischen nassen Windeln und Milchflaschen, ich als liebender Familienvater. Ich habe mich lange gesträubt, aber da alle Mütter und Tanten darüber einig waren, daß nur Seewasser und Luft dem armen Mariechen helfen können, so würde ich, wenn ich mich weigerte, bei jedem Schnupfen, der das Kind bis in sein zehntes Jahr befällt, meinen Geiz und meine väterliche Barbarei anklagen hören, mit einem „siehst Du wohl, ach, wenn das arme Kind hätte die See gebrauchen können.“

Das dritte Kind, Wilhelm, wurde 1852 in Frankfurt a. M. geboren.

Wir schließen diese Erinnerungen an die Jugendzeit Bismarcks mit der Vorführung einer Persönlichkeit, die ihm und seiner Familie von jener Zeit her nahe gestanden hat. Im Herbst 1889 starb der Schulze Pietsch in Schönhausen. Im Hause des Reichskanzlers in Berlin gab es laute Klage. Pietsch stand zu dem Fürsten in einem vertraulichen Verhältnis, mehr als einmal ist er in dem Palais in der Wilhelmstraße zu Gast gewesen. Er war trotzdem ein echter und rechter Bauersmann, treu, wahrhaftig und von großer Anhänglichkeit an seinen Gutsherrn und dessen Familie. Als Schreiber dieses einst mit ihm davon sprach, daß Schönhausen stolz darauf sein könne, der Geburtsort des Kanzlers zu sein, gab er das willig zu, bemerkte aber auch bedauernd, daß Schönhausen durch den Fortgang Bismarcks einen guten Herrn verloren hätte. Ferner konnte er sich rühmen, den Kanzler, der sonst bekanntlich gewohnt ist, selbst eine gewaltige Last zu tragen, auf seinen Schultern gelegentlich einer Besichtigung von Deichbauten an der Elbe durchs Wasser getragen zu haben; er erzählte das nicht ohne Humor. Mit großer Verehrung sprach er auch von der Frau Fürstin, von ihrer unermüdlichen Thätigkeit und ihrem landwirtschaftlichen Talent. Als er mir einst erzählte, er habe gelegentlich eines Besuches im Gutshause die gnädige Frau in eifriger Arbeit beim Bettstopfen und über und über mit Federn bestreut angetroffen, konnte er die Scene so plastisch darstellen, daß man ein vollständiges Bild davon bekam. Als am 1. April 1885 die Feier des siebzigsten Geburtstages im Palais des Reichskanzlers vor sich ging, befand sich auch unter den Gratulanten „Vater Pietsch“. Viele haben den schlichten Bauersmann wohl nicht beachtet.

Das parlamentarische Debüt.

Zwischen die Verlobung und Vermählung Bismarcks fiel dessen erstes parlamentarisches Auftreten. Friedrich Wilhelm IV. berief durch das Patent vom 3. Februar 1847 die Provinzialstände sämtlicher acht Provinzen als „Vereinigten Landtag“ nach Berlin. Als Vertreter der Ritterschaft des Kreises Jerichow wurde an Stelle des erkrankten Herrn von Brauchitsch sein Stellvertreter von Bismarck-Schönhausen zum Landtag einberufen. Hier war es, wo er (der Landtag wurde im April 1847 eröffnet) als der feurigste Redner mit aller Macht der liberalen Zeitströmung sich entgegenstemmte.

Sein erster Kampf galt den Versuchen der Liberalen, aus dem

Vereinigten Landtag etwas ganz anderes machen zu wollen, als beabsichtigt war, und dem Schutze des Königtums gegen das Andrängen der liberalen Wogen. In der Sitzung vom 17. Mai ergriff Bismarck das Wort gegen den ritterschaftlichen Abgeordneten von Sauken, welcher behauptet hatte, die Erhebung des preußischen Volkes im Jahre 1813 sei nicht eine Folge des Hasses gegen den Eroberer und Bedränger gewesen, sondern eine Wirkung der Gesetzgebung von 1807, wodurch die bis dahin isolierte Regierung innig mit dem Volke verbunden worden sei. Darauf erwiderte Bismarck: „Ich fühle mich gedrängt, dem zu widersprechen, was auf der Tribüne sowohl, als außerhalb dieses Saales so oft laut geworden ist, als von Ansprüchen auf Verfassung die Rede war: als ob die Bewegung des Volkes von 1813 anderen Gründen zugeschrieben werden müßte und es eines anderen Motives bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unserem Lande geboten. Es heißt, meines Erachtens, der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu lassen."

Weiter erklärte er, daß das Februarpatent nur dem guten Willen des Königs zu verdanken sei und nicht abgelehnt werden dürfe. „Die preußischen Monarchen," sagte er, „sind nicht von des Volkes, sondern von Gottes Gnaden im Besitz einer faktisch unbeschränkten Macht, von deren Rechten sie freiwillig einen Teil dem Volke verliehen haben."

Bei der Beratung des Entwurfs einer Verordnung, welche die Verhältnisse der Juden regeln sollte, waren die Liberalen geneigt, den Juden noch weit mehr Rechte einzuräumen, als die Regierungsvorlage beantragte, und diese Rechte auch auf die Juden im Großherzogtum Posen auszudehnen. Nachdem der Abgeordnete Camphausen am 14. Juni auszuführen versucht hatte, daß der christliche Staat keine praktische Bedeutung habe, vielmehr nur eine Entdeckung der neuen Staatsphilosophie sei, ergriff Bismarck in der Diskussion vom 15. Juni das Wort, um nicht bloß eine Beschränkung der den Juden zu erteilenden Rechte zu verlangen, sondern auch darzuthun, daß die Grundlage des monarchischen Staates keine andere sein könne, als die christliche. Er erklärte, daß er den Juden alle Rechte gönne, nur nicht das, in einem christlichen

Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden und fuhr dann fort: „Wir haben gestern gehört, daß der christliche Staat eine müßige Fiktion, eine Erfindung neuerer Staatsphilosophie sei. Ich bin der Meinung, daß der Begriff des christlichen Staates so alt sei, wie das ci-devant heilige römische Reich, so alt, wie sämtliche europäische Staaten, daß er gerade der Boden sei, in welchem diese Staaten Wurzel geschlagen haben, und daß jeder Staat, wenn er seine Dauer gesichert sehen, wenn er die Berechtigung zur Existenz nur nachweisen will, sobald sie bestritten wird, auf religiöser Grundlage sich befinden muß. Für mich sind die Worte: ‚Von Gottes Gnaden‘, welche christliche Herrscher ihrem Namen beifügen, kein leerer Schall, sondern ich sehe darin das Bekenntnis, daß die Fürsten das Scepter, das ihnen Gott verliehen hat, nach Gottes Willen auf Erden führen wollen. Als Gottes Willen kann ich aber nur erkennen, was in den christlichen Evangelien geoffenbart worden ist, und ich glaube, in meinem Rechte zu sein, wenn ich einen solchen Staat einen christlichen nenne, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Lehre des Christentums zu verwirklichen."

Über das Christentum als Fundament des Staates hat Bismarck damals wie in späteren Jahren oft gesprochen. So 1849 in der zweiten Kammer:

„Ich glaube nicht, daß es Aufgabe der Gesetzgebung sein kann, das, was dem Volke heilig ist, zu ignorieren. Ich glaube im Gegenteil, daß, wenn die Gesetzgebung das Volk belehren und leiten will, es ihre Aufgabe ist, dahin zu wirken, daß das Volksleben sich in allen Verhältnissen fest auf den Stab des Glaubens an die Segnungen der Religion stütze, nicht aber diesen Stab da, wo er vorhanden ist, als ein unnützes Zubehör von Obrigkeitswegen verwerfe und so die Achtung vor der Kirche und der religiösen Einrichtungen da, wo sie tiefe Wurzeln im Volksleben geschlagen hat, untergrabe."

„Ich hoffe es noch zu erleben, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert, denn noch steht der Glaube an das geoffenbarte Wort Gottes im Volke fester, als der Glaube an die seligmachende Kraft irgend eines Artikels der Verfassung."

Zumal der revolutionären Bewegung von 1848 und 1849 gegenüber machte Bismarck seine christliche Lebensanschauung geltend. Theoretisch und praktisch bekannte er sich zu dem schon im Vereinigten Landtage ausgesprochenen Grundsatze, daß zwischen den beiden großen Parteien, die sich nach den Märztagen gegenüber standen, der monarchischen und der demokratischen, eine Versöhnung nicht möglich sei.

„Der Prinzipienstreit,“ sagte er, „der in diesem Jahre Europa in seinen Grundfesten erschüttert hat, ist ein solcher, der sich nicht vermitteln läßt. Die Prinzipien beruhen auf entgegengesetzten Grundlagen, die von Hause aus einander ausschließen. Das eine zieht seine Rechtsquelle angeblich aus dem Volkswillen, in Wahrheit aber aus dem Faustrecht der Barrikaden. Das andere gründet sich auf eine von Gott eingesetzte Obrigkeit, auf eine Obrigkeit von Gottes Gnaden, und sucht seine Entwickelung in der organischen Anknüpfung an den verfassungsmäßig bestehenden Rechtszustand. Dem einen dieser Prinzipien sind Aufrührer jeder Art heldenmütige Vorkämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht, dem anderen sind sie Rebellen. Über diese Prinzipien wird nicht durch die parlamentarische Debatte, nicht durch Majoritäten von 11 Stimmen eine Entscheidung erfolgen können, über kurz oder lang muß der Gott, der die Schlachten lenkt, die eisernen Würfel der Entscheidung darüber werfen!“

Einer späteren Zeit gehören folgende Aussprüche an:

„Wenn die Fundamente des Staates von den Barrikaden und der republikanischen Seite angegriffen werden, so habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf der Bresche zu stehen, und werden sie von Seiten angegriffen, die eher berufen waren und noch immer sind, die Fundamente des Staates zu befestigen und nicht zu erschüttern, so werden sie mich auch da zu jeder Zeit auf der Bresche finden. Das gebietet mir das Christentum und mein Glaube.“ (Abgeordnetenhaus, 10. Februar 1872.) „Ich glaube Gott zu dienen, indem ich meinem Könige diene. (16. März 1875.) „Niemand weiß genauer, als Se. Majestät der König, daß er nicht nur keinen treueren, sondern auch keinen unterthänigeren Diener haben kann, als mich; nicht bloß in meiner Eigenschaft als kurbrandenburgischer Vasall und obendrein Altmärker, als Mitglied einer Familie, die dem regierenden Hause so lange treu gedient hat, als wir überhaupt das Glück haben, dasselbe als Landesherrschaft zu besitzen.“ (Reichstag, 4. Februar 1881.)

Die Revolution von 1848.

„Als ich etwa 20 bis 30 Jahr alt war, da wünschte ich gern etwas zu erleben; es war nicht Unruhe genug in Europa für meine Unruhe. Da kam das Jahr 1848 und mit ihm all der Krieg und Lärm.“ (1892 in Jena.)

Von der Märzrevolution sagte Bismarck ein ander Mal, als er davon sprach, daß er auf der Universität Burschenschafter gewesen sei, daß aber seine Familienbeziehungen ihn von der Bewegung fern gehalten hätten: „Zu diesen kamen dann weiter die Ereignisse von 1848. Dieser Kampf gegen unsre eigenen Landsleute in den Straßen

von Berlin — ich trug damals Farben, die ich als Offizier mit Stolz trug — hatte einen weiten Rückschlag auf meine Gefühle."

Die Märztage von Berlin bilden ein schmachvolles Blatt in der preußischen Geschichte. Der unselige Entschluß des Königs, die siegreichen Truppen vor den Augen der Barrikadenkämpfer aus der Stadt abziehen zu lassen, legte dem Königtum eine Demütigung um die andere auf. König Friedrich Wilhelm IV. hat zwar stets bestritten, den Befehl zum Abziehen der Truppen gegeben zu haben, er habe nur befohlen, daß die Truppen nach dem Schlosse hin abziehen sollten. Fürst Bismarck weiß sich zu erinnern, daß ihm wenige Tage nach dem verhängnisvollen Befehl General von Prittwitz, der neu ernannte Kommandant von Berlin, ausdrücklich mitgeteilt habe, Minister von Bodelschwingh habe ihm die Proklamation des Königs „An mein Volk" gezeigt und ihn zum Rückzuge veranlaßt. Die Einzelheiten, die Fürst Bismarck noch heute über diese Unterredung anzugeben weiß, bekunden, daß ihm der Inhalt der Mitteilung noch klar gegenwärtig ist.

Herr von Bodelschwingh — so erzählte Fürst Bismarck den Vorgang erst in jüngster Zeit — habe den Erlaß der Proklamation durchgesetzt und sei dann mit derselben zu General von Prittwitz heruntergegangen und habe diesen angesichts des Inhalts derselben zum Rückzuge veranlaßt. Erst als die letzten Bajonette über die Schloßbrücke abgezogen seien, habe der König Kenntnis von dem Rückzug erhalten. Prittwitz sei einige Tage darauf bei Bismarck gewesen und habe ihn gefragt, wie er sich in dieser Lage verhalten haben würde, und Bismarck habe geantwortet, man komme ja klüger vom Rathause zurück, als man hingegangen sei, aber er würde an Stelle des Herrn von Prittwitz sicherlich einem Unteroffizier befohlen haben, den Civilisten Bodelschwingh so lange in Verwahr zu nehmen, bis er seine militärischen Maßnahmen durchgeführt haben werde. Es wurde noch hinzugefügt, daß, als der General die Aufforderung des Herrn von Bodelschwingh, den Schloßplatz zu räumen, für militärisch unthunlich erklärte, Herr von Bodelschwingh unter Veranlassung des betreffenden Passus der Proklamation die Frage gestellt habe: „Ist der Schloßplatz ein öffentlicher Platz, oder nicht? Da er es ist, fordere ich im Namen des Königs die Räumung, für die der König sein Wort öffentlich gegeben hat. Noch bin ich des Königs Minister und habe es wohl ‚auswendig gelernt', was ich als solcher zu thun habe." Darauf hin habe der General den Degen eingesteckt und den Platz verlassen. Daß der

Minister von Bodelschwingh, der Verfasser der Proklamation — „An meine lieben Berliner“ — gewesen sei, wird nicht behauptet. Die ganze Fassung derselben spricht dafür, daß sie nicht aus einer bureaukratischen Feder stammt; aber Herr von Bodelschwingh hat sie um 3 Uhr nachts in die Druckerei gebracht und gegen 5 Uhr morgens den Bürgermeister Krausnick ersucht, für ihre Verbreitung Sorge zu tragen; an letzterer hat der Minister sich, wie man sagt, persönlich beteiligt, indem er eigenhändig, mit Thränen in den Augen, Exemplare der Proklamation an eine Pumpe geklebt hat. Bei der Forderung an General von Prittwitz, die in der Proklamation enthaltene königliche Zusage auszuführen, hat nicht der ganze Inhalt der Proklamation Beachtung gefunden. Es heißt darin ausdrücklich: „Kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg und entsendet an mich Männer voll des echten, alten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch Mein Königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen, und die militärische Besatzung nur auf die notwendigen Gebäude des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und auch da nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird.“

Die Räumung der Plätze war also der Wegräumung der Barrikaden subordiniert. Als Herr von Bodelschwingh den General von Prittwitz zur Räumung aufforderte, waren diese Bedingungen noch unerfüllt. Der Minister von Bodelschwingh selber hat über die Vorgänge vom 18. März den folgenden Bericht hinterlassen:

„Auf dem Schloßplatz hatte man die Versammlung der revolutionären sogenannten ‚Schutzmänner‘ schon begonnen, hinter ihnen eine mäßige Menge Pöbel. — Als den ersteren das Patent verkündet wurde (durch den Magistrat), ließen sie den König hochleben und er mußte, dem dringenden Rufe folgend, einige Male auf dem Balkon erscheinen. — Nach einiger Zeit mischte sich in das Vivat der Ruf: ‚Das Militär weg!‘ (Es standen im inneren Schloßhofe zwei Bataillone und eine Schwadron Dragoner am Lustgarten, die übrigen Truppen waren in den Kasernen.) — Die Portale des Schlosses, die keine Gitter hatten, waren durch Soldaten besetzt. Als dieser Ruf sich mehrte, gingen viele von uns: der Kriegsminister, General Pfuel, General Neumann, Graf Arnim, ich und andere hinunter, um die Leute zu beschwichtigen. Wir wurden von den vornstehenden, sogenannten Schutzmännern mit dem Geschrei empfangen, es gäbe nur ein Mittel, das Volk zu

beruhigen: das Militär zurückzuziehen und das Schloß den Bürgern anzuvertrauen. Der König werde nie sicherer sein. (Man faßte mich, da ich tief im Gedränge war [nicht der Pöbel, sondern die Schutzmänner] und erklärte, daß ich nicht eher losgelassen werden würde, als bis ich den Befehl des Rückzugs der Soldaten gegeben hätte. Auf meine sehr entschiedene Erklärung, daß sie mich zwar zerreißen, aber nicht einmal das Versprechen erpressen könnten, dem Könige zu raten, unter solchen Umständen seine eigenen Soldaten aus seinem eigenen Schlosse zurückzuziehen, ließ man mich los. Ich arbeitete mich wieder zu meinen Kollegen durch und wir setzten vielleicht $1\frac{1}{2}$ Stunden lang unsere Bemühungen der friedlichen Abwehr fort, wobei wir zwar auch von einzelnen Bürgern unterstützt wurden, während jedoch andere mit Schutzbinden die wüstesten Reden führten. Mehrmals war ich im Begriff, einen herauszugreifen, und den Soldaten zuzuschleudern, — nur mit Mühe hielt ich mich. So standen wir in dem Portal, hinter uns die gefällten Bajonette der Wache, vor uns die drängenden und schreienden Haufen. Da die Soldaten uns nicht durchstechen konnten, verloren wir immer mehr Terrain und waren schon tief ins Portal hinein gedrängt, als wir uns überzeugten, daß alles vergebens sei und uns zurückzogen. — In dem Augenblick, wo ich in den über dem Portal befindlichen Saal zurückkehrte, rückten auf Befehl des Gouverneurs 2 Kompagnien Infanterie unter Trommelschlag aus einem anderen Portal aus, marschierten, das Gewehr auf den Schultern, auf und rückten in Front die einen gegen die Breite Straße, die anderen links schwenkend gegen die Kurfürsten-Brücke und in zwei Minuten war der Schloßplatz ohne den leisesten Widerstand und ohne daß irgend jemand ein Haar gekrümmt war, bis auf einige kleine Gruppen von Schutzmännern, die die Soldaten durchgelassen hatten, geräumt. Die Dragoner marschierten im Schritt, den Säbel in der Scheide, aus der Schloßfreiheit, schwenkten auf dem leeren Platz ein und hielten hinter der Infanterie. Auf dem Trottoir zwischen der Brüder- und Breiten Straße waren auch Pöbelhaufen stehen geblieben. Eine Sektion (5 bis 18 Mann) von der Kompagnie in der Breiten Straße wurde entsendet, auch diese zu räumen. Sie gingen mit ‚Gewehr fertig‘ (nach dem neuen Exercitium unter 45 Grad in die Höhe zu richten) und während sie nicht den geringsten Widerstand fanden, entluden sich zwei Gewehre, natürlich ohne den geringsten Schaden zu thun.“

Nachdem Minister von Bodelschwingh hierauf weiter erzählt, wie ohne jeden verständlichen Grund die Emeute doch losgebrochen und von den tapferen Soldaten siegreich niedergeworfen war, sowie daß auf dringenden Rat eines bekannten Herrn, der in der Nacht aus der Provinz kam, der erschütterte König seine Proklamation an die Berliner geschrieben, in welcher er ja versprach, die Feindseligkeiten einzustellen, sobald die Berliner ihrerseits zur Ruhe und Ordnung zurückkehrten, welche Proklamation in der Nacht gedruckt und am Morgen überall verbreitet war, fährt er dann in seinen Mitteilungen also fort:

„Nun erschienen (am Morgen des 19.) Deputationen aller, auch der verdächtigsten Art im Schloß, welche verlangten, die Truppen müßten sich zuerst zurückziehen, dann würden die Bürger folgen. Obgleich bei den hohen Offizieren teils Erbitterung über den Anfang der Konzessionen, teils eine gewisse Schlaffheit nicht zu verkennen war, so wurden doch diese Forderungen teils durch den König, teils anderweitig entschieden abgewiesen. Endlich erschien eine aus den angesehensten Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten gebildete Deputation, welche erklärte, daß viele unter ihnen persönlich die Proklamation verbreitet und die Unterwerfung der Aufrührer gefordert hätten, daß in der Königsstadt der Anfang mit der Wegräumung der Barrikaden gemacht sei, daß sie dringend bäten, nun auch mit Zurückziehung der Truppen vorzugehen, indem sie sich dafür verbürgten, daß dann sofort Unterwerfung, Ordnung und Ruhe wiederkehren werde. Nach vielen Debatten erfolgte hierauf, und zwar noch durch mich, die Antwort: ‚Vertrauend auf das Wort der angesehensten Gemeindebeamten, daß mit Aufräumung der Barrikaden der freiwillige Anfang gemacht sei, und daß gleichzeitig mit Zurückziehung der Truppen jede Widersetzlichkeit aufhören werde, sollen die Truppen von den Straßen und öffentlichen Plätzen zurückgezogen werden, jedoch das Schloß, die Zeughäuser und andere öffentliche Gebäude mit starker Hand besetzt bleiben.‘ — Ich fügte hinzu, es sei mein letzter öffentlicher Akt, da ich in wenigen Minuten aufhören werde, Minister zu sein, ich erwartete, daß sie das königliche Vertrauen bei dieser meiner letzten Botschaft nicht täuschen würden, was sie mit Thränen versprachen. — Es wurden nun Stabsoffiziere mit jener Botschaft in die Hauptstadtteile abgeschickt, und der Rückzug der Truppen teils um das Schloß und den Lustgarten zur Verteidigung des Schlosses und Zeughauses, teils in die Kasernen, teils zur Kon-

zentrierung vor dem Brandenburger Thor befohlen. Das Ansinnen eines vornehmen Herrn, die Tumultuanten (etwa 800 Mann waren in der Nacht nach Spandau geschafft) freizugeben und eine allgemeine Amnestie zu verkündigen, hatte ich noch Gelegenheit zurückzuweisen. Ich verabschiedete mich von dem König und der Königin, und ging gegen 11 Uhr nach Hause, ohne zu ahnen, welche Ereignisse meinem Rücktritte unmittelbar folgen sollten. Mit dem Ordnen meiner teils an die Kabinettsräte, teils an meine Direktoren abzugebenden Papiere eifrigst beschäftigt, vernahm ich nichts von dem, was in Berlin vorging, bis gegen 6 Uhr abends Meding mir die Nachricht brachte, der König habe vom Balkon allgemeine Amnestie verkündigt, den Zug der Leichen mit entblößtem Haupte ansehen müssen, sämtliches Militär entlassen, das Schloß sei vom Pöbel besetzt, ja alle Wachen, die Waffen aus dem Zeughause würden verteilt, u. s. w. — Ich traute meinen Ohren nicht und eilte selbst aufs Schloß, um mich von dem Zustand zu überzeugen. — Der König war wirklich ein Gefangener. — Wer ihn dazu gemacht, und wie die Ereignisse sich im Sturm gefolgt sind, niemand weiß es weniger wie ich." — — —

Fürst Bismarck, dem der Pastor von Bodelschwingh, Sohn des verstorbenen Ministers, im März 1889 diesen Bericht seines Vaters zusandte, erwiderte darauf:

„In Erwiderung Ihres gef. Schreibens vom 18. d. M. erlaube ich mir, Sie um die Ermächtigung zu bitten, den mir übersandten Brief Ihres Herrn Vaters vom 30. März 1848 in der hiesigen Presse zu veröffentlichen. — Ein Bekanntgeben dieses geschichtlichen Dokumentes scheint mir nicht nur im Interesse des Andenkens Ihres Herrn Vaters zu liegen, sondern sich auch aus politischen Gründen zu empfehlen. Dasselbe liefert weiteres Beweismaterial, um die Legenden zu zerstören, als ob es der Märzrevolution bedurft habe, um den König Friedrich Wilhelm IV. zum Erlaß der Verfassung zu bestimmen. Ihr Herr Vater ist ein klassischer Zeuge in allen Fragen, welche unsere innere politische Entwickelung in den 40er Jahren betreffen und es ist daher von hohem Interesse, aus seinem Schreiben zu ersehen, daß bereits Jahre lang vor den Märztagen des Jahres 1848 die Regierung des Königs sich von der Notwendigkeit überzeugt hatte, die Verfassung des Landes im konstitutionellen Sinne auszubauen, und daß der Barrikadenkampf, den man Märzrevolution nennt, nicht erforderlich war, um die Entschließungen des Königs herbeizuführen. Er war etwas Überflüssiges, und das Blut, welches er gekostet hat, ist für andere Zwecke und Pläne, als zur Erlangung

einer Verfassung in Preußen vergossen worden. Die Regierung Friedrich Wilhelms IV. war vor dem Kampf am 18. zur Einführung der Verfassung entschlossen und nach dem Siege der Truppen auch am 19. vollkommen stark genug, um jede Konzession zu versagen, wenn der König es gewollt hätte.

Euer Hochehrwürden würden daher nicht nur dem Andenken Ihres Herrn Vaters, sondern auch der Geschichte und der Krone einen Dienst erweisen, wenn Sie in die Veröffentlichung des Schreibens vom 30. März 1848 willigten. — Mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung, Ihr ergebenster

Berlin, 23. März 1889. gez. v. Bismarck.

Herr von Gerlach stellt übrigens in seinen „Denkwürdigkeiten" die Vorgänge ähnlich dar, wie Bismarck sie geschildert hat.

An die Redaktion der Magdeburger Zeitung schrieb Herr von Bismarck unter dem 30. März 1848:

Ew. Wohlgeboren

haben in der heutigen Nummer Ihrer Zeitung einen „Aus der Altmark" datierten Artikel aufgenommen, der einzelne Persönlichkeiten verdächtigt, indirekt auch mich, und ich stelle daher Ihrem Gerechtigkeitsgefühl anheim, ob Sie nachstehende Erwiderung aufnehmen wollen. Ich bin zwar nicht der in jenem Artikel bezeichnete Herr, welcher von Potsdam nach Stendal gekommen sein soll, aber ich habe ebenfalls in der vorigen Woche den mir benachbarten Gemeinden erklärt, daß ich den König in Berlin nicht für frei hielte, und dieselben zur Absendung einer Deputation an die geeignete Stelle aufgefordert, ohne daß ich mir deshalb die selbstsüchtigen Motive, welche Ihr Korrespondent anführt, unterschieben lassen möchte. Es ist 1. sehr erklärlich, daß jemand, dem alle mit der Person des Königs nach dem Abzug der Truppen vorgegangenen Ereignisse bekannt waren, die Meinung fassen konnte, der König sei nicht Herr gewesen, zu thun und zu lassen, was er wollte. 2. Halte ich jeden Bürger eines freien Staates berechtigt, seine Meinung gegen seine Mitbürger selbst dann zu äußern, wenn sie der augenblicklichen öffentlichen Meinung widerspricht; ja nach den neusten Vorgängen möchte es schwer sein, jemand das Recht zu bestreiten, seine politischen Ansichten durch Volksaufregung zu unterstützen. 3. Wenn alle Handlungen Seiner Majestät in den letzten vierzehn Tagen durchaus freiwillig gewesen sind, was weder Ihr Korrespondent noch ich mit Sicherheit wissen können, was hätten dann die Berliner erkämpft? Dann wäre der Kampf am 18. und 19. mindestens ein überflüssiger und zweckloser gewesen und alles Blutvergießen ohne Veranlassung und ohne Erfolg. 4. Glaube ich die Gesinnungen der großen

Mehrzahl der Ritterschaft dahin aussprechen zu können, daß in einer Zeit, wo es sich um das soziale und politische Fortbestehen Preußens handelt, wo Deutschland von Spaltungen in mehr als einer Richtung bedroht ist, wir weder Zeit noch Neigung haben, unsere Kräfte an reaktionäre Versuche, oder an Verteidigung der unbedeutenden, uns bisher verbliebenen gutsherrlichen Rechte zu vergeuden, sondern gern bereit sind, diese auf Würdigere zu übertragen, indem wir dieses als untergeordnete Frage, die Herstellung rechtlicher Ordnung in Deutschland, die Erhaltung der Ehre und Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes aber als die für jetzt alleinige Aufgabe eines jeden betrachten, dessen Blick auf unsere politische Lage nicht durch Parteiansichten getrübt ist.

Ergebenst von Bismarck.

Aus denselben Tagen berichtete einmal Herr von Bismarck: „Als die Truppen in Potsdam und der König in Berlin waren, kam ich auch hin und es war Beratung, was jetzt zu thun wäre. Möllendorf war dabei und saß mit schmerzhafter Miene auf einem Stuhl nicht weit von mir. Er konnte nur mit der einen Hälfte sitzen, so hatten sie ihn zerprügelt. Der eine riet ihm dies, der andere das, aber niemand wußte recht, was zu machen. Ich saß neben dem Pianoforte und sagte nichts, schlug aber ein paar Töne an. — Dideldum dittara. (Ich spielte den Anfang des Infanterie-Sturmmarsches.) Da erhob sich der Alte plötzlich freudestrahlend von seinem Stuhle, humpelte auf mich zu, umarmte mich und sagte: Das ist das Rechte. Ich weiß, was Sie wollen — marschieren nach Berlin. Wie die Dinge lagen, kam aber nichts zu stande."

In dem zweiten Vereinigten Landtage, der am 1. April eröffnet wurde, um über den Entwurf eines Wahlgesetzes für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung, sowie über den Entwurf einer Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung zu beraten, legte Herr von Bismarck gegen den Antrag des Fürsten Lichnowsky, die königliche Proklamation durch eine Adresse zu beantworten, Verwahrung ein.

„Ich glaube, sagte er, daß wir es der Würde schuldig sind, welche in dieser Versammlung stets gehandhabt ist, alle ihre Schritte mit Besonnenheit zu leiten, daß wir es den einfachen Regeln der Schicklichkeit schuldig sind, zumal da wir zum letzten Mal hier versammelt sind, in keiner Weise von unseren bisherigen Gebräuchen abzuweichen. Wir haben früher jedes noch so einfache Gesetz einer Kommission überwiesen, die es mit Ruhe beraten und am anderen Tage der

Versammlung vorgelegt hat. Ich glaube, daß in einem so ernsten Augenblicke wie dieser, der Ausdruck der Gefühle dieser Versammlung, welche bisher noch die Ehre hatte, das preußische Volk zu vertreten, ein hinreichend wichtiger Akt ist, um es nicht zuzulassen, bei der Beratung der Adresse mit einer Eile verfahren zu dürfen, die nach meinem individuellen Gefühl von den Regeln der Schicklichkeit entfernt ist."

Der Vereinigte Landtag beschloß jedoch das sofortige Zusammentreten der Adreßkommission. Obwohl die Versammlung nach Anhörung des Entwurfs zur Abstimmung drängte, gelang es dem Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen noch, das Wort zu einer kurzen Erklärung zu erhalten:

„Ich bin einer der wenigen, welche gegen die Adresse stimmen werden und ich habe um das Wort nur deshalb gebeten, um diese Abstimmung zu motivieren und Ihnen zu erklären, daß ich die Adresse, insoweit sie ein Programm der Zukunft ist, ohne weiteres acceptiere, aus dem alleinigen Grunde, weil ich mir nicht anders helfen kann — (Gelächter). Nicht freiwillig, sondern durch den Drang der Umstände getrieben, thue ich es, denn ich habe meine Ansicht seit den sechs Monaten nicht gewechselt, ich glaube, daß dieses Ministerium das einzige ist, welches uns aus der gegenwärtigen Lage einem geordneten und gesetzmäßigen Zustande zuführen kann, und aus diesem Grunde werde ich demselben meine geringe Unterstützung überall widmen, wo es mir möglich ist. Was mich aber veranlaßt, gegen die Adresse zu stimmen, sind die Äußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geschehen ist, die Vergangenheit ist begraben und ich bedaure es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht im stande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat.

„Aber wenn ich dies, durch die Gewalt der Umstände gezwungen, acceptiere, so kann ich doch nicht aus meiner Wirksamkeit auf dem Vereinigten Landtage mit der Lüge scheiden, daß ich für das danken und mich freuen soll über das, was ich mindestens für einen irrtümlichen Weg halten muß. Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur gesetzmäßigen Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann, jetzt aber ist es mir nicht möglich."

Bismarck und die Polen.

Im Februar 1888 sagte Fürst Bismarck im Deutschen Reichstag: „Wir haben im Jahre 1848, wo die Deiche und Schleusen zerbrachen, die bis dahin vielen Gewässern ihren ruhigen Lauf gewiesen hatten, gleich zwei kriegsschwangere Fragen zu verarbeiten gehabt; es war die polnische und die schleswig-holsteinsche Frage. Das erste Geschrei nach den Märztagen war Krieg gegen Rußland, zur Herstellung Polens! — Bald darauf war die Gefahr, durch die schleswig-holsteinsche Frage in einen großen europäischen Krieg verwickelt zu werden, außerordentlich nahe. Ich brauche nicht hervorzuheben, wie 1850 durch das Abkommen von Olmütz eine große Konflagration, ein Krieg im großen Stile verhindert wurde."

Der Kriegszug nach den Herzogtümern veranlaßte den Herrn von Bismarck im Vereinigten Landtag von 1848 zu einer besorgten Erkundigung nach dem „phaëtonischen Flug", den die preußische Politik angenommen. Er war nicht der Kühnheit abhold, aber er wußte, was die Kühnheit ist, ohne Überlegung. Eine ähnliche Anfrage stellte er wegen der Maßregeln im Großherzogtum Posen.

Bei den Konservativen des Landtages herrschte Aufregung über des General Willisens Verfahren. Man war empört über die Konvention, die derselbe mit den Polen abgeschlossen. Herr von Bismarck interpellierte deswegen die Regierung.

Der Minister von Auerswald erklärte sich auf die Frage des Abgeordneten zur Antwort bereit, worauf Herr von Bismarck fortfuhr:

„Nach dieser Erklärung wollte ich mit wenigen Worten meine persönliche Ansicht darüber aussprechen, wohin die von der Regierung eingeschlagene Richtung der Politik führt. Ich bin fest überzeugt, daß die Reorganisation der polnischen Nationalität uns nur zwei Alternativen in Aussicht stellt, die beide für Preußen gleich traurig sind. Die erste ist die Wiederherstellung eines polnischen Reichs in den Grenzen vom Jahre 1772. Jedem, dem die Landkarte aus der damaligen Zeit bekannt ist . . ." Der Minister unterbrach den Redner mit der Bemerkung, daß er sich nicht verpflichtet, noch berechtigt erachte, die Ansichten des Gouvernements über ein Königreich Polen vom Jahre 1772 zu äußern, es sei hier nur der Ort, über die Verhältnisse des Landes zu sprechen.

„Dann habe ich," erwiderte Bismarck, „die frühere Erklärung des Herrn Ministers nicht verstanden, indem ich geglaubt hab e daß die Besprechung der Sache selbst auch die Beleuchtung ihrer

Konsequenzen nötig mache. Es ist nicht meine Absicht, der Regierung jetzt Verlegenheiten zu bereiten, und ich werde schweigen, nachdem das Ministerium erklärt hat, daß es nicht wünsche, auf die Sache einzugehen."

Der Minister machte demnächst dem Vereinigten Landtage einige weitere Mitteilungen über die Absichten der Regierungen, nachdem er bemerkt hatte, daß das Berühren einer Wunde mindestens ebensolche Verlegenheiten herbeiführen könne, wie das Aufdecken. Dies veranlaßte Bismarck zu der Erwiderung:

„Ich habe eine persönliche Bemerkung zu machen, daß ich mich nämlich durch die Erklärung des Herrn Ministers vollkommen befriedigt fühle, und nur mein Bedauern darüber auszudrücken habe, daß derselbe Zweifel in meine Absicht setzt, dem Ministerium keine Verlegenheiten bereiten zu wollen, nachdem ich mich darüber deutlich ausgesprochen habe, ich wüßte nicht, was mich zu dieser Äußerung hätte veranlassen sollen, wenn sie nicht aufrichtig gewesen wäre."

Über die damalige Bewegung für die Polen schrieb Bismarck an die „Magdeburger Zeitung" unter dem 20. April 1848 wie folgt:

„Die Befreiung der wegen Landesverrats verurteilten Polen ist eine der Errungenschaften des Berliner Märzkampfes, und zwar eine der wesentlichsten, da die konstitutionelle Verfassung, die Preßfreiheit und die Maßregeln zur Einigung Deutschlands bereits vor Ausbruch des Kampfes gesichert waren. Die Berliner haben die Polen mit ihrem Blute befreit und sie dann eigenhändig im Triumph durch die Stadt gezogen. Zum Dank dafür standen die Befreiten bald darauf an der Spitze von Banden, welche die deutschen Einwohner einer preußischen Provinz mit Plünderung und Mord, mit Niedermetzelung und barbarischer Verstümmelung von Weibern und Kindern heimsuchen. So hat deutscher Enthusiasmus wieder einmal zum eigenen Schaden fremde Kastanien aus dem Feuer geholt. Ich hätte es erklärlich gefunden, wenn der erste Aufschwung deutscher Kraft und Einheit sich damit Luft gemacht hätte, Frankreich das Elsaß abzufordern und die deutsche Fahne auf den Dom zu Straßburg zu pflanzen. Aber es ist mehr als deutsche Gutmütigkeit, wenn wir uns mit der Ritterlichkeit von Romanhelden vor allem dafür begeistern wollen, daß deutschen Staaten das letzte von dem entzogen werde, was deutsche Waffen im Laufe der Jahrhunderte in Polen und Italien gewonnen hatten. Das will man jubelnd verschenken, der Durchführung einer schwärmerischen Theorie zuliebe, einer Theorie, die uns ebensogut dahin führen muß, aus unseren südöstlichen Grenz-

bezirken in Steiermark und Illyrien ein neues Slawenreich zu bilden, das italienische Tirol den Venetianern zurückzugeben und aus Mähren und Böhmen bis in die Mitte Deutschlands ein von letzterem unabhängiges Tschechenreich zu gründen. Eine nationale Entwickelung des polnischen Elements in Posen kann kein anderes vernünftiges Ziel haben, als das, einer Herstellung eines unabhängigen polnischen Reiches zur Vorbereitung zu dienen. Man kann Polen in seinen Grenzen von 1772 herstellen wollen (wie die Polen selbst es hoffen, wenn sie es auch noch verschweigen) ihm ganz Polen, Westpreußen und Ermeland wiedergeben, dann würden Preußens beste Sehnen durchschnitten und Millionen Deutscher der polnischen Willkür überantwortet sein, um einen unsicheren Verbündeten zu gewinnen, der lüstern auf jede Verlegenheit Deutschlands wartet, um Ostpreußen, Polnisch Schlesien, die polnischen Bezirke von Pommern für sich zu gewinnen. Andererseits kann eine Wiederherstellung Polens in einem geringeren Umfange beabsichtigt werden, etwa so, daß Preußen zu diesem neuen Reich nur den entschieden polnischen Teil des Großherzogtums Posen hergäbe. In diesem Falle kann nur der, welcher die Polen gar nicht kennt, daran zweifeln, daß sie unsere geschworenen Feinde bleiben würden, so lange sie nicht die Weichselmündung und außerdem jedes polnisch redende Dorf in West- und Ostpreußen, Pommern und Schlesien von uns erobert haben würden. Wie kann aber ein Deutscher weinerlichem Mitgefühl und unpraktischen Theorien zuliebe dafür schwärmen, dem Vaterland in nächster Nähe einen rastlosen Feind zu schaffen, der stets bemüht sein wird, die fieberhafte Unruhe seines Innern durch Kriege abzuleiten und uns bei jeder ernstlichen Verwickelung in den Rücken zu fallen; der viel gieriger nach Eroberungen auf unsere Kosten sein wird und muß, als der russische Kaiser, der froh ist, wenn er seinen jetzigen Koloß zusammenhalten kann, und der sehr unklug sein müßte, wenn er den starken Anteil zum Aufstand bereiter Unterthanen, den er hat, durch Eroberung deutscher Länder zu vermehren bemüht sein wollte. Schutz gegen Rußland brauchen wir aber von Polen nicht; wir sind uns selbst Schutz genug. Ich halte daher unsere jetzige Politik in Bezug auf Posen, auch wenn man jeden einzelnen Deutschen daselbst dem deutschen Bunde vorbehält, auch wenn man nur den kleinsten Teil des polnisch redenden Anteils dem übrigen Staat durch Sondereinrichtungen entfremdet, für die bedauerlichste Donquichotterie, die je ein Staat zu seinem und seiner Angehörigen Verderben begangen hat. Die Regierung hat mit Ordnung dieser Angelegenheit einen mehr polnisch als deutsch gesinnten Mann beauftragt, dessen Benehmen die Armee mit Entrüstung, das Land mit Mißtrauen erfüllt, und dessen bei der

günstigsten Annahme schwach zu nennendes Verfahren den Mißgriffen in dieser Angelegenheit die Krone aufsetzt und sie sanktioniert. Die letzte pomphafte Erklärung dieses Kommissärs, in der er sich rühmt, durch seine Bemühungen diese Frage friedlich gelöst zu haben, erscheint in den Blättern gleichzeitig mit dem klagenden Hilferuf von Behörden und Privatleuten, die fortdauernd von Totschlag und Plünderung der Deutschen und von bewaffneten Konflikten mit dem Militär zeugen. Wird das verantwortliche Ministerium des Königs der Nationalversammlung gegenüber die Verantwortung für alles das übernehmen, was Herr von Willisen in Posen gethan und unterlassen hat, und für die ganze, bis jetzt befolgte Richtung unserer polnischen Politik? Dann wäre es wichtig, sich darüber aufzuklären, ob in Preußen noch dieselben Rechtsgrundsätze gültig sind, welche in dem Polenprozeß des vorigen Jahres gegen die Angeklagten zur Anwendung kamen."

Auf denselben Vorgang kam Bismarck als Minister im Jahre 1886 im preußischen Abgeordnetenhause zurück:

„Wir haben durch die Geschichte die Erbschaft übernommen, uns mit zwei Millionen polnisch sprechender Unterthanen, so gut wir können, auf denselben Gebieten, welche die Grenzen des preußischen Staates umschließen, einzuleben. Das Jahr 1815 hat dem preußischen Staat eine Grenze geschaffen, hinter die er unter keinen Umständen zurückgehen kann; er bedarf dieser Grenze zur Verbindung seiner Provinzen, zur Verbindung zwischen Breslau und Königsberg, zu seinem Verkehrsleben sowohl, wie zu seiner Verteidigung und seiner Sicherheit. Im Jahre 1815 hat man sich zuerst die Schwierigkeit der Situation, in die man eintrat, nicht vergegenwärtigt. Der Fürst von Hardenberg und der Regierungspräsident von Posen, Herr von Zerbom, welcher bedeutende Besitzungen in Südpreußen, jenseits der heutigen Grenze, besaß, lebten unter dem Eindruck der kurz vorher stattgehabten Verhandlungen, in welchen Preußen ein größeres polnisches Gebiet erstrebt hatte. Der Wunsch, der damals vorherrschte, vielleicht bei einem späteren Ausgleich noch eine weitere Vorrückung unserer Ostgrenze gegen die Weichsel hin zu gewinnen, der Wunsch, zu diesem Behufe in der polnischen Bevölkerung der zum Königreich Polen geschlagenen Landesteile Propaganda für Preußen zu machen, hat einigermaßen die Sprache diktiert, die der Fürst Hardenberg damals dem Könige den neuerworbenen polnischen Unterthanen gegenüber angeraten hat. Es war dies eine Politik, die wir heutzutage gewiß nicht billigen können; sie war ungeschickt. Sie hatte indessen damals zu keinem vertragsmäßigen Abkommen irgend einer Art geführt. Die Proklamationen, mit denen König Friedrich Wilhelm III. Besitz von den ihm wieder zugefallenen Teilen Südpreußens ergriffen hat, enthalten die Kundgebung der Ab-

sichten des Königs, die Kundgebung der Grundsätze, nach welchen er zu regieren gedachte. Eine Verpflichtung, diese Grundsätze niemals zu ändern, wie auch immer seine polnischen Unterthanen sich benehmen könnten, ist der König in keiner Weise eingegangen, und die von ihm gegebenen Versprechungen sind seitdem durch das Verhalten der polnischen Bevölkerung vollständig hinfällig und null und nichtig geworden. Ich meinesteils gebe keinen Pfifferling auf die Berufung auf die damaligen Proklamationen. Das Vertrauen, sich mit den Polen leicht einleben zu können, hatte einen Anhalt in der Thatsache, daß man in Schlesien mit einer Million polnisch redender Unterthanen ohne alle Schwierigkeit lebte, wurde aber plötzlich durch den Warschauer Aufstand von 1830 und durch das Aufwerfen einer polnischen Frage im europäischen Sinne gestört. Von dem Eindrucke, den diese Verhältnisse auf damalige Autoritäten machten, haben wir ein Votum, welches der damalige kommandierende General in Posen, von Grolmann, am 25. März 1832 über die Situation in Posen einreichte. Darin heißt es: ‚Das Großherzogtum Posen mit einer Bevölkerung von 350 000 Deutschen und 450 000 Polen und Juden gehört, vermöge seiner Lage im Herzen des preußischen Staates, auf der Verbindung zwischen Schlesien, Preußen und Pommern, nur 18 Meilen von Berlin entfernt, so innig zum preußischen Staate, daß jede Idee einer Trennung von demselben als wahrer Hochverrat angesehen werden muß, und daß jeder, der es ehrlich mit seinem Vaterlande meint, seine letzte Kraft anspannen muß, nicht allein um dieses Land dem preußischen Vaterlande zu erhalten, sondern auch, um es gut gesinnt, das heißt, deutsch gesinnt zu machen. Im Großherzogtum Posen befinden sich einige Hundert polnischer Edelleute, die mit ihrem Besitz, ihrem Anhang, ihren Vögten und Hausdienern einige tausend Köpfe bilden, die das böse Prinzip der Provinz sind und deren allmähliche Entfernung von dem wesentlichsten Nutzen sein würde, da noch Generationen darüber hingehen, ehe ihre polnische Natur sich zu einer staatsbürgerlichen preußischen ausgebildet haben wird.‘ Der Aufsatz entwickelt einige Ideen, wie Preußen von diesen gefährlichen Menschen, ohne Ungerechtigkeiten zu begehen, zu befreien ist, die mir einiger Beherzigung wert scheinen. ‚Es ist wohl kein Zweifel, daß, wenn Preußen die ansehnlichen Kosten, die uns die Anstalten gegen die polnische Insurrektion gekostet haben, in den letzten fünfzehn Jahren darauf verwendet hätte, die polnischen Gutsbesitzer auszukaufen, das Großherzogtum Posen eine ganz sichere Provinz wäre, statt daß wir jetzt unter noch schlimmeren Verhältnissen unvorhergesehen zu noch größeren Opfern genötigt sein werden.‘

„Das Ergebnis dieser in dem Grolmannschen Elaborat keimenden Auffassung war das, was man heutzutage die Flottwellsche Politik nennt. König Friedrich Wilhelm III. war diesem Gedanken zugänglich und es wurde eine Summe bewilligt, für welche Güter aus polnischen Händen

aufgekauft wurden, um sie zur Vermehrung der deutschen Bevölkerung in der Provinz weiter zu veräußern. Dieses System wurde außer Kraft gesetzt, als im Jahre 1840 König Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung gelangte, welcher der Meinung war, daß die wohlwollenden Gefühle, die er für seine polnisch sprechenden Unterthanen hatte, auf der anderen Seite durch analoge Gefühle vollständig revidiert würden. Der hochselige König wurde aus diesen vertrauensvollen Empfindungen in unangenehmer Weise gestört durch die insurrektionellen Bewegungen der Jahre 1846 bis 1848. Er mußte es erleben, daß 1848 auf den Barrikaden von Berlin ein Bündnis zwischen der preußischen und ausländischen Demokratie und den Polen geschlossen wurde, was zur Folge hatte, daß kurze Zeit darauf mehrere Tausend preußische Unterthanen teils polnischer, teils deutscher Zunge, in Posen in gegenseitigen Kämpfen erschossen oder verwundet wurden. Die Freiheit der Bewegung, welche die Polen auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der Presse und des Verfassungslebens gewannen, hat in keiner Weise dazu beigetragen, ihr Wohlwollen für Deutschland zu vermehren; im Gegenteil, wir sehen als Frucht davon nur eine Verschärfung der nationalen Gegensätze auf der polnischen Seite. Der Entwickelung derselben kam die Eigentümlichkeit des deutschen Charakters in mancher Hinsicht entgegen, einmal die deutsche Gutmütigkeit und Bewunderung alles Ausländischen, dann die deutsche Tradition, die eigene Regierung zu bekämpfen, wofür man in den Polen immer bereite Bundesgenossen zu finden sicher war, endlich die eigentümliche Befähigung des Deutschen, die sich bei keiner anderen Nation wiederfindet, aus der eigenen Haut nicht nur heraus, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren und vollständig Pole, Franzose oder Amerikaner zu werden."

Die Reaktion.

Der Vereinigte Landtag wurde schon am 10. April geschlossen und die aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangene konstituierende oder Nationalversammlung am 22. Mai eröffnet. Die Herrschaft dieser Versammlung, welche die Rolle eines „Konvents" zu spielen begann und selbst wieder von den demokratischen Führern der Volksmenge terrorisiert wurde, war bald unerträglich. Die Minister waren der Volksgewalt nicht gewachsen, die Ministerien nützten sich schnell ab, die Beamten hatten keine Autorität. Bismarck war in diesen Tagen nicht unthätig. Er agitierte in Vereinen und in der Presse. Berlin mit seinem Demokratentum war ihm verhaßt. Man hörte ihn ausrufen: „Die großen Städte, diese Herde der Revolutionen, sollte man sämtlich vom Erdboden vertilgen." Bismarck war es, der den König bestimmte, in der Person

des Grafen Brandenburg einen Bändiger der Revolution zu schaffen.

Am 21. Oktober wurde General Graf Brandenburg aus Breslau nach Potsdam berufen. Es war bekannt, mit welch' fester Hand er während des Sommers in Schlesien jede Ruhestörung unterdrückt hatte, auf ihn hatte jetzt Bismarck die Aufmerksamkeit des Königs gelenkt. Brandenburg war kein Fanatiker der Reaktion, sondern bei unerschütterlicher Entschlossenheit in der Bekämpfung der Anarchie ein Mann von gemäßigter Gesinnung und vorurteilsloser Auffassung, in politischen Fragen nicht von schöpferischer Genialität, aber klarem Verstande, unbedingter Zuverlässigkeit und nicht zu beirrendem Ehrgefühl. Ihm kündigte in Potsdam Herr von Bismarck an, daß der König ihn zum Ministerpräsidenten bestimmt habe.

Als Graf Brandenburg erklärte, er wisse dies hohe Vertrauen zu würdigen, aber er sei kein Staatsmann und unerfahren in politischen Geschäften, erläuterte ihm Herr von Bismarck, es handle sich zunächst um keine verwickelten Fragen, sondern einfach um die Herstellung der Ordnung und Gesetzlichkeit.

Der Graf erwiderte nun: „Wenn ich der Elefant sein soll, welcher die Revolution zertritt, so bin ich bereit; dann aber muß ich einen Konak haben, der in politischen Dingen Bescheid weiß, sonst geht die Sache doch nicht gut."

Herr von Bismarck fragte, wen er dazu im Sinne habe? Der Graf sagte: „Der einzige von den Herren, die ich persönlich kenne, ist der Ministerialdirektor von Manteuffel."

Der König war einverstanden und Bismarck überbrachte Herrn von Manteuffel die Botschaft nach Berlin. Hier setzte es anfangs schwere Bedenken; Manteuffel meinte, das Volk würde ihn zerreißen, wenn er als Minister in der Nationalversammlung erschiene, indessen gelang es Bismarck, ihn zu beschwichtigen und zur Annahme zu bestimmen.

Über den zur Übernahme des Kriegsministeriums berufenen Herrn von Strotha äußerte sich Bismarck später einmal:

„Der Mann war ruhig in Frankfurt Kommandant der Bundesgarnison; da trifft ihn ein Telegramm des damaligen Ministerpräsidenten Grafen von Brandenburg, sofort nach Berlin zu kommen und sich im Ministerium einzufinden. Strotha fährt über Hals und Kopf nach Berlin und hier sofort zu Brandenburg.

„Ich habe Eure Excellenz rufen lassen, um Sie zu bitten, das Ministerium des Krieges zu übernehmen!“

„Mich? Um Gotteswillen, was fällt Eurer Excellenz ein? Ich bin dazu ja in gar keiner Weise geeignet.“

„Ja, das hilft alles nichts, lesen Sie hier diese Kabinettsordre Seiner Majestät des Königs, der Sie zum Kriegsminister wünscht.“

Strotha liest mit großer Bestürzung und sagt: „Ja, wenn Seine Majestät befiehlt, muß ich freilich gehorchen.“

„Nun, lieber Kollege,“ fährt Brandenburg fort, „nun müssen Sie aber auch heute um zehn Uhr in der Kammer erscheinen.“

„O bewahre!“

„Ja, das hilft Ihnen nichts, sehen Sie hier ein anderes Schreiben Seiner Majestät, welches ausdrücklich verlangt, daß Sie das Kriegsministerium der Kammer gegenüber vertreten.“

„Dann muß ich freilich gehorchen,“ sagte der neue Kriegsminister mit einem langen Seufzer.

Er will sich eben entfernen, um wenigstens noch etwas zu memorieren für seine mutmaßliche Jungfernrede, da sagt Brandenburg:

„Das wissen Sie wohl, Kollege, daß Sie in Civil in der Kammer erscheinen müssen?

Strotha stand sprachlos vor Entsetzen.

„Ich habe gar keins,“ stotterte er endlich.

„Ja, da müssen Sie sich bis zehn Uhr einen Anzug besorgen, der König will es so.“

„Dann muß ich freilich gehorchen,“ erwidert Strotha beklommen, sich hinausschleichend. Aber er wußte sich zu helfen. Er nahm sich eine Droschke und fuhr zum Mühlendamm, wo die Trödler wohnen. Um zehn Uhr aber sah man in der Kammer einen Mann sitzen am Ministertisch mit unendlich hohem Kragen, Frackärmeln, die ihm bis über die Hände reichten — kurz, einen wundervollen neuen Kriegsminister.“

Das Ministerium der „rettenden That“ übernahm am 8. November die Geschäfte.

Es schickte der Versammlung als ersten Gruß eine königliche Botschaft zu, worin sie, um ihre Beratungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren, von Berlin nach Brandenburg verlegt, und vom 9. bis zum 27. November vertagt wurde. Zugleich erhielt Graf Wrangel den Befehl, mit bedeutender Truppenmacht in Berlin einzurücken. Die Stadt wurde in Belagerungszustand

erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst, eine allgemeine Entwaffnung angeordnet und die politischen Vereine geschlossen. Die Versuche der radikalen Mehrheit der Versammlung, nach Schließung des Schauspielhauses ihre Sitzungen unter ihrem Präsidenten von Unruh in anderen Lokalen fortzusetzen, scheiterten an den militärischen Maßregeln und dann gelang es ihr noch, zu beschließen, daß dem Ministerium Brandenburg die Steuern zu verweigern seien. Die Mitglieder der Rechten fanden sich am 27. November in Brandenburg ein, am 1. Dezember erschienen auch gegen 100 Abgeordnete von der Opposition, aber nur, um ihren Protest gegen die Verlegung zu wiederholen. Mit ihrem Ausscheiden war die beschlußfähige Zahl nicht mehr vorhanden.

Die Versammlung wurde am 5. Dezember aufgelöst und eine Verfassung octroyiert, welche, mit dem altpreußischen Ständewesen vollständig brechend, auf demokratischer Grundlage ruhte und den beiden neu zu wählenden Kammern zur Prüfung vorgelegt werden sollte.

Herr von Bismarck gehörte sodann der zweiten preußischen Kammer von 1849—1852 an.

Um für dieselbe gewählt zu werden, präsentierte er sich in verschiedenen Wahlversammlungen.

Eine solche Versammlung von zweiunddreißig Wahlmännern fand zu Rathenow in dem Gewächshause des Bölkeschen Gartens vor dem Thore statt. Dort unter den heimischen und tropischen Pflanzen, welche die Wände des Gartenhauses schmückten, saßen die Rathenower Wahlmänner an dem langen, mit einigen Öllampen besetzten Tische und pflogen Rat, wem sie ihre Stimmen bei der bevorstehenden Abgeordnetenwahl in Brandenburg geben sollten, ob „Pochhammer“ oder „Bismarck“ ihre Losung in dem Wahlkampfe heißen sollte. Bismarck selbst hatte mitten unter ihnen an der langen Seite des Tisches Platz genommen, und erhob sich auf die an ihn gerichtete Aufforderung, um die Gesichtspunkte, unter denen er die Aufgabe des Abgeordneten betrachtete, darzulegen. Er sprach nicht ganz fließend, sondern setzte öfters an, als suche er nach dem betreffenden Ausdruck für die ihn bewegenden Gedanken, aber man fühlte, daß er aus seiner innersten Überzeugung sprach. Seine Rede war frei von allen blumenreichen Wendungen, und allein auf den Eindruck berechnet, welchen die Wahrheit auf jeden unbefangenen Hörer macht.

Wer während Bismarcks Rede seine Aufmerksamkeit auf das

Glasfenster in einer Seitenthüre des Gartenhauses gerichtet hätte, der würde bemerkt haben, wie ein kleiner Vorhang dort vor- und zurückgeschoben wurde, und zwei neugierige Gesichter aus dem Nebenzimmer guckten. Es war das ehrliche Gesicht des Wirtes und des Gärtners Karl Bölke und das eines gewissen Heidepriem aus Schollehne. Letzterer war im Genthiner Bezirk Wahlmann und hatte hier eigentlich nichts zu schaffen, er handelte mit Holz und Stroh, und verstand sich gut auf das Geschäft; jetzt reiste er in der höheren Politik, und sein gerötetes Gesicht leuchtete zwischen den Zweigen der hohen Topfgewächse hindurch wie der Vollmond zwischen Blütensträuchern.

„Wat, Bölke!“ redete Heidepriem seinen Nachbarn an, „den Bismarck wollt Ihr wählen? Der steckt ja so tief in Schulden, ich sage Ihnen, er kann kaum jappen!“

„Lassen S' gut sind, Heidepriem,“ sagte Bölke, „der Mann ist nicht schlecht.“

„Bölke,“ sagte Heidepriem, „Ihr laßt Euch von dem Junker den Kopp verkeilen; ich sage Ihnen, der will sich durch sein Schwadronieren man bloß retten.“

„Schweigen S' still!“ sagte Bölke: „ich will hören, was er red't.“

— „Meine Herren,“ sagte Bismarck, in seiner Rede fortfahrend, „jeder, der es aufrichtig mit dem Vaterlande meint, der muß jetzt die Regierung auf dem von ihr eingeschlagenen Wege unterstützen, um die Revolution, die uns alle bedroht, zu bekämpfen. Sie würden vielleicht besser thun, wenn Sie einen aus Ihrer Mitte wählten, etwa einen von den Herren Fabrikanten oder Kaufleuten, der Ihre Verhältnisse kennt und das Interesse seiner Vaterstadt besser vertreten würde, als ich es vermag. Wenn Sie einen solchen finden, der zugleich unabhängig und unparteiisch genug ist, um die Sache des Landes über jedes andere Interesse zu stellen und dem seine Privatverhältnisse erlauben, ihr in diesem Augenblicke seine ganze Thätigkeit zu widmen, dann trete ich zurück.“

„Glauben Sie's ihm nicht, Bölke!“ sagte Heidepriem; „es ist nicht sein Ernst, damit will er Ihnen bloß fangen.“

„Schweigen S' still!“ sagte Bölke, „ich will hören, was er red't.“

„— Wenn Sie aber in der Kammer einen Vertreter wünschen,“ fuhr Bismarck fort, „der fest entschlossen ist, die Sache des Vaterlandes zu seiner eigenen zu machen, ihr mit redlichem Willen,

vollem Herzen und ganzen Kräften zu dienen, und dessen nächstes Streben darauf gerichtet sein wird, die alten Bande des Vertrauens zwischen der Krone und dem Volke wieder fester zu knüpfen, damit Gesetz und Ordnung walten, der Wohlstand und das gemeinschaftliche Interesse aller friedlichen Bürger gefördert werden, dann richten Sie Ihr Auge auf mich. Das sind meine Ansichten; wenn Sie mit mir einverstanden sind, bitte ich um Ihre Stimme.“ —

„Haben Sie ’s nu gehört, was es vor’n Feudaler ist?“ sagte Heidepriem.

„Lassen S’ gut sind,“ sagte Bölke, „der Pochhammer ist mir viel fataler.“

„Ihr versteht Euch nicht auf die Politik, Bölke,“ sagte Heidepriem und wollte fortfahren, sie ihm klar zu machen, da öffnete sich plötzlich die Thüre und vor dem kleinen Strohhändler aus Schollehne stand die mächtige Gestalt des Deich-Hauptmannes von Schönhausen. Bismarck war, nachdem er geendet hatte, auf dem nächsten Wege, — d. h. über den Tisch fortsteigend, weil der schmale Seitengang durch Blumen und Wahlmänner gesperrt war, — auf die Thüre zugeschritten, um aus dem Nebenzimmer Hut und Überrock zu holen, und stand beim Anblick des ihm wohlbekannten Händlers ebenso verwundert wie die beiden andern über das plötzliche Dazwischentreten Bismarcks.

„Potz Wetter, Heidepriem, wo kommt Ihr her? seid Ihr etwa auch Wahlmann?“ fragte Bismarck.

„Ja, warum soll ich denn nicht, (Herr von) Bismarck? Ich bin Wahlmann im Genthiner Bezirk,“ erwiderte jener; dabei verschluckte er das „Herr von“ zur Hälfte, so daß nur Bismarck es hören konnte, Bölke nicht.

„Nun, wen werdet Ihr dort wählen?“

„Ja, det will ich Ihnen genau seggen, keenen Bismarck wählen wir nicht; denn wenn ich von Bismarcken höre, denn gruselt mir die Hut.“

„Heidepriem, Ihr seid nicht klug!“ —

„Ja, wer weiß, wer von uns beide der Klügste ist, (Herr von) Bismarck!“

„Freilich, das soll sich noch zeigen,“ lachte Bismarck; — „was kostet der Centner Stroh bei Euch, Heidepriem?“ Er hörte nicht mehr die Antwort, denn Bölke hatte mittlerweile Bismarcks gelben Überzieher vom Wandnagel gelangt und war beim Anziehen behilflich gewesen. Mit verbindlichem Gruße empfahl sich Bismarck den

Wahlmännern und bestieg seinen draußen haltenden Kutschwagen zur Rückfahrt nach Schönhausen.

„Das ist unser Mann," sagten die Rathenower, und Heidepriem konnte noch denselben Abend nach Genthin berichten, daß von den 32 Rathenower Wahlmännern 31 Stimmen für Bismarck, eine für Pochhammer wären.

Die Stimmen der 31 Rathenower fielen bei der in Brandenburg stattfindenden Abgeordnetenwahl schwer ins Gewicht. Herr von Bismarck wurde mit geringer Majorität für den Wahlbezirk West-Havelland gewählt.

In der zweiten Kammer.

Herr von Bismarck beteiligte sich in lebhafter Sprache gleich an der Adreß-Debatte, die ihm auch den ersten Ordnungsruf einbrachte. Er hatte den Ausdruck „Grobheiten" gebraucht. Am 21. März wurde über die Beibehaltung des Belagerungszustandes in Berlin verhandelt. Herr von Bismarck hielt seine erste bedeutende Rede.

„Die Amendements," sagte er, „welche vorliegen und welche beantragen, den Belagerungszustand zu mißbilligen, stützen sich mit ihren Argumenten im wesentlichen auf den Willen und den Wunsch des Volkes. Sie sind von dem geehrten Vorredner unterstützt worden, teils durch Deduktionen, welche mir mehr durch die Länge wie durch die Schärfe imponiert haben, teils durch den gebräuchlichen theoretischen Schmuck von Kanonen und Bajonetten, General Brennus und Junker-Parlament. Die ganze Sache scheint mir nicht von der Wichtigkeit zu sein, die man ihr beilegt. In dem Augenblick, wo die Abgeordneten unseres ganzen Landes versammelt sind, um über die Grundlagen unserer politischen und sozialen Zustände zu beraten, scheint es mir gar nicht von Erheblichkeit, ob die Berliner die Zeitungshalle und die ewige Lampe lesen, oder ihre Klubs halten. Diese lokalen Bedürfnisse einiger Berliner treten ganz in den Hintergrund gegen das allgemeine Bedürfnis des Landes, daß diese Versammlung gegen jede Störung versichert sei und jedes Mitglied seine und seiner Wähler Meinung unumwunden aussprechen könne, ohne Insulten von seiten Andersdenkender auf der Straße ausgesetzt zu sein. Eine Beeinträchtigung der Freiheit unserer Beratungen kann ich nun in dem Belagerungszustande nicht finden, es sei denn, daß man die Freiheit einzelner Fraktionen darunter verstehe, ihre Ansichten durch tumultuarische Demonstrationen auf der Straße zu unterstützen. Von seiten der Diener des Belagerungszustandes oder der Obrigkeit überhaupt fürchte ich dergleichen nicht."

„Ich kann dem Ministerium nur meinen Dank aussprechen, daß es durch exceptionelle Maßregeln unsere Freiheit geschützt hat und diesen Dank teilen unter anderen mehrere Tausend Berliner, die Unterzeichner dieser Petition um Nichtaufhebung des Belagerungszustandes, welche ich mir erlaube auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Sie werden daraus ersehen, daß es eine unrichtige Angabe ist: ‚Das Volk von Berlin will die Aufhebung des Belagerungszustandes.‘ Der besitzende Teil des Berliner Volkes, der am meisten und am schnellsten unter Störungen von Verkehr und Kredit leidet, ist in dieser Kammer, wie ich behaupte, gar nicht repräsentiert. Das haben die Berliner Wahlen zur ersten Kammer unwiderleglich bewiesen. Es ist überhaupt sehr mißlich, sich so schlechthin auf den Willen, oder sogar wie Herr D'Ester, auf die Ahnungen und Gefühle des Volkes zu berufen. Wer von Ihnen, meine Herren, kennt die Ahnungen und Gefühle des Volkes so genau, wer kann denn irgend einen glaublichen Nachweis dafür beibringen, daß das, was er dafür ausgiebt, wirklich der Gesamtwille des preußischen Volkes sei! Der einzige Beweis ist die Behauptung, es sei so, der ich die meinige, es sei nicht so, mit demselben Rechte entgegensetze. Geben wir uns doch nicht Illusionen hin, als ob unsere Majoritäten oder Minoritäten in entsprechenden Bruchteilen den Willen des Volkes repräsentierten. Wir sind gewählt von der Majorität der Wahlmänner und diese wieder von der Mehrheit der Urwähler. Wir alle repräsentieren also nur die Mehrheit einer Mehrheit, vielleicht etwas über ein Viertel der auf der Wahl wirklich erschienenen Urwähler und da kommen einzelne Fraktionen der Versammlung und wollen uns ihre Ansichten und ihren Willen als die Ansicht und den Willen des großen preußischen Volkes unterschieben. Es ist kein Ausdruck im letzten Jahre mehr mißbraucht worden, als das Wort Volk. Jeder hat das darunter verstanden, was gerade in seinen Kram paßte, gewöhnlich einen beliebigen Haufen von Individuen, die es ihm gelungen war, für seine Ansicht zu gewinnen. Das wahre preußische Volk hat in der letzten Zeit viel Geduld gezeigt und große Leichtgläubigkeit gegen diejenigen, die sich seine Freunde nennen. Aber in der Abstimmung über die Adresse, die uns vorliegt, wird das Volk Material genug erhalten, sich darüber aufzuklären, wer zwischen ihm und seinem Frieden, wer zwischen ihm und seinem Rechte steht."

In dem Adreßentwurfe wurde auch eine Amnestie für alle seit dem 18. März 1848 begangenen politischen Verbrechen und Vergehen beantragt, was in der 14. Sitzung am 22. März 1849 eine sehr leidenschaftlich erregte Diskussion hervorrief.

„Der Grund, welcher mich bestimmt," sagte Bismarck, „mich gegen die Amnestie auszusprechen, ist der, daß durch die wiederholten

Amnestien das Rechtsbewußtsein im Volke auf das Tiefste erschüttert wird. In welchem Grade das selbst bei den gebildetsten Ständen der Fall sei, haben die Reden zweier Abgeordneten vor mir hinreichend bewiesen, indem der eine die Vorgänge nach dem 18. März v. J. so ins Auge faßte, als sei die Obrigkeit von dem, was er Volk nennt, amnestiert worden, während es mir scheint, daß der König die Rebellen amnestiert habe. (Aufregung auf der Linken, Rebellen?) Ja, meine Herren, Rebellen. Es wird dadurch im Volke die Meinung verbreitet, als ob das ganze Staatsrecht auf der Barrikade beruhe, als ob ein jeder, dem ein Gesetz mißfällt, oder der es für ungerecht hält, das Recht habe, das Gesetz als nicht vorhanden zu betrachten, als ob ein jeder, dem es gelingt, eine hinreichende Anzahl von Individuen bewaffnet oder unbewaffnet zu sammeln, hinreichend, eine schwache Regierung einzuschüchtern und ihr zu imponieren, oder, wenn sie sich nicht einschüchtern läßt, sie durch Barrikaden über den Haufen zu werfen, vollkommen im Rechte wäre."

Inzwischen war die deutsche Frage in Frankfurt a. M. zum Abschluß gekommen. Eine Gesandtschaft von 34 Abgeordneten, den Präsidenten Simson an der Spitze, wurde am 3. April in Berlin vom Könige empfangen. Seine Ablehnung der Kaiserkrone war keine unbedingte; er machte die Annahme derselben nur von der freien Zustimmung der deutschen Regierungen und von weiteren Verhandlungen mit der Frankfurter Nationalversammlung abhängig. In der zweiten Kammer wurde von Rodbertus und Genossen ein dringender Antrag auf Anerkennung der Reichsverfassung gestellt. Es gab eine stürmische Sitzung. In begeisterter Rede forderte Vincke die Minister auf, den Augenblick nicht vorübergehen zu lassen, in dem die Geschicke ganz Deutschlands in Preußens Hand gelegt wären. Graf Brandenburg sprach sein: „Niemals, niemals, niemals!" Zu den entschiedensten Gegnern des Antrags Rodbertus gehörte Herr von Bismarck. Er erklärte, daß die Anerkennung der Verfassung durch 28 deutsche Regierungen von keinem Einfluß auf die Entschließungen Preußens sein dürfe, da diese nur aus dem Streben der Märzminister in diesen kleinen Staaten hervorgegangen sei, sich in der „konstitutionellen Anarchie", die von Frankfurt geboten wurde, zu schützen. Preußen mit seinen sechzehn Millionen Einwohnern dürfe sich nicht durch diese fünf Millionen in den Kleinstaaten bestimmen lassen; die Verfassung lasse der Krone kaum den dürftigsten Bestand, sie stelle das Prinzip der Volkssouveränität auf und räume dem Könige nur ein suspensives Veto ein. „Glauben Sie nicht, meine Herren," fragte Bismarck, „daß die Männer des

Umsturzes bald mit dem Reichswappen vor den neuen Kaiser treten und zu ihm sagen werden: Glaubst Du, daß Dir der Adler geschenkt sei? — Die Einheit, welche 28 terrorisierte Regierungen wollen, scheint mir nicht diejenige zu sein, welche Preußen anstreben muß. Preußen ist im stande, dem übrigen Deutschland Gesetze zu geben, und ehe ich zugebe, daß der König von Preußen Vasall der Herren Simon werde, will ich lieber, daß Preußen Preußen bleibt."

Die Kammer nahm die Verfassung mit 175 gegen 159 Stimmen an und wurde am 27. April aufgelöst. Am Tage darauf erfolgte die förmliche und unbedingte Ablehnung der Kaiserkrone seitens Preußens. Bei den Neuwahlen zur zweiten Kammer wurde Bismarck im alten Wahlkreise wiedergewählt. Die neue Kammer sollte abermals sich mit der deutschen Frage beschäftigen. Diese war inzwischen in das Stadium der Radowitzschen Unionsbestrebungen gerückt. Preußen machte Anstalt, dem deutschen Volke für das Scheitern der vom Frankfurter Parlament beratenen Reichsverfassung einen Ersatz zu bieten. Es knüpfte Verhandlungen mit den deutschen Mittelstaaten an. Die Seele derselben und ihr Vertreter in der Kammer war der redegewandte General von Radowitz, erst als Regierungsbevollmächtigter, später kurze Zeit als Minister des Äußern (nach dem Herrn von Schleinitz), der vor dem mit Österreich drohenden Kriege sich zurückzog.

Herr von Bismarck gehörte wiederum zu den Gegnern, die dieses Mal nur eine winzige Minorität stellten. Er war um die Schwächung der preußischen Macht zu gunsten der Kleinstaaten und des Reichstags besorgt, er zweifelte überdies an dem ernsten Willen der Regierung, ihre Pläne gegen den offenen Widerspruch Österreichs und der drohenden Haltung der beiden Nachbarmächte Rußland und Frankreich durchzusetzen. Er sah das Fiasko voraus. Gegenüber denjenigen, welche behaupteten, daß schon Friedrich der Große mit seinem Fürstenbunde ähnliche Zwecke verfolgt habe, wie die projektierte Unions-Verfassung, sagte Bismarck (am 6. Septbr.):

„Ich glaube vielmehr, Friedrich II. hätte sich an die hervorragendsten Eigentümlichkeiten preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr gewandt, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seine Reize für das preußische Ohr nicht verloren hat, mag es sich nun um die Verteidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln. Er hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruch mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Österreich anzuschließen,

dort die glänzende Rolle zu übernehmen, welche der Kaiser von Rußland gespielt hat, im Bunde mit Österreich den gemeinsamen Feind, die Revolution zu vernichten, oder es hätte ihm freigestanden, mit demselben Rechte, mit welchem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen! Sie hätte Preußen in Gemeinschaft mit Österreich oder für sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen, die ihm in Europa gebührt. . . ."

„Preußen sind wir, und Preußen wollen wir bleiben," so schloß Herr von Bismarck seine Rede. „Ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntnis der preußischen Armee, das Bekenntnis der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche, und ich hoffe zu Gott, daß wir noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier verweht sein wird, wie ein dürres Herbstblatt."

Welcher der hier angedeuteten Alternativen Fürst Bismarck damals — und wohl bis er auf der hohen Schule zu Frankfurt a. M. sein Tirocinium absolviert hatte — den Vorzug gegeben haben würde, geht aus folgender Stelle einer Rede, die er um die Zeit der Katastrophe von Olmütz in der zweiten Kammer hielt, ziemlich zweifellos hervor.

„Es ist eine seltsame Bescheidenheit, daß man sich nicht entschließen kann, Österreich für eine deutsche Macht zu halten. Ich kann in nichts anderem den Grund hiervon suchen, als daß Österreich das Glück hat, fremde Volksstämme zu beherrschen, welche in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden. Ich kann aber daraus nicht schließen, weil Slowaken und Ruthenen unter der Herrschaft Österreichs stehen, diese die Repräsentanten des Staates, und die Deutschen eine bloße Zugabe des slawischen Österreichs seien, sondern ich erkenne in Österreich den Repräsentanten und Erben einer deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat. Ich habe bereits vor einem Jahre auf dieser Stelle davor gewarnt, daß man Preußen nicht in die Rolle drängen solle, die Turin in Italien gespielt hat."

Der schroffste Gegner der Demokratie in der zweiten Kammer hatte sich ein wunderbares persönliches Verhältnis zu seinen sachlichen Freunden geschaffen. In den Abteilungen der zweiten Kammer saßen wie im Plenum die Abgeordneten nach Fraktionen geordnet. Bismarck aber nahm seinen Platz in der Abteilung in der Regel bei der Opposition, dem Herrn von Unruh gegenüber. Die Demokraten wurden bald bekannt genug mit ihm, um zu fragen, was

ihnen die Ehre verschaffe, ihn auf ihrem Flügel zu sehen. Bismarck erwiderte lachend:

„O, das ist ganz einfach. Drüben bei meinen Freunden ist es sehr langweilig, hier amüsiere ich mich besser.“

Auch in der Restauration sprach Bismarck oft mit Abgeordneten von der Opposition, speziell von der äußersten Linken. Von einem solchen wurde ihm eine ähnliche Frage vorgelegt, wie in der Abteilung, wie es komme, daß er so viel mit der Linken verkehre? Bismarck antwortete sofort:

„Warum soll ich mit Ihnen nicht reden, Sie gehen mir doch nicht aus dem Wege und fürchten nicht, durch Ihre Unterhaltungen mit mir Ihren politischen Ruf zu schädigen. Da giebt es aber Leute von der ministeriellen Seite, die gehen mir aus dem Wege, weil sie besorgen, in den Ruf der Reaktion zu kommen.“

Wie Bismarck häufig das Gespräch mit einem pikanten Einfalle endigte, so sagte er zu Herrn von Unruh: „Nun wissen Sie was, wenn Ihre Partei siegt, so nehmen Sie mich in Schutz und kommt meine Partei oben, so werde ich Ihnen denselben Dienst leisten. Schlagen Sie ein.“

„Sehr gern,“ antwortete von Unruh. Beide lachten. Acht Jahre später hatte Unruh Veranlassung, Bismarck an diese scherzhafte Anrede zu erinnern und seine Vermittlung in Anspruch zu nehmen. Er hielt präzise Wort, obgleich es sich ursprünglich nur um einen Scherz handelte.

Unruh war nämlich nach 1850 zum Direktor einer Berliner Maschinenfabrik gemacht worden, der Handelsminister v. d. Heydt bedachte aber die betreffende Aktiengesellschaft mit Nachteilen für den Fall, daß er bei ihnen bleibe. Auf sein Ersuchen bemühte Herr von Bismarck sich um die Aufhebung dieser Maßregelung, aber vergeblich. Zur Kennzeichnung der damaligen Zustände ist der folgende Bericht Unruhs interessant: „Inzwischen hatte ich erfahren, daß der König, dem man zugetragen hatte, daß ich den Bau der Gasanstalt in Potsdam von Dessau aus leitete, geäußert hatte: ‚Ach, mein Gegenkönig von 1848, nun habe ich nichts dagegen, daß er Potsdam erleuchte.‘ Die Eingabe des Verwaltungsrats wurde dem Minister des Innern von Westphalen zum Bericht zugefertigt. Auch diesen besuchte ich persönlich, wurde höflich aufgenommen, aber bedeutet, der Minister könne nicht dulden, daß in Berlin mehr als 1000 Arbeiter unter meinem Kommando ständen. Herr von Westphalen soll an den König berichtet haben, daß er

für die Ruhe Berlins nicht einstehen könne, wenn man mich zuließe. Der Verwaltungsrat wurde abschlägig beschieden. So blieb mir nichts übrig, als auf das Anerbieten einzugehen, lediglich als Mitglied des Verwaltungsrats bei der Gesellschaft thätig zu sein, bis ein Ministerwechsel stattfinde."

Den Verkehr Bismarcks mit der Opposition konstatiert auch Temme in seinen Aufzeichnungen aus jener Zeit. Das Los brachte ihn und den Herrn von Bismarck in dieselbe Abteilung. Der hohe Adel, der Kleinadel und fünf Demokraten (Georg Jung, d'Ester, Schulze-Wanzleben und Temme, der fünfte wird nicht genannt) saßen in der Abteilung. Temme berichtet: „Man saß an einem langen Sitzungstische. Der hohe Adel hatte in geschlossenen Reihen das eine Ende des Tisches eingenommen, wir fünf Demokraten saßen an dem entgegengesetzten Ende beisammen. In der Mitte befanden sich die anderen Mitglieder der Abteilung. Der Herr von Bismarck saß mitten zwischen dem hohen Adel.

„Eines Tages, mitten in einer Sitzung, erhob sich plötzlich der Herr von Bismarck, schob seinen Stuhl mit Geräusch zurück, nahm seine Mappe und seine Papiere und schritt an der ganzen Länge des Tisches vorüber zu dessen anderem Ende, nahm einen leeren Stuhl und saß auf einmal mitten zwischen den fünf Demokraten. Mit den Worten: ‚Die sind mir doch gar zu dumm!' führte er sich bei uns ein, auf das Ende des Tisches zeigend, das er verlassen hatte. Er blieb an unserem Ende. Er war sehr liebenswürdig in seiner Weise. Wir blieben gute Nachbarn zusammen, obwohl wir politisch oft derb an einander kamen. Es war wohl ein eigentümliches Schauspiel, wie aus unserem kleinen Häuflein an dem demokratischen Tischende die kräftigen Angriffe auf Reaktion, Aristokratie und Junkertum fielen, und dann auf einmal aus der Mitte desselben Häufleins in der junkerlichsten Weise die Demokratie mitgenommen wurde. Der offizielle Streit wurde gewöhnlich im gemütlichen Privatgespräch fortgesetzt. So erinnere ich mich, daß einmal — ich glaube es war bei der Debatte über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin — der Herr von Bismarck zu seinem Nachbar d'Ester sagte: ‚Wenn ich zu befehlen hätte, ich ließe Sie sofort erschießen.' Worauf der stets redefertige d'Ester erwiderte: ‚Hm, Herr von Bismarck, wenn wir einmal das Regiment haben, Sie ließe ich hängen.' Dem kleinen d'Ester war es, trotz der Freundlichkeit, mit der er es sagte, vielleicht aller Ernst."

Wenn in dieser Weise Herr von Bismarck sich bei den Demokraten besonders bemerkbar machte, und diese gern mit ihrem entschiedensten Gegner ein Glas Bier tranken, so fehlte doch viel daran, daß jemand an seine staatsmännische Zukunft glaubte, nur sein guter Humor fand Anerkennung. Das Berliner Publikum ließ ihn als Sonderling nicht aus den Augen. Indem er aber den persönlichen Verkehr mit den „Rebellen“ gelegentlich suchte, und es andererseits konservative Gesinnungsgenossen gab, denen er gern aus dem Wege ging, so war die später als „Gothaer“ bezeichnete Partei diejenige, die ihm am unausstehlichsten war. Es wurde unter Manteuffel auf Wunsch des Königs eine Verständigung zwischen den „Gagernschen“ und den preußischen Konservativen versucht, wie weit nämlich der König in der deutschen Sache gehen wollte. Herr von Manteuffel lud Gagern und Bismarck ein zu einem souper à trois. Zuerst wurde wenig oder gar nicht von Politik gesprochen. Dann ergriff Manteuffel einen Vorwand, um die beiden allein zu lassen. Als er heraus war, sprach Herr von Bismarck sogleich von Politik und setzte Gagern seinen Standpunkt in nüchterner, sachlicher Weise auseinander. „Da hätten Sie“ — so erzählte später einmal Herr von Bismarck — „den Gagern hören sollen. Er machte sein Jupitersgesicht, hob die Augenbrauen, sträubte die Haare, rollte die Augen und schlug sie gen Himmel, daß es förmlich knackte, und sprach zu mir mit seinen großen Phrasen, wie wenn ich eine Volksversammlung wäre. — Natürlich half ihm das bei mir nichts. Ich erwiderte kühl und wir blieben auseinander, wie bisher. Als Manteuffel dann wieder hereingekommen war und der Jupiter sich entfernt hatte, fragte er mich: ‚Nun, was haben Sie zu stande gebracht mit einander?‘ — ‚Ach‘, sagte ich, ‚nichts ist zu stande gekommen. Das ist ja ein ganz dummer Kerl. Die reine Phrasengießkanne. Mit dem ist nicht zu reden.‘“

Zu der Zeit, als die preußische Nationalversammlung nach Brandenburg verlegt war, kamen nach Heinrich von Gagern auch Simson und Hergenhahn im Auftrage des Frankfurter Parlaments nach Berlin, um zwischen der Krone und der preußischen Nationalversammlung, deren Präsident Herr von Unruh damals war, zu „vermitteln“. Der letztere war von der Vergeblichkeit dieser Versuche überzeugt, da die „Reaktion“ siegreich, die Versammlung besiegt war. Über den Versuch Simsons und Hergenhahns berichtet Herr von Unruh in seinen Erinnerungen:

„Ich erklärte, daß ich eine Plenarsitzung nicht zusammenberufen könne, nachdem die Versammlung schon so oft durch militärische Gewalt gesprengt worden sei. Dagegen machte ich den Vorschlag, daß ich von allen Fraktionen, die bei uns gebliebenen Mitglieder der Rechten eingeschlossen, zwei bis drei Mitglieder, die sogenannten Führer, zum nächsten Abend nach meiner Privatwohnung einladen würde. Hierauf gingen Simson und Hergenhahn ein. Es fanden sich 12—15 Abgeordnete bei mir ein, darunter auch Waldeck und Jacobi. Ich bat Simson und Hergenhahn, ihren Auftrag auseinanderzusetzen. Der erstere that dies in einer ziemlich langen, theoretisch sehr guten Rede. Daran knüpfte sich eine Diskussion, in welcher von seiten mehrerer Abgeordneten dieselben Bedenken ausgesprochen wurden, die ich bereits gegen die Kommissarien geäußert hatte. Man wies darauf hin, daß wir völlig machtlos seien und in keiner Weise die Initiative zu einem Vergleich ergreifen könnten, auf den die zur Reaktionspartei gehörige Regierung jetzt, nachdem sie vollständig gesiegt habe, sicher nicht eingehen werde. Dieselbe werde sich uns gegenüber in gar keine Verhandlung einlassen, auch sei es der Versammlung unter dem Belagerungszustande unmöglich gemacht, Vorschläge der Herren Kommissarien im Plenum zu beraten. Simson blieb dabei, daß die Beilegung des Streites versucht werden müsse. Als hierauf ein Abgeordneter die Frage aufwarf, was denn geschehen werde, wenn die Regierung sich auf keinen Vergleichsvorschlag einlasse — antwortete Simson mit gehobener Stimme:

‚Dann werden wir mit gleicher Unparteilichkeit gegen die Versammlung, wie gegen die Krone entscheiden.‘ ‚Und was werden die 50 000 Mann Truppen, die in und um Berlin stehen, zu Ihrer Entscheidung sagen?‘ bemerkte ein Abgeordneter.“

Man sieht, auf welchem Standpunkte damals noch trotz der Erfahrungen in Wien das Frankfurter Parlament und die meisten seiner Mitglieder standen, welches Ansehen und welche Macht sie noch zu besitzen glaubten.

Von Erfurt nach Olmütz.

Für den 31. Januar 1850 waren die Wahlen für Erfurt anberaumt. Auf eine Anfrage schrieb Bismarck an einen Rathenower Bürger.

Berlin, Januar 1850.

... Ich bin sehr gern bereit, eine Wahl nach Erfurt anzunehmen, denn es scheint mir gerade jetzt dort sehr notwendig, daß Preußen, welches die einzige gesunde und kräftige Grundlage einer engeren Einigung Deutschlands bilden kann, dort gegen die auflösenden und schwächenden Angriffe der sogenannten Großdeutschen und Frankfurter verteidigt werde. Wir laufen dort Gefahr, die erheblichsten Opfer an unserer Macht und namentlich an unserer Steuerkraft zu bringen, ohne etwas anderes als eine Verminderung unserer Selbständigkeit zu Gunsten der kleinen Staaten zu erreichen.

In Erfurt saß Herr von Bismarck neben Stahl (Professor des Staatsrechts, seit 1840 in Berlin), von Gerlach (Chefpräsident des Appellationsgerichts zu Magdeburg, jüngerer Bruder des Vertrauten des Königs, General von Gerlach), von Kleist-Retzow u. s. w. Was diese Partei wollte, sprach Stahl am 8. April im Volkshause mit den Worten aus:

„Darum ist unsere Losung nicht Bundesstaat um jeden Preis, sondern Unversehrtheit der preußischen Krone um jeden Preis!" Wie sehr auch der Abgeordnete für Brandenburg von diesem Grundsatze ausging, geht daraus hervor, daß er am 24. April dieselben Worte auf ein Albumblatt für Professor Stahl schrieb. In seiner Rede vom 15. April sagte Bismarck:

„Meine Herren! Wenn Sie dem preußischen, dem altpreußischen Geiste, nennen Sie ihn stockpreußisch, wenn Sie wollen, nicht mehr Konzessionen machen, als bis jetzt in dieser Verfassung geschehen ist, dann glaube ich nicht an eine Verwirklichung derselben, und wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung diesem preußischen Geiste aufzuzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mit samt seiner schwarz-rot-goldenen Zäumung auf den Sand setzt."

Nach dem Abg. Bassermann:

„Ich sprach vom preußischen Geiste, als ich den Vergleich mit dem abwerfenden Pferde machte, von diesem Geiste, den der Herr Abgeordnete schon in früheren Jahren, und namentlich im November 1848, vergebens versucht hat zu bannen; von diesem Geiste, vor dem biegen oder brechen müssen die Geister derer, welche glaubten, in dem ersten Schaumspritzen der Märzwellen ein Element zu sehen, in dem sie zu schwimmen vorzugsweise befähigt wären, indem sie sagen zu können glaubten: ‚Sei ruhig, freundlich Ele-

ment' — und die, als sie sich daran verbrannt hatten, Schutz suchten unter den Flügeln desselben Adlers, den der Abgeordnete für Baden hier einen toten Vogel genannt hat."

Als Bismarck im Jahre 1892 Erfurt passierte, erwiderte er auf ein auf ihn ausgebrachtes Hoch der Bevölkerung: die schöne Stadt Erfurt riefe angenehme Erinnerungen in ihm wach, eine politische Rede möge man heute nicht von ihm erwarten, vor 42 Jahren habe er in Erfurt mehr solche Reden gehalten, als vielleicht manchem wünschenswert erschienen. Damals wäre er noch ein Saulus gewesen, der sein Damaskus noch nicht gefunden, später sei er aber zum Paulus geworden.

Auf derselben Reise bemerkte Bismarck in Jena: er sei noch unter dem Eindrucke der Revolution nach Erfurt gekommen und fuhr dann fort: „In Erfurt war die Frucht der deutschen Einheit noch nicht reif. Solange wir im Dualismus mit Österreich lebten, konnte die Verschiedenheit der Individualitäten nur zur Trennung von Nord und Süd führen. Das wäre das Ende vom Liede gewesen, wenn das betreffende Band nicht durch das Schwert gelöst worden wäre." Bismarck knüpfte hieran die Behauptung, daß der Bürgerkrieg von 1866 ganz unvermeidlich war. „Wir mußten uns eben einem Gottesurteil unterwerfen, und mußten uns mit Österreich schlagen. Das ist geschehen. Geschehen mit all der Zurückhaltung, die Landsleute einander schuldig sind. Wir haben auf beiden Seiten keine unversöhnliche Stimmung nachbehalten und sind mit Österreich nachträglich in ähnliche Beziehungen gelangt, wie sie die Frankfurter Verfassung angestrebt. Wir haben sie ja heute."

Im Juni 1850 rechnete Herr von Bismarck noch auf ein zweites Erfurt. Er schrieb am dreißigsten dieses Monats aus Schönhausen an Herrn Wagener:

„Ich führe hier ein bodenlos faules Leben, rauchen, lesen, spazierengehen und Familienvater spielen; von Politik höre ich nur aus der ‚Kreuzzeitung', so daß ich durchaus keine Gefahr heterodoxer Ansteckung laufe; mir bekommt diese idyllische Einsamkeit sehr wohl; ich liege im Grase, lese Gedichte, höre Musik und warte, daß die Kirschen reif werden; es soll mich nicht wundern, wenn dieses Schäferleben meinen nächsten politischen Leistungen in Erfurt oder Berlin eine Färbung verleiht, die an Beckerath und an laue, blütenschwangere Sommerlüfte erinnert."

Statt eines zweiten Erfurts kam Olmütz näher und näher. Dem Fürstenkollegium zu Erfurt unter Preußens Leitung stellte

sich der von Österreich reaktivierte und geführte Bundestag zu Frankfurt gegenüber. Die deutsche Frage drohte zu einer Machtfrage zwischen Preußen und Österreich anzuwachsen. Der Gegensatz der beiden Mächte schärfte sich durch ihre verschiedene Stellung in den kurhessischen Verfassungswirren und in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit. Der Minister Hassenpflug in Kurhessen war durch eine eigenmächtige Abänderung der Verfassung in Streit mit dem hessischen Landtag geraten, und wandte sich an den Bundestag, um dort Hilfe gegen die Auflehnung des Landes zu finden. Sofort rückten auf Befehl des Bundestages bayerische Truppen in Hessen zur Vollstreckung der Regierungsvorschriften ein. Preußen dagegen, welches das Recht des wiederhergestellten Bundestages nicht anerkannte, bestritt demselben auch die Befugnis zu solchem Einschreiten, und ließ auch seinerseits Truppen nach Hessen marschieren. So standen sich denn im Herbst 1850 die beiden deutschen Staatengruppen bereits in Waffen gegenüber, doch wurde von beiden Seiten ein Zusammenstoß fürerst noch sorgfältig vermieden.

Als Herr von Schleinitz sah, daß die Unionspolitik auf einen Krieg mit Österreich lossteuerte, trat er zurück. Herr von Radowitz trat an seine Stelle (Septbr. 1850). Im Oktober wurde Herr von Bismarck vom König Friedrich Wilhelm IV. zur Jagd nach Letzlingen eingeladen.

„Ich bin zur Jagd und sonderbarerweise schon Tags zuvor nach Letzlingen befohlen," schrieb Bismarck an Herm. Wagener unter dem 21. Oktober „und da ich ohnehin noch ungewiß bin, ob ich von dem Geschworenenwesen in Magdeburg vorher loskomme, so habe ich zugesagt, obschon mich die Sehnsucht nach Frau und Kind fast umbringt . . . . Irgend etwas außerhalb meiner Jagdpassion liegt wahrscheinlich vor, denn ich gehöre nicht zu den gewöhnlichen Jagdnachbarn und bin nicht, wie diese, für eine Jagd, sondern für die ganze Zeit und den Tag vorher befohlen. Ich habe mich seit Erfurt so gar nicht um die Politik ernsthaft bekümmert, daß ich schlecht bestehen werde, wenn man mich etwa katechisieren sollte. Ich muß mir erst noch Ansichten anschaffen, ehe ich vor hohen Herren von Fach auftreten kann; augenblicklich bin ich harmlos unwissend und nebelhaft wie ein Krefelder Sammetweber und kann jeden, der mich fragt, nur auf die Leitartikel des Organs einer kleinen, aber mächtigen Partei verweisen, die ich bis dahin nochmals gründlich durchlesen will, für den Fall, daß ich den advocatus

diaboli bezüglich der Kanonisierung des St. Radovitius zu spielen berufen sein sollte. Mir fehlt nur jetzt der nötige Zorn im Leibe, der dem natürlichen und rechtmäßigen Respekt die Wage halten muß, wenn man bei solchen Gelegenheiten sprechen soll, was man in seinem Großvaterstuhl denkt. Ich werde meine Galle vorher aufzuregen suchen .... Bitte, sagen Sie dem „Zuschauer" nichts von Letzlingen, wenn er es nicht anderweit erfährt. S. M. denkt sonst, ich stehe mit diesem bösartigen Blatte in Verbindung."

Um dieselbe Zeit trat die Wendung der preußischen Politik ein. König Friedrich Wilhelm IV., einem Kriege mit Österreich in innerster Seele abgeneigt, rief den Kaiser Nikolaus von Rußland zum Schiedsrichter zwischen den beiden Mächten an. Der Ministerpräsident Graf von Brandenburg begab sich nach Warschau, wo sich der Kaiser von Rußland befand, und wo der Fürst Schwarzenberg gleichfalls eintraf. Es wurden noch einmal Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich eingeleitet; inzwischen sollte den Rüstungen auch in Österreich Einhalt gethan werden. Hierauf gestützt und um die neuen Verhandlungen nicht zu stören, widersetzte sich der Graf von Brandenburg nach seiner Rückkehr nach Berlin in Gemeinschaft mit dem Minister von Manteuffel der vom Minister von Radowitz beantragten sofortigen Mobilmachung der preußischen Armee, worauf Radowitz zurücktrat (4. November).

An seiner Stelle übernahm der Minister von Manteuffel nunmehr die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Graf von Brandenburg starb am 6. November gebrochenen Herzens. Herr von Bismarck schrieb aus Reinfeld am 7. desselben Monats an Herm. Wagener:

„Ich bin vorgestern Abend bei Lesung Ihres Montagsblattes vor Freude auf meinem Stuhle rund um den Tisch geritten und manche Flasche Sekt ist diesseits des Gollenbergs auf die Gesundheit des Herrn von Radowitz getrunken, zum ersten Mal fühlt man Dank gegen ihn und wünscht ihm ohne Groll glückliche Reise. Mir selbst ist das Herz recht frei geworden, und ich fühle ganz mit Ihnen; lassen Sie jetzt Krieg werden, wo und mit wem man will, und alle preußischen Klingen werden hoch und freudig in der Sonne blitzen! Mir ist wie ein Alp vom Herzen gefallen, wenn auch Heydt und Ladenberg, die wir schon glaubten mitverdaut zu haben, mir sauer wieder aufstoßen."

Am 8. November folgte das Mißverständnis von Bronnzell (bei Fulda). Die Fortsetzung der österreichischen Rüstungen, trotz

der mit Preußen angeknüpften Unterhandlungen, zwang letzteres zur Mobilmachung. Im Lande herrschte abermals nationale Begeisterung. Aber Preußen konnte nicht zuschlagen. Der Kriegsminister von Strotha sagte zu Herrn von Bismarck: „Wir können uns gar nicht schlagen; wir haben erst in vierzehn Tagen 70 000 Mann zwischen Oder und Elbe und können die Österreicher nicht hindern, Berlin zu besetzen; wir müssen in zwei getrennten Lagern mobilisieren, das eine in Königsberg, das andere in Koblenz, von da müssen wir unser Land und die Hauptstadt wieder erobern. Ich muß Sie also bitten, wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen in der Kammer haben, wiegeln Sie ab, was Sie können."

In diesem Sinne sprach sich Bismarck gegen den damaligen Leiter der Regierungspartei, Justizrat Geppert, und später gegen andere Abgeordnete aus.

Herr von Bismarck hielt die Erfurter Union nicht des Blutvergießens wert. Angesichts der Kriegslust, die sich damals überall in Deutschland regte, und der Demütigung, welche von seiten Rußlands und Österreichs drohte und zu Olmütz führte, wo am 28. und 29. November Herr von Manteuffel in Konferenzen mit dem Fürsten Schwarzenberg auf die Pläne Preußens verzichtete, stellte sich Bismarck, kühl bis ans Herz hinan, auf den Standpunkt des praktischen Staatsmannes. Was er sprach, ward damals im Sinne junkerlichen Reaktionsgeistes gedruckt, wer seine Worte heute liest, wird erkennen, daß der Staatslenker von 1866 und 1870 schon damals mit sich darüber im Reinen war, wann es an der Zeit und wann es berechtigt sein werde, an das Schwert zu appellieren.

Hören wir, was folgt:

„Warum führen große Staaten heutzutage Krieg?" sagte er am 3. Dezember 1850 in der Kammer. „Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört. Zeigen Sie mir also, meine Herren, ein des Krieges würdiges Ziel, und ich will Ihnen beistimmen. Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinett oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen, oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten und es dem Musketier, der

auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg oder Ruhm erwirbt, oder nicht.

„Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist. Ich bin der Überzeugung, Sie sehen die Fragen, die uns jetzt beschäftigen, nach einem Jahre anders an, wenn Sie sie rückwärts durch eine lange Perspektive von Schlachtfeldern und Brandstätten, Elend und Jammer, von 100 000 Leichen und 100 Millionen Schulden erblicken werden. Werden Sie dann den Mut haben, zu dem Bauer auf der Brandstätte seines Hofes, zu dem zusammengeschossenen Krüppel, zu dem kinderlosen Vater hinzutreten und zu sagen: Ihr habt viel gelitten, aber freut Euch mit uns, die Unionsverfassung ist gerettet. Freut Euch mit uns, Hassenpflug ist nicht mehr Minister, unser Bayrhofer regiert in Hessen. Haben Sie den Mut, das den Leuten dann zu sagen, dann beginnen Sie diesen Krieg."

Aus den späteren Sitzungen dieser Kammer ist es interessant zu vernehmen, daß er am 11. Januar 1851 erklärte, daß die Diäten der Kammer überhaupt ein Übel seien, und daß er am 11. März es sonderbar fand, wenn eine Versammlung, bestehend aus Civil- und Justizbeamten, aus Landräten, Bürgermeistern und Universitätslehrern, sich zutraue, die Frage über Organisation von Landwehrkadres, über Geschützgießereien, über Festungsbauten mit mehr Sachkenntnis zu beurteilen, als es das Kriegsministerium vermöge, und auf dies hin Abstriche am Militäretat vornehme.

Es konnte nicht ausbleiben, daß das Scheitern der Märzbewegung, der Sieg der Reaktion, die Demütigung von Olmütz zu großem Teile dem Manne zugeschrieben wurde, welchem die Doktrinäre des Landtags „mittelalterliche Tendenzen" und „antediluvianische Anschauungen" unterschoben, welchen sie als „einen verlorenen Sohn des großen Vaterlandes" und als das „personifizierte Junkertum" bezeichneten. In der Sitzung vom 8. April 1851 sagte Bismarck: „Der Herr Abgeordnete für Königsberg (Dr. Simson) hat die Ansicht ausgesprochen, daß es niemand in dem preußischen Staat gebe, der sich dazu rechne, wenn von einer Kategorie des Junkertums die Rede sei. Ich muß in Bezug auf meine Person dieser Behauptung widersprechen. Wenn die Rede vom Junkertum ist, so glaube ich, dasselbe Recht zu haben, diesen Ausdruck auf mich und meine politischen Freunde zu beziehen, welches beispielsweise

ein pflichttreuer Offizier hat, sich gemeint und geehrt zu finden, wenn Demokraten von Söldlingen und dergleichen reden. Die Whigs und die Tories waren auch Ausdrücke, die ursprünglich etwas Geringschätziges bezeichneten, und seien Sie versichert, wir werden unsererseits den Namen des Junkertums auch noch zu Ehren und Ansehen bringen."

In Frankfurt, wohin Bismarck 1851 als Bundesgesandter ging, trennte er sich mehr und mehr von der eigentlichen Kreuzzeitungspartei, und nicht bloß in der auswärtigen Politik. Er hielt aber als Abgeordneter den Fraktionsverband fest. Im April 1852 war er vom Minister von Manteuffel aufgefordert worden, nach Berlin zu kommen; der König selbst wünschte, daß er in der zweiten Kammer sich an einer Abstimmung beteiligte, und zwar gegen seine eigene Partei, welche damals die Fraktion Gerlach war. Herr von Bismarck lieferte zur Entschuldigung seiner Ablehnung folgende Verteidigung der Fraktionspolitik im allgemeinen:

„Wenn ich mich öffentlich durch ein Votum oder gar durch eine Rede gegen die Ritterschaft von dieser lossage, so würde das gerade in dem entschlossensten und innersten Wesen unserer Partei einen unheilbaren Spalt lassen, und ich würde das verlorene Vertrauen einer politischen Stütze in der Kammer und im Lande so leicht nicht wiedergewinnen. Daß die Stellung, in welche unsere Ritterschaft in dieser Sache geraten ist, eine schiefe und mehr durch Parteiumtriebe als durch sachliche Gründe herbeigeführt ist, habe ich Seiner Majestät wiederholt erklärt; will man aber als Mitglied einer Partei Einfluß behalten oder auch es nur bleiben, so darf man sich auch von den Thorheiten seiner Partei nicht feindselig lossagen, wenn man sie nicht sich unterwerfen kann."

Bismarck kam aber doch nach Berlin. Er schrieb von da die beiden folgenden Briefe an seine Gemahlin:

„Berlin, 1. Mai 1852.

Es liegt etwas recht Demoralisierendes in der Kammerluft, die besten Leute werden eitel, ohne daß sie es merken, und gewöhnen sich an die Tribüne, wie an ein Toilettenstück, mit dem sie vor dem Publikum sich produzieren. Verzeih' diesen politischen Erguß."

„Berlin, 3. Mai 1852.

Ich habe es hier recht herzlich satt und sehne mich nach dem Tage der Abreise. Die Kammerintriguen finde ich über die Maßen schal und unwürdig; wenn man immer darin lebt, so täuscht man sich darüber und hält sie für Wunder was. Wenn ich von

Frankfurt unbefangen herkomme, so ist mir, wie einem Nüchternen, der unter Betrunkene gerät. Ich wollte, sie schickten mich nach Konstantinopel, da braucht man doch nicht alle Augenblicke herzureisen."

Die Frankfurter Tafelrunde.

„Ich spreche ungern von meiner Person, ich habe nicht die Gewohnheit, das zu thun, aber das Gefühl, daß ich eines hohen Grades von Vertrauen in der Stellung, in der ich bin, auch zu meiner Person bedarf, veranlaßt mich, eine kurze Äußerung zu thun über die Stellung, die ich in Erfurt hatte, und über die, die ich jetzt habe.

„Ich kam nach Erfurt mit denjenigen politischen Anschauungen, die ich, ich möchte sagen, aus dem Vaterhause mitbrachte, geschärft in jener Zeit durch den Kampf gegen die Angriffe der Bewegung von 1848 auf Zustände, die mir wert waren. Im Jahre darauf, 1851, bin ich in die praktischen Geschäfte eingetreten und habe seitdem Gelegenheit gehabt, Erfahrungen in der praktischen Politik, sechzehn Jahre hindurch in Stellen, wo ich ohne Unterbrechung mit der großen Politik, namentlich aber mit der deutschen, beschäftigt war, sammeln zu können. Ich habe mich dabei überzeugt, daß aus dem Zuschauerraum die politische Welt — nicht bloß die auf den Brettern, die die Welt bedeuten — anders aussieht, als wenn man hinter die Coulissen tritt, und daß der Unterschied nicht bloß an der Beleuchtung liegt.

„Ich habe an mir selbst wahrgenommen, daß man die Politik anders beurteilt, solange man als Dilettant ohne das Gefühl schwerer persönlicher Verantwortlichkeit, etwa in den Mußestunden, die die anderweitige Berufsart zuläßt, an ihr mitwirkt, als wo man sich im Gegenteil einer vollen Verantwortung für die Folgen jedes Schrittes, den man thut, bewußt ist. Ich habe in Frankfurt im Amte erkannt, daß viele der Größen, mit denen meine Erfurter Politik gerechnet hatte, nicht existierten, daß das Zusammengehen mit Österreich, wie es mir denn aus den Erinnerungen an die heilige Allianz, die durch die Tradition der früheren Generation mir überkommen waren, vorschwebte, — daß dieses nicht möglich war, weil das Österreich, mit dem wir rechneten — es war die Periode des Fürsten Schwarzenberg — überhaupt eben nicht existierte. Ich beschränke mich auf diesen kurzen Rückblick, indem ich hinzusetze, daß ich mich glücklich schätze, überhaupt nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen n i c h t s l e r n e n."

Diese einmal von Bismarck im Reichstage gesprochenen Worte bekunden den Umschwung, den die Erfahrungen, welche er in Frankfurt als Bundesgesandter machte, in seinen Auffassungen über Österreich und unsere Stellung im Bunde bewirkten. Wir sind

darüber genauer durch das Werk, welches Herr von Poschinger aus den Archiven über Preußen am Bunde veröffentlicht hat, sowie durch die Memoiren des Generaladjutanten des Königs Friedrich Wilhelm IV., L. von Gerlach, sowie dessen Briefwechsel mit Bismarck unterrichtet.

Zu den verschiedenen Persönlichkeiten, die sich das Verdienst zuschreiben, Bismarck entdeckt zu haben, gesellt sich jetzt auch noch Leopold von Gerlach, Generaladjutant des Königs, dessen Memoiren 1891 erschienen sind, denen später noch der Briefwechsel mit Bismarck gefolgt ist. In der Tagebuch-Aufzeichnung vom 23. April 1851 erwähnt Gerlach die Besetzung der neuen preußischen Gesandtschaft am reaktivierten Bunde, und bemerkt, auf Herrn von Rochow sei der König, auf Bismarck sei er, Gerlach, gekommen. Rochows Wahl war keine glückliche, er besaß für Frankfurt nicht die nötige Energie. Was dagegen Bismarck, welcher Herrn von Rochow schon nach kurzer Zeit als Bundestagsgesandter ersetzte, in dieser Eigenschaft geleistet hat, liegt in der eingangs erwähnten von Poschingerschen Publikation offen vor unseren Augen, und bildet eines der ruhmreichsten Blätter in der Geschichte des Begründers des Deutschen Reichs.

Gerlach erwähnt auch an derselben Stelle eines von Bismarck an das feudale Blatt geschriebenen Artikels über Prokesch und Radowitz, „einer ungehaltenen Rede“ Bismarcks, welche die Radowitzsche Politik heftig angriff. Der König Friedrich Wilhelm IV. ärgerte sich so sehr darüber, daß die Anstellung Bismarcks in Frankfurt sicher nicht erfolgt wäre, wenn der Artikel vor Ausfertigung seines Patents bekannt geworden wäre.

Die baldige Beförderung des Geheimen Legationsrats von Bismarck zum Bundestagsgesandten erfolgte nicht, ohne daß Gerlachs Rat eingeholt worden wäre. Der letztere sprach sich dem Minister Manteuffel gegenüber lebhaft für diese Beförderung aus:

„Wer schwimmen lernen will, muß ins Wasser gehen.“

Auf den ersten Bericht Manteuffels, daß Bismarck bereit sei, die Ernennung anzunehmen, hatte der König den Eindruck empfangen, daß letzterer sich doch sehr schnell entschlossen habe. Er fragte ihn daher, ob er auch die große Wichtigkeit und die Schwierigkeiten dieser Stellung erwogen habe; er bewundere seinen Mut. Bismarck erwiderte: des Königs Mut, ihn zu ernennen, sei größer als der seinige, anzunehmen! „Euer Majestät können es ja versuchen,“ fügte er mit freimütiger Bescheidenheit hinzu, „geht es nicht, so ist es ja leicht, die Ernennung rückgängig zu machen.“ Es lag in dem

Tone dieser Worte ein sehr entschlossener Mut, eine so feste Zuversicht, daß der König fast erstaunt war. Mit wohlwollender Miene sagte er: „Versuchen Sie es mit Gott.“

Der Versuch konnte nicht besser ausschlagen, als er ausgeschlagen ist. Auf den Erfahrungen Bismarcks in Frankfurt baute sich das große Werk auf, mit dem sein späteres Leben ausgefüllt ist. Der Bundestag nahm den Mann in seine Mitte auf, der bestimmt war, ihn zu vernichten. „Das ist ein Mann, der mich rächen wird,“ konnte Friedrich Wilhelm IV. sagen, wenn er die Berichte seines Gesandten aus Frankfurt bekam, wie der sterbende Friedrich Wilhelm I. diesen Ausspruch von seinem Sohne that.

Wie sehr Bismarcks politische Gegner seine Ernennung aufnahmen, schilderte er selbst lange Jahre nachher, als er in der Reichstagssitzung vom 21. Februar 1879 von den Angriffen sprach, denen er, damals wie früher, von seiten der Fortschrittspartei ausgesetzt war, mit folgenden Worten:

„Ich bin, ehe ich überhaupt in das Amt trat, in derselben Weise beurteilt worden in Bezug auf politische Befähigung, wie ich jetzt beurteilt werde in Bezug auf mein Recht, ich möchte sagen, meine Pflicht, in wirtschaftlichen Dingen mitzureden. Ich erinnere mich, wie ich nach Frankfurt als Bundestagsgesandter ernannt wurde, kam in den Blättern, die den politischen Freunden des Abgeordneten Richter von damaliger Zeit, vielleicht seinen Vätern und Oheimen angehörten, die Bemerkung über mich: dieser Mensch würde, wenn man ihm das Kommando einer Fregatte anvertraute oder eine chirurgische Operation zumutete, sagen: Nun, ich habe es noch nicht probiert, ich will es einmal versuchen. Das war die Schilderung, mit der man mich den Frankfurter Kollegen und vor allem den österreichischen in den liberalen Blättern empfahl. Nun, meine Herren, diese chirurgische Operation ist nachher zu Ihrer Zufriedenheit, wie ich glaube, vollzogen worden.“

Als am 11. Juli der Prinz von Preußen nach Frankfurt kam, äußerte er dem General Rochow gegenüber seine Bedenken darüber, daß der junge Landwehrlieutenant von Bismarck, der sich ihm in Uniform vorgestellt hatte und gegen welchen er viel Wohlwollen und Achtung hegte, eine so wichtige Stelle einnehmen solle. Rochows Urteil über Bismarck beruhigte den Prinzen.

„Es wird nicht die Jugend Bismarcks gewesen sein,“ bemerkt Herzog Ernst in seinen Memoiren, „welche den Prinzen von Preußen zunächst bedenklich machte, als es hieß, daß er bestimmt sei, Herrn von Rochow zu ersetzen. Aus der Natur des diplomatischen Dienstes ergab sich von selbst für Preußen die Notwendigkeit, zu dem schwie-

rigen Frankfurter Posten einen Mann zu wählen, welcher der frühern aus dem Revolutionsjahre heraus entwickelten Phase der preußischen Politik fern und womöglich feindlich gegenübergestanden hatte. Aber ebensowenig konnte im wiederhergestellten Bundestage ein Staatsmann nützlich sein, welcher lediglich im Geleise vormärzlicher Bundesanschauungen eine passive Rolle fortgespielt haben würde. So hatte es die Lage der Dinge glücklich gefügt, daß die zu treffende Wahl eine sehr beschränkte war und gleichsam mit Notwendigkeit auf Herrn von Bismarck fiel, dessen tapferes Herz bei allen konservativen Anschauungen doch jede Garantie bot, daß die Zeit vorbei sei, wo Preußen im Bundestage lediglich klein beizugeben hätte. Sein sicheres und auf einer außerordentlichen Menschen- und Sachkenntnis beruhendes Vorwärtsschreiten ließ denn auch bald erkennen, welche neue Kraft und welche neuen Wege in Preußens Bundespolitik maßgebend wurden."

„Ich kannte Herrn von Bismarck," sagt Herzog Ernst, „schon zu lange, um nicht sofort zu wissen, daß ein so frisches geistiges Element im Bundestag nur wohlthätig wirken werde. Ich zweifelte keinen Augenblick, daß durch diese glückliche Wahl des Königs in die Verhandlungen des alten Bundestags eine andere Richtung gebracht werden würde. In der Natur des jugendfrischen, tapfern und geistvollen Mannes, wie er sich im Leben und in parlamentarischen Versammlungen gezeigt hat, lag etwas, was mich damals lebhaft an den Fürsten Lichnowsky erinnerte, dem ich trotz mancher sehr verschiedenen Anschauungen, wie man sich erinnern wird, außerordentlich eng befreundet war. Nicht ich war es, sondern mein Bruder (Albert), der, als er Herrn von Bismarck kurze Zeit später persönlich kennen lernte, ein etwas unduldsames Urteil über ihn fällte."

Aus der Zeit seiner unbestimmten Stellung vor der wirklichen Übernahme der Gesandtschaft rührt der erste Brief Bismarcks an Gerlach, in welchem er sagt:

„Rochow ist in seinem persönlichen Verkehr mit mir die Liebenswürdigkeit selbst und verzieht mich; auf Entschlüsse in Geschäftssachen aber habe ich wenig Einfluß, wie dies in der Sache liegt; denn zwei Menschen können nicht eine Handlung thun. Aber er läßt bald merken, daß er den Zustand nicht lange ertragen möchte. Kurz, was vorgeht, geht ohne mich, und ich habe die Empfindung eines Junkers in einer Sinekure, das Drückendste, welches das Gewissen eines Abgaben bewilligenden Volksvertreters belasten kann. Wenn nun auch die robuste Tragfähigkeit besagten Gewissens jener Last für die Zeit vollkommen

gewachsen sein dürfte, welche höherenorts (und von mir selbst) notwendig erachtet wird, so glaube ich doch, daß es für die Regierung von keinem Nutzen sein würde, wenn meine jetzige Stellung eine dauernde werden sollte. Ein mir von Berlin zugegangenes Gerücht nennt Lecocq als Nachfolger Rochows. Ich bin bei weitem nicht so ehrgeizig, als Ihr Bruder von mir anzunehmen pflegt, ich würde sehr gerne Landrat im Schönhauser Kreise geworden und geblieben sein, und in diesem Frühjahre würde meine Ernennung zu dem geringsten deutschen Geschäftsträgerposten als Lehrlingschaft meine Erwartungen überstiegen haben; nachdem aber die Nachricht von meiner beabsichtigten Anstellung als Bundestagsgesandter auf glaubwürdige Weise in das Publikum gelangt und im Parteisinne aufgefaßt und beleuchtet worden, würde in einer Änderung dieser Absicht die Deutung liegen, daß man sich wenigstens einstweilen von meiner Unreife zu dieser Stellung überzeugt habe, eine Auffassung, von der ich mit Hamlet sagen möchte, ‚das alles ist ohne Zweifel sehr wahr, und ich glaube festiglich daran, aber ich halte es nicht für schön, es so gedruckt zu sehen.‘ Es heißt auch hier l'appétit vient en mangeant, und jetzt lege ich allerdings einen ambitiösen Wert auf meine Ernennung, und ihr Ausbleiben würde mich schmerzen.“

Herr von Bismarck stand mit seiner Gemahlin, ehe diese nach Frankfurt kam, in lebhaftem Briefwechsel, der auch politische Dinge enthielt, ebenso mit seinem Freunde Herm. Wagener, dem Chefredakteur der Kreuzzeitung. Schon unter dem 18. Mai schrieb er an seine Gemahlin von den Lappalien, mit denen die Leute am Bundestage sich quälten, diese Diplomaten seien ihm mit ihrer wichtigthuenden Kleinigkeitskrämerei viel lächerlicher, als der Abgeordnete der zweiten Kammer im Gefühl seiner Würde. Er habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen, aber eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge zu finden sei, habe ihn doch überrascht. „Schickt den Schulzen X. oder Herrn von ?awsky aus dem Chausseehause her, wenn sie gewaschen und gekämmt sind, so will ich in der Diplomatie Staat mit ihnen machen. In der Kunst, mit vielen Worten gar nichts zu sagen, mache ich reißende Fortschritte, schreibe Berichte von vielen Bogen, die sich nett und rund wie Leitartikel lesen, und wenn Manteuffel, nachdem er sie gelesen hat, sagen kann, was drin steht, so kann er mehr, wie ich. Jeder von uns stellt sich, als glaubte er vom anderen, daß er voller Gedanken und Entwürfe stecke, wenn er's nur aussprechen wollte, und dabei wissen wir alle zusammen nicht um ein Haar besser, was aus Deutschland werden wird, als Dürtken Sommer. Kein Mensch,

selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigthuerei in dieser Diplomatie hier steckt."

In einem Schreiben vom 3. Juni an Herm. Wagener spricht Herr von Bismarck von dem verlorenen Posten, auf dem er sich befinde; er erhalte nichts als offizielle Nachrichten, und die sehr unvollständig; alle Berliner Freunde wären bei seiner Abreise freigebig mit Versprechungen gewesen, aber faul im Schreiben. „Man versauert hier," schreibt er, „und hat nichts zu thun, bis jetzt wenigstens nicht. Ich habe vor acht Tagen meiner Erbitterung in einigen Redensarten Luft gemacht . . . Ist der Brief nicht in Ihre Hände angelangt? Das ist es, was mich beunruhigt: aus der Korrespondenz mit meiner Frau sind mir schon drei Briefe verloren gelangen: werden sie beim Öffnen beschädigt, so unterschlägt man sie kaltblütig . . . Ich langweile mich hier unglaublich; der einzige Mann, der mir hier gefällt, ist Schele, der Hannoversche Gesandte. Die Österreicher sind intriguant unter der Maske burschikoser Bonhomie . . . und suchen uns bei kleineren Formalien zu übertölpeln, worin bis jetzt unsere einzige Beschäftigung besteht. Die von den kleinen Staaten sind meist karrikierte Zopfdiplomaten, die sofort die Berichtphysiognomie aufstecken, wenn ich sie nur um Feuer zur Cigarre bitte, und Blick und Wort mit Regensburger Sorgfalt wählen, wenn sie den Schlüssel zum A . . . fordern." „Beneidenswert sei," fuhr Herr von Bismarck fort, „die Disciplin, welche in Österreich und bei seinen Vertretern alles, was vom Kaiser bezahlt werde, nach gleichem Takt sich bewegen lasse. Bei uns singt jeder seine eigene Melodie, verleumdet den andern und schreibt Spezialberichte nach Berlin: wir haben hier mindestens drei Civil- und zwei Militärdiplomaten nebeneinander. Über meinen Chef mag ich mich schriftlich nicht äußern; wenn ich hier selbständig werden sollte, so werde ich mein Feld von Unkraut säubern oder urplötzlich wieder nach Hause gehen."

Das Schreiben von dem gleichen Tage an seine Gemahlin enthält die Warnung: „Sei vorsichtig in Deinen Reden gegen alle dort ohne Ausnahme, nicht bloß gegen X., namentlich in Urteilen über Personen, denn Du glaubst nicht, was man in dieser Art erlebt, wenn man erst einmal Gegenstand der Beobachtung wird; sei darauf gefaßt, daß hier oder in Sanssouci mit Sauce aufgewärmt wird, was Du etwa in den Bassalken oder in der Badehütte flüsterst. Verzeihe, daß ich so ermahnend bin, aber nach Deinem letzten Briefe muß ich etwas die diplomatische Heckenschere

zur Hand nehmen. Wenn die * * * und andere Leute in unserem Lager Mißtrauen säen können, so erreichen sie damit einen der Hauptzwecke ihrer Briefdiebstähle."

Sehr bald nach seiner Ankunft in Frankfurt berichtete Herr von Bismarck an seinen Chef über das damalige Personal der österreichischen Bundestagsgesandschaft. In einem Schreiben vom 26. Mai an Herrn von Manteuffel heißt es: „Graf Thun trägt in seinem Äußern etwas von burschikosem Wesen zur Schau, gemischt mit einem Anflug von Wiener roué. Die Sünden, die er in letzter Eigenschaft begehen mag, sucht er durch strenge Beobachtung der Vorschriften der katholischen Kirche in seinen oder doch in den Augen der Gräfin aufzuwiegen. Er spielt auf dem Klub bis 4 Uhr morgens Hazard (macao), tanzt von 10—5 Uhr ohne Pause und mit sichtlicher Leidenschaft, genießt dabei reichlich kalten Champagner und macht den hübschen Frauen der Kaufmannschaft mit einer Ostentation den Hof, die glauben läßt, daß es ihm ebensosehr um den Eindruck auf die Zuschauer, als um das eigene Vergnügen zu thun ist. Unter dieser äußerlichen Richtung birgt Graf Thun, ich will nicht sagen eine hohe politische Thatkraft und geistige Begabung, aber doch einen ungewöhnlichen Grad von Klugheit und Berechnung, die mit großer Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhomie hervortritt, sobald die Politik ins Spiel kommt. Ich halte ihn für einen Gegner, der jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen. Wie ich höre, ist Graf Thun in Beobachtung der löblichen Disciplin, welche der österreichischen Diplomatie eigen ist, gewissenhaft bemüht, das treueste Organ der Absichten des Fürsten Schwarzenberg zu sein, und beweist in dieser Beziehung eine nachahmenswerte Genauigkeit und Pflichttreue. Wenn ich mir bei der Neuheit meiner Erfahrungen ein Urteil erlauben darf, so ist aber von den österreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenbergschen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde, weil es das Recht ist, zur Grundlage ihrer Politik nehmen oder behalten werden, ihre Auffassung scheint mehr die eines Spielers zu sein, der die Chancen wahrnimmt, in ihrer Ausbeutung zugleich Nahrung für Eitelkeit sucht, und zu letzterem Behufe die Drapierung der kecken und verachtenden Sorglosigkeit eines eleganten Kavaliers aus leichtfertiger Schule zu Hilfe nimmt. Man kann von ihnen mit jenem herabstürzenden Dachdecker sagen: „ça va bien, pourvu que cela dure."

Der Eintritt des Herrn von Bismarck in die Bundesversammlung im Monat August sollte bezeichnend genug sogleich am ersten Tage einige Abweichungen von der herkömmlichen Bundestagsschablone aufzuweisen haben: man war allgemein erstaunt, daß Herr von Bismarck bei seiner Einführung in die Bundesversammlung es sich genügen ließ, daß seine Vollmacht vom Präsidium verlesen und im Archiv hinterlegt wurde, während er selbst ein Erstaunen erregendes Schweigen beobachtete. Graf Thun, der Bundestagspräsident, schlug daher alsbald vor, die durch den Austritt des Generallieutenants von Rochow erledigten Stellen in den Bundestagsausschüssen durch neue Wahl zu besetzen. Es wurde jedoch bemerkt, daß man wohl allseitig einverstanden sein werde, Herrn von Bismarck sofort ohne Wahl in die Ausschüsse eintreten zu lassen. Darüber entstand große Verlegenheit, welche der Präsidialgesandte nur dadurch lösen zu können glaubte, daß er vorschlug, der Zeitersparnis wegen von einer Förmlichkeit abzusehen, aber das Protokoll doch so zu fassen, daß daraus hervorgehe, daß Herr von Bismarck gewählt worden sei. Graf Thun war in Nankingbeinkleidern, in leichtem Lüsterröckchen, hoch zugeknöpft und mit dem Anflug von einer Halsbinde erschienen: Sein Vortrag entsprach einer Rede am Stammtisch. — Bismarck hatte seine Antrittsrede wohl vorbereitet, hielt sie aber nicht, saß vielmehr bequem auf seinem Stuhl und schaute unverwandt nach der Zimmerdecke. Daß darüber eine große Verlegenheit entstand und der Graf Thun dieselbe auf sein Konto zu schreiben hatte, war natürlich.

Die Rücksichtslosigkeit des Grafen Thun erfuhr wiederholt eine ähnliche Abfertigung. Über die bekannte Cigarrengeschichte hat sich Herr von Bismarck in seinen späteren Erinnerungen wie folgt geäußert: „Ich kam zu Graf Thun, als er arbeitete und dazu rauchte. Er bat mich, einen Augenblick zu verziehen. Ich wartete eine Weile; als es mir aber zu lange wurde und er mir keine Cigarre anbot, nahm ich mir eine und ersuchte ihn um Feuer, das er mir mit etwas verwundertem Gesicht auch gab. — Aber es ist noch eine andere Geschichte der Art zu erzählen. Bei den Sitzungen des Militärausschusses hatte, als Rochow Preußen beim Bundestage vertrat, Österreich allein geraucht. Rochow hätte es als leidenschaftlicher Raucher gewiß auch gern gethan, getraute sich's aber nicht. Als ich nun hinzukam und nicht einsah, warum nicht, ließ ich mir von der Präsidialmacht Feuer geben, was von ihr und den andern Herrn mit Erstaunen und Mißvergnügen bemerkt

zu werden schien. Es war offenbar für sie ein Ereignis. Für diesmal rauchten nun bloß Österreich und Preußen. Aber die anderen Herren hielten es augenscheinlich für so wichtig, daß sie darüber nach Hause berichteten. Auch nach Berlin muß man's geschrieben haben; denn es erfolgte eine Anfrage vom König, der selber nicht rauchte und die Sache vermutlich nicht nach seinem Geschmacke fand. Die Sache erforderte an den kleineren Höfen reifliche Überlegung, und es dauerte wohl ein halbes Jahr, daß nur die beiden Großmächte rauchten. Darauf begann auch Schwenk, der bayerische Gesandte, die Würde seiner Stellung durch Rauchen zu wahren. Der Sachse von Nostitz hatte ohne Zweifel auch große Lust dazu, und als er das nächste Mal sah, daß der Hannoveraner Bothmer sich eine Cigarre genehmigte, zog er gleichfalls eine aus seiner Tasche und rauchte. Nun waren noch der Württemberger (von Reinhard) und der Darmstädter (von Münch-Bellinghausen) übrig, und die rauchten überhaupt nicht. Aber die Ehre ihrer Staaten erforderte es gebieterisch, und so langte denn richtig das folgende Mal der Württemberger eine Cigarre heraus — ich sehe ihn noch damit, es war ein langes, dünnes, hellgelbes Ding, Couleur Roggenstroh — und rauchte sie als Brandopfer für das schwäbische Vaterland wenigstens halb. Nur Hessen-Darmstadt enthielt sich."

Über Graf Thuns gesellschaftliche Manieren bemerkt Herr von Bismarck noch in einem Schreiben an Herrn von Manteuffel: „Mir hat er auf meinen ersten Besuch im Mai eine Karte geschickt, seitdem ist er niemals wieder bei mir gewesen und hat meine zahlreichen Besuche, auch die offiziellen, nie erwidert. Wenn ich in Geschäften zu ihm komme, so läßt er mich im Vorzimmer warten, um mir dann zu sagen: er habe eben einen sehr interessanten Besuch eines englischen Zeitungskorrespondenten gehabt. Selbst mit Herrn von Rochow machte er es nicht anders. Wentzel sagt mir, daß er mit Herrn von Rochow zusammen 20 Minuten dort antichambriert habe. Er steht nie von seinem Sitze auf, um jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht. Ich teile Euer Excellenz dies nur zu Ihrer Erheiterung mit, ich beobachte dieses seltene Exemplar von Diplomat mit der Ruhe eines Naturforschers, und schmeichle mir, zu seiner gesellschaftlichen Glättung wenigstens in seiner Haltung mir gegenüber schon einiges beigetragen zu haben, ohne daß unser gegenseitiges Verhältnis den freundschaftlichen und ver-

traulichen Charakter verloren hat. Unbequemer wird der geschäftliche Verkehr aber allerdings durch die Notwendigkeit, jenem Benehmen gegenüber die Würde der amtlichen Stellung zu wahren."

Folgen wir Herrn von Bismarck in eine Ausschußsitzung. Graf Thun präsidiert und da er die eingehenden Piecen nicht vorher liest, so lernt er sie erst dadurch kennen, daß er sie dem Ausschusse buchstäblich von Anfang bis zu Ende vorliest, eine Operation, welche mitunter bei einer einzigen Piece, z. B. einem 30—40 Bogenseiten starken Bericht über das Rechnungswesen der Flotte, voller Ziffern und Belege, mehrere Stunden dauert, während welcher der Graf mit beneidenswerter Lunge liest, Herr von Schele einschläft, Herr von Nostitz unter dem Tische ein Buch liest und General Xylander neue und fantastische Lafettenkonstruktionen auf ein Löschblatt zeichnet. Dieses Vorlesen ist nur ein Mittel, um zu erfahren, wovon das Aktenstück handelt. Jetzt erwacht Herr von Schele, er unterbricht den Präsidenten mit einer Frage. Dieser wird so heftig, daß Herr von Schele Herrn von Bismarck beauftragt, den Grafen zu fordern. Letzterer zieht es aber vor, den Vermittler zu machen und die Sache beizulegen, obwohl — wie er sagt — „eine anderweite Entwickelung ohne Zweifel pikanter gewesen wäre."

Herr von Bismarck klagt wiederholt in seinen Berichten an den Minister, daß Graf Thun bemüht ist, die Präsidialbefugnisse, gestützt auf Besitz und faktisches Übergreifen, ungebührlich zu erweitern. Remonstrationen dagegen nimmt er mit Heftigkeit auf. Er ist gescheidter und geschäftskundiger, als Herr von Bismarck anfangs glaubte, aber in seiner äußerlichen Politur unfertiger, als man nach seinem Stande hätte annehmen sollen.

Im Oktober 1851 berichtet Bismarck von einer Besserung seines persönlichen Verhältnisses zum Grafen Thun, indem er schreibt: „Mit Graf Thun habe ich vor etwa 14 Tagen eine sehr offene und rückhaltlose Explikation gehabt über die Art, wie er mir durch Mangel an Rücksicht und Höflichkeit die Beziehungen zu ihm erschwert und dem Räderwerke unseres Verkehrs das Öl der sozialen Formen versagt. Er war für meine Offenheit auf das vollständigste und über mein Erwarten empfänglich, versprach Abstellung meiner Gravamina, und seitdem geht alles zwischen uns besser und er ist, für mich wenigstens, sehr viel rücksichtsvoller."

Eine solche Besserung des persönlichen Verhältnisses konnte allerdings dem in Frankfurt verfolgten sachlichen System Österreichs

nicht die Spitze abbrechen. Die Haltung des Wiener Kabinetts, schrieb Herr von Bismarck (Dezember 1851), seitdem Österreich durch die momentane Regelung seiner inneren Zustände wieder in die Lage gekommen sei, an der deutschen Politik teilzunehmen, beweise im allgemeinen, daß der Fürst Schwarzenberg nicht damit zufrieden sei, die Stellung, welche die Bundesverfassung bis 1848 dem Kaiserstaate verliehen, lediglich wieder einzunehmen, daß es vielmehr den Umschwung, durch welchen Österreich dem Untergang nahe gebracht war, als Grundlage für die Verwirklichung weit aussehender Pläne zu benutzen gedenke, analog den Erscheinungen zu Anfang des 30 jährigen Krieges, welche den Kaiser, kurz nachdem er in seiner eigenen Hofburg nicht sicher gewesen war, zum Herrn Deutschlands machten. Es ist natürlich, daß für jetzt auf dem Gebiet bundestäglicher Verhandlungen der Kampf um die materielle und formelle Kräftigung der Stellung Österreichs in Deutschland, wenn nicht ausgefochten, so doch eingeleitet werde, und zwar mit Erfolg, denn im Fall einer etwaigen Divergenz zwischen Österreich und Preußen sei die Majorität der Bundesversammlung bei der jetzigen Sachlage für Österreich gesichert. Der Grund dieser Erscheinung müsse im allgemeinen in einer mißtrauischen Gereiztheit zu finden sein, welche bei der Mehrzahl der mittleren deutschen Höfe gegenüber der preußischen Politik aus der Zeit nach der Märzrevolution zurückgeblieben sei. Man leihe dort den Insinuationen ein geneigtes Ohr, daß Preußen schon seiner geographischen Lage nach bestrebt sein müsse, die Fürsten, deren Länder den preußischen Staat in Deutschland begrenzen, in ein Abhängigkeitsverhältnis irgend welcher Art zu bringen und zu diesem Behuf die Sympathien der Völker für die Einheit Deutschlands gegen die Fürsten auszubeuten, während Österreich den partikularistischen Souveränen mit der Aussicht schmeichle, dieselben den eigenen Unterthanen gegenüber möglichst unabhängig und selbstherrschend hinzustellen und gleichzeitig darauf hinweise, daß die geographische Lage der kleineren Staaten zu Österreich es für letzteres unmöglich mache, ein Abhängigkeitsverhältnis herbeiführen zu wollen, durch welches das Maß des in der früheren Reichsverfassung gegebenen wesentlich überschritten würde. Die Erinnerung an dieses historische Verhältnis sei den meisten Fürstenhäusern weniger unwillkommen, als der Gedanke an die preußische Suprematie.

Hierneben sei der Einfluß nicht geringe anzuschlagen, der von der persönlichen Umgebung der meisten deutschen Fürsten auf die

letzteren geübt werde. Gewöhnlich gehörten die einflußreichsten Personen an den deutschen Höfen einem Stande an, der für sich selbst mehr von einer österreichischen, als von einer preußischen Entwickelung der deutschen Zustände hoffe. Dazu komme, daß eine große Anzahl der einflußreichsten Personen dieser Kategorie Söhne oder andere Angehörige in österreichischen Diensten hätten und das Fortkommen derselben mit der eigenen Teilnahme für österreichische Politik verknüpft sähen. Es finde diese Betrachtung nicht bloß auf Süddeutschland, sondern auch auf Hessen, Mecklenburg und namentlich Hannover Anwendung. Außer den bezeichneten Momenten, in welchen eine Änderung herbeizuführen weniger in Preußens Macht läge, falle noch folgendes schwer in die Wagschale. „Die deutschen Staaten fürchten Österreich in seinen Repressalien, während sie sich zu Preußen unter allen Umständen einer versöhnlichen und wohlwollenden Behandlung versehen. So läßt sich beispielsweise Hannover von der Besorgnis influieren, daß Österreich aus dem Verhalten der hannoverschen Regierung in der Handelsfrage Veranlassung nehmen könne, dem letzteren seine Unterstützung in rein politischen Sachen am Bundestage zu versagen. Kurhessen dagegen, welches der preußischen wie der österreichischen Unterstützung am Bundestage mindestens gleichmäßig bedarf, besorgt, nicht die erstere zu verlieren, wenn es in allen streitigen Fragen entschieden und offen gegen Preußen Partei nimmt. Unsere Bundesgenossen sind daran gewöhnt, daß Österreich für seine Unterstützung wie für seine Anfeindung genau den Maßstab der Gegenseitigkeit nimmt und sich weder durch allgemeine Prinzipien noch durch das Recht vorkommendenfalls abhalten lassen würde, eine Wiedervergeltung gegen diejenigen zu üben, deren Unterstützung ausblieb, wo sie erwartet wurde. In der Verfassung des Bundes finden sich natürlich die Übelstände wieder, welche von der Entscheidung durch Majoritäten stets unzertrennlich bleiben, indem Stimmen in einer Frage durch Konzessionen in anderen geworben werden."

Herr von Bismarck knüpfte an die vorstehende Darlegung den Antrag, daß der Minister ihn im allgemeinen autorisieren solle, eine größere Zurückhaltung in dem politischen Zusammenwirken mit den Bundesgenossen zu beobachten, bis sich bei denselben die Überzeugung, daß sie um Preußens Geneigtheit durch ein Entgegenkommen ihrerseits zu werben hätten, entwickelt haben würde. Herr von Bismarck selbst vermied alles, was ihn als Störenfried er-

scheinen lassen konnte, aber er bemühte sich auch nicht, in den Ruf zu kommen, daß er eine große Hochschätzung von dem deutschen Bundestag besäße. Eine gute Anekdote kursierte in dieser Beziehung von ihm zur Zeit, als Graf Thun durch Graf Buol-Schauenstein, den Nachfolger des im April 1852 verstorbenen Fürsten Schwarzenberg, von seinem Posten abberufen worden war, und viele nicht ohne Besorgnis die Ernennung des Berliner Gesandten von Prokesch oder gar des Grafen Rechberg zum Präsidialgesandten erwarteten. Herr von Bismarck wurde von einer Dame aus der Gesellschaft befragt, warum wohl Graf Thun von Frankfurt gern weggehen möge, worauf derselbe erwiderte, weil ein so fleißiger und thätiger Arbeiter an dem hiesigen Müßiggang und an der Erfolglosigkeit der Verhandlungen des Bundestags unmöglich Freude haben könne. Auf die Frage, wie er es denn, wenn die Umstände wirklich so wären, wie er sie darzustellen beliebe, hier aushalte, erfolgte die Entgegnung, er sei sein Lebelang als Landbewohner ein bloßer Bummler gewesen, der nie etwas anderes gethan habe, als mit der Flinte im Arm auf der Jagd herumzustreichen, und dieses könne er eben hier höchst behaglich fortsetzen.

Inzwischen war die Ernennung des Freiherrn von Prokesch zum Präsidialgesandten von Österreich vollzogen worden, und er führte sich am 3. Februar 1853 in der Bundesversammlung mit einer Rede ein, welche für das Fortschreiten der österreichischen Ansprüche in hohem Grade bezeichnend war. „Der wesentliche Inhalt derselben ging, wie Herr von Fritsch an Herzog Ernst von Koburg schrieb, dahin, daß in Deutschland nach dessen geschichtlicher Entwickelung die besonderen Interessen der einzelnen Staaten und Stämme ebenso naturberechtigt seien, als das allgemeine deutsche Interesse. Die Aufgabe des Bundes sei es, die zeitgemäße Entwickelung beider zu sichern. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, leiste die Verfassung des Bundes alles, was man verlangen könne. Wenn durch denselben die äußere und innere Sicherheit Deutschlands nicht gewahrt werde, so liege die Schuld nicht an seinen Grundgesetzen, sondern an deren Handhabung. Österreich aber, dieses alte deutsche Land, wolle in den Grenzen der Bundesverträge die Einigung aller, wolle den wirklichen Fortschritt, wolle ein großes deutsches Volk, und daß jeder einzelne in diesem sich mit gleichem Stolz nach seinem Stammland und nach seinem Gesamtvaterland nenne.“

Die stärkere Betonung des österreichischen Standpunktes von seiten des Herrn von Prokesch, dessen lautes Wesen schon in Berlin vielfach die Gegensätze verschärft hatte, war in den Bundestagskreisen um so schärfer empfunden worden, je mehr man durch die Persönlichkeit des Grafen Thun in gewissem Sinne in althergebrachter Weise eingeschläfert worden war. Jetzt aber war auch für Herrn von Bismarck die Zeit gekommen, wo er sich in bestimmterer Weise entwickeln mußte, und allmählich war im Bundestag bei aller scheinbaren Übereinstimmung die Unvereinbarkeit der österreichischen und preußischen Politik nicht mehr wegzuleugnen.

In einer sehr viel späteren Zeit sprach einmal Herr von Bismarck über die drei österreichischen Bundestagspräsidenten, welche sich zu seiner Zeit in Frankfurt einander folgten. „Mit Thun war auszukommen," sagte er, „der war ein anständiger Mensch. Rechberg war im ganzen auch nicht übel, wenigstens persönlich ehrlich, wenn auch sehr heftig und aufbrausend" — „einer von den hitzigen Hochblonden," über die er sich dann weiter verbreitete. „Als österreichischer Diplomat damaliger Schule freilich durfte er's mit der Wahrheit nicht genau nehmen. — Der dritte aber, Prokesch, war gar nicht mein Mann. Der hatte aus dem Orient die ärgsten Intriguen mitgebracht. Die Wahrheit war ihm ganz gleichgültig. Ich entsinne mich, einmal in einer großen Gesellschaft wurde von irgend einer österreichischen Behauptung gesprochen, die nicht mit der Wahrheit stimmte. Da sagte er, daß ich's hören sollte, mit erhobener Stimme: ‚Wenn das nicht wahr wäre, da hätte ich im Namen der Kaiserlich-Königlichen Regierung (er betonte das Wort stark) gelogen'. Dabei sah er mich an. Ich sah ihn wieder an und sagte gelassen: Allerdings Excellenz. Er war offenbar erschrocken und als er sich umblickte und lauter niedergeschlagenen Augen begegnete und einem tiefen Schweigen, das mir Recht gab, wendete er sich still ab und ging ins Speisezimmer, wo gedeckt war. Nach Tische aber hatte er sich erholt. Da kam er auf mich zu, — mit einem gefüllten Glase, sonst hätte ich gedacht, er wolle mich fordern — und sagte: ‚Na lassen Sie uns Frieden machen!' — Warum denn nicht? sagte ich. Aber das Protokoll muß doch geändert werden. — ‚Sie sind unverbesserlich,' erwiderte er lächelnd und damit war's gut. Das Protokoll wurde geändert und damit anerkannt, daß es die Unwahrheit enthalten hatte."

„Herr von Prokesch," schrieb Bismarck an Herrn von Man-

teuffel, „dürfte hinreichend in Berlin bekannt sein, um weitere Andeutungen über seine Persönlichkeit unnötig zu machen, indes kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß die Ruhe und Leichtigkeit, mit welcher er falsche Thatsachen aufstellt, oder wahre bestreitet, meine in dieser Beziehung ziemlich hochgestellten Erwartungen doch übertrifft und ihre Ergänzung findet in einem überraschenden Grade von Kaltblütigkeit im Fallenlassen eines Gegenstandes oder Veränderung der Front, sobald das Falsum, von welchem er ausgeht, unausweichbar zur Anerkennung gebracht wird. Nötigenfalls deckt er einen solchen Rückzug durch ein Aufbrausen sittlicher Entrüstung, oder durch einen oft sehr persönlichen Angriff, mit welchem er die Diskussion auf ein neues und heterogenes Gebiet überträgt. Seine hauptsächlichen Waffen in dem kleinen Kriege, welchen ich da, wo die Interessen divergieren, mit ihm führen muß, sind 1) passiver Widerstand, d. h. die Verschleppung der Sachen, durch welche er mir die Rolle eines unruhigen und nach der Natur der Sachen oft kleinlichen Mahners zuschiebt, und 2) beim Angriff das fait accompli anscheinend unbedeutender Übergriffe der Präsidialmacht, die gewöhnlich so berechnet sind, daß die Zurückweisung von meiner Seite den Charakter eines Aufsuchens von Streitpunkten oder einer silbenstechenden Kritik annehmen muß. Es ist danach kaum möglich für mich, ihm gegenüber nicht den Schein der Unverträglichkeit auf mich zu ziehen, wenn ich nicht die Interessen Preußens in einem Maße vergeben will, welches aus jeder Nachgiebigkeit Anlaß zur Steigerung entnehmen würde." So oft Herr von Bismarck in späteren Berichten auf Herrn von Prokesch zurückkommt, bezeichnet er ihn als einen politisch unfähigen, wegen seiner Leidenschaftlichkeit gesellschaftlich schwierigen, eitlen und verlogenen Mann.

In Wien.

Eine Zollvereinigung mit Österreich mußte am meisten darum in Preußen Bedenken erregen, weil durch sie ein höchst gefährliches Abhängigkeitsverhältnis von Österreich in kommerzieller und wirtschaftlicher Beziehung begründet worden wäre, das notwendig auch auf die politische Stellung Preußens hätte zurückwirken müssen. Es schloß am 7. September 1851 einen Vertrag mit Hannover ab behufs Aufnahme desselben in den Zollverein. Preußen wollte sich dadurch einen Verbündeten gegen die süddeutschen Bestrebungen sichern und verlangte nun vor allem die Genehmigung dieses Ver-

trages, der Hannover eine Stimme bei den Zollvereinskonferenzen sichern mußte. Da die süddeutschen Staaten darauf nicht eingingen, sah sich Preußen genötigt, den Zollvereinsvertrag für den 31. Dezember 1853 zu kündigen. Doch lud es sofort die Zollvereinsstaaten zu einer Konferenz im April 1852 nach Berlin ein, um den Zollverein auf Grundlage des Septembervertrages mit Hannover, dem sich auch Oldenburg und Braunschweig anschlossen, zu erneuern.

In dieser Zeit hatte Herr von Bismarck mit Graf Thun ein Privatgespräch, in welchem er ihm die nach seinem Dafürhalten unausbleiblichen, beklagenswerten Folgen entwickelte, welche die aggressive Politik Österreichs gegen den Zollverein nach sich ziehen müsse. Thun antwortete ihm mit dem Tone freundschaftlicher Offenheit ungefähr folgendes: Die unverhältnismäßigen Opfer, welche Preußen in dem Vertrage vom 7. September gebracht habe, seien der beste Beweis, daß es sich bei demselben weniger um kommerzielle, als um die politische Bedeutung handle. Bismarck werde, da er, Thun, ein ebenso guter Österreicher sei, als Bismarck Preuße, es natürlich finden, daß er es billige, wenn seine Regierung alles daransetze, um zu verhindern, daß Österreich in noch schrofferer Weise als früher, vom Zollverein, von einer neuen, das ganze übrige Deutschland umfassenden Korporation ausgeschlossen werde. In Wien sei man weit davon entfernt, den Zollverein zerstören zu wollen, nur müsse derselbe Basen annehmen, die einen Beitritt Österreichs, wenn nicht sofort ermöglichten, doch anbahnten. Den Zweck, die Zoll- und Handelsgesetzgebung auf den Bund zu übertragen, gestand er ein, und fand ihn ganz natürlich für Österreich. Auch leugnete er keineswegs, den Herrn von Hock mit entsprechenden Aufträgen an die westdeutschen Höfe entsendet zu haben, er bedauerte, daß Preußen in dem Bunde nur ein Polizei- und Militär-Institut wolle. Ein überwiegender Einfluß Österreichs in Deutschland liege in der Natur der Dinge, solange Österreich ohne Selbstsucht sich Deutschland hingebe; breche es die letztere Bedingung, so werde Preußen an Österreichs Stelle treten, halte es die Bedingung, so sei Preußens Aufgabe eine gleiche, mit Österreich gemeinsame Hingabe für die Interessen der Gesamtheit. Solange das gegenseitige Verhältnis nicht frei von partikularistischer Eifersucht sei, könne das jetzige gute Einvernehmen nicht ein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand genannt werden. „Er sprach (berichtet Herr von Bismarck darüber an seinen Minister) wie Posa, und entwickelte

großdeutsche Schwärmerei, ich vervollständigte seinen Ideengang dahin, daß danach die Existenz Preußens, und noch weiter die Reformation ein bedauerliches Faktum sei, wir beide könnten es aber nicht ändern, und müßten nach Thatsachen, aber nicht nach Idealen rechnen, und ich bäte ihn, zu überlegen, ob die Resultate, die Österreich auf den Hockschen Wegen wirklich erreichen werde, die Annehmlichkeit des preußischen Bündnisses aufwiegen würden; denn ein Preußen, welches, wie er sich ausdrückte „der Erbschaft Friedrich des Großen entsagte", um sich seiner wahren providentiellen Bestimmung als Reichs-Erz-Kämmerer hingeben zu können, bestehe in Europa nicht, und ehe ich zu einer derartigen Politik zu Hause riete, würde eine Entscheidung durch den Degen vorhergehen müssen. Er verglich Preußen mit einem Manne, der einmal das Los von 100 000 Thalern gewonnen hat und nun seinen Haushalt auf die jährliche Wiederkehr dieses Ereignisses einrichte. Ich erwiderte ihm, wenn diese Ansichten in Wien so klar wären, wie bei ihm, so sähe ich allerdings voraus, daß Preußen nochmals in der bewußten Lotterie werde setzen müssen; ob es gewinnen werde, stehe bei Gott. Diese Unterhaltung wurde im ganzen in mehr scherzhaftem Tone geführt und verlor nicht den Charakter objektiver freundschaftlicher Betrachtung, bei mir hat sie aber die Überzeugung befestigt, daß Österreich die Bedeutung unseres Bündnisses oder unserer Abneigung empfinden muß, ehe es den Wert davon einsehen oder nach dieser Einsicht handeln wird. Thun ist stets in seinen Meinungen das Daguerrotyp seines Chefs, und ich zweifle nicht, daß letzterer seine Politik in dem Sinne gegen Thun entwickelt hat, wie dieser heute gegen mich. Ich darf Eure Excellenz wohl bitten, von dem Vorstehenden keinen Gebrauch zu machen, der Graf Thun unangenehm sein oder zu seiner Kenntnis kommen könnte, da er sonst die, ich möchte sagen, jugendliche Offenheit bereuen würde, mit der er zu sprechen pflegt, wenn ich den Ton von Kavalier zu Kavalier anschlage, und er gerade bei gefühlvoller Laune ist, was ihn nicht hindert, bei anderen Gelegenheiten wieder bauernschlau und insidiös zu sein."

Herr von Bismarck, mit der Vertretung des preußischen Gesandten in Wien, Grafen Arnim betraut, wurde zum Empfang weiterer Instruktionen im Juni 1852 nach Berlin berufen. „Ich habe meine Mission ungefähr dahin aufgefaßt, die Beziehungen beider Kabinette so freundlich als möglich zu gestalten, unnötige Spannungen zu heben und die Bedeutung der Zollfrage und der

Divergenz in derselben nicht mehr als nötig wachsen und auf andere Fragen und auf die allgemeinen Beziehungen beider Mächte Einfluß gewinnen zu lassen."

Er überbrachte das folgende Schreiben König Friedrich Wilhelms IV. an Franz Joseph: „Ew. Kaiserliche Majestät wollen es mir gnädigst gestatten, daß ich den Überbringer dieses Blattes mit meinen eigenhändigen Schriftzügen an Ihrem Hoflager introduziere. Es ist der Herr von Bismarck-Schönhausen. Er gehört einem alten Rittergeschlecht an, welches länger als mein Haus, in den Marken seßhaft, von jeher und besonders in ihm seine alten Tugenden bewährt hat. Die Erhaltung und Stärkung der erfreulichen Zustände unseres platten Landes verdanken wir mit seinen furchtlosen und energischen Mühen in der bösen Zeit der nun verflossenen Jahre. Ew. Majestät wissen, daß Herr von Bismarck die Würde meines Bundestagsgesandten bekleidet. Da jetzt der Gesundheitszustand meines Gesandten an Ew. Majestät kaiserlichem Hofe, des Grafen von Arnim, dessen zeitweilige Abwesenheit nötig gemacht hat, das Verhältnis unserer Höfe aber eine subalterne Vertretung nicht zuläßt, so habe ich Herrn von Bismarck ausersehen, die vices für Graf Arnim während dessen Abwesenheit zu versehen. Es ist mir ein befriedigender Gedanke, daß Ew. Majestät einen Mann kennen lernen, der bei uns im Lande wegen seines ritterlich freien Gehorsams und seiner Unversöhnlichkeit gegen die Revolution bis in ihre Wurzeln hinein von vielen verehrt, von manchem gehaßt wird. Er ist mein Freund und treuer Diener und kommt mit dem frischen, lebendigen und sympathischen Eindruck meiner Grundsätze, meiner Handlungsweise, meines Willens, und ich setze hinzu, meiner Liebe zu Österreich und zu Ew. Majestät nach Wien. Er kann, wenn es der Mühe wert befunden wird, Ew. Majestät und Ihren höchsten Räten über viele Gegenstände Rede und Antwort geben, wie wohl wenige imstande sind, denn wenn nicht unerhörte, lang vorbereitete Mißverständnisse zu tief eingewurzelt sind, was Gott in Gnaden verhüte, kann die kurze Amtsführung in Wien wahrhaft segensreich werden. Herr von Bismarck kommt aus Frankfurt, wo das, was die rheinbundschwangeren Mittelstaaten mit Entzücken die Differenzen Österreichs und Preußens nennen, jederzeit seinen stärksten Widerhall und oft seine Quelle gehabt hat, und er hat diese Dinge, das Treiben daselbst mit scharfem und richtigem Blick beobachtet. Ich habe ihm befohlen, jede darauf gerichtete Frage Ew. Majestät und Ihrer Minister so zu beantworten, als

hätte ich sie selbst an ihn gerichtet. Sollte es Ew. Majestät gefallen, von ihm Aufklärung über meine Auffassung und Behandlung der hessischen Verfassungsangelegenheit zu verlangen, so lebe ich der Gewißheit, daß mein Betragen in diesen Dingen, wenn auch vielleicht nicht das Glück Ihres Beifalls, doch sicher Ihre Achtung erringen wird. Die Anwesenheit des teueren und herrlichen Kaisers Nikolaus ist mir eine wahre Herzstärkung gewesen. Die gewisse Bestätigung meiner alten und starken Hoffnung, daß Ew. Majestät und ich in der Wahrheit einig sind, daß unsere dreifache, unerschütterliche, gläubige und thatkräftige Eintracht allein Europa und das unartige und doch so geliebte deutsche Vaterland aus der jetzigen Krise retten könne, erfüllt mich mit Dank gegen Gott und steigert die alte, treue Liebe zu Ew. Majestät. Bewahren auch Sie, mein teuerster Kaiser, mir Ihre Liebe aus den fabelhaften Tagen von Tegernsee und stärken Sie Ihr Vertrauen und Ihre so wichtige und mächtige, dem gemeinsamen Vaterlande so unentbehrliche Freundschaft zu mir! Dieser Freundschaft empfehle ich mich aus der Tiefe meines Herzens als Ew. Majestät innigst ergebener Onkel, Bruder und Freund."

Bismarck an den König.

Wien, den 15. Juni 1852.

Ew. Königlichen Majestät verfehle ich nicht, anzuzeigen, daß, am 8. d. M. in Wien angekommen, ich am darauffolgenden Tage durch den Grafen Arnim dem Kaiserlich Österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgestellt wurde, und den Grafen Buol dabei ersuchte, die Befehle des Kaisers darüber unverzüglich einholen zu wollen, wann und wo derselbe gestatten würde, ihm einen mir von Ew. Königlichen Majestät für ihn anvertrauten Brief, der mir erteilten Weisung gemäß, übergeben zu können. Auf die von dem Grafen Buol dieserhalb gemachte Anfrage lief am 11. d. M. die telegraphische Erwiderung ein, daß der Kaiser, als im Begriffe Ofen zu verlassen, mich nicht empfangen könne und daher seinen Minister des Äußern ermächtige, den für ihn bestimmten eigenhändigen Brief Ew. Königlichen Majestät von mir zu übernehmen und ihm nachzusenden.

Infolgedessen habe ich gestern das Schreiben dem Grafen ausgehändigt, indem ich einen der bestimmten Empfangstage des Ministers zu einer Unterredung mit ihm benutzte. Bei Gelegenheit derselben habe ich mich überzeugen können, daß das kaiserliche Kabinett in Bezug auf die Zollfrage das Bedürfnis der Verständigung noch nicht in dem Grade empfindet, wie ich voraussetzte, vielmehr

von der Ansicht ausgeht, abzuwarten, ob die im Schoße des Zollvereins entstandenen Schwierigkeiten Ew. Königlichen Majestät Regierung zur Nachgiebigkeit bestimmen werden. Ich erlaube mir in dieser Beziehung auf einen heute gleichzeitig an Ew. Königlichen Majestät Ministerpräsidenten erstatteten Bericht Bezug zu nehmen.

An Frau von Bismarck.

Wien, 16. Juni 1852.

„'S g'fallt mer hier gar net, wie Schrenk sagt, obschon es so nett war. Anno 47, mit Dir, aber nicht bloß Du fehlst mir, sondern ich finde mich hier überflüssig, und das ist schlimmer, als ich Deinem unpolitischen Gemüt verständlich machen kann. Wenn ich, wie damals, nur zum Vergnügen hier wäre, so könnte ich nicht klagen; alle, die ich bisher kennen gelernt habe, sind bemerkenswert liebenswürdig, und die Stadt ist zwar heiß und engstraßig, aber doch eine ausgezeichnete Stadt. Im Geschäft dagegen herrscht große Flauheit: die Leute haben entweder nicht das Bedürfnis, sich mit uns zu arrangieren, oder setzen es bei uns in höherem Grade voraus, als es vorhanden ist. Ich fürchte, die Gelegenheit der Verständigung geht ungenützt vorüber, das wird bei uns einen bösen Rückschlag üben, denn man glaubt, einen sehr versöhnlichen Schritt durch meine Sendung gethan zu haben, und sie werden sobald nicht wieder einen herschicken, der so geneigt ist, sich zu verständigen, und dabei so freie Hand hat wie ich. Verzeih', daß ich Dir Politik schreibe, aber wessen das Herz voll ist u. s. w., ich trockne ganz auf geistig in diesem Getriebe, und ich fürchte, ich bekomme noch einmal Geschmack davon. Ich komme eben aus der Oper, mit Old Westmoreland, Don Giovanni, von einer guten italienischen Truppe, bei der ich die Miserabilität des Frankfurter Theaters doppelt empfand. Gestern war ich in Schönbrunn und gedachte an unsere abenteuerliche Mondscheinexpedition beim Anblick der himmelhohen Hecken und der weißen Statuen in den grünen Büschen, besah mir auch das heimliche Gärtchen, in das wir zuerst geriethen, was sehr verbotener Grund ist, so daß die Jägerschildwache, die schon damals dort stand, sogar das Hineinsehen verbietet.

„Der König reist den 19. hier durch und kommt über Ischl und Prag den 7. September nach Berlin zurück. Ich werde ihm wohl nach Koblenz entgegengehen, da ich mit ** viel zu bereden habe. Bringt er meine Ernennung mit, wie ich voraussetze, so nehme ich gleich ein Quartier, und dann können wir von Deiner Herreise sprechen."

An Minister von Manteuffel.

Wien, 18./19. Juni 1852.

„Den Kreis meiner Bekanntschaften (in Wien) zu erweitern, wird mir augenblicklich sehr schwer. Die Geselligkeit ist beendigt, fast alles auf dem Lande oder mit dem Kaiser, nur auf dem adligen Kasino in der Herrengasse findet man des Abends die spielenden und rauchenden Reste der höheren Gesellschaft. Diese gehört im allgemeinen der altkonservativen Partei an, frondiert, spricht bitter über das Ministerium, aber selten mit Einsicht. Teils Furcht vor Rügen vom Hof, teils eine phäakische Genußsucht und die Besorgnis vor allem, was Mühe macht, oder an Unruhe oder Vermögensgefahr erinnert, bewirken eine fast allgemeine Enthaltsamkeit von politischen Gesprächen, bis auf gelegentliche dem Ministerium und besonders dem Dr. Bach applicierte Schimpfwörter der stärksten Färbung. Sonst bilden Vergnügungen und militärische Erlebnisse nebst der Person des Kaisers den alleinigen Gegenstand der Konversation. Unbehagen empfindet jeder und meint im Vertrauen, es könne so nicht bleiben; die meisten sind einig in Anklagen gegen Fürst Schwarzenberg, dessen Unkenntnis des Landes von Bach mißbraucht sei, und von dem man meint, er habe mit seiner eigen- und leichtsinnigen Kühnheit nur für die Zeit der Gefahr gepaßt.

„Bach und den Justizminister Krauß habe ich auf einem Diner bei Buol kennen gelernt; Krauß gilt für rechtlich und mittelmäßig und spricht sich politisch etwa so aus, wie bei uns der vormärzliche und wohlbekannte Liberalismus eines bürgerlichen Gerichtsrats in der Provinz, humanistisch aufgeklärt und ohne Widerstandsfähigkeit gegen das Prinzip der Revolution. Bach war für Schwarzenberg, was der Mohr für Fiesco; er spielt jetzt den Kavalier, benimmt sich mit Nonchalance und läßt die Tischgesellschaft darauf warten, daß er sich fünf Minuten lang mit lärmender Ostentation den Mund ausspült und gurgelt. Seinen Reden nach wird er nicht anstehen, schließlich die Heilung der hiesigen Finanzen in einem lukrativem Bankerott nach amerikanischem Zuschnitt zu suchen. Seine Haltung gegen Buol scheint das Bewußtsein zu verraten, daß der ihn noch weniger entbehren kann, als Fürst Schwarzenberg es konnte, und das glaube ich auch; der Haß der Aristokratie, auch der militärischen, gegen Bach ist groß und durchbricht überall die Vorsicht, mit der man sonst sich ausspricht. — In den Gesellschaften der haute volée wird Bach nicht geduldet oder gar eingeladen. Ich weiß nicht, ob es aus Haß gegen ihn ist, oder Wahrheit, wenn man ihn mir als den Träger und Schürer der Leidenschaftlichkeit gegen Preußen schildert.

„Vom Kaiser höre ich von den jüngeren Herren, daß er alles

mit einem für seine Jahre seltenen Maßhalten treibt, bis auf seine Regentenpflichten, und gelegentlich die Jagd. Er strengt seinen Körper übermäßig mit Tanzen, Reiten und Schlafentbehren an. Er steht um vier Uhr auf, arbeitet rastlos, spricht mit jedem Beamten nur über sein Fach, schneidet in der Beziehung übergreifende Ratschläge, sowie Fragen schnell ab, läßt die eigene selbständige Entscheidung formell und materiell überall ostensibel in den Vordergrund treten und giebt sie kurz und entschieden. Die eigene angespannte Pflichterfüllung läßt ihn die gleiche Anstrengung als etwas sich von selbst Verstehendes bei anderen voraussetzen und jeder Mangel darin setzt ihn in Erstaunen. Dabei ist er niemals barsch in der Form. Gerühmt wird seine große Wahrheitsliebe. Die vorstehenden Urteile sind weiblichen Ursprungs, aber von guter Quelle."

An Frau von Bismarck.

Ofen, 23. Juni 1852.

Soeben komme ich vom Dampfschiff und weiß den Augenblick, der mir bleibt, bis Hildebrand mit meinen Sachen nachfolgt, nicht besser anzuwenden, als indem ich Dir ein kleines Lebenszeichen von dieser sehr östlich gelegenen, aber sehr schönen Welt schicke. Der Kaiser hat die Gnade gehabt, mir Quartier in seinem Schlosse anzuweisen, und ich sitze hier in einer großen, gewölbten Halle am offenen Fenster, zu dem die Abendglocken von Pesth hereinläuten. Der Blick hinaus ist reizend. Die Burg liegt hoch, unter mir zuerst die Donau, von der Kettenbrücke überspannt, dahinter Pesth und weiterhin die endlose Ebene über Pesth hinaus im blauroten Abendduft zerschwimmend. Neben Pesth links sehe ich die Donau aufwärts, weit, sehr weit links von mir, d. h. auf dem rechten Ufer, ist sie zuerst von der Stadt Ofen besäumt, dahinter Berge blau und blauer, dann braunrot im Abendhimmel, der dahinter glüht. In der Mitte beider Städte liegt der breite Wasserspiegel wie bei Linz, von der Kettenbrücke und einer waldigen Insel unterbrochen. Auch der Weg hierher, wenigstens von Gran bis Pesth, würde Dich gefreut haben. Denke Dir Odenwald und Taunus nahe aneinander gerückt, und der Zwischenraum mit Donauwasser angefüllt. Die Schattenseite der Fahrt war die Sonnenseite, es brannte nämlich, als ob Tokayer auf dem Schiffe wachsen sollte, und die Menge der Reisenden war groß, aber denke Dir, nicht ein Engländer, die müssen Ungarn noch nicht entdeckt haben. Übrigens sonderbare Käuze genug, von allen orientalischen und occidentalischen Nationen, schmierige und gewaschene. Ein recht liebenswürdiger General war meine Hauptreisegesellschaft, mit dem ich fast die ganze Zeit über oben auf

dem Radkasten gesessen und geraucht habe. Nachgerade werde ich ungeduldig, wo Hildebrand bleibt; ich liege im Fenster halb mondscheinschwärmend, halb auf ihn wartend, wie auf die Geliebte, denn mich verlangt nach einem clean shirt. Wärst Du doch einen Augenblick hier und könntest jetzt auch die mattsilberne Donau, die dunkeln Berge auf blaßrotem Grund und auf die Lichter sehen, die unten aus Pesth heraufscheinen; Wien würde sehr bei Dir im Preise sinken gegen Buda-Pesth, wie der Ungar sagt; Du siehst, ich bin auch Naturschwärmer. Jetzt werde ich mein erregtes Blut mit einer Tasse Thee besänftigen, nachdem Hildebrand wirklich eingetroffen ist, und dann bald zu Bette gehen.

Vorige Nacht wurden es nur vier Stunden Schlaf, und der Hof ist schauerlich matinös hier; der junge Herr selbst steht schon um 5 Uhr auf, da würde ich also ein schlechter Höfling sein, wenn ich sehr viel länger schlafen wollte. Daher, mit einem Seitenblick auf eine riesenhafte Theekanne und einen verführerischen Teller mit Kaltem in Gelee und anderem Zeuge, wie ich sehe, sage ich Dir gute Nacht aus weiter Ferne. Wo habe ich denn das Lied her, was mir heute den ganzen Tag im Sinne liegt: „Over the blue mountain, over the white sea foam, come thou beloved one, come to thy lonely home! Ich weiß nicht, wer mir das einmal vorgesungen haben muß, in old long syne!

An Frau von Bismarck.

Den 24. Juni.

Nachdem ich sehr gut, obschon auf einem Keilkissen, geschlafen habe, sage ich Dir guten Morgen. Die ganze Landschaft vor mir schwimmt in so heller, brennender Sonne, daß ich gar nicht hinaussehen kann ungeblendet. Bis ich meine Besuche beginne, sitze ich hier einsam frühstückend und rauchend in einem sehr geräumigen Lokal, vier Zimmer, alles dick gewölbt, zwei etwa so wie unsere Tafelstube in der Dimension, dicke Wände wie in Schönhausen, riesenhafte Nußbaumschränke, blauseidene Möbel, auf der Diele eine Profusion von alten großen schwarzen Flecken, die eine erhitztere Phantasie als die meine für Blut ansehen könnte, ich aber décidément für Tinte erkläre; eine unglaublich ungeschickte Schreiberseele muß hier gehaust, oder ein anderer Luther wiederholentlich große Tintenfässer gegen den Widersacher geschleudert haben. Ein sehr freundlicher, alter Diener in hellgelber Livree teilt sich mit Hildebrand ins Geschäft: überhaupt sind sie sehr liebenswürdig; das Dampfschiff fuhr gestern dem Vertreter des Königs zu Ehren unter großer preußischer Flagge, und dank dem Telegraphen, wartete Kaiserl. Equipage am Landungsplatz. Sage das nicht N. N., er schreibt sonst Artikel darüber. Unten treiben

auf langen Holzflößen die sonderbarsten braunen, breithutigen und weithosigen Gestalten die Donau entlang. Es thut mir leid, daß ich nicht Zeichner bin, diese wilden Gesichter, schnurrbärtig, langhaarig, mit den aufgeregten schwarzen Augen und der einzig malerischen Draperie, die an ihnen hängt, hätte ich Dir gern vorgeführt, wie sie gestern den Tag über mir unter die Augen kamen. Nun muß ich ein Ende machen und Besuche. Ich weiß nicht, wann Du diese Zeilen erhältst, vielleicht schicke ich morgen oder übermorgen einen Feldjäger nach Berlin, der sie mitnehmen kann.

Abends.

Noch habe ich keine Gelegenheit gefunden, dies abzusenden. Wieder scheinen die Lichter aus Pesth herauf, am Horizont nach der Theiß zu blitzt es, über uns ist es sternenklar. Ich habe heut viel Uniform getragen, in förmlicher Audienz dem jungen Herrscher dieses Landes meine Kreditive überreicht, und einen sehr wohlthuenden Eindruck erhalten. Nach der Tafel wurde vom ganzen Hofe eine Exkursion ins Gebirge gemacht, zur „schönen Schäferin", die aber lange tot ist, der König Matthias Corvinus liebte sie vor etlichen hundert Jahren. Man sieht von da über waldige, neckaruferartige Berge auf Ofen, dessen Berge und die Ebene. Ein Volksfest hatte tausende hinangeführt, die den Kaiser, der sich unter sie mischte, mit tobenden eljen (evviva) umdrängten, Csardas tanzten, walzten, sangen, musizierten, in die Bäume kletterten und den Hof drängten. Auf einem Rasenabhang war ein Soupertisch von etwa 20 Personen, nur auf einer Seite besetzt, die andere für die Aussicht auf Wald, Burg, Stadt und Land frei gelassen, über uns hohe Buchen mit kletternden Ungarn in den Zweigen, hinter uns dicht gedrängtes und drängendes Volk in nächster Nähe, weiterhin Hörnermusik mit Gesang wechselnd, wilde Zigeunermelodien, Beleuchtung, Mondschein und Abendrot, dazwischen Fackeln durch den Wald; das Ganze konnte ungeändert als große Effektscene in einer romantischen Oper figurieren. Neben mir saß der weißhaarige Erzbischof von Gran, Primas von Ungarn, im schwarzseidenen Talar mit rotem Überwurf, auf der anderen Seite ein sehr liebenswürdiger, eleganter Kavalleriegeneral. Du siehst, das Gemälde war reich an Kontrasten. Dann fuhren wir unter Fackeleskorte im Mondschein nach Hause. Sage Frau von B., ihr Bruder wäre ein sehr liebenswürdiger Mann, wie das nach den beiden Schwestern, die ich kannte, nicht anders zu erwarten war. Eben erhielt ich eine telegraphische Depesche aus Berlin: sie enthielt nur vier Buchstaben: „Nein". Ein inhaltsschweres Wort. Ich habe mir heute erzählen lassen, wie dieses Schloß vor drei Jahren von den Insurgenten gestürmt wurde, wobei der brave

General Hentzi und die ganze Besatzung nach einer bewunderns-wert tapferen Verteidigung niedergehauen wurden. Die schwarzen Flecken auf meiner Diele sind zum Teil Brandflecken, und wo ich Dir schreibe, tanzten damals die platzenden Granaten und schlug man sich schließlich auf rauchendem Schutt. Erst vor wenig Wochen ist dies zur Herkunft der Kaisers wieder in Stand gesetzt worden. Jetzt ist es recht still und behaglich hier oben, ich höre nur das Ticken einer Wanduhr und fernes Wagenrollen von unten herauf. Mögen Engel bei Dir wachen, bei mir thut's ein bären-mütziger Grenadier, von dessen Bajonett ich 6 Zoll auf 2 Armes-längen von mir über den Fensterrand ragen, und einen Strahl wiederspiegeln sehe. Er steht über der Terrasse an der Donau und denkt vielleicht an seine Nanni. —

An den König.

Ofen, 25. Juni.

Durch ein Schreiben des Grafen Buol bin ich am 21. cr. eingeladen worden, mich zum 24. bei dem Kaiserlichen Hoflager in Ofen einzufinden, um dem Kaiser mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Se. Majestät sprachen zuerst nach Entgegennahme des Kreditivs den lebhaften Dank aus für den Inhalt des eigenhändigen Schreibens Ew. Königlichen Majestät, welches ich nach Wien zu bringen die Ehre gehabt habe. Se. Majestät fügte hinzu, daß es zu jeder Zeit Ihr aufrichtigstes Bestreben sein würde, auch Ihrerseits die nahen und freundschaftlichen Beziehungen, welche glücklicherweise zwischen beiden Ländern obwalteten, in demselben Sinne, wie Ew. Majestät Schreiben andeutet, zu erhalten und zu fördern. Es sei für Se. Majestät ein Gegenstand der höchsten Befriedigung, jeden Keim einer Störung des innigen Bündnisses beider Monarchien beseitigt zu wissen, und wenn über einzelne Fragen auf dem Gebiete der materiellen Interessen beide Kabinette zur Zeit von abweichenden Auffassungen ausgehen, so würde dieser Umstand nicht hindern, daß Preußen und Österreich auf dem gesamten übrigen Gebiete der Politik Hand in Hand gingen. In Bezug auf die Zollfrage glaubte Se. Majestät an dem Programm der Zolleinigung festhalten zu müssen, in der Überzeugung, daß nur eine Verschmelzung der materiellen Interessen Deutschland denjenigen Grad von Konsolidierung geben könne, dessen es als Bürgschaft der inneren Sicherheit sowohl, wie auch der europäischen Machtstellung bedürfe. Solange indessen diese Ansicht von Ew. Majestät Regierung nicht geteilt würde, erwarte der Kaiser wenigstens, daß die beiderseitigen Bemühungen, dem Bundestage eine mächtigere und eingreifendere Stellung in Deutschland zu geben,

als bisher, in der einträchtigen Haltung beider Großmächte die Basis eines sicheren Erfolges finden werde. Über die bundesrechtlichen Fragen werde Graf Buol näher mit mir verhandeln, auch gäbe Seine Majestät die Hoffnung nicht auf, daß bei näherer Besprechung mit demselben die Übereinstimmung in der Zollangelegenheit gefördert werden könne. Ich erwiderte Seiner Majestät, daß ich von Ew. Königlichen Majestät Befehl habe, noch mündlich zu wiederholen, wie die Befestigung und weitere Ausbildung des engen Bündnisses beider Höfe Allerhöchstdenselben nicht nur ein persönliches Bedürfnis sei, sondern auch stets in den jetzigen Zeiten mehr wie jemals als eine politische Notwendigkeit von Ew. Majestät erkannt würde. Demnächst habe ich mich bemüht, Sr. Majestät die Ansichten zu entwickeln, von denen Ew. Majestät Regierung in Behandlung der schwebenden Zollfrage geleitet wird, und wie in der Bereitwilligkeit Preußens, unmittelbar nach dem erneuerten Anerkenntnis des Zollvereins einen Handelsvertrag mit Österreich zu schließen, welcher die zur definitiven Entschließung über die Möglichkeit einer Zolleinigung noch mangelnden Erfahrungen an die Hand geben werde, im Grunde alles enthalten sei, was für jetzt thatsächlich geschehen könne.

An Frau von Bismarck.

Wien, 30. Juni.

Da sitze ich wieder im römischen Kaiser. Während Du vom Koblenzer Schloß aus auf den Rhein blicktest und auf unseren König und Herrn wartetest, sah ich vom Ofener Schloß auf die Donau, und hatte mit dem jungen Kaiser eine after-dinner conversation in einer Fensternische über die preußische Militärverfassung, und sonderbarerweise machte ich an demselben Nachmittag, wo Ihr Ehrenbreitstein und Stolzenfels saht, eine Spazierfahrt auf die über dem Schloß liegende Citadelle und ins Ofener Waldgebirge. Die Aussicht von ersterer ist bewundernswürdig. Sie erinnert an die auf Prag, nur mehr Hintergrund und Fernsicht hat sie, ähnelt darin also eher Ehrenbreitstein, und die Donau ist großartiger als die Moldau. Ich kam gestern Abend mit dem Pesther Zug um halb 7 hier an.

Schleswig-Holsteinsches.

Herr von Bismarck kam keineswegs als prinzipieller Gegner Österreichs nach Frankfurt. Er sagte dies bei einer späteren Gelegenheit selbst, und die Haltung, die er zu Anfang bei den Verhandlungen am Bundestage einnahm, bestätigte seine Äußerung

hinreichend. Er machte sich die Regel, „etwaige Keime der Uneinigkeit zwischen Preußen und Österreich stets mit dem Grafen Thun unter vier Augen zu verhandeln, bevor er mit einer derartigen Sache vor den Bundestag trat,“ (Bericht an Herrn von Manteuffel vom 4. Oktober 1851). Indessen wurde das Streben zu harmonischem Zusammenwirken von dem Grafen Thun dem preußischen Gesandten mit jedem Tage mehr erschwert. Es kam fast kein Gegenstand zur Verhandlung, wobei letzterer nicht auf seiten seiner von Österreich geleiteten Kollegen die Neigung, Preußen zu überstimmen, oder doch wenigstens ihm sachliche Schwierigkeiten zu bereiten, wahrgenommen hätte. Am unerquicklichsten war gleich zu Anfang der Zank über die im Jahre 1848 geschaffene deutsche Nordseeflotte, welcher lange Monate hindurch die hohe Bundesversammlung in Atem hielt, und aus einem hartnäckigen Feilschen um eine unbedeutende Geldsumme allmählich zu einem Streite über die fundamentalen Fragen der ganzen Bundesverfassung heranwuchs, bis sich endlich die Gegensätze in dem kläglichen Geständnis löſten, daß unter dieser Verfassung Deutschland mit einer Flotte nichts anderes zu beginnen vermochte, als sie in öffentlicher Versteigerung unter den Hammer zu bringen. Die Masse der über den Gegenstand erwachsenen Protokolle, Gutachten, Proteste und Berichte ist enorm und charakteristisch für die absolute Unhaltbarkeit des damaligen Zustandes. Der Gegensatz der formalen Rechtsauffassung barg auch eine nicht minder tiefe Verschiedenheit der realen Forderungen. Preußen wäre gern zu weiteren Beiträgen bereit gewesen, wenn die neue Nordseeflotte mit der preußischen Marine dergestalt in Verbindung gesetzt würde, daß Preußen der gemeinsame Kriegsherr geworden wäre. Bei den Mittelstaaten waltete die Ansicht vor, Österreich möge die Flotte auf der Adria, Preußen die der Ostsee, die anderen Staaten die der Nordsee stellen. Österreich hätte am liebsten das System empfohlen, nach welchem die Nordseeflotte zur Verfügung des von ihm beherrschten Bundestags geblieben wäre. Kaum ein Jahr nach Olmütz standen die alten Tendenzen des österreichischen Großdeutschlands der preußischen Union, und der mittelstaatlichen Trias sich gegenüber. Noch kam es zwischen ihren Vertretern nicht zum offenen Bruch, aber die Flotte ging an ihrer Unversöhnlichkeit zu Grunde.

Immerhin gab es wichtige Fragen, in welchen die Politik der beiden deutschen Großmächte gemeinsam dieselben Ziele verfolgte. Ein solche war in erster Linie die Regulierung der Verhältnisse

Schleswig-Holsteins. Im Jahre 1852 erfolgte dieselbe durch Abschließung des „Londoner Vertrages." Die Perspektive Bismarcks in der Frage der Herzogtümer ging allerdings bald darüber hinaus. Am 2. Juli 1857 schrieb er an Herrn von Manteuffel anläßlich des Holstein-Lauenburgischen Verfassungsstreites folgendes:

„Es ist gewiß gut, unser Verhalten so einzurichten, daß man nicht den Eindruck erhält, als entzögen wir uns klaren und bestimmten Forderungen des Berufs, Deutschland nach außen zu vertreten, aber sobald die Holsteiner unter ihrem Herzog sehr glücklich lebten, so würden sie kein Interesse mehr für Preußen haben. Dieses Interesse aber kann uns, wenn nicht in diesem Augenblicke, doch in möglichen Fällen nützlich werden. Meine Ansicht wäre daher, die ganze Sache in deutscher Haltung, aber mit zögernder Vorsicht zu betreiben, lieber mitunter etwas Geschrei zu ertragen als uns ohne Aussicht auf praktischen Gewinn in Kosten und Verdruß zu begeben. Vielleicht könnten wir in dem gegenwärtigen Moment den Ausweg einer Antwort auf die dänische Kundgebung wählen, anstatt an den Bund zu gehen; einer Antwort, welche auf die Meinungsunterschiede unserer und der dänischen Note zurückzukommen sich vorbehält, wenn wir gesehen haben werden, wie das Kopenhagener Kabinett die Stellung der Holsteiner Stände praktisch auffaßt und behandelt. Bülow sagt, sie würden mehr halten, als sie versprechen, das glaube ich nicht, aber sie werden weiter geführt werden, als sie gehen wollen, wenn die Stände ihre Schuldigkeit thun."

Diese Darstellung ist allerdings frei von jeder Deklamation, sie ist durchaus nüchtern und verständig, aber sie zeigt sofort, von welcher Seite Fürst Bismarck diese Frage aufgefaßt hat. Er spekuliert auf die möglichen Fälle, unter welchen er jedenfalls das Absterben der königlichen Linie in Dänemark verstanden wissen will. Er wünscht nicht die vorzeitige Erledigung dieser Frage und nicht die Befriedigung der Holsteiner, sondern er wünscht, daß der Streit sich zwischen den Schleswig-Holsteinern und den Dänen immer mehr verschärfe, und hofft dabei einerseits auf die Hartnäckigkeit der Dänen, die weiter geführt werden dürfte, als sie wollen, und andererseits darauf, daß die Holsteinschen Stände nicht nachgeben und ihre Schuldigkeit thun werden.

Wie richtig Fürst Bismarck diese Frage und das Verhalten schon damals beurteilte, geht auch aus einer Unterredung desselben mit dem Kaiser Napoleon hervor, welche er im Jahre 1857 hatte, über die er an den Ministerpräsidenten von Manteuffel berichtete.

Der Kaiser Napoleon fragte ihn gleich in der ersten Audienz, welche er bei ihm hatte, nach dem Stande der dänischen Frage, oder vielmehr derjenigen der Herzogtümer, wie er sie nannte. Bismarck fand bei ihm in betreff des gegenseitigen Rechtsverhältnisses des deutschen Bundes der dänischen Krone und der der letzteren unterworfenen deutschen Bundesländer klarere Auffassungen als bei dem Grafen Walewski, aber vollständig hatte sich der Kaiser auch nicht von dem Geiste des Bundesrechtes durchdringen lassen, er fand die Frage, ob diese Angelegenheit eine rein deutsche oder schon jetzt eine europäische sei, von mehr theoretischem oder praktischem Werte und sah in der Behauptung des einen oder des anderen nur eine schickliche Ausdrucksformel für die Wünsche und Interessen, von denen man dieser Sache gegenüber geleitet werde. Die Thatsache sei, daß niemand dem deutschen Bunde verwehren könne, dasjenige, was ihm wichtig sei, in den Kreis seiner Beratungen zu ziehen, daß man aber auch ebensowenig eine europäische Macht jemals hindern könne, von allem, was in Europa vorgehe, Kenntnis zu nehmen und selbst darüber zu urteilen, in welchem Momente ihr die eigenen Interessen von dem Vorgange berührt zu werden schienen.

An diesen Ideengang anknüpfend, entwickelte Bismarck seine persönliche Ansicht über die Lage der Sache in der Art, daß er zuerst konstatierte, daß Preußen kein Interesse habe, den Bestand der dänischen Monarchie zu gefährden, daß ihm sogar jede Kombination, welche an die Stelle des dermaligen dänischen Staates treten könne, größere Unannehmlichkeiten für Preußen in Aussicht stelle, als Dänemark, wie es bis vor zehn Jahren bestanden habe. Es sei aber die dermalige dänische Verfassung und Regierungsweise selbst, welche diesen Staat aus seinen Fugen treibe, nach dem Anteilsverhältnisse der deutschen und der dänischen Nationalität an dem Gesamtstaate sei es ein selbstmörderisches Beginnen, eine dieser Nationalitäten von der anderen mit derjenigen Leidenschaftlichkeit unterdrücken zu lassen, welche von der Herrschaft einer demokratischen und national fanatisierten Parlamentsmajorität unzertrennlich sei. Ein so gespannter Zustand könne in Friedenszeiten gewaltsam erhalten werden, mache aber den Staat unvermögend, die nächste Krise zu überdauern.

Aus Reinfeld in Pommern schrieb Bismarck unter dem 11. September 1856:

„Im November, denke ich, wird der Bund mit mehr Wohl-

wollen als Erfolg seine Sitzungen den Holsteinern widmen. In dieser Sache werden äußerlich alle Regierungen einig sein. Österreich aber wird heimlich ein Freund der Dänen bleiben und in seiner Presse den Mund voll deutscher Phrasen haben und Preußen die Schuld aufbürden, daß nichts geschieht. Der Schwerpunkt der Sache liegt faktisch nicht in Frankfurt, sondern in der Frage, ob die Dänen eines Rückhaltes an einer oder mehreren der außerdeutschen Großmächte sicher sind. Sind sie das, so werden sie in jedem Bundesbeschluß ein Kompetenzloch finden . . ."

Eine Äußerung aus dem Jahre 1893:

„Auf dem Frankfurter Bundestage hatte ich Gelegenheit, in den Akten die Schleswig-Holsteinsche Frage kennen zu lernen, als einen ‚Wurm', der nicht lebt und nicht stirbt. Man wollte wohl Ergebnisse, aber man war nicht gewillt, für sie einzutreten. Schon damals hatte ich das Gefühl, daß die Schleswig-Holsteinsche Frage nicht gelöst werden könne ohne Schwertstreich; und bei der Ordnung meiner Papiere fand ich eine darauf bezügliche plattdeutsche Niederschrift, die lautet: ‚Dat walt Gott und kalt Isen'. An eine andere Lösung habe ich nie geglaubt. Sie herbeizuführen, konnte mir zwar als Bundesdelegierter in Frankfurt nicht gelingen. Preußen war auch nicht gekräftigt genug; es stand allein da, und war nicht stark genug, um ohne Bundesgenossen kämpfen zu können. Als ich darauf Minister wurde, mußte ich alle diplomatische Kunst aufwenden, um die Sache nicht zu verderben, um sie lebendig zu erhalten und ein Ergebnis herbeizuführen."

Im Krimkriege.

In dem Krimkriege von 1854—1855 hatte Herr von Bismarck die in Berlin bestehende Neigung, mit Österreich gemeinsame Sache gegen Rußland zu machen, und es mit den Westmächten zu halten, zu bekämpfen. Am 2. Dezember 1854 schloß Österreich mit den Westmächten ein Bündnis, ohne seine deutschen Bundesgenossen, die ihm schon vollständig als Vasallen erschienen, auch nur zu fragen.

An Herrn von Manteuffel.

Frankfurt, 8. Dezember 1857.

Die unbefriedigten Gefühle, welche ich gegen Herrn von Gerlach geäußert habe, entsprangen weniger aus einem Urteil über das, was durch Euer Excellenz innerhalb der durch die Allerhöchste Willensmeinung gezogenen Grenzen geschehen konnte, vielmehr mit dieser Begrenzung selbst konnte sich mein preußischer Ehrgeiz nicht befreunden. Ich bescheide mich aber mit einer Herzenserleichterung und nehme die Situation, wie sie ist, nicht wie ich wünschte, daß

sie wäre. Dazu hilft mir in diesem Falle nicht nur die Vorstellung, die ich von dem Verhältnisse zu meinem König und Herrn habe, sondern auch die Überzeugung, daß der König persönlich in diesen und vielen anderen Dingen weiser ist, als ich, und außerdem die Reife des Urteils vor mir voraus hat, welche eine langjährige und unmittelbare Beteiligung an der großen Politik Europas verleihen muß. Ich beschwichtige mit dieser Betrachtung die Sorgen, welche mir aufsteigen und welche ich nicht tilgen kann, wenn ich auch als Diener und Unterthan den Willen Seiner Majestät nicht zu beurteilen, sondern ohne Rückhalt auszuführen habe. Meine hauptsächliche Besorgnis ist, daß wir allmählich durch den Strom der Ereignisse zu einem Krieg gegen Rußland im österreichischen Interesse geführt werden könnten. Ich gehöre nicht zu denen, welche die russischen Interessen mit den unseren identifizieren, im Gegenteil, Rußland hat viel an uns verschuldet, auch mit der Revolution, wenigstens mit der eigenen und mit der deutschen, werden wir ohne Rußland fertig, wenn wir wollen. So ernst ein Krieg mit letzterem auch für uns sein mag, würde ich doch nicht dagegen zu raten versuchen, wenn dabei ein würdiger Kampfpreis für uns in Aussicht stände. Mir schwebt nur der Gedanke als Schreckbild vor, daß wir die Anstrengungen und Gefahren im Dienste Österreichs übernehmen könnten, für dessen Sünden der König so viel Nachsicht hat, als ich mir von unserem Herrn im Himmel für die meinigen wünsche.

In dem vertraulichen Schreiben an Manteuffel vom 1. Januar 1855 spricht sich Herr von Bismarck über die Aufgabe der Politik Preußens in der orientalischen Frage folgendermaßen aus:

„Bisher hoffen die Westmächte unsere Kooperation zu gewinnen, ohne uns einen Einfluß auf ihre eigenen Entschließungen zu gestatten. Sie rechnen übermäßig viel auf die Wirkung der öffentlichen Meinung in Preußen und auf die Herrschaft einer unbestimmten Angst vor sogenannter Isolierung und vor einem Kriege mit den drei Kontrahenten vom 2. Dezember. Ohne mit diesen Besorgnissen rechnen zu wollen, darf ich es doch für zweifellos halten, daß unsere Bestrebungen nur dann irgend welchen Einfluß auf das Verhalten jener drei Mächte üben können, wenn unsere Agenten in Wien, Paris und London die Überzeugung zu erwecken wissen, daß wir von jedem Anflug derartiger Besorgnisse vollkommen frei sind, und daß der Entschluß bei uns feststeht, unsere Unabhängigkeit und unsere Stellung als Großmacht nötigenfalls auch mit den desperatesten Mitteln und Anstrengungen gegen jedermann zu verteidigen. So unmotiviert und gefährlich es auch sein würde, wenn wir uns zu Rußland in nähere Beziehungen als bis-

her einließen, so glaube ich doch, daß es unserem Einfluß auf den Verlauf der Dinge nur förderlich sein würde, wenn man im Westen unseren Anschluß an Rußland, und wenn man in Wien unsere engere und über den 2. Dezember hinausgehende Verbindung mit dem Westen nicht gänzlich in das Reich der Unmöglichkeiten zählen dürfte. Nur, soweit als man fürchtet, nimmt man Rücksicht auf uns, und wenn man in London überzeugt ist, daß wir es keinenfalls wagen, mit Rußland zu gehen, und andererseits in Wien, daß wir es niemals über das Herz bringen würden, unsere Beziehungen zu Österreich einem intimen Verhältnis zum Westen mit derselben Entschlossenheit zu opfern, die man in Wien in diesem Punkte zu besitzen scheint, so wird man auch stets geneigt sein, den Willen Preußens nur in zweiter Linie zu berücksichtigen und die in diesem Augenblicke vorauszusehende Weigerung der Westmächte, sich mit uns in einen abgesonderten Vertrag einzulassen, wird die übermütige Sicherheit, mit welcher Österreich uns behandelt, nur erhöhen. Unerwähnt kann ich dabei nicht lassen, daß die Wahl des Herrn von Usedom zu der Mission nach London sowohl im österreichischen Lager, als in dem der Mittelstaaten eine erhebliche Beängstigung hervorbrachte; es möchte hierin der Anfang eines Systems liegen, nach welchem Preußen, wenn es sich einmal genötigt fände, sich mit den Westmächten zu verbinden, auch den nach nationaler Einheit strebenden deutschen Liberalismus wieder um sich sammeln werde. Es liegt in dieser Erscheinung wenigstens ein Fingerzeig über die Drohungen, mit welchen man in Wien und anderen deutschen Hauptstädten Furcht erwecken kann, wenn es nötig erscheint."

In dem Schreiben an Manteuffel vom 11. Februar 1855 betreffend den Schutz der Westgrenze, das auch dem Könige vorgelegen hat, sagt Herr von Bismarck:

Wenn die französischen Absichten, Truppen durch Deutschland zu führen, praktisch näher treten, so ist meine Ansicht die, daß man ihnen Marsch- und Operationslinien durch Baden, Württemberg u. s. w. unter keinen Umständen gestatten kann, lieber das Bayonett fällen; denn es würde daraus ohne Zweifel bald die militärische Herrschaft Frankreichs in diesen Ländern, halb mit Liebe, halb mit Gewalt, sich entwickeln, und der Bund wäre damit schon als Gesamtheit unterminiert und paralysiert. Für den „Bund", für dieses Glashaus, in dem allein die Existenzen der meisten deutschen Staaten möglich bleiben, schlagen sie sich unter Umständen doch, wenn sich alles regel- und verfassungsmäßig dazu entwickelt. Die Bundesakte ist das Brett unter ihren Füßen auf der stürmischen See von Europa; sie klammern sich daran, und

fürchten nur, daß Preußen es selbst aus den Fugen stoßen könnte. Wir sind daher auf einer mehr oder weniger neutralen Defensive sehr stark, wenn wir fortfahren uns formell und sachlich korrekt auf dem Boden des Bundesrechts zu halten. Sobald das Protokoll vom 8. c. unterschrieben ist, denke ich, wird es an der Zeit sein, den Unterschied zwischen dem von Österreich Gewollten und dem durch den Bund Beschlossenen durch die Presse in helleres Licht zu setzen und schließlich den Antrag des Herrn von Prokesch vom 22. d. M. und den vom 8. c. nebst beiderseitigen Motiven neben einander zu stellen.

Über seine Stellung zu den Berliner Kreisen, die sich in zwei feindliche Lager getrennt hatten, in das russische und in das englische (westmächtliche), hat sich Bismarck in späterer Zeit wiederholentlich geäußert. So sagte er im Frühjahr 1878 im Reichstage:

„Die Lage, in der wir augenblicklich uns befinden, ist ja vor etwas mehr als 20 Jahren, zur Zeit des Krimkrieges, ziemlich genau schon einmal dagewesen. Ich war damals nicht Minister, aber durch das Vertrauen, mit dem der hochselige König Friedrich Wilhelm IV. mich beehrte, war ich in der Lage, an den wichtigeren und entscheidenderen Fragen teilzunehmen. Ich weiß, welche Künste der Überredung, der Drohung bei Preußen angewandt wurden, um uns hineinzutreiben wie einen Hetzhund in einen fremden Krieg, und es war nur — was dem hochseligen König nicht genug zu danken ist — der persönliche Widerstand, den der König dagegen geleistet hat, der verhindert hat, daß dieser Mißgriff damals begangen wurde, daß wir einen Krieg führten, der von dem Augenblick an, wo wir den ersten Schuß thaten, der unsrige geworden wäre, und alle hinter und neben uns hätten eine gewisse Erleichterung empfunden und uns gesagt, wenn es genug war. Der hochselige König hat mich damals in schwierigen Momenten von Frankfurt rufen lassen, um die Depeschen in seinem Sinne hier zu bearbeiten, und es ist das nach dem damaligen Verfahren in unseren auswärtigen Angelegenheiten durchaus nicht sehr auffallend, daß hier ein halbes Dutzend Gesandter in Gasthöfen waren und Politik gegen ihren Minister trieben. Nun, ist es nicht anerkennenswert, daß wir damals der Versuchung, Rußland den Krieg zu verbieten oder zu erschweren, widerstanden haben? Es war damals auch das „germanische Interesse“, in welchem der Krieg geführt wurde, in dessen Namen unser Beistand gefordert wurde, es war nur das auffällige, daß der gesamte deutsche Bund diese Ansicht dabei nicht teilte, daß es ein germanisches Interesse wäre. Ich glaube, es war das einzige Mal, wo ich mich in Frankfurt im Bundestage an der Spitze der Majorität befunden habe und wo Österreich in der Minorität war. Alle Stimmen waren darüber einig, daß es kein deutsches Interesse sei, trotz des

angeblichen Interesses der Donauschiffahrt von Regensburg hinunter, mit welchem viel Humbug getrieben wurde. So kann ich dem Herrn Vorredner (Windthorst) anführen, daß eine von ihm sonst so hoch geachtete Autorität, die Mehrheit des alten Bundestages, in diesem Falle nicht auf seiner Seite steht, und nicht meinte, daß es ein germanisches Interesse sei, mit Rußland für Bulgarien Krieg zu führen."

Zehn Jahre später sagte Bismarck ebenfalls im Reichstage:

„Ich erinnere mich, daß ich damals von 1853 bis 1855 genötigt worden bin, ich möchte sagen, wie ein Perpendikel zwischen Frankfurt und Berlin hin- und herzugehen, weil der hochselige König bei dem Vertrauen, das er mir schenkte, mich im Grunde als den Anwalt für seine unabhängige Politik benutzte, wenn der Andrang der Westmächte ihm gegenüber, daß wir auch unsererseits Rußland den Krieg erklären sollten, zu stark und der Widerstand seines Ministeriums ihm zu weich wurde. Dann hat — ich weiß nicht wie oft — das Stück sich abgespielt, daß ich hercitiert wurde, daß ich eine mehr russenfreundliche Depesche für Seine Majestät zu entwerfen hatte, daß diese Depesche abging, daß Herr von Manteuffel seinen Abschied verlangte, und daß, nachdem die Depesche abgegangen war, ich mir von Seiner Majestät den Auftrag erbat, zu Herrn von Manteuffel aufs Land oder sonst wohin zu fahren und ihn zu bewegen, daß er sein Portefeuille wieder übernehme. Jedesmal war aber doch das damalige Preußen dicht am Rande eines großen Krieges; es war der Feindschaft von ganz Europa außer Rußland ausgesetzt, wenn es sich weigerte, auf die westmächtliche Politik einzugehen, anderenfalls aber zum Bruch mit Rußland genötigt, vielleicht auf lange Zeit, weil der Abfall Preußens vielleicht am schmerzlichsten von Rußland empfunden worden wäre. Wir waren also in ununterbrochener Kriegsgefahr während des Krimkrieges. Derselbe dauerte bis 1856, wo er schließlich im Pariser Frieden seinen Abschluß fand und uns bei dieser Gelegenheit eine Art von Kanossa bereitete, im Pariser Kongresse, wofür ich die Verantwortung nicht auf mich genommen haben würde, und von der ich damals vergeblich abgeraten habe. Wir hatten gar keine Notwendigkeit, eine größere Macht zu spielen, als wir waren, und die damaligen Verträge zu unterzeichnen. Aber wir antichambrierten, um schließlich zur Unterschrift zugelassen zu werden, das wird uns nicht wieder passieren."

Bei Napoleon.

„Im Jahre 1857 bedrohte uns die Neuf-Chateller Frage mit Krieg; das ist nicht so bekannt geworden. Ich bin damals von dem hochseligen Könige im Frühjahr 1857 nach Paris geschickt worden, um mit dem Kaiser Napoleon über den Durchmarsch preußischer Truppen zum Angriff auf die Schweiz zu verhandeln. Was das zu bedeuten

hat, wenn darauf eingegangen wurde, daß das eine weitgreifende Kriegsgefahr werden konnte, daß das uns in Verwickelung mit Frankreich sowohl als auch mit anderen Mächten führen konnte, wird jeder einsehen, dem ich dies mitteile. Kaiser Napoleon war nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Meine Unterhandlungen in Paris wurden dadurch abgeschnitten, daß Se. Majestät der König sich inzwischen mit Österreich und der Schweiz über die Sache auf gütlichem Wege verständigt hatte. Aber die Kriegsgefahr lag doch auch in dem Jahre vor. Ich kann sagen, daß schon, wie ich auf der damaligen Mission in Paris mich befand, der italienische Krieg in der Luft lag, der ein Jahr und später ausbrach, und der uns auch wieder um Haaresbreite beinahe in einen großen europäischen Koalitionskrieg hineinzog. Wir kamen bis zur Mobilmachung; ja wir hätten losgeschlagen, ganz unzweifelhaft, wenn der Friede von Villafranca nicht etwas verfrüht für Österreich, vielleicht rechtzeitig für uns, geschlossen wurde: denn wir hätten den Krieg unter ungünstigen Verhältnissen zu führen gehabt; wir hätten aus dem Kriege, aus einem italienischen, der er war, einen preußisch-französischen gemacht, dessen Abschluß, Ende und Friedensschluß nachher nicht mehr von uns abhing, sondern von den Freunden oder Feinden, die hinter uns standen.

So kamen wir, ohne daß das Kriegsgewölk auch nur ein Jahr den Horizont uns freigelassen hätte, bis in die sechziger Jahre hinein." (6. Februar 1888.)

Im April 1857 trat Bismarck seine Reise nach Paris an, die entscheidend für ihn, für sein Verhältnis zur Kreuzzeitungspartei werden sollte. Er hat mit den leitenden Persönlichkeiten des Kaiserreichs, namentlich mit Walewski eingehende Unterredungen über die verschiedensten Angelegenheiten der preußischen und der deutschen Politik gehabt. Ganz besonders wichtig waren indessen die Audienzen bei Louis Napoleon, in welchen die Neuenburger und Holsteiner Fragen erörtert wurden. Bismarck erwähnt in einem Brief an Gerlach ausdrücklich, mit welcher Wärme und Verehrung der Kaiser vom König gesprochen, und sein Wunsch dem König zu dienen, „gehe viel weiter als seine Pflicht, französische Politik zu treiben." „Von der parti Kreuzzeitung sprach er wiederholt und meinte, man solle endlich über die siegreichen Kriege von 1813 vergessen, was ihnen voranging." Louis Napoleon ließ den Wunsch, die preußische Armee und Landwehr kennen zu lernen, deutlich durchblicken. Allein Bismarck ging auf das Thema nicht näher ein. Nur Gerlach gegenüber spricht er sich dahin aus, daß uns ein Besuch des Kaisers von großem diplomatischen Nutzen sein würde. „Es braucht sich gar nichts Politisches daran zu knüpfen, und wir können ganz ehr-

liche Leute dabei bleiben.“ Er ist von der Nützlichkeit solch eines Schrittes für Preußen dermaßen überzeugt, daß er sagt: „Ich glaube, daß das keines Beweises bedarf, denn man könnte Bände voll von Gründen dafür schreiben.“ Wie Gerlach diesen Vorschlag aufgefaßt haben mag, geht aus Bismarcks Antwort vom 2. Mai aus Frankfurt zur Genüge hervor. „So einstimmig wir in betreff der inneren Politik sind, so wenig kann ich mich in Ihre Auffassung der äußeren Politik hineinleben, der ich im allgemeinen den Vorwurf mache, daß sie die Realitäten ignoriert. Sie gehen davon aus, daß ich einem vereinzelten Manne, der mir imponiere, das Prinzip opfere. Ich lehne mich gegen Vorder- und Nachsatz auf. Der Mann imponiert mir durchaus nicht. Die Fähigkeit, Menschen zu bewundern, ist in mir nur mäßig ausgebildet und vielmehr ein Fehler meines Auges, daß es schärfer für Schwächen als für Vorzüge ist. . . . Was aber das von mir geopferte Prinzip anbelangt, so kann ich mir das, was Sie damit meinen, korrekt nicht formulieren, und bitte Sie, diesen Punkt in einer Antwort wieder aufzunehmen, da ich das Bedürfnis habe, mit Ihnen prinzipiell nicht auseinanderzugehen. Meinen Sie damit ein auf Frankreich und seine Legitimität anzuwendendes Prinzip, so gestehe ich allerdings, daß ich dieses meinem spezifisch preußischen Patriotismus völlig unterordne. . . . Ein legitimer Monarch wie Ludwig XIV. ist ein ebenso feindseliges Element wie Napoleon I., und wenn dessen jetziger Nachfolger heute auf den Gedanken käme zu abdizieren, um sich in die Muße des Privatlebens zurückzuziehen, so würde er uns gar keinen Gefallen damit thun, und Heinrich V. würde nicht sein Nachfolger sein, auch wenn man ihn auf den vakanten und unverwehrten Thron hinaufsetzen wollte, würde er sich nicht darauf behaupten. Ich kann als Romantiker eine Thräne für sein Geschick haben, als Diplomat würde ich sein Diener sein, wenn ich Franzose wäre, so aber zählt mir Frankreich ohne Rücksicht auf die jeweilige Person an seiner Spitze nur als ein Stein, und zwar ein unvermeidlicher, in dem Schachspiele der Politik, ein Spiel, in welchem ich nur meinem Könige und meinem Lande zu dienen den Beruf habe. Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir, noch an anderen; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient. Insbesondere aber, wenn man seine stehenden diplomatischen Beziehungen und die Unterhaltung

des Einvernehmens im Frieden danach zuschneiden will, so hört man meines Erachtens auf, Politik zu treiben, und handelt nach persönlicher Willkür. Die Interessen des Vaterlandes, dem eigenen Gefühl von Liebe und Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht, hat es aber vor Gott, nicht aber vor mir zu verantworten, wenn er es thut. Darum schweige ich über diesen Punkt, oder finden Sie das Prinzip, welches ich geopfert habe, in der Formel, daß ein Preuße stets ein Gegner Frankreichs sein müsse; aus dem obigen geht schon hervor, daß ich den Maßstab für mein Verhalten gegen fremde Regierungen nicht aus stagnierenden Antipathien, sondern aus der Schädlichkeit oder Nützlichkeit für Preußen, welche ich ihnen beilege, entnehme. In der Gefühlspolitik ist gar keine Reciprocität, sie ist eine ausschließliche preußische Eigentümlichkeit. Jede andere Regierung nimmt lediglich ihre Interessen zum Maßstabe ihrer Handlungen, wie sie dieselben auch mit rechtlichen oder gefühlvollen Dekorationen drapieren mag. . . Ich habe Ihnen einen drei Bogen langen Brief über meinen Eindruck geschrieben, habe ihn aber nach Empfang des Ihrigen verbrannt, da das, was ich sagte, von Ihrer voreingenommenen Position abgelaufen wäre, wie Wasser vom Entenflügel; ich kann meine Empfindungen Ihnen gegenüber ausschütten, aber ich kann mit Ihnen die Fragen nicht sachlich eingehend diskutieren, weil ich gegen persönliche Empfindungen nicht aufkommen kann, und Sie die politische Anschauung denselben, wie mir scheint, unterordnen."

Dieser Brief, der in nuce eigentlich die Grundlage der ganzen zukünftigen Bismarckschen Politik skizziert, war der Beginn des sich vollziehenden Bruchs mit dem langjährigen Freunde. Mehr und mehr verschärft sich der Ton, in welchem die wenigen noch veröffentlichten gehalten sind. Den Vorwurf, für einen Bonapartisten zu gelten, nimmt er mit leichtem Humor auf, er spottet über diesen Beinamen, wie darüber, daß man ihn früher einmal Spreekosaken genannt hätte, und er bleibt dabei, auf jede an ihn gerichtete Frage, ob er russisch, oder westmächtlich gesinnt sei, zu antworten, „ich bin preußisch und mein Ideal für auswärtige Politiker ist die Vorurteilsfreiheit, die Unabhängigkeit der Entschließungen von den Eindrücken der Abneigung oder der Vorliebe für fremde Staaten und deren Regenten. Ich habe, was das Ausland anbelangt, in meinem Leben nur für England und seine Bewohner Sympathie gehabt, und ich bin stundenweise noch nicht frei davon, aber die Leute

wollen sich ja von uns nicht lieben lassen und ich würde, sobald man mir nachweist, daß es im Interesse einer gesunden und wohl durchdachten Politik liegt, unsere Truppen mit derselben Genugthuung auf die französischen, russischen, englischen oder österreichischen feuern sehen."

In derselben Zeit schrieb Bismarck:

„Es ist wahrscheinlich, daß über kurz oder lang, jedenfalls sobald Erkaltung zwischen Frankreich und England eintreten sollte, eine französisch-russische Allianz aus dem jetzigen dècousu der europäischen Zustände hervorgeht, ohne daß wir es hindern können. Mit dieser Eventualität müssen wir rechnen und uns darüber klar machen, welche Stellung wir vorkommenden Falls zu derselben einnehmen wollen; ein passives Abwarten der Ereignisse, ein Bestreben, uns von der Berührung durch dieselben fern zu erhalten, ist in der Mitte Europas nicht durchzuführen, der Versuch dazu kann leicht ebenso beklagenswerte Folgen haben, wie die unentschlossene Planlosigkeit, welche die Signatur der preußischen Politik 1805 war, und wenn wir uns nicht die Rolle des Hammers uns vorbereiten, so bleibt leicht nur die des Ambos übrig. Verhältnismäßig schwach werden wir in jeder Verbindung mit anderen Großmächten erscheinen, so lange wir eben nicht stärker sind, als wir sind. Österreich und England werden, wenn wir mit ihnen im Bunde sind, ihre Überlegenheit über uns auch nicht zu unserem Vorteile geltend machen; wir haben auf dem Wiener Kongresse gesehen, daß gerade die Interessen dieser beiden Mächte sich den unsrigen am meisten entgegenstellten. Österreich kann nicht wollen, daß wir in Deutschland an Bedeutung gewinnen, und England kann uns weder unsere industrielle noch eine maritime Entwickelung in Handel und Flotte gönnen. In der Politik thut niemand etwas für den anderen, wenn er nicht zugleich sein Interesse findet; die Richtung aber, in welcher Österreich und die deutschen Mittelstaaten gegenwärtig ihre Interessen verfolgen, ist mit den Aufgaben, welche für Preußen Lebensaufgaben sind, ganz inkompatibel, und eine Gemeinschaftlichkeit deutscher Politik gar nicht möglich, solange Österreich nicht ein bescheidenes System uns gegenüber adoptiert, wozu bis jetzt wenig Aussicht ist.

Wie aber auch die Parteinahme Preußens bei einer neuen Gestaltung der Allianzen in Europa ausfallen möge, nach jeder Richtung empfiehlt es sich, die gegenwärtigen Werbungen Frankreichs um unsere Freundschaft nicht abzuweisen, sondern umgekehrt dem Vorhandensein intimerer Beziehungen zwischen beiden Regierungen einen für alle Kabinette erkennbaren Ausdruck zu geben. Als einen solchen bietet sich vorzugsweise ein Besuch des Kaisers Napoleon in Preußen dar."

Ähnlich wie in den oben erwähnten Berichten von 1856 und 1857 drückte sich Bismarck über England 1858 aus:

„Seit der Reformbill, seit die alte „Erbweisheit" die entfesselten Leidenschaften der Parteien nicht in Disciplin zu bringen vermocht, ist es mir unmöglich, mein Vertrauen in ein Land zu setzen, in dem Zeitungsartikel mehr als Prinzipe gelten, kurzum in ein Land, das von der Tagesmeinung regiert wird. Große Götter! Wenn das das Los wäre, welches die preußische Monarchie erwartet! Wenn auch sie ihre Reformbill haben sollte! Wenn die Gewalt aus den geweihten Händen des Königs in die jener Advokaten, jener Professoren, jener Schwätzer fallen sollte, die sich Liberale nennen."

Den Plan der Verbindung zwischen dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen und der Prinzeß Royal Viktoria besprach Bismarck also in einem Briefe an Gerlach:

„Sie fragen mich in Ihrem Briefe, was ich zu der englischen Heirat sage. Ich muß beide Worte trennen, um meine Meinung zu sagen: Das Englische darin gefällt mir nicht, die Heirat aber mag ganz gut sein, denn die Prinzessin hat das Lob einer Dame von Geist und Herz, und eine der ersten Bedingungen um seine Schuldigkeit in der Welt thun zu können, sei es als König, sei es als Unterthan, ist die, in seiner Häuslichkeit von alledem frei zu sein, was das Gegenteil von Geist und Herz bei der Frau bildet und was die Folgen dieses Gegenteiles notwendig sind. Gelingt es daher der Prinzessin, die Engländerin zu Hause zu lassen und Preußin zu werden, so wird sie ein Segen für das Land sein. Fürstliche Heiraten geben im allgemeinen dem Hause, aus dem die Braut kommt, Einfluß in dem anderen, in welches sie tritt, nicht umgekehrt. Es ist dies um so mehr der Fall, wenn das Vaterland der Frau mächtiger, und in seinem Nationalgefühl entwickelter ist, als das ihres Mannes. Bleibt also unsere künftige Königin auf dem preußischen Throne nur einigermaßen Engländerin, so sehe ich unseren Hof von englischen Einflußbestrebungen umgeben, ohne daß wir und die mannigfachen anderen zukünftigen Schwiegersöhne of her gracious Majesty irgend welche Beachtung in England finden, außer wenn die Opposition in Presse und Parlament unsere Königsfamilie und unser Land schlecht macht. Bei uns dagegen wird britischer Einfluß in der servilen Bewunderung des deutschen Michels für Lords und Gemeine in der Anglomanie von Kammern und Zeitungen, Sportsmen, Landwirten und Gerichtspräsidenten den fruchtbarsten Boden finden. Jeder Berliner fühlt sich jetzt schon gehoben, wenn ein wirklicher englischer Jokey ihn anredet und ihm Gelegenheit giebt the Queens englisch zu radebrechen. Wie wird das erst werden, wenn die erste Frau im Lande eine Engländerin ist. . ."

Einen Einfluß der verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen

den beiden Regentenhäusern auf die Politik beider Länder hat einmal Fürst Bismarck bestritten. Er that das, als der Abgeordnete Richter in einem Panegyrikus auf England die „dynastische Verwandtschaft“ zwischen diesem und Deutschland hervorgehoben hatte. Dem gegenüber betonte der Reichskanzler wiederholt, „daß das Gewicht der Dynastie Sr. Majestät des Kaisers jederzeit auf Seiten der nationalen Interessen und niemals auf Seiten der fürstlichen Verwandtschaft in die Wagschale geworfen wird.“ Richter hatte nämlich unter den Motiven, welche die Haltung der deutschen Regierung England gegenüber in der Kolonialpolitik bestimmen müßten, auch die verwandtschaftlichen Beziehungen der englischen und preußischen Königsfamilie aufgeführt, was den entschiedenen Widerspruch des Reichskanzlers hervorrief.

Daß solche Beziehungen gleichwohl nicht ganz aus dem Spiele in der Politik bleiben, beweist die bei einer anderen Gelegenheit gethane Äußerung des Fürsten Bismarck. „Die Stellung eines englischen Gesandten in Berlin hat ihre besonderen Aufgaben und Schwierigkeiten schon wegen der verwandtschaftlichen Verhältnisse, sie verlangt viel Takt und Aufmerksamkeit.“

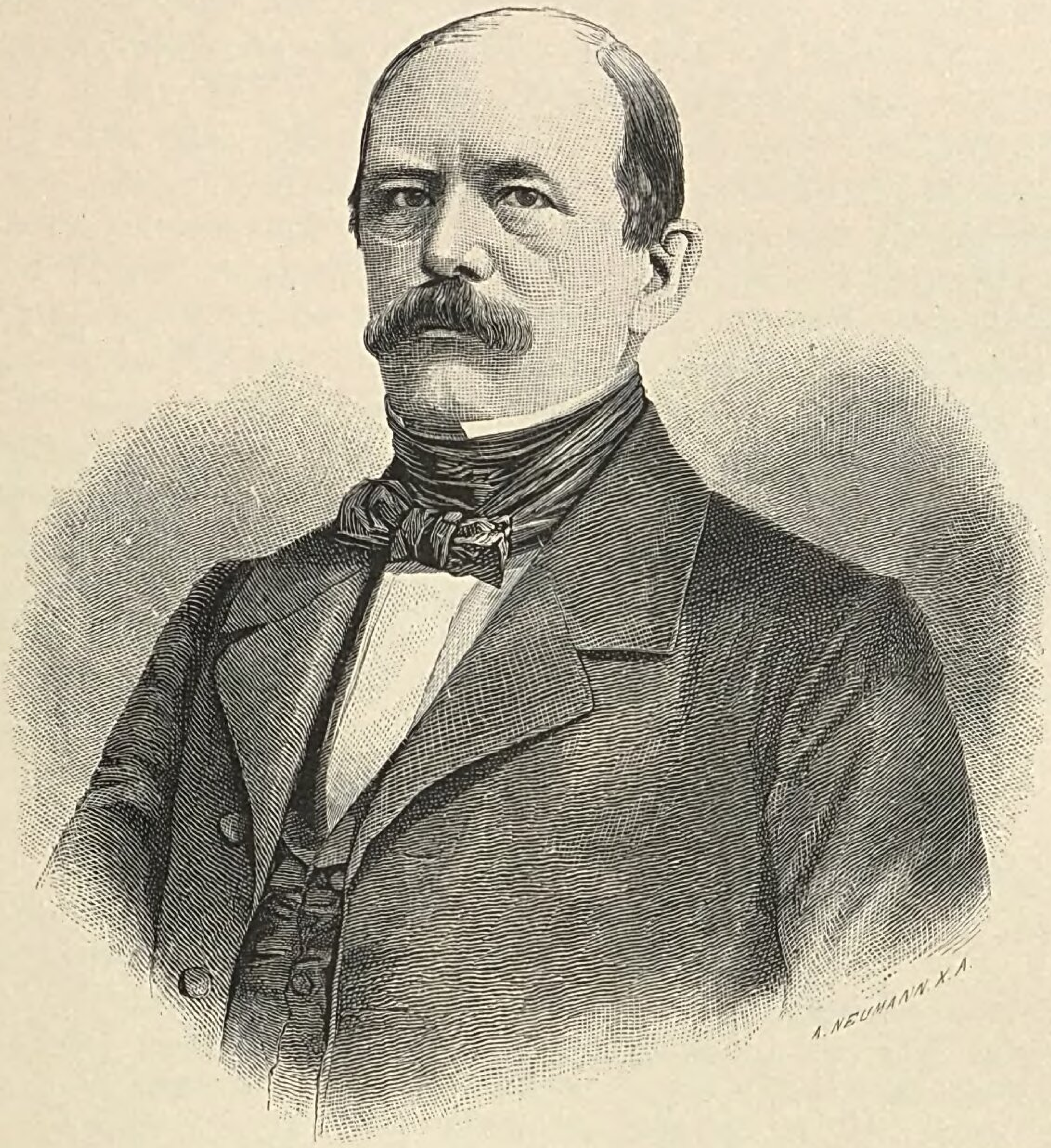
Die Abrechnung zwischen Bismarck und seinen Freunden war nun im Zuge, und sie sollte gründlich geschehen, obwohl er es schon im voraus wußte, daß jeder Versuch einer Verständigung nur der Vater neuer Mißverständnisse werden würde. Aber trotzdem nahm er den dialektischen Kampf mit und gegen Gerlach noch einmal mit der ihm innewohnenden Leidenschaftlichkeit auf. Gerlach muß ihm wohl in einem Briefe mit dem Hinweise auf die Pflicht geantwortet haben, daß die Revolution vor allem bekämpft werden müsse. Dies Prinzip erkennt auch Bismarck als für ihn bindend an; allein er hält es nicht für richtig, wie er sich ausdrückt, Louis Napoleon, als den alleinigen, oder auch nur als den Repräsentanten schlechthin der Revolution hinzustellen, und doch halte ich es nicht für möglich, das Prinzip in der Politik als ein solches durchzuführen, daß die entferntesten Konsequenzen desselben noch jede andere Rücksicht durchbrechen, daß es gewissermaßen den alleinigen Trumpf im Spiel bildet, von dem die niedrigste Karte noch die höchste jeder anderen Farbe sticht. Wie viele Existenzen giebt es noch in der heutigen politischen Welt, die nicht in revolutionärem Boden wurzeln?

Und nun durcheilt er im Fluge die ganze europäische Politik der neueren Zeit und fährt dann im höchsten Maße bezeichnend für seine Anschauungen fort:

„Wenn ich aber ein Prinzip als oberstes und allgemein durchgreifendes anerkenne, so kann ich das nur insoweit, als es sich unter allen Umständen und zu allen Zeiten bewahrheitet, und der Grundsatz „Quod ab initio vitiosum lapsu temporis convalescere nequit (was von Anfang fehlerhaft war, kann durch der Zeiten Verlauf nicht gesund werden) bleibt der Doktrin gegenüber richtig. Aber selbst dann, wenn die revolutionären Erscheinungen der Vergangenheit noch nicht den Grad der Verjährungen hatten, daß man von ihnen sagen konnte, wie die Hexe im Faust von ihrem Höllentrank: ‚Hier hab' ich eine Flasche, von der ich selbst zuweilen nasche, die auch nicht mehr im mind'sten stinkt;' hatte man nicht immer die Keuschheit, sich liebender Berührungen zu enthalten."

Mit wahrhaft kritischen Keulenschlägen vernichtet er das ganze politische System der Haller und der Gentz, der Metternich und der gesamten Staatsmänner aus der Schule der heiligen Allianz. Jeder neue Satz spricht eine tödliche Verurteilung dieses Prinzips aus, den Kampf gegen die Revolution unter allen Umständen als die oberste Richtschnur für das politische Handeln eines Staatsmannes zu erklären. Damit käme man notwendig dahin, die Wurzeln der Revolution in Deutschland und seiner Reformation zu suchen. Schließlich kommt er immer wieder auf seinen politischen Hauptgrundsatz zurück, daß er die Verbindung mit Frankreich an und für sich nicht für etwas Wünschenswertes hält, sondern nur als das „einzige Mittel, um Österreich zur Vernunft und zur Verzichtleistung auf seinen überspannten Schwarzenbergschen Ehrgeiz zu bringen. — Schlagen Sie mir eine andere Politik vor, und ich will sie ehrlich, vorurteilsfrei mit Ihnen diskutieren; aber eine passive Planlosigkeit, die froh ist, wenn sie in Ruhe gelassen wird, können wir in der Mitte von Europa nicht durchführen; sie kann uns heute aber so gefährlich werden, wie sie es 1805 war, und wir werden Ambos, wenn wir nichts thun, um Hammer zu werden. Den Trost des victa causa Catoni placuit (die besiegte Sache hat dem Cato gefallen) kann ich Ihnen nicht zugestehen, wenn Sie dabei Gefahr laufen, unser gemeinsames Vaterland in eine victa causa hineinzuziehen."

Bevor er sich aber diese Tugend der Stoa ganz zu eigen macht, will er noch den Unterschied zwischen seiner und Gerlachs Grundauffassung von dem Wesen der Zeitpolitik ein für allemal aufrichten. „Ich bin," so sagt er, „ein Kind anderer Zeiten als Sie, aber ein so ehrliches der meinigen, wie Sie der Ihrigen, mir scheint, daß niemand den Stempel wieder verliert, den ihm die Zeit



v. Bismarck-Schönhausen.

der Jugendeindrücke eingeprägt. In den Ihrigen steht der siegreiche Haß gegen Bonaparte unauslöschlich. Sie nennen ihn „inkorporierte Revolution“, und wenn Sie etwas Schlimmeres wüßten, so würden Sie ihn danach taufen. Ich habe von meinem 23. bis 32. Jahre auf dem Lande gelebt, und werde die Sehnsucht, dahin zurückzukehren nie aus den Adern los, nur mit halbem Herzen bin ich bei der Politik. Was ich aber an Abneigung gegen Frankreich im Leibe habe, das verkörpert sich mir vielmehr in orleanistischen, als in bonapartistischen Bildern, mehr in bureaukratischer Korruption unter konstitutionellem Druck, als in napoleonischer Unterdrückung im Mantel gleißnerischer Phrase. Gegen letztere schlage ich mich gern, daß die Hunde das Blut lecken, aber mit nicht mehr Bosheit, als gegen Kroaten, Böhmen, jesuitische Beichtväter und Bamberger Landsleute. Ich spreche dem Haß unter dem eisernen Kreuze seine Berechtigung auch gegen diesen Bonaparte nicht ab, sobald ich diesen Haß nur frei von Furcht erkenne, und das ist er in den offiziellen Kreisen nicht; weil diesen Kreisen der Gedanke mit Ehren unterzugehen, unerträglich ist; sie glauben nicht an Auferstehung, weder hier noch dort. Diesem feigen Haß trete ich entgegen, wo ich nur kann, und schimpft man mich Bonapartist, so laß ich mirs gefallen.“

Abschied von Frankfurt.

Die ganze Tiefe der staatsmännischen Seele Bismarcks enthüllt sich in folgender fast elegisch ausklingender Anrede an seinen früheren politischen Berater. Er schreibt an Gerlach:

> „Jeder Lüge hat man geglaubt, sie nachgesprochen und ohne eine Frage der Aufklärung an mich zu richten, eine kühle Haltung eingenommen. Ich habe die Erfahrungen in den früher intimsten Kreisen gemacht. Sie wollen grundsätzlich mit Bonaparte und Cavour nichts zu thun haben, ich will nicht nach Frankreich oder Sardinien gehen, nicht weil ich es für unrecht halte, sondern weil ich es im Interesse unserer Sicherheit für bedenklich halte. Wer in Frankreich oder Sardinien herrscht, ist uns dabei, nachdem die Gevattern einmal anerkannt sind, ganz gleichgültig, und nur eine thatsächliche, keine rechtliche Unterlage. Mit meinem eigenen Lehnsherren stehe ich und falle ich, auch wenn er sich meines Erachtens thöricht zu Grunde richtete, aber Frankreich bleibt für mich Frankreich, mag Louis Napoleon oder Ludwig der Heilige dort regieren und Österreich bleibt mir Ausland, ich mag es bei Hochkirch oder bei Paris ins Auge fassen. — Ich weiß, daß Sie mir

darauf antworten, wohlverstandene preußische Politik erfordere auch aus Zweckmäßigkeitsrücksichten Keuschheit in auswärtigen Beziehungen. Vom Standpunkte der politischen Nützlichkeit läßt sich hierüber diskutieren, wie Sie aber den Unterschied stellen zwischen Recht und Revolution, Christentum und Unglauben, Gott und Teufel, so kann ich mit Ihnen nicht diskutieren, sondern einfach sagen, ich bin nicht Ihrer Meinung und Sie richten in mir, was nicht Ihres Gerichtes ist. Ich habe weder den königlichen Dienst noch eigene Ehre in demselben, letzteres wenigstens nicht vorbedachter Weise gesucht. Und der Gott, der mich unerwarteter Weise hineingesetzt hat, wird mir auch lieber den Weg hinauszeigen als meine Seele darin verderben lassen, so lange ich ehrlich suche, was seines Dienstes und meines Amtes ist, und gehe ich fehl, so wird er mein tägliches Gebet hören und mein Herz wenden, oder mir Freunde schicken, die das vermöchten. Ich müßte die Dauer des Lebens und den Wert desselben sonderbar überschätzen, nachdem ich vor sechs Monaten nicht glaubte, noch einmal grünen Rasen von oben ansehen zu können, wenn ich mir nicht gegenwärtig halten wollte, daß es nach dreißig Jahren und vielleicht sehr viel früher ohne alle Bedeutung für mich ist, welche politischen Erfolge ich oder mein Vaterland in Europa erreicht haben. Ich kann sogar den Gedanken, daß Rechberg und andere ungläubige Jesuiten über die altsächsische Mark Salzwedel mit römisch-slawischem Bonapartismus und blühender Korruption herrschen sollten, ohne Zorn ausdenken und eventuell als Gottes Wirken und Zulassung ehren, weil ich meinen Blick über diese Dinge hinwegrichte."

An Frau von Arnim.

Frankfurt (ohne Datum).

Während ich genötigt bin, in der Sitzung einen ganz unglaublich langweiligen Vortrag eines hochgeschätzten Kollegen über die anarchischen Zustände in Ober-Lippe anzuhören, dachte ich darüber nach, wie ich diesen Moment utilisieren könnte, und als hervorragendstes Bedürfnis meines Herzens stellte sich ein Erguß brüderlicher Gefühle heraus. Es ist eine sehr achtungswerte, aber wenig unterhaltende Tafelrunde, die mich hier an einem grünbehangenen, etwa 20 Fuß im Durchmesser haltenden, kreisrunden Tische, im Parterre des Taxisschen Palais mit Aussicht auf Garten umgiebt. Der durchschnittliche Schlag ist etwa der von N. N. und Z. in Berlin, die haben ganz bundestäglichen pli!

Ich jage ziemlich fleißig, auf Jagden, wo der Einzelne 6 bis 15 Hasen und einige Fasanen schießt, seltener einen Rehbock oder Fuchs, und mitunter ein Stück Rotwild in bedeutender Entfernung sieht. Die Zeit dazu habe ich dadurch gewonnen, daß ich sehr viel

fauler bin, als im vorigen Jahre, weil mein Fleiß in Berlin kein Resultat findet.

N. N. ist nicht mehr so liebenswürdig wie früher, er hört auf alle möglichen erlogenen Klatschereien, und läßt sich immer einreden, ich strebte nach seiner Erbschaft, während ich froh bin, wenn man mich da läßt, wo ich bin. Ich gewöhne mich daran, im Gefühle gähnender Unschuld alle Symptome von Kälte zu ertragen und die Stimmung gänzlicher Wurschtigkeit in mir vorherrschend werden zu lassen, nachdem ich den Bund allmählich mit Erfolg zum Bewußtsein des durchbohrenden Gefühls seines Nichts zu bringen nicht unerheblich beigetragen zu haben mir schmeicheln darf. Das bekannte Lied von Heine: „O Bund, du Hund, du bist nicht gesund u. s. w.," wird bald durch einstimmigen Beschluß zum Nationalliede der Deutschen erhoben werden.

Um den Orient kümmert sich hier niemand; mögen die Russen oder die Türken in die Zeitungen setzen, was sie wollen, man glaubt hier weder an Land- noch Seegefechte, und bestreitet die Existenz von Sinope, Kalafat und Scheffetil.

Endlich hat Darmstadt zu lesen aufgehört, und ich stürze gerührt in Deine Arme und wünsche Dir ein frohes Fest. Viele Grüße an Oskar.

Dein treuer Bruder

von B.

Adressat ungenannt.

Frankfurt a. M. 2. April 1858.

Ich bin mit Ihnen darüber einverstanden, daß unsere Stellung im Zollverein verpfuscht ist, ich gehe noch weiter, indem ich fest überzeugt bin, daß wir den ganzen Zollverein kündigen müssen, sobald der Termin dazu gekommen ist.

Die Gründe dieser Überzeugung sind zu weitschichtig, um sie hier zu entwickeln, und zu eng zusammenhängend, um sie einzeln zu nennen. Wir müssen kündigen auf die Gefahr hin, mit Dessau und Sondershausen allein zu bleiben. Es ist aber nicht zu wünschen, daß letzteres der Fall werde, oder doch, daß es lange dauere. Deshalb müssen wir in der noch laufenden Periode den anderen Staaten den Zollverein angenehm, wenn es sein kann, zum unentbehrlichen Bedürfnis machen, damit sie nach der Kündigung den Anschluß auf unsere Bedingungen suchen. Ein Teil dieses Systems ist, daß man sie höhere Nettorevenuen ziehen läßt, als sie selbst durch Grenzzölle ohne Preußen sich würden verschaffen können. Ein anderer Teil ist der, daß man ihnen nicht die Fortdauer eines Zollvereins mit Preußen als sachlich unmöglich erscheinen läßt; das wird aber, wenn neben den 28 Regierungen noch einige 50 ständige Körperschaften, geleitet von sehr partikulären Interessen, ein liberum veto ausüben. Fangen die preußi-

schen Kammern damit an, so wird schon der Gleichheitsschwindel der deutschen Regierungen nicht zugeben, daß die übrigen zurückstehen: sie werden sich auch wichtig machen wollen.

Ich glaube, daß wir in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollverein, um diesen Klippen zu entgehen, für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinssachen den Unionsprojekten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen, mit Bestimmung für itio in partes, wenn die Anderen es verlangen. Die Regierungen werden schwer daran gehen, aber wenn wir dreist und konsequent wären, könnten wir viel durchsetzen. Die in Ihrem Briefe ausgesprochene Idee, die preußischen Kammern, vermöge der Vertretung aller deutschen Steuerzahler durch sie, zur Grundlage hegemonischer Bestrebungen zu machen, steht auf demselben Felde. Kammern und Presse könnten das mächtigste Hilfsmittel unserer auswärtigen Politik werden. In dem vorliegenden Falle, welches auch das Ergebnis der Abstimmung sein mag, müßte jedenfalls die Zollvereinspolitik, der Schaden des Vereins für Preußen, die Notwendigkeit für uns, ihn zu kündigen, auf das eingehendste und schärfste erörtert werden, damit die Erkenntnis darüber sich Bahn bricht; Ihr Brief sollte als ein Artikel in der Kreuzzeitung stehen, anstatt hier auf meinem Tische zu liegen. Kammern und Presse müßten die deutsche Zollpolitik breit und rückhaltlos aus dem preußischen Standpunkte diskutieren, dann würde sich ihnen die ermattete Aufmerksamkeit Deutschlands wieder zuwenden, und unser Landtag für Preußen eine Macht in Deutschland werden.

Ich wünschte den Zollverein und den Bund, nebst Preußens Stellung zu beiden in unsern Kammern dem Seziermesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehen; davon kann der König, seine Minister und deren Politik, wenn sie ihr Handwerk verstehen, nur Vorteil haben. Aber ich wünschte doch, als Resultat einer solchen Diskussion, die Vorlage mit geringer Majorität angenommen zu sehen. Denn es handelt sich im nächsten Augenblick für den Zollverein mehr darum, deutsche Regierungen an die Fleischtöpfe desselben zu fesseln, als Sympathien ihrer Unterthanen zu gewinnen. Die letzteren sind machtlos, und in Betreff ihrer erreicht eine kräftige, sachverständige und ehrliebende Debatte dasselbe, wie die Zufälligkeit eines Abstimmungsresultates . . . .

Als der Prinzregent von Preußen im Herbst 1858 die Stellvertretung seines erkrankten Bruders mit eigener Verantwortlichkeit übernommen hatte, entließ er das Ministerium Manteuffel und berief ein liberales Ministerium (Schwerin-Auerswald) mit dem Fürsten Anton von Hohenzollern an der Spitze.

An Frau von Arnim.

Frankfurt, 12. November 1858.

Dein Brief war mir eine unverhoffte Freude; in der Adresse sah er ganz wie einer von Johanna aus, und ich wunderte mich, wie die nach der Uckermark gekommen wäre. Ich bin nicht eher zum Antworten gekommen, teils Geschäfte, Erkältung, Jagd, nahmen meine Zeit in Anspruch, teils wußte ich selbst nicht, was ich Dir über die neue Erscheinung am politischen Himmel schreiben sollte, was ich nicht auch über den Kometen hätte sagen können. Eine interessante Erscheinung, deren Eintritt mir unerwartet, deren Zweck und Beschaffenheit mir noch unbekannt ist. Doch die Laufbahn des Kometen berechneten unsere Astronomen ziemlich genau, und das dürfte ihnen in betreff des neuen politischen Siebengestirnes schwer werden. Johanna ist heut früh mit den Kindern hier eingetroffen, Gott sei Dank gesund, aber nicht heiter. Sie ist niedergedrückt von allen politischen Ängsten, die man ihr in Pommern und Berlin eingeflößt hat, und ich bemühe mich vergebens, ihr die gebührende Heiterkeit einzuflößen. Es ist der natürliche Verdruß der Hausfrau auch dabei im Spiel, wenn es zweifelhaft wird, ob man in einem eben mit Mühe und Kosten neu eingerichteten Hause bleiben wird. Sie kam mit dem Glauben hier an, daß ich den Abschied sofort nehmen würde. Ich weiß nicht, ob man ihn mir nicht unaufgefordert giebt, oder mich so versetzt, daß ich ihn anstandshalber nehmen muß. Bevor ich es aber freiwillig thue, will ich doch erst abwarten, daß das Ministerium Farbe zeigt.

Wenn die Herren die Fühlung der konservativen Partei beibehalten, sich aufrichtig um Verständigung und Frieden im Innern bemühen, so können sie in unseren auswärtigen Verhältnissen einen unzweifelhaften Vorzug haben, und das ist mir viel wert; denn wir „waren heruntergekommen und wußten doch selber nicht wie." Das fühlte ich hier am empfindlichsten. Ich denke mir, daß man den Fürsten (von Hohenzollern) gerade deshalb an die Spitze gestellt hat, um eine Garantie gegen eine Parteiregierung und gegen Rutschen nach links zu haben. Irre ich mich darin, oder will man über mich lediglich aus Gefälligkeit für Stellenjäger disponieren, so werde ich mich unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen und zusehen, wie man in Preußen auf linke Majoritäten gestützt regiert, mich auch im Herrenhause bestreben, meine Schuldigkeit zu thun. Abwechselung ist die Seele des Lebens und hoffentlich werde ich mich um zehn Jahre verjüngt fühlen, wenn ich mich wieder in derselben Gefechtsposition befinde, wie 48—49. Wenn ich die Rollen des Gentleman und des Diplomaten nicht mehr

mit einander verträglich finde, so wird mich das Vergnügen, oder die Lust ein hohes Gehalt mit Anstand zu depensieren, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfnissen, und wenn mir Gott Frau und Kinder gesund erhält, wie bisher, so sage ich: „„vogue la galère“, in welchem Fahrwasser es auch sein mag. Nach 30 Jahren wird es mir wohl gleichgültig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele, und bisher hat die Aussicht auf frischen ehrlichen Kampf, ohne durch irgend eine amtliche Fessel geniert zu sein, gewissermaßen in politischen Schwimmhosen, fast ebensoviel Reiz für mich, als die Aussicht auf ein fortgesetztes Regime von Trüffeln, Depeschen und Großkreuzen.

Nach Neune ist alles vorbei, sagt der Schauspieler. Mehr als diese meine persönlichen Empfindungen kann ich Dir bisher nicht melden, das Rätsel steht auch mir noch ungelöst gegenüber. Eine besondere Freude habe ich einstweilen im Bunde; alle die Herren, die noch vor sechs Monaten meine Abberufung als Erfordernis der deutschen Einheit verlangten, zittern jetzt bei dem Gedanken, mich hier zu verlieren, * * winkt als Schreckbild 48er Reminiscenz, und sie sind wie ein Taubenschlag, der den Marder merkt, so verängstigt von Demokratie, Barrikaden, Parlament, und * * — * * sinkt mir gerührt in die Arme und sagt mit krampfhaftem Händedruck: „wir werden wieder auf ein Feld gedrängt werden.“ Der Franzose natürlich, aber selbst der Engländer sieht uns für Brandstifter an, und der Russe fürchtet, daß der Kaiser an unserm Beispiel in seinen Reformplänen irre werden würde. Ich sage allen natürlich: „Nur ruhig Blut, die Sache wird sich schon machen,“ und habe ich die Genugthuung, daß sie antworten: „Ja, wenn Sie hier blieben, da hätten wir eine Garantie, aber * *!“

Wenn dem nicht die Ohren in diesen Tagen frankfurtisch klingen, so hat er kein Trommelfell. Er ist hier in acht Tagen aus einem achtbaren liberal Konservativen in der Einbildung seiner eventuellen Kollegen zu einem brandroth getigerten Helfershelfer von Kinkel und d'Ester degradiert. Der Bamberger Diplomat spricht von einer kontinentalen Assekuranz gegen preußische Brandstiftung.

Dreikaiserbündnis gegen uns und neues Olmütz mit „thatsächlichen Operationen“. Kurz, es fängt an, weniger langweilig in der politischen Welt zu werden. Meine Kinder rufen: „Pietsch kommt;“ in der Freude, daß ich einen Schönhauser Diener dieses Namens habe, und es scheint, daß die Ankunft dieses Pietsch und des Kometen in der That nicht ohne Vorbedeutung war. Lebe herzlich wohl, mein sehr Geliebtes, und grüße Oskar; er soll nur die Ohren nicht hängen lassen, es ist doch alles Kaff.

An dieselbe.

Frankfurt, 10. Dezember 1858.

Johanna wird Dir geschrieben haben, wie wir Kinderkrankheiten durchmachten, und mir steckt seit Wochen Erkältung und Magenkatarrh im Leibe; ich weiß nicht, ob viel oder wenig schlafen, Diät oder Unmäßigkeit, Stubensitzen oder Jagd mir helfen oder schaden; ich wechsele mit alledem aus Gesundheitsrücksichten ab. Über meine Versetzung oder Entlassung ist wieder alles still; eine Zeitlang schien mir Petersburg ziemlich sicher, und ich hatte mich mit dem Gedanken so vertraut gemacht, daß ich eigentlich Enttäuschung fühlte, als es hieß, daß ich hier bleiben würde.

Es wird hier wohl schlechtes Wetter, politisches, geben, welches ich recht gern im Bärenpelz bei Kaviar und Elennjagd abwarte. — Unser neues Kabinett wird vom Auslande noch immer mit Mißtrauen betrachtet, nur Österreich wirft ihm mit schlauer Berechnung den Köder seines Lobes hin, während * * unter der Hand vor uns warnt, dasselbe thun gewiß seine Kollegen an allen Höfen. Die Katze läßt das Mausen nicht. Endlich werden die Minister doch Farbe zeigen müssen, das Schimpfen auf die Kreuzzeitung thuts auf die Dauer nicht. Ich werde im Winter schwerlich nach Berlin kommen, sehr schön wäre es, wenn Ihr uns hier besuchen wolltet, ehe ich an der Newa „kalt gestellt“ werde.

Das Facit seines Aufenthalts in Frankfurt zog Bismarck in dem folgenden Schreiben an Herrn von Schleinitz aus Petersburg, 12. Mai 1859, zur Zeit des französisch-österreichischen Krieges:

Aus den acht Jahren meiner Frankfurter Amtsführung habe ich als Ergebnis meiner Erfahrungen die Überzeugung mitgenommen, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden, ohne uns dafür dieselben Äquivalente zu gewähren, welche Österreich, bei einem ungleich größeren Maße eigener freier Bewegung, aus ihnen zieht. Beide Großmächte werden von den Fürsten und Regierungen der kleineren Staaten nicht mit gleichem Maße gemessen. Die Auslegung des Zweckes und der Gesetze des Bundes modifiziert sich nach den Bedürfnissen der österreichischen Politik.

Ich darf mich Ew. Sachkenntnis gegenüber der Beweisführung durch detailliertes Eingehen auf die Geschichte der Bundespolitik seit 1850 enthalten und beschränke mich auf die Nennung der Rubriken von der Wiederherstellung des Bundestages, der deutschen Flottenfrage, der Zollstreitigkeiten, der Handels-, Preß- und Verfassungsgesetzgebung, der Bundesfestungen Rastatt und Mainz, der Neuenburger und der orientalischen Frage. Stets

haben wir uns derselben kompakten Majorität, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber befunden. In der orientalischen Frage erwies sich die Schwerkraft Österreichs der unsrigen so überlegen, daß selbst die Übereinstimmung der Wünsche und Neigungen der Bundesregierungen mit den Bestrebungen Preußens ihr nur einen weichenden Damm entgegenzusetzen vermochte. Fast ausnahmslos haben uns damals unsere Bundesgenossen zu verstehen gegeben oder selbst offen erklärt, daß sie außer stande wären, uns den Bund zu halten, wenn Österreich seinen eigenen Weg gehe, obschon es unzweifelhaft ist, daß das Bundesrecht und die wahren deutschen Interessen unserer friedlichen Politik zur Seite ständen; dies war wenigstens damals die Ansicht fast aller Bundesfürsten. Würden diese den Bedürfnissen oder selbst der Sicherheit Preußens jemals in ähnlicher Weise die eigenen Neigungen und Interessen zum Opfer bringen? Gewiß nicht, denn ihre Anhänglichkeit an Österreich beruht überwiegend auf falschen Interessen, welche beiden das Zusammenhalten gegen Preußen, das Niederhalten jeder Fortentwickelung des Einflusses und der Macht Preußens als dauernde Grundlage ihrer gemeinschaftlichen Politik verschreiben. Ausbildung des Bundesverhältnisses mit österreichischer Spitze ist das natürliche Ziel der Politik der deutschen Fürsten und ihrer Minister; sie kann in ihrem Sinne nur auf Kosten Preußens erfolgen und ist notwendig nur gegen Preußen gerichtet, so lange Preußen sich nicht auf die nützliche Aufgabe beschränken will, für seine gleichberechtigten Bundesgenossen die Assekuranz gegen zu weitgehendes Übergewicht Österreichs zu leisten und das Mißverhältnis seiner Pflichten zu seiner Rechten im Bunde, ergeben in die Wünsche der Majorität, mit nie ermüdender Gefälligkeit zu tragen. Diese Tendenz der mittelstaatlichen Politik wird mit der Stetigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung wieder hervortreten, weil sie kein willkürliches Produkt einzelner Umstände oder Personen darstellt, sondern ein natürliches und notwendiges Ergebnis der Bundesverhältnisse für die kleineren Staaten bildet. Wir haben kein Mittel, uns mit ihr innerhalb der gegebenen Bundesverträge dauernd und befriedigend abzufinden.

Seitdem unsere Bundesgenossen vor neun Jahren unter der Leitung Österreichs begonnen haben, aus dem bis dahin unbeachteten Arsenal der Bundesgrundgesetze die Prinzipien ans Tageslicht zu fördern, welche ihrem Systeme Vorschub leisten können, seitdem die Bestimmungen, welche nur eine Deutung im Sinne ihrer Stifter haben konnten, soweit sie von dem Einverständnisse Preußens und Österreichs getragen werden, einseitig zur Bevormundung preußischer Politik auszubeuten versucht wurden, haben

wir unausgesetzt das Drückende der Lage empfinden müssen, in welche wir durch die Bundesverhältnisse und ihre schließliche historische Entwickelung versetzt worden sind.

Wir mußten uns aber sagen, daß in ruhigen und regelmäßigen Zeiten wir das Übel durch geschickte Behandlung wohl in seinen Folgen abzuschwächen, aber nichts zu seiner Heilung zu thun vermochten; in gefahrvollen Zeiten, wie es die jetzigen sind, ist es zu natürlich, daß die andere Seite, welche sich im Besitz aller Vorteile der Bundeseinrichtungen befindet, gern zugiebt, daß manches Ungehörige geschehen sei, aber im „allgemeinen Interesse“ den Zeitpunkt für durchaus ungeeignet erklärt, um vergangene Dinge und „innere“ Streitigkeiten zur Sprache zu bringen. Für uns aber kehrt eine Gelegenheit, wenn wir die jetzige unbenutzt lassen, vielleicht nicht sobald wieder, und wir sind später von neuem auf die Resignation beschränkt, daß sich in regelmäßigen Zeiten nichts an der Sache ändern läßt.

Seine Königliche Hoheit der Prinzregent haben eine Haltung angenommen, welche den ungeteilten Beifall aller derer hat, denen ein Urteil über preußische Politik beiwohnen kann, und die sich dasselbe nicht durch Parteileidenschaften getrübt haben. In dieser Haltung sucht ein Teil unserer Bundesgenossen durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen uns irre zu machen.

Wenn die Staatsmänner von Bamberg so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschreies der urteilslosen und veränderlichen Tagesmeinung zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Not die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich dabei aber der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken; wenn uns zugemutet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regierungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existieren ist; wenn diese Staaten uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuten, ihnen zu folgen, anderen Interessen dienen, als preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen. Ich gehe vielleicht zu weit, wenn ich die Ansicht äußere, daß wir jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unsere Bundesgenossen uns bieten, ergreifen sollten, um zu derjenigen Revision unserer gegenseitigen Beziehungen zu gelangen, deren

Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den kleineren deutschen Staaten dauernd leben zu können.

Ich glaube, wir sollten den Handschuh bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt der Krisis zur Besserung darin sehen, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Überschreitung der Kompetenz, eine willkürliche Änderung des Bundeszweckes, einen Bruch der Bundesverträge finden. Je unzweideutiger die Verletzung zutage tritt, desto besser.

In Österreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unserer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsere Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dafür zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Übermute nachhelfen. Sogar die Kreuzzeitung wird, wie ich aus der Sonntagsnummer ersehe, stutzig bei dem Gedanken, daß eine Frankfurter Majorität ohne weiteres über die preußische Armee disponieren könnte. Nicht bloß an diesem Blatte habe ich bisher mit Besorgnis die Wahrnehmung gemacht, welche Alleinherrschaft sich Österreich in der deutschen Presse durch das geschickt angelegte Netz seiner Beeinflussung geschaffen hat, und wie es diese Waffe zu handhaben weiß. Ohne dieselbe wäre die sogenannte öffentliche Meinung schwerlich zu dieser Höhe montiert worden; ich sage die sogenannte, denn das wirkliche Gros der Bevölkerung ist niemals für den Krieg gestimmt, wenn nicht die thatsächlichen Leiden schwerer Bedrückung es gereizt haben.

Es ist soweit gekommen, daß kaum noch unter dem Mantel allgemeiner deutscher Gesinnung ein preußisches Blatt sich zu preußischem Patriotismus zu bekennen wagt.

Die allgemeine Piepmeierei spielt dabei eine große Rolle, nicht minder die Zwanziger, die Österreich zu diesem Zwecke niemals fehlen. Die meisten Korrespondenten schreiben für ihren Lebensunterhalt, die meisten Blätter haben die Rentabilität zu ihrem Hauptzweck, und an einigen unserer und anderer Blätter vermag ein erfahrener Leser leicht zu erkennen, ob sie eine Subvention Österreichs wiederum erhalten haben, sie bald erwarten, oder sie durch drohende Winke herbeiführen wollen.

Ich glaube, daß wir einen erheblichen Umschlag in die Stimmung bringen könnten, wenn wir gegen die Überhebungen unserer deutschen Bundesgenossen die Saite selbständiger preußischer Politik in der Presse anschlügen. Vielleicht geschehen in Frankfurt Dinge, welche uns den vollsten Anlaß dazu bieten.

In diesen Eventualitäten kann sich die Weisheit unserer militärischen Vorsichtsmaßregeln noch nach anderen Richtungen hin

bethätigen und unserer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das preußische Selbstgefühl einen ebenso lauten und vielleicht folgenreicheren Ton geben, als das bundestägliche. Das Wort „deutsch" für „preußisch" möchte ich gern erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären wie bisher, es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus, abnützt.

Ich fürchte, daß Ew. . . . . mir bei diesem brieflichen Streifzug in das Gebiet meiner früheren Thätigkeit ein ne sutor ultra crepidam im Geiste zurufen, aber ich habe auch nicht gemeint, einen amtlichen Vortrag zu halten, sondern nur das Zeugnis eines Sachverständigen wider den Bund ablegen wollen. Ich sehe in unserem Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen.

Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas anderes an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden, als die bisherigen.

Beim Zaren.

Im Jahre 1859 hatte Herr von Unruh, Präsident der Nationalversammlung von 1848, in Berlin ein Gespräch mit Herrn von Bismarck, der soeben zum Gesandten in Petersburg ernannt war. Er sprach sich sehr entschieden gegen Österreich aus:

„Wenn es uns nicht gelänge, Österreich aus dem eigentlichen Deutschland zu entfernen, und hier Österreich die Oberhand behielte, so würden unsere Könige wieder Kurfürsten, Vasallen Österreichs. Müsse es unser Ziel sein, dasselbe aus Deutschland auszuschließen, so könne es uns nur zugute kommen, wenn Österreich zunächst durch Frankreich geschwächt werde. Bismarck erwähnte ferner, daß er einen nicht unbedeutenden Einfluß auf den König zu besitzen glaube und daß es ihm auch mehreremal anscheinend gelungen sei, den König von der Richtigkeit der obigen Anschauungen zu überzeugen; aber er könne als Gesandter nicht alle Tage zum König gehen. Wenn er ihn nach einiger Zeit wieder spreche, so habe der König gegen seine (Bismarcks) Ratschläge neue Bedenken, denen er deutlich anhöre, ob dieselben von Schleinitz, Auerswald oder Schwerin

herrührten. Zur Zeit spielten die Mittel- und Kleinstaaten eine Rolle, die ihnen gar nicht gebühre; sie balancierten zwischen Österreich und Preußen, suchten in einzelnen Fällen den Ausschlag zu geben und Bedingungen zu stellen, so lange ein definitiver Entschluß nicht unvermeidlich sei. Allerdings wüßten die einzelnen deutschen Regierungen recht gut, daß sie im Falle eines engen, unwiderruflichen Anschlusses an Österreich in Zukunft ganz nach dessen Pfeife würden tanzen müssen, aber das fürchteten sie nicht; weil die österreichische Pfeife auch die ihrige sei, aber nicht die preußische. So viel stände fest, Preußen sei vollständig isoliert. Es gäbe nur einen Alliierten für Preußen, wenn es denselben zu erwerben und zu behandeln verstände."

Herr von Unruh berichtet sodann:

Ich fragte begierig, welchen Alliierten Bismarck meine? Er antwortete: das deutsche Volk!

Ich mag wohl ein etwas verblüfftes Gesicht gemacht haben. Bismarck lachte. Darauf sagte ich ihm, daß ich über den Ausspruch selbst nicht verwundert sei, sondern darüber, denselben aus seinem Munde zu hören.

„Nun, was denken Sie denn," erwiderte Bismarck, „ich bin derselbe Junker, wie vor 10 Jahren, als wir uns in der Kammer kennen lernten, aber ich müßte kein Auge und keinen Verstand im Kopfe haben, wenn ich die wirkliche Lage der Verhältnisse nicht klar erkennen könnte."

„Wenn Sie das imstande sind auch gegen Ihre persönliche Neigung," bemerkte ich, „wenn Sie die gefährliche Situation Preußens so scharf aufzufassen vermögen und die geeigneten Mittel mit solcher Sicherheit angeben, dann wären Sie mir als preußischer auswärtiger Minister viel lieber als Herr von Schleinitz, den man nicht für energisch hält."

Damit hatte das Gespräch ein Ende, dessen Mitteilung nicht den Anspruch der wörtlichen Wiedergabe macht, für dessen Richtigkeit dem Sinne nach ich einstehe. Als der König nach Baden-Baden ging und ihn die Minister von Auerswald und von Schleinitz dahin begleiteten, folgte Bismarck nach. Ein Bekannter von mir, der damals aus Baden-Baden kam, teilte mir mit, daß ihn dort der Minister von Schleinitz gefragt habe, ob er mich kenne. Nach Bejahung dieser Frage habe ihn Herr von Schleinitz ferner gefragt, ob er es wohl für möglich oder für wahrscheinlich halte, daß ich zu Bismarck geäußert haben könne, derselbe würde mir als aus-

wärtiger Minister lieber sein, als Schleinitz. Hierauf hatte mein Bekannter geantwortet: dafür könne er nicht stehen. Derselbe fügte noch hinzu, Bismarck soll meine Äußerung Herrn von Schleinitz mitgeteilt haben, als dieser sich darauf berief, daß das Ministerium auf die Partei Rücksicht nehmen müsse, die es unterstütze, worauf Bismarck dann erwidert haben soll: „Nun wenn Sie die liberale Partei meinen, so kann ich Ihnen mitteilen, was Herr von Unruh zu mir gesagt hat."

Bismarck an Frau von Arnim.

1. April 1859.

Beim Schreiben des Datums fällt mir ein, daß heute mein Geburtstag ist, das erste Mal, daß ich ihn bei klingendem Frost verlebe, denn den haben wir heut wieder und seit zwölf Jahren der erste ohne Johanna. Gestern hatte ich eine lange Audienz bei der Kaiserin-Mutter und freute mich an der graziösen Vornehmheit der alten Dame. Heute beim Kaiser, so daß ich gerade am Geburtstage die neue Funktion antrete.

An Frau von Bismarck.

Peterhof, 28. Juni 1859.

In einigen Stunden kommt der Kaiser und Gortschakow, da wird auch wohl einiges Geschäft in die Idylle eindringen, aber Gott sei Dank, sieht es ja etwas friedlicher in der Welt aus, trotz unserer Mobilmachung und ich brauche mich weniger zu ängstigen vor gewissen Entschließungen. Es thun mir die österreichischen Soldaten leid, wie müssen sie geführt werden, daß sie jedesmal Schläge bekommen, am 24. wieder! Für die Minister ist es eine Lehre, die sie in ihrer Verstocktheit nicht einmal beherzigen werden. Weniger Frankreich als Österreich würde ich von dem Augenblick an fürchten, wo wir den Krieg auf uns nähmen.

An Frau von Arnim.

Peterhof, 29. Juni 1859.

Ich bin schon seit dem Januar in Berlin nie wieder recht gesund gewesen, und Ärger, Klima und Erkältung trieben mein ursprünglich unscheinbares Gliederreißen vor etwa zehn Tagen auf die Höhe, daß mir der übliche Atem nicht mehr ausreichend zufloß und nur unter sehr schmerzhaften Anstrengungen einzuziehen war. Das Übel, rheumatisch—gastrisch—nervös, hatte sich in der Lebergegend eingenistet und wurde mit massenhaften Schröpfköpfen wie Untertassen und spanischen Fliegen und Senf über den ganzen Leib bekämpft, bis es mir gelang, nachdem ich schon halb für eine

bessere Welt gewonnen war, die Ärzte zu überzeugen, daß meine Nerven durch achtjährigen ununterbrochenen Ärger und Aufregung geschwächt waren und weiteres Blutabzapfen mich mutmaßlich typhös oder blödsinnig machen würde.

Gestern vor acht Tagen war es am schlimmsten, meine gute Natur hat sich aber rasch geholfen, seitdem man mir Sekt in mäßigen Quantitäten verordnet hat.

Der italienische Staatsmann Cavour hatte im Jahre 1858 mit Napoleon die berühmte Zusammenkunft im Badeorte Plombières, wo die Pläne hinsichtlich Italiens festgestellt wurden. In der Presse der beiden Staaten wurde viel von der „Berechtigung der Nationalitäten“ und von der „Revision der Verträge“ gesprochen. Österreich verstand diese Sprache und rüstete sich zum Krieg. Seine Truppen gingen am 29. April 1859 über den Ticino und damit war der Krieg eröffnet. In Petersburg sah man es als eine Strafe für die Treulosigkeit Österreichs an, wenn es jetzt dem französisch-sardinischen Bündnis allein gegenüberstand, und besorgte nur, daß Preußen sich zu einer bewaffneten Hilfsleistung für Österreich fortreißen lassen könnte. Diese Besorgnis wurde von dem preußischen Gesandten in Petersburg geteilt, wenn auch aus andern Gründen.

Die Stunde der Befreiung Deutschlands schien gekommen, aber die Kurzsichtigkeit der öffentlichen Meinung und der Irrtum einzelner Politiker wollten, daß Preußen für Österreich kämpfe. Preußen kam nicht dazu. Nach Ausbruch des Krieges erließ der Prinzregent den Befehl zur Mobilisierung der Armee und beantragte am 25. Juni die Mobilmachung der zwei süddeutschen Armeekorps, am 8. Juli auch die der sächsischen und hannöverschen Korps, verlangte aber für Preußen den Oberbefehl über die ganze deutsche Streitmacht und die unbeschränkte Verfügung über dieselbe. Während hierüber vom Bund verhandelt wurde und Österreich den Gegenantrag stellte, wonach zwar der Oberbefehl dem Prinzen von Preußen übertragen worden, dieser aber denselben nicht in selbständiger Weise, sondern als ein von den Instruktionen und Befehlen des Bundestages, in welchem Österreich das Wort führte, somit als ein von Österreich abhängiger General führen sollte, wurden am 11. Juli in Villafranca die Friedenspräliminarien abgeschlossen. So heftig war die Eifersucht Österreichs auf Preußen, daß es lieber die Lombardei abtreten, als Preußen die selbständige Führung der Bundesarmee überlassen wollte.

An einen preußischen Diplomaten.

Petersburg, 1. Juli 1859.

Ich danke Ihnen für Ihren Brief und hoffe, daß Sie diesen ersten nicht den letzten sein lassen; in meiner Teilnahme nehmen die Frankfurter Verhältnisse noch immer, nächst dem Drange der Gegenwart, die erste Stelle ein, und ich bin erkenntlich für jede Nachricht von dort. Unsere Politik finde ich bis jetzt korrekt; aber ich blicke doch mit Sorge in die Zukunft, wir haben zu früh und zu stark gerüstet und die Schwere der Last, die wir uns aufgebürdet, zieht uns die schiefe Ebene hinab. Man wird zuletzt losschlagen, um die Landwehr zu beschäftigen, weil man sich geniert, sie einfach wieder nach Hause zu schicken. Wir werden dann nicht einmal Österreichs Reserve, sondern wir opfern uns geradewegs für Österreich, wir nehmen ihm den Krieg ab. Mit dem ersten Schuß am Rhein wird der deutsche Krieg die Hauptsache, weil er Paris bedroht. Österreich bekommt Luft, und wird es seine Freiheit benutzen, um uns zu einer glänzenden Rolle zu verhelfen? Wird es nicht vielmehr dahin streben, uns das Maß und die Richtung unserer Erfolge so zuzuschneiden, wie es dem spezifisch österreichischen Interesse entspricht? Und wenn es uns schlecht geht, so werden die Bundesstaaten von uns abfallen, wie welke Pflaumen im Winde, und jeder, dessen Residenz französische Einquartierung bekommt, wird sich landesväterlich auf das Floß eines neuen Rheinbundes retten.

Vielleicht gelingt es, eine gemeinschaftliche Haltung der drei neutralen Großmächte zu kombinieren; wir sind nur schon zu kostspielig gerüstet, um ebenso geduldig wie England und Rußland des Erfolges warten zu können, und unsere Vermittelung wird schwerlich die Zirkelquadratur einer für Frankreich und Österreich annehmlichen Friedensbasis zu Tage fördern können. In Wien ist die Stimmung angeblich sehr bitter gegen die eigene Regierung und soll schon demonstrativ bis zum Auspfeifen der Nationalhymne geworden sein. Bei uns ist die Begeisterung für den Krieg anscheinend auch nur mäßig, und es wird schwer sein, dem Volke zu beweisen, daß der Krieg und seine Übel unvermeidliche Notwendigkeit ist. Der Beweis ist zu künstlich für das Verständnis des Landwehrmannes.

An seine Gemahlin.

Petersburg, 2. Juli 1859.

Vor einer halben Stunde hat mich ein Kourier mit Krieg und Frieden geweckt. — Unsere Politik gleitet mehr und mehr in das österreichische Kielwasser hinein, und haben wir erst einen Schuß am Rhein abgefeuert, so ist es mit dem italienisch-österreichischen Kriege vor-

bei und statt dessen tritt ein preußisch-französischer auf die Bühne, in welchem Österreich, nachdem wir die Last von seinen Schultern genommen haben, uns soviel beisteht oder nicht beisteht, als seine eigenen Interessen es mit sich bringen. Daß wir eine sehr glänzende Siegerrolle spielen, wird es gewiß nicht zugeben.

Wie Gott will! Es ist hier alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen und gehen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt. Es ist ja nichts auf dieser Erde, als Heuchelei und Gaukelei, und ob nun das Fieber oder die Kartätsche diese Maske vom Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Österreicher, wenn sie gleich groß sind, doch eine Ähnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; auch die Dummen und die Klugen sehen, reinlich skelettiert, ziemlich einer wie der andere aus; den spezifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären.

An seine Gemahlin.

Petersburg, 1859.

Bis halb vier Uhr hab ich heut früh geschrieben, da ging die Sonne auf und ich zu Bett, und heut wieder vor 9 bis jetzt in der Tinte; in $^1/_2$ Stunde gehts Schiff; ** segelt hinter mir. Ich habe drei Tage hintereinander nach Zarskoje Selo müssen, kostet immer den ganzen Tag; beim Kaiser aß ich neulich in den Kleidern von vier verschiedenen Leuten, weil ich nicht auf Frack gefaßt war, ich sah sehr sonderbar aus. Man ist hier sehr gut für mich, in Berlin aber intriguiert Österreich und alle lieben Bundesgenossen, um mich hier wegzubringen, und ich bin doch so artig.

Wie Gott will, ich wohne eben so gerne auf dem Lande.

An seine Schwester.

Berlin, 14. September 1859.

Ich bin eben, 6 Uhr, hier angelangt, habe mich satt gegessen und will nun schlafen. Morgen ganz früh soll ich den Regenten auf dem Bahnhof empfangen, wahrscheinlich mit nach Potsdam, um noch Briefe und Aufträge entgegen zu nehmen, morgen Abend nach Warschau. Mit dem Kaiser werde ich wohl nach Breslau zurückkehren, von dort hierher wieder; vielleicht können wir uns dann endlich auf einen Tag sehen. Heute trifft in Tauroggen ein vierzehnsitziger Wagen für mich ein; wie lange er dort auf mich warten wird, weiß der Himmel, dieses Vagabondieren in herbstlicher Kälte mit winterlichem Ziel ist nicht sehr lustig.

An dieselbe.

Berlin, 24. September 1859.

Ich habe mich besonders die vierzehn Tage in Baden sehr erholt. Das linke Bein ist noch schwach, wird vom Gehen dick, die Nerven von der Jodvergiftung noch nicht erholt, ich schlafe noch schlecht und nach den vielen Leuten und Dingen, die ich heute gesehen und besprochen habe, bin ich matt und erbittert, ich weiß nicht worauf, aber ich habe doch wieder andere Weltanschauungen wie vor sechs Wochen, wo mir am Winterleben wenig gelegen war, und die Leute, die mich damals hier gesehen haben, sagen, daß sie nicht geglaubt haben, dieses Vergnügen heut noch zu haben. Alle preußischen Gesanden sterben, oder werden wahnsinnig, sagt mir ** mit einem Aussehen, welches die Wahrheit seiner Worte bekräftigt. Andere Menschen aber auch. Ich denke in Reinfeld vierzehn Tage zu bleiben, dann nach Norden aufzubrechen. Möglich ist, daß man mich nach Herkunft des Regenten nochmals hierher citiert und vielleicht wird meine Reise durch die des Kaisers noch verzögert. Winterreise wird es doch, so wie so, in Petersburg haben sie schon Schnee und zwei Grad Frost. Ich kann mir nicht einmal einen anderen Posten wünschen, da ich nach ärztlicher Vorschrift faul sein soll, das geht nur in Petersburg, wenn ich nicht ganz ausscheiden soll. Ich werde mich in den Bärenpelz wickeln und einschneien lassen, und sehen, was nächsten Mai beim Thauwetter von mir und den Meinigen übrig geblieben ist. Ist es zu wenig, so gehe ich zu Bau und schließe mit der Politik ab, wie Gischperl auf dem vierten Bilde. Schön wäre es aber doch, wenn wir uns vor dem Winterschlaf noch sehen könnten, komme ich wieder her in 14 Tagen, so ist es leicht; im anderen Falle müssen wir uns noch ein Mittel ausdenken, zusammen Danzig besehen oder den Gollenberg.

An seine Gemahlin.

Lazienki, 19. Oktober 1859.

Ich kann Dir nur mit einfachen Worten sagen, daß es mir wohl geht. Gestern war ich den ganzen Tag en grandeur, Frühstück mit dem Kaiser, dann Audienz ebenso gnädig, wie in Petersburg, und sehr teilnehmend, Tafel bei Sr. Majestät, abends Theater, recht gutes Ballett und alle Logen voll hübscher Damen; jetzt habe ich vortrefflich geschlafen, der Thee steht auf dem Tisch, und wenn ich ihn getrunken haben werde, fahre ich aus. Am 23. früh kommt der Kaiser nach Breslau, den 25. früh werden wir wohl nach Berlin fahren.

An einen preußischen Diplomaten.

Hohendorf, 3. Februar 1860.

Ich höre immer noch mit Vergnügen und mit einem Anflug von Heimweh alle Nachrichten von Frankfurter Zuständen und Per-

sonen, und beim Zeitungslesen befällt mich erst der Trieb, kampflustig in die Sitzungen zu eilen. Der Zug mit der Kriegsverfassung war vortrefflich, nur weiter so, offen und dreist mit unsern Ansprüchen herausgetreten, sie sind zu berechtigt, um nicht schließlich, wenn auch langsam, sich Anerkennung zu verschaffen, und die von des Rheinbunds und der Bundesakte Gnaden souveränen Kleinstaaten können ihren Partikularismus auf die Dauer gegen den Strom der Zeit nicht halten. Es kann, wie meine Genesung, Stillstand und Rückschritt gelegentlich durchmachen, aber im ganzen rückt es vorwärts, sobald wir mutig wollen, und uns unseres Wollens nicht mehr schämen, sondern im Bunde, in der Presse und vor allem in unseren Kammern offen darlegen, was wir in Deutschland vorstellen wollen und was der Bund bisher für Preußen gewesen ist: ein Alp und eine Schlinge um unseren Hals mit dem Ende in feindlichen Händen, die nur auf Gelegenheit zum Zuschnüren warten. . . . . Doch genug Politik.

Ich hoffe bald reisefertig zu sein, bin's vielleicht schon, meine Frau und die Ärzte drängen mich nach Süden, Heidelberg oder Schweiz; ich dränge nach Petersburg, um endlich im eigenen Hause in Ruhe zu wohnen. . . .

Petersburg, 16. Juni 1860.

. . . Uns geht es vor der Hand ziemlich gut, und mir besonders besser als in Deutschland, unberufen! Die Ruhe und Annehmlichkeit des häuslichen Lebens thun das ihre. 24 Grad im Schatten, aber immer kühle Nächte. Die Geschäfte gehen, dank einem so liebenswürdigen Minister wie Gortschakow, ohne Ärger, kurz cela va bien, pourvu que cela dure. Unsere Beziehungen mit hier sind ausgezeichnet, was auch die Zeitungen fabeln mögen.

Die Augsburger und Co. haben noch immer Angst, ich möchte Minister werden, und meinen dies durch Schimpfen über mich und meine französisch-russischen Gesinnungen zu hintertreiben. Viel Ehre, von den Feinden Preußens gefürchtet zu werden. Übrigens sind meine politischen Liebhabereien im Frühjahr bei Hof und Minister so genau gesiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte.

Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer . . .'s Lügenfabrik könnte mich viel wirksamer auf anderen Gebieten angreifen, als auf dem des Bonapartismus, wenn sie an unserem Hofe wie bei den Augsburgern, Eindruck machen will. . . .

An seine Schwester.

Peterhof, 1. Juli 1860.

Mit meinem Befinden geht es wider Erwarten gut, seit ich im eignen Hause wohne; Deine Liebenswürdigkeit hat mir diesen Mangel in Berlin einigermaßen ersetzt: aber das grüne Gasthofszimmer und das ganze Provisorische meiner Existenz lastet noch drückend auf meinem Gedächtnis, mir ist zu Mute, wie einem alten Pensionär, der mit den Händeln dieser Welt abgeschlossen hat, oder doch wie einem früheren, ehrgeizigen Militär, der den Hafen einer guten Kommandantur erreicht hat, und mir ist, als könnte ich hier lange zufriedene Jahre hindurch meinem Ende entgegenreifen. Bis zwölf habe ich jeden Morgen mit Karlsbader, Spazieren, Frühstücken, Anziehen zu thun, von da bis fünf giebt mir der Dienst gerade genug regelmäßige Arbeit, um mich nicht überflüssig in der Welt zu fühlen. Das Mittag schmeckt mir vortrefflich, am besten das, was ich nicht essen darf, von acht bis zehn reite ich, ebenfalls par ordonnance du médecin und lese dann bis zwölf, mit dem begleitenden Genusse der gemeinen Lazarethpflaume, die eingegangenen Zeitungen und Depeschen. So halte ich's noch lange aus, vorausgesetzt, daß es mir gelingt, den Standpunkt des beobachtenden Naturforschers unserer Politik gegenüber festzuhalten. Gestern hat Johanna ihren ersten Eintritt in die Gesellschaft gemacht, da ich um zwölf zu Bett sein soll und man vor elf nicht kommt, so war's kurz, die Kur ist mir sonst willkommener Vorwand, mir alle Geselligkeit vom Leibe zu halten.

Der Sommer 1860 brachte eine Reihe von Fürstenzusammenkünften. Die Begegnung des Prinzregenten mit Napoleon in Baden-Baden, wie diejenige mit dem Kaiser Franz Joseph in Teplitz beunruhigten Herrn von Bismarck. In Bezug auf die letztere fürchtete er, Preußen möchte Österreich Venetien garantiert haben und Österreich dann den Angriff Frankreichs provozieren, um als angegriffener Teil ein Recht auf Preußens Bundesgenossenschaft zu haben. Im Spätherbst (21. und 22. Oktober) fand die Zusammenkunft der Regenten von Rußland und Österreich zu Warschau statt, wohin auch Bismarck zufolge einer Aufforderung des Prinzregenten sich begab. Die Staatenordnung der Wiener Verträge war im Verschieben begriffen. Das unruhige Italien ging im Sturm auf die Einheit los. Kurz vor jener Monarchenbegegnung erfolgte die Depesche des auswärtigen Ministers im preußischen Kabinett vom 13. Oktober 1860, in welcher dem Grafen Cavour wegen der revolutionären Politik desselben, wegen der Annexion päpstlicher Gebietsteile, der Unterstützung des Zuges Garibaldis nach Sizilien

und Neapel ꝛc. von oben herab der Text gelesen und ihm die tugendhaftesten Vorhaltungen über die Notwendigkeit gemacht wurden, nur „auf dem legalen Wege der Reform“ und „unter Respektierung der bestehenden Rechte“ das Einheitsbestreben des italienischen Volkes zu fördern; das gute Beispiel des damaligen preußischen Ministeriums — welches auf diesem Wege es bekanntlich zu dem großen Erfolge einer Militärkonvention mit Koburg-Gotha brachte — wurde dem Grafen Cavour selbstbewußt vorgehalten.

Adressat ungenannt.

Petersburg, 22. August 1860.

. . . Der heimischen Politik bin ich ganz entrückt, da ich außer Zeitungen fast nur amtliche Nachrichten erhalte, die den Untergrund der Dinge nicht bloßlegen.

Nach ihnen haben wir in Teplitz nichts Definitives versprochen, sondern unsere Leistungen für Österreich davon abhängig gemacht, daß letzteres sein Wohlwollen für uns auf dem Gebiet deutscher Politik zunächst praktisch bewähre; nachdem dies geschehen, werde es auf unsere Dankbarkeit rechnen können. Damit wäre ich sehr zufrieden; eine Hand wäscht die andere, und sehen wir die Wiener Seife nur erst schäumen, so werden wir gern die Wäsche erwidern. Indirekte Nachrichten, die von anderen Höfen hierher gelangen, lauten allerdings anders.

Wenn sie richtig sind, so hätten wir zwar keinen schriftlichen Garantievertrag geschlossen, uns aber doch vermöge mündlichen Wortes gebunden, Österreich unter allen Umständen dann beizustehen, wenn es von Frankreich in Italien angegriffen werde; sehe Österreich sich zum Angriff genötigt, so sei unsere Einwilligung erforderlich, wenn unser Beistand erwartet werden soll.

Die Version klingt unverfänglicher, als sie in der That sein würde. Hat Österreich die Sicherheit, daß wir für Venedig eintreten werden, so wird es den Angriff Frankreichs zu provozieren wissen, wie denn schon jetzt behauptet wird, daß Österreich seit Teplitz in Italien dreist und herausfordernd auftrete.

Seit der Garibaldischen Expedition geht die Wiener Politik dahin, es in Italien so schlimm wie möglich werden zu lassen, damit dann, wenn Napoleon selbst nötig finden werde, sich gegen die italienische Revolution zu wehren, allseitig eingeschritten und der frühere Zustand annähernd hergestellt werde. Diese Rechnung mit und auf Napoleon kann sehr trügen; wie es scheint, hat man sie deshalb seit Teplitz aufgegeben und hofft auch gegen Napoleon zum Ziel zu gelangen. Die unruhige, gereizte Leidenschaftlichkeit

der österreichischen Politik bringt auf beiden Wegen den Frieden in Gefahr. —

Was wird die Kammer zu Teplitz, was zur Armeeorganisation sagen! In letzterer werden natürlich alle Vernünftigen zur Regierung stehen. Der Eindruck der auswärtigen Politik wird sich aber erst berechnen lassen, wenn man genauer weiß, was Teplitz bedeutet. Ein wohlunterrichteter, aber ziemlich bonapartistischer Korrespondent schreibt mir aus Berlin: „Wir sind in Teplitz mit Wiener Gemütlichkeit glänzend über den Löffel barbiert, für nichts, nicht einmal ein Linsengericht, verkauft.“ Gott gebe, daß er irrt! — Bei Gelegenheit von Bonapartisten fällt mir ein, daß gelegentliche Andeutungen hierher gelangen, als würde von der Presse — Nationalzeitung, Magdeburger, Ostpreußische Zeitung und dergl. — ein systematischer Verleumdungsfeldzug gegen meine Person geführt. Ich sollte russisch-französische Zumutungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern offen unterstützt haben, ein zweiter Borries sein und dergleichen. Ich zahle demjenigen 1000 Friedrichsdor bar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntnis gebracht seien.

Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes nie etwas anderes geraten, als uns auf die eigene und die im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift.

Als Quelle dieser Angriffe wird mir der Koburger Hof und ein Litterat bezeichnet, der persönliche Rancune gegen mich hat. Wenn ich ein österreichischer Staatsmann oder ein deutscher Fürst und österreichischer Reaktionär, wie der Herzog von Meiningen wäre, so würde unsere Kreuzzeitung mich so gut in Schutz genommen haben, wie letzteren; die Lügenhaftigkeit jener Verdächtigungen ist keinem unserer politischen Freunde unbekannt. Da ich aber nur ein alter Parteigenosse bin, der obenein das Unglück hat, über manche ihm genau bekannte Dinge eigene Ansichten zu haben, so läßt man mich nach Herzenslust begeifern, und ich erfahre von der ganzen Sache hauptsächlich durch die offiziöse Verteidigung der Elberfelder Zeitung, die man mir einsendet. Es geht nichts über Ketzerrichter im eigenen Lager, und unter Freunden, die lange aus einem Topfe gegessen haben, ist man ungerechter, als gegen Feinde. Mir ists recht, man soll sich nicht auf Menschen verlassen, und ich bin dankbar für jeden Zug, der mich nach innen zieht! —

An seine Schwester.

Petersburg, 12. Oktober 1860.

Als ich heute in Reisevorbereitungen meine Brieftasche in die Hand bekam, fand ich darin den anliegenden Tintenerguß, dessen ich mich in Zarskoje schuldig machte, und will ihn Dir nicht vorenthalten. Seitdem ist mir die Aufforderung zugegangen, mich in Warschau einzufinden, und ich gehorche mit etwas schwerem Herzen, nachdem ich meine Einladung des Kaisers dahin ausweichend beantwortet hatte. Für Dienst bin ich gesund, für Vergnügen aber nicht ausreichend. Wenn Du dieses lesen wirst, vermutlich Mittwoch, bin ich, so Gott will, schon in Berlin.

An dieselbe.

Petersburg, 26. März 1861.

... Im übrigen habe ich mich mit der Existenz hier befreundet, finde den Winter durchaus nicht so übel, wie ich dachte, und verlange keine Änderung meiner Lage, bis ich mich, wenns Gottes Wille ist, in Schönhausen oder Reinfeld zur Ruhe setze, um meinen Sarg ohne Übereilung zimmern zu lassen. Die Ambition, Minister zu sein, vergeht einem heutzutage aus mannigfachen Gründen, die sich nicht alle zum schriftlichen Vortrag eignen, in Paris oder London würde ich weniger behaglich existieren als hier, auch nicht mehr mitzureden haben, und ein Umzug ist halbes Sterben. Der Schutz von 200 000 vagabundierenden Preußen, die zu $^1/_3$ in Rußland wohnen, zu $^1/_3$ es jährlich besuchen, giebt mir genug zu thun, um mich nicht zu langweilen.

An den Kriegsminister von Roon.

Petersburg, 2. Juli 1861.

Ihr Schreiben durch den Engländer kam gestern in Sturm und Regen hier an, und störte mich in dem Behagen, mit welchem ich an die ruhige Zeit dachte, die ich in Reinfeld mit Kissinger und demnächst in Stolpmünde zu verbringen beabsichtigte. In den Streit wohlthuender Gefühle für junge Auerhähne einerseits, und Wiedersehen von Frau und Kindern andererseits tönt Ihr Kommando: „an die Pferde“ mit schrillem Mißklang. Ich bin geistesträge, matt und kleinmütig geworden, seit mir das Fundament der Gesundheit abhanden gekommen ist. Doch zur Sache.

In dem Huldigungsstreit verstehe ich nicht recht, wie er so wichtig hat werden können für beide Teile. Es ist mir rechtlich gar nicht zweifelhaft, daß der König in keinen Widerstreit mit der Verfassung tritt, wenn er die Huldigung in herkömmlicher Form annimmt. Er hat das Recht, sich von jedem einzelnen seiner Unterthanen und von jeder Korporation im Lande huldigen zu

lassen, wann und wo es ihm gefällt, und wenn man einem Könige ein Recht bestreitet, welches er ausüben will und kann, so fühle ich mich verpflichtet, es zu verfechten, wenn ich auch an sich nicht von der praktischen Wichtigkeit seiner Ausübung durchdrungen bin.

In diesem Sinne telegraphierte ich an Schlieffen (?), daß ich den „Besitztitel“, auf dessen Grund ein neues Ministerium sich etablieren soll, für richtig halte, und sehe die Weigerung der anderen Partei und die Wichtigkeit, welche sie auf Verhütung des Huldigungsaktes legt, als doktrinäre Verbissenheit an. Wenn ich hinzufügte, daß ich die „sonstige Vermögenslage nicht kenne,“ so meine ich damit nicht die Personen und Fähigkeiten, mit denen wir das Geschäft übernehmen könnten, sondern das Programm, auf dessen Boden wir zu wirtschaften haben würden. Darin wird meines Erachtens die Schwierigkeit liegen. Meinem Eindruck nach lag der Hauptmangel unserer bisherigen Politik darin, daß wir liberal in Preußen und konservativ im Auslande auftraten, die Rechte unseres Königs wohlfeil, die fremder Fürsten zu hoch hielten.

Eine natürliche Folge des Dualismus zwischen der konstitutionellen Richtung der Minister und der legitimistischen, welche der persönliche Wille Sr. Majestät unserer auswärtigen Politik gab. Ich würde mich nicht leicht zu der Erbschaft Schwerins entschließen, schon weil ich mein augenblickliches Gesundheitskapital dazu nicht ausreichend halte. Aber selbst wenn es der Fall wäre, würde ich auch im innern das Bedürfnis einer anderen Färbung unserer auswärtigen Politik fühlen. Nur durch eine Schwenkung in „unserer“ auswärtigen Haltung kann, wie ich glaube, die Stellung der Krone im innern von dem Andrang degagiert werden, dem sie auf die Dauer sonst thatsächlich nicht widerstehen wird, obschon ich an der Zulänglichkeit der Mittel dazu nicht zweifle; sonst ist es gar nicht verständlich, wie das öffentliche Leben bei uns von Lappalien wie Stieber, Schwark, Macdonald, Patzke, Twesten und dergleichen so aufgeregt werden konnte, und im Auslande wird man nicht begreifen, wie die Huldigungsfrage das Kabinett sprengen konnte.

Man sollte glauben, daß eine lange und schwere Mißregierung das Volk gegen seine Obrigkeit so erbittert hätte, daß bei jedem Luftzug die Flamme aufschlägt. Politische Unreife hat viel Anteil an diesem Stolpern über Zwirnsfäden; aber seit 14 Jahren haben wir der Nation Geschmack an Politik beigebracht, ihr aber den Appetit nicht befriedigt, und sie sucht die Nahrung in den Gassen. Wir sind fast so eitel wie die Franzosen; können wir uns einreden, daß wir auswärts Ansehen haben, so lassen wir uns im Hause viel gefallen; haben wir das Gefühl, daß jeder kleine Würzburger uns hänselt und geringschätzt und, daß wir es dulden aus

Angst, weil wir hoffen, daß die Reichsarmee uns vor Frankreich schützen wird, so sehen wir innere Schäden von allen Ecken, und jeder Preßbengel, der den Mund gegen die Regierung aufreißt, hat Recht.

Von den Fürstenhäusern von Neapel bis Hannover wird uns keines unsere Liebe danken, und wir üben an ihnen recht evangelische Friedensliebe auf Kosten der Sicherheit des eigenen Thrones. Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Waden, aber gegen alle anderen fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben. In dieser Denkungsweise fürchte ich von der unseres allergnädigsten Herrn so weit entfernt zu sein, daß er mich schwerlich zum Rate seiner Krone geeignet finden wird. Deshalb wird er mich, wenn überhaupt, lieber im Innern verwenden.

Das bleibt sich aber meines Erachtens ganz gleich, denn ich verspreche mir von der Gesamtregierung keine gedeihlichen Resultate, wenn unsere auswärtige Haltung nicht kräftiger und unabhängiger von dynastischen Sympathien wird, an denen wir aus Mangel an Selbstvertrauen eine Anlehnung suchen, die sie nicht gewähren können und die wir nicht brauchen.

Wegen der Wahlen ist es schade, daß der Bruch sich gerade so gestaltet, die gut königliche Masse der Wähler wird den Streit über die Huldigung nicht verstehen und die Demokratie ihn entstellen. Es wäre besser gewesen, in der Militärfrage stramm zu halten gegen Kühne, mit der Kammer zu brechen, sie aufzulösen und dann der Nation zu zeigen, wie der König zu den Leuten steht. Wird der König zu solchen Mitteln im Winter greifen wollen, wenns paßt? Ich glaube nicht an gute Wahlen für diesmal, obschon gerade die Huldigungen dem Könige manches Mittel gewähren, darauf zu wirken. Aber rechtzeitige Auflösung nach handgreiflichen Ausschreitungen der Majorität sind ein heilsames Mittel, vielleicht das richtigste, zu dem man gelangen kann, um gesunden Blutumlauf herzustellen.

Ich kann mich schriftlich über eine Situation, die ich nur ungenügend kenne, nicht erschöpfend aussprechen, mag auch manches nicht zu Papier bringen, was ich sagen möchte. Nachdem der Urlaub heute bewilligt, reise ich Samstag zu Wasser und hoffe, Dienstag früh in Lübeck zu sein, abends in Berlin. Früher kann ich nicht, weil der Kaiser mich noch sehen will. Diese Zeilen nimmt der englische Kourier wieder mit. Mündlich also näheres. Bitte mich der Frau Gemahlin herzlich zu empfehlen. In treuer Freundschaft der Ihrige. von B.

Nachschrift (am Rande): „Mit Schleinitz nehme ich nach Ihrem Schreiben volles Einverständnis an, so daß ich nicht in die

geschmacklose Lage komme, gegen meinen Chef zu konspirieren. Sagen und schreiben werde ich natürlich niemandem etwas. Wenn ich den Newaspiegel in der hellen Nacht vor mir sehe, über den Brief hinweg, so wird der Wunsch in mir lebhaft, daß ich nächstes Jahr noch hier sitze. Der Mensch gewöhnt sich an alles, auch an 60 Grad Breite; und Umziehen, Streiten, Ärgern und die ganze Knechtschaft Tag und Nacht bilden eine Perspektive, bei der ich schon heute Heimweh nach Petersburg oder Reinfeld habe. In besserer Gesellschaft, wie in der Ihrigen kann ich niemals in den Schwindel hineingeraten; aber auf der Sabower Haide hinter den Rebhühnern war es für uns beide behaglicher. Ich werde mich nicht drücken, denn ich mag mir keiner Feigheit bewußt sein, aber wenn in 14 Tagen dieses Gewitter spurlos an mir vorübergezogen und ich ruhig bei Muttern wäre, so würde ich mir einen Enten — wünschen, um vor Befriedigung damit wackeln zu können.

3. Juli. Ich schrieb dieses heut früh 2—3 Uhr, aus Gesellschaft kommend, und finde jetzt beim Aufstehen den Gesamteindruck etwas konfus, aber Sie kennen ja meine Ansicht ohnehin, und anders wird man so spät kaum. Geht der König einigermaßen auf meine Meinung ein, dann greife ich das Werk mit Freuden an."

An Herrn von Below-Hohendorf.

Stolpmünde, 18. September 1861.

In Betreff des konservativen Programms unterschreibe ich Ihre Ausstellungen vollständig. Die durchgehends negative Fassung der aufgestellten Sätze hätte von Hause aus vermieden werden sollen. Mit der bloßen matten Defensive kann eine politische Partei nicht bestehen, viel weniger erobern, Terrain und Anhänger. Den Schmutz der deutschen Republik behauptet jede Partei zu verabscheuen, und die für jetzt praktisch zur Frage kommenden Gegner sind auch ehrlich bemüht, ihn nicht zu wollen, namentlich den Schmutz nicht. Eine so weit über das Bedürfnis des Momentes, hinausgreifende Redeform sagt entweder gar nichts, oder verhüllt was man nicht sagen will. Ich selbst bin zweifelhaft, ob der Verfasser des Programms nicht in der That auf dem reinen Würzburger Standpunkte steht. Wir haben unter unseren besten Freunden so viele Doktrinäre, welche von Preußen die ganz gleiche Verpflichtung zum Rechtsschutze in Betreff fremder Fürsten und Länder, wie in Betreff der eigenen Unterthanen verlangen. Dieses System der Solidarität der konservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiktion, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Länder obwaltet. Isoliert von Preußen durchgeführt, wird es zur Donquixoterie, welche unseren König und seine Regierung nur abschwächt für die Durchführung der eigensten

Aufgabe, den der Krone Preußen von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen oder von innen kommend, zu handhaben. Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältnis als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Auslande legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionierten kleinstaatlichen Souveränitäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist als ein Treib- und Konservierhaus gefährlicher und revolutionärer Partikularbestrebungen. Ich hätte gewünscht, daß in dem Programm anstatt des vagen Ausfalles gegen die deutsche Republik offen ausgesprochen wäre, was wir in Deutschland geändert und hergestellt wünschen, sei es durch Anstrebung rechtlich zu stande zu bringender Änderungen der Bundesverfassung, sei es auf dem Wege kündbarer Assoziationen nach Analogie des Zollvereins und des Koburger Militärvertrages. Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugnis abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir die notwendige Änderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen aller erforderliche Maß nicht hinausgehen wollen. Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so nötig, wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen! Auf dem nationalen Gebiete wurden bisher sehr mäßige Konzessionen immer noch als wertvoll anerkannt. Man könnte eine recht konservative Nationalvertretung schaffen, und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten. Der Lärm des Einpackens stört mich im Schreiben. Für den Fall, daß Sie noch Gelegenheit haben, mich bei unseren Freunden redend einzuführen, lege ich

das Konzept bei, welches ich Ihnen vorlas; aber mit der Bitte, den Wortlaut vor der Öffentlichkeit zu bewahren, da ich nicht weiß, ob es dem Könige genehm ist, daß dieser auf seinen Befehl flüchtig zu Papier gebrachte Inhalt einer Unterredung mit Sr. Majestät ruchbar wird, nachdem weitere Besprechungen, wie ich höre, voran geknüpft worden sind.

Adressat unbekannt.

Berlin, 2. Oktober 1861.

Ich bin in Koblenz, und hier nach Kräften für deutsche Politik thätig gewesen, und für die augenblickliche Stimmung nicht ganz ohne Erfolg. Ich schrieb Ihnen etwa am 19. v. M. von Stolpmünde nach Ihrer hiesigen Wohnung und legte in den Brief das Konzept des kleinen Aufsatzes, den ich in Baden dem Könige gegeben hatte. Ich soll diese Arbeit näher ausführen; ist daher der Brief mit der Einlage schließlich, wie ich hoffe, in Ihre Hände gelangt, so bitte ich Sie, mir die Einlage nach Reinfeld schicken zu wollen, damit ich sie dort weiter verarbeite. Ich habe wahres Heimweh nach meiner Wohnung am englischen Quai, mit dem beruhigenden Blick auf das Newa-Eis. Am 13. wird man wohl in Königsberg eintreffen müssen.

An seine Schwester.

Petersburg, 17. Januar 1862.

Wollte ich noch Karriere machen, so wäre es vielleicht gerade gut, wenn recht viel Nachteiliges von mir gehört würde, dann käme ich wenigstens wieder nach Frankfurt, oder wenn ich acht Jahre lang recht faul wäre, und anspruchsvoll, das hilft. Für mich ist es damit zu spät, ich fahre deshalb fort hausbacken meine Schuldigkeit zu thun. Ich bin seit meiner Krankheit geistig so matt geworden, daß mir die Spannkraft für bewegte Verhältnisse verloren gegangen ist. Vor drei Jahren hätte ich noch einen brauchbaren Minister abgegeben, jetzt komme ich mir in Gedanken daran vor wie ein kranker Kunstreiter. Einige Jahre muß ich noch im Dienst bleiben, wenn ichs erlebe. In drei Jahren wird Kniephof pachtlos, in vier, Schönhausen; bis dahin weiß ich nicht recht, wo ich wohnen sollte, wenn ich den Abschied nähme. Das jetzige Revirement der Posten läßt mich kalt, ich habe eine abergläubische Furcht, einen Wunsch deshalb auszusprechen und ihn später erfahrungsmäßig zu bereuen. Ich würde ohne Kummer und ohne Freude nach Paris, London gehen, hier bleiben, wie es Gott und Sr. Majestät gefällt, der Kohl wird weder für die Politik, noch für mich fetter, wenn das eine oder das andere geschieht. Johanna wünscht sich nach Paris, weil sie glaubt, daß den Kindern das Klima besser wäre. Krankheiten kommen überall, Unglücksfälle

9*

auch, mit Gottes Beistand übersteht man sie, oder beugt sich in Ergebung seinem Willen, die Lokalität thut dabei nichts. ** gönne ich seinen Posten, er hat das Zeug dazu. Ich wäre undankbar gegen Gott und Menschen, wenn ich behaupten wollte, daß es mir hier schlecht ginge, und für Änderung bestrebt wäre; vor dem Ministerium habe ich geradezu Furcht wie vor kaltem Bade. Ich gehe lieber auf jene vakanten Posten oder nach Frankfurt zurück, selbst nach Bern, wo ich recht gern lebte. Soll ich hier fort, so wäre es mir lieb, bald davon zu hören. Am 1./13. Februar muß ich mich erklären, ob ich mein Haus behalte, muß en cas que si Bauten und Reparaturen bedingen, auch wären teuere Pferde und andere Sachen zu verkaufen, was hier Monate erfordert, und Tausende verlieren oder behalten macht. Ein Umzug im Winter ist kaum möglich.

An dieselbe.

Petersburg, 7. März 1862.

Die Gleichmütigkeit, mit der ich der Versetzungsfrage entgegensah, vermindert sich unter diesen Umständen; ich würde kaum den Mut haben, dem nächsten Winter hier zu trotzen. Mich allein herreisen zu lassen, dazu werde ich Johanna schwer überreden. Versetzt man mich nicht, so komme ich vielleicht um längeren Urlaub ein. Von ** habe ich neulich einen Brief gehabt, er glaubt, für hier bestimmt zu sein, würde aber lieber nach Paris gehen, mir stellt er London in Aussicht, und ich habe mich mit dem Gedanken ziemlich vertraut gemacht. Prinzliche Briefe sprechen von ** Rücktritte und meiner Nachfolge; ich glaube nicht, daß es die Absicht ist, würde aber ablehnen, wenns wäre. Abgesehen von allen politischen Unzuträglichkeiten fühle ich mich nicht wohl genug für soviel Aufregung und Arbeit. Diese Rücksicht macht mich auch bedenklich, wenn man mir Paris anböte, London ist ruhiger. Wenn Klima und Kindergesundheit nicht wären, so bliebe ich zweifellos am liebsten hier. Bern ist auch eine fixe Idee von mir; langweilige Orte mit hübscher Gegend sind für alte Leute entsprechend; nur fehlt dort alle Jagd, da ich das Klettern nach Gemsen nicht liebe.

An Herrn von Roon.

Petersburg, 12. April 1862.

Ich weiß nicht, warum ich Ihnen nicht längst geschrieben habe; vielleicht, weil man hier die Dinge immer erst erfährt, wenn es nicht mehr lohnt, ein Wort darüber zu verlieren. Heut treibt mich der Heydtsche Brief, trotz Kouriereile einige Zeilen an Sie zu richten. Jener Brief macht den Eindruck und wird hier angesehen, als sei er für die Veröffentlichung geschrieben, ein Manifest in Rechnung auf die Zukunft. Sein Stil ist nicht der einer ver-

traulichen Erörterung zwischen zwei Ministern, die sich täglich sehen und einen Büchsenschuß von einander wohnen. So aufgefaßt, schließt man daraus, daß Heydt wiederum mit seiner anerkannten Sagacität einen Wechsel voraussehe, und rechtzeitig in die Richtungslinie der Zukunft einschwenke. Damit bringt man die Stimmung Ihrer Majestät der Königin gegen die jetzigen Minister in Verbindung. —

In vierzehn Tagen hoffe ich bei Ihnen zu sein und diesem Leiden von Abschiedsaudienzen, Visiten, schlechten Verkäufen und packenden Hammerschlägen ein Ende zu machen. Ich weiß nur, daß ich nach Paris oder London gehe, nicht nach welchem von beiden. Wie kam man eigentlich darauf, den 25prozentigen Zuschlag jetzt aus dem Fenster zu werfen? Denkt man damit die Opposition zu versöhnen? Auf die Wahlen wird das nur wie ein von der aufgelösten Kammer errungener Sieg, wie ein Schnaps für die erlahmende Fortschrittspartei wirken. Kann man diese bisher gut eingehende, also erträgliche Steuer missen, was ich bestreite, so hätte man in einem kritischen Kammermoment die Konzession in Handeln und Dingen verwerten sollen, aber nicht jetzt sein Pulver in die Luft verschießen. Geben wir mit der Militärfrage jetzt nach, ohne Kampf, aus unbestimmter Wahlangst, so sinkt der Respekt vor uns im In- und Auslande in beklagenswerter Dimension. Ich will mich schriftlich nicht stärker ausdrücken. Die Zeit ist um, auf baldiges Wiedersehen; herzliche Grüße an die Frau Gemahlin.

Ihr treuer Freund
von B.

Wie Bismarck Minister wurde.

„Noch drei bis fünf Jahre in Frankfurt, dann ebenso lange in Wien oder Paris, dann zehn Jahre lang mit Ruhm Minister, dann als Landjunker sterben, wenn ich mir meine Zukunft malen könnte. — Ich müßte ein Narr sein, wenn ich meine jetzige Stellung freiwillig mit der eines Ministers vertauschen wollte.“

Dieses Luftschloß baute sich Bismarck im Jahre 1852. Er hatte sich sehr früh gegen den Verdacht zu schützen, daß er nach einem Minister-Portefeuille strebe. So schrieb er einmal, wie wir oben gesehen haben, an seine Schwester Frau von Arnim:

„Manteuffel ist nicht mehr so liebenswürdig wie früher, er hört auf alle möglichen erlogenen Klatschereien, und läßt sich immer einreden, ich strebte nach seiner Erbschaft, während ich froh bin, wenn man mich da läßt, wo ich bin.“ Graf Arnim erzählt: „Als Herr von Bismarck noch preußischer Gesandter war und sich im

Jahre 185— in Berlin auf Urlaub befand, begab er sich nach Ablauf desselben zu dem damaligen Minister des Auswärtigen, um ihn um Verlängerung seines Urlaubs zu bitten. Der Minister erwiderte ihm Folgendes: „Mein verehrter Herr von Bismarck, ich weiß, daß Sie Ihren hiesigen Urlaub zu dem Versuche benutzt haben, mich zu stürzen und daß Sie zu diesem Zweck um Verlängerung Ihres Urlaubs bitten. Ich wünsche Ihnen den besten Erfolg und erteile Ihnen hiermit den erbetenen Urlaub."

Herr von Bismarck selbst sagte mit folgenden Worten in einer späteren Zeit, daß die Erhaltung der Reorganisation der Armee der eigentliche Grund seines Eintritts in die Regierung war: „Der Herr Vorredner hat eine gewisse Verwunderung darüber ausgesprochen, daß ich dem Budgetrechte meinerseits die besten Jahre meines politischen Lebens gewidmet hätte, um es zu bekämpfen, so möchte ich an die eine Thatsache erinnern, daß es nicht ganz sicher ist, ob wir die Armee, welche die Schlachten des vorigen Jahres geschlagen hat, in derselben Verfassung besessen hätten, welche sie zu dieser Zeit hat, wenn im Herbste des Jahres 1862 sich niemand fand, der bereit war, die Regierung auf Befehl Seiner Majestät des Königs fortzuführen, ohne den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 23. September (die Streichung der Ausgaben für die Reorganisation des Heeres) auszuführen."

Nach 1866 hat Bismarck erzählt, daß schon vor seiner Versetzung als Gesandter nach Paris davon die Rede gewesen sei, ihn zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Er habe hierauf seine antiösterreichische Politik dem Könige auseinandergesetzt, der aber darauf nicht eingegangen sei. Bismarck habe sich darauf geweigert, Ministerpräsident zu werden und sei nach Paris gegangen. Im Herbst 1862 habe man ihn telegraphisch nach Berlin berufen zur Übernahme der Stellung als Ministerpräsident, ohne irgend eine Bedingung daran zu knüpfen. Er habe also angenommen, daß der König stillschweigend seine auswärtige Politik billige.

An seine Gemahlin.

Berlin, 17. Mai 1862.

Unsere Zukunft ist noch ebenso unklar wie in Petersburg. Berlin steht mehr im Vordergrund; ich thue nichts dazu und nichts dagegen, trinke mir aber einen Rausch, wenn ich erst meine Beglaubigung nach Paris in der Tasche habe. Von London ist im Augenblick gar nicht die Rede, es kann sich aber wieder ändern. Heute weihe ich erst Brandenburg ein, fahre dann nach ** bei **

zu speisen. Aus den Ministerbesprechungen komme ich den ganzen Tag nicht los, und finde die Herren nicht viel einiger unter einander, als ihre Vorgänger waren.

An dieselbe.

Berlin, 23. Mai 1862.

Aus den Zeitungen hast Du schon ersehen, daß ich nach Paris ernannt bin; ich bin sehr froh darüber, aber der Schatten bleibt im Hintergrund. Ich war schon so gut wie eingefangen für das Ministerium; ich reise, so schnell ich los komme, morgen oder übermorgen nach Paris. Aber ich kann unsere „unbestimmten" Sachen noch nicht dahin dirigieren, denn ich muß gewärtigen, daß man mich in wenig Monaten oder Wochen wieder herbeiruft und hier behält. Ich komme vorher nicht zu Dir, weil ich erst in Paris Besitz ergreifen will, vielleicht entdecken sie einen anderen Ministerpräsidenten, wenn ich ihnen erst aus den Augen bin. Ich gehe auch nicht nach Schönhausen, alles in Sorge, daß man mich noch wieder festhält. Gestern bin ich vier Stunden als Major umhergeritten, wobei ich meine Ernennung für Paris auf dem Sattel erhielt. Die Fuchsstute ist hier und meine Freude und Erholung im Thiergarten, ich nehme sie mit. Die Bären sind gestern nach Frankfurt abgereist. Ich habe alle Hände voll zu thun, um meine Abreise zu ermöglichen.

An dieselbe.

Berlin, 25. Mai 1862.

Ich denke morgen, spätestens Dienstag, nach Paris aufzubrechen; ob auf lange, das weiß Gott; vielleicht nur auf Monate oder Wochen! Sie sind hier alle verschworen für mein Hierbleiben und ich will recht dankbar sein, wenn ich im Garten an der Seine erst einen Ruhepunkt gewonnen, und einen Portier habe, der für einige Tage niemand zu mir läßt. Ich weiß noch nicht, ob ich unsere Sachen überhaupt nach Paris schicken kann, denn es ist möglich, daß ich schon wieder herberufen werde, ehe sie ankommen. Es ist mehr ein Fluchtversuch, den ich mache, als ein neuer Wohnsitz, an den ich ziehe. Ich habe sehr fest auftreten müssen, um nur einstweilen hier aus dem Gasthofswarteleben loszukommen. Ich bin zu allem bereit, was Gott schickt, und klage nur, daß ich von Euch getrennt bin, ohne den Termin des Wiedersehens berechnen zu können. Habe ich Aussicht, bis zum Winter in Paris zu bleiben, so denke ich, daß Du mir bald folgst, und wir richten uns ein, sei es auch nur auf kurze Zeit. Im Laufe des Juni wird es sich hier entscheiden müssen, ob ich wieder herkomme, vor Ende des Sommers Landtagssitzung oder länger und lange genug, um Euch überzusiedeln, in Paris bleibe. Was ich kann, thue ich, daß

Du nach Paris kommst, wenn es auch für kurze Zeit und ohne Einrichtung wäre, damit Du es gesehen hast. Gestern war großes Militärdiner, wo ich als Major figurierte, vorher Parade. Die Fuchsstute ist meine tägliche Freude im Thiergarten, aber für Militär nicht ruhig genug.

An dieselbe.

Paris, 31. Mai 1862.

Mein Bleiben hier ist noch nicht gesichert, ehe das Ministerium nicht für Hohenlohe einen anderen Präsidenten hat, und ehe London nicht neu besetzt ist. Leb wohl, grüße herzlich und schreibe.

An dieselbe.

Paris, 1. Juni 1862.

Heute wurde ich vom Kaiser empfangen und gab meine Briefe ab; er empfing mich freundlich, sieht wohl aus, ist etwas stärker geworden, aber keineswegs dick und gealtert, wie man zu karikieren pflegt. Die Kaiserin ist noch immer eine der schönsten Frauen, die ich kenne, trotz Petersburg; sie hat sich eher embelliert seit fünf Jahren. Das Ganze war amtlich und feierlich, Abholung im Hofwagen mit Ceremonienmeister, und nächstens werde ich wohl eine Privataudienz haben. Ich sehne mich nach Geschäften, denn ich weiß nicht, was ich anfangen soll. Heute habe ich allein diniert, die jungen Herren waren aus, den ganzen Abend Regen und allein zu Hause. Zu wem sollte ich gehen? Mitten im großen Paris bin ich einsamer wie Du in Reinfeld und sitze hier wie eine Ratte im wüsten Hause. Mein einziges Vergnügen war, den Koch wegzuschicken, wegen Rechnungsexceß. Du kennst meine Nachsicht in diesem Punkt, aber ** war ein Kind dagegen. Ich esse einstweilen im Café. Wie lange es dauert, weiß Gott. In acht bis zehn Tagen erhalte ich wahrscheinlich eine telegraphische Citation nach Berlin und dann ist Spiel und Tanz vorbei. Wenn meine Gegner wüßten, welche Wohlthat sie mir persönlich durch ihren Sieg erweisen würden und wie aufrichtig ich ihn ihnen wünsche! ** thäte dann vielleicht aus Bosheit das Seinige, um mich nach Berlin zu bringen. Du kannst nicht mehr Abneigung gegen die Wilhelmstraße haben, als ich selbst, und wenn ich nicht überzeugt bin, daß es sein muß, so gehe ich nicht. Den König unter Krankheitsvorwänden im Stich zu lassen, halte ich für Feigheit und Untreue. Soll es nicht sein, so wird Gott die Suchenden schon noch einen ** auftreiben lassen, der sich zum Topfdeckel hergiebt, soll es sein, dann voran! wie unsere Kutscher sagten, wenn sie die Leine nahmen. Im nächsten Sommer wohnen wir dann vermutlich in Schönhausen. Hurero! Ich gehe nun in mein großes Himmelsbett, so lang wie breit, als einziges lebendes

Wesen im ganzen Stockwerk, ich glaube, auch im Parterre wohnt niemand.

An den Kriegsminister von Roon.

Paris, 2. Juni 1862.

Ich bin glücklich angekommen, wohne hier wie eine Ratte in der leeren Scheune und bin vor kühlem Regenwetter eingesperrt. Gestern hatte ich feierliche Audienz mit Auffahrt im kaiserlichen Wagen, Ceremonie, aufmarschierten Würdenträgern. Sonst auf kurz und vertraulich, ohne Politik, die auf un de ces jours und Privat-Audienz verschoben wurde. Die Kaiserin sieht sehr gut aus, wie immer. Gestern Abend kam der Feldjäger, brachte mir aber nichts aus Berlin, als einige lederne Dinger von Depeschen über Dänemark. Ich hatte mich auf einen Brief von Ihnen gespitzt. Aus einem Schreiben, welches Bernstorff an Reuß gerichtet hat, ersehe ich, daß der Schreiber auf meinen dauernden Aufenthalt hier und den seinigen in Berlin mit Bestimmtheit rechnet, und daß der König irrt, wenn er annimmt, daß jener je eher je lieber nach London verlange. Ich begreife ihn nicht, warum er nicht ganz ehrlich sagt, ich wünsche zu bleiben oder ich wünsche zu gehen, keins von beiden ist ja eine Schande. Beide Posten gleichzeitig zu behalten ist schon weniger vorwurfsfrei. Sobald ich etwas zu berichten, d. h. den Kaiser unter vier Augen gesprochen habe, werde ich dem Könige eigenhändig schreiben. Ich schmeichle mir noch immer mit der Hoffnung, daß ich Sr. Majestät weniger unentbehrlich erscheinen werde, wenn ich ihm eine Zeit lang aus den Augen bin und daß sich noch ein bisher verkannter Staatsmann findet, der mir den Rang abläuft, damit ich hier noch etwas reifer werde. Ich warte in Ruhe ab, ob und was über mich verfügt wird. Geschieht in einigen Wochen nichts, so werde ich um Urlaub bitten, um meine Frau zu holen, möchte dann aber doch Sicherheit haben, wie lange ich hier bleibe. Auf achttägige Kündigung kann ich mich hier dauernd nicht einrichten. Der Gedanke, mir ein Ministerium ohne Portefeuille zu geben, wird hoffentlich allerhöchsten Ortes nicht Raum gewinnen; bei der letzten Audienz war davon nicht die Rede, die Stellung ist nicht praktisch: nichts zu sagen und alles zu tragen haben, in alles unberufen hineinstänkern, und von jedem abgebissen, wo man wirklich mitreden will. Mir geht Portefeuille über Präsidium, letzteres ist doch nur eine Reservestellung; auch würde ich nicht gern einen Kollegen haben, der halb in London wohnt. Will er nicht ganz dahin ziehen, so gönne ich ihm von Herzen zu bleiben, wo er ist, und halte es nicht für freundschaftlich, ihn zu drängen.

Herzliche Grüße an die Ihrigen. Ihr treuer Freund und bereitwilliger, aber nicht mutwilliger Kampfgenosse, wenn's sein muß, im Winter noch lieber, als — bei der Hitze. von B.

An denselben.

Paris, 9. Juni 1862.

Ich habe Ihren Brief durch Stein (damaligen Militärbevollmächtigten) richtig erhalten, offenbar unerbrochen, denn ich konnte ihn ohne teilweise Zerstörung nicht öffnen. Sie können versichert sein, daß ich durchaus keine Gegenzüge und Manöver mache; wenn ich nicht aus allen Anzeichen ersähe, daß Bernstorff gar nicht daran denkt, auszuscheiden, so würde ich mit Gewißheit erwarten, daß ich in wenig Tagen Paris verließe, um über London nach Berlin zu gehen, und ich würde keinen Finger rühren, um dem entgegenzuarbeiten.

Ich rühre auch so keinen, aber ich kann doch auch nicht den König mahnen, mir Bernstorffs Stelle zu geben, und wenn ich ohne Portefeuille einträte, so hätten wir, Schleinitz eingerechnet, drei auswärtige Minister, von denen jeder Verantwortung gegenüber der eine sich stündlich ins Hausministerium, der andre nach London zurückzuziehen bereit ist. Mit Ihnen weiß ich mich einig, mit Jagow glaube ich es werden zu können, die Fachministerien würden mir nicht Anstoß geben, über auswärtige Dinge aber habe ich ziemlich bestimmte Ansichten, Bernstorff vielleicht auch, aber ich kenne sie nicht und vermag mich in seine Methode und seine Formen nicht einzuleben, ich habe auch kein Vertrauen zu seinem richtigen Augenmaß für die politischen Dinge, er also wahrscheinlich zu dem meinigen auch nicht. So sehr lange kann die Ungewißheit übrigens nicht mehr dauern, ich warte bis nach dem 11., ob der König bei der Auffassung vom 26. v. M. bleibt, oder sich anderweit versorgt. Geschieht bis dahin nichts, so schreibe ich Sr. Majestät in der Voraussetzung, daß mein hiesiges Verhältnis definitiv wird und ich meine häuslichen Einrichtungen danach treffe, mindestens bis zum Winter oder länger hier zu bleiben. Meine Sachen und Wagen sind noch in Petersburg, ich muß sie irgendwo unterbringen, außerdem habe ich die Gewohnheiten eines achtbaren Familienvaters, zu denen gehört, daß man irgendwo einen festen Wohnsitz hat, und der fehlt mir eigentlich seit Juli vorigen Jahres, wo mir Schleinitz zuerst sagte, daß ich versetzt würde. Sie thun mir Unrecht, wenn Sie glauben, daß ich mich sträube, ich habe im Gegenteil lebhafte Anwandlungen von dem Unternehmungsgeist jenes Tieres, welches auf dem Eise tanzen geht, wenn es ihm zu wohl wird. —

Ich bin den Adreßdebatten einigermaßen gefolgt, und habe den Eindruck, daß sich die Regierung in der Kommission, vielleicht

auch im Plenum mehr hergegeben hat, als nützlich war. Was liegt eigentlich an einer schlechten Adresse? Die Leute glauben mit der angenommenen einen Sieg erfochten zu haben. In einer Adresse führt eine Kammer Manöver mit markiertem Feinde und Platzpatronen auf. Nehmen die Leute das Scheingefecht für ernsten Sieg, und zerstreuen sich plündernd und marodierend auf königlichem Rechtsboden, so kommt wohl die Zeit, daß der markierte Feind seine Batterien demaskiert und scharf schießt. Ich vermisse etwas Gemütlichkeit in unserer Auffassung; Ihr Brief atmet ehrlichen Kriegerzorn, geschärft von des Kampfes Staub und Hitze. Sie haben, ohne Schmeichelei, vorzüglich geantwortet, aber es ist eigentlich schade darum, die Leute verstehen kein Deutsch. Unsern freundschaftlichen Nachbar hier habe ich ruhig und behäbig gefunden, sehr wohlwollend für uns, sehr geneigt, die Schwierigkeiten der „Deutschen Frage“ zu besprechen; er kann seine Sympathien keiner der bestehenden Dynastien versagen, aber er hofft, daß Preußen die große, ihm gestellte Aufgabe mit Erfolg lösen werde, die deutsche nämlich, dann werde die Regierung auch im Innern Vertrauen gewinnen. Lauter schöne Worte. Um zu erklären, daß ich mich bisher nicht recht wohnlich einrichte, sage ich den Fragern, daß ich in kurzem einige Monate Urlaub zu nehmen gedenke, um dann mit meiner Frau wiederzukommen.

10. Juni. Die Antwort Sr. Majestät auf die Adresse macht in ihrer zurückhaltenden Gemessenheit einen sehr würdigen Eindruck, und kühl, keine Gereiztheit. Anspielungen auf Schleinitz' Eintritt für Hohenlohe finden sich in mehreren Blättern. Ich gönne es ihm von Herzen, und Hausminister bleibt er dabei doch.

Ich schicke diesen Brief morgen mit dem Feldjäger, der dann in Aachen bleibt, bis er wieder etwas aus Berlin herzubringen bekommt. Meine Empfehlungen an Ihre Damen, den meinigen geht's gut. In alter Treue Ihr

von B.

An seine Schwester.

Paris, 16. Juni 1862.

Mein Barometerstand ist noch immer auf veränderlich, wie seit Jahr und Tag und wird auch wohl noch lange so bleiben, mag ich hier oder in Berlin wohnen. Ruhe ist im Grabe, hoffe ich wenigstens. Seit meiner Abreise habe ich über die ministerielle Frage kein Wort aus Berlin von irgend jemand. ** Urlaub ist abgelaufen und er tritt nicht wieder ein, das wußte ich vorher. Ende Juni warte ich in Ruhe ab; weiß ich dann noch nicht, was aus mir wird, so werde ich eindringlich um Gewißheit bitten, damit ich mich hier einrichten kann. Habe ich Aussicht, bis zum Januar hierzubleiben, so denke ich Johanna im September zu

holen, obschon ein Etablissement auf vier Monate in eigener Häuslichkeit immer sehr provisorisch ist und unbehaglich. Man schlägt bei Aus- und Einpacken ein kleines Vermögen an Glas und Porzellan entzwei.

An den Kriegsminister.

Paris, 22. Juni 1862.

Ich erfahre eben, daß Fr. von L. in einer halben Stunde abreist, und beeile mich, ihr diese Zeilen mitzugeben. Ich hatte vor acht Tagen in einem Privatbrief an Bernstorff den Wunsch durchschimmern lassen, bald etwas mehr Klarheit darüber zu erlangen, ob ich mich hier auf acht Tage, acht Wochen oder acht Monate einrichten könne. Er antwortet mir unter dem 20. Juni, daß er meinen Brief dem Könige vorgelesen, Se. Majestät aber geantwortet habe, daß Sie (S. M.) in diesem Augenblick noch keinen Entschluß fassen können. Bernstorff hat darauf zugeredet, mich zu berufen, und von anderen Kombinationen, mit denen sich die Presse beschäftige, und an deren Realisierung die Beteiligten selbst zu glauben anfangen, abgeraten. Ich sehe danach voraus, daß mein Bleiben sich hier verlängert, und bin sehr zufrieden damit, da ich mir sagen kann, daß ich mich keines Dienstes und keiner Arbeit geweigert habe. Ich denke in dieser Woche auf einige Tage nach London zu gehen, dann vielleicht in Vichy Brunnen zu trinken, in Trouville See zu baden. Nach Preußen komme ich nur, wenn ich gerufen werde, so lange die Ministerkrisis nicht vollständig beseitigt ist. — Herzliche Grüße an die Ihrigen. Sehen Sie Hans Kleist, so sagen Sie, bitte, daß ich zwei Friedrichsdor für Stahls Büste zeichne. In treuer Freundschaft Ihr von B.

An Roon.

Paris, 5. Juli 1862.

Eben komme ich von London zurück. Die Leute sind dort über China und die Türkei sehr viel besser unterrichtet, wie über Preußen. Loftus muß noch mehr Unsinn an seinen Minister schreiben, als ich dachte. Ich finde eben eine Gelegenheit morgen früh nach Berlin, und darum schreibe ich diese Zeilen. Vor zehn Tagen telegraphierte man mir, ich solle den Feldjäger schicken, damit er Depeschen abhole, ich schicke ihn und finde mit Erstaunen, daß er noch nicht zurück ist. Hätte ich das gewußt, so wäre ich noch in London geblieben. Ich werde nun in diesen Tagen um einen Sommerurlaub bitten, nach einem französischen Seebade, wo ich dann aber erst Ende Juli eintreffe, vorher möchte ich nach dem Süden von Frankreich und auf einen Tag nach Neapel, wo ich noch nie gewesen bin. Hier ist gar nichts los. Der Kaiser geht morgen in verschiedene Departements, am 11. nach Vichy, ihm

dahin zu folgen, scheint mir etwas zudringlich, der Minister geht auch fort, und was soll ich dann noch hier? Die Ministerialräte unterstehen sich hier kein Wort über Politik zu reden, und wenn ich länger hier noch wohne, so muß ich mich definitiv einrichten, mit Frau, Pferden und Dienern; ich weiß schon nicht was und worauf ich zu Mittag essen soll . . . Habe ich meine Sachen erst hier, so ziehe ich in den nächsten zwölf Monaten sicher nicht nochmals um, es sei denn nach Schönhausen. Diese Ungewißheit, dieses „nicht wohnen“ kann ich auf die Länge nicht aushalten, dazu bin ich nicht Fähnrich genug. Jetzt bin ich zu schläfrig, ich gehe herzlich grüßend zu Bett. Treu der Ihrige

von Bismarck.

An seine Gemahlin.

Paris, 14. Juli 1862.

Auf mein Urlaubsgesuch habe ich heute von B. die Antwort erhalten, der König könne sich noch nicht entschließen, ob er mir Urlaub gäbe, weil dadurch die Frage, ob ich das Präsidium übernehme, noch sechs Wochen in der Schwebe gehalten würde und ich möchte schreiben, ob ich es für nützlich hielte, in der jetzigen Kammersession noch einzutreten, und wann? und ob ich nicht vor Antritt meines Urlaubs nach Berlin kommen wollte. Letzteres werde ich nach Möglichkeit ablehnen, vorschlagen, mich bis zum Winter ruhig hier zu lassen und dann einstweilen, übermorgen oder Donnerstag, nach Trouville gehen, westlich von Havre an der See, und dort den Winter abwarten. Ich kann von da immer in 5 Stunden hier sein.

An Roon.

Paris, 15. Juli 1862.

Ich habe mir neulich viele Fragen darüber vorgelegt, warum Sie telegraphisch sich erkundigten, ob ich Ihren Brief vom 26. v. M. erhalten hätte. Ich habe nicht darauf geantwortet, weil ich etwas Neues über den Hauptgegenstand nicht geben, sondern nur empfangen konnte. Seitdem ist mir ein Kurier zugegangen, der mir seit vierzehn Tagen telegraphisch angemeldet war und in dessen Erwartung ich acht Tage zu früh von England zurückkam. Er brachte einen Brief von Bernstorff, in Antwort auf ein Urlaubsgesuch von mir. Ich bin jetzt hier überflüssig, weil kein Kaiser, kein Minister, kein Gesandter mehr hier ist. Ich bin nicht sehr gesund, und diese provisorische Existenz mit Spannung auf „ob und wie“ ohne eigentliche Geschäfte beruhigt die Nerven nicht. Ich ging meiner Ansicht nach auf zehn bis vierzehn Tage her und bin nun sieben Wochen hier, ohne zu wissen, ob ich in 24 Stunden noch hier wohne. Ich will mich dem Könige nicht aufdrängen, indem ich in Berlin vor

Anker liege und gehe nicht nach Hause, weil ich fürchte, auf der Durchreise durch Berlin im Gasthof auf unbestimmte Zeit angenagelt zu werden. Aus Bernstorffs Brief ersehe ich, daß es dem Könige vor der Hand nicht gefällt, mir das Auswärtige zu übertragen, und daß Seine Majestät sich noch nicht über die Frage schlüssig gemacht hat, ob ich an Hohenlohes Stelle treten soll, diese Frage aber auch nicht durch Erteilung eines Urlaubes auf sechs Wochen negativ präjudizieren will. Der König ist, wie mir Bernstorff schreibt, zweifelhaft, ob ich während der gegenwärtigen Session nützlich sein könne, und ob nicht meine Berufung, wenn sie überhaupt erfolgt, zum Winter aufzuschieben sei. — Unter diesen Umständen wiederhole ich heute mein Gesuch um sechs Wochen Urlaub, was ich mir wie folgt motiviere: Einmal bin ich wirklich einer körperlichen Stärkung durch Berg- und Seeluft bedürftig, wenn ich in die Galeere eintreten soll, so muß ich etwas Gesundheitsvorrat sammeln und Paris ist mir bis jetzt schlecht bekommen mit dem Hundebummelleben als garçon. Zweitens muß der König Zeit haben, sich ruhig aus eigener Bewegung zu entschließen, sonst macht Se. Majestät für die Folgen die verantwortlich, die ihn drängen. Drittens will Bernstorff jetzt nicht abgehen, der König hat ihn wiederholt aufgefordert zu bleiben und erklärt, daß er mit mir wegen des Auswärtigen gar nicht gesprochen habe, die Stellung als Minister ohne Portefeuille finde ich aber nicht haltbar. Viertens kann mein Eintritt, der jetzt zwecklos und beiläufig erscheinen würde, in einem späteren Moment als eindrucksvolles Manöver verwertet werden.

Ich denke mir, daß das Ministerium allen Streichungen im Militäretat ruhig und deutlich opponiert, aber keine Krisis über dieselben herbeiführt, sondern die Kammer das Budget vollständig durchberaten läßt. Das wird, wie ich annehme, im September geschehen sein. Dann geht das Budget, von dem ich voraussetze, daß es für die Regierung nicht annehmbar ist, an das Herrenhaus, falls man sicher ist, daß die verstümmelte Budgetvorlage dort abgelehnt wird. Dann, oder andernfalls schon vor der Beratung im Herrenhause, könnte man es mit einer Königlichen Botschaft, welche mit sachlicher Motivierung die Zustimmung der Krone zu einem derartigen Budgetgesetz verweigert, an die Abgeordneten zurückgeben, mit der Aufforderung zu neuer Beratung. Eine 10 tägige Vertagung des Landtages würde vielleicht in diesem Punkte oder schon früher einzuschalten sei. Je länger sich die Sache hinzieht, desto mehr sinkt die Kammer in der öffentlichen Achtung, da sie den Fehler begangen hat und noch weitere begehen wird, sich in Kleinigkeiten zu verbeißen, und da sie keinen Redner hat, der nicht die Langeweile des Publikums vermehrte. Kann man sie dahin bringen, daß sie sich in solche Lappalie, wie die Kontinuität des Herrenhauses

verbeißt und darüber Krieg anfängt und die Erledigung der eigentlichen Geschäfte verschleppt, so ist es ein Glück. Sie wird müde werden, hoffen, daß der Regierung der Atem ausgeht. Wenn sie mürbe wird, fühlt, daß sie das Land langweilt, dringend auf Konzessionen seitens der Regierung hofft, um aus der schiefen Stellung erlöst zu werden, dann ist meines Erachtens der Moment gekommen, ihr durch meine Ernennung zu zeigen, daß man weit entfernt ist, den Kampf aufzugeben, sondern ihn mit frischen Kräften aufnimmt. Das Zeigen eines neuen Bataillons in der ministeriellen Schlachtordnung macht dann vielleicht einen Eindruck, der jetzt nicht erreicht würde; besonders wenn vorher etwas mit Redensarten von Oktroyieren und Staatsstreicheln gerasselt wird, so hilft mir meine alte Reputation von leichtfertiger Gewaltthätigkeit und man denkt „nun geht's los".

Dann sind alle Zentralen und Halben zum Unterhandeln geneigt. Das alles beruht mehr auf instinktivem Gefühl, als daß ich beweisen könnte, es sei so; und ich gehe nicht so weit, zu irgend etwas, das mir der König befiehlt, deshalb auf eigene Faust „Nein" zu sagen. Wenn ich aber um meine Ansicht gefragt werde, so bin ich dafür, noch einige Monate hinter dem Busch gehalten zu werden.

Vielleicht ist dies alles Rechnung ohne den Wirt, vielleicht entschließt sich Se. Majestät niemals dazu, mich zu ernennen, denn ich sehe nicht ein, warum es überhaupt geschehen sollte, nachdem es seit sechs Wochen nicht geschehen ist. Daß ich aber hier den heißen Staub von Paris schlucken, in Cafés und Theatern gähnen, oder mich in Berlin wieder als politischer Dilettant ins Hotel Royal einlagern soll, dazu fehlt aller Grund, die Zeit ist besser im Bade zu verwenden.

Ich bin doch erstaunt von der politischen Unfähigkeit unserer Kammern, und wir sind doch ein sehr gebildetes Land! Ohne Zweifel zu sehr, die anderen sind bestimmt auch nicht klüger als die Blüte unserer Klassenwahlen, aber sie haben nicht dieses kindliche Selbstvertraun, mit dem die unsrige ihre . . . Unfähigkeit in voller Nacktheit als mustergiltig an die Öffentlichkeit bringen. Wie sind wir Deutschen doch in den Ruf schüchterner Bescheidenheit gekommen! Es ist keiner unter uns, der nicht vom Kriegführen bis zum Hundeflöhen alles besser verstände, als sämtliche gelernte Fachmänner, während es doch in anderen Ländern viele giebt, die einräumen, von manchen Dingen weniger zu verstehen als andere und deshalb sich bescheiden und schweigen. 16. Juli. Ich muß heut schleunigst schließen, nachdem meine Zeit von anderen Geschäften fortgenommen ist. Mit herzlichen Empfehlungen an die Ihrigen bin ich in alter Treue Ihr

von Bismarck.

An seine Gemahlin.

Bayonne, 29. Juli 1862.

Ich kann nicht sagen, daß ich mich langweile, eine Menge neuer Eindrücke sprechen mich an, aber ich komme mir doch wie ein Verbannter vor und bin mit meinen Gedanken mehr an der Kamenz, als am Adour. Deutsche Zeitungen habe ich seit sechs Tagen nicht gesehen und vermisse sie auch nicht.

An Frau von Bismarck.

San Sebastian, 1. August.

Morgen oder übermorgen gehe ich nach Bayonne zurück, bleibe aber einige Tage noch in Biarritz, wo es nicht so schön am Strande ist, wie hier, aber doch hübscher als ich dachte, und civilisierter zu leben. Von Berlin und Paris höre ich zu meiner Beruhigung kein Wort.

Biarritz, 4. August.

Ich sah mir heut einen Reiseplan an, wie ich von hier, d. h. von Toulouse per Eisenbahn über Marseille nach Nizza gelange, dann zu Schiff nach Genua, von dort über Venedig, Triest, Wien, Breslau, Posen, Stargard nach Köslin! wenn nur Berlin erst passierbar ist. Jetzt kann ich nicht gut daran vorbeifahren.

Luchon, 9. September.

Von Berlin weiß ich garnichts, habe seit 14 Tagen keine Zeitung gelesen, und mein Urlaub ist um. Ich erwarte in Toulouse einen Brief von ** und daß man mich nach Berlin citiert, ohne bestimmte Entscheidung.

An den Kriegsminister.

Trouville, 12. September 1862.

Meine Kreuz- und Querzüge in den Pyrenäen haben gemacht, daß ich Ihren Brief vom 31. August erst heute hier vorfinde. Ich hatte auch auf einen von Bernstorff gehofft, der mir vor vier Wochen schrieb, daß sich im September die Frage wegen des Personenwechsels jedenfalls entscheiden müsse. Ihre Zeilen lassen mich leider vermuten, daß die Ungewißheit um Weihnachten noch dieselbe sein wird wie jetzt. Meine Sachen liegen noch in Petersburg und werden dort einfrieren, meine Wagen sind in Stettin, meine Pferde bei Berlin auf dem Lande, meine Familie in Pommern, ich selbst auf der Landstraße.

Ich gehe jetzt nach Paris zurück, obschon ich dort weniger wie je zu thun habe, mein Urlaub ist aber um. Mein Plan ist nun, Bernstorff vorzuschlagen, daß ich nach Berlin komme, um das weitere mündlich zu besprechen. Ich habe das Bedürfnis einige

Tage in Reinfeld zu sein, nachdem ich die Meinigen seit dem 8. Mai nicht gesehen habe. Bei der Gelegenheit muß ich ins Klare kommen. Ich wünsche nichts lieber als in Paris zu bleiben, nur muß ich wissen, daß ich Umzug und Einrichtung nicht auf einige Wochen und Monate bewirke, dazu ist mein Hausstand zu groß, ich habe mich niemals geweigert, das Präsidium ohne Portefeuille anzunehmen, sobald es der König befiehlt, ich habe nur gesagt, daß ich die Einrichtung für eine unzweckmäßige halte. Ich bin noch heut bereit, ohne Portefeuille einzutreten, aber ich sehe gar keine ernstliche Absicht dazu. Wenn mir Se. Majestät sagen wollte, am 1. November, oder 1. Januar, oder 1. April — so wüßte ich, woran ich wäre, und bin wahrlich kein Schwierigkeitsmacher, ich verlange nur $^{1}/_{100}$ der Rücksicht die Bernstorff so reichlich gewährt wird. In dieser Ungewißheit verliere ich alle Lust an den Geschäften, und ich bin Ihnen von Herzen dankbar für jeden Freundschaftsdienst, den Sie mir leisten, um ihr ein Ende zu machen. —

Ich hatte nicht gehört, daß der König zum 13. nach Karlsruhe geht. Ich würde Se. Majestät dort nicht mehr treffen, wenn ich mich hinbegeben wollte, auch weiß ich aus Erfahrung, daß solche ungerufene Erscheinungen nicht willkommen sind, der Herr schließt daraus auf ehrgeizig drängende Absichten bei mir, die mir weiß Gott fern liegen.

Ich bin so zufrieden Sr. Majestät Gesandter in Paris zu sein, daß ich nichts erbitten möchte, als die Gewißheit, es wenigstens bis 1875 zu bleiben. Schaffen Sie mir diese oder jene andere Gewißheit, und ich male Engelsflügel um Ihre Photographie! —

Was verstehen Sie unter „Ende dieser Session?" Läßt sich das so bestimmt voraussehen, wird sie nicht in die Wintersession ohne Pause übergehen? und kann man die Kammern schließen ohne Resultat über das Budget? Ich will die Frage nicht gerade verneinen, es kommt auf den Feldzugsplan an. Ich reise eben nach Montpellier ab, von dort über Lyon nach Paris. Bitte schreiben Sie mir dahin und grüßen Sie herzlich die Ihrigen. In treuer Freundschaft

Ihr

von B.

An Frau von Bismarck.

Toulouse, 12. September 1862.

Durch fehlerhafte Einrichtung von meiner Seite und Postpedanterie war ich etwas mit Deinen Briefen auseinander gekommen, und bin sehr erfreut und dankbar, hier deren vier von Deiner lieben Hand mit guten Nachrichten zu finden. Ich hatte

auch einen von ** mit Klarheit über die Zukunft erwartet, erhielt aber nur den von **. Ich hatte keine Ahnung von des Königs Reise nach Doberan und Karlsruhe, ich habe in glücklichem Vergessen der Welt Berge und Wälder durchstreift und bin etwas bedrückt, mich seit 6 Wochen zum ersten Mal wieder in einer großen Stadt zu finden. Ich gehe einstweilen heut mit ** bis Montpellier, und muß mich noch besinnen, ob ich von dort zunächst nach Paris zurück gehe, um mich mit Sachen zu versehen, oder ob ich ** bis Genf begleite und von dort direkt nach Berlin fahre. Mein Urlaub ist um, ** schreibt, daß der König den 9. in Karlsruhe ist, nach Deinem Brief erst den 13. Es würde das beste sein, wenn ich von hier den Urlaub auf weitere — Wochen nach Pommern erbitte und in Paris die Antwort, sowie die Rückkehr des Königs nach Berlin erwarte, ehe ich reise; denn Gewißheit ist jetzt nötig, oder ich nehme Knall und Fall meinen Abschied. Ich bin in dieser Minute noch nicht im stande, mich zu entschließen, ich will erst etwas spazieren gehen, dabei wird mir wohl einfallen, wie ich es machen muß.

Drei Tage später, also am 15. September, übergab der Concierge dem Hotelgast ein Telegramm aus Berlin. Es kam vom Kriegsminister von Roon und lautete: „Kommen Sie sofort nach Berlin."

In sehr viel späterer Zeit (1893) erzählte Bismarck:

„Als ich, aus Paris vom König berufen, am 19. September 1862 nach Berlin kam und Audienz bei ihm erlangte, da hatte er bereits seine Abdankung unterzeichnet! Die Urkunde lag vor ihm, als ich eintrat, und er mir sein Ministerium anbot. Er war Willens, den Kronprinzen rufen zu lassen, und die Abdankungsurkunde und die Regierung in dessen Hand zu legen, falls ich mich dem königlichen Rufe versagte! Ich aber sagte sofort zu. „Ja, wollen Sie denn auch gegen die Majorität des Landes Ihr Amt antreten und führen?" fragte mich der König. „Ja", erwiderte ich. „Und auch ohne Budget?" „Ja, Majestät." Nun zerriß er die Abdankungsurkunde und später auch ein Programm von 16 Seiten, welches er entworfen hatte, um meinem „Junkertum" einige Zügel anzulegen, und war wieder voller Mut und Hoffnung. Aber ein vierzehntägiger Aufenthalt in Baden-Baden bei seiner Gemahlin veränderte seine Stimmung wieder durchaus. Er schrieb mir äußerst niedergeschlagen. Ich reiste ihm bis Jüterbog entgegen, dessen Bahnhof damals noch gar nicht fertig war. Als ich ankam, war alles dunkel. Niemand wußte Bescheid, nicht

einmal ob der König komme. Ich setzte mich auf eine umgestülpte Karre und wartete auf den Zug, mit dem der König kommen wollte. Der Zug fuhr ein. Immer noch kein Licht. Ich lief den Zug entlang. Niemand wollte vom König wissen. Es war ein gewöhnlicher Zug — damals fuhr man noch nicht im Sonderzug, wie mans jetzt nennt — endlich fand ich den König in einem Koupee erster Klasse. Er war fast noch gebeugter, nach den zwei Wochen Baden-Baden, als zuvor. Seine Gemahlin hatte ihn beim Rüffel der Weltgeschichte gefaßt. Ich faßte ihn nun beim preußischen Portepee. „Ja, was soll denn werden?" fragte er mich. „Ich sehe weit genug von meinem Schlosse, um auf dem Platz davor Ihr Haupt fallen zu sehen, und dann fällt das meinige." — „Nun, was mich betrifft, Majestät, kann ich mir denn einen schöneren Tod denken, als diesen und den auf dem Schlachtfelde? Ich würde dann fallen wie Lord Strafford und Eure Majestät nicht wie ein Ludwig der Sechzehnte, sondern wie ein Karl der Erste. Das ist doch eine ganz anständige historische Figur." „Et après?" fragte er. „Würden Eure Majestät als Kompagnieführer denn Ihre Kompagnie im Gefecht im Stiche lassen wollen?" fragte ich zurück. „Nein!" rief er, gerade und fest aufspringend. Damit habe ich ihn wiedergewonnen. Das preußische Portepee hatte gesiegt! — So ernst waren jene Tage und soviel hat mein hoher Herr für die Grundlage der deutschen Wehrverfassung gewagt und gethan, die jetzt in Frage gestellt wird."

Das Debüt des Ministers.

Als am 29. September zum ersten Male Herr von Bismarck vor das Abgeordnetenhaus trat, verkündete er im Allerhöchsten Auftrage die Zurückziehung des Staatshaushalts für 1863 und motivierte diesen Schritt mit folgenden Worten:

„Nachdem das hohe Haus alle in der Reorganisation des Heeres beruhenden Ausgaben aus dem Etat von 1862 abzusetzen beschlossen hat, muß die Königliche Regierung annehmen, daß dieselben Beschlüsse sich bezüglich des Etats für 1863 unverändert wiederholen werden, wenn derselbe gegenwärtig zur Beratung gelangt. Da die Königliche Regierung ihrerseits ebenfalls an den Auffassungen festhält, welche durch ihre Organe bei Beratung des Budgets für 1862 vertreten worden sind, so steht zu gewärtigen, daß die Ergebnisse einer sofortigen Beschlußnahme über den Etat von 1863 der zukünftigen Erledigung der streitigen Fragen nicht förderlich sein, sondern die Schwierigkeiten der-

selben erheblich vermehren werden. Die bisherigen Verhandlungen haben außerdem herausgestellt, daß eine den Bedürfnissen des Landes entsprechende Feststellung des Budgets erst durch die von der Königlichen Regierung für die nächste Sitzungsperiode in Aussicht genommene Verständigung über ein anderweites Gesetz hinsichtlich der Verpflichtung zum Kriegsdienste ermöglicht werden kann.

Die Königliche Regierung beabsichtigt nicht, den Grundsatz aufzugeben, das die Etats in Zukunft zeitig genug vorgelegt werden, um ihre Feststellung vor dem Beginn des Jahres, für welches sie bestimmt sind, möglich zu machen. Sie hält nur in dem gegenwärtigen Falle für ihre Pflicht, die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen, als sie ohnehin sind. Sie wird im Beginne der nächsten Sitzungsperiode den Etat für 1863 in Verbindung mit einem die Lebensbedingungen der eingetretenen Heeresreform aufrechterhaltenden Gesetzentwurf zur Regelung der allgemeinen Wehrpflicht und demnächst rechtzeitig den Etat für 1864 dem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorlegen."

Am 30. September erscheint Herr von Bismarck in der Budgetkommission, um hinsichtlich der ohne Genehmigung des Abgeordnetenhauses bereits gemachten Ausgaben eine Verständigung anzubahnen. Hier sprach er jene geflügelten Worte, welche von ganz Europa mit einigem Staunen aufgenommen wurden: „Der Konflikt wird zu tragisch aufgefaßt und von der Presse zu tragisch dargestellt. Die Regierung sucht keinen Kampf. Kann die Krisis mit Ehren beseitigt werden, so bietet die Regierung gern die Hand dazu. Preußen hat die Vorliebe, eine zu starke Rüstung für seinen schmalen Leib zu tragen; es muß aber seine Rüstung auch nützen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf Preußens Macht; Bayern, Württemberg und Baden mögen dem Liberalismus huldigen; darum wird ihnen doch Niemand Preußens Rolle anweisen. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einigemale verpaßt ist. Preußens Grenzen, wie sie die Wiener Verträge geschaffen haben, sind zu einem gesunden Staatskörper nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut." Einem fortschrittlichen Abgeordneten, der neben ihm saß, zeigte er einen Olivenzweig, den er aus seiner Brieftasche herausgezogen hatte, mit den Worten: „Diesen Olivenzweig habe ich in Avignon gepflückt, um ihn der Volkspartei als Friedenszeichen anzubieten; ich sehe jedoch, daß es noch

nicht Zeit dazu ist.“ Infolge der Äußerung Bismarcks über die schlechten geographischen Verhältnisse Preußens und über die Entscheidung durch Eisen und Blut, sprach man in gewissen Kreisen Berlins schon von einem preußisch-französisch-russischen Bündnis und von der Bereitwilligkeit Bismarcks, „zur Realisierung der französischen Pläne in Bezug auf den Rhein die Hand zu bieten.“

Die Budgetkommission fand sich veranlaßt, der Erklärung der Regierung folgende Resolutionen entgegenzustellen:

1) Die Königliche Staatsregierung wird aufgefordert, den Etat für 1863 dem Hause der Abgeordneten zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme so schleunig vorzulegen, daß die Feststellung desselben noch vor dem 1. Januar 1863 erfolgen kann;

2) es ist verfassungswidrig, wenn die Königliche Staatsregierung eine Ausgabe verfügt, welche durch einen Beschluß des Hauses der Abgeordneten definitiv und ausdrücklich abgelehnt ist.

Herr von Vincke schlug dem Hause vor, gestützt auf Erwägungen, welche allerdings den prinzipiellen Auffassungen und Erklärungen der Regierung entgegentraten, zu erklären:

Daß die Staatsregierung, abgesehen von den in Ansehung des Etats von 1862 zu gewärtigenden weiteren Vorlagen, falls sich die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das nächste Jahr nicht noch vor dem 1. Januar 1863 herbeiführen läßt, zur Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände verpflichtet ist, noch vor Ablauf des Jahres 1862 die Bewilligung eines vorläufigen, extraordinären Kredits bei der Landesvertretung zu beantragen.

In der Sitzung vom 7. Oktober erklärte der Ministerpräsident die Geneigtheit der Regierung, auf diesen Antrag seinem materiellen Inhalte nach einzugehen, ohne sich jedoch seine Motive anzueignen. Die Erklärung lautete in ihren wesentlichsten Sätzen:

„Die Resolution Ihrer Kommission ist bestimmt, die Antwort zu bilden auf unsere Zurückziehung der Budgetvorlage für 1863. Wie die Regiernng bei letzterer erklärt und der Abgeordnete für Stargard gestern entwickelt hat, glaubte die Königliche Regierung, indem sie die Verhandlungen über den Etat für 1863 vertagte, in versöhnlicher Weise die künftige Ausgleichung zu erleichtern. Die Resolution weist die dargebotene Hand zurück, sie beantwortet den Vorschlag zum Waffenstillstand mit einer Herausforderung zu schleuniger Fortsetzung des Streites. Die Regierung nimmt von dieser Thatsache Akt, ohne sich durch dieselbe in ihren Entschließungen zur Herstellung des Einvernehmens der verfassungsmäßigen Gewalten beirren zu lassen. Sie wird die von ihr am 29. v. M. gegebenen Zusagen

inne halten und befindet sich hinsichts der regelmäßigen Vorlage der Etats in keiner prinzipiellen Meinungsverschiedenheit mit dem Hause. Sie hat zuerst in Abweichung von dem 12jährigen Usus den Etat für 1863 zeitiger vorgelegt, dasselbe für 1864 in Aussicht gestellt und für die Zukunft zugesagt. Die Streitfrage, welche uns beschäftigt, enthält zwei nicht notwendig zusammenhängende Momente, das der Militärorganisation, und das der Verfassungsfrage über die Kompetenz der verschiedenen Staatsgewalten bei Feststellung des Budgets. Die letztere wurde vor 12 Jahren in und zwischen beiden Häusern und der Regierung verhandelt, ohne ausgetragen zu werden.

Ich glaube, daß die damals nicht erreichte Lösung dieser Prinzipienfrage auch jetzt weder im Wege dialektischen Streites und persönlicher Vorwürfe gelingen, noch durch die beantragte Resolution gefördert werden wird. Rechtsfragen der Art pflegen nicht durch Gegenüberstellung widerstreitender Theorien, sondern nur allmählich durch die staatsrechtliche Praxis erledigt zu werden.

Nachdem in der Kommission die Haltung angedeutet worden ist, welche die Königliche Regierung annehmen würde, wenn sie eine praktische Verständigung nicht zu erreichen vermag, verspricht sie sich für letztere keinen Gewinn, wenn sie mit derselben polemischen Schärfe, welche die gestrigen Vorträge charakterisierte, die Theorie der Theorie, die Interpretation der Interpretation gegenüberstellen wollte. Dazu wird die Zeit kommen, wenn die Aussicht auf eine friedlichere Ausgleichung geschwunden sein sollte.

Das Amendement des Herrn von Vincke wurde uns erst während der gestrigen Sitzung bekannt, und da wir aus demselben die Hoffnung schöpften, einen Anknüpfungspunkt zur Vermittelung gewinnen zu können, so wünschte das Ministerium eine Vertagung der Verhandlung, um sich über seine Stellung zu dem Amendement schlüssig zu machen. Demzufolge erlaube ich mir die Erklärung abzugeben, daß die Königliche Regierung in der Annahme des Vinckeschen Amendements ein Unterpfand für die entgegenkommende Aufnahme ihrer Bemühungen zur Verständigung erblicken und, wenn die Annahme erfolgt, Vorschläge machen wird, welche auf den Antrag eingehen, ohne sich dessen Motive anzueignen und ohne die Frage wegen der verfassungsmäßigen Verpflichtung zu produzieren. Die im Amendement für 1862 in Aussicht genommenen Schritte würden erst dann den erforderlichen Boden finden, wenn ersichtlich wäre, daß ein Gesetz zur Feststellung des Staatshaushaltsetats nicht rechtzeitig zustande käme."

Auch diese Erklärung fand nicht die gehoffte Aufnahme, vielmehr wurde das Vinckesche Amendement verworfen.

Herr von Bismarck schreibt an demselben Tage an seine Gemahlin:

„Am Kammertisch, mit einem Redner, der mir Sottisen sagt, auf der Tribüne vor mir, zwischen einer abgegebenen und einer abzugebenden Erklärung, gebe ich Nachricht von meinem Wohlbefinden. Arbeit ist viel, etwas müde, nicht genug Schlaf, aller Anfang ist schwer; mit Gottes Hilfe wird es besser werden; es ist ja auch so recht gut, nur das Leben auf dem Präsentierteller ist unbehaglich. Wenn Roon und die Fuchsstute nicht wären, so würde ich mir etwas vereinsamt vorkommen, obwohl ich nie allein bin."

Am 8. Oktober erfolgte die definitive Ernennung des Herrn von Bismarck zum Präsidenten des Staatsministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Am 10. Oktober schrieb Bismarck an seine Gemahlin:

„Die Arbeitslast wächst hier täglich. Heute von 8 bis 11 Diplomatie, von 11 bis 2½ verschiedene streitsüchtige Ministerkonferenzen, dann bis 4 Uhr Vortrag beim König, von ¼ bis ¾ Galopp im Wagen bis Hippodrom, um 5 Uhr zur Tafel, von 7 bis 10 Uhr Arbeit aller Art, aber gesund mit starkem Durst ..."

An seine Schwester in Kröchlendorf:

„So gute Blutwurst aß ich nie und so gute Leber nur selten; mögen Deine Schlachtthaten an Dir gesegnet werden; ich frühstücke seit drei Tagen davon."

Das Budget für 1862 war inzwischen in der verkürzten Gestalt, welche das Abgeordnetenhaus beschlossen hatte, mit Beseitigung aller Ausgaben der thatsächlich bestehenden Reorganisation ins Herrenhaus gelangt. Dort walteten, da das Haus verfassungsmäßig nur das Recht hat, Staatshaushaltsetats im Ganzen anzunehmen oder abzulehnen, ebenso große Bedenken ob, den Etat anzunehmen, als überhaupt abzulehnen. Die Absicht ging daher zuförderst dahin, dem Abgeordnetenhause nochmals Gelegenheit zur Erwägung und etwaigen Abänderung jenes unausführbaren Beschlusses zu geben. Ein Theil des Hauses wollte zu dem Zwecke vor definitiver Beschlußnahme erst noch eine ausdrückliche Resolution behufs weiteren Benehmens mit dem Abgeordnetenhause gefaßt wissen, ein anderer Teil wollte unter Ablehnung des Etats, wie er dort beschlossen war durch gleichzeitige Annahme des ursprünglichen Regierungsentwurfs die Stellung des Herrenhauses zu den streitigen Fragen und zur Regierung klar und positiv bezeichnen und zugleich dem Abgeordnetenhause Anlaß zur nochmaligen Beratung geben. Die Staatsregierung, welche in den Vorberatungen namentlich jenen ersten Weg zu einer etwaigen weiteren Ver-

ständigung mit dem Abgeordnetenhause nicht von der Hand gewiesen hatte, konnte sich nach der inzwischen erfolgten Annahme obiger Resolutionen ein günstiges Ergebnis von erneuerten Verhandlungen nicht mehr versprechen.

Bei der Eröffnung der Plenarberatungen im Herrenhause sprach der Ministerpräsident unumwunden aus:

„Nach dieser Resolution vermag die Königliche Staatsregierung sich von einer Fortsetzung des von ihr versuchten Vermittlungsverfahrens einen Erfolg gegenwärtig nicht zu versprechen, muß vielmehr von einer Erneuerung der Verhandlung nur eine Verschärfung der prinzipiellen Gegensätze gewärtigen, welche die Verständigung für die Zukunft erschweren würde.“

Das Herrenhaus lehnte in Gemäßheit des Graf Arnimschen Antrags den Staatshaushaltsetat, wie ihn das andere Haus beschlossen hatte, ab und stimmte gleichzeitig dem Regierungsentwurf zu.“

Rede des Ministerpräsidenten von Bismarck vom 13. Oktober 1862:

„Erlauchte, edle und geehrte Herren, von beiden Häusern des Landtags!

Die Regierung Seiner Majestät des Königs hat Ihnen bei dem Beginn Ihrer Beratungen die Gründe dargelegt, welche sie bewegen mußten, Ihre Thätigkeit nur für die Erledigung der dringendsten Angelegenheiten in Anspruch zu nehmen. Die Ihnen gemachten Vorlagen haben sich daher vornehmlich auf die Finanzgesetze für die laufende Verwaltung, auf eine Reihe von Staatsverträgen und mehrere Gesetzentwürfe beschränkt, deren baldige Genehmigung im Interesse der materiellen Wohlfahrt des Landes wünschenswert erschien.

Unter den vorgelegten Verträgen ist der mit Frankreich abgeschlossene Handels- und Schiffahrtsvertrag von hervorragender Wichtigkeit. In der einmütigen Zustimmung, welche Sie demselben, sowie dem Gesetze über die Eingangs- und Ausgangsabgaben erteilt haben, erkennt die Regierung Seiner Majestät des Königs eine Bürgschaft dafür, daß die wirtschaftlichen Grundsätze, auf welchen der Vertag beruht, fortan die Grundlage der Handelspolitik Preußens bilden werden. Diese in der Notwendigkeit der Entwickelung des freien Verkehrs begründete Politik ist dem preußischen Staate durch seine Interessen und seine Traditionen vorgezeichnet und auch von einem Teile seiner Zollverbündeten, als dem Bedürfnisse des gesamten Zollvereins entsprechend, bereits anerkannt.

Zur Sicherung und Erweiterung unseres Handels mit dem Auslande werden die von Ihnen genehmigten Verträge mit Japan, China,

Siam, der Pforte und Chili beitragen, während die Ablösung des Stader Zolles und die Einstellung der Erhebung der Moselschiffahrtsabgaben dem innern wie dem äußern Verkehr zum Vorteil gereichen.

Durch das Gesetz wegen Aufhebung des Ortsbriefbestellgeldes ist dem brieflichen Verkehr eine erwünschte Erleichterung zugewendet worden.

Das Gesetz über die Bergwerksabgaben gewährt dem inländischen Bergbau eine wesentliche Unterstützung, und es steht zu erwarten, daß derselbe mit dieser Aufhilfe eine erhöhte Kräftigung gewinnen und damit die Besorgnisse wegen einer erweiterten Konkurrenz der ausländischen Berg- und Hütteníndustrie sich zerstreuen werden.

Durch die Bewilligung der Mittel zur Herstellung der Eisenbahnen von Küstrin nach Berlin, von Kohlfurt und Görlitz nach Waldenburg, sowie durch die Gewährung der Zinsgarantie für die Anlage einer Eisenbahn von Halle nach Heiligenstadt und Kassel, ist die Ausführung wichtiger Eisenbahnverbindungen ermöglicht, welche den allgemeinen Verkehr fördern und zur Hebung des Wohlstandes in mehreren der Aufschließung neuer Erwerbsquellen bedürftigen Landesteilen beitragen werden.

Den mit den Regierungen der Herzogtümer Sachsen-Koburg-Gotha und Sachsen-Altenburg und des Fürstentums Waldeck abgeschlossenen Militärkonventionen haben Sie Ihre Zustimmung gewährt, indem Sie sich mit dem Bestreben der Regierung einverstanden erklärten, auf diesem Wege den Mängeln der deutschen Bundeskriegsverfassung wenigstens zu einem Teile abzuhelfen.

Wenn dagegen bei dem Gesetzentwurf über das Paßwesen eine Übereinstimmung der beiden Häuser des Landtags nicht hat erreicht werden können, so bleibt zu bedauern, daß die damit bezweckte Reform einen Aufschub erleidet. Die Regierung Sr. Majestät wird jedoch im Verwaltungswege die zulässigen, den gegenwärtigen Verhältnissen des Reiseverkehrs entsprechenden Erleichterungen herbeiführen.

Die Regierung Sr. Majestät des Königs hat zu beklagen, daß die Beratungen über den Staatshaushaltsetat für das Jahr 1862 zu einer gesetzlichen Feststellung desselben nicht geführt haben. Sie glaubt seit dem Beginn der Session ihre Bereitwilligkeit bethätigt zu haben, auf alle Anträge der Landesvertretung, welche sie ohne Benachteiligung wesentlicher Staatsinteressen für ausführbar halten durfte, einzugehen. In diesem Bestreben wurde der Staatshaushaltsetat für das laufende Jahr in einer sehr ausgedehnten Spezialität der Titel und zugleich der Etat für das Jahr 1863, damit auch dieser noch vor Ablauf des Jahres festgestellt werden könnte, vorgelegt. Durch den Fortfall der Steuerzuschläge sind die Lasten des Landes auf das frühere Maß zurückgeführt, und dieser Ausfall der Staatseinnahmen vornehmlich

durch eine erhebliche Ermäßigung der Militärausgaben ausgeglichen worden.

Dagegen hat die Regierung Sr. Majestät des Königs den Beschlüssen des Hauses der Abgeordneten, nach welchen die größtenteils bereits verwendeten Kosten der Reorganisation des Heeres und andere unentbehrliche Ausgaben für das laufende Jahr abgesetzt werden sollten, nicht beitreten können. Sie würde sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie die auf Grund der früheren Bewilligungen der Landesvertretung ausgeführte Umformung der Heeresverfassung unter Preisgebung der dafür gebrachten beträchtlichen Opfer und mit Beeinträchtigung der Machtstellung Preußens, dem Beschlusse des Hauses gemäß, rückgängig machen wollte.

Nachdem der Gesetzentwurf über den Staatshaushaltsetat für das Jahr 1862 in der von dem Abgeordnetenhause beschlossenen Feststellung wegen seiner Unzulänglichkeit von dem Herrenhause verworfen worden, findet sich die Regierung Sr. Majestät des Königs in der Notwendigkeit, den Staatshaushaltsetat ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen. Sie ist sich der Verantwortlichkeit in vollem Maße bewußt, die für sie aus diesem beklagenswerten Zustande erwächst; sie ist aber ebenso der Pflichten eingedenk, welche ihr gegen das Land obliegen und findet darin die Ermächtigung, bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats die Ausgaben zu bestreiten, welche zur Erhaltung der bestehenden Staatseinrichtungen und zur Förderung der Landeswohlfahrt notwendig sind, indem sie die Zuversicht hegt, daß dieselben seiner Zeit die nachträgliche Genehmigung des Landtags erhalten werden.

Die Regierung Sr. Majestät des Königs ist von der Überzeugung durchdrungen, daß eine gedeihliche Entwickelung unserer Verfassungsverhältnisse nur dann erfolgen kann, wenn jede der gesetzlichen Gewalten ihre Befugnisse mit derjenigen Selbstbeschränkung ausübt, welche durch die Achtung der gegenüberstehenden Rechte und durch das verfassungsmäßige Erfordernis der freien Übereinstimmung der Krone und eines jeden der beiden Häuser des Landtags geboten ist. Die Regierung Sr. Majestät zweifelt nicht, daß die Entwickelung unseres Verfassungslebens an der Hand der Erfahrung auf diesem Wege fortschreiten, und daß auf dem Grunde der gemeinsamen Hingebung für die Macht und Würde der Krone und für das Wohl des Vaterlandes auch die jetzt hervorgetretenen Gegensätze ihre Ausgleichung finden werden.

Im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Königs erkläre ich hiermit die Sitzung der beiden Häuser des Landtages für geschlossen."

Somit hatte der neue Minister jenen schweren Kampf im

Innern aufgenommen, den erst vier Jahr später der Tag von Königgrätz schloß.

Nach dem Schluß des Landtages ging Herr von Bismarck noch einmal nach Paris, um dem Kaiser Napoleon sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Dieser Akt erfolgte am 1. November. Der Kaiser erinnerte Herrn von Bismarck in der Abschiedsaudienz an — Fürst Polignac! Er meinte, das würde wohl nicht lange dauern, es würde einen Aufstand geben in Berlin und Revolution im ganzen Lande und bei einem Plebiscit hätte der König alle gegen sich. — Ich sagte ihm damals, das Volk baue bei uns keine Barrikaden, Revolutionen machen in Preußen nur die Könige. Wenn der König die Spannung, die freilich vorhanden wäre, nur drei bis vier Jahre aushielte, — die Abwendung des Publikums von ihm wäre allerdings unangenehm, unbequem, — so hätte er gewonnen Spiel. Wenn er nicht müde würde, und mich nicht im Stiche ließe, würde ich nicht fallen. Und wenn man das Volk anriefe und abstimmen ließe, so hätte er schon jetzt neun Zehntel für sich. — Der Kaiser hatte damals über mich geäußert: „Ce n'est pas un homme serieux." An demselben Tage hatte der preußische Ministerpräsident den Besuch des exilierten ungarischen Grafen von Seherr-Thoß. Dieser sprach sich über das Verhältnis Ungarns zu Österreich aus, worauf Bismarck erwiderte: „Ihre Voraussetzungen sind richtig; ich habe mir zum Ziele gesetzt, Olmütz zu rächen, dieses Österreich niederzuwerfen, das uns aufs unwürdigste behandelt, und zu seinem Vasallen erniedrigen möchte. Ich will Preußen aufrichten, ihm die Stellung verschaffen, die ihm als rein deutscher Staat gebührt. Ich verkenne nicht den Wert, den die Hilfe Ungarns für uns haben kann, und ich weiß, daß die Ungarn nicht Revolutionäre sind im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Übrigens hat schon der große Fritz mit unzufriedenen ungarischen Magnaten wegen eines Bündnisses unterhandelt. Wenn wir siegen, wird auch Ungarn frei werden, verlassen Sie sich darauf!" Auf die Frage, wie er sich die Neutralität Frankreichs werde sichern können, da dies jedenfalls Gebietsabtretungen verlangen werde, antwortete Bismarck: „Darüber habe ich keine Sorge mehr. Ich habe heute zwei Stunden mit dem Kaiser konferiert, und die Zusage unbedingter Neutralität von ihm erhalten. Er sprach mir allerdings von einer kleinen Grenzberichtigung, wie er es nannte. Er wollte das Saarbrücker Kohlengebiet haben. Ich erklärte ihm aber rund heraus, daß wir

nicht ein einziges Dorf hergeben, denn, wenn ich es wolle, so würde mein König nie darein willigen, und darauf gab der Kaiser seine Zusage. Er hält uns eben für schwach und überschätzt die Österreicher; er warnte mich mehrere Male. Als er mich trotzdem guten Mutes sah, sagte er: „Thun Sie, was Sie nicht lassen können."

Als es 1866 zum Kriege mit Österreich kam, dachte Herr von Bismarck an — Polignac! Und er wurde wieder daran erinnert, am Tage von Königgrätz, wo ein preußischer General zu ihm sagte: „Das ist Ihr Glück, wäre es anders gekommen, so hätten die alten Weiber Sie mit dem Besenstiel totgeschlagen." —

Der Konflikt.

Über den Mangel an Verständnis, den er 1862 bei der Übernahme des Ministerpostens im Abgeordnetenhause gefunden habe, klagend, sagte einmal später Bismarck: „Ich kann nicht dafür, daß ich damals nicht verstanden worden bin; ich habe mich namentlich in den bekanntgewordenen und zwar nicht ganz richtig bekannt gewordenen Äußerungen, die durch die Worte „Blut und Eisen" gekennzeichnet waren, recht deutlich darüber ausgesprochen, deutlicher vielleicht, als es gut war damals. Es handelte sich um militärische Kraft, und ich hatte gesagt: legt eine möglichst starke, militärische Kraft, mit anderen Worten, möglichst viel Blut und Eisen in die Hand des Königs von Preußen, dann wird er die Politik machen können, die ihr wünscht; mit Reden, Schützenfesten und Liedern macht sie sich nicht, sie macht sich nur durch „Blut und Eisen." Ich wäre vielleicht verstanden worden, wenn ich nicht zu viele Rivalen auf diesem Gebiete, Deutschland herzustellen, damals gehabt hätte."

An seinen Freund John Lothrop Motley schrieb Bismarck im April 1863:

> „Ich hasse die Politik, aber, wie Sie mit Recht sagen, wie der Krämer die Feigen; denn ich muß nichtsdestoweniger meine Gedanken vermehrt auf die Feigen richten. Selbst in diesem Augenblicke, da ich Ihnen schreibe, sind meine Ohren voll von Politik. Ich bin nämlich verpflichtet, besonders geschmacklose Reden aus dem Munde ungewöhnlich kindischer und aufgeregter Politiker zu hören. Wenn ich daher einen Moment der Ruhe habe, so kann ich ihn in der That nicht besser verwerten, als indem ich Ihnen Nachrichten von meinem Befinden gebe. — Ich hätte nie gedacht, daß ich in reiferen Jahren genötigt sein würde,

das unwürdige Geschäft eines parlamentarischen Ministers zu betreiben. Als Gesandter, der ja auch nur Beamter ist, hatte ich doch das Gefühl, ein Gentleman zu sein; als parlamentarischer Minister ist man ein Helot. Ich bin heruntergekommen — und ich weiß nicht wie . . .

April 18. — Soweit schrieb ich gestern, dann schloß die Sitzung; 5 Stunden Kammer bis 3 Uhr, dann 1 Stunde reiten, 1 Stunde Vortrag bei Sr. Majestät, 3 Stunden auf einem langweiligen Diner, old important Whigs, dann 2 Stunden Arbeit, schließlich ein Souper bei einem Kollegen, der es mir übel genommen hätte, wenn ich seinen Fisch verschmäht hätte.

Heute früh kaum gefrühstückt, da saß mir Karolyi schon gegenüber; ihn lösten ohne Unterbrechung Dänemark, England, Portugal, Rußland, Frankreich ab, dessen Botschafter ich ein Uhr darauf aufmerksam machen mußte, daß es für mich Zeit sei, in das Haus der Phrasen zu gehen. In diesem sitze ich nun wieder, höre die Leute Unsinn reden und beendige meinen Brief; die Leute sind alle darüber einig, unsere Verträge mit Belgien gut zu heißen; und doch sprechen 20 Redner, schelten einander mit der größten Heftigkeit, als ob jeder den andern umbringen wollte; sie sind über die Motive nicht einig, aus denen sie übereinstimmen; darum der Zank; echt deutsch leider, Streit um des Kaisers Bart, querelle d'Allemand; etwas davon habt Ihr Anglo-Saxon Yankees auch. Wißt Ihr eigentlich aber genau, warum Ihr so wütend Krieg mit einander führt? Alle wissen es gewiß nicht, aber man schlägt sich con amore tot, das Geschäft bringts halt so mit sich. Eure Gefechte sind blutig, unsere geschwätzig: diese Schwätzer können Preußen wirklich nicht regieren, ich muß dem Widerstand leisten, sie haben zu wenig Witz und zuviel Behagen, dumm und dreist. Dumm in seiner Allgemeinheit ist nicht der richtige Ausdruck; die Leute sind einzeln betrachtet, zum Teil recht gescheit, meist unterrichtet, regelrechte deutsche Universitätsbildung, aber von der Politik über die Kirchturminteressen hinaus wissen sie so wenig, wie wir als Studenten davon wußten, ja, noch weniger, in auswärtiger Politik sind sie auch einzeln genommen Kinder; in allen übrigen Fragen aber werden sie kindisch, sobald sie in corpore zusammentreten, massenweise dumm, einzeln verständig."

Im Jahre 1882 gab Bismarck im Reichstage Rückblicke auf die Konfliktszeit, in denen er ausführte, daß der König sehr gut daran gethan habe, seine Politik nicht nach den Beschlüssen der Majorität des Landtages zu richten.

„Daß es so in Preußen ist, ist doch ein großes Glück. Bedenken Sie mal, wenn es anders wäre, dann wären wir ja gar nicht hier,

ich hätte gar nicht den Vorzug, zu Ihnen hier in diesem Saale zu reden, wir hätten gar keinen Deutschen Reichstag. Nehmen Sie mal an, daß von 1860 ab Se. Majestät, unser konstitutioneller König, die Konstitution nach den Hänelschen Grundsätzen ausgelegt hätte und bis zur Entlassung der Minister die ministerielle Politik, also beispielsweise die auswärtige Politik meiner beiden Vorgänger zur Ausführung gebracht, sich ihr gefügt hätte, und daß Se. Majestät die Minister so gewählt hätte, wie die Majorität der Kammer, des Landtags es damals angezeigt erscheinen ließ, daß also der König seine Politik der Majoritätspolitik untergeordnet, die Hänelsche Legende ins praktische Leben geführt hätte, dann hätten wir zunächst keine reorganisierte Armee gehabt, das ist doch klar, denn die Herren im Parlament verstanden die politischen Möglichkeiten in Europa so wenig, daß sie sich darüber nicht klar waren, daß, wenn man die deutsche Einheit wollte, das Erste, was man dazu brauchte, eine starke preußische Armee war und die Unterschrift des Königs von Preußen.

Statt dessen wurde dieser König von Preußen in seinem Versuch, diese Armee so stark zu bilden, daß er die deutsche Einheit nicht nur herstellen, sondern auch nachher in den zweifellos ferner zu führenden Kriegen weiter vertreten konnte, aufs äußerste bekämpft. Wir hätten die Armeeorganisation behalten, die den tapfersten Soldaten — das war der damalige Kriegsminister zur Olmützer Zeit — doch veranlaßte, als ich als Abgeordneter und Landwehroffizier einberufen, mich bei ihm meldete, zu sagen: wir können uns gar nicht schlagen, wir sind gar nicht in der Lage, wir haben erst in vierzehn Tagen 70 000 Mann zwischen Oder und Elbe, wir können die Österreicher gar nicht hindern, Berlin zu besetzen, wir müssen mobilisieren in zwei getrennten Lagern, das eine in Königsberg, das andere in Koblenz, von da müssen wir unser Land und Hauptstadt wieder erobern; also, ich „muß Sie bitten," wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen haben, Sie haben Urlaub von Ihrem Regiment, wiegeln Sie ab, was Sie können, wir können mit der Landwehr heute nicht schlagen, wir haben Cadres von 150 000 Mann in Baden stehen und haben sie nicht zusammen. In derselben Verfassung wären wir militärisch bis heute geblieben, wenn es nach dem Parlament ging.

Die zweite Folge, wenn der König nicht in der Lage gewesen wäre, seine eigene Politik durchzusetzen, sondern die parlamentarische, ministerielle, legendare Politik, war, daß wir 1863 unter der Leitung des damaligen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Behrend aus Danzig, für die polnische Insurrektion Partei nahmen, gegen Rußland, daß wir die polnische Insurrektion ermutigten — ich erinnere Sie an den Antrag Donalies aus Ostpreußen und dergleichen, ich habe das im Gedächtnis, die sogenannte Seeschlange — kurz die Königliche Politik war, Rußland zu schonen für künftige Kriege, für

große Zeiten. Die parlamentarische Politik war: mein Gott, da ist Lärm, da ist Aufstand, da ist Insurrektion, kurz und gut, da wird eine Regierung angegriffen, das erregt unsere Sympathie, und ohne weitere Überlegung wurde parlamentarisch „Jeszcze Polska“ (noch ist Polen nicht verloren) gesungen und damit vorwärts. Das war die Politik, die man dem König aufgezwungen haben würde, wenn er nicht seine eigene befolgt hätte.

Es würde weiter im Jahre 1864 in Bezug auf die Elbherzogtümer Preußen sich, wenn es nach der Mehrheit des Parlaments damals ging, in den Dienst der Frankfurter Majorität gestellt haben. Das war ja die damals im Abgeordnetenhause populäre Politik. Wir würden also im Dienste dieser Frankfurter Majorität wahrscheinlich eine Bundesexekution auf Grund der Bundesprotokolle mit Preußens Mitteln vollzogen haben. Lesen Sie doch die damaligen Verhandlungen, wie bin ich vilipendiert (verachtet) worden, weil es mir neben der Bundesexekution gelungen war, Österreich für gemeinsame Operationen zu gewinnen. Wir hätten also Österreich den Kauf aufsagen, auf den gemeinschaftlichen Feldzug verzichten müssen und dafür die Bundesexekution vollziehen müssen, um dann ein gutes Zeugnis des Bundespräsidiums zu erhalten und den Bund zu verewigen, nachdem wir für ihn gethan hätten, was wir konnten. Wir würden aber ohne Österreich viel wahrscheinlicher durch Europa, von dem europäischen Seniorenkonvent gemaßregelt worden sein und uns bundesprotokollarisch gefügt haben; wir würden eben ein zweites Olmütz erlebt haben.

Das wären die Folgen gewesen, wenn damals parlamentarische Politik und nicht Königliche Politik getrieben worden wäre, wir würden dann wahrscheinlich, meine Herren, noch heute in der Eschenheimer Gasse festsitzen, und wenn ich auch nicht mehr Bundestagsgesandter sein würde, so wäre ein anderer dort und würde meinen Instruktionen gemäß Exekutionen und Protokolle beschließen und Sie alle wären hier gar nicht vorhanden. Statt dessen hat der König an seiner eigenen Politik festgehalten und hat, trotzdem die Königliche Minorität in der Kammer auf 11 Stimmen reduziert war — es waren 11 Konservative —, festgehalten an dem, was die Traditionen der preußischen Dynastie, die Traditionen seiner Vorfahren ihm als Politik vorzeichnen, was sein deutsches Herz, sein deutsches Gefühl ihm als Ideal vorzeichneten. Seine Majestät hat damals in den Holsteinischen Sachen, als ich nicht rasch genug im deutschen, im nationalen Sinne vorgehen wollte, mir in einiger Erregung das Wort gesagt: Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher? So waren die Gesinnungen Seiner Majestät in nationaler Richtung engagiert, und so genau war die Politik, für deren Gelingen man der Armee danken kann, für deren Beginn und Durchführung aber der Dank bei mir an eine falsche Adresse gerichtet ist, — er gebührt für die politische Conception einzig Seiner Majestät dem

Könige, — und dadurch, daß der König seine Minister gewechselt hat, bis er ein Ministerium fand, welches bereit war, dem Könige den Willen zu thun, und was man sagt, flott mitzugehen, losgesagt von der Ängstlichkeit der drei Vorgänger, die ich im auswärtigen Dienste gehabt habe, eine nationale Politik auf die Spitze des Schwertes gestellt, durchzuführen, dadurch, daß der König eben keine ministerielle Hausmeierei sich bilden ließ, gestützt auf erdrückende Majoritäten, die der Krone entgegenstanden und lesen Sie die Verhandlungen von damals durch, noch heute lassen an Lebhaftigkeit die Redner nichts zu wünschen übrig, aber es ist doch seit 20 Jahren einiger Fortschritt in der Höflichkeit parlamentarischer Diskussion zu bemerken gegen damals. Nichtsdestoweniger hielt der König seine Politik fest, setzte sie durch und, was wir haben, danken wir nicht der parlamentarischen, sondern der Königlichen Aktion."

Nach diesen Erklärungen ist der Wert der Worte zu ermessen, die Bismarck im Jahre 1876 über die Konfliktszeit äußerte:

„Ich glaube, daß ich Objektivität genug besitze, um mich in den Ideengang des Abgeordnetenhauses in der Zeit des Verfassungskonflikts vollständig einleben zu können. Ich habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damaligen preußischen Volksvertreter das, was sie für recht hielten, vertreten haben. Daraus mache ich niemandem einen Vorwurf. Sie konnten nicht wissen, und ich konnte auch ihnen nicht sagen, worauf meiner Ansicht nach schließlich die Politik hinausgehen würde, und sie hätten auch das Recht gehabt, falls ich es Ihnen sagen konnte, mir immer noch zu antworten: Uns steht das Verfassungsrecht des Landes höher, als deine auswärtige Politik. Ich habe alle Feindschaften von damals vergessen und dafür die volle Versöhnung substituiert."

Die polnische Frage.

„Schon 1863 war eine kaum minder große Kriegsgefahr, die dem großen Publikum ziemlich unbekannt blieb, und die ihren Eindruck erst machen wird, wenn dermaleinst die geheimen Archive der Kabinette der Öffentlichkeit übergeben sein werden. Sie werden sich des polnischen Aufstandes erinnern, der 1863 stattfand, und ich werde es nie vergessen, wie ich in jener Zeit des Morgens den Besuch zu haben pflegte von Sir Andrew Buchanan, dem englischen Botschafter, und Talleyrand, dem französischen Vertreter, die mir die Hölle heiß machten über das unverantwortliche Festhalten der preußischen Politik an der russischen und eine ziemlich drohende Sprache uns gegenüber führten; am Mittag desselben Tages hatte ich nachher die Annehmlichkeit, im preußischen Landtage ungefähr dieselben Argumente und Angriffe zu hören, die die beiden

fremden Botschafter am Morgen auf mich gemacht hatten. Ich hatte das ruhig ausgehalten, aber dem Kaiser Alexander riß die Geduld, und er wollte den Degen ziehen gegenüber den Chikanen von seiten der Westmächte. Sie werden sich erinnern, daß die französische Kriegsmacht damals schon mit amerikanischen Projekten und in Mexiko engagiert war, so daß sie nicht mit der vollen Macht auftreten konnte. Der Kaiser von Rußland wollte sich die polnischen Intriguen von seiten der anderen Mächte nicht mehr gefallen lassen und war bereit, mit uns im Bunde den Ereignissen die Stirn zu bieten und zu schlagen, Sie werden sich erinnern, daß damals Preußen in seinem Innern in einer schwierigen Lage war, daß in Deutschland die Gemüter bereits gährten und der Frankfurter Fürstentag sich in der Vorbereitung befand. Man kann also zugeben, daß diese Versuchung für meinen allergnädigsten Herrn, diese schwierige innere Lage durch Eingehen auf ein kriegerisches Unternehmen im größten Stile abzuschneiden und zu sanieren, daß die wohl vorhanden war, und es wäre damals ganz zweifellos zum Kriege gekommen von Preußen und Rußland im Bunde gegen diejenigen, welche den polnischen Aufstand uns gegenüber beschützten, wenn Se. Majestät nicht zurückgeschreckt wäre vor dem Gedanken, innere Schwierigkeiten, preußische wie deutsche, mit fremder Hilfe zu lösen, und wir haben damals, ohne die Gründe unseres Verfahrens gegenüber den uns feindlichen Projekten anderer deutscher Regierungen geltend zu machen, stillschweigend abgelehnt. Der Tod des Königs von Dänemark hat nachher alle Beteiligten auf andere Gedanken gebracht. Aber es bedurfte nur eines Ja statt eines Nein aus Gastein von Sr. Majestät dem König, und der große Krieg, der Koalitionskrieg, war 1863 schon vorhanden. Ein anderer als ein deutscher Minister würde vielleicht zugeredet haben aus Utilitätsrücksichten, als Opportunist, um unsere inneren Schwierigkeiten damit zu lösen; im eigenen Volk wie im Ausland hat man eben kaum eine richtige Vorstellung von dem Maß von nationalem Sinn und pflichttreuer Gewissenhaftigkeit, welches Monarchen und Minister beim Regieren deutscher Länder leitet." (6. Februar 1888.)

Preußen hätte demnach im Jahre 1863 von Rußland für seine neutrale Haltung eine ähnliche Unterstützung bezüglich der Lösung der deutschen Frage erhalten können, wie sie 1859 dem Königreiche Sardinien von Frankreich für seine Teilnahme am Kriege gegen Rußland zu teil geworden ist, wenn nicht König Wilhelm es abgelehnt hätte, innere Fragen mit fremder Hilfe zu lösen.

Wäre der polnische Aufstand gegen Rußland gelungen, so hätte er sich auf die polnischen Teile Preußens ausgedehnt. Es lag daher im preußischen Interesse, dafür zu sorgen, daß die Re-

volution weder Zuzug noch Zufuhr aus preußischen Provinzen erhielt. Herr von Bismarck traf die erforderlichen Vorkehrungen durch Truppenaufstellungen und weitere Verabredungen mit Rußland. Unvergeßlich wird die Haltung des preußischen Abgeordnetenhauses in seiner Mehrheit zu jener Zeit bleiben. Herr von Unruh verkündete unter dem rauschenden Beifall des hohen Hauses, daß dieses die Mittel zur Landesverteidigung dem Könige verweigern würde, falls aus den Vorkehrungen der Regierung in der polnischen Frage auswärtige Verwickelungen entstehen würden. Herr von Bismarck erwiderte dem Redner: „Heißt das nicht dem Auslande zurufen: kommt her, der Augenblick ist günstig! Preußen ist wehrlos!“ (Unterbrechung.) „Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung hegen.“

Die preußische Regierung behauptete ihre Stellung dem Auslande gegenüber ebenso fest, wie gegen die Schmähungen und Angriffe im Innern — und der Verlauf der Dinge rechtfertigte ihre Politik. Alle Bestrebungen der übrigen Mächte blieben für die Polen erfolglos und dienten nur dazu, trügerische Hoffnungen bei ihnen bis heute zu erwecken, die preußische Politik erwies sich als die richtige, als die einzig ehrliche und wohlmeinende und auch als die einzig erfolgreiche. Das mutige Festhalten an derselben gegenüber den Drohungen der gesamten europäischen Revolutionspartei und der vereinten Politik der Großmächte trug nicht wenig dazu bei, die Achtung vor den Entschlüssen Preußens in Europa zu stärken.

Über die Bedeutung der Stellung Preußens zum polnischen Aufstande von 1863 für die russisch-preußischen Beziehungen hat sich Fürst Bismarck am ausführlichsten im Januar 1886 im Abgeordnetenhause ausgesprochen:

„Ich hatte in Petersburg,“ sagte er, „die russischen Verhältnisse Polen gegenüber aus nächster Nähe betrachten können, infolge des großen persönlichen Vertrauens, welches mir der hochselige Kaiser Alexander schenkte. Ich hatte die Überzeugung gewonnen, daß im russischen Kabinett zwei Prinzipien thätig waren: das eine, ich möchte sagen, das antideutsche, welches das Wohlwollen der Polen und der Franzosen zu erwerben wünschte, und welches hauptsächlich vertreten war durch den Reichskanzler Fürsten Gortschakow und in Warschau durch den Marquis Wielopolski, das andere, das hauptsächlich in dem Kaiser und anderen seiner Diener Sitz hatte, das auf dem Bedürfnis beruhte, die freundschaftlichen Beziehungen mit Preußen unter allen Umständen festzuhalten — und man kann sagen, eine preußenfreundliche,

antipolnische und eine franzosenfreundliche polnische Politik kämpften um den Vorrang im russischen Kabinett. Wer die Verhandlungen der damaligen Zeit gelesen hat, wird sich der berüchtigten Konvention vom 8. Februar, der sogenannten Seeschlange, erinnern, die, wie der Erfolg gezeigt hat, praktisch gar kein Resultat hatte, aber sie hatte ihre Bestimmung erfüllt in dem Moment, wo sie in Petersburg unterzeichnet wurde, das heißt: sie entschied über die Parteinahme der kaiserlich russischen Politik für Preußen gegen die polnischen Bestrebungen, die bis dahin sehr zweifelhaft war.

Deshalb war meine Stellung als auswärtiger Minister dem russischen Kabinett gegenüber einigermaßen vorbereitet, und von allen europäischen Kabinetten damals konnte man nur von diesem, ich will nicht sagen: eine Unterstützung, aber doch ein tolerari posse unserer deutschen Politik allenfalls erwarten. Ich hatte deshalb das Interesse, die Beziehungen zu Petersburg besonders zu pflegen. Wenn ich mir bewußt war, mit der Mehrzahl meiner Landsleute in diesem Raume der Volksvertreter ein und dieselben nationalen Ziele zu erstreben, so war es hart für mich, daß ich für die Erreichung dieses Zieles auch von keinem einzigen eine Unterstützung, eine Mitwirkung zu diesem Zweck zu erwarten hatte, im Gegenteil, die eigentümliche Lage, in die wir durch eine geheime Konvention, der gegenüber man einen Bruch des zugesicherten Geheimnisses von mir zu erpressen suchte, gebracht waren, lieferte die Mittel, die übrigen europäischen Kabinette gegen uns zu verhetzen, ihnen gewissermaßen Anzeige zu machen von unseren Schwächen und von Fehlern, die diesseits begangen wären, uns — ich kann es nicht anders nennen — in Paris und in London zu verklagen wegen der russenfreundlichen Politik, die wir machten, und es war nicht ohne Erfolg. Ich habe durch einen Zufall, der im Jahre 1870 stattfand, indem eine Anzahl geheimer französischer Papiere in unsere Hände fiel, Indicienbeweise in die Hand bekommen für die Verbindungen, die damals von hiesigen Mitgliedern der Opposition mit der hiesigen französischen Gesandtschaft stattgefunden haben. Ich werde das Geheimnis darüber auch ferner bewahren, weil ich eine Veröffentlichung nicht für nützlich halte. Es sind seitdem 23 Jahre vergangen und manche politische Auffassung hat sich geändert, und alle haben in der Politik etwas gelernt seitdem; die politische Bildung ist hier eine andere.

Also es war für uns eine sehr bedenkliche, vollkommen isolierte Lage, in der wir uns bei der damaligen polnischen Debatte in diesen Räumen befanden. Beim Beginn der polnischen Insurrektion fand ich in Paris noch eine so ziemlich wohlwollende Beurteilung; man war dort mehr antirussisch als antipreußisch. Aber, nachdem die Verhandlungen im Abgeordnetenhause stattgefunden hatten, die gewissermaßen ein Appell des Hauses an das Ausland waren in dem Sinne, wie das

englische Sprichwort sagt: Hit him, he has no friend — haut ihn, er hat keinen Freund, — in der Art wurden wir denunziert in Paris, da wechselte die Auffassung des Kaisers Napoleon, und er fing an, auf uns zu drücken in einer unerfreulichen Weise. Und daß wir nicht infolge dieser Verhandlungen in diesen preußisch-deutschen Räumen nachher unter die Schraube einer diplomatischen Pression genommen worden sind, bei der England, Frankreich und Österreich vereinigt waren, und die wir nur entweder mit einem schmählichen Rückzug oder mit der Aufgabe des Krieges, zu dem Rußland 1863 geneigt war, als Verbündete Rußlands endigen konnten, das danken wir nur den deutschfreundlichen Regungen, die schließlich der alte Lord Russell in England noch hatte. England lehnte es ab, sich den Absichten Frankreichs anzuschließen. In der Gefahr befanden wir uns isoliert, und Preußen war nicht hinter uns. Ich stand genau an dieser selben Stelle und wurde in diesen Räumen von der fast einstimmigen Versammlung mit einer Flut voll Hohn und Haß überschüttet, wo ich dachte: Nun, da ist der englische und französische Botschafter doch noch weniger gehässig und feindlich gegen dich, als deine Landsleute im preußischen Landtage. (Gelächter.) Ja, meine Herren, Sie finden das jetzt lächerlich; Sie haben nicht an meiner Stelle gestanden; Sie haben nicht Tag und Nacht das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Geschicke des Landes mit sich umhergetragen, was mich keine Minute verlassen hat in jener Zeit; seien Sie versichert davon.

Ich möchte Ihnen zur Bewahrheitung dessen doch noch von den ungeheuerlichen Aktenstößen, die ich, um keinen Irrtum zu begehen, in diesen Tagen durchgelesen habe, ein paar Telegramme anführen.

Eines ist vom 6. März von dem preußischen Botschafter in London, Grafen Bernstorff:

‚Baron Brunnow, der heute Lord Russell gesehen, hat mir eben noch bestätigt, daß das englische Kabinett die verdächtigenden Absichten Frankreichs durchschaut und sich nicht von ihm will mit fortreißen lassen, sondern daß es die Sache Preußens in der polnischen Frage von der Rußlands trennt und die erste jetzt als beseitigt ansieht, wenn nicht noch eine Intervention von anderer Seite stattfindet.‘

Ein Telegramm aus London, etwas älter, vom Februar, lautet:

‚Zwei telegraphische Depeschen von gestern, und eine von heute erhalten. Lord Russell erkennt an, daß Ew. Excellenz Erklärung im Abgeordnetenhause die Bedeutung der Verabredungen mit Rußland abgeschwächt, glaubt aber doch nicht ganz auf die Depesche verzichten zu können, solange die Königliche Regierung nicht erklärt, daß sie die Konvention nicht ausführen will.‘

Das war also doch eine für jede unabhängige, großmächtige Regierung demütigende Zumutung, daß wir das zurücknehmen sollten; darauf konnten wir auf keinen Fall eingehen. Sie finden von dieser

Depesche zu der ersten einen Fortschritt in der Entwickelung der Preußenfreundlichkeit Englands. Nachdem letzteres gesehen hatte, daß es Frankreich Ernst werden wollte, wollte es doch nicht gegen den alten Verbündeten von Waterloo Arm in Arm mit Frankreich auf diese Weise auftreten.

Unsere Situation war nicht ganz so aussichtslos, wie es den Anschein hatte, wenn nur die drei Kaisermächte, England-Indien mit eingerechnet als Kaisermacht, die polnische Bewegung unter ihren Schutz nahmen. Die russische Politik war sehr geneigt, den Degen zu ziehen, und ist im Laufe des Sommers 1863 nur auf die Abmachungen Seiner Majestät des regierenden Kaisers davon abgehalten worden. Es würde auch diese Absicht wahrscheinlich nur ausgeführt worden sein, wenn Rußland auf das Bündnis Preußens, auf das gleichzeitige Losschlagen Preußens hätte rechnen können. Mancher glaubt vielleicht, daß durch einen solchen Krieg, bei all den Beschwerden, die wir damals gegen unsere deutschen Verbündeten hatten, eine zweckmäßigere Erledigung der deutschen Angelegenheiten, oder wenigstens Förderung viel früher hätte stattfinden können, als nachher geschehen ist. Seine Majestät der König hat es sich aber stets versagt, die deutsche Frage anders, als mit eigener Macht zu lösen und auch seine Zwistigkeiten mit Österreich anders als unter vier Augen, — ich meine, im weitesten Sinne des Worts — kurz und gut ohne fremde Hilfe zu erledigen. Diese Erwägung, das Bedürfnis, der deutschen Entwickelung einen rein selbständigen Charakter zu bewahren und keiner auswärtigen Macht für irgend welche Förderung in dieser Richtung Dank schuldig zu sein, hat uns abgehalten, auf diese Richtung einzugehen.

Das oben erwähnte Telegramm vom Februar fährt fort:

‚Eine Sommation durch deutsche Noten wird nicht beabsichtigt. Das englische Kabinett will überhaupt weder Preußen drohen, noch sonst verletzen; es weiß aber, daß die öffentliche Meinung ihm nicht gestatten würde, Preußen beizustehen, wenn Frankreich es angriffe, und wünscht daher dringend, daß die Königliche Regierung durch Beobachtung völliger Neutralität der französischen Regierung jeden Vorwand entziehe.‘

Nun, diese öffentliche Meinung in England war doch nicht zum geringsten Teil angeregt durch die Debatten, die hier stattgefunden haben, und durch die Art, in der sie von hier aus angerufen war, wie auch die Verhandlungen des englischen Parlaments und der französischen parlamentarischen Regierung hier die Hauptrolle in den Debatten spielten.

Bei den jüngsten Reichstagsverhandlungen ist dies nicht ganz in dem Maße geschehen und auch nicht möglich gewesen. Denn unsere Stellung ist nicht mehr eine so exponierte, wie sie es damals war; auch haben wir mehr Freunde im Auslande. Aber ich muß doch daran erinnern, daß eigentlich die Hauptargumente, die von unseren

Gegnern im Reichstag geltend gemacht wurden, den Verhandlungen einer zwar befreundeten, aber immer auswärtigen Macht, der österreichischen, entnommen waren. Es war immer ein Anklang, ein milder Anklang an die Debatten von 1863, nun die Zeiten sind ja überhaupt besser geworden.

Ein anderes Telegramm aus London vom 23. Februar lautet:

‚Die öffentliche Meinung ist mehr und mehr aufgeregt wegen Polen, und auch die Freunde Preußens bedauern lebhaft die Unterstützung, welche es Rußland gewährt. Die Sprache der französischen Blätter, namentlich des „Constitutionell" erschreckt hier im Publikum und läßt eine Einmischung Frankreichs befürchten. Heute ist wieder eine Interpellation im Unterhause.'

Ich verlese Ihnen das Telegramm, damit Sie vollständig die Stimmung würdigen können, mit der ich damals hier die Angriffe im Interesse Polens abzuwehren hatte. Hier ist noch ein Bericht aus Paris vom 5. März, von dem ich nur die Anfangszeilen vorlese:

‚Schon seit einigen Tagen war es nicht mehr zu bezweifeln, daß der von Frankreich gemachte und in der hiesigen Presse bereits als eine vollendete Thatsache bezeichnete Versuch, aus Anlaß der von der Königlichen Regierung mit Rußland getroffenen Verabredungen im Verein mit Österreich und England eine diplomatische Kollektivaktion gegen Preußen einzuleiten, gescheitert sei.'" Herr von Bismarck fügte die Worte hinzu: „Auch am Beistande Englands."

Einige Zeit nach der polnischen Angelegenheit von 1863 hat man das Märchen von einer Mission des Generaladjutanten von Treskow an den polnischen Insurrektionsagenten Klobukowski aufgetischt. Danach soll der Minister von Bismarck durch Herrn von Treskow die Aufforderung haben ergehen lassen, feierlich zu erklären, daß die Polen nicht unter russischer Botmäßigkeit bleiben wollten, sondern eine deutsche Herrschaft vorzögen. Dann werde Bismarck den Vorschlag machen, den an der Weichsel belegenen Teil des Königreichs Polen an Preußen abzutreten. Klobukowski habe diesen Vorschlag nach Paris an Czartoryski gelangen lassen, der ihn sofort auf das entschiedenste zurückgewiesen habe. Namentlich der in Warschau lebende russische Schriftsteller Berg hat (1879) in der Monatschrift Rußkaja Starina (das russische Altertum) einen längeren Artikel veröffentlicht, der u. a. über die sogenannte Knesebecksche Grenze und über die erwähnten Verhandlungen spricht. Dieser Artikel ist von Bismarck zum Gegenstande eines Dementis gemacht worden, welches interessantes Material für die Behandlung der polnischen Angelegenheiten beibringt. Herr Berg erzählt die folgende Geschichte:

„Im Anfange des Jahres 1865, als Rußland die letzten Funken des Aufstandes dämpfte, sandte Herr von Bismarck den Generaladjutanten von Treskow nach Dresden an den dort lebenden Agenten der polnischen Nationalregierung Klobukowski, und ließ ihm sagen, Herr von Bismarck würde in kurzem nach Petersburg reisen und könnte dort in den höchsten Sphären über das Los Polens sprechen. Es frage sich, ob es die Polen nicht an der Zeit fänden, sich Preußen zuzuneigen und zu erklären, daß sie sich von Rußland losreißen und der preußischen Regierung unterwerfen wollen. Auf eine solche Thatsache gestützt, würde er (Bismarck) eine politische Kombination vorschlagen, infolge deren Rußland gewiß den Teil Polens bis an die Weichsel an Preußen abtreten würde; zum mindesten würde durch die Erklärung der Polen die Möglichkeit geboten werden, diesen Vorschlag zu machen. Klobukowski hörte die Vorschläge des Herrn von Treskow ruhig an, begab sich zum bekannten Schriftsteller Kraszcewski und suchte diesen zu der vorgeschlagenen Demonstration zu bewegen, die damals wegen der ungeheueren Erbitterung gegen Rußland leicht auszuführen war. Kraszcewski erklärte jedoch, daß er durchaus nicht bevollmächtigt sei, im Namen irgend einer Partei zu handeln, da er nicht an der Spitze einer solchen stehe (er stand an der Spitze der von Warschauern die „gelbe“ genannten Partei) und deshalb auch in der bezeichneten Richtung keinen Schritt thun könne, indes riet er Klobukowski, nach Paris zum Fürsten Czartoryski zu reisen, um ihm die Sache vorzustellen. Er seinerseits gab Klobukowski einen Brief an den Fürsten. Klobukowski reiste sofort nach Paris und begab sich ins „Hotel Lambert“. Czartoryski überflog den Brief Kraszcewskis und sagte, ohne sich einen Augenblick zu besinnen: „An die Deutschen uns anschließen? Um keinen Preis!“ Hiermit war die ganze Sache abgethan und Bismarck hat in Petersburg der „Knesebeckschen Grenze“ nicht erwähnt.

Daran hatte die „Volkszeitung“ die folgende Bemerkung geknüpft: „Inwieweit in vorstehenden Enthüllungen Wahres und Falsches gemischt ist, können wir nicht beurteilen, daß dieselben nicht ganz aus der Luft gegriffen sind, geht aus dem seiner Zeit bekannt gewordenen Gespräch des Fürsten Bismarck mit dem Abgeordneten für Danzig, Herrn Heinrich Behrend, hervor. Darauf antwortete dann die „Nordd. Allg. Zeitung“ wie folgt:

„Diese Enthüllungen sind vollständig erfunden und erlogen.

Es ist nicht wahr, daß der Generaladjutant von Treskow 1865 oder zu anderer Zeit nach Dresden oder überhaupt irgend wohin an einen Agenten der polnischen Nationalregierung gesandt worden wäre. Die preußische Regierung hat niemals Unterhandlungen mit irgend einem Agenten der polnischen Nationalregierung geführt oder gesucht und niemand hat im auswärtigen Ministerium um die Existenz eines Herrn Klobukowski gewußt. Im preußischen Ministerium ist das Maß von Unbekanntschaft mit den Thatsachen niemals vorhanden gewesen, welches erforderlich wäre, um zu glauben, daß man die Mitwirkung der polnischen Revolutionspartei zu dem Zwecke erlangen könne, um die Abtretung irgend eines Teiles von Russisch-Polen an Preußen herbeizuführen. Die Möglichkeit einer solchen Abtretung ist allerdings seit dem Tode Kaiser Alexander I. wiederholt angeregt worden, aber nur durch russische Initiative in antipolnischem Sinne, zur Erleichterung der Beherrschung der Polen. Namentlich ist von seiten des Kaisers Nikolaus der Gedanke einer Abtretung nicht nur des linken Weichselufers, sondern auch Warschaus dem hochseligen Könige Friedrich Wilhelm IV. gegenüber mehr als einmal und zuletzt im Laufe des Krimkrieges angeregt worden, aber stets ohne Anklang zu finden, weil der König nicht geneigt war, das Verhältnis seiner polnisch sprechenden Unterthanen den Deutschen gegenüber zu verstärken. Auch in späterer Zeit, bei dem Mißlingen der Versuche, die durch den Grafen Lambert, den Großfürsten Konstantin und den Marquis Wielopolski gemacht wurden, wurde in russischen gouvernementalen Kreisen die Frage einer „neuen Teilung Polens“ ventiliert, um einen Teil der Schwierigkeiten der Regierung des Weichsellandes auf Preußen zu übertragen und die Aufgabe Rußlands um soviel zu erleichtern, Warschau aber als einen beliebten Garnisonort und mit Rücksicht auf die fortifikatorische Bedeutung zu behalten. Aber auch diesmal fanden die darüber nach Berlin gelangenden Mitteilungen dort an höchster Stelle kein Entgegenkommen, da der Glaube an den deutschen Beruf Preußens mindestens derselbe geblieben war, wie zur Zeit des Krimkrieges und ein Zuwachs an polnisch redenden Preußen demselben nicht förderlich erachtet wurde. Ob und inwieweit der Ministerpräsident von Bismarck schon im Jahre 1863 diese persönliche Auffassung geteilt hat oder nicht, darüber aus den einseitigen Angaben des damaligen Danziger Abgeordneten Behrend Gewißheit schöpfen zu wollen, scheint uns gewagt, noch mehr aber der Versuch, die Erzählungen

polnischer Verschwörer, die jetzt mit russisch schreibenden, panslawistischen deutschen Redakteuren in Verbindung stehen, dem deutschen Publikum als glaubwürdig aufbinden zu wollen."

Kaiser Alexander I. hatte im Tilsiter Frieden seinem zu Boden geworfenen Bundesgenossen noch den Bialystocker Kreis entrissen; er hat bei Abschluß des Kalisch-Breslauer Bündnisses im Jahre 1815 von dem zum Todeskampfe gerüsteten Preußen die Abtretung des größten Teiles der preußischen Erwerbungen in Polen trotz der patriotischen Bemühungen v. d. Knesebeck's erzwungen, der Wiener Kongreß war auf dem Punkte, wegen der polnischen Angelegenheit im Zusammenhang mit der damit in Verbindung gebrachten sächsischen auseinander zu gehen, die ganze weitere Ordnung der deutsch-preußischen Angelegenheiten hat an die Begierde Alexander I. angeknüpft, ein möglichst großes Stück Polen zu erwerben. Die Zusage des Kalischer Vertrages, wonach Preußen eine Grenze erhalten solle, die in jeder Beziehung sowohl militärisch als geographisch Ostpreußen mit Schlesien verbindet, ist unausgeführt geblieben. Alexander I. wollte seine, dem Fürsten Czartoryski gegebene Zusage auslösen, seine eigenen polnischen Träume verwirklichen. Nunmehr werden wir authentisch belehrt, daß seine Nachfolger ihre Mühen darauf verwendet haben, diese selben polnischen Erwerbungen wieder los zu werden.

Die erwähnte Geschichte von der Unterhaltung mit Herrn Behrend ist jetzt wohl vielfach vergessen. Man schrieb Februar 1865. Damals hatte man nur erst die paradox klingenden Äußerungen Bismarcks gehört, von seinen Handlungen, die den gleichmäßigen Gang der Begebenheiten durchbrochen haben, aber noch nichts gesehen. Man war daher nahezu in Berlin einig, daß er überhaupt nicht ernst zu nehmen sei. Die Sendung des Generals von Alvensleben nach Petersburg, die Mobilisierung von vier Armeekorps, die deutsch-russische Konvention wegen des polnischen Aufstandes, die drohende Sprache der Westmächte schienen ernste Stürme zu verkünden. Im Abgeordnetenhause folgten sich die Interpellationen und Anträge über diese Vorgänge, welche zu stürmischen Scenen führten. Die Erzählung über die Unterhaltung mit Herrn Behrend, wie sie damals durch die Blätter lief, ist die folgende:

„Herr von Bismarck traf dieser Tage ein hervorragendes Mitglied des Abgeordnetenhauses auf einem Hofballe. Eine Unterhaltung knüpfte sich an, man kam auf die polnische Frage und der

preußische Ministerpräsident äußerte im wesentlichen folgendes: Es gebe zwei Wege, die polnische Frage zu behandeln, entweder den Aufstand sofort in gemeinsamer Kooperation mit Rußland zu unterdrücken und somit rasch ein fait accompli zu machen, gegen welches die Westmächte dann vergebens protestieren würden, oder aber, man könne die Sache sich weiter entwickeln, die Russen und Polen sich fester verbeißen lassen, dann, falls die Russen Hilfe erbäten, oder gar hinausgeschlagen würden, in Polen einmarschieren und es — für Preußen in Besitz nehmen. Als Herr von Bismarck soweit gekommen, äußerte der mit solcher Mitteilung beglückte Abgeordnete seine Freude über den guten Humor des Ministers, der ihn mit solchem exquisiten Ballscherz regaliere. Im Gegenteil, replizierte Herr von Bismarck, er spreche ernsthaft von ernsthaften Dingen, spreche als preußischer Ministerpräsident; Rußland sei längst Polens müde; Kaiser Alexander habe ihm selbst in Petersburg gesagt, die uncivilisiertere Nation der Russen könne die civilisiertere der Polen nicht beherrschen; die Deutschen würden es können. Wir würden Polen in drei Jahren germanisieren, sagte Herr von Bismarck und gleichzeitig fügte er hinzu, es dürfe nur Personalunion eintreten und die polnischen Abgeordneten würden nicht länger hier in Berlin, sondern in Warschau tagen."

Die Frankfurter Windbeuteleien.

Sobald Herr von Bismarck die Leitung des Ministeriums übernommen hatte, war er entschlossen, durch eine offene und scharfe Auseinandersetzung der Sachlage Österreich darauf vorzubereiten, daß dieses entweder auf Preußen als eine ebenbürtige Macht Rücksicht nehmen oder Preußen in den Reihen seiner Gegner zu suchen habe. Zu diesem Zwecke hatte er am 4. und 13. Dezember 1862 eine Unterredung mit dem österreichischen Gesandten, dem Grafen Karolyi.

„Unsere Beziehungen zu Österreich," sagte Herr von Bismarck, „müssen nach meiner Überzeugung unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden. Es ist der aufrichtige Wunsch der Regierung Seiner Majestät des Königs, daß die erstere Alternative eintrete; wenn wir aber das hierzu nötige Entgegenkommen des kaiserlichen Kabinets nachhaltig vermißten, so würde es für uns notwendig sein, die andere ins Auge zu fassen und uns auf dieselbe vorzubereiten." — Graf Karolyi berief sich auf die bekannten

wohlwollenden Gesinnungen, welche das Kaiserhaus stets für Preußen gehegt habe.

„In den Jahrzehnten, die den Ereignissen von 1848 vorhergingen," fuhr Bismarck fort, „waltete allerdings ein stillschweigendes Abkommen zwischen den beiden Großmächten vor, kraft dessen Österreich der Unterstützung Preußens in europäischen Fragen sicher war und uns dagegen in Deutschland einen unverkümmerten Einfluß überließ, wie er sich in der Bildung des Zollvereins kundgab. Unter diesen Verhältnissen erfreute sich der deutsche Bund eines Grades von Einigkeit im Innern und von Ansehen nach außen, wie er seitdem nicht wieder erreicht ist. Es kommt hier nicht in Frage, durch wessen Schuld ähnliche Beziehungen nach der Wiedererreichung des Bundes nicht wieder zustande gekommen sind. In der Gegenwart aber finden wir gerade in denjenigen Staaten, mit welchen Preußen der geographischen Lage nach auf Pflege freundschaftlicher Beziehungen besonderen Wert legen muß, einen zur Opposition gegen uns aufstachelnden Einfluß des kaiserlichen Kabinetts mit Erfolg geltend gemacht. Es ist möglich, daß Österreich auf diese Weise zum Nachteil für die Gesamtverhältnisse im Bunde die Sympathien der Regierungen jener Staaten gewinnt, diejenigen Preußens wird es sich jedenfalls entfremden."

„Dennoch bin ich dessen getrost," versetzte der Gesandte mit Zuversicht, „daß in einem für Österreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich unter allen Umständen als Bundesgenossen wiederfinden werden."

„In dieser Voraussetzung liegt meines Erachtens ein gefährlicher Irrtum, über welchen erst im entscheidenden Augenblicke eine für beide Kabinette verhängnisvolle Klarheit gewonnen würde. Eure Excellenz kann ich deshalb nur dringend bitten, demselben in Wien nach Kräften entgegenzutreten. Schon im letzten italienischen Kriege würde das Bündnis mit Preußen sich für Österreich in weit anderem Maße wirksam erwiesen haben, wenn beide Mächte sich nicht in den vorhergehenden acht Jahren auf dem Gebiete der deutschen Politik in einer schließlich nur für Dritte Vorteil bringenden Weise bekämpft und das gegenseitige Vertrauen untergraben hätten.

„Wenn trotzdem Preußen die Verlegenheiten Österreichs im Jahre 1859 nicht zum eigenen Vorteil ausgebeutet, vielmehr zu dessen Beistand gerüstet hat, so sind in diesem Umstande die Nachwirkungen der früheren intimeren Verhältnisse unverkennbar. Sollten

sich diese aber nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Österreichs ebensowenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten Falle eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde.

„Ich wenigstens würde mich — setzte Bismarck hinzu — unter ähnlichen Umständen nie dazu entschließen können, dem Könige, meinem allergnädigsten Herrn, zur Neutralität zu raten. Österreich hat die Wahl, seine gegenwärtige preußenfeindliche Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Koalition aufzugeben, oder auf eine ehrliche Verbindung mit uns zu verzichten. Zu letzter zu gelangen ist mein aufrichtiger Wunsch. Dieselbe kann aber nur durch das Aufgeben der uns feindlichen Thätigkeit Österreichs an den deutschen Höfen gewonnen werden."

„Und worin soll Österreich," fragte Graf Karolyi, „seinen Ersatz finden, wenn es seine alte, aus der Geschichte der Jahrhunderte hervorgegangene, durch Verträge geheiligte Machtstellung in Deutschland aufgiebt?"

„Österreich soll," erwiderte Bismarck gelassen, „seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen."

„Das ist unmöglich," rief Graf Karolyi, „das Kaiserhaus wird und kann nimmermehr seinen altherkömmlichen Einflüssen auf die deutschen Regierungen entsagen."

„Eine solche Tradition muß ich in Abrede stellen," versetzte Bismarck, „gerade diejenigen Staaten, in welchen jetzt der österreichische Einfluß am erfolgreichsten thätig ist, Hannover und Hessen, sind seit hundert Jahren, vom Anbeginn des siebenjährigen Krieges, vorwiegend den preußischen Einflüssen gefolgt und sind in der Epoche des Fürsten Metternich auch von Wien aus im Interesse des Einverständnisses zwischen Preußen und Österreich ausdrücklich in jene Richtung gewiesen worden. Diese Tradition des österreichischen Kaiserhauses geht daher nur bis auf den Fürsten Schwarzenberg zurück, und das System, welchem sie entstammt, hat sich der Festigung des deutschen Bündnisses nicht eben förderlich erwiesen."

Bismarck hob weiter hervor, daß er bei seiner Ankunft in Frankfurt im Jahre 1851 nach eingehenden Besprechungen mit dem damals auf dem Johannisberg weilenden Fürsten Metternich gehofft habe, Österreich selbst werde es als die Aufgabe einer weisen Politik erkennen, Preußen im deutschen Bunde eine Stellung zu

schaffen, welche es ihm der Mühe wert mache, seine gesamte Kraft für gemeinschaftliche Zwecke einzusetzen; statt dessen habe Österreich dahin gestrebt, Preußen seine Stellung im Bunde zu verleiden und zu erschweren und es thatsächlich auf das Bestreben nach anderweiten Anlehnungen hinzuweisen.

„Die ganze Behandlungsweise Preußens von seiten des Wiener Kabinetts scheint auf der Voraussetzung zu beruhen, daß wir mehr als irgend ein anderer Staat auswärtigen Angriffen ausgesetzt seien, gegen welche wir fremde Hilfe bedürften, und daß wir uns deshalb von Seiten der Staaten, von welchen wir solche Hilfe erwarten könnten, eine rücksichtslose Behandlung gefallen lassen müßten.

„Die Aufgabe einer preußischen Regierung, welcher die Interessen des königlichen Hauses und des eigenen Landes am Herzen liegen, wird es daher sein, das Irrtümliche jener Voraussetzung durch die That nachzuweisen, wenn man ihren Worten und Wünschen keine Beachtung schenkt."

Hierauf wandte sich Bismarck noch zu dem Delegationsprojekte, mit welchem Österreich und seine Würzburger Verbündeten damals trotz des preußischen Einspruchs am Bunde vorgingen. „Vor 1848," sagte er, „wäre es unerhört gewesen, daß man im Bunde Fragen von irgendwelcher Erheblichkeit eingebracht hätte, ohne des Einverständnisses beider Großmächte vorher sich zu versichern.

„Selbst da, wo man auf den Widerspruch mindermächtiger Staaten stieß, wie in der Angelegenheit der süddeutschen Bundesfestungen, zog man es vor, Zwecke von dieser Wichtigkeit und Dringlichkeit viele Jahre unerfüllt zu lassen, anstatt den Widersprechenden mit dem Versuch der Majorisierung entgegenzutreten. Heutzutage wird dagegen der Widerspruch Preußens nicht nur gegen einen Antrag, sondern gegen die Verfassungsmäßigkeit desselben als ein der Beachtung unwerter Zwischenfall behandelt, durch welchen man sich in entschlossenem Vorgehen auf der gewählten Bahn nicht beirren läßt."

Graf Karolyi unterließ nicht, wie Bismarck ihn gebeten hatte, „mit möglichster Genauigkeit" über den Inhalt der Unterredung nach Wien zu berichten. Hier hatte schon der preußische Gesandte Freiherr von Werther im Auftrage seiner Regierung eine ähnliche Besprechung mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Graf Rechberg, gehabt.

König Wilhelm gebrauchte im Sommer 1863 die Badekur in Gastein. Bismarck befand sich im Juli in Karlsbad; gegen die Mitte des Monats reiste er nach Berlin zurück und von da über Nürnberg nach Salzburg, wo er mit dem König zusammentraf, um ihn nach Gastein zu begleiten. Am 2. August traf Kaiser Franz Joseph in Gastein ein und machte sofort dem König einen Besuch. Er teilte ihm vertraulich mit, daß er entschlossen sei, den Reform- und Einheitsbestrebungen des deutschen Volkes durch Einführung einer neuen Bundesverfassung entgegenzukommen und den Entwurf derselben den deutschen Fürsten, welche sämtlich auf den 16. August nach Frankfurt eingeladen würden, zur Genehmigung vorzulegen. Zugleich übergab er ihm eine Denkschrift, welche über Motive und Ziele dieses Projekts näheres enthielt. Der König, überrascht über diese Eröffnung, versprach, die Sache zu erwägen. Er beriet sich mit Bismarck, und als der Kaiser am andern Vormittag wiederkam und seine Einladung erneuerte, erklärte der König, daß es wohl zweckmäßig wäre, vor der Zusammenkunft der Fürsten Ministerkonferenzen zu veranstalten und in diesen den österreichischen Entwurf beraten zu lassen, was freilich zur Folge hätte, daß der Fürstenkongreß nicht vor Oktober stattfinden könnte. Der Kaiser, die Ratschläge Bismarcks darin erkennend, beschied nachmittags diesen zur Audienz, um ihn für seinen Plan zu gewinnen, fand aber den preußischen Ministerpräsidenten unbeugsam, daher er nach wenigen Minuten die Audienz abbrach. Abends reiste er ab, und eine Stunde darauf überreichte ein kaiserlicher Flügeladjutant dem König, welcher geglaubt hatte, die von ihm geäußerten Bedenken würden vom Kaiser in Erwägung gezogen, die offizielle, vom 31. Juli datierte Einladung nach Frankfurt auf den 16. August.

Der der Fürstenversammlung in Frankfurt vorgelegte Entwurf der neuen Bundesverfassung stellte an die Spitze des Bundes ein Direktorium von fünf Fürsten, in welchem Österreich den Vorsitz führte, ließ den Bundestag für die Behandlung der laufenden Geschäfte fortbestehen und wollte der Forderung eines deutschen Parlaments durch eine Versammlung von Delegierten der Landtage der einzelnen Staaten entsprechen. Dieser Entwurf wurde mit wenigen Modifikationen fast einstimmig von den Fürsten angenommen, scheiterte aber vollständig an der entschiedenen Weigerung Preußens.

Am 12. August schrieb Bismarck an seine Gemahlin aus Gastein:

„Mir geht es wohl, aber Kourierangst in allen Richtungen. Ich habe vorgestern 7000 Fuß hoch zwei Gemsen geschossen, ganz gebraten, trotz der Höhe. Am 15. fahren wir von hier nach Salzburg, 16. Stuttgart, 17. Baden. Ich kann wegen Frankfurter Windbeuteleien nicht vom König fort."

An dieselbe schrieb er am 28. August aus Baden:

„Ich habe eine rechte Sehnsucht, einmal einen faulen Tag in Eurer Mitte zu verleben; hier werde ich auch bei dem reizendsten Wetter die Tinte nicht von den Fingern los. Gestern bin ich bei wundervollem Mondschein bis Mitternacht in den Feldern spazieren gegangen, kann aber doch die Geschäfte nicht aus dem Kopf los werden. Die Gesellschaft hat auch nichts Ausruhendes an sich. Die N. N. ist reizend anzusehen, spricht mir aber zu viel Politik, * * natürlich auch immer auf Berichtfuß; die * *, die mir sonst sehr angenehm ist, hat Leute um sich, die mein Behagen mit ihr stören, und neue Bekanntschaften sind sehr angreifend. Bequem ist mir eigentlich unser A. Mit ihm und E., der auf zwei Tage hier ist, dinierte ich gestern auf meinem Zimmer. Der König ist wohl, aber von Intriguen umlagert; heute speise ich bei Ihrer Majestät der Königin. Schleinitz ist hier, Hohenzollern wird erwartet, Goltz nach Paris abgereist. Ich denke, der König wird spätestens Sonntag von hier aufbrechen; einige Tage später muß ich in Berlin sein; vielleicht gewinne ich dazwischen Zeit zu einem Abstecher nach Spa, wo ich O. treffe, vielleicht muß ich auch mit zur Königin von England, die der König auf der Rückreise in Rosenau bei Koburg besuchen will. Jedenfalls hoffe ich, mich im September einige Tage frei zu machen für Pommern. Ich wollte, irgend eine Intrigue setzte ein anderes Ministerium durch, daß ich mit Ehren diesem ununterbrochenen Tintenstrom den Rücken drehen und still auf dem Lande leben könnte; die Ruhelosigkeit der Existenz ist unerträglich, seit 10 Wochen im Wirtshause Schreiberdienste und in Berlin wieder; es ist kein Leben für einen rechtschaffenen Landedelmann, und ich sehe einen Wohlthäter in jedem, der mich zu stürzen sucht."

In einer sehr viel späteren Zeit erinnerte Bismarck einmal an das Jahr 1863 und an den Fürstentag in Frankfurt. Diese Zeit sei wohl die schlechteste gewesen, die er in seinem Leben durchgemacht habe. Der „alte Herr" wäre gern nach Frankfurt gegangen, namentlich, als man den König Johann von Sachsen mit einer wiederholten freundlichen Einladung an ihn absandte. Er (Bismarck) sei damals bis zum „körperlichen Brechen" erschöpft gewesen. „Wenn ich der Reaktionär gewesen wäre, für den man

mich hielt, hätte ich's ja leicht gehabt, — ich hätte bloß zuzustimmen brauchen und wir hätten, auf hunderttausend Bajonnette gestützt, die schönste Reaktion gehabt."

In dem Bericht des Staatsministeriums vom 15. September 1863 an Se. Majestät über die Frankfurter Reformakte sehen wir zum ersten Male das preußisch-deutsche Programm, welches drei und sieben Jahre später zur Verwirklichung kam. Es heißt da:

„Preußen ist als deutsche Macht nicht nur Österreich ebenbürtig, sondern es hat innerhalb des Bundes die größere Volkszahl.

Auf dem Gebiete, in welchem bisher die Kompetenz des Bundes sich bewegte, steht der Vorsitz dem kaiserlich österreichischen Hofe vertragsmäßig in Form der geschäftlichen Leitung der Bundesversammlung zu. Bei neu zu schaffenden Institutionen aber, auf dem Gebiete umfassenderer Erweiterungen der Attribute und Befugnisse des Bundes, und für Organe, welche den Bund wesentlich nach außen zu vertreten bestimmt sind, kann Preußen eine bevorzugte Stellung Österreichs nicht zulassen, sondern erhebt den Anspruch auf eine vollkommene Gleichheit . . . Nach solcher Erfahrung würde die preußische Regierung nicht der Verständigung ein erlaubtes Opfer — und zwar ein Opfer an Österreich, nicht an Deutschland, — bringen, sondern ein Unrecht am eigenen Lande begehen, wenn sie . . . auf den Anspruch der Gleichstellung verzichtete.

Die ausgedehnten Befugnisse, welche in der Reformakte dem aus wenigen und ungleichen Stimmen zusammengesetzten Direktorium, mit und ohne Beirat des Bundesrates gegeben wurden, die unvollkommene und den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechende Bildung der an Stelle einer Nationalvertretung vorgeschlagenen „Versammlung von Bundesabgeordneten", welche durch ihren Ursprung auf die Vertretung von Partikularinteressen, nicht von deutschen Interessen hingewiesen ist, und die auf einen kleinen Kreis verhältnismäßig untergeordneter Gegenstände beschränkte und dennoch vage und unbestimmte Befugnis auch dieser Versammlung — lassen jede Bürgschaft dafür vermissen, daß in der beabsichtigten neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen zur Geltung kommen werden.

Diese Bürgschaft kann Eurer Majestät Staatsministerium nur in einer wahren, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung finden. Nur eine solche Ver-

tretung wird für Preußen die Sicherheit gewähren, daß es nichts zu opfern hat, was nicht dem ganzen Deutschland zu gute komme. Kein noch so künstlich ausgedachter Organismus von Bundesbehörden kann das Spiel und Widerspiel von dynastischen und partikularistischen Interessen ausschließen, welches sein Gegengewicht und sein Korrektiv in der Nationalvertretung finden muß. In einer Versammlung, die aus dem ganzen Deutschland nach dem Maßstab der Bevölkerung durch direkte Wahlen hervorgeht, wird der Schwerpunkt so wenig wie außer Deutschland, so auch nie in einen einzelnen, von dem Ganzen sich innerlich loslösenden Teil fallen, darum kann Preußen mit Vertrauen in sie eintreten. Die Interessen und Bedürfnisse des preußischen Volkes sind wesentlich und unzertrennlich identisch mit denen des deutschen Volkes; wo dies Element zu seiner wahren Bedeutung und Geltung kommt, wird Preußen niemals befürchten dürfen, in eine seinen eigenen Interessen widerstrebende Politik hineingezogen zu werden; — eine Befürchtung, die doppelt gerechtfertigt ist, wenn neben einem Organismus, in welchem der Schwerpunkt außerhalb Preußens fällt, die widerstrebenden partikularistischen Elemente prinzipiell in die Bildung der Völkervertretung hineingebracht werden."

Im August 1863 schrieb Bismarck:

„Ich betrachte das Österreichische Reformprojekt als eine Schaumwelle, mit welcher Schmerling mehr noch ein Manöver der innern österreichischen Politik, als einen Schachzug antipreußischer Diplomatie beabsichtigt. Er arrangiert dem Kaiser eine glänzende Geburtstagfeier mit weißgekleideten Fürsten, und fingiert ihm Erfolge der konstitutionellen Ära Österreichs. Von dem Dampf der Phrasen entkleidet, ist des Pudels Kern ein so dürftiger, daß man dem Volke lieber nicht praktisch vordemonstrieren sollte, wie nicht einmal das zustande kommt . . . Einen Einfluß auf die Verhandlungen zu erhalten, empfiehlt sich jetzt noch nicht; wir müssen die Weisheit der Reformen sich erst ungestört offenbaren lassen."

Der Kampf um die Herzogtümer.

„Das Jahr 1864 brachte neue dringliche Kriegsgefahr. Von dem Augenblicke an, wo unsere Truppen die Eider überschritten, bin ich in jeder Woche gefaßt gewesen auf die Einmischung des europäischen Seniorenkonvents in diese dänische Angelegenheit, und Sie werden mir zugeben, daß das im höchsten Grade wahrscheinlich war. Schon damals aber haben wir wahrnehmen können, daß

Österreich und Preußen, wenn sie geeinigt sind, obschon der ihnen zur Seite stehende Deutsche Bund damals bei weitem nicht die militärische Bedeutung hatte, wie dieselben Länder heute haben, doch nicht so leicht von Europa angegriffen werden könnten. Das hat sich schon damals gezeigt." (1888).

Als kurz nach dem Tode Frederiks VII. die Zollvereinsbevollmächtigten um den Herrn von Bismarck versammelt waren und ihn mit Bitten bestürmten, den Krieg mit Dänemark zu beginnen, da erwiderte er: „Ich will den Krieg wie Sie, aber ich will ihn führen Zwei gegen Drei, nicht Einer gegen Vier." Herr von Bismarck sah also, ohne Österreich, einen Kampf mit dem gesamten Europa voraus. Rußland wurde indessen durch die Rücksichten auf den von Preußen ihm beim polnischen Aufstande geleisteten Dienst zurückgehalten. Eine geheime russische Denkschrift aus dem Jahre 1864 bemerkt überdies: „Aus höheren Rücksichten haben wir unsere alten Rücksichten gegen Dänemark zum Schweigen bringen müssen; Dänemark ist der Beute der Demokratie verfallen." Von Frankreich sagte später einmal Herr von Bismarck, es sei ihm gelungen, in der kurzen Zeit, wo er in Paris Gesandter war, und auch trotz der polnischen Krise, die darauf folgte, eine günstige Haltung desselben in der dänischen Frage zu bewirken. So konnte Bismarck England Trotz bieten, zumal dadurch, daß er sich auf den Boden des Londoner Traktats stellte, den der deutsche Bund und die öffentliche Meinung in Deutschland einfach beseitigen wollte, um sofort für den Herzog von Augustenburg Schleswig-Holstein zu okkupieren und so durch einen Vertragsbruch Europa herauszufordern. Die Eroberung Schleswigs für den Herzog von Augustenburg, welche das preußische Abgeordnetenhaus und ganz Deutschland verlangten, wäre ein Fehdehandschuh für die Vertragsmächte gewesen, ganz abgesehen davon, daß die Gründung eines neuen Bundesfürstentums gerade nicht in dem nationalen Programm Bismarcks lag. Andererseits aber mußten die Einsprüche Englands gegen das Einrücken in Schleswig überwunden werden. England erkannte wohl an, daß die Versprechungen, welche Dänemark bezüglich Holsteins und Schleswig gegeben hatte, nicht bloß nicht erfüllt, sondern direkt verletzt worden waren infolge der Einführung der Reichsverfassung in Schleswig: aber die Nichterfüllungen Dänemarks betrachtete es nur als einen Grund zur Beschwerde, nicht aber als einen Grund für die deutschen Mächte, sich von dem Londoner Vertrage loszusagen (was die deutschen Mächte auch thatsächlich damals noch nicht

thaten); das Recht auf die Krone in Schleswig-Holstein sei nicht abhängig von der Erfüllung dieser Verpflichtungen. Aber das war nur eine andere Auffassung von den Rechten, die der Vertrag gab, und aus dieser Differenz in den Anschauungen war viel weniger eine englische Intervention zu befürchten, wie wenn Preußen an der Spitze des Bundes, auf den Londoner Vertrag keine Rücksicht mehr nehmend, die Eroberung Schleswigs für den Herzog von Augustenburg auf seine Fahne geschrieben hätte. Die wiederholte Erklärung, daß Preußen und Österreich den König Christian IX. als den Erben des Rechtes und des Unrechtes gemäß dem Londoner Vertrage anerkannte, mußte England wenigstens von den äußersten Schritten abhalten, wenn es auch das Recht der beiden deutschen Mächte, auf Grund des Londoner Vertrages in Schleswig einzurücken, nicht anerkannte. Herr von Bismarck erklärte den Vertrag für bindend und wollte nur Dänemark zwingen, seine Verpflichtungen in Bezug auf die Herzogtümer gegen Preußen und Österreich zu erfüllen. Da Dänemark sich weigerte, konnte der Entschluß, es durch Waffengewalt zu zwingen, wohl von England theoretisch angefochten werden, aber gegen die thatsächliche Korrektheit, welche von einer klaren Logik zum Trotz des Bundes und des preußischen Abgeordnetenhauses diktiert war, konnte schließlich nichts eingewandt werden. So konnte Herr von Bismarck in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. April 1863 erklären: „Ich kann Sie und das Ausland versichern, wenn wir es für nötig finden werden, Krieg zu führen, so werden wir ihn führen, mit oder ohne Ihr Gutheißen.“

Eine neue Zeit begann. Bismarck eröffnete seinen diplomatischen Feldzug, führte ihn mit Hilfe der preußischen Kanonen glänzend durch und legte Deutschland die drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg zu Füßen. Nach langen Jahren äußerte er sich über dieses erste große Debüt mit folgenden Worten: „Das ist die diplomatische Aktion, auf die ich am meisten stolz bin. Gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark dachte ich an die Erwerbung Schleswig-Holsteins. Aber es war schwer zu vollbringen. Alles war gegen mich. Österreich, die Kleinstaaten, die Damen unseres Hofes, die Liberalen, die Engländer. Napoleon widersetzte sich nicht; er dachte uns dadurch zu verbinden. Selbst der König wollte lange nichts davon hören. Wir hielten damals einen Staatsrat, bei welchem ich die längste Rede losließ, die ich je gehalten habe, und meinen Zuhörern Dinge vortrug, die ihnen

überspannt und unmöglich erschienen sein müssen. Nach ihren erstaunten Mienen zu schließen, vermuteten sie wirklich, daß ich beim Frühstück zu viel Wein getrunken hätte."

Man kann sich denken, welche tiefe Verstimmung oder besser gesagt, welche Gereiztheit zu jener Zeit in dem Grafen Bismarck lebte, da er zumal in dem Hofe des Kronprinzen den Mittelpunkt aller gegen seine Macht und seine Pläne gerichteten Anschläge erblicken mußte, ja, man kann sagen daß, nicht durch die Schuld des Grafen Bismarck, damals für lange Zeit sein Verhältnis zu dem Hofe des Kronprinzen erbittert wurde. So ist es begreiflich, daß er unmittelbar nach dem Siege von Königgrätz seinen Triumph über die Frauen des Königlichen Hauses ausnützte und mit Hinblick auf die Erfolge seiner Politik den Rest ihres Einflusses für die ganze Lebenszeit bei Kaiser Wilhelm brach legte. Selbst Fernstehenden gegenüber äußerte er sich im Vollgefühl seines Sieges, wie ja auch Graf Seherr-Thoß in seinen schon im Jahre 1884 erschienenen Erinnerungen erzählt, daß ihm, dem Führer eines ungarischen Emigrantenkorps, Bismarck gesagt habe: „Beim König wurde ich von allen Seiten verdächtigt als verkappter Demokrat. Dieser Kampf kostete mich meine Nerven, meine Lebenskraft! Aber besiegt habe ich sie alle, alle!" „So rief er," fügt Graf Seherr-Thoß hinzu, „mit der Hand heftig auf den Tisch schlagend, und nannte drei weibliche Namen, die ihm besonders viel Ärgernis bereitet zu haben scheinen."

Österreich, das sich bei Unternehmung des gemeinschaftlichen Feldzuges von den Anschauungen der deutschen Mittelstaaten getrennt hatte, wandte sich diesen wieder zu und bestand im Verein mit diesen auf der Übergabe der Herzogtümer an den Prinzen Friedrich von Augustenburg. Das hieß: Die Verhältnisse des deutschen Bundes neu verstärken und verewigen. Preußen verlangte daher vom Augustenburger mindestens die unbedingte Verfügung über die Land- und Seemacht der Elbherzogtümer.

Der junge Fürst war eilig nach Berlin gekommen, zeigte sich aber bei einem Gespräche mit Bismarck, spät Abends am 1. Juni sehr wenig beeifert, auf die preußischen Wünsche einzugehen. Nach dem Antrage vom 28. Mai und vielleicht auch nach Notizen über die neuesten Wiener Stimmungen, schien er sich bereits ganz als souveränen Bundesfürsten zu fühlen, der verpflichtet sei, den Rechten seines Hauses und seines Staates nichts zu vergeben. Man besprach im wesentlichen dieselben Punkte, welche auch der Kronprinz

in seiner Denkschrift vom 26. Februar betont hatte. Der Prätendent bemerkte, daß er ohne Zustimmung der schleswig-holsteinischen Volksvertretung sich zu keiner Landabtretung und keiner Beschränkung seiner Souveränität verpflichten könne. Je größere Stücke Schleswigs man den Dänen überlasse, destoweniger werde er auf der anderen Seite an Preußen dahingeben können. Über eine Militärkonvention werde sich reden lassen, die Bedingungen der mit Koburg abgeschlossenen würden aber für Schleswig-Holstein nicht zulässig sein. Man sollte, sagte er, mich nicht in Paragraphen einschnüren, sondern mein Herz zu gewinnen suchen. Wir hofften, erwiderte Bismarck, durch die Vertreibung der Dänen Ihr Herz bereits gewonnen zu haben. Der Prinz beeilte sich, diese Täuschung zu beseitigen. Die Herzogtümer, sagte er, haben Preußen nicht gerufen, ohne Preußen würde der Bund ihre Befreiung leichter und ohne lästige Bedingungen bewirkt haben. Bismarck antwortete mit der Erinnerung an die Furcht der Hannoveraner, die Elbe vor Aufstellung der preußischen Reserven zu überschreiten und deutete an, daß Preußens Eifer in der Förderung der Kandidatur des Prinzen einigermaßen von dem Verhalten Sr. Durchlaucht gegen Preußen abhänge. „In dieser Beziehung," entgegnete der Prinz, „hege ich keine Besorgnisse, die Sache ist schon zu weit gediehen, um noch rückgängig gemacht werden zu können."

Weitere Gespräche zwischen ihm und dem ihm persönlich nahe stehenden Kronprinzen führten zu keinem erheblich besseren Resultat und jedenfalls zu keinem gesicherten Abschluß.

Schon im Mai 1864 verlangte eine in den Herzogtümern verbreitete Adresse an König Wilhelm, daß ein gemeinsames Band des Schutzes und Trutzes gegen Dänemark und jeden anderen äußeren Feind das Land bis zur Königsau mit Preußen umschlingen möge, und die Adresse des Grafen von Arnim-Boitzenburg und Genossen sprach die Hoffnung aus, daß Preußen für die Opfer des Krieges mit Dänemark einen würdigen Lohn erhalten werde.

Herr von Bismarck schrieb darüber an einen Ungenannten:

Berlin, 16. Mai 1864.

„Ich begreife Ihre Bedenken gegen die Adresse, die aber dennoch, meiner Ansicht nach, gegenwärtig mit nützlichem Drucke in die diplomatische Lage eingreift. Ich kann mich darin allerdings täuschen, denn je länger ich in der Politik arbeite, desto geringer wird mein Glaube an menschliches Rechnen, und wenn Sie ein

inneres Widerstreben fühlen, so rede ich um so weniger zu, als ich gern mit gutem Gewissen möchte behaupten können, daß es keine von der Regierung gemachte Stimmung ist, die sich darin widerspiegelt. Die augenblickliche Lage ist aber so geartet, daß es mir zweckdienlich scheint, gegen das Dänentum auf der Konferenz alle Hunde loszulassen, welche bellen wollen (verzeihen Sie diesen Jägervergleich); das gesamte Geläut der Meute wirkt dahin zusammen, daß die Unterwerfung der Herzogtümer unter Dänemark den Ausländern unmöglich erscheint und daß letztere genötigt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen kann. Ich rechne in der letzteren Beziehung zu diesen Ausländern auch die Holsteiner selbst, nebst dem Augustenburger und allen ewig Ungedeelten bis zur Königsau. Die Herzogtümer haben sich bisher an die Rolle des Geburtstagskindes in der deutschen Familie und an den Gedanken gewöhnt, daß wir uns auf dem Altare ihrer Partikularinteressen willig zu opfern und für jeden einzelnen Deutschen im Norden von Schleswig die Existenz Preußens einzusetzen haben. Diesem Schwindel namentlich wird die Adresse entgegenwirken; einen so starken Effekt, daß er uns Verlegenheit bereitet, befürchte ich nicht. Würde bei uns die Nation so stark von preußischem Ehrgeiz erfaßt, daß die Regierung nicht mehr belebend, sondern mäßigend sich dazu zu stellen hätte, so würde ich diesen Zustand durchaus nicht beklagen.

„Sie sehen daraus, wie ich nach Menschenwitz die Sache auffasse, im übrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der Herr auch unsere Irrtümer zu unserem Besten zu wenden weiß; das erfahre ich täglich zu heilsamer Demütigung. Zur Beleuchtung der Situation bemerke ich noch schließlich, daß mir die preußische Annexion nicht der oberste und notwendige Zweck ist, wohl aber das angenehmste Resultat."

„Die Einverleibung in Preußen war dann ja gewissermaßen eine Annexion, aber Sie müssen mir diese Handlung nicht als Vergewaltigung, sondern als eine Handlung aus Liebe zum Reiche, zu Land und Leuten anrechnen; es war ein Raub, der dem glich, wie die Römer die Sabinerinnen raubten. Damals freilich fand die Einverleibung in manchen Kreisen noch wenig Anklang, aber mit der Zeit brach sich doch die Ansicht Bahn: ‚Dat Land un Lüde möt wie hebben.' Und schließlich erfüllte sich auch die Hoffnung auf die Einsicht bei jedem, daß Schleswig-Holstein zu Preußen gehöre, ‚up ewig ungedeelt.' Und so wird es jetzt und in aller

Zukunft bleiben, ist es doch ein so natürliches Verhältnis. Wie stets unter natürlichen Verhältnissen auch in politischer Beziehung alles zu erreichen ist, so ist es auch hier; wer aber Unnatürliches zwingen will, der leidet Schiffbruch.“ (1893, 1. April, Ansprache an eine Abordnung Schleswig-Holsteiner).

Dänemark hatte unmittelbar nach der Eroberung von Alsen um Bewilligung eines Waffenstillstandes behufs Friedensunterhandlungen gebeten. Am 20. Juli wurde von den verbündeten Mächten eine vorläufige Waffenruhe bewilligt, jedoch nur bis zum 31. Juli, um sich zunächst überzeugen zu können, ob es Dänemark diesmal mit den Friedensgedanken Ernst sei. Die Verhandlungen wurden alsbald in Wien begonnen, wohin sich der Minister von Bismarck von Karlsbad, wo er mit dem Könige verweilte, selbst begab. Am 20. Juli schrieb Bismarck aus Karlsbad an seine Gemahlin:

„Soeben ist der König nach Marienbad abgereist, Spaliere von schönen Damen mit riesenhaften Bouquets, die seinen Wagen überfüllten. Hoch, Hurrah, Rührung! Nun ist für mich einige Leere, alle Bekannte mit fort. Morgen früh nach Wien, die Nacht schlafen wir in Prag, vielleicht haben wir in 8 Tagen Frieden mit den Dänen, vielleicht im Winter noch Krieg! Ich werde meinen Aufenthalt in Wien so kurz wie möglich machen, um nicht zuviel Bäder zu verlieren in Gastein. Danach werde ich wohl noch einmal mit Sr. Majestät nach Wien gehen, dann nach Baden, dann kommt der Kaiser von Rußland nach Berlin, anfangs September. Vordem keine Aussicht auf Ruhe; ob dann?“

Am 22. schrieb er aus Wien:

„Ich wohne bei Werther, habe einstweilen niemand als ihn gesehen; zwei Stunden im Volksgarten eingeregnet und Musik gehört, von den Leuten betrachtet wie ein neues Nilpferd für den zoologischen Garten, wofür ich Trost in sehr gutem Bier suchte. Wie lange ich hier bleibe, sehe ich noch nicht vorher; morgen viele Besuche zu machen, bei Werther auf dem Lande essen, dann womöglich Frieden mit Dänemark schließen und schleunigst nach Gastein in die Berge fliehen. Ich wollte, das alles wäre erst vorüber.“

Ferner am 27:

„Ich führe ein arbeitsames Leben, täglich 4 Stunden mit zähen Dänen, und noch nicht zum Schluß. Bis Sonntag muß es entschieden sein, ob Krieg oder Frieden. Heute aß ich nach der Konferenz beim Kaiser in Schönbrunn, promenierte mit Rechberg und Werther und dachte an unsere Mondscheinexpedition. Eben war ich eine Stunde im Volksgarten, leider nicht in Inkognito, wie damals vor 17 Jahren, angestiert von aller Welt; diese

Existenz auf der Schaubühne ist recht unbehaglich, wenn man in Ruhe ‚ein Bier‘ trinken will. Sonnabend hoffe ich nach Gastein zu fahren; es mag Friede sein oder nicht.“

Am 1. August wurde ein dreimonatlicher Waffenstillstand beschlossen und die Friedenspräliminarien festgestellt. Die weiteren Verhandlungen bis zum definitiven Friedensvertrag, welcher am 30. Oktober zustande kam, überließ Bismarck dem Freiherrn von Werther.

Am 6. August schrieb er aus Gastein an seine Gemahlin:

„Es wird immer schlimmer mit dem Arbeiten, und hier, wo ich des Morgens nach dem Bade nichts thue, weiß ich gar nicht, wo ich die Zeit hernehmen soll. Seit meiner Ankunft am 2., in einem Gewitter mit Hagel wie Flintenkugeln, bin ich bei herrlichem Wetter eben zum erstenmal dazu gekommen, eine Stunde regelrecht zu gehen. Zurückgekommen, wollte ich die halbe Stunde benutzen, Dir zu schreiben, gleich ist A. mit Konzepten und Telegrammen da, und ich muß nun zum König. Der König geht von hier vermutlich nach Wien, in kleinen Tagereisen über Ischl, von dort nach Baden. Ob ich letzteres mitmache, ist mir noch nicht klar; ich hoffe immer, einige Tage für mein stilles Pommern loszumachen; aber was sind alle Pläne, es kommt immer etwas dazwischen. Es ist ein Leben wie Leporello, keine Ruh bei Tag und Nacht, nichts was mir Vergnügen macht.“

Auf die besondere Einladung des Kaisers Franz Joseph begleitete Bismarck den König am 25. August nach Wien und Schönbrunn. Er wurde dort ausgezeichnet empfangen und erhielt den Orden des heiligen Stephan. Von Wien reiste er nach Baden-Baden, wo auch der König eintraf, und schrieb von dort am 1. September:

„Der König ist heute von Mainau gekommen, wohl und munter, im Regen mit der Königin zum Pferderennen gefahren. A.'s geschäftige Hand schüttet stets einen neuen Segen von Konzepten über mich aus, sobald ich die alten durchgearbeitet. Ich weiß nicht, von wo ich Dir zuletzt schrieb; ich bin von Wien bis hier nicht zur Besinnung gekommen, habe in Salzburg eine Nacht geschlafen, die zweite in München, viel und lang mit Pfordten verhandelt. Dann schlief ich in Augsburg, fuhr von dort über Stuttgart hierher in der Hoffnung, zwei Tage in träger Ruhe zu verbringen, konnte aber doch nur gestern früh zwei Stunden im Walde dämmern; Feldjäger, Tintenfaß, Audienzen und Besuche umschwirren mich ohne Unterlaß, auch * * ist hier; auf der Pro-

menade mag ich mich gar nicht zeigen, kein Mensch läßt mich in Ruhe."

Um diese zu finden, reiste Bismarck über Paris und Bordeaux nach seinem „geliebten Biarritz", wo er am 7. Oktober ankam. Der kurze Aufenthalt in Paris ließ ihm das dortige Leben wieder sehr angenehm erscheinen.

„In Paris bekam ich starke Lust, dort wieder zu wohnen; es ist doch ein Sträflingsleben, was ich in Berlin führe, wenn ich an die unabhängige Zeit im Ausland denke." In Biarritz behagte es ihm so sehr, daß er am 9. Oktober schrieb: „Wenn wir freie Leute wären, so würde ich Dir vorschlagen, mit Kind und Kegel herzukommen und den ganzen Winter hier zu bleiben, wie es viele Engländer der Wohlfeilheit wegen thun, die im Winter hier herrscht."

Gegen Ende Oktober reiste er über Paris, wo er in St. Cloud eine Audienz bei Napoleon hatte und einem „Visitendiner" bei Drouyn-de l'Huys beiwohnte, nach Berlin zurück.

Der böhmische Krieg.

„1865 wechselte sie (die Kriegsgefahr) die Front, und es fing schon damals die Vorbereitung zu dem Kriege von 1866 an. Ich erinnere nur an eine Konseilsitzung preußischer Minister, wie sie zur Beschaffung von Geldern im Jahre 1865 in Regensburg stattfand, die durch den Gasteiner Vertrag nachher erledigt wurde. Aber Anno 1866 kam ja der Krieg im Vollen zum Ausbruch, und es war die große Gefahr vorhanden, welche wir nur durch vorsichtige Benutzung der Umstände hintangehalten haben, daß aus diesem Duell zwischen Preußen und Österreich nicht ein großer europäischer Koalitionskrieg wiederum entbrannte, bei dem es sich um die Existenzfrage, um Kopf und Kragen handelte." (1888).

Die Kommissäre der beiden Mächte, welche gemeinschaftlich die drei Herzogtümer zu verwalten hatten, machten durch den kleinen Krieg, den sie miteinander führten, sich und anderen das Leben so sauer, daß Bismarck schon im Jahre 1865 einem ordentlichen Kriege den Vorzug gab. Er hatte in seiner Note vom 22. Februar jenes Jahres dem österreichischen Kabinette die Forderungen Preußens mitgeteilt und erklärt, daß ohne deren Erfüllung Preußen nie die Konstituierung eines selbständigen Schleswig-Holsteins zugeben könne. Aber Österreich stimmte den für die Einsetzung des Augustenburgers begeisterten süddeutschen Staaten und norddeutschen Liberalen bei.

Graf von Mensdorff-Pouilly, der Nachfolger Rechbergs, drang gegenüber Werther, den preußischen Botschafter, auf Beschleunigung „dieser schrecklichen Herzogtümerfrage", welche die Keime unabsehbarer Verwickelungen in sich schließe. Werther erhielt dann wieder von Berlin den Auftrag, Mensdorff darauf hinzuweisen, daß Preußen in einem so heftigen Mahnen und Drängen zu einer in der Sache nicht begründeten Eile nur das Übergewicht eines preußenfeindlichen Einflusses in Wien erkennen könne. Graf Karolyi sprach in Berlin von Verschleppung. Das hier folgende Gespräch Bismarcks mit dem österreichischen Botschafter in Berlin ist von ersterem selber niedergeschrieben und Werther zugeschickt.

„Das Provisorium", sagte er, „kann doch nicht ewig dauern, endlich muß doch einmal ein Definitivum eintreten."

„Warum?" fragte Bismarck zurück. „Weshalb könnte unser gemeinsamer Besitz nicht selbst dieses Definitivum sein? Übrigens beruhigen Sie sich," setzte er hinzu, als Karolyi bei diesen Worten auffuhr, „wir halten unser Wort; wir werden unsere Bedingungen vorlegen. Aber wir bleiben dabei: es ist das eine Konzession, und wir lassen uns keine Vorwürfe machen, wenn wir es nicht augenblicklich thun. Sehen Sie," fuhr er mit guter Laune fort, „wir stehen da vor der Frage der Herzogtümer, wie zwei Gäste, die ein treffliches Gericht vor sich haben; der eine aber, welcher keinen Appetit hat und es nicht verzehren will, verbietet energisch dem andern, welchen der Leckerbissen reizt, zuzulangen und zu schmausen. So warten wir denn, bis der Augenblick kommt; einstweilen befinden wir uns leidlich wohl in unserer Lage und werden sie erst ändern, wenn man uns befriedigende Bedingungen bietet."

Karolyi fiel hier mit der Bemerkung ein, daß Österreich und Preußen nicht allein in Deutschland ständen. Bayern würde höchstens bis Ende Februar mit seinen Anträgen warten, und Österreich käme dann unabweislich in die Lage, sich auszusprechen und sogar seine Korrespondenz mit Berlin vorzulegen, um darzuthun, daß nicht der Wiener Hof an der Verzögerung schuld sei. „Wir werden," sagte Bismarck lächelnd, „euch gern das Zeugnis geben, fleißige Mahner gewesen zu sein. Die Vorlage der Korrespondenz fürchten wir nicht, sie wird dem preußischen Volke zeigen, wer uns an der Wahrung der preußischen Interessen zu hindern sucht; auch sonst in Deutschland stehen wir nicht vereinzelt, und es ist sehr die Frage, ob ein bayerischer Antrag, selbst wenn Österreich ihn unterstützt, die Mehrheit erlangen wird." Mit gesteigertem Nach-

druck fuhr er dann fort: „Wenn ihr Bayern nicht zurückhaltet, so wird daraus folgendes entstehen:

„In jedem Fall eine wirkliche Verschleppung der Lösung, denn abgesehen davon, daß am Bunde nichts schleunigst erledigt werden kann, würden wir auch dann mit unseren Brandenburger Erbansprüchen hervortreten, was neue Verwickelungen hervorrufen müßte — falls aber Bayern in der That die Mehrheit gewönne, so würde ein Konflikt zwischen Preußen und dem Bunde gegeben sein, den wir nicht scheuen, den Ihr selbst aber so dringend zu vermeiden wünscht. Wir würden dabei unser ganzes Volk in Waffen hinter uns haben; möge man sich hüten, die Sache auf diese Spitze zu treiben."

„Aber mein Gott", rief Karolyi, „der König von Bayern ist ein souveräner Herr, wir haben keine Mittel, Bayern zurückzuhalten."

„Nun," sagte Bismarck, „so laßt es gehen, aber bedenkt wohl, welche Stellung Ihr selbst bei der Sache einnehmen wollt. Uns erweckt Bayerns Vorgehen keine Besorgnisse; es könnte höchstens unsere Forderungen steigern. Wir legen in Deutschland nur auf das Bündnis mit Österreich Wert, mit dem starken, wohlbewahrten und konservativen Österreich; nur müssen wir wissen, ob wir ein Österreich Mensdorffs oder ein Österreich Schmerlings vor uns haben." In längerer Verhandlung führte er dann aus, daß ein Obsiegen der Schmerlingschen Tendenzen den Bruch zwischen den beiden Mächten notwendig herbeiführen würde."

„Glaubt Ihr, fragte endlich Karolyi, Eure Bedingungen bis Mitte Februar verlegen zu können?"

„Vielleicht," erwiderte Bismarck, „aber einen Termin lassen wir uns nicht setzen. Es ist keine leichte Arbeit, um die es sich handelt. Das wichtigste für uns ist die Militärfrage. Die Erfolge des letzten Krieges haben die Sicherheit unserer Nordgrenze nicht verbessert, sondern unsere dortigen Aufgaben vermehrt. In früheren Zeiten gab uns unsere Freundschaft mit dem bei europäischen Kriegen stets neutralen Dänemark eine wesentliche Deckung. Jetzt sind wir es, welche die durch ihre Lage nach allen Seiten ausgesetzten Herzogtümer zu decken haben. Bei jedem Angriff von Norden her würden wir zuerst kämpfen müssen. Allerdings wird während eines allgemeinen Friedensstandes in Europa Dänemark trotz aller Erbitterung für sich allein nicht leicht einen solchen Angriff wagen. Er würde aber bei irgend einer euro-

päischen Krisis nicht lange auf sich warten lassen, und bei einer solchen wäre Österreich anderwärts beschäftigt und nicht in der Lage, uns so wirksam wie im vorigen Jahre zu unterstützen. Da wäre es denn für uns von der höchsten Wichtigkeit, daß namentlich Schleswig nicht im ersten Anlauf genommen würde und wir es dieses Mal mit schweren Opfern wieder erobern müßten. Unter einem selbständigen und deshalb ohnmächtigen Augustenburger Herzog würde dies aber ganz sicher geschehen; wir können dagegen nur durch starke territoriale Befestigungen und militärische Einrichtungen gesichert werden, welche, in unserer Hand befindlich und organisch mit den unsrigen verbunden, es möglich machten, dem ersten Anprall zu widerstehen und ein rasches Überlaufen des Landes durch den Feind, wie solches 1849 gegen eine verhältnismäßig zahlreiche und gute holsteinische Armee geschah, zu verhindern. Solche starke militärische Bürgschaften mit den verwickelten und wenig praktischen Vorschriften der Bundeskriegsverfassung in Einklang zu setzen, ist keine leichte Aufgabe. Wenn Österreich so eilig ist, möge es selbst doch uns Vorschläge machen, welche annehmbar genug sind, um eine Änderung des Status quo für uns zulässig zu machen."

„Wir drängen," sagte Karolyi, „aus dem einfachen Grunde, weil der europäische Friede bedroht ist, solange die Frage offen bleibt."

„Ein großer Irrtum!" rief Bismarck. „Solange wir einig bleiben, rührt sich keine der Großmächte gegen den Status quo. Nur die Mittelstaaten sind unzufrieden und möchten sich einmischen, solange sie auf Österreichs Beistand hoffen."

„Nein, nein," erwiderte Karolyi. „Die offene Frage bringt Gefahr, und Österreich bedarf des gesicherten Friedens."

„Die übereilte Entscheidung" entgegnete Bismarck, „birgt die größere Gefahr. Erfreut euch doch der Vorteile, welche der gemeinsame Besitz für Österreich hat."

„Wir können das nicht," schloß Karolyi. „Unsere Position zu der Lösung der Frage ist genommen, die Fortdauer aber des Status quo wäre gleichbedeutend mit der Annexion. Hoffentlich erscheinen Preußens Bedingungen bis Mitte Februar; sonst würde Bayern vorgehen und Österreich müßte sich aussprechen. Wir würden es in möglichst freundlicher Form gegen Preußen thun, aber die Divergenz wäre nicht mehr zu verdecken. Also bringt eure Bedingungen sobald wie irgend möglich, damit solch ein Fall nicht eintrete."

Am 22. Februar war die preußische Regierung in der Lage, dem Wiener Kabinett die Grundsätze mitzuteilen, von welchen sie bei den Verhandlungen mit Österreich über die selbständige Konstituierung Schleswig-Holsteins auszugehen beabsichtigte.

König und Minister befanden sich im Sommer in Karlsbad.

Am 12. Juli schrieb Bismarck an seine Gemahlin:

„Ich schäme mich, daß ich Dir zu Deinem Geburtstage nicht geschrieben habe; aber es ist soviel Müssen in meinem Leben, daß ich selten zum Wollen komme. Das Tretrad geht Tag für Tag seinen Weg und ich komme mir vor wie der müde Gaul darauf, der es unter sich fortschiebt, ohne von der Stelle zu gelangen. Einen um den anderen Tag kommt ein Feldjäger, einen um den anderen geht einer, dazwischen zusätzliche von Wien, München, Rom; die Papierlast mehrt sich, die Minister sind versprengt und ich muß von diesem Centrum aus an jeden einzelnen schreiben."

Zu den verschiedenen Korrespondenzen Bismarcks mit seinen Kollegen in Berlin gehörte auch die Anfrage an den Kriegsminister: Österreich soll imstande sein, binnen vier Wochen 180,000 Mann an unseren Grenzen aufzustellen, können wir das auch? Wir wollen den Krieg nicht unter allen Umständen, die Zustände aber in Schleswig-Holstein sind für uns unerträglich geworden; wenn Österreich nicht zur Abhilfe mitwirkt, so müssen wir einseitige Maßregeln treffen, die sich Österreich wahrscheinlich nicht gefallen läßt. An den Grafen Itzenplitz wurde die Weisung erlassen, mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft eine Unterhandlung zu eröffnen, welche der Regierung eine Summe von vielleicht 20 Millionen Thalern für die Kriegführung verfügbar machen könnte. Nach den Berichten von Itzenplitz und Bodelschwingh waren die Geldmittel für den Krieg vorhanden; wenn, wie man hoffen durfte, die Verhandlung über die Köln-Mindener Eisenbahn zu dem gewünschten Ergebnis führte, würden die verfügbaren Beträge auf 60 Millionen Thaler steigen, also die Kosten der vollständigen Mobilmachung und eines einjährigen Feldzuges ohne Steuererhöhung, ohne neue Anleihe oder Papiergeld-Emission zu decken sein.

Am 14. August 1865 schrieb Bismarck an seine Gemahlin:

„Ich habe einige Tage lang nicht Muße gefunden, um Dir Nachricht zu geben. Graf Blome ist wieder hier, und wir arbeiten eifrig an Erhaltung des Friedens und Verklebung der Risse im Bau. Wir reisen am 19., also Sonnabend, nach Salzburg, dort wird wohl der Kaiser seinen Besuch machen und ein bis zwei

Tage nach Ischl hingehen. Dann geht der König nach Hohenschwangau, ich nach München, und in Baden stoße ich wieder zu Sr. Majestät. Was dann weiter wird, hängt von der Politik ab."

Am nämlichen Tage kam die Gasteiner Konvention zu stande, durch welche, unbeschadet der Rechte beider Großmächte auf beide Herzogtümer, die Regierung Schleswigs an Preußen, Holsteins an Österreich überlassen und Lauenburg gegen die Summe von 2 500 000 dänischen Reichsthalern von Österreich an Preußen vollständig abgetreten wurde. Der Kieler Hafen wurde zum Bundeshafen bestimmt, Preußen provisorisch das Kommando und die Polizei in demselben überlassen, Rendsburg zur Bundesfestung erklärt mit österreichischer und preußischer Besatzung und jährlich wechselndem Oberkommando, und Preußen das Recht zugestanden, den Nordostseekanal durch Holstein zu führen, Eisenbahnen und Telegraphen dort anzulegen.

Dadurch war Preußen seinem Ziele etwas näher gerückt, daher auch Bismarck zum Dank für seine Bemühungen von seinem König am 16. September 1865 in den Grafenstand erhoben wurde. Die gemeinschaftliche Regierung der Herzogtümer wurde am 15. September aufgelöst und an ihre Stelle trat in Kiel als österreichischer Statthalter von Holstein Feldmarschalllieutenant von Gablenz, in Schleswig als preußischer Gouverneur General von Manteuffel.

Aber von definitiven Zuständen war keine Rede, von Zugestehung der Februarbedingungen war Österreich nach der Gasteiner Konvention so fern, wie vor derselben; für das bisherige Provisorium hatte man jetzt ein neues erhalten. Preußen hatte den Vertrag wegen der Unsicherheit der Verhältnisse geschlossen. Völlige Unzuverlässigkeit der französischen Politik, fortdauernde Unentschlossenheit der italienischen Regierung, sichere Parteinahme der deutschen Mittelstaaten für Österreich, das waren Beweggründe, welche den Herrn von Bismarck an Graf Usedom schreiben ließen:

„Die Frage entsteht, ob wir nicht lieber unsere Forderungen an Österreich mäßigen und uns mit den immer nicht unbedeutenden Vorteilen begnügen, die wir auf friedlichem Wege erreichen können."

Über die damalige Stellung der europäischen Mächte zu Preußen sprach sich viele Jahre später bei einer Gelegenheit, wo er im deutschen Reichstage seinen Anteil oder vielmehr Nichtanteil am französischen Handelsvertrage von 1862 darzulegen veranlaßt war, in folgender Weise aus:

„Der französische Handelsvertrag unter dem Datum des 2. August 1862 lag als vollständig abgeschlossen und unterzeichnet von meinem Vorgänger, dem Grafen Bernstorff, dem Fürsten Latour; dem Freiherrn von Pommer=Esche und dem Herrn Leclerc — von deutscher und französischer Seite vollständig fertig vor meiner Zeit vor. Ich war in der Zeit nicht einmal in Paris Gesandter, sondern in Petersburg. Mit diesem Datum, 2. August 1862, befindet sich der Vertrag in der Gesetzsammlung und ich bin erst Ende September überhaupt Minister geworden und nach den Einrichtungen des preußischen Ministeriums ist es nicht Beruf des auswärtigen Ministers überhaupt, auch nicht in ganz ruhigen und regulären Zeiten, von Hause aus sich mit Handelsverträgen zu beschäftigen und Einfluß auf Tarifpositionen zu üben.

„Ich selbst habe bei meinem Eintritt in den inneren Dienst im Jahre 1862 Ende September eine lediglich politische Aufgabe gehabt, eine Aufgabe, die mir wenig Zeit ließ, mich um einzelne Positionen eines Tarifs zu bekümmern. Wenn ich aber nach dem Maßstabe dieser Aufgabe meine Stellung zu dem damaligen Handelsvertrage erwäge, so finde ich, daß ich, als ich Minister wurde, die Erbschaft übernahm des Kampfes mit Österreich um die Hegemonie in Deutschland auf civilem und friedlichem Gebiete; daneben eine mäßige Verstimmung mit Rußland und die einzige Macht, mit der wir uns verhältnismäßig politisch gut standen, war Frankreich. In Bezug auf Rußland brachte ich meinerseits persönlich bessere Traditionen mit, und in der Zeit, als ich ziemlich einsam — ich kann wohl sagen, einer Welt von Zorn und Haß gegenüberstand, habe ich mein Ziel nicht aus den Augen verloren, sondern zuerst diese Beziehungen zu Rußland befestigt durch den Vertrag gegen den polnischen Aufruhr, den die Herren Gesinnungsgenossen des Abg. Richter damals unter dem Namen ‚Seeschlange‘ auf das heftigste bekämpften, wie sie überhaupt durch Parteinahme für die polnische Revolution, mit der sie wohl jetzt nicht mehr in derselben Beziehung stehen, mir das Leben nach Möglichkeit schwer machten.

„Eine zweite Frage war für mich, in Hinblick auf die Aufgabe, über die ich mir bei Eintritt in den Ministerialdienst vollständig klar war, die Auseinandersetzung mit Österreich um die Hegemonie in Deutschland, war die Beziehung zu Frankreich, die war günstig gerade infolge dieses Handelsvertrages. Es war vorauszusehen, daß wir zur Verfallzeit einen starken Kampf mit Österreich haben würden über die Frage, ob der sogenannte großdeutsche Zollverein eingeführt werden, ob es Österreich gelingen sollte, unsern preußischen Zollverein zu sprengen oder nicht und zur Verteidigung unserer Interessen in dieser Frage fand ich diesen Handelsvertrag als eines der wesentlichsten Werkzeuge und Waffen vor. Gesetzten Falls, ich hätte damals, was mir gar nicht eingefallen ist, Tarifpositionen geprüft und mir eine Stellung beigelegt in Bezug auf die Handels= und Wirtschaftspolitik und ich wäre zu der

Überzeugung gekommen, die ich jetzt habe, daß dieser Weg nicht richtig sei, — war damals von mir zu erwarten, daß ich meine ganze politische Aufgabe im ersten Entstehen töten würde, indem ich Frankreich gegenüber einen einfachen Vertragsbruch vornahm? — denn anders konnte ich diesen Vertrag nicht mehr ändern. Gewiß nicht! ich hatte allen Grund, dieses gute Einvernehmen zu erhalten. Es ist mir gelungen, nicht bloß in der kurzen Zeit, in der ich in Paris Gesandter war, persönlich, sondern auch in den recht schwierigen Zeiten durch die polnische Krisis hindurch, in der Frankreich uns gegenüber stand, doch die Beziehungen, und nicht am wenigsten an der Hand dieses Handelsvertrages, so zu pflegen, daß wir schon in der dänischen Frage eine freundliche Haltung von Frankreich aus zur Seite hatten, die den Velleitäten (Anwandelungen) anderer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark nicht allein ausfechten zu lassen, von Hause aus den Boden entzog. Ja, noch mehr, in dem weiteren Kampfe, der 1865 mit Österreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Zeitpunkt fortgesetzt worden, bis zu dem sie sich in der That glücklicher Weise für uns fortgesetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder mir möglichen Weise gepflegt hätte; dadurch entstand eine wohlwollende Beziehung mit dem Kaiser Napoleon, der seinerseits lieber mit Preußen Verträge hatte, wie mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. Er rechnete darauf, daß wir geschlagen würden und daß er uns dann mit Wohlwollen, aber nicht ganz ohne Entgelt schützen würde. Aber es ist meiner Ansicht nach politisch ein Glück, daß er bis zu der Schlacht von Sadowa, bis zu der Enttäuschung über die gegenseitige militärische Stärke uns wohlgesinnt und mir persönlich namentlich wohlgesinnt blieb."

Depesche Bismarcks vom 29. Juli 1870 an die diplomatischen Vertreter des Norddeutschen Bundes:

„Schon vor dem dänischen Kriege ist durch amtliche und außeramtliche französische Agenten mir gegenüber versucht worden, zwischen Preußen und Frankreich ein Bündnis zum Zweck beiderseitiger Vergrößerung herbeizuführen. — Ich habe kaum nötig, Ew . . . . darauf aufmerksam zu machen, daß der Glaube der französischen Regierung an die Möglichkeit einer derartigen Transaktion mit einem deutschen Minister, dessen Stellung durch seine Übereinstimmung mit dem deutschen Nationalgefühl bedingt ist, seine Erklärung nur in der Unbekanntschaft der französischen Staatsmänner mit den Grundbedingungen der Existenz anderer Völker findet. Wenn die Agenten des Pariser Kabinetts für die Beobachtung deutscher Verhältnisse befähigt gewesen wären, so hätte man sich in Paris der Illusion, daß Preußen sich darauf einlassen könnte, die deutschen Angelegenheiten mit Hilfe Frankreichs ordnen zu

wollen, niemals hingegeben. Ew .... sind freilich von der Unbekanntschaft der Franzosen mit Deutschland ebenso unterrichtet wie ich. — Die Bestrebungen des französischen Gouvernements, seine begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheinprovinz mit preußischem Beistande durchzuführen, sind schon vor 1862, also vor meiner Übernahme des Auswärtigen Amtes an mich herangetreten. Ich kann es nicht als meine Aufgabe ansehen, solche Mitteilungen, die rein persönlicher Natur waren, in das Gebiet der internationalen Verhandlungen zu übertragen, und glaube die interessanten Beiträge, welche ich auf Grund von Privatgesprächen und Privatbriefen zur Beleuchtung dieser Angelegenheit geben könnte, zurückhalten zu sollen. Durch äußerliche Einwirkung auf die europäische Politik machten sich die erwähnten Tendenzen der französischen Regierung zunächst in der Haltung erkennbar, welche Frankreich in dem deutsch-dänischen Streite zu unseren Gunsten beobachtet hat. Die darauf folgende Verstimmung Frankreichs gegen uns über den Vertrag von Gastein hing mit der Besorgnis zusammen, daß eine dauernde Befestigung des preußisch-österreichischen Bündnisses das Pariser Kabinett um die Früchte dieser seiner Haltung bringen könnte. — Frankreich hatte schon 1865 auf den Ausbruch des Krieges zwischen uns und Österreich gerechnet, und näherte sich uns bereitwillig wieder, sobald unsere Beziehungen zu Wien sich zu trüben begannen. — Vor Ausbruch des österreichischen Krieges 1866 sind mir teils durch Verwandte Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen, teils durch vertrauliche Agenten Vorschläge gemacht worden, welche jederzeit dahin gingen, kleinere oder größere Transaktionen zum Behuf beiderseitiger Vergrößerung zustande zu bringen; es handelte sich bald um Luxemburg, oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald um größere Objekte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen blieben. — Im Mai 1866 nahmen diese Zumutungen die Gestalt des Vorschlages eines Offensiv- und Defensiv-Bündnisses an, von dessen Grundzügen folgender Auszug in meinen Händen blieb:

1) Im Falle eines Kongresses ist zuerst die Abtretung Venetiens an Italien und die Annexion der Herzogtümer an Preußen ins Auge zu fassen.

2) Wenn der Kongreß nicht zum Ziele kömmt, offensive und defensive Alliance.

3) Der König von Preußen wird die Feindseligkeiten zehn Tage nach der Trennung des Kongresses beginnen.

4) Wenn der Kongreß sich nicht vereinigt, wird Preußen in 30 Tagen nach der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrags angreifen.

5) Der Kaiser der Franzosen wird den Krieg an Österreich erklären,

sobald die Feindseligkeiten zwischen Österreich und Preußen angefangen haben werden (in 30 Tagen 300,000).

6) Man wird keinen Separat-Frieden mit Österreich schließen.

7) Der Friede wird unter folgenden Bedingungen geschlossen: Venetien an Italien, an Preußen die deutschen unten genannten Territorien (7 bis 8 Millionen Seelen nach Wahl). Bundesreform im preußischen Sinne.
Für Frankreich das Territorium zwischen Mosel und Rhein ohne Coblenz und Mainz: umfassend 500,000 Preußen, das bayerische linke Ufer des Rheins; Birkenfeld, Homburg, Darmstadt, 213,000 Seelen.

8) Militärische und maritime Konvention zwischen Frankreich und Preußen von der Unterzeichnung an.

9) Beitritt des Königs von Italien.

Die Stärke des Heeres, mit welchem der Kaiser nach Art. 5 uns beistehen wollte, wurde in schriftlichen Erläuterungen auf 300,000 Mann angegeben; die Seelenzahl der Vergrößerungen, welche Frankreich erstrebte, nach französischen, mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmenden Berechnungen, auf 1,800,000 Seelen. — Ein jeder, welcher mit der intimeren diplomatischen und militärischen Geschichte des Jahres 1866 vertraut ist, wird durch diese Klauseln die Politik hindurchschimmern sehen, welche Frankreich gleichzeitig gegenüber Italien, mit dem es ebenfalls verhandelte, und später gegenüber Preußen und Italien befolgte. Nachdem wir im Juni 1866 ungeachtet mehrfacher, fast drohender Mahnungen zur Annahme obiges Allianzprojekt abgelehnt hatten, rechnete die französische Regierung nur noch auf den Sieg Österreichs über uns und auf unsere Ausbeutung für französischen Beistand nach unserer eventuellen Niederlage, mit deren diplomatischer Anbahnung die französische Politik sich nunmehr nach Kräften beschäftigte. — Daß der in dem vorstehenden Allianzentwurf gedachte und später noch einmal vorgeschlagene Kongreß die Wirkung gehabt haben würde, unser nur auf drei Monate geschlossenes Bündnis mit Italien ungenutzt zum Ablauf zu bringen, und wie Frankreich durch die weiteren, Custozza betreffenden Verabredungen bemüht war, unsere Lage zu benachteiligen, und wo möglich unsere Niederlage herbeizuführen, ist Ew .... bekannt. Die „patriotischen Beklemmungen" des Ministers Rouher liefern einen Kommentar über den weiteren Verlauf.

Von der Zeit an hat Frankreich nicht aufgehört uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Die Unmöglichkeit auf irgend welche Anerbietungen der Art einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigentümlichen Illusionen so lange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgend welche auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich

sein würde. Ich vermutete, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutschlands und Europas Interesse war, gefährden würde.

Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rieten, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Übel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide großen Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten —."

Der Abgeordnete von Schorlemer-Alst machte (1874) Bismarck den Vorwurf, daß er das Auftreten der Bischöfe ein revolutionäres nenne, während er die alte deutsche Bundesverfassung, die doch auch ein Gesetz gewesen sei, umgestoßen, die ungarischen und dalmatischen Regimenter im Jahre 1866 zum Abfall von ihrem Kriegsherrn aufgefordert und die ungarische Legion unter Klapka gebildet habe. Herr von Mallinckrodt sprach von den Ultramontanen, welche ebenso treue Freunde des Vaterlandes seien, als Fürst Bismarck selbst, und warf diesem, mit Berufung auf das Buch des italienischen Generals Lamarmora vor, daß er in seiner Verhandlung mit dem italienischen Unterhändler, General Govone, gesagt habe, er sei weit weniger deutsch, als preußisch und würde sich nichts daraus machen, einen Teil des linken Rheinufers an Frankreich abzutreten, etwa die Rheinpfalz und denjenigen Teil der Regierungsbezirke Koblenz und Trier, welche auf dem rechten Moselufer liegen. Fürst Bismarck bezeichnete die Behauptungen von Mallinckrodts als dreiste, tendenziöse Lügen, die zur Anschwärzung seiner Person erfunden worden seien, erklärte, er habe niemals jemand die Abtretung auch nur eines Dorfes oder eines Kleefeldes zugesichert, oder in Aussicht gestellt, und erinnerte die Herren, welche das Christentum, die Religion, die Wahrheit beständig im Mund führten und dabei die eigene Regierung vor dem Auslande verläumdeten, an das Sprichwort von dem Vogel mit seinem Nest, „das ich hier nicht anführen will, aber für proper halte ich diese Operation nicht". Darauf widerlegte er den von Schorlemer-Alst ihm gemachten Vorwurf der Inkonsequenz und sagte bezüglich der ungarischen Regierung von 1866, daß er, um die Verhältnisse mit Österreich nicht zu einem unversöhnlichen

Zwiespalt zu treiben, am Anfang des Krieges ungarische Anerbietungen zurückgewiesen, und erst in dem Moment, als nach der Schlacht von Sadowa der Kaiser Napoleon telegraphisch seine Einmischung in Aussicht gestellt, in einem Akt der Notwehr die Bildung einer ungarischen Legion nicht gemacht, sondern ermutigt habe. Die „Nordd. Allg. Ztg." fügte erläuternd hinzu, der General Govone habe in seiner Unterredung mit Bismarck den größten Wert darauf gelegt, daß dieser, bevor es zum Kriege komme, sich mit Frankreich ins Einvernehmen setze, damit Italien von diesem nichts zu fürchten hätte. Daraufhin habe Bismarck erwidert, dies wäre allerdings erwünscht, nur habe die Sache große Schwierigkeiten, denn Frankreich verlange Unerfüllbares. Nun habe Govone die Frage aufgeworfen, ob es nicht jenseits des Rheins einen Landesteil gäbe, der eine Annexion an Frankreich gutheißen würde und Bismarck habe geantwortet: „keinen, dieselben französischen Agenten, welche das Land bereisten, um die Stimmung kennen zu lernen, berichteten alle, daß keine Abstimmung, wenn sie nicht durchaus erkünstelt wäre, gelingen könne," auch würde die öffentliche Meinung Deutschlands Preußen weit eher Österreich gegenüber ein zweites Olmütz verzeihen, als die Abtretung deutschen Gebietes an eine auswärtige Macht. Über das Buch Lamarmoras schrieb der „Reichsanzeiger" infolge der Debatten im Abgeordnetenhause, daß die von Lamarmora veröffentlichten angeblichen Depeschen Govones von eingeweihten Personen einer näheren Prüfung unterzogen worden seien, und diesen habe die Überzeugung sich aufdrängen müssen, daß die fraglichen Depeschen gefälscht, wo nicht ganz erfunden seien; vorläufige Anfragen bei der italienischen Regierung hätten ergeben, daß die von Lamarmora angeführten Depeschen im italienischen Archiv gar nicht vorhanden und über Existenz, Inhalt und Verbleib derartiger Berichte dort nichts bekannt sei. Auch bemerkte das Blatt, daß Lamarmora, der sich scheinbar so vornehm zu einer etwaigen ungarischen Aktion verhalte, selbst einen ungarischen Vermittler, den Grafen Czaki, zum deutschen Gesandten in Florenz, dem Grafen Usedom, gesandt habe, was er in seinem Buche durch Verstümmelung eines Aktenstückes zu verdecken suchte. Im Einklang damit stehen die Briefe Benedettis, welcher am 4. Juni 1866 schrieb, Bismarck sei die Äußerung entwischt, wenn Frankreich Köln, Bonn oder Mainz verlange, würde er es vorziehen, von der politischen Bühne zu verschwinden, und ein andermal: „Wir werden in keinem Falle vom guten Willen Preußens Zu-

geständnisse an unserer Ostgrenze erlangen." Von einer offenen Allianz wollte übrigens Napoleon damals nichts wissen, da eine solche den Krieg zwischen Preußen und Österreich, den er zum Zwecke ihrer gegenseitigen Zerfleischung sehnlichst wünschte, verhütet hätte; er selbst sagte hierüber zu einem italienischen Diplomaten: „Wenn Frankreich sich für den einen oder den anderen Teil ausspricht, wird es gar keinen Krieg geben."

Mitten in die Verhandlungen zwischen Berlin, Wien, Bonn, Paris, welche dem böhmischen Kriege vorangingen, fiel der Mordversuch auf Bismarck in Berlin am 7. Mai.

Über die Verherrlichung, welche Blind's Attentat bei der Nation gefunden, sprach sich Bismarck einmal im späteren deutschen Reichstage dahin aus:

„Der Attentäter war in keiner Weise dem Arbeiterstande angehörig, er war ein wissenschaftlich gebildeter Mann, ein Student und er war das Gefäß, in dem die Theorie der Konflikts-Fortschrittspartei und die Kritik der Fortschrittspartei über einen so elenden Minister wie er heut vor Ihnen steht, und der damals Deutschland in den Krieg stürzen wollte, zu dem ihm kein Heller bewilligt werden sollte — diese Theorie der fortschrittlichen preußischen Landtagspartei vor 1866 hatte sich bei Blind abgelagert und krystallisiert, und Sie können daraus ersehen — wer die Zeit damals mit erlebt und mit soviel Interesse studiert hat, wie mir der damalige Vorgang einflößte, wird gesehen haben, wie die sämtlichen fortschrittlichen Blätter damals nach dem Attentate für Blind Partei nahmen, und vor sittlicher Entrüstung darüber, daß ich mich nicht hatte von dem Manne erschießen lassen, sich nicht fassen konnten. Sie warfen mir vor, ich trage ein Stahlhemd, ich wollte, ich wäre stark genug dazu, und die höhnischen Karikaturen über den Mordanfall wurden überall an den Schaufenstern von der Polizei geduldet. Wenn man die fortschrittlichen Blätter, die Karikaturblätter, die heute noch existieren, von damals liest, die damals in den Schaufenstern ausgestellt wurden, so mußte jeder denselben Eindruck bekommen, wie ich ihn damals bekommen habe, daß die Masse der mittleren Polizeibeamten, vielleicht auch höhere, vielmehr auf Blinds Seite stand, als auf meiner. Bekannt ist der Kultus, der mit der Leiche Blinds im Polizeipräsidium damals getrieben wurde. Namhafte Frauen, die in der wissenschaftlichen Welt, wenigstens ihre Männer, einen gewissen Ruf hatten, bekränzten sie mit Lorbeer und Blumen, das alles ist geduldet worden damals von der Polizei; ohne deren Zulassung konnte man nicht zu der Leiche dringen, und das allgemeine Ergebnis war für mich in diesen Kreisen die Mißbilligung, daß ich überhaupt noch lebte."

An das Attentat knüpfte sich der folgende Briefwechsel zwischen einigen Primanern des Gymnasium Ernestinum zu Gotha und dem Ministerpräsidenten:

Gotha, 5. Mai 1866. „Hochgebietender Herr Staatsminister und Ministerpräsident! Ew. Excellenz haben schon längst unsere jugendlichen Herzen durch ihre joviale und chevalereske Genialität erfreut und zu sich hingezogen. Begeistert haben Sie uns durch Ihren ritterlichen Mut und Ihre Unerschrockenheit mit der Sie jenen gänzlich verblendeten Fanatiker mit eigner Hand ergriffen und entwaffneten. Das war eine That, welche vollkommen Ihrem Charakter und Ihrer bisherigen Handlungsweise entsprach. Gott schützt die Mutigen und die Rechten, Gott schützte Sie bisher, Gott schütze Sie fortan! Excellenz! Alle, die Sinn und Verständnis haben für Geistesstärke und Charakterstärke, danken Gottes gütiger Fügung, welche Sie, den einzigen Mann, der es vermag, Preußens und Deutschlands Sache siegreich zu Ende zu führen, vor den Kugeln des Karl Blind bewahrte. In ne cede malis, sed contra audacior ito. Im Auftrage eines Teils der Oberprimaner des herzoglichen Gymnasium Ernestinum in Gotha, gez. Wilhelm Keil."

Darauf erwiderte Graf Bismarck unter dem 14. Mai:

„Herzlichen Dank für Ihren Glückwunsch! Lassen Sie sich die Wärme des Gefühls, die aus Ihren Zeilen spricht, auch später von den Jahren nicht rauben, sondern bewahren Sie den frischen Mut der Jugend auch im männlichen Dienste unseres Vaterlandes. Ihr ergebener von Bismarck."

Am 4. Juni hatte der französische Publicist Vilbort Audienz bei Bismarck.

„Herr Minister," sagte der Franzose zu ihm, „ich lasse es mir angelegen sein, das französische Publikum über alles, was in Deutschland geschieht, bestmöglichst zu unterrichten. Gestatten Sie mir also, mit völliger Offenheit zu Ihnen zu reden. Ich erkenne gern an, daß Preußen in seiner auswärtigen Politik heute Ziele zu verfolgen scheint, die der französischen Nation ganz außerordentlich sympathisch sind, nämlich: Italien endgiltig von Österreich zu befreien und Deutschland auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts zu konstituieren. Aber existiert zwischen Ihrer preußischen und deutschen Politik nicht ein flagranter Widerspruch? Sie proklamieren ein Nationalparlament als einzige Quelle, aus welcher Deutschland neugeboren hervorgehen könne, als alleinige höchste Gewalt, die fähig ist, seine neuen Geschicke zu erfüllen; und gleich-

zeitig behandeln Sie die zweite Berliner Kammer nach der Manier Ludwigs XIV., als er, die Reitpeitsche in der Hand, in das Pariser Parlament trat. Wir in Frankreich halten es für nicht zulässig, daß zwischen dem Absolutismus und der Demokratie eine enge Verbindung möglich sei. Und um die volle Wahrheit zu sagen, in Paris hat die öffentliche Meinung Ihr Projekt eines Nationalparlaments nicht für Ernst genommen, man hat darin lediglich eine gutersonnene Kriegslist gesehen und glaubt allgemein, daß Sie der Mann dazu sind, nachdem Sie es gebraucht, an dem Tage, wo es lästig oder unnütz würde, dies Werkzeug wieder zu zerbrechen.

„Das muß ich gestehen," erwiderte Herr von Bismarck, „Sie gehen den Dingen auf den Grund. In Frankreich, ich weiß es, erfreue ich mich derselben Unpopularität, wie in Deutschland. Überall macht man mich allein verantwortlich für eine Situation, die ich nicht gemacht habe, sondern die sich mir wie allen aufgedrängt hat. Ich bin der Sündenbock der öffentlichen Meinung, aber ich quäle mich wenig darum. Ich verfolge mit ruhigem Gewissen ein Ziel, das meiner Meinung nach meinem Lande und Deutschland nützlich ist. Was die Mittel anbelangt, so habe ich die genommen, die sich mir dargeboten haben, aus Mangel an anderen. Über die innere Lage Preußens wäre viel zu sagen. Um sie mit Unparteilichkeit zu beurteilen, müßte man den besonderen Charakter der Männer dieses Landes studieren und aus dem Grunde kennen. Während Frankreich und Italien heut, jedes für sich, einen großen sozialen Körper bilden, den derselbe Geist, dasselbe Gefühl beseelt, ist in Deutschland im Gegenteil der Individualismus vorherrschend. Jedermann lebt hier apart in seinem kleinen Winkel mit seiner Meinung für sich zwischen Weib und Kindern, stets voll Mißtrauen gegen die Regierung wie gegen seinen Nachbar, alles von seinem persönlichen Standpunkt, niemals aber etwas vom Standpunkt der Masse aus betrachtend. Das Gefühl des Individualismus und das Bedürfnis des Widerspruchs sind bei dem Deutschen in einem unbegreiflichen Grade entwickelt. Man zeige ihm eine offene Thür; ehe er hindurchgeht, wird er sich wohl darauf steifen, sich nebenan in der Mauer ein Loch bohren zu wollen. So wird auch keine Regierung, was sie auch thun möge, in Preußen jemals populär sein. Die große Mehrheit wird stets entgegengesetzter Meinung sein. Dadurch allein, daß sie die Regierung ist und sich dem Individuum gegenüber als Autorität hinstellt, ist sie dazu

verurteilt, von den Exaltierten Verunglimpfung und Insulten zu erfahren. Das ist das gemeinsame Schicksal aller Regierungen gewesen, die seit Beginn der Dynastie auf einander gefolgt sind. Die liberalen Minister haben ebensowenig wie die reaktionären vor unseren Politikern Gnade finden können . . ."

Und indem er die verschiedenen Regierungen und Regierungsformen seit Anbeginn der Monarchie durchmusterte, ließ Herr von Bismarck es sich angelegen sein, mir in farbenreicher, pittoresker und von witzigen Einfällen strotzender Sprache zu beweisen, daß die Auerswald und die Manteuffel dasselbe Schicksal gehabt hätten, und daß Friedrich Wilhelm dem Dritten, den man den Weisen nannte, bei dem Streben, die Preußen zufrieden zu stellen, sein Latein ausgegangen sei, ebenso wie Friedrich Wilhelm dem Vierten.

„Den Siegen Friedrichs des Großen jauchzten sie freudig zu, doch bei seinem Tode rieben sie sich die Hände vor Freude, von diesem Tyrannen befreit zu sein. Neben diesem Antagonismus jedoch existiert eine tiefe Anhänglichkeit an die Dynastie. Es gab noch keinen Souverän, keinen Minister, keine Regierung, die sich die Gunst des preußischen Individualismus hätten erobern können; alle aber rufen aus Herzensgrund: Es lebe der König! Und wenn der König befiehlt, so gehorchen sie."

„Und doch giebt es Leute, Herr Minister, welche sagen, daß die Unzufriedenheit wohl bis zur Rebellion gehen könne."

„Die Regierung glaubt nicht, sie befürchten zu müssen und fürchtet sie nicht. Unsre Revolutionäre sind nicht so schrecklich. Ihre Feindseligkeit macht sich hauptsächlich in Beinamen gegen die Minister Luft, den König aber respektieren sie. Ich allein habe alles Üble gethan und mir allein wollen sie zu Leibe. Mit etwas mehr Unparteilichkeit würden sie vielleicht einsehen, daß ich so gehandelt habe, weil ich nicht anders handeln konnte. Bei der gegenwärtigen Situation Preußens in Deutschland und Österreich gegenüber mußten wir vor allem eine Armee haben. In Preußen ist das die einzige Macht, die disciplinabel ist . . . Ich weiß nicht, ob dieses Wort französisch ist."

„Sicherlich, Herr Minister, man kann es in Frankreich anwenden."

„Der Preuße, der sich auf einer Barrikade den Arm zerschmettern ließe," erwiderte Herr von Bismarck, „würde ganz verblüfft nach Hause kommen, und seine Frau würde ihn einen Dummkopf schelten, aber im Heere ist er ein bewunderungswürdiger

Soldat, er schlägt sich wie ein Löwe für die Ehre seines Landes. Diese Notwendigkeit einer starken Armee, welche die Umstände uns auferlegt, hat die Opposition nicht einsehen wollen, so evident sie auch sein mochte. Was mich betrifft, so hatte ich keine Wahl, vermöge meiner Familie, meiner Erziehung, bin ich vor allem der Mann des Königs. Dem Könige aber lag an dieser Heeres-reorganisation soviel, als an seiner Krone, auch er hielt sie nach Gewissen und Überzeugung für unerläßlich. In diesem Punkte gab es bei ihm kein Zurückweisen oder Unterhandeln. In seinem Alter — er ist siebzig Jahre — und bei seiner Tradition hält er einen Gedanken hartnäckig fest, besonders dann, wenn er ihn für gut hält. Übrigens teile ich in Bezug auf die Armee in allem seinen Standpunkt.

„Vor sechszehn Jahren lebte ich als Landedelmann, als der Wille des Königs mich zum Gesandten Preußens beim Bundes-tage in Frankfurt designierte. Ich war in der Bewunderung, ich möchte fast sagen, in der Verehrung der österreichischen Politik erzogen worden. Ich brauchte lange Zeit, um meinen Jugend-ideen in Bezug auf Österreich zu entsagen, und ich wurde sein er-klärter Gegner.

„Die Erniedrigung eines Landes, die Hingabe Deutschlands an fremde Interessen, eine arglistige und treulose Politik, alles das war nicht dazu geschaffen, um mir zu gefallen. Ich wußte nicht, daß die Zukunft mich zu einer Rolle berufen würde, doch schon in jener Epoche faßte ich den Gedanken, dessen Verwirklichung ich heute verfolge, d. h. den, Deutschland dem österreichischen Drucke zu entziehen, wenigstens denjenigen Teil Deutschlands, der durch seine Bildung, seine Religion, seine Sitten und seine Interessen mit dem Geschicke Preußens eins ist, Norddeutschland. In den Plänen, die ich entworfen habe, hat nirgends der Gedanke, Throne umzuwerfen, diesem sein Herzogtum, jenem sein kleines Fürstentum zu nehmen, einen Platz gefunden. Der König würde übrigens dazu die Hand nicht bieten. Überdies giebt es Familienbeziehungen, Vetternschaften, eine Menge friedlicher Einflüsse, gegen die ich einen täglichen, einen stündlichen Kampf zu führen gehabt habe.

„Alles das, eben so wenig als die Opposition, die ich im preußischen Landtage gefunden habe, hat mich nicht hindern können, mich mit Leib und Seele dem Gedanken hinzugeben an ein in seiner natürlichen und logischen Form unter der Ägide Preußens konstituiertes Norddeutschland. Um dieses Ziel zu erreichen, würde

ich allem trotzen, dem Exile und selbst dem Schafott. Auch habe ich dem Kronprinzen, der durch Erziehung und Tendenzen mehr der Mann der parlamentarischen Regierung ist, gesagt: „Was liegt mir daran, wenn man mich aufhängt, wenn nur der Strick um meinen Hals Ihren Thron fest an dieses neue Deutschland knüpft."

„Darf ich Sie fragen, Herr Minister, wie Sie die freie Aufgabe eines deutschen Parlaments mit der gewaltsamen Behandlung des preußischen Abgeordnetenhauses in Einklang zu bringen gedachten? Wie haben Sie den König, den Repräsentanten des göttlichen Rechtes, dazu bestimmen können, das suffrage universel, dieses demokratische Prinzip par excellence anzunehmen?"

Herr von Bismarck antwortete mir lebhaft:

„Das ist ein Sieg, den ich nach vierjährigem Kampfe davongetragen habe. Als der König mich vor vier Jahren berufen hat, war die Situation eine sehr schwierige. Seine Majestät hat mir ein langes Verzeichnis von liberalen Zugeständnissen vorgelegt, aber kein einziges in Bezug auf die Armee. Ich habe dem Könige gesagt: „Ich nehme an, und je liberaler die Regierung sich wird zeigen können, desto besser." Die Kammer hat sich auf der einen Seite hartnäckig erwiesen, die Krone auf der andern. In diesem Konflikte bin ich dem Könige gefolgt. Meine Ehrfurcht vor ihm, meine ganze Vergangenheit, alle meine Familientraditionen machten mir das zur Pflicht. Aber daß ich von Natur oder Prinzip der Gegner der Volksvertreter, der geborene Feind des parlamentarischen Systems sei, ist eine ganz willkürliche Voraussetzung. Ich habe mich von dem Könige im Handgemenge mit der Berliner Kammer, damals, als diese einer Preußen durch eine Notwendigkeit ersten Ranges aufgedrungenen Politik entgegentrat, nicht trennen wollen. Niemand aber ist berechtigt, mir die Beleidigung zuzufügen, ich dächte daran, Deutschland mit meinem Parlamentsprojekte zu mystifizieren. An dem Tage, wo nach Erfüllung meiner Aufgabe meine Pflichten gegen meinen Souverän sich mit meinen Pflichten als Staatsmann nicht mehr vereinigen ließen, würde ich sofort mich entschließen, zu verschwinden, ohne daß ich deswegen mein Werk verleugnen müßte."

Als ich mich gegen Mitternacht zurückzog, ergriff Herr von Bismarck meine Hand und sagte mir mit dem größten Wohlwollen: „Ich möchte Sie gerne wiedersehen und noch einmal mit Ihnen plaudern. Kommen Sie doch morgen zum Diner zu uns, das ist die einzige Stunde des Tages und der Nacht, wo ich mir selbst

ein wenig angehöre; jetzt muß ich arbeiten, bis die Sonne meine Lampe auslöscht."

Pariser Zeitungen, die denselben Morgen nach Berlin gekommen waren, zogen die Existenz des preußisch-italienischen Vertrages oder wenigstens die Gleichheit der Bedingungen dieses Bündnisses für Preußen und für Italien in Zweifel. Im Laufe der Unterhaltung hatte ich darauf eine Anspielung gemacht, da ich in der That ein großes Interesse daran hatte, über diesen Punkt etwas zu erfahren. Herr von Bismarck stellte sich zuerst taub, aber im Augenblicke, wo man sich von der Tafel erheben wollte, sagte er zu mir: „Ich muß Ihnen jetzt noch das Dessert anbieten," und er zeigte mir, mit dem Finger auf die einzelnen Klauseln hinweisend, den preußisch-italienischen Vertrag."

Am 20. Juni lud Bismarck den Herrn von Unruh ein. Er sagte ihm: es komme jetzt darauf an, ob die Liberalen ihre Interessen höher stellen wollten, als den Staat, ob sie diesen lieber untergehen lassen wollten, als ihre Forderungen vertagen.

Das Festhalten an denselben ließe sich allenfalls erklären, wenn wir einen Thronfolger hätten, von dem strenges, absolutes Regiment zu erwarten sei. Der Kronprinz aber sei ein höchst gutmütiger, milder Mann, unter dessen Regierung sehr leicht, und bei dem Alter des Königs auch bald wieder gewonnen werden könne, was man jetzt verloren habe.

Aus diesen Worten ging deutlich hervor, daß Bismarck wissen wollte, wie die liberale Partei sich während des Krieges benehmen würde, namentlich wenn wir zunächst eine Niederlage erlitten. — Herr von Unruh antwortete: er stelle die Frage nicht richtig. Vor einigen Monaten, als Preußen noch die Wahl zwischen Krieg und Frieden gehabt habe, hätte man allenfalls so fragen können, wie er eben gethan. Jetzt dagegen sei der Krieg bereits ausgebrochen, bei welchem es sich offenbar um die Existenz des Staates handle. Die speziellen Parteiinteressen können jetzt nicht an die Spitze gestellt werden. Es komme in diesem Augenblick nicht darauf an, ob Bismarck Recht habe, oder die liberale Partei, ja nicht einmal darauf, wie der Krieg entstanden, als derselbe sich habe vermeiden oder verschieben lassen. Der Krieg sei da, und es handle sich jetzt darum, die Mittel zu finden, die ganze Kraft des Staates zusammenzufassen, im Unglücksfall jeden Nerv anzuspannen und, wenn nötig, die letzten silbernen Löffel aus dem Schrank des Privatmannes ohne Exekution herauszubekommen, Begeisterung

hervorzurufen. Wir müßten siegen, wenn wir nicht untergehen wollten.

Bismarck erwiderte, diese Anschauungen möchten wohl die meinigen (Herrn von Unruh's) sein, aber schwerlich die der ganzen liberalen Partei.

Darauf versicherte Herr von Unruh, daß alle seine Parteigenossen gerade so dächten wie er, er habe viele gesprochen, und keiner weiche davon ab. Auf dem äußersten linken Flügel möchten wohl Einzelne andere Ansichten haben, aber nur wenige, höchstens ein paar unklare Köpfe könnten glauben, es würde auf eine Niederlage eine Regenerationsperiode folgen, wie 1807 bis 1813. Damals sei Preußen von den Ideen der französischen Revolution geschlagen und das alte morsch gewordene Gebäude zusammengestürzt. Jetzt dagegen handle es sich um eine Niederlage gegen das reaktionäre Österreich, dessen Geschichte und Tendenzen jeder kenne. Äußerste Reaktion in Preußen würde die Folge einer Niederlage sein.

Augenscheinlich war Bismarck sehr befriedigt von diesen Äußerungen und Herr von Unruh brauchte nun keinen Anstand zu nehmen, offen von den nach seiner Ansicht begangenen Fehlern und den Mitteln zu sprechen, die Bevölkerung zur regen Teilnahme und Anstrengung aller Kräfte zu bringen.

Bismarck stimmte von Unruh's Meinung über die Folge einer Niederlage gegen Österreich bei und fügte eine scharfe Bezeichnung von dessen Politik, wie undeutsch und tyrannisch, hinzu.

Nun hob Herr von Unruh hervor, daß man das oben bezeichnete Ziel nur durch die Rückkehr auf den Boden der Verfassung und Anerkennung des Budgetsrechts des Landtages erreichen könne. Es gebe kein anderes Mittel. Auf diesem Wege werde man auch auf Deutschland wirken.

Bismarck machte hier eine Bemerkung, die er mehrfach im Laufe des Gesprächs wiederholte: man glaube, er könne alles. Er sei doch nur ein Mann. Ihm ständen Schwierigkeiten entgegen, von denen viele keine Vorstellung hätten. Er bekomme den König nicht zu allem. So sei der Twesten'sche Entwurf (Twesten hatte dem Ministerpräsidenten den Entwurf einer Thronrede am 3. Juni 1866 zugestellt) im Ministerium beraten und — angenommen worden, dann dem Könige vorgelegt, der denselben gelesen und erklärt habe: Da stände ja dasselbe darin, wie in der Ver-

fassung. Dann könnte man ihm nach dem Kriege einen Teil seiner Regimenter wieder fortnehmen. Das thue er nicht.

Hierauf bemerkte Herr von Unruh: Der König sei im Irrtum. Die Majorität des jetzt aufgelösten Abgeordnetenhauses würde die Auflösung der Regimenter nicht verlangt, sondern sich mit Abkürzung der Dienstzeit und einem im Frieden veränderten Präsenzstand begnügt haben, wenn das Verfassungsrecht aufrecht erhalten und eine entsprechende Politik eingeschlagen worden wäre. Statt dessen habe die Regierung nicht ein Haar, nicht soviel wie das Schwarze unter'm Nagel nachgegeben und so eine Ausgleichung unmöglich gemacht.

Ganz unverhohlen teilte Bismarck Herrn von Unruh mit, daß das Ministerium sich mit der Kontingentierung (Festsetzung der Stärke der Armee im Frieden) und $2^1/_2$ jähriger Dienstzeit bei der Infanterie einverstanden erklärt und dies dem Könige in einer Staatsministerialsitzung vorgeschlagen habe. Derselbe sei nicht darauf eingegangen und als das Ministerium die Sache nicht fallen ließ, habe der König sich ärgerlich entfernt und die Minister sitzen lassen. Änderung in der Stärke der Armee oder in der Dienstzeit ließe sich jetzt nicht durchführen. Im übrigen habe das Ministerium die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, wenn dieselben als einseitig gefaßte, auch keinen juristischen Wert hätten, beachtet. Man habe keine neuen Beamten angestellt, die Leute liefen heute noch als interimistische umher.

Nachdem von Unruh die Bemerkung dazwischen geschoben, so einfach läge die Sache doch nicht, die ganze Verfassung sei durchlöchert, erwähnte Bismarck, daß Twesten nicht bei jenem, von ihm redigierten Passus der Thronrede stehen geblieben, sondern schriftlich verlangt habe, daß demnächst das Steuerbewilligungsrecht, mindestens in betreff der direkten Steuern, zugestanden werde. Das sei etwas Neues, stände nicht in der Verfassung.

Dies gestand von Unruh zu, bemerkte aber, daß das Ausgabebewilligungsrecht sich kaum anders feststellen noch wirksam machen lasse, als durch das Steuerbewilligungsrecht. Er wies ferner darauf hin, daß die wirkliche Rückkehr zur Verfassung nicht allein auf die preußische Bevölkerung belebend und kräftigend wirken, sondern auch auf das übrige Deutschland einen sehr günstigen Eindruck machen und Österreich entmutigen würde. Dies bestritt Bismarck nicht, machte aber die pikante Äußerung, daß auch der Twestensche Entwurf später allerlei Deutungen zulasse. Dann

kehrte er zur deutschen Frage zurück und bemerkte: er verfolge seit 16 Jahren dasselbe Ziel. Er sei stolz darauf, daß es ihm gelungen, einen König von Preußen zur Unterschrift eines solchen Aktes gebracht zu haben, wie die Berufung eines deutschen Parlaments als Grundlage einer Bundesreform.

Herr von Unruh erwiderte, daß Bismarck sich von seinem Schritt wohl eine größere Wirkung versprochen und geglaubt habe, derselbe werde wirken, wie eine Lunte, die man an ein Pulverfaß lege. Dies sei nicht der Fall gewesen, weil selbst für den einfachen Verstand der Einwand nahe liege, daß wer den Konflikt in Preußen nicht lösen könne oder wolle, schwerlich die deutsche Einheit zu stande bringen werde.

Bismarck meinte, mit Reden und Abstimmungen ließe sich eine Politik, wie die seine, nicht durchführen, die 500000 Bajonette müßten doch den Ausschlag geben. Was habe Baden mit seinem Liberalismus erreicht? Der Krieg mit Österreich sei ganz unvermeidlich gewesen und würde schon vor zwei Jahren ausgebrochen sein, wenn die Episode mit Schleswig-Holstein nicht dazwischen gekommen wäre.

Herr von Unruh gestand sofort zu, daß selbst ein liberales Ministerium, welches sich die Einigung Deutschlands zum Ziel setze, den Krieg mit Österreich nicht hätte vermeiden können. So lange Österreich noch existiere, werde es ohne Krieg weder die Machtvergrößerung Preußens, noch die Einigung Deutschlands zulassen. Der Krieg gegen Ungarn, Ruthenen, Slowaken &c. sei kein Bruderkrieg, aber einen solchen Krieg dürfe man doch nur unternehmen mit Wind und Wellen. Bismarck arbeite jetzt gegen Wind und Wellen. von Unruh erinnerte ihn an seine Äußerung, die er zu ihm im Hotel Royal 1859 gethan: Preußen sei völlig isoliert, der einzige Alliierte, wenn er ihn richtig zu behandeln wisse, sei das deutsche Volk! Dieser Alliierte fehle ihm jetzt, man wäre in einer Situation, ähnlich der vor dem siebenjährigen Kriege, aber bei aller Ehrerbietung vor dem Könige — ohne „Friedrich den Großen,“ fiel Bismarck hier ins Wort. „Ja wohl, und doch muß es durchgemacht werden.“ Er habe ein hervorragendes Mitglied der liberalen Partei gefragt, ob dieselbe ein liberales Ministerium bilden könne?

Halte man ihn bei der jetzigen Lage nicht für entbehrlich, so wäre er bereit gewesen, im auswärtigen Ministerium als Legationsrat oder im Kabinett zu wirken und alle Arbeiten für das

Auswärtige zu machen. Herr von Unruh nahm keinen Anstand, Bismarck zu erklären, daß er ihn in diesem Augenblick für ganz unentbehrlich hielte. Die Reaktion habe 1849 bis 1858 und 1862 bis jetzt mit Erfolg dafür gesorgt, daß in den hohen Beamtenkreisen kein liberaler Mann mehr zu finden sei, der die jetzt unentbehrliche Energie und Ausdauer und zugleich das allgemeine Vertrauen besitze.

Bismarck erwiderte, er könne nicht wirkliches Mitglied eines liberalen Ministeriums sein, könne nicht am Ministertische seine früheren Aussprüche verleugnen, nicht entgegengesetzt stimmen.

Auf Unruh's Bemerkung, daß die Aufnahme einzelner liberaler Minister in das jetzige Ministerium gar nichts nutzen könne, weil dieselben sofort als Renegaten angesehen werden und jeden Einfluß verlieren würden, antwortete Bismarck: „Ganz richtig, dasselbe hat mir Roggenbach gesagt: er verlöre sofort seine Partei, und ohne dieselbe sei er unnütz."

Herr von Unruh fügte hinzu, daß von Bismarck vom Landtage Geld zur Führung des begonnenen Krieges in ganz loyaler, verfassungsmäßiger Form hätte bekommen können. Er hielte daher die Auflösung des Abgeordnetenhauses für einen politischen Fehler. Mit dem bisherigen Abgeordnetenhause würde man in der jetzigen gefährlichen Lage gut zu stande gekommen sein.

Bismarck bestritt dies nicht ausdrücklich, meinte aber, man hätte mit demselben Hause, mit welchem die Regierung so feindlich gestanden, nicht füglich verhandeln können.

von Unruh's Einwurf, Bismarck wisse ja, daß im wesentlichen dieselben Personen wiedergewählt werden würden, suchte er dadurch zu beseitigen, daß er sagte: „wenn auch, es ist doch ein neues Mandat gegeben."

Als zweiten Faustschlag in das Gesicht des Volkes bezeichnete von Unruh die Erklärung der Regierung, daß die bisherigen Regierungsgrundsätze auch ferner aufrecht erhalten werden sollten.

„Wo hat das gestanden, wer hat das gesagt?" fragte Bismarck lebhaft. Unruh nannte ihm die „Provinzial-Korrespondenz", die offiziösen Zeitungen und die Wahlaufrufe in den Kreisblättern.

Erregt antwortete Bismarck: „Ich weiß nichts davon. Wer kann auf solche gedruckte Sachen etwas geben? Ich kann nicht alles selbst lesen und censieren, Eulenburg auch nicht. Hätte ich es gelesen, so würde ich es gestrichen haben."

von Unruh erwiderte ihm: das Publikum könne nicht anders,

als solche Erklärung in solchen Blättern für richtig halten. Zugleich bezeichnete er einen Punkt, der sogar sehr konservative aber selbständige Personen befremde, daß man auf dem Palais des Königs noch die Fahne wehen sähe, obgleich Se. Majestät sich doch den Oberbefehl über die Armee vorbehalten habe und diese sich dem Feinde nähere.

Hierbei wurde Bismarck wieder erregt und platzte mit der Äußerung heraus, er habe den König wiederholt gefragt, wann er abzureisen befehle? Zuletzt noch vorgestern. Darauf habe der König ärgerlich geantwortet, er werde selbst bestimmen, wenn er abreisen wolle. Bismarck setzte hinzu, er könne doch die durchaus nötigen Dispositionen nicht in einem Augenblick treffen; aber da könne Unruh sehen, daß er selbst solche Dinge zuweilen nicht durchsetzen könne. Der König sei ein fast siebzigjähriger Mann. Die Königin spreche dazwischen.

Hier schaltete von Unruh ein, man wisse wohl im Publikum, daß Bismarck einen sehr schweren Stand habe. So erzähle man sich, daß hinter dem Rücken Bismarcks mit des Königs Zustimmung der Versuch zur Anbahnung einer Aussöhnung mit Österreich gemacht worden, aber mißglückt sei. Ebenso sei bekannt, daß Bismarck unmittelbar nach dem Bundestagsbeschluß vom 14. Juni (betreffend die Mobilmachung des außerpreußischen Kontingents), auf Grund einer schon vorher an die deutschen Staaten erlassenen Note, habe in Hannover einrücken wollen, um die Zusammenziehung der hannoverschen Truppen zu verhindern, daß aber der König darauf bestanden habe, zuvor eine Sommation zu erlassen, durch die zwei wichtige Tage verloren gegangen seien. Schnelles Handeln thue jetzt not. Frauen hätten nicht mehr mitzureden.

„Sie thun es aber doch," antwortete Bismarck und desavouierte die eben erwähnten Thatsachen mit keinem Wort.

Im Laufe des Gesprächs kam Bismarck auf den Twestenschen Entwurf zu einem Passus in der Thronrede zurück und äußerte wiederholt, es sei wünschenswert, eine andere Formel zu finden, in welcher das dem Könige Bedenkliche vermieden werde. von Unruh antwortete, das werde schwerlich gelingen, ohne den Zweck zu verfehlen. Zu einer näheren Ausführung des Gedankens kam es nicht.

Bismarck sprach wieder von dem großen Ziel seines sechzehnjährigen Strebens, während von Unruh wiederholt darauf hinwies, daß der erste Schritt zur Versöhnung keinen Aufschub gestatte, daß derselbe besser vor vier Wochen, als heute hätte geschehen sollen

und er und seine politischen Freunde wüßten sehr gut, daß der Sieg, den sie unserer Armee dringend wünschten, vor oder ohne Wiederherstellung der Verfassung uns in eine sehr schlimme Lage bringen würde, aber die Niederwerfung Preußens durch Österreich sei ein viel größeres Unglück für jenes, sowie für ganz Deutschland. Das sähen auch viele Deutsche außerhalb Preußens ein. Bismarck acceptierte diese Anschauung, und meinte, daß der König nach dem Siege sich wohl bereitwilliger würde finden lassen: eine demnächstige Ausgleichung des Konflikts sei notwendig.

Herr von Unruh erklärte, er zweifle nicht, daß Bismarck jetzt die Absicht hege; nicht so sicher sei er, ob dies auch nach dem Siege der Fall sein werde; sehr zweifelhaft scheine es ihm aber, ob Bismarck eine solche Absicht dann noch werde durchsetzen können. — Bismarck erwiderte: daß er alsdann nicht Minister bleiben dürfe, und deutete an, daß es von Unruh freistehe, in solchem Falle von seiner jetzigen Äußerung Gebrauch zu machen.

Beide Herren benutzten die wenigen noch übrigen Momente, um Bismarck zu sagen: er mache eine starke Probe auf den preußischen Patriotismus, aber es sei zu hoffen, daß dieselbe bestanden werde. Er sei überzeugt, die Armee werde sich sehr gut schlagen, aber auf Unruhs Frage, ob derselbe Geist in der Armee sei, der es Blücher gestattet habe, 1813 in Schlesien wiederholt vor- und zurückzugehen, dem Feinde stets auf den Fersen zu sitzen und 1815 achtundvierzig Stunden nach der verlorenen Schlacht bei Ligny, bei Belle-Alliance den Ausschlag zu geben, habe ein höherer Offizier vor wenig Tagen die Achseln gezuckt und geantwortet, das wisse er nicht. Dazu gehöre, bemerkte von Unruh, ein begeistertes Volk hinter der Armee.

Bismarck rühmte hierauf die Bereitwilligkeit, mit der sich die Landwehr und die Linie gestellt habe; von Unruh aber richtete die Frage an ihn, ob er denn einen größeren militärischen Unfall, ja eine Niederlage für unmöglich halte, und was dann geschehen solle, wenn man jetzt nichts thue. —

Bismarck erwiderte: eine solche Unmöglichkeit könne niemand behaupten, aber, setzte er hinzu, wissen Sie was dann geschieht? — „Dann dankt der König ab." —

Damit war das Gespräch beendigt. Am anderen Tage bestätigte jemand, der Bismarck oft sprach, den Vorfall mit Gablenz und setzte hinzu, daß selbst in der Umgebung des Königs sich die Ansicht verbreitet habe, es müßten versöhnende Schritte in Bezug auf den nicht beseitigten innern Konflikt geschehen. Zu den Per-

sonen, welche diese Ansicht aufstellten, gehörte unter anderen der General von Roeder, bisher Gesandter in Kassel und der frühere Bundestagsgesandte von Savigny. Der König sollte versöhnende Schritte nicht abgelehnt, aber geäußert haben, jetzt sei dazu keine Zeit. Ob diese Erzählung richtig, konnte Herr von Unruh nicht wissen.

Graf Bismarck sagte dem Herrn von Friesen (am 18. Februar 1869), er habe mit Rücksicht auf damals vorliegende besondere Verhältnisse zu jener Zeit (1866) dringend gewünscht, entweder den Krieg zu vermeiden, oder wenn dies nicht möglich gewesen wäre, den Beweis in die Hand zu bekommen, daß dies eben unmöglich sei. Er habe deshalb etwa zwei bis drei Wochen vor Ausbruch des Krieges Herrn von Gablenz, von dem er gewußt, daß er, als Bruder des bekannten österreichischen Generals, viele und einflußreiche Verbindungen in Wien habe, dorthin mit folgenden Vorschlägen geschickt: Auflösung des deutschen Bundes; Bildung zweier Bünde: eines norddeutschen mit Preußen, eines süddeutschen mit Österreich an der Spitze, enges Bündnis zwischen beiden, mit vollständiger, gegenseitiger Garantie des Länderbesitzes. Dabei habe er auch noch besonders darauf aufmerksam machen lassen, daß in diesem Augenblicke, wo beide Teile bis an die Zähne bewaffnet seien, es leicht möglich sein würde, einen solchen Plan mit gemeinschaftlichen Kräften ganz Europa gegenüber durchzuführen. Herr von Gablenz habe auch diese Vorschläge nach Wien überbracht und dort vorgelegt. Sie seien auch nicht sofort zurückgewiesen, sondern ausführlich besprochen worden. Von den österreichischen Ministern hätten sich einige dafür, die meisten aber dagegen erklärt, Graf Mensdorff aber, dessen Stimme doch gerade von größtem Gewicht gewesen wäre, habe gar keine bestimmte Meinung ausgesprochen, vielmehr wiederholt erklärt, er halte sich in dieser Frage ganz neutral und werde alles thun und auszuführen versuchen, was ihm der Kaiser befehle. Unter diesen Umständen seien die gemachten Vermittelungsvorschläge schließlich abgelehnt worden.

Am 30. Juni begab sich Graf Bismarck im Gefolge des Königs zur Armee nach Böhmen. Reise über Frankfurt a. O., Görlitz, Zittau nach Reichenberg. „Damals kamen wir in Reichenberg in eine recht bedenkliche Lage. Dort waren nur etwa dreihundert Trainsoldaten, und zwar mit Karabinern von 1813 bewaffnet, mit denen man zwar exerzieren, aber nicht schießen konnte. In Leitmeritz aber, sechs Meilen davon, standen sechs österreichische

und sächsische Kavallerieregimenter, die in vier Stunden herüberreiten und den König mit dem Hauptquartier aufheben konnten. Das wäre dann nicht tragisch, sondern lächerlich gewesen. Ich ging zu Moltke und stellte ihm die Gefahr vor. Ja, sagte der, im Kriege ist alles gefährlich. Darauf begab ich mich zum König und erreichte wenigstens, daß die dreihundert Trainsoldaten ohne Aufsehen und Alarm um das Schloß zusammengezogen wurden, wo der König wohnte. Auch mir bot man an, dahin überzusiedeln, ich blieb jedoch in der Stadt, denn ich wollte nicht als Feigling erscheinen. Nun, es ging alles glücklich vorüber, der Generalstab aber hatte mir das sehr übel genommen, und seitdem bestand eine gewisse Spannung.“ Mitten im ruhigen Gespräch verriet sich doch zuweilen ganz plötzlich in einem lebhaften Ausruf eine starke innere Erregung; man fühlte, daß er mit einer tief leidenschaftlichen Empfindung rang.

Bismarck an seine Gemahlin:

Sichrow, 1. Juli 1866.

Wir sind heut von Reichenberg aufgebrochen, eben hier eingetroffen, noch ungewiß, ob wir hier oder in Turnau bleiben. Die ganze Reise war eine gefährliche. Die Österreicher konnten gestern, wenn sie Kavallerie von Leitmeritz geschickt hätten, den König und uns alle aufheben. Leider ist Karl, der Kutscher, eben sehr schwer gestürzt mit der Fuchsstute, die ihm durchgegangen ist. Er galt erst für tot. Er liegt im Lazarett hier bei Sichrow, im nächsten Dorf. Kurt soll für ihn kommen. Wir begegnen überall Gefangenen, es sollen schon über 15000 sein nach den hier vorliegenden Angaben. Jitschin ist gestern von uns mit dem Bajonett genommen, Frankfurter Division, General Tümpling an Hüfte schwer verwundet, nicht tödlich. Hitze furchtbar. Zufuhr von Proviant schwer; unsere Truppen leiden vor Mattigkeit und Hunger. Im Lande bis hier nicht viel Spuren des Krieges außer zertretenen Kornfeldern. Die Leute fürchten sich nicht vor den Soldaten, stehen mit Frau und Kind im Sonntagsstaat vor den Thüren und wundern sich. In Trautenau haben die Einwohner 20 wehrlose Hoboisten von uns ermordet, die nach dem Durchmarsch ihrer Regimenter dort hinter der Front geblieben. Die Thäter in Glogau vor Kriegsgericht. Bei Münchengrätz hat ein Brauereibesitzer 26 unserer Soldaten in den Spirituskeller gelockt, betrunken gemacht, angezündet. Die Brennerei gehörte einem Kloster. Außer dergleichen erfahren wir hier weniger als in Berlin; dies Schloß, beiher sehr stattlich, gehört Fürst Rohan, den ich in Gastein jährlich sah.

Jitschin, nicht Gitschin, 2. Juli 1866.

Eben von Sichrow her angekommen; auf dem Schlachtfelde hierher lag es noch voll von Leichen, Pferden, Waffen. Unsere Siege sind viel größer, als wir glaubten; es scheint, daß wir jetzt schon über 15000 Gefangene haben, und an Toten und Verwundeten wird der österreichische Verlust noch höher, gegen 20000 Mann angegeben. Zwei ihrer Korps sind ganz zersprengt, einige Regimenter bis zum letzten Mann vernichtet. Ich habe bisher mehr österreichische Gefangene als preußische Soldaten zu sehen bekommen. Schicke mir durch den Kourier immer Cigarren, zu 1000 Stück jedesmal, wenn es geht, Preis 20 Thaler, für die Lazarette. Alle Verwundeten sprechen mich darum an. Dann laß durch Vereine, oder aus eigenen Mitteln, auf einige Dutzend Kreuzzeitungsexemplare für die Lazarette abonnieren, z. B. für das in Reichenberg, die andern Ortsnamen suche vom Kriegsministerium zu erfahren. Was macht Clermont-Tonnere? kommt er nicht? Mir fehlt bisher Postnachricht. Schicke mir doch einen Revolver von grobem Kaliber, Sattelpistol. Mit Karl, Kutscher, geht es besser, er wird wohl keinen bleibenden Schaden haben, aber noch einige Zeit dienstunfähig sein. Karl B. ist sehr zu loben, dies thätige Prinzip unserer reisenden Häuslichkeit. Grüße herzlich. Schicke mir einen Roman zum Lesen, aber nur einen auf einmal.

Gott behüte Dich!

So eben Deinen Brief mit der Homburger Einlage erhalten, tausend Dank. Ich kann Dir die Abreisestille so nachfühlen. Hier in dem Treiben kommt man nicht zum Gefühl der Lage, höchstens nachts im Bett.

Über die Schlacht bei Königgrätz schrieb Bismarck an seine Gemahlin:

Hohenmauth, Montag, 9. Juli 1866.

Weißt Du noch, mein Herz, wie wir vor 19 Jahren auf der Bahn von Prag nach Wien hier durchfuhren? Kein Spiegel zeigte die Zukunft, auch nicht, als ich 1852 mit dem guten Lynar diese Eisenbahn passierte. Uns geht es gut; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn. Die Österreicher stehen in Mähren, und wir sind schon so kühn, daß für morgen unser Hauptquartier da angesagt wird, wo sie heute noch stehen. Gefangene passieren noch immer ein, und Kanonen seit

dem 3. bis heut 180. Holen sie ihre Südarmee hervor, so werden wir sie mit Gottes gnädigem Beistande auch schlagen; das Vertrauen ist allgemein. Unsere Leute sind zum Küssen, jeder so todesmutig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen, was sie können, und essen verschimmeltes Brot. Es muß doch ein tiefer Fonds von Gottesfurcht im gemeinen Mann bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein. Nachrichten über Bekannte sind schwer zu haben, man liegt meilenweit auseinander, keiner weiß wo der andere, und niemand zu schicken, Menschen wohl, aber keine Pferde. Seit 4 Tagen lasse ich nach Philipp suchen, der durch einen Lanzenstich am Kopfe leicht verwundet ist, wie G. mir schrieb, aber ich kann nicht entdecken, wo er liegt, und jetzt sind wir schon 8 Meilen weiter. Der König exponierte sich am 3. allerdings sehr, und es war gut, daß ich mit war, denn alle Mahnungen anderer fruchteten nicht, und niemand hätte gewagt, so zu reden, wie ich es mir beim letzten Male, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassier-Regiment neben uns sich blutend wälzte, und die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glücke nicht. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmiert über seine Truppen und mit Recht, so daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis wir denn richtig wieder ins Feuer hineingeraten waren. Er hat aber so viel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird, und Du kannst beruhigt sein; ich glaube auch kaum noch an eine wirkliche Schlacht.

Wenn Ihr von jemand keine Nachricht habt, so könnt Ihr unbedingt annehmen, daß er lebt und gesund ist, denn alle Verwundungen von Bekannten erfährt man in längstens 24 Stunden. Mit Herwarth und Steinmetz sind wir noch gar nicht in Berührung gekommen, ich habe also auch Sch. nicht gesehen, weiß aber, daß beide gesund sind. G. führt ruhig seine Schwadron mit dem Arm in der Binde. Leb wohl, ich muß in Dienst.

Dein treuester

von Bismarck.

Zwittau in Mähren, 11. Juli 1866.

Mir fehlt ein Tintenfaß, da alle besetzt, sonst geht es mir gut, nachdem ich auf Feldbett und Luftmatratze gut geschlafen und durch Brief von Dir um 8 geweckt. Ich war um 11 zu Bett ge-

gangen. Bei Königgrätz ritt ich den großen Fuchs, 13 Stunden im Sattel ohne Futter. Er hielt sehr gut aus, schrak weder vor Schüssen noch vor Leichen, fraß Ähren und Pflaumblätter mit Vorliebe in den schwierigsten Momenten und ging flott bis ans Ende, wo ich müder schien als das Pferd. Mein erstes Lager für die Nacht war aber auf dem Straßenpflaster von Horic, ohne Stroh, mit Hilfe eines Wagenkissens. Es lag alles voll Verwundeter; der Großherzog von Mecklenburg entdeckte mich und teilte sein Zimmer dann mit mir, R. und 2 Adjutanten, was mir des Regens wegen sehr erwünscht kam. Was König und Granaten anbelangt, schrieb ich Dir schon. Die Generäle hatten alle den Aberglauben, sie als Soldaten dürften dem Könige von Gefahr nicht reden, und schickten mich, der ich auch Major bin, jedesmal an ihn ab. Bei dem Revolver deckte der aufsteigende Hahn die Visierlinie, und die Kimme oben im Hahn visierte nicht in gerader Linie mit Visier und Korn. Laß das T. sagen. Leb wohl, mein Herz, ich muß zu S. Dein treuester

von Bismarck.

In einer späteren Zeit erzählte Bismarck, daß er in der Schlacht vom 3. Juli dem König gesagt habe: „Wenn Ew. Majestät so wenig Rücksicht auf die eigene Person nehmen, so haben Sie wenigstens Mitleid mit Ihrem Ministerpräsidenten, von dem Ihr getreues preußisches Volk seinen König fordern wird; im Namen dieses Volkes bitte ich: verlassen Sie diese gefährliche Stelle!" Da reichte mir der König die Hand: „Nun Bismarck, so lassen Sie uns weiter reiten!" Der König wandte auch wirklich seine Rappstute und setzte sie in einen so langsamen Galopp, gerade als wärs ein Spazierritt die Linden hinunter in den Tiergarten. Da zuckte es mir doch in den Händen und Füßen — Sie alle und noch manche andere kennen ja den alten heißblütigen Bismarck —, ich ritt meinen Dunkelfuchs dicht an die Sadowa heran und versetzte ihr einen kräftigen Stoß mit meiner Stiefelspitze; sie machte einen Satz vorwärts, und der König blickte sich verwundert um. Ich glaube, er hat es bemerkt, aber er sagte nichts."

Das neue Deutschland.

Am 8. Juli traf der ungarische Graf Seherr-Thoß in dem preußischen Hauptquartier zu Pardubitz ein. In seiner Unterredung mit Bismarck sagte ihm dieser:

„Sie haben mich auch für einen Junker, für einen Reaktionär gehalten. Der Schein trügt. Um meinen Zweck zu erreichen, mußte

ich diese Rolle spielen. Beim König werde ich von allen Seiten als ein verkappter Demokrat verdächtigt. Ich konnte sein volles Vertrauen nur gewinnen, indem ich zeigte, daß ich auch vor der Kammer nicht zurückschreckte, um die Armeeorganisation durchzuführen, ohne welche der Krieg unmöglich und selbst die Sicherheit des Staates gefährdet war. Dieser Kampf kostete mich aber meine Nerven, meine Lebenskraft!"

Als zwei Siegestelegramme aus Mitteldeutschland einliefen, fragte Seherr-Thoß, welches nun das Loos der süddeutschen Staaten sein würde.

„Diese Ultramontanen," erwiderte Bismarck, „können wir nicht brauchen; auch dürfen wir nicht mehr schlucken, als wir verdauen können; denn wir wollen nicht in den Fehler von Piemont verfallen, das sich durch die Annexion von Neapel mehr geschwächt als gestärkt hat."

In der Nacht zum 11. zum 12. Juli traf Benedetti im Hauptquartier ein. Am 15. berichtete er nach Paris: „Herr von Bismarck hat mir die Annexion von Sachsen, Kurhessen und Hannover als eine durch die von Preußen gebrachten Opfer gerechtfertigte Forderung dargestellt. Ich habe mir erlaubt, eine solche Prätension von vorn herein nicht als ernst gemeint anzusehen."

Am Tage darauf empfing Bismarck ein Telegramm des Grafen Goltz aus Paris über dessen Gespräch mit Napoleon III. Graf Goltz hielt für den Fall, daß Preußen zu hohe Forderungen stellte, eine französische Kriegserklärung für möglich. Darauf beschloß Bismarck den Versuch einer direkten Verständigung mit Österreich. Er ließ Dr. Giskra zu sich bescheiden. Derselbe bekleidete im Jahre 1866 neben seiner Advokatur das Amt eines Bürgermeisters von Brünn und war genötigt, zu dem preußischen Hauptquartier, das sich lange in dieser Stadt befand, in lebhafte Beziehung zu treten. Hier benahm er sich musterhaft; ohne seiner Würde als Mann und seinem Stolze als Österreicher etwas zu vergeben, schickte er sich in die schwere Lage, in welche er versetzt war, so gewandt, daß es ihm gelang, einerseits der von ihm verwalteten Stadt die Lasten, welche sie zu tragen hatte, möglichst zu erleichtern, andererseits sich das volle Wohlwollen des Königs Wilhelm und des Herrn von Bismarck zu erwerben. Daß er bei dieser Gelegenheit berufen wurde, auch eine diplomatische Rolle zu spielen, sollte man erst nach Jahren erfahren. Am 30. Januar 1871 erzählte er in der Sitzung der österreichischen Delegation, veranlaßt durch die tendenziösen Dar-

stellungen des bekannten polnischen Publizisten Klaczko, daß Herr von Bismarck ihm den Wunsch nahe gelegt habe, nach Wien zu gehen, und dort Friedensvermittelungen anzubahnen. Die Grundlagen wurden dahin skizziert, daß der Länderbestand Österreichs mit Ausnahme von Venetien ungeschmälert bleibe, daß keine Kriegsentschädigung gezahlt werde, daß Preußen den von ihm zu gründenden Bund bis an die Mainlinie erstreckte, Süddeutschland völlig freie Hand behalte, und jede Mediation Frankreichs ausgeschlossen bleibe. Anstatt des Dr. Giskra, der die von ihm verwaltete Stadt nicht verlassen wollte, übernahm der Präsident der Handelskammer, von Herring, diese Mission, und scheiterte mit derselben an dem Mißtrauen des Grafen Moritz Esterhazy und des Ritters Bernhard von Meyer. Diese Enthüllungen wurden alsbald, nachdem sie bekannt geworden, in der preußischen Hauptstadt besprochen und nach Moritz Buschs Zeugnis von Bismarck indirekt als richtig anerkannt.

Als Herring wieder bei Bismarck eintraf, empfing ihn dieser mit den Worten: „Sie sind um eine Stunde zu spät gekommen, eine Stunde früher würden die Verhandlungen einen anderen Gang genommen haben, wir können jetzt die Intervention Frankreichs nicht mehr ablehnen, weil dieselbe schon zugestanden worden ist.“

Die Friedensvorschläge Napoleons hatten den größten Unwillen des Königs Wilhelm erregt. Er wollte ursprünglich, abgesehen von Schleswig-Holstein, keine oder doch nur unbedeutende Annexionen — Ostfriesland, in der Zukunft Braunschweig, einen böhmischen Grenzstrich — aber neben der Abdankung der feindlichsten deutschen Fürsten zu Gunsten ihrer Thronfolger, die alsbaldige Ausdehnung der preußischen Führung auf ganz Deutschland, womit Bismarck im wesentlichen einverstanden war, abgesehen von der Zumutung einer Abtretung seitens Österreichs. Die Einmischung Napoleons III. bewirkte die Veränderung der Friedensbedingungen. Wollte man es nicht auf einen gleichzeitigen Krieg mit Frankreich und Österreich bei zweifelhafter Haltung Rußlands ankommen lassen, der nach dem Gutachten Moltkes zunächst defensiv hätte geführt werden müssen, so daß er langwierig werden konnte, dann mußte die Mainlinie als Provisorium angenommen werden. In diesem Falle aber mußte ein anderer Siegespreis verlangt werden, und er bestand vorläufig in einer Stärkung Preußens, welche dieses in den Stand setzen sollte, der ungewissen ferneren Entwickelung mit Ruhe entgegensehen zu können. Nunmehr forderte König Wilhelm, der tief durchdrungen

war von der Verpflichtung, seinem Preußen volle Entschädigung für die gebrachten Opfer zu sichern, weitergehende Annexionen als Bismarck durchsetzen zu können glaubte. Derselbe mahnte zur Mäßigung, er riet, den Bogen Europa gegenüber nicht zu stark zu spannen, hatte aber bei der militärischen Umgebung des Königs einen schweren Stand.

Unter dem 9. Juli schon hatte, wie wir gesehen, Bismarck an seine Gemahlin geschrieben: „Ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn."

Bekannt ist die Äußerung Bismarcks aus späterer Zeit: „Nach der Schlacht von Königgrätz war ich ganz allein für den Frieden. Alle waren gegen mich; es ist gar nicht zu sagen. Der König war ungehalten, die Generäle tobten über den Zivilisten. Ich erklärte dem Könige: ich werde die Verantwortlichkeit der Fortsetzung des Krieges nicht auf mich nehmen, und zurücktreten. Aber wenn der König trotzdem Krieg führen und meinethalb ein oströmisches Kaiserreich gründen und nach Konstantinopel gehen wolle, so erbäte ich mir eine Stelle bei der aktiven Armee, um zu beweisen, daß es mir nicht an Mut fehle. Wir hatten damals die Cholera im Leib. Die Franzosen konnten eine Diversion in Süddeutschland machen. Der Sieg über sie hätte viel, auch deutsches Blut gekostet. Ich war der Meinung, wir haben eine Höhe erreicht, von wo aus die Wasser ganz von selbst abwärts fließen, ohne Gewalt."

Auf die Ereignisse von 1866 eingehend, äußerte im Jahre 1892 der Fürst: „Vor allem handelte es sich darum, meinen königlichen Herrn für die nationale Sache zu gewinnen, und das ging auch, wenn schon nicht ohne alle Schwierigkeiten, doch es ging, da ich die Bedenken des Königs durch mein Bestreben beseitigte, die alten historischen Dynastien in Deutschland zu erhalten, ein Einverständnis mit diesen herzustellen, und gemeinsam mit denselben die nationale Bewegung endlich zu einem den meisten annehmbaren Ziele zu führen. Länder mit einer langen Vergangenheit, großer Geschichte, eigenartiger Entwickelung und einer berechtigten Existenzmöglichkeit, wie Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen, kann man wohl auf der Landkarte auswischen, aber der Versuch in der Wirklichkeit würde kaum gut bekommen. Ich sah auch gar nicht ein, weshalb man diesen Ländern die altgewohnte Selbstverwaltung, unter der sie sich wohlfühlten, verkümmern sollte. Es ge-

nügte, wenn die Könige von Bayern, Württemberg, Sachsen u. s. w. so viel von ihren Rechten abtraten, als gerade nötig war, um das deutsche Reich unter Berücksichtigung der berechtigten Überlieferungen und Forderungen zu begründen. Anders wäre es nicht gegangen, anders wollte ich auch nicht. Meine Landsleute haben vielfach weiter gehen wollen, ich hatte genug Arbeit, diesen Appetit zu mäßigen. Es ist mir gelungen. Nur mit Hannover und dem Kurfürsten von Hessen war absolut nichts anzufangen. Ihre Beseitigung wurde zur gebieterischen Pflicht, wenn man überhaupt in Deutschland vorwärts kommen wollte. Abgesehen von der deutschnationalen Bewegung konnte sich ein Staat von der Größe und Bedeutung Preußens zwei Feinde, die zwischen seinen östlichen und westlichen Provinzen eingelagert waren, und es stets im Ernstfalle im Rücken bedrohen konnten, nicht gefallen lassen. Diese beiden Feinde mußten fortgeschafft werden. Die übrigen Dynastien wurden gewonnen, und ich besaß schließlich, weil sie meine gerade und dabei maßvolle Politik begriffen, deren Vertrauen vollständig."

Windthorst sprach einmal (1887) im Reichstage mit großer Sicherheit davon, daß König Georg V. wiederholt in Nikolsburg und in Berlin um Eröffnung von Friedensverhandlungen gebeten habe, daß aber diese Verhandlungen ihm schnöde abgeschlagen worden seien. Wegen des Ausdrucks „schnöde" zur Ordnung gerufen, verteidigte er den hannoverschen König, wenn dieser bei den Franzosen Hilfe gesucht haben sollte, während seine Gegner mit Italien ein Bündnis schlossen, sogar Garibaldi zum Bundesgenossen nahmen und aus gefangenen ungarischen Soldaten eine Legion zur Bekämpfung ihres Landesherrn bilden wollten.

Fürst Bismarck erwiderte darauf, daß die Verhandlungen mit dem Könige Georg allerdings in Nikolsburg und in Berlin abgewiesen worden seien, aber noch viel schärfer seien die Bestrebungen Preußens, im Frühjahr 1866 mit Hannover zu verhandeln, abgewiesen worden. „Wir haben der hannöverschen Regierung damals gesagt: wir sehen den Krieg Österreichs voraus; versprecht uns nur, neutral zu bleiben, dann habt Ihr das Wort des Königs von Preußen, daß Euch nichts geschieht; wir verlangen nicht Eueren Beistand, wir verlangen nicht eine Wiederholung des Beispiels aus dem siebenjährigen Kriege, wo die hannöverschen Truppen an unserer Seite gefochten haben, wir verlangen nur Euer Wort, daß Ihr stillsitzen wollt, dann werden wir Euer Territorium respektieren und Euch als neutrale Macht betrachten, und der Krieg mag ausfallen

wie er will, Ihr könnt sicher sein, in Eurem Besitz zu bleiben. Es wurde darauf eingegangen, und das Verhältnis war eine Zeit lang sogar so freundlich, daß die Verlobung einer hannöverschen Prinzessin mit einem preußischen Prinzen in Verhandlungen mit dem Grafen Platen, der mich damals zu diesem Zwecke besuchte, geplant wurde, und soweit zu stande kam, daß die jungen Herrschaften sich bloß noch einmal sehen sollten, um zu entscheiden, ob sie sich konvenierten. Da kamen plötzlich verschiedene einflußreiche Persönlichkeiten, — ob mit oder ohne Auftrag von Wien, das weiß ich nicht —, die den König Georg umstimmten. Er fing an zu rüsten und Truppen auszuheben, in der Absicht, seine Armee zu verstärken, eine Absicht, die mit der Neutralität nicht verträglich war. Wir erkundigten uns nach den Gründen, und es wurde uns geantwortet, wegen der möglicherweise bevorstehenden Teuerung der Preise wolle man statt des Herbstmanövers ein Frühjahrsmanöver machen. Inzwischen war ein hoher Herr und Verwandter des Hannoverschen Hauses (Prinz zu Solms-Braunfels) nach Hannover gekommen und hatte dort Anerbietungen gemacht, hatte von 800 000 Österreichern gesprochen und den König überzeugt, daß der österreichische Sieg ganz sicher sein würde. Dieser stellte sich trotz der geographischen Lage zwischen Magdeburg und Minden auf die österreichische Seite, in der Absicht, über uns herzufallen, und im Falle eines Unterliegens Preußens, eine territoriale Vergrößerung zu gewinnen. Es ist da wenigstens nicht klug operiert worden. Dies nenne ich in der That eine doch wenigstens unfreundliche Zurückweisung, zumal nachdem die Verhandlungen so weit gediehen waren, daß wir glaubten, der Neutralität sicher zu sein und nahe daran waren, unsere fortdauernde Freundschaft durch eine Familienverbindung zu befestigen. Ganz ähnlich war es mit Sr. Hoheit, dem Herzog von Nassau, der eine Politik führte, die überall möglich gewesen wäre, nur nicht unter den Kanonen von Ehrenbreitenstein."

In demselben Sinne hatte Bismarck bereits am 11. März 1867 im Reichstage gesprochen. „Es ist mir von mehreren Seiten nach dem Kriege in einer Weise entgegengekommen, die etwa sagen wollte: „Nun, wir haben die Sache nicht so ernst gemeint, nun ist Alles wieder beim Alten; wir haben nur mit scharfen Patronen Manöver gemacht; wir wollen uns auf die alten Stühle setzen, und ihr werdet nicht böse sein." Man hat sich über den Ernst der Sache getäuscht; ob in demjenigen Dünkel, mit dem Gott öfter die Fürsten schlägt, ob in derjenigen Unkenntnis der Diplomaten

und Minister, in der Viele sich über die Realitäten dieses Lebens befinden, lasse ich dahingestellt.

Graf Münster war am 7. August 1866 in Berlin bei Bismarck. Er berichtet darüber:

„Ich eröffnete unser Gespräch damit, daß ich dem Grafen erklärte, daß ich durchaus nicht im Auftrage des Königs komme, durchaus keine politische Mission habe und nur nach Berlin gekommen sei, um mir über die Zukunft Hannovers Gewißheit zu verschaffen, und ihn, den Grafen Bismarck, über die richtige Stimmung und namentlich über die Stimmung im Adel aufzuklären und für die Erhaltung einer der ältesten Dynastien zu wirken.

„Graf Bismarck sagte mir darauf, er bedauere sehr, mir nicht viel Angenehmes sagen zu können, es gehe ihm selbst jetzt manches zu rasch, er könne versichern, daß er die Annexion nicht beabsichtigt habe, daß er von vornherein die Selbständigkeit Hannovers habe achten wollen. Anfangs Mai habe er Hannover noch ein Neutralitätsbündnis angeboten, ohne Reformprojekt und mit Garantie des ganzen Territorialbestandes; er habe immer gehofft, Hannover würde, wie im siebenjährigen Kriege, zu Preußen halten und hätte nie glauben können, daß es solche vorteilhafte Anerbieten hätte ausschlagen können. Während über diese Anerbieten in Berlin unterhandelt worden wäre, seien gleichzeitig in Wien sehr lebhafte Verhandlungen wegen eines Bündnisses mit Österreich und der Anschließung der hannoverschen Armee an die Brigade Kalik geführt; Prinz Karl Solms sei dann nach Hannover gekommen und die feindselige Haltung des Königs und seiner Regierung sei offen hervorgetreten. Der König habe keine Gelegenheit versäumt, seinem Hasse gegen Preußen Luft zu machen und habe jede Verhandlung unmöglich gemacht. Ich unterbrach den Grafen mit der Bemerkung, er möge von der Person des Königs absehen, es handle sich hier um das Schicksal einer der ältesten Dynastien in Europa, er möge die Abdikation verlangen und erklären, er wolle nur mit dem Kronprinzen verhandeln. Graf Bismarck erwiderte: Er habe diese Idee auch gehabt, habe auch den König darum in Wien sondieren lassen, habe aber, wie immer, die Antwort erhalten: „Ein Welf könne sich unter einen Hohenzollern nicht beugen." Ich müsse ihm doch Recht geben, daß es schwer sei, mit mir hier die Erhaltung der Dynastie zu besprechen, während deren Träger in Wien fortwährend gegen Preußen aufhetze und Intriguen anspinne. Darauf kam ich noch einmal auf die Abdikation des Königs zurück, stellte dem Grafen

Bismarck vor, daß es auch im Interesse Preußens liege, einen 2 000 000 Seelen starken Stamm sich durch ein Bündnis zum Freunde zu machen, statt ihn durch diesen plötzlichen Übergang sich zu verfeinden; daß die Stimmung von jeher antipreußisch gewesen sei und daß dieselbe Stimmung auch jetzt noch existiere, könne ich versichern. Für einen engen Anschluß an Preußen seien, da die Bundesverhältnisse nicht mehr zu halten, auch diejenigen, die es früher nicht gewesen seien, jetzt entschieden, für die Annexion niemand, und wollte man die neue französische Staatslehre, die ich im allgemeinen nicht billige, das suffrage universel, anwenden, so würde man sich über das Resultat verwundern. Graf Bismarck bemerkte darauf, daß er mir schon im Anfange der Unterredung die Gründe angegeben habe, aus denen man keine Rücksicht auf die Ansicht der Völker nehmen könne und die Preußen zwängen, die Annexion, die, er könne es mir fest versichern, vom Könige beschlossen sei, möglichst bald auszuführen. Ich fragte den Grafen Bismarck, ob der König mich empfangen würde, wenn ich mich bei ihm meldete. Graf Bismarck sagte, er würde mich selbst bei ihm melden, wenn ich es wünsche, da er jetzt wisse, daß ich keine offizielle Mission habe; er zweifle auch nicht daran, daß Se. Majestät mich empfangen würde; es könne aber längere Zeit dauern, da er jetzt sehr beschäftigt sei, übrigens würde es dem Könige nur schmerzlich und unangenehm sein, und er bäte mich, davon abzustehen. Auf meine Anfrage, ob Se. Majestät und das Ministerium die Annexion schon bestimmt und formell beschlossen haben, sagte er Ja. Es stehe auch die Publikation der Annexion mit den Friedensverhandlungen durchaus in keinem Zusammenhange und sie werde geschehen, sobald als hinreichende Truppen in Hannover verteilt wären.

„Hierauf drückte Graf Bismarck nochmals seine Sympathie für den Adel und das Volk Hannovers aus und versicherte, daß alles geschehen werde, um die Anhänglichkeit an die Dynastie, die man in Preußen sehr zu achten wisse, zu respektieren, es sei schlimm, daß der König Georg so schwer zugänglich sei und sich voraussichtlich auf kein Arrangement hinsichtlich seines Vermögens sowohl, als auch hinsichtlich des Entbindens vom Huldigungseide einlassen würde. Er wolle, daß man hinsichtlich des Vermögens so „large“ (so drückte er sich aus) als möglich sein möge und auch hinsichtlich des Eides würde man so schonend als möglich verfahren. Letzteres legte ich ihm sehr warm an's Herz, sagte, wie es mir schwer werde, über diese Eventualität zu sprechen, da ich mir das

wirkliche Aufhören Hannovers nicht denken könne, er möge aber gerade beim Eide der Angestellten und Offiziere bedenken, daß die Gewissenhaftesten die seien, auf deren Erhaltung im Dienste es auch Preußen am meisten ankommen müsse. Darauf meinte Graf Bismarck, daß das ganz richtig sei, er habe schon gedacht, ob man vielleicht, wenn der König in seinem Eigensinne sich auf nichts einlassen und nicht vom Eide entbinden wolle, die Beamten abgehen lassen und wieder anstellen könne. Ich sagte ihm, daß damit keine Abhilfe geschafft werde. Darauf äußerte sich Graf Bismarck auf das allerfreundlichste und ich empfahl mich, indem ich ihm noch einmal das Schicksal der hannoverschen Armee und der hannoverschen Beamten ans Herz legte. Aus dieser Unterredung hatte ich die feste Überzeugung gewonnen, daß die Annexion nicht mehr vermieden werden könne."

Das Schicksal Kurhessens, desjenigen Staates, dessen Annexion an Preußen zugleich die Bedeutung der Beseitigung einer Mißregierung hatte, war schon längst besiegelt. Bismarck sagte 1864 zu Ötker: „So wie 1850 gehen wir aus Hessen nicht wieder heraus — sind wir einmal darin, so gehen wir gar nicht wieder heraus."

Im Hauptquartier in Mähren fand sich auch der Bürgermeister Müller von Frankfurt ein.

„Ich habe," so lautete sein Bericht wörtlich, „bei diesem Besuche, da ich annehmen durfte, daß die Entscheidung der Sache zur Zeit nicht in Berlin, sondern im Hauptquartier zu suchen war, nicht geklagt und suppliciert, ich habe einfach meine Person und deren Eigenschaft als berufener Abgesandter zur Vorstellung gebracht, habe auf vielfach gestellte Fragen mit möglichster Vorsicht geantwortet, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß der Erfolg dieses, unter Beirat kundiger Persönlichkeiten beschlossenen und streng beobachteten Verhaltens ein nicht ungünstiger gewesen ist. Bei meiner Ankunft in Brünn, — wo ich am 3. August nachmittags eintraf, — stellte ich mich sofort Sr. Majestät dem Könige vor und wurde von demselben, bei äußerst gnädiger Aufnahme, die jedoch rücksichtlich unserer Stadt aus allgemeinen Äußerungen sich nicht herausbewegen ließ, an den Grafen Bismarck verwiesen. Aus der Unterredung mit Graf Bismarck, welche sofort der Vorstellung bei dem Könige sich anschloß und wohl eine Stunde währte, muß folgendes besonders hervorgehoben werden: Graf Bismarck erging sich zunächst in Klagen über Frankfurt und seine

Presse. Ich habe mich dagegen bemüht, aus dem Verhältnisse von Frankfurt als Sitz der Bundesversammlung und aus den historischen Beziehungen der alten Reichs- und Krönungsstadt zu Österreich ein anderes Bild zu entwickeln, ich fand und nahm dabei Gelegenheit, manche Erdichtungen und Übertreibungen in das rechte Licht zu stellen, und es fand damit dieser Gegenstand, der ja ohnehin nur einleiten sollte, seine Erledigung. Graf Bismarck teilte mir sodann mit, daß Österreich und Frankreich ihr Einverständnis damit erklärt hätten, daß Preußen eine Vergrößerung in und bis zu der Zahl von 4 Millionen Seelen sich aneigne. Graf Bismarck bemerkte dabei nicht, daß Hannover und Königreich Sachsen dabei in Betracht gezogen werden würden, wohl aber, daß die Einwohnerzahl der beiden Hessen, von Nassau und von Frankfurt nicht zu 4 Millionen hinaufsteige. Frankfurt werde nicht an sich selbst herausgegeben, vielmehr von Preußen behalten werden. Frankfurt werde wohlthun, auf diesen Plan von Preußen entgegenkommend einzugehen. Es werde und solle in diesem Falle die privilegierteste Stadt in Preußen, weit privilegierter als Berlin werden, und eine entsprechende Munizipalverfassung erhalten. Es verstehe sich von selbst, daß Preußen eine Stadt, die es zu behalten gemeint sei, nicht werde ruinieren wollen. Die Kontribution von 25 Millionen, resp. 19 Millionen, sollte daher nur vorerst und theoretisch aufrecht erhalten, nicht aber beigetrieben werden. In hohem Grade überrascht, obgleich nach den Wahrnehmungen in Berlin auf Ähnliches vorbereitet, nahm ich nicht Anstand, sofort das Folgende zu erklären: Das Wort ‚Mainlinie' und die scharfe Betonung, welche dasselbe seit längerer Zeit erhalte, habe in mir die Ansicht hervorgerufen, daß Preußen die damalige Aktion nur als den ersten Schritt, als eine Vorbereitung zu künftigen weiteren Aktionen und Annektierungen betrachte. Es sei dies eine persönliche Auffassung, auf welche ich eine bestimmte Erklärung nicht erwarten könne. Sei diese meine Auffassung aber richtig, so scheine das eigene Interesse zu gebieten, die großen und bedeutenden Beziehungen, in welchen Frankfurt zu dem Süden von Deutschland stehe, die Einwirkungen, welche ersteres auf letzteres seiner Lage und Bedeutung als Handelsstadt nach ausübe, in Betracht zu ziehen und wohl zu bemessen. Frankfurt, wenn selbständig erhalten, aber auch nur in diesem Falle könne im Interesse weiterer Pläne als Krystallisationspunkt mit besonderem Erfolge benutzt werden. Graf Bismarck war durch diese Erklärung sichtlich be-

troffen, und ich habe es daher gewagt, ihr auch in späteren Unterredungen mit dem Könige sowohl, als auch insbesondere mit dem Kronprinzen Ausdruck zu geben. Ich habe namentlich bei dem Kronprinzen, bei welchem ich die Beziehungen von Frankfurt vorzugsweise zu Baden betonte, offenes Ohr und viel Verständnis und Neigung gefunden. Hat Graf Bismarck in der Erklärung, welche ich von ihm empfangen und nachher möglichst treu niederzuschreiben mich bemüht habe, den eigentlichen Gedanken der preußischen Regierung ausgesprochen — was wahr sein kann, aber auch Zweifel zuläßt, so dürfte in der von mir sofort gemachten Entgegnung ein Mittel zur Abwehr gefunden sein, wenn damit noch andere hierselbst nicht anzudeutende weitere Mittel verbunden werden. Einer weiteren Erörterung und Besprechung des Bismarckschen Planes bin ich, aus wohlbedachten Gründen, aus dem Wege gegangen. Ich war der Ansicht, daß dem Manne gegenüber, mit welchem ich verhandelte, es vergeblich sein würde, Gründe der Pietät und des historischen Rechts geltend zu machen, daß es geratener sein würde, sich gerade auf den Standpunkt zu stellen, von welchem der Gegner mutmaßlich ausging, und ich bin heute noch der Ansicht, daß der im ersten Moment betretene Weg der richtige gewesen ist. Da Graf Bismarck zum Schlusse die Erwartung aussprach, daß die in Brünn begonnenen Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden würden, so mußte ich meine Bereitschaft hierzu um so mehr zu erkennen geben, als die zugestandene, nur theoretische Aufrechterhaltung der Kontribuenten immerhin als ein nicht unbedeutender Gewinn erachtet werden muß, machte jedoch dabei die ausdrückliche Voraussetzung geltend, daß ich über das bis jetzt Vernommene in der Heimat vorerst Bericht erstatten und Instruktion einholen müsse, was als selbstverständlich zugestanden wurde. Weniger glücklich war ich mit einer zweiten Forderung, die ich zum Schluß gestellt und mehrfach wiederholte. Ich ersuchte nämlich um eine schriftliche Aufzeichnung darüber, wie bei Ausführung des Planes von Preußen die Verhältnisse in Frankfurt im Innern und nach außen gestaltet werden sollen. Wenn ich sage, daß ich mit dieser Forderung weniger glücklich gewesen sei, so muß dies so verstanden werden, daß ich weder eine Zusage, noch eine Ablehnung erhalten habe. Vielleicht dürfte gerade hieraus geschlossen werden, daß das Gegenprojekt durch Schaffung eines kleinen, selbständigen Staates einen Krystallisationspunkt für weitere Pläne zu bilden, auch bei dem Grafen Bismarck einen ge-

wissen Eindruck, den ich auch sonsten verspürt, gemacht habe, oder, was vielleicht näher liegt, daß es mit der angedrohten Annektierung doch nicht voller Ernst sei. Für die in Berlin festzusetzenden Verhandlungen werden feste Instruktionen zu erteilen sein und dürfte es sich empfehlen, hierzu eine Kommission von etwa drei Mitgliedern niederzusetzen, welchen der gehorsamst Unterzeichnete, soweit es erforderlich, mit Aufklärungen und Beirat an Händen zu gehen, anzuweisen wäre. Es liegt übrigens in der Natur der Verhältnisse und bedarf wohl einer weiteren Rechtfertigung nicht, daß nämlich der gegenwärtige Bericht als das tiefste Geheimnis wird betrachtet werden müssen. Geschrieben zu Dresden am 6. und 7. August 1866. Eines hohen Senates gehorsamer (gez.) Müller."

Wir finden den Einfall des Senators Müller, durch den er die Selbständigkeit Frankfurts zu retten hoffte, äußerst naiv. Unser Diplomat ist von dem Tiefsinn seines Einfalls so überzeugt, daß er ihn ein „Gegenprojekt" gegen den Vorsatz der Annexion nennt, ja, daß er meint, der Eindruck auf den Grafen Bismarck sei groß genug gewesen, um diesen zum vorläufigen Verzicht auf die schriftliche Aufzeichnung seiner Anerbietungen zu bewegen. Er hofft in seiner Entgegnung, ein „Mittel zur Abwehr" gefunden zu haben, das Erfolg haben müsse, zumal, „wenn damit noch andere hierselbst nicht anzudeutende weitere Mittel verbunden werden." Ob er bei diesem dunkelen Satz an eine französische Intervention zu Gunsten Frankfurts dachte, oder ob er den Fonds für „erogationes ad exteros" (sic!), mit dem der Frankfurter Senat seine Unterhandlungen zur Zeit des Wiener Kongresses unterstützte, auch für Berlin einige Wirksamkeit zutraute, vermögen wir nicht zu entscheiden.

Graf Bismarck, berichtet Herr Müller, war durch das Gegenprojekt „sichtlich betroffen". Ja wohl, betroffen über einen so unglaublichen Mangel an politischer Logik, denn eben, weil Frankfurt durch seine Bedeutung als Handelsstadt einen mächtigen Einfluß auf Süddeutschland ausübe, darum wollte er es ja aus dem Verbande der süddeutschen Staaten auslösen, in welchem es sich bisher als Mittelpunkt feindseliger Gesinnungen hervorgethan hatte. Graf Bismarck forderte, daß die in Brünn begonnenen Verhandlungen in Berlin fortgesetzt würden. Warum nun Herr Müller fünf Tage gebrauchte, um von Brünn nach Dresden zu gelangen, warum er nicht so schnell als möglich nach Frankfurt zur münd-

lichen Berichterstattung zurückkehrte, warum der Senat nicht unverzüglich in Berlin eine genaue Formulierung der der Stadt in Aussicht gestellten Vorteile zu erreichen suchte, und hierauf die Proposition der Bürgerschaft zur Entscheidung vorlegte, warum statt dessen der Vertreter der Stadt die ganze Sache gerade vor denen in „tiefstes Geheimnis“ hüllte, deren Wohl und Wehe es betraf, warum sie wochenlang nichts thaten, so daß die endlich erlangte Kommission erst an dem Tage in Berlin eintraf, an welchem das Annexionsgesetz dem Landtage vorgelegt wurde — das alles sind Fragen, die wir nicht zu beantworten vermögen. Wir haben aus dem Aktenstück nur den Eindruck gewonnen, daß selten eine Stadt in so entscheidungsvoller Zeit so übel geführt und beraten war.

„König Wilhelm war geneigt, sagte einmal in späterer Zeit Bismarck, ein Stück von Sachsen zu nehmen, aber auch nur ein Stück von Hannover und Kurhessen. Von Hannover wollte er nur den nördlichen Teil in Preußen einverleiben, den Süden, sogar den für unsere Verbindung mit dem Westen wichtigen Kreis Göttingen, dem König Georg überlassen. Ebenso wollte er nur die Hälfte von Kurhessen nehmen, und den Kurfürsten als souveränen Herrn mit der Residenz in Hanau fortregieren lassen. Entscheidend für eine andere — die geschichtlich feststehende — Lösung der Frage war für mich die Frage nach der Bundestreue der Fürsten, um deren Land es sich hier handelte. Diese Bundestreue hätten wir bei den Herren von Hannover und Kurhessen nach 1866 keineswegs mit völliger Sicherheit gefunden. Dagegen war sie sicher zu erwarten von dem ehrwürdigen, aufrichtigen König von Sachsen. Zudem hätte, wenn wir Sachsen genommen hätten — außer Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt — von einem norddeutschen „Bunde“ eigentlich nicht mehr die Rede sein können. Denn dann hätte nur ein sehr großes Preußen einer Anzahl von Kleinstaaten gegenüber gestanden. Auch wäre die französische Kriegslust ebenso wie die Neigung Österreichs, ein zweites Mal das Glück der Waffen gegen uns zu versuchen, bei weitem größer gewesen, wenn wir Sachsen genommen hätten. Ja, Österreich — Graf Karoly — erklärte mir mit wackerer Gesinnung geradezu, daß Österreich den Krieg fortsetzen werde, wenn wir nicht die Selbständigkeit und Integrität Sachsens zusagten, denn Sachsen sei der einzige deutsche Staat, der mit rühmlicher Tapferkeit und Treue an Österreichs Seite gekämpft habe, und diesen Bundesgenossen könne Österreich

nicht im Stiche lassen. Österreich hatte deshalb von uns in den Friedensverhandlungen in Nikolsburg die gewünschte Zusage bezüglich Sachsens erhalten. Durch das Ungeschick der österreichischen Unterhändler war allerdings diese Zusage nicht so scharf formuliert worden, daß es nicht in unserer Hand gelegen hätte — auch dieser Vorschlag tauchte damals auf, — „das Unrecht", welches einst der Ernestinischen sächsischen Linie zur Zeit Karls V. und des Kurfürsten Moritz zugefügt worden war, „wieder gut zu machen", indem man etwa den Großherzog von Weimar oder den Herzog von Koburg-Gotha auf den sächsischen Königsthron setzte. Aber so zweifelhaft die betreffende Klausel auch lauten mochte, wir hielten uns an eine ehrliche Auslegung gebunden, und dazu verpflichtet, die Klausel so auszuführen, wie Österreich sie zweifellos verstanden hatte, und Preußen und Deutschland hat es nie zu bereuen gehabt!"

Die preußischerseits aufgestellten Friedensbedingungen haben unter der Einmischung Frankreichs verschiedene Wandlungen erfahren. Thatsächlich steht fest, daß König Wilhelm die im Nikolsburger Präliminarfrieden niedergelegten Erfolge des Feldzugs nicht für ausreichend erachtete und seinem Unmut in noch schärferer Weise Ausdruck verlieh, als Sybel angedeutet hat. Daraus mögen denn auch die Schwierigkeiten zum Teil erwachsen sein, die Sachsen bei den Friedensverhandlungen fand, zum Teil freilich waren sie durch Beusts Taktlosigkeit verschuldet. Daß Bismarck dem Könige gesagt haben soll: er habe als Hohenzoller gesprochen, möge aber nun als Preuße handeln, scheint eine Verwechselung mit Vorgängen zu sein, die sich im Jahre 1863 zur Zeit des Frankfurter Fürstentages abspielten, als König Johann in Baden-Baden erschienen war, um den König von Preußen zur Reise nach Frankfurt a. M. zu bewegen, und König Wilhelm sich nur zögernd und zweifelnd — wohl in Übereinstimmung mit der Königin und dem Kronprinzen — aus dem Kreise der deutschen Mitfürsten ausschloß. Damals allerdings hat Bismarck die großen Traditionen des preußischen Königshauses dem Könige gegenüber und mit Erfolg geltend gemacht. Im Jahre 1866 hat er, wie immer, das irgend Erreichbare zu erreichen gesucht, aber die von Sybel mitgeteilte Denkschrift an den König im Moment der Entscheidung beweist, welche Mühe Bismarck damals hatte, nicht durch größere Forderungen den gesamten Erfolg in Frage gestellt zu sehen.

Über die Einmischung Frankreichs sprach Bismarck am 20. Dezember 1866 im preußischen Abgeordnetenhause:

„Welches sind die Interessen Frankreichs bei der europäischen Entwickelung, namentlich unter der jetzigen Dynastie? Es ist die Berücksichtigung der Nationalitäten. Diesem System entsprechend hat Frankreich die dänische Frage von Anfang an aufgefaßt, die französische Regierung hat schon auf der Londoner Konferenz und in der Zeit von und nach ihr eine weniger schroffe Stellung gegen die deutschen Ansprüche Dänemark gegenüber eingenommen, soweit diese Ansprüche mit der Idee der Nationalität zusammen fielen. Die vollständige Durchführung des Nationalitätsprinzips ist bekanntlich auf der dänischen Grenze ganz unmöglich, weil die Nationalitäten so gemischt sind, daß sich nirgends eine Grenze, die sie vollständig von einander sondert, ziehen läßt; aber es war das Prinzip im großen, welches Frankreich vertreten hat, und welches es Frankreich möglich machte, den deutschen Bestrebungen nicht mit der Schärfe gegenüber zu treten, wie es von den anderen Mächten geschah. In der Zwischenzeit ist man in vertraulichen Besprechungen mit Dänemark und mit anderen Mächten häufig auf diese Frage zurückgekommen, wir haben niemals die Initiative dazu ergriffen, weil sie uns keine bequeme war. Ich bin stets der Meinung gewesen, daß eine Bevölkerung, die wirklich in zweifellos und dauernd manifestiertem Willen nicht preußisch oder nicht deutsch sein will, die in zweifellos manifestiertem Willen einem unmittelbar angrenzenden Nachbarstaate ihrer Nationalität angehören will, keine Stärkung der Macht bildet, von welcher sie sich zu trennen bestrebt ist. Man kann zwingende Gründe haben, dennoch auf ihre Wünsche nicht einzugehen, die Hindernisse können geographischer Natur sein, die das unmöglich machen, solche Wünsche zu berücksichtigen. Es fragt sich, ob und wie weit dies hier zutrifft. Die Frage ist eine offene, wir haben jederzeit bei ihrer Erörterung hinzugefügt, daß wir uns niemals dazu herbeilassen können, unsere militärische Sicherheitslinie durch irgend ein Arrangement zu kompromittieren, daß wir wohl aber zweifellos und unabhängig ausgesprochene Wünsche, deren Beharrlichkeit und ehrliche Konstatierung klar wäre an dieser geographischen Stelle, unter Umständen berücksichtigen könnten. So ungefähr hat eine Anzahl vertraulicher Besprechungen in der Zwischenzeit gelautet.

„So lag die Sache, als Frankreich durch die Ereignisse im Juli d. J. in die Lage kam, seine eigenen Wünsche mit einem ungewöhnlich starken Gewichte zu accentuieren. Ich brauche Ihnen die Situation nicht zu schildern, sie ist bekannt genug, und niemand hat Preußen zumuten wollen, zwei große europäische Kriege gleichzeitig zu führen, oder in dem Moment, wo es den einen führte, und die Früchte desselben noch nicht gesichert hatte, seine Beziehung zu anderen Großmächten zu kompromittieren.

„In dieser Lage der Dinge wurde Frankreich von Österreich zum Vermittler der Streitigkeiten berufen, also vollkommen legitim durch

einen der streitenden Teile berufen, seine Meinung geltend zu machen. Daß Frankreich die Erfordernisse seiner Politik berücksichtigt, kann ihm niemand verdenken, darüber, daß es sie mit Mäßigung geltend gemacht hat, ist es, glaube ich, für das Publikum noch zu früh, zu urteilen, und ich möchte Sie bitten, dies der Appreziation der Regierung zu überlassen. An uns trat die Frage heran, nicht, ob wir es den Wünschen der Schleswig-Holsteiner entsprechend hielten, sondern die, ob wir in der europäischen Lage, in der wir uns vor Wien befanden, die Gesamtheit dessen, was uns von Österreich unter französischer Vermittelung geboten wurde, annehmen, oder ablehnen wollten. Die Materialien zur Entschließung waren nicht eben in der wünschenswerten Vollständigkeit gegenwärtig. Detailverhandlungen unmöglich; unsere Kommunikationen waren unterbrochen, die Telegramme brauchten drei, mitunter sechs Tage, bevor sie aus den europäischen Residenzen ins Hauptquartier gelangten, weil die Linien auf dem Kriegsschauplatz vielfach abgeschnitten waren. Es war also nur die allgemeine europäische Lage und die eigene augenblickliche Stimmung als Motiv zur Entscheidung Sr. Majestät des Königs zu nehmen. Wir hatten eine starke Anlehnung an der unerschütterlichsten Vertragstreue Italiens, die ich nicht genug rühmen und deren Wert ich nicht hoch genug anschlagen kann.

„Die italienische Regierung hat der Versuchung, sich durch ein Geschenk Österreichs, des gemeinschaftlichen Feindes, von dem Bunde abziehen zu lassen, mit großer Entschiedenheit widerstanden und wir knüpfen an diese Thatsache gegründete Hoffnungen auf die zukünftigen freundschaftlichen und natürlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien, aber ungeachtet dieser in der Diplomatie und auf dem Schlachtfelde wertvollen Bundesgenossenschaft entnahmen wir der Gesamtlage die Überzeugung, daß wir den Bogen nicht zu straff spannen durften, daß es nicht angemessen sei, durch Verwerfung von Einzelheiten die Gesamtheit des Errungenen wieder in Frage zu stellen, und ihre Sicherstellung vielleicht von weiteren europäischen Komplikationen abhängig zu machen. Es ist sehr schwer, von Hause aus zu übersehen und zu ermessen, wie weit eine Diskussion angebotener Bedingungen führt, oft von kleinen Ausgangspunkten zu schweren Differenzen, ich habe selbst Sr. Majestät unumwunden dazu geraten, wie die Vermittelungsvorschläge vor uns gelegt wurden à prendre ou à laisser, einzuschlagen und anzunehmen, und nicht wie ein verwegener Spieler das Ganze nochmals aufs Spiel zu setzen. Diesen Verhältnissen, meine Herren, verdankte diese Klausel in dem Vertrage ihre Entstehung. Die vage Fassung, die sie erhalten hat, läßt uns eine gewisse Latitude der Ausführung: ich halte aber für nötig anzuführen, daß, wenn wir auch der Amendierung der Kommission nicht widersprechen, wir uns doch unmöglich durch die Kommission und die Be-

schlüsse des Landtages von Verpflichtungen entbinden lassen können, die wir eingegangen sind, sondern wir müssen sie halten, aber wir werden sie so zur Ausführung bringen, daß über die Abstimmung, auf deren Grund wir verfahren, über deren Freiwilligkeit und Unabhängigkeit und über den definitiven Willen, der dadurch kund gegeben wird, kein Zweifel bleibt."

Als König Wilhelm am Abend des 3. Juli über die Wahlstatt von Königgrätz geritten war, sagte Moltke zu ihm: „Ew. Majestät haben nicht bloß die Schlacht gewonnen, sondern auch den Feldzug." Und darauf Bismarck: „Die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Österreich wiederzugewinnen."

Auf dem Schlachtfelde hatte Bismarck auch eine Unterredung mit einem verwundeten österreichischen Offizier. Er sagte ihm: „.... Preußen hat ein großes Interesse daran, daß die Habsburgische Monarchie ihre Machtstellung behaupte. Österreich und Preußen haben beide im Interesse des Germanentums ihre eigene Mission zu erfüllen. Preußen soll als Vormacht die Einigung Deutschlands zuwege bringen; Österreich soll als Verbündeter Preußens die Interessen des Germanentums im Orient wahren, und das Aufeinanderplatzen des Slawentums und Germanentums — als Bindeglied zwischen den beiden — verhindern." „Ist es möglich?" rief der Offizier, „man sagt ja, Excellenz werden früher oder später Österreich in Deutschland einverleiben!" „Ich weiß, daß man das sagt, aber kein Staatsmann kann das glauben; er müßte reif für das Irrenhaus sein, um ein solches Unternehmen im Schilde zu führen. Mit dem Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Bunde ist nur der erste Schritt zur Einigung Deutschlands vollbracht. Es werden Jahre vergehen, bis es Preußen als Vollmacht gelingt, die Einheit Deutschlands selbst nur der äußeren Form nach zu Wege zu bringen; es braucht ein halbes Jahrhundert dazu, bis diese Einheit auf so feste Grundlagen gestellt sein wird, welche nicht mehr umgestoßen werden können. Ich werde längst tot sein, und meine Nachfolger werden noch immer vollauf zu thun haben, um die Grundlagen der Einheit Deutschlands zu befestigen. Nun mutet man uns den tollen Streich zu, daß wir uns durch die Annektierung Österreichs vierzehn Million Slawen, eine klerikale deutsch-österreichische Partei und eine ultramontane mächtige Aristokratie auf den Hals laden wollen."

Über einige bedeutsame Äußerungen, welche Fürst Bismarck nach der Schlacht von Königgrätz im Gespräch mit dem damals

schwerverwundeten Grafen Nikolaus Bethlen gemacht hat, veröffentlichte 1893 dieser auf Grund seines Tagebuches im „Pesti Naplo“, was ihm aus jenem Gespräch bemerkenswert geblieben. Nachdem sich Bismarck über das Befinden des verwundeten Grafen Bethlen unterrichtet hatte, drückte er ihm nach dessen Bericht seine Freude darüber aus, daß die Österreicher sich so brav in Italien geschlagen haben. Seine Freude sei um so gerechtfertigter, da das österreichische Heer ein deutsches Heer sei. Übrigens sei ein Unterschied zwischen Preußen und Österreichern in ihrem Kriege gegen einander nur insoweit zu finden, daß die österreichischen Generäle mehr Fehler begangen hätten als die preußischen.

Auf eine von Bethlen eingeworfene Frage, wie eine konservative preußische Regierung eine Expedition unter Klapka und Genossen veranstalten lassen konnte, antwortete Bismarck: „Die Expedition wollte und konnte nichts anderes sein, als eine bloße, militärische Demonstration gegen den sich zurückziehenden Feind. Dieses sagte ich Klapka und den übrigen Herren offen und klar und gab ihnen gar keine Versprechungen für die Zukunft. Im ganzen versprach ich ihnen nur so viel, daß ich mich bemühen werde, die Personal-Union zwischen Österreich und Ungarn zu fördern auf Grund eines Ausgleiches. Es ist übrigens nicht vorauszusetzen — setzte Bismarck hinzu — daß Franz Deak und die ungarischen Staatsmänner sich nicht bestreben sollten, die Personal-Union in der Art zu stande zu bringen, die die Erhaltung der Großmachtstellung der Monarchie möglich mache. Die beste Stütze der Magyaren gegen die Slawenflut ist die Machtstellung der Monarchie. Wird diese zertrümmert, so begehen die Magyaren einen Selbstmord. Es liegt aber auch im Interesse Preußens, daß Österreich-Ungarn seine Großmachtsstellung behält. Denn Österreich hat seine besondere Mission im Interesse des Deutschtums. Preußen hat eine Einigung Deutschlands zu schaffen, Österreich aber, als Bundesgenosse Preußens, hat die deutschen Interessen im Osten zu verteidigen, und seine Hauptaufgabe ist es, einen Zusammenstoß des Slawentums mit den Deutschen zu verhindern. Dies liegt aber auch im Interesse der Magyaren, weil es ihnen ein Gewähr giebt, daß sie weder Slawen noch Deutsche werden. Mit dem Ausscheiden Österreichs aus dem „deutschen Bund“ geschieht der erste Schritt zur Einigung Deutschlands. Lächerlich ist es aber, uns zu verdächtigen, als wollten wir Österreich annektieren. Wir würden uns dadurch nur 14 Millionen Slawen und eine klerikale Aristokratie

auf den Hals laden. Wir würden dadurch das Werk der Einigung gefährden und geradezu gegen das Ziel kämpfen, das uns zum Krieg gegen Österreich gezwungen hat. Je stärker Österreich ist, desto besser für uns; denn früher oder später muß es zu einem Bündnis zwischen Deutschland und Österreich kommen, da es im Interesse beider Mächte liegt. Wenn aber Ungarn seine Selbständigkeit wiedergewinnt, so wird es Österreich davon abhalten, sich in deutsche Angelegenheiten zu mischen. In Ungarn haben die Magyaren die Interessen der Slawen möglichst zu wahren, natürlich innerhalb der Grenzen des ungarischen Staates. Es ist aber nicht notwendig, daß die Magyaren die Slawen mit Gewalt unterdrücken; denn sie stehen in jeder Beziehung so, daß man die magyarische Führerrolle im ungarischen Staat von keiner Seite angreifen kann."

Der in einer Depesche vom 14. April 1867 an den preußischen Gesandten von Werther niedergelegte Plan Bismarcks, betreffend die Verständigung zwischen dem Norddeutschen Bunde und Österreich mit Zuziehung Rußlands scheiterte an dem Widerstreben des neuen leitenden Staatsmannes Österreichs von Beust.

Die Indemnität.

Prag, 3. August 1866.

Bismarck an seine Gemahlin!

„Der König kam schneller, als ich dachte, und seitdem Geschäfte aller Art, dann Diner. So eben komme ich von einer Spazierfahrt mit Sr. Majestät über Hradschin, Belvedere, alle Schönheiten der Prager Landschaft gesehen. In wenig Tagen sind es 19 Jahre, daß wir dies alles zusammen besichtigten. Wie viel Wunderliches mußte geschehen, um mich heute in dieser Art wieder an dieselbe Stelle zu führen, ohne B. Hei cerstwa! hatte ich zur Freude meines Kutschers noch behalten. Morgen denken wir in Berlin zu sein. Großer Zwist über die Thronrede. Die Leutchen haben alle nicht genug zu thun, sehen nichts als ihre eigene Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase. Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen fast alle Scheuklappen und sehen nur einen Fleck von der Welt."

„Diese Indemnität beim Könige durchzusetzen," äußerte einmal Bismarck in einem Privatgespräch, „war sehr schwierig. Die anderen Minister wollten nicht. Der König sah darin eine Gefahr für seine Ehre. Er wollte nicht „Abbitte thun" vor den Kammern. Ich habe oft ansetzen nnd alles anstrengen müssen, um ihm begreiflich zu machen, daß hier Indemnität nichts anderes hieß als: hätten die

Kammern alles gekannt, so hätten sie rebus sic stantibus ähnlich gehandelt wie wir."

„Als es sich nach dem Kriege um diese Angelegenheit handelte, war auch die Frage nach Erneuerung des Absolutismus wieder hervorgetreten. Ich bin persönlich kein Anhänger irgend eines Verfassungssystems und erklärte damals den Herren: Man kann Preußen auch absolut regieren, und es ist unter dem absoluten Regiment groß geworden. Aber es geht nicht, daß man bald so, bald so regiere. Der Staat kann nicht gedeihen, wenn er von einem System zum anderen schwankt. Habt ihr die Einwilligung des Kronprinzen zur Wiedereinführung des absoluten Regiments? Wenn nicht, so dürfen wir die Wege der Verfassung nicht verlassen und nicht zum Absolutismus zurückkehren; denn dieser würde doch nicht länger halten, als bis zur Thronbesteigung des Kronprinzen. Diese Erwägung hat durchgeschlagen, da man wußte, daß der Kronprinz nicht zustimmen würde."

Es war damals Herr von Kleist-Retzow an der Spitze einer Deputation von Parteigenossen bei Bismarck in Prag erschienen, um denselben zu bewegen, die äußeren Erfolge zu einem Siege des „konservativen Prinzips" auch im Innern zu verwerten, d. h. mit Berufung darauf, daß die preußische Verfassung für die erweiterten Aufgaben des vergrößerten Staates nicht zugeschnitten sei, dieselbe zu beseitigen und eine neue zu oktroyieren. Herr v. Bismarck erkannte unschwer, daß ein reaktionäres Regiment in Preußen der verhängnisvollste Fehler sein würde, zu welchem ein Staatsmann dem Könige in jenem Augenblicke raten konnte.

Mit den auswärtigen Beziehungen, wie sie nach dem Kriege sich zu gestalten drohten, ist die Indemnität in Zusammenhang zu bringen, mit welcher Herr v. Bismarck vor das preußische Abgeordnetenhaus trat. Der Kanzler hat in jener Zeit angedeutet, weshalb er auf die Indemnität, die volle, auch äußere Versöhnung so großen Wert legte; für ihn war es weit weniger eine innere preußische, als eine äußere, zunächst deutsche Frage. „Wir wünschen den Frieden," sagte er, „weil das Vaterland ihn in diesem Augenblick mehr bedarf als früher" und fügte hinzu: „Die Aufgaben der auswärtigen Politik sind noch ungelöst, die glänzenden Erfolge der Armee haben nur unseren Einsatz im Spiele noch erhöht, wir haben mehr zu verlieren als zuvor, gewonnen ist das Spiel noch nicht, aber je fester wir zusammenhalten im Innern, desto sicherer sind wir, es zu gewinnen in diesem Augenblick." Dies wurde damals

nicht ganz verstanden und konnte nicht verstanden werden, weil man nicht ahnte, daß Bismarck bereits damit beschäftigt war, um ganz Deutschland durch die Schutz- und Trutzbündnisse ein Band zu schlingen, noch auch, daß er gerade damals die Gelüste Frankreichs zur Vergrößerung auf unsere Kosten oder mit unserer Hilfe zurückzuweisen hatte. Selbst seine Freunde konnten nicht begreifen, warum er so lebhaft auf der Indemnität bestand, in bezug auf die Kurzsichtigkeit derselben klagte er schon von Prag aus über die Leute, die nicht weiter sehen, als ihre Nase reicht.

Um den Ausbau des Reichs in Angriff zu nehmen und um zu verhindern, daß die auf dem Schlachtfeld errungene Einheit durch einen Stillstand der inneren Politik wieder in Zweifel geraten werde, bedurfte im übrigen die Reichsregierung notwendig der parlamentarischen Mitarbeit einer deutschgesinnten Majorität. Sie fand dieselbe aber nicht bei den Konservativen, sondern ausschließlich bei den Nationalliberalen, und war deshalb gezwungen, die Arbeit beim Ausbau und bei Befestigung des Reichs mit dieser Partei in Angriff zu nehmen. Daß die Zurückhaltung, resp. die Gegnerschaft der Konservativen auf die Richtung, die dieser Ausbau nahm, nicht ohne Einfluß bleiben konnte, liegt auf der Hand; die Regierung würde überhaupt keine Majorität im Reichstage erlangt haben, wenn sie dieser Unterstützung durch die liberale Partei nicht hätte Rechnung tragen wollen. Die Entfremdung gegen den Fürsten Bismarck hat bei den Führern der Konservativen vielleicht schon im Jahre 1866 in Prag begonnen, als eine konservative Deputation dem Streben des damaligen Ministerpräsidenten, den inneren Konflikt bei der Rückkehr nach Berlin zu schließen, durch den Versuch einer Einwirkung auf den König entgegentrat und bei gewissen Stimmungen des hohen Herrn auch Anklänge fand, obschon die Deputation nicht anzugeben wußte, welche Gestaltung der zukünftigen Entwickelung Deutschlands ihr nach den Ereignissen des Jahres 1866 vorschwebte, wenn bei der Heimkehr des siegreichen Heeres der seit bald sechs Jahren schwebende Konflikt unverändert fortgesponnen werden sollte. Ob die Gegnerschaft gegen die Regierungspolitik, welche in den letzten sechsziger Jahren bei den Konservativen öffentlich zum Ausbruch kam (z. B. in den Kämpfen um den hannöverschen Provinzialfonds und Ähnliches), an die Erinnerung an die Prager Vorgänge und an die Indemnitätswendung in der Thronrede in bewußter Weise anknüpfte, lassen wir dahin gestellt; jedenfalls waren die Angriffe gegen den Ministerpräsidenten schon

damals lebhafter als mit freundlichen Beziehungen der konservativen Fraktion und mit deren Unterstützung der Regierungspolitik verträglich war. Nach dem französischen Kriege, beispielsweise bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes, stiegen die Angriffe, welche von konservativer Seite gegen den Ministerpräsidenten gerichtet wurden, zu einer Schärfe, die zum vollständigen Abbruche des persönlichen Verkehrs zwischen dem Fürsten Bismarck und seinen früheren Freunden führte. Die Stimmung und die Absichten der konservativen Führer kennzeichnete sich durch ihren Niederschlag in den bekannten Äraartikeln der Nathusiusschen „Kreuzzeitung," in der bekannten Demonstration der Deklaranten und schließlich am schärfsten in der „Reichsglocke" und dem Verhalten ihrer Freunde und Mitarbeiter. Letztere gehörten fast ausschließlich der konservativen Fraktion an, soweit sie nicht zu Hofkreisen und zu dem damaligen Hausministerium in Beziehung standen; sie bemühten sich während des Präsidiums des Grafen Roon, diesen von seinem Freunde, dem Ministerpräsidenten, zu trennen und letzteren auch unmittelbar bei Sr. Majestät dem Könige als einen „Gegner der Armee" zu verdächtigen. Daß das Vakuum, welches die Konservativen zu dieser Zeit zwischen sich und ihrem früheren Mitarbeiter dem Reichskanzler, ließen, von der liberalen Seite bereitwilligst ausgefüllt wurde, war nicht zu verwundern, und die Folge davon bestand darin, daß liberale Einflüsse in der Gesetzgebung, durch welche das Reich befestigt und ausgebaut wurde, das Übergewicht hatten. Konservative Einflüsse konnten sich nicht geltend machen, so lange die konservative Partei dem leitenden Staatsmanne ihre Mitwirkung versagte und ihn mit der leidenschaftlichen Schärfe bekämpfte, von welcher die Deklarantenperiode und die „Reichsglocke" Zeugnis ablegte.

Das Bedürfnis der maßgebenden Führer der Konservativen, in der Besetzung des Kanzlerpostens einen Wechsel herbeizuführen, ist seit jener Zeit mehr als einmal zu Tage getreten und hat seine Befriedigung 1890 gefunden. Die Haltung der konservativen Partei beim Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Dienste bewies, daß ihr der Personenwechsel willkommener war.

Aus dem Norddeutschen Reichstage.

„Meine Herren, arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland nur erst in den Sattel, reiten wird es schon können."

Der erste norddeutsche Reichstag, der im Februar 1867 in Berlin zusammentrat, vollendete trotz heißer Kämpfe rasch sein

Werk, indem er die Verfassung des Norddeutschen Bundes festsetzte.

Die Mainlinie wurde vielfach als ein Riß empfunden, der Deutschland gewaltsam trennte. Was aber damals bereits erreicht war, erläuterte Bismarck drei Jahre später. Er erwiderte auf einen Antrag in Betreff der Aufnahme Badens in den Bund:

„Ich hatte zuerst, als ich den Antrag las, das Gefühl, daß den Herrn Antragstellern so etwa zu Mute war, wie Shakespeare den Heißsporn Percy schildert, der, nachdem er ein halb Dutzend Schotten umgebracht hat, über das langweilige Leben klagt; es passiert eben nichts, es muß etwas Leben hineingebracht werden. Gründung staatlicher Gemeinschaften, großartige Reformen, durchgreifende Gesetzgebungen, das alles erschöpft den Thatendrang nicht: es muß etwas geschehen. Aber liegt da nicht eine gewaltige Unterschätzung des wirklich Erreichten zu Grunde? Denken Sie zurück, meine Herren, in die Jahre vor 1848, in die Jahre vor 1864: mit wie wenigem wäre man damals zufrieden gewesen! als welche glänzende Errungenschaft wäre beispielsweise diejenige Einigung für ganz Deutschland, in welcher wir heute mit Süddeutschland stehen, der gesamten Nation erschienen! nämlich ein Zollparlament, welches aus der Zollverfassung das liberum veto (das Widerspruchsrecht jedes einzelnen Staates) beseitigte — und ein gesicherter Oberbefehl der gesamten Heeresmacht! Der gesicherte Oberbefehl war eine große Schwierigkeit für einen Krieg des alten Bundes, er war schwerlich zu erreichen, und die Verhandlungen darüber hätten, wenn nicht außerhalb des Bundes Vorsorge getroffen wäre, länger dauern können, als der Krieg.

„Haben wir nicht in Bezug auf Süddeutschland ein kostbares Stück nationaler Einheit erreicht? Ich kann dreist behaupten: übt nicht das Präsidium des Norddeutschen Bundes in Süddeutschland ein Stück Kaiserlicher Gewalt, wie es im Besitze der deutschen Kaiser seit 500 Jahren nicht gewesen ist? Wo ist denn — seit der Zeit der ersten Hohenstaufen — ein unbestrittener Oberbefehl im Kriege, eine unbestrittene Sicherheit der Gemeinschaft, denselben Feind und denselben Freund im Kriege zu haben, in deutschen Landen vorhanden gewesen? wo ist denn eine wirtschaftliche Einheit vorhanden gewesen, an deren Spitze der deutsche Kaiser gestanden hätte? Der Name macht es nicht! Aber wenn das Präsidium, wenn der König, mein Allergnädigster Herr, im Nordbunde eine Macht übt, die zu erweitern im nationalen Interesse, im Interesse des Gewichtes und des Schutzes von Deutschland kein Bedürfnis vorhanden ist, so kann ich behaupten: das Haupt des Nordbundes hat in Süddeutschland eine Stellung, wie sie seit dem Kaiser Rotbart ein deutscher Kaiser nicht gehabt hat, und dieser doch auch nur, wenn sein Schwert gerade siegreich war, vertragsmäßig und allgemein anerkannt

nicht. Also unterschätzen wir dies nicht und drängen Sie nicht so auf neue Etappen: genießen Sie doch einen Augenblick froh, was Ihnen beschieden, und begehren Sie nicht, was Sie nicht haben."

In der ersten Session des Reichstags, in derselben Zeit, in welcher ein Konflikt mit Frankreich wegen Luxemburg drohte, setzte sich Bismarck während einer Reichstagssitzung zu Herrn von Unruh und sagte: „Sie werden morgen im Staatsanzeiger etwas sehr Wichtiges lesen." Als ich ihn fragte, ob er nichts Näheres andeuten könne, da es morgen doch bekannt werde, erwiderte Bismarck: „Jawohl, es sind Schutz- und Trutzbündnisse mit Bayern, Württemberg und Baden abgeschlossen worden."

Die Beziehungen Preußens zu der Regierung Napoleons III. waren seit dem Siege von Königgrätz und seit der Abweisung vom 5. August 1866 sehr ungemütliche. Je mehr Napoleon fühlte, daß ihm durch das zunehmende Alter die geistige Spannkraft für einen neuen Feldzug abhanden gekommen sei, desto eigensinniger hielt er sich an die stereotypen „Kompensationen". Mit Ansprüchen auf linksrheinisches deutsches Gebiet war er schon zu oft abgewiesen worden, als daß er noch einmal einen Versuch hätte wagen wollen. Wenn aber König Wilhelm und sein Minister Bismarck wirklich so national gesinnt waren, daß sie auch kein Dorf von deutschem Gebiet hergaben, welches Interesse konnten sie haben, Frankreich an der Erwerbung nichtdeutschen Gebietes zu hindern? Graf Benedetti erhielt zu Anfang des Jahres 1867 den Befehl, Preußen aufs neue einen Vertragsentwurf zu einem Offensiv- und Defensivbündnis vorzulegen. Nach demselben sollte Preußen die französische Regierung in ihrem Bestreben, Luxemburg käuflich zu erwerben, unterstützen und derselben mit seiner ganzen Land- und Seemacht gegen jeden auswärtigen Staat beistehen, falls Kaiser Napoleon, durch die Umstände veranlaßt, mit seiner Armee in Belgien einrückte und dieses Land eroberte. Eine solche Willfährigkeit und Unterstützung wollte Napoleon dadurch belohnen, daß er die preußischen Annexionen von 1866 anerkannte und einer Aufnahme der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund sich nicht widersetzte. Diesen Antrag behandelte Bismarck „dilatorisch," sagte nicht Ja und nicht Nein und fand immer wieder neue Gründe um die Sache hinauszuziehen.

Nachdem Kaiser Napoleon bei dem holländischen Königspaare persönlich den Verkauf Luxemburgs angeregt hatte, waren anfangs März 1867 zwischen dem französischen Gesandten und dem Chef

der luxemburgischen Regierung, Baron Tornaco, den der König nach dem Haag berufen, die Verhandlungen geführt worden. Frankreich wollte drei Millionen Thaler zahlen. Der König von Holland hielt es mittlerweile erst noch für nützlicher, am 26. März 1867 dem preußischen Gesandten Perponcher im Haag mündlich die Frage vorzulegen: „Wie die preußische Regierung es auffassen würde, wenn er, der König, sich der Souveränität über das Großherzogtum entäußern würde?"

Graf Perponcher erklärte darauf namens seiner Regierung: Dieselbe müsse dem Könige von Holland jede Verantwortung für seine Handlungen selbst überlassen. Die preußische Regierung könne sich über diese Frage nicht äußern, ohne sich vorher über die Gesinnung ihrer deutschen Bundesgenossen und der europäischen Garantiemächte vom Jahre 1839 zu versichern, und müsse auch die Meinung des norddeutschen Reichstages, der gerade versammelt sei, einholen. Dies alles aber könne die preußische Regierung nur dann erst thun, wenn sie dazu thatsächlich werde genötigt werden.

Nach dieser ausweichenden preußischen Antwort im Haag erschien am Geburtstage Bismarcks, am 1. April 1867, der französische Botschafter, Graf Benedetti, beim Grafen Bismarck, um ihm zum Geburtstag zu gratulieren und eine Depesche einzuhändigen. Graf Bismarck mochte den verhängnisvollen Inhalt ahnen, denn als Benedetti dieselbe aus der Tasche ziehen wollte, hielt ihn Graf Bismarck zurück und sagte ihm, daß er in diesem Augenblick zu einer politischen Unterredung außer stande sei, da er im Begriffe stehe, sich nach dem Reichstage zu begeben, wo er bereits erwartet werde; er forderte den Botschafter auf, ihn zu begleiten, um ihr Gespräch auf dem Wege fortzusetzen. Es führte zu jener Zeit noch ein Weg aus dem Garten des auswärtigen Ministeriums hinter dem damals noch Radziwillschen Palais her nach der Leipziger Straße, welcher gerade dem Sitzungsgebäude des norddeutschen Reichstages gegenüber einmündete. Obwohl Benedetti bat, zunächst wenigstens seine Depesche mitteilen zu dürfen, führte Graf Bismarck ihn mit sich auf diesem Wege fort und sagte zu ihm, zwischen den Gärten fortschreitend:

„Ich gehe soeben in den Reichstag, in welchem eine Interpellation über die in den Zeitungen bereits lebhaft diskutierte Frage eines möglichen Verkaufs des Großherzogtums Luxemburg gestellt werden wird."

„Ich weiß es," erwiderte Benedetti, „und gerade deshalb

möchte die vorherige Mitteilung meiner Depesche wünschenswert sein."

„Ich will Ihnen," erwiderte Graf Bismarck, indem er das hingereichte Papier abermals zurückwies, — „auch die Antwort sagen, welche ich auf die Interpellation geben werde. Ich werde die Erklärung mitteilen, welche der Graf Perponcher im Haag auf die Anfrage des Königs der Niederlande abgegeben hat, und hinzufügen, daß der Regierung über die Lage der Sache nichts weiter bekannt sei, daß ich also nicht in der Lage wäre, mich über die Absichten und Entschlüsse der preußischen Regierung und ihrer deutschen Bundesgenossen öffentlich auszusprechen, aber die Überzeugung hege, daß keine fremde Macht die zweifellosen Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde, und daß die Regierung hoffe, alle deutschen Rechte auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu wahren. Dies werde ich auf die Interpellation antworten, weil es in der That die Wahrheit ist und diese Erklärung wird alle möglichen Fälle freundlicher Verhandlung und Verständigung offen halten; eine solche Antwort aber könnte ich nicht geben, wenn mir bekannt wäre, daß ein Vertrag über den Verkauf des Großherzogtums in der That abgeschlossen sei. Wenn ich auf offiziellem diplomatischen Wege über einen solchen Verkauf benachrichtigt wäre, dann müßte ich dem Reichstage sagen: „Ja, es hat ein solcher Verkauf stattgefunden, und dann müßte und würde ich zugleich hinzufügen, daß Preußen und ohne Zweifel auch seine deutschen Verbündeten — niemals die Ausführung dieses Vertrages und die Abtretung deutschen Gebietes dulden werden. Sie begreifen, daß nach einer solchen Erklärung ein ernster Konflikt zwischen Frankreich und uns entstehen müßte, und nach der bei Ihnen herrschenden Empfindlichkeit kaum anders als mit einem Bruch enden könnte, den ich nicht minder beklagen würde, als ich das von Ihnen voraussetze!"

„In der That," sagte Benedetti verwirrt, „es ist so, nach einer solchen Erklärung wäre der Krieg unvermeidlich."

Beide waren während dieser Auseinandersetzung an dem Ausgang des Gartenweges nach der Leipziger Straße hin angelangt.

„Nun," sagte Graf Bismarck, während Benedetti erschüttert und unschlüssig vor ihm stand, „unser Weg ist beendet, wir müssen uns trennen, und ich frage Sie jetzt: Haben Sie mir eine Depesche zu übergeben — ja oder nein?"

Benedetti sann noch einen Augenblick nach.

„Nein!“ antwortete er dann, steckte seine Depesche ein, verabschiedete sich schnell und eilte durch die Leipziger Straße davon, während Graf Bismarck sich in den Reichstag begab.

Am 6. Februar 1888 sagte Fürst Bismarck über die Luxemburger Frage, „daß es doch nur einer etwas festeren Antwort von uns — wie wir sie vielleicht gegeben haben würden, wenn wir damals so stark gewesen wären, um mit Sicherheit einen guten Erfolg vorauszusehen — bedurfte, um den großen französischen Krieg schon damals herbeizuführen.“

Bismarck verschmähte es, dem Ausspruch der militärischen Autoritäten entgegen das im Frühjahr 1867 militärisch sehr schwach vorbereitete Frankreich viel leichteren Kaufs als drei Jahre später niederzuwerfen. Anstatt den Krieg, den er leicht hätte haben können, herbeizuziehen, oder vielmehr die Kriegsgelegenheit festzuhalten, schlug Bismarck die Neutralisierung Luxemburgs vor, um Deutschlands westliche Verteidigungslinie zu sichern. Im übrigen opferte er die politische Zugehörigkeit Luxemburgs zu Deutschland. Er selbst hat in der Zirkulardepesche vom 29. Juli 1870 dieses Verhalten damit erläutert, daß er den Krieg mit Frankreich nicht für so unvermeidlich gehalten habe, daß nicht gewisse Möglichkeiten der Zukunft diesen Krieg beiden Völkern hätten ersparen können. Aber diese Erwägung wird nicht die einzige gewesen sein, die Bismarck bestimmte, in der Luxemburger Frage den vermittelnden Weg aufzusuchen. Militärisch war der Krieg mit Frankreich vielleicht damals leicht, politisch nicht. Das plötzliche Emporkommen Preußens, die ungeahnte Kraft, die es so sorgsam gepflegt und so plötzlich anwendete, hatte überall unbehagliche Empfindungen erweckt, die noch nicht überwunden waren. Die Inanspruchnahme Luxemburgs hätte das gegen Preußen erwachte Mißtrauen nur verschärfen müssen. Noch am 15. April erklärte Bismarck in einer Depesche an den Gesandten in London: „Preußen befinde sich bei der gegenwärtigen Sachlage in Deutschland nicht imstande, in eine Trennung Luxemburgs von Deutschland unter was immer für einer Form, oder in Räumung der Festung zu willigen. Verschiedene Vorschläge wurden von England und Österreich gemacht, um den Ausbruch eines neuen Krieges zu verhindern. Beust, welcher inzwischen zum Minister des Auswärtigen in Österreich ernannt worden war, suchte durch seine Anträge hauptsächlich Frankreichs Wohlwollen sich zu verschaffen. Rußland schlug das Zusammentreten einer europäischen Konferenz vor. Bismarck betonte zwar, daß „Preußen bei der Behandlung

dieser Frage den nationalen Gefühlen Deutschlands Rechnung tragen und ihnen entsprechend handeln müsse," wollte aber doch auch zugleich dem Ausland gegenüber seine Friedensliebe zeigen und wegen eines Falles, wo das Recht nicht unzweifelhaft auf seiten Preußens war, Deutschland nicht die Opfer eines Krieges auferlegen. Er erklärte sich daher bereit, eine Konferenz zu beschicken, wenn der König von Holland als Großherzog von Luxemburg die Mitunterzeichner der Verträge von 1839 zu einer solchen einlade, wenn die Festung Luxemburg geschleift, das Großherzogtum, welches im Besitze des Hauses Oranien zu verbleiben hätte, für neutral erklärt und dessen Neutralität unter europäische Garantie gestellt werde; nur unter diesen Bedingungen könne die Zurückziehung der preußischen Garnison der öffentlichen Meinung in Deutschland zugänglich gemacht werden. Diese Bedingungen wurden als Basis für die Verhandlungen der Konferenz angenommen und von letzterer, welche vom 7. bis 11. Mai 1867 in London tagte, zum Beschluß erhoben.

Vom 18. bis 23. August 1867 hatten Kaiser Napoleon und seine Gemahlin mit dem habsburgischen Kaiserpaar eine Zusammenkunft in Salzburg, an welche sich Unterhandlungen zwischen Minister von Beust und Herzog von Gramont knüpften. Eine Depesche Bismarcks vom 7. September desselben Jahres an die Gesandten des Norddeutschen Bundes suchte über jene Zusammenkunft zu beruhigen.

„Von da ab, 1868/69, sind wir bis 1870 ununterbrochen in der Befürchtung vor dem Krieg, vor den Verabredungen geblieben, die zur Zeit des Herrn v. Beust in Salzburg und anderen Orten zwischen Frankreich, Italien und Österreich getroffen wurden und von denen man besorgte, daß sie auf unsere Kosten geschehen wären. Es war damals die Befürchtung vor dem Kriege so groß, daß ich in dieser Zeit als Ministerpräsident den Besuch von Kaufleuten und Industriellen erhalten habe, die mir sagten: Diese Unsicherheit ist ja ganz unerträglich; schlagen Sie doch lieber los! Lieber Krieg, als länger in diesem Druck auf allen Geschäften zu verharren! Wir haben ruhig abgewartet, bis auf uns losgeschlagen wurde, und ich glaube, wir haben wohl daran gethan, uns so einzurichten, daß wir die Angegriffenen blieben und nicht die Angreifer waren." (6. Februar 1888.)

Aus dem Zollparlament.

Es war in den Tagen des ersten Zollparlaments (1868), welches im Anschluß an die Session des norddeutschen Reichstages über die Nord- und Süddeutschland gemeinsamen zoll- und handelspolitischen

Angelegenheiten zu beraten hatte. Unter den ad hoc gewählten Abgeordneten Süddeutschlands, zu denen, als einer der Vertreter Badens, auch Professor Bluntschli gehörte, waren die partikularistischen Elemente stark vertreten. Namentlich Bayern und Württemberg hatten nicht wenig Männer dieser Richtung nach Berlin entsandt. Die Frage, ob die Thronrede, mit welcher der verstorbene Kaiser Wilhelm I. als Präsident und Schirmherr des Norddeutschen Bundes das Zollparlament eröffnet und begrüßt hatte, durch eine Adresse beantwortet werden solle, wurde unter den Abgeordneten lebhaft erörtert. Da die Antwort nur im nationalen Sinne gehalten sein konnte, fand der Adreßgedanke bei den süddeutschen Partikularisten entschiedenen Widerspruch und auch in den nationalgesinnten Kreisen fragte man sich, ob es ratsam sein würde, den Gegnern durch eine Adreßdebatte Gelegenheit zu bieten, ihren antinationalen Anschauungen und Bestrebungen auf der Tribüne rückhaltlos Ausdruck zu geben. Zur Erörterung dieser Angelegenheit bat nun Professor Bluntschli, als der namhafteste Führer der Nationalliberalen Süddeutschlands, den Bundeskanzler, Fürsten, oder vielmehr zu jener Zeit noch Grafen Bismarck, um eine vertrauliche Unterredung. Dieselbe wurde sofort gewährt. Zu Beginn der Besprechung, welche am 30. April 1868 „bei einem Glase Bier und Cigarren" im Arbeitszimmer des Kanzlers stattfand, klagte letzterer zunächst darüber, daß die Nationalliberalen sich von der Parteieitelkeit und vom Theoretisieren noch immer nicht genugsam befreien könnten. Sie bereiteten ihm dadurch oft sehr erhebliche Schwierigkeiten. Er (Bismarck) habe allerdings erklärt: „man setze uns nur in den Sattel, wir werden schon reiten," aber bei der Eigenart der deutschen Verhältnisse solle man von ihm nur nicht verlangen, daß er als „Stallmeister reite," streng nach der Schule. Gegen eine Adresse wolle er sich nicht aussprechen; es sei vielleicht ganz gut, wenn man die verbissenen Partikularisten veranlasse, ihr Gift auszuspritzen und sich in ihrer wahren Gestalt zu zeigen; er wolle sich jedoch für dieselbe nicht allzusehr in's Zeug legen, damit es nicht etwa heiße, die Adresse und die Adreßdebatte seien von ihm bestellt. Über den weiteren Verlauf des Gesprächs, das sich dann, wie Bluntschli bemerkt, Größerem zuwendete, berichtet der Autor auf Grund genauer, unmittelbar nach der Unterredung gemachter Aufzeichnungen wie folgt:

Bismarck: „Es wird Ihnen vielleicht phantastisch vorkommen, wenn ich behaupte, es ist unter den Völkern, wie in der Natur,

die einen sind männlich, die anderen weiblich. Die Germanen sind so sehr männlich, daß sie für sich allein geradezu unregierbar sind. Jeder lebt nach seiner Eigenart. Wenn sie aber zusammengefaßt sind, dann sind sie wie ein Strom, der alles vor sich niederwirft, unwiderstehlich. Weiblich dagegen sind die Slawen und die Kelten. Sie bringen es zu nichts aus sich, sie sind nicht zeugungsfähig. Die Russen können nichts machen ohne die Deutschen. Sie können nicht arbeiten, aber sie sind leicht zu verführen. Sie haben keine Widerstandskraft und folgen ihren Herren. Auch die Kelten sind nichts, als eine passive Masse. Erst als die Germanen hinzutraten, erst da durch Mischung entstanden stattliche Völker. So die Engländer und auch die Spanier, so lange noch Gothen an ihrer Spitze waren, die Franzosen, so lange das fränkische Element sie leitete. Die französische Revolution hat dasselbe ausgestoßen und damit der keltischen Natur wieder das Übergewicht verschafft. Das macht die Franzosen geneigt, sich der Autorität zu unterwerfen. Die Westfalen und die Schwaben sind ächte Germanen und wenig gemischt, deshalb auch so schwer an den Staat zu gewöhnen. Wenn sie aber von einem nationalen Gedanken erfaßt sind, und dann wild werden, so schlagen sie Felsen zusammen. Das aber ist selten. In der Regel will jedes Dorf und jeder Bauer für sich sein. In den Preußen ist eine starke Mischung von slawischen und germanischen Elementen. Das ist eine Hauptursache ihrer staatlichen Brauchbarkeit. Sie haben etwas von der Fügsamkeit des slawischen Wesens an sich und zugleich etwas von der Kraft und Männlichkeit der Germanen."

Bluntschli: „Ich habe immer die Germanen für unstaatliche Naturen gehalten, die nur schwer zum Staate zu erziehen seien, aber Ihre Bemerkung zündet mir ein Licht an, welches die spezifische Befähigung der Preußen für den Staat klar macht, ganz im Gegensatze zu anderen deutschen Stämmen."

Bismarck: „Dazu kommt ein Zweites. Die Hohenzollern haben von Anfang an ein wirkliches Fürstentum aufgerichtet und den widerspenstigen Adel dem Staate unterworfen. Meine Familie gehört zu dem Adel, der auf dem linken Ufer der Elbe wohnte und auf der Seite der fürstlichen Macht kämpfte, um den Adel auf dem rechten Elbufer zu bezwingen. Überall sonst in Deutschland hat der Adel eine Unabhängigkeit behauptet, mit der kein Staat bestehen kann. Nur in Preußen hat er gelernt, sich dem Staat zu fügen und dem Staate zu dienen."

„Allerdings haben die Fürsten absolut regiert, aber ihr Absolutismus hat doch dem Staate gedient, nicht ihren Personen. Sie haben zuweilen auch adelige Herren hängen lassen, um zu zeigen, daß niemand in Preußen dem Gesetze entgegenhandeln dürfe."

„So ist Preußen gewachsen. Wie klein war es noch unter Friedrich dem Großen! der es aussprach, daß der Fürst der erste Staatsdiener sei. Diese Lehre haben die Hohenzollern nicht vergessen. In diesem Geiste werden sie erzogen, und er ist in ihr Blut übergegangen."

Mit meiner Bemerkung, daß das Prinzip „Fürstentum ist Staatsdienst" den entschiedensten Bruch mit dem ganzen mittelalterlichen Fürstentum bedeute, und der Übergang zu der modernen Staatenbildung sei, erklärte sich der Graf ganz einverstanden.

Dann fuhr Bismarck fort: „Die Scheu vor Frankreich hält mich keinen Augenblick von weiterem Vorgehen in der deutschen Sache ab. Ich fürchte Frankreich nicht. Wir sind den Franzosen weit überlegen, allerdings vor einem Jahre noch mehr als jetzt, aber auch jetzt. Ich sage das nicht, um zu renommieren. Das ist mir ganz fremd. Wir haben die Sache ganz genau überlegt. Alle unsere Generale haben dieselbe Meinung. Freilich können die Franzosen durch einen raschen Überfall bis nach Mainz und Coblenz kommen. Dann aber ist's aus und sie stoßen auf einen Widerstand, den sie nicht brechen. Sie haben nicht mehr als 300,000 Mann zum Angriff und wir können ihnen an jedem entscheidenden Punkte eine größere Macht entgegensetzen. Im letzten Kriege hatten wir 640,000 Mann in den Waffen, und noch immer war Stoff vorrätig. Gegen die Franzosen marschieren alle, bis auf die 36jährigen Männer, wenn es nicht anders sein kann. Es ist etwas anderes, für den eigenen Herd streiten, als in ein fremdes Land eindringen.

„Möglich, daß die Franzosen durch Überraschung im Süden vordringen. Ich glaube es zwar nicht, denn in diesem Falle brauchen sie dafür doch jedenfalls 50,000 Mann, welche sie dann an dem Orte entbehren müssen, wo es zur Entscheidung kommt. Aber für diesen Fall empfehle ich Ihnen: Lassen Sie die Franzosen wegnehmen, was sie kriegen können, aber geben Sie ihnen nichts. Unterhandeln Sie nicht, machen Sie keine Zugeständnisse. Im äußersten Falle gehen einige Orte und Personen zu Grunde, aber das Ganze wird schließlich gewinnen, und die Verluste werden Ihnen reichlich ersetzt werden."

„Ich schätze den einzelnen Franzosen doch nicht höher, als den

Deutschen. Wir haben aber die Überzahl. Wenn nicht Gott uns ungünstig, und den Franzosen günstig ist, so werden wir einen französischen Angriff abschlagen und nach dem Siege nach Paris marschieren. Napoleon weiß, daß wir so stark sind; deshalb behalten wir den Frieden. Ich rechne mit Zuversicht darauf. Das deutsche Volk, militärisch geeinigt, ist die größte Macht der Welt, und hat nichts zu fürchten."

„Österreich wird unter allen Umständen neutral bleiben. Abgesehen von seinen Finanzverhältnissen, kann es keinen Krieg führen. Alle seine Interessen sind dagegen. Die Deutsch-Österreicher wissen, daß der Krieg, der für Österreich einen günstigen Verlauf nähme, sie wieder um ihre Errungenschaft bringen würde. Die Ungarn wissen ebenso, daß ein siegreiches österreichisches Heer sie wieder um ihre Verfassung brächte. Die österreichischen Slawen sind den russischen Einwirkungen ausgesetzt. Im Notfall halten wir mit Rußland Österreich gänzlich im Schach. Sie werden es nicht wagen, das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Ein paar Erzherzöge freilich wären dazu immer bereit. Aber was hat Österreich für ein Interesse, seine Existenz auf's Spiel zu setzen? Es wäre verloren, sogar dann, wenn Frankreich siegte, denn dann stünde es völlig ohnmächtig vor dem französischen Sieger und müßte thun, was dieser vorschriebe."

„Den Russen brauchen wir gar nichts zu geben für eine eventuelle Allianz in einem Kriege mit Frankreich. Ihre schwache Seite ist Polen. Ein französisches Bataillon würde Polen zum Aufstand bringen. Die Russen können die Franzosen als Alliierte nicht brauchen, ohne daß diese sie in ihren wichtigsten Interessen bedrohen würden. Es giebt nur etwa fünf Millionen Polen. Das Übrige (Lithauen) ist früher von den Polen unterworfenes russisches Land. Die Polen sind genötigt, in ähnlicher Weise auf uns zu sehen und sich an uns anzulehnen, wie die Ungarn. Das wird sich ganz von selber machen und ist schon heute wahrnehmbar. Wenn die Russen fortfahren, die Polen zu vernichten, so wird das nur um so bälder kommen."

„Mit England stehen wir ausgezeichnet. Die Engländer hatten sich früher auf Österreich gestützt, weil sie darin eine Sicherheit gegen Frankreich fanden, und weil sie glaubten, daß Österreich in Deutschland die leitende Macht sei. Seit dem Kriege von 1866 haben sie als praktische Leute auf eine andere Karte gesetzt. Sie haben nichts gegen eine nationale Gestaltung von Deutschland einzuwenden. Sie ist ihnen ganz recht."

„Der Empfang des Kronprinzen in Italien hat niemanden überrascht — als den Kronprinzen selber. Der König hat ihn hingeschickt, weil wir wußten, daß er enthusiastisch empfangen werde, und weil wir ein Ministerium Lamarmora verhindern wollten. Das hat gewirkt. Ein uns feindliches Ministerium ist uns nicht möglich."

„Sie sehen, wir sind unserer Sache sicher, und wir wollen im Frieden an der Entwickelung von Deutschland arbeiten."

Ich brachte nun meinen Antrag zur Sprache für ein gesetzgeberisches Zusammenwirken des Südens mit dem Norden, je nach der Wahl des ersteren.

Bismarck: „Wir haben nach dem Sprichwort eine Seele gerettet. Wir haben ganz denselben Gedanken. Dabei muß ich freilich sagen: Ich werde vielleicht genötigt sein, mich nicht ganz so scharf dafür auszusprechen und unter Umständen zu diplomatisieren. Meine Stellung macht mir das zur Pflicht."

Auch die von mir geäußerte Meinung, daß wir durchaus nicht stille stehn dürfen, sondern in dem Parlament einen Schritt vorwärts machen müssen, bestätigte er vollständig: „Wir können nur dann die Dinge sich ruhig entwickeln lassen, wenn wir wirklich für Entwickelung sorgen. Stillstand wäre Rückschritt."

Als ich die Unmöglichkeit, mit bloßen Verträgen zu helfen, auseinandersetzte und als Beispiel das Civilprozeßgesetz erwähnte, sagte er: „Nehmen Sie als Beispiel die Freizügigkeit, die gegenwärtig in Frage ist. Wir werden den Antrag der Bayern ablehnen, ganz wohlwollend. Wir wollen Bayern schonen und ihm Zeit lassen sich zu besinnen. Aber diese Dinge lassen sich nur durch eine gemeinsame Gesetzgebung ordnen, nicht durch Verträge. Da würden wir, wie früher im Zollverein riskieren, zwölf Jahre lang stille stehn zu müssen und nur bei der Erneuerung einen Schritt thun zu können. Das geht nicht."

Über den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund bemerkte Bismarck: „Wir müssen Bayern schonen. Wäre Baden im Nordbunde, so müsse Württemberg nachfolgen. Nun, das hätte so viel nicht auf sich. Aber Bayern würde diese Umarmung als eine Bedrohung empfinden und sich vielleicht dadurch zu falschen Schritten treiben lassen. Am Ende müßten wir dann Bayern mit den Waffen zwingen. Das wünsche ich zu vermeiden. Es soll mit meinem Willen kein deutsches Blut mehr im Kampf von Deutschen mit Deutschen vergossen werden."

„Wir wollen den Bayern Zeit lassen, daß sie sich besinnen können. Sie müssen inzwischen an den Wänden herumtasten und nach einem Ausweg suchen, sie werden keinen finden. Dann werden sie sich schließlich in ihr Schicksal fügen."

„Wir haben Zeit, weil wir den Krieg nicht zu fürchten brauchen. Es läßt sich alles friedlich mit Bayern abmachen. Allerdings dürfen wir nicht stille stehen. Es muß vorwärts gehen. Aber schonen wollen wir die Bayern. Ich habe das auch Ihrem Großherzog gesagt."

Konservative Frondeurs.

Am 19. Januar 1868 lud Graf Bismarck zwei Mitglieder des Abgeordnetenhauses — (das eine keiner, das andere der konservativen Fraktion angehörig) — schriftlich zu einer Besprechung der Provinzialfondsfrage zu sich ein.

Nach eingehender und über eine Stunde dauernder Erörterung aller Gesichtspunkte gab Graf Bismarck diesen beiden Mitgliedern zunächst das Versprechen, keine Kabinettsfrage aus dieser Angelegenheit machen zu wollen und erklärte sich dann hinsichts des ihm seitens eines dieser beiden Abgeordneten unterbreiteten Vorschlages, welcher dahin ging,

der Königlichen Staatsregierung im Staatshaushaltsetat für 1868 den Betrag von 500000 Thlr. zu den in dem vorliegenden Gesetzentwurfe aufgeführten Zwecken zu bewilligen, und

dieselbe aufzufordern, spätestens bei Vorlegung des Staatshaushaltsetats pro 1869 dem Landtage einen festen Plan über die den sämtlichen Provinzen zur Selbstverwaltung zu überweisenden Mittel vorzulegen,

etwa folgendermaßen:

„Bei der bestimmten Position, die das Staatsministerium in der Sache einmal gewählt, könne man nicht von ihm verlangen, daß er für diesen Vorschlag im Abgeordnetenhause eintreten solle, im übrigen ließe derselbe sich hören und sei in mancher Beziehung ein Auskunftsmittel, welches seinen Wünschen sogar entgegenkomme, denn er habe eigentlich die Absicht gehabt, Hannover nicht in einem Provinzialverbande zu belassen, insbesondere Teile von Ostfriesland wieder mit Westphalen zu vereinigen. An der Ausführung dieses Planes sei er durch verschiedene Gründe und durch die Kürze der Zeit bisher behindert worden. Werde nun ein Jahr Frist gewonnen, so ließe sich derselbe vielleicht noch realisieren."

Auf die demnächst von einem der beiden Abgeordneten mit einer gewissen Feierlichkeit noch an ihn gestellte Frage: Ob in irgend einer Weise Seine Majestät der König durch eine Zusage oder ein Versprechen engagiert sei? antwortete Graf Bismarck: „Nein, meine Herren, darüber kann ich Sie beruhigen, Seine Majestät haben vielmehr der ihm nachgereisten Deputation auf der Insel Mainau die Antwort gegeben: Er könne kein Versprechen geben, müsse vielmehr erst seinen Landtag fragen.“

Nachdem nun der in obiger Weise vorgetragene Vermittelungsvorschlag eingebracht worden war, wurde in der etwa dreiwöchentlichen Zwischenzeit, bis der Gesetzentwurf auf die Tagesordnung kam, jener deutlichen Antwort und ihrer durch die beiden Abgeordneten geschehenen weiteren Mitteilung ungeachtet, eine angebliche Königliche Zusage von den Offiziösen unter den Abgeordneten andauernd und mit Erfolg ins Gefecht geführt, so daß schon damals eine förmliche Spaltung in der konservativen Fraktion eintrat.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Februar 1868 sprach sich Graf Bismarck am Schlusse seiner Rede folgendermaßen aus:

„Nur dazu habe ich hauptsächlich das Wort ergriffen, um faktisch zu konstatieren, wie es sich mit den Zusagen verhält, die gegeben sind. Der hannoversche Provinziallandtag hat den Ihnen bekannten Antrag einstimmig gestellt. Seine Majestät der König befand sich nicht hier anwesend. Das Ministerium hat deshalb diesen Antrag zur Kenntnis Seiner Majestät, damals auf der Insel Mainau im Bodensee, gebracht und um die Erlaubnis gebeten, diejenige Antwort zu geben, die der Oberpräsident Graf Stolberg nachher gegeben hat und die ich als bekannt voraussetzen darf. Es ist also eine Zusage mit Ermächtigung des Königs gegeben.“

Der Herr Vorredner (Herr von Vincke) hat mich an parlamentarische Gewohnheiten erinnert, nach denen ich Namen, die nicht hergehören, nicht hineinziehen möchte. Es ist vielleicht mehr ein Überrest von dem alten Sauerteig, daß es mir noch nicht gelingt, die Königliche Regierung von Seiner Majestät in dem Maße, wie der Herr Vorredner zu trennen.“ (Bravo!)

Herr von Diest-Daber und seine politischen Freunde beabsichtigten in jener Sitzung in Form einer persönlichen Bemerkung (insofern sie sich durch die wiederholte gegenteilige Versicherung in der That persönlich für kompromittiert ansahen) — sofort eine öffentliche Berichtigung eintreten zu lassen, unterließen es aber,

durch den zweiten obenerwähnten Abgeordneten, welcher vor ihnen saß, zurückgehalten.

Der allgemeine Eindruck im Abgeordnetenhause mußte hiernach der sein, daß eine Königliche Zusage gegeben worden sei und der Antrag von Kardorff:

der Provinz Hannover zu eigener Verwaltung den Betrag von jährlich 500 000 Thlr. aus den Staatshaushaltseinnahmen eigentümlich zu überweisen und diese Summe fortan auf das Ordinarium des Etats zu setzen —

ging infolge dessen mit 197 gegen 192 Stimmen durch. Eine fernere Abstimmung über den oben erwähnten, dem Grafen Bismarck vorher unterbreiteten Antrag stand noch bevor. —

Inzwischen fand am Abend des 6. Februar ein Hoffest bei dem Könige statt. Herr von Diest und Genossen schwiegen gebührend über die bekannten Ereignisse auf demselben. Der eine Abgeordnete, welcher auf schriftliche Einladung bei dem Grafen Bismarck am 19. Januar erschienen war und dem letzterer auf Anfrage das Nichtvorhandensein einer Königlichen Zusage versichert hatte, wurde Seiner Majestät an jenem Abend durch den Grafen Bismarck selbst zugeführt, wobei es zu lebhaften Erörterungen kam.

Bei der am anderen Tage folgenden Abstimmung waren durch alle diese Ereignisse eine Anzahl Gemüter „wackelig" geworden und jener Antrag wurde verworfen.

Die amtliche Provinzial-Korrespondenz vom 12. Februar brachte dann die folgenden Sätze:

„Die Regierung berief sich ferner darauf, daß eine ausdrückliche Königliche Zusage an die Hannoverschen Stände erteilt sei, deren Nichterfüllung den übelsten Eindruck machen würde.

Und ferner:

„Die Regierung mutet, wie der Ministerpräsident wiederholt versichert hat, der konservativen Partei, so wenig wie einer andern Partei, zu, in irgend einer Frage ihre Grundsätze zu opfern und gegen ihr politisches Gewissen zu handeln. Gerade weil grundsätzliche und Gewissensfragen für die Partei eingestandener Maßen nicht vorhanden, für die Regierung dagegen nach ihrer wohlgegründeten und klar ausgesprochenen Ansicht nicht bloß wichtige politische Verpflichtungen, sondern geradezu die Einlösung einer im Namen des Königs gegebenen Zusage in Frage standen, — deshalb konnte und mußte die Regierung

erwarten, daß die konservative Partei alle Bedenken von bloß praktischer Bedeutung, alle Zweckmäßigkeitsgründe bereitwillig den von der Regierung entschieden in den Vordergrund gestellten höheren Rücksichten opfern würde. Man darf annehmen, daß die große Mehrheit der konservativen Abgeordneten so gehandelt hätte, wenn nicht durch den Einfluß einzelner Parteiführer Täuschungen über die wirkliche Stellung der Regierung zur Sache verbreitet worden wären."

Infolge dieses Artikels richtete einer der beiden oben erwähnten auf schriftliche Einladung bei dem Grafen Bismarck gewesenen Abgeordneten am 14. Februar einen Privatbrief an den Ministerpräsidenten. Derselbe hatte eine schleunige Wirkung. Es wurde eine Reaktion in der Provinzial-Korrespondenz zugesagt. Dieselbe erschien wöchentlich nur ein mal alle Mittwoch und enthielt am 19. Februar die durch Umschreibung allerdings etwas abgeschwächte Revokation. Die auf den 20. Februar anberaumt gewesene Herrenhaussitzung über den Gesetzentwurf wurde inzwischen auf den 18. (also einen Tag vor Erscheinen obiger Revokation) verlegt. Der Grund dieser Verlegung, meint Herr von Diest, dürfte nicht schwer zu finden sein. Die Zersetzung der konservativen Partei begann bereits im Februar 1868. „Sie mußte erfolgen und war an und für sich kein Unglück. Denn eine Partei, welche so wenig Unabhängigkeit und Charakterfestigkeit in sich vereinigte — (es waren zu viele Streber darin), — daß sie bei dem ersten Windstoß auseinander stob, konnte kein heilsames, politisches Gewicht ausüben." (von Diest-Daber).

In den Sitzungen vom 6. März 1872 bei Gelegenheit der Debatte des Schulaufsichtsgesetzes im Herrenhause, äußerte der Fürst Bismarck mit Bezug auf obige Hergänge folgende Worte:

„Keine Regierung hat je ein Interesse mit einer konservativen Partei zu brechen, aber die Partei besorgt das mitunter selbst. (Bravo. Heiterkeit.) Wir haben vor 4 Jahren ähnliche grundlose, ich will nicht sagen mutwillig heraufbeschworene Zwistigkeiten gehabt. Herr von Waldow sprach vorhin von dem Drängen der Parteien. Uns hat niemand gedrängt. Wenn wir in der That von irgend einer Partei uns drängen ließen, so hätte das niemand gethan, als die damalige konservative Partei, die alles gethan hat, um die Regierung dahin zu drängen, daß sie ihre Anlehnung mehr nach links suche."

Sofort nach jener Rede im Herrenhause beabsichtigte Herr

von Diest und Genossen eine öffentliche Erklärung, unterließ sie aber damals, wie Herr von Diest sich ausdrückte, aus Rücksicht für den leitenden Staatsmann. In diesem Streite der Hochkonservativen mit dem leitenden Staatsmanne war es kein Geringerer, als der Monarch selber, der in einem Privatschreiben an ein hervorragendes Mitglied jener Fraktion, den früheren Finanzminister von Bodelschwingh, das Vorgehen derselben scharf tadelte und sich vollständig auf die Seite des Grafen Bismarck stellte, indem er denselben gegen den Vorwurf des Widerspruchs mit sich selber oder gar der Unwahrheit vollständig deckte. Er sagte u. a., daß, wenn die Minister zunächst ohne seine vorherige Genehmigung den Provinzialfonds zugesagt hätten, er doch dabei persönlich engagiert sei, da man seine Ansicht aus der hessischen Schatzfrage, und überhaupt aus seiner Thätigkeit in der ganzen Angelegenheit im voraus kannte. Das Benehmen des Abgeordnetenhauses verletze ihn persönlich, indem seiner Thätigkeit in der vorliegenden Frage keine Rechnung getragen werde, und ebenso die Minister nicht berücksichtigt wurden, vielmehr Angriffen sich ausgesetzt sahen, wie in den schlimmsten Tagen der Verfassungswirren — Männer, die zu ihm standen und so Großes vollbringen halfen. „Und dies Verfahren — so schloß der König — ging großenteils von Männern aus, die der Partei angehören, auf welche — wie schon gesagt — Meine Regierung sich stützte. Solches Benehmen haben Meine Minister nicht verdient ja, Ich muß es sagen, das habe Ich nicht verdient!

„Wenn Graf Bismarck nach den ersten Debatten Sie alle aufmerksam machte, was auf dem Spiele stehe, so war das die Folge des Eindrucks, den Ich von der Sachlage hatte und den er wiedergab.

„Ich frage Sie alle, wenn es möglich ist, daß nach dem Jahre 1866 solche Dinge im Abgeordnetenhause schon 1868 vorgehen, auf wen soll Ich mich künftig stützen? Sie treiben Mich ja geradezu der entgegengesetzten Partei in die Arme, wenn Ich bei Ihnen keine Stütze mehr finde.

„Somit haben Sie die Aufklärung über Meinen Tadel auf dem Hoffeste, den Ich unter den gegebenen Umständen laut werden lassen mußte."

Dieses Schreiben des Monarchen ist charakteristisch für sein Verhältnis zum damaligen Bundeskanzler. Und gerade in die Zeit nach dem Kriege von 1866 verlegen die Verleumder Bismarcks die Äußerung, die der König gegen den Kronprinzen über den

Kanzler angeblich gethan hat: „Dieser Mann wird uns zu groß, wir müssen nach einem Ersatz für ihn suchen.“

Der König war mit den feindlichen Bestrebungen gegen Bismarck so wenig einverstanden, daß er seinen Verdruß darüber mehr als einmal aussprach. Wir wissen, daß König Wilhelm schon in der ersten Begegnung mit Bismarck bei dessen Berufung an die Spitze des Ministeriums sich über seinen Sohn beklagte.

Wir wissen ferner, wie wenig die Klagen des Königs über den kronprinzlichen Hof, auch die gegen den Kronprinzen (in der Danziger Affaire) notwendig gewordenen Schritte verborgen geblieben sind. Jetzt, nach dem glorreichen Kriege von 1866, hatte sich der Monarch auch noch gegen die verstärkten Versuche, ihn von Bismarck zu trennen, zu verwahren. Wir wissen nicht, ob der Kronprinz so weit gegangen ist, dem Könige offen zu sagen: „Dieser Mann wird uns zu groß, wir müssen nach einem Ersatz für ihn suchen.“ Es ist aber bekannt geworden, daß er nach einem Nachfolger für Bismarck forschte und zunächst an den Herrn von Gruner dachte, schon im Jahre 1867, das die Eröffnung des Norddeutschen Reichstages, die Beratung der Bundesverfassung, die Luxemburger Frage, den Abschluß des Zollbundes, den Besuch des Kaisers Alexander, die Pariser Reise, die schwierigen Verhältnisse in Hannover u. s. w. brachte, Momente, in denen bei König Wilhelm I. unmöglich die Absicht bestanden haben kann, sich von seinem Ministerpräsidenten zu trennen, an welchen ihn damals schon so große gemeinsame Erinnerungen und eine so bewegte politische Zeit doppelt fest knüpften. Ein Schatten mag vielleicht vorübergehend auf diese Beziehungen gefallen sein, als es sich um die Entlassung des Justizministers, Grafen zur Lippe, handelte. Der König fühlte sich seinen Ministern aus der Konfliktszeit und Kriegszeit dankbar verpflichtet. Aber Graf Lippe hatte durch seine in Kurhessen getroffenen Maßnahmen sein Verbleiben im Amt unmöglich gemacht und der König ging persönlich nach Kassel, wo er dem Oberbürgermeister Nebelthau beim Empfange sagte: „Es sind Irrungen vorgekommen, sie wieder auszugleichen, bin ich hier.“

Wer den Verhandlungen des konstituierenden Reichstages und der Herbstsession des Parlaments im Jahre 1877 beigewohnt hat, weiß aus dem Foyer, wie alle diese Dinge damals als offenes Geheimnis besprochen wurden. Was im Jahre 1890, nach dem Rücktritt Bismarcks — eine Zeitung über König Wilhelm I. und Bis-

marck im Jahre 1867 berichtete, widerspricht in allem den klaren Thatsachen jener Zeit.

Die Emser Depesche.

Seit dem Kriege von 1866 war das Bewußtsein der schweren Verantwortung der Größe des Wagnisses, das mit jedem Kriege, auch dem gerechtesten verbunden ist, beim Fürsten Bismarck nur noch gestiegen. Die folgende Äußerung des deutschen Staatsmannes aus einem Gespräche mit einem Abgeordneten im Jahre 1867 finde hier um so mehr eine Stelle, als sie aufs neue die Lächerlichkeit der Verleumdungen darlegt, die am liebsten den Reichskanzler als einen „Kriegshetzer" hinstellen möchten. Der Reichskanzler sagte: „Ja, ich habe den Krieg von 1866 gemacht, in schwerer Erfüllung einer harten Pflicht, weil ohne ihn die preußische Geschichte still gestanden hätte, weil ohne ihn die Nation politischer Versumpfung verfallen und bald die Beute habsüchtiger Nachbarn geworden wäre, und ständen wir wieder, wo wir damals standen, würde ich entschlossen wieder den Krieg machen. Niemals aber werde ich Sr. Majestät zu einem Kriege raten, welcher nicht durch die innersten Interessen des Vaterlandes geboten ist."

Daß Fürst Bismarck vor dem notwendigen Kriege nicht zurückschreckt, hat eben das Jahr 1866 bewiesen. Sobald aber der entscheidende Schlag vom 3. Juli gefallen war, gehörte seine ganze Seele dem einen Gedanken an: Friede unter allen nur irgend zulässigen Bedingungen! Mit Recht darf behauptet werden, daß in der ganzen Weltgeschichte sich kaum noch ein zweites Beispiel solcher Schonung des Überwundenen durch den Sieger auffinden läßt. Um sie ihrem vollen Werte nach zu würdigen, wird man wohlthun, in Erwägung zu ziehen, was umgekehrt Preußens Geschick gewesen sein würde, wenn das Glück der Schlachten sich gegen diesen Staat entschieden hätte. Es war schon vor der Eröffnung der böhmischen Kampagne ein öffentliches Geheimnis, daß für diesen Fall die Losreißung von ganz Schlesien und seine Wiedervereinigung mit Österreich in Aussicht genommen worden. Man kann hier Bewunderung einer Politik (der preußischen) nicht versagen, welche aus einer solchen Thatsache gleichwohl kein Motiv zur Rancune wider den überwundenen Nachbar aufkommen ließ und überhaupt aus ihrem Kalkul und ihren Entschließungen Gereiztheit und Leidenschaft durchaus ferngehalten hat. Ja, wir dürfen behaupten, daß schon in der Anlage, welche diesseits dem 1866er

Kriege gegeben worden war, das Bestreben Ausdruck fand, denselben zu einer, wenn auch nachdrücklichen, so doch nur kurzen bewaffneten Auseinandersetzung mit Österreich zu machen, zu einer politischen Episode sozusagen, ohne langdauernde Nachwirkungen und durch welche namentlich dem späteren einigen und innigen Zusammengehen beider Mächte kein Eintrag geschehe.

Das war der große Unterschied zwischen dem österreichischen und dem französischen Kriege: dort, Österreich gegenüber, sah unser leitender Staatsmann einen Bruderbund der beiden feindlichen Nationen aus dem heißen Schlachtfeld hervorgehen und eine solche Frucht war das reichlich vergossene Blut wohl wert; hier, Frankreich gegenüber widerstrebte er, so lange es nur möglich war, dem Wagnis, indem er im Rate des Königs (er hat es uns am 13. Januar 1887 erzählt) erklärte: „Es handelt sich nicht um einen einmaligen Krieg, sondern um eine ganze Reihe von Kriegen, vielleicht um ein halbes Jahrhundert der Kriegführung.“ Aus diesem Grunde, sagte er, sei man 1867 nachgiebig gegen Frankreich gewesen. In einem Kriege mit diesem winkte als Lohn vom Schlachtfelde her nicht ein Friedensbund, wie in Österreich, sondern drohte eine Aneinanderreihung von Krieg an Krieg. Deshalb die Scheu vor der blutigen Auseinandersetzung, so lange die Ehre es erlaubte. Als Fürst Bismarck jene Erklärung am 13. Januar 1887 dem Reichstage mitteilte, setzte er hinzu:

„Ein ähnliches Verhältnis der Spannung, des andauernden Hasses noch nach einer anderen Richtung hin durch einen Krieg mit Rußland herbeizuführen, dazu gehört doch ganz notwendig, daß wir von Rußland mutwilligerweise angegriffen würden. Dann werden wir uns verteidigen bis auf den letzten Blutstropfen, und wenn wir einer großen Koalition augenblicklich unterliegen sollten, dann würde eine Nation wie die deutsche niemals zu Grunde gehen, und wenn auch, so ist es immer besser, mit Ehren untergehen, als mit Schande zu leben.“

Fürst Bismarck hielt den Krieg mit Frankreich für keinen unvermeidlichen. In seiner großen Rede vom 20. Dezember 1866 sagte er: „Die Interessen Preußens tragen an und für sich nichts in sich, was uns nicht den Frieden und ein freund-nachbarliches Verhältnis zu Frankreich wünschenswert machte. Wir haben bei einem Kriege mit Frankreich, selbst bei einem glücklichen, nichts zu gewinnen. Der Kaiser Napoleon, im Widerspruch zu anderen französischen Dynastien, hat in seiner Weisheit erkannt, daß

Frieden und gegenseitiges Vertrauen im Interesse beider Nationen liege; daß sie von der Natur nicht berufen seien, sich gegenseitig zu bekämpfen, sondern als gute Nachbarn die Bahn des Fortschritts in Wohlfahrt und Gesittung mit einander zu wandeln. Zu solchen Beziehungen mit Frankreich ist nur ein selbständiges Preußen befähigt."

Bismarck, welcher den Frieden zu wahren wünschte, so lange die Ehre es gestattete, vertauschte das zweifelhafte Besatzungsrecht von Luxemburg mit der Neutralisation desselben. Die Meinungen im Rate des Königs waren damals geteilt. Graf Moltke wollte nichts von einem Rückzug der preußischen Garnison wissen, wollte den ungerüsteten Zustand Frankreichs benutzen, ein bedingungsloses Zurücktreten von demselben verlangen und im Weigerungsfalle rasch in Frankreich eindringen und dem Kaiser ein zweites Nikolsburg bereiten. „Der Kampf mit Napoleon sei unvermeidlich, werde derselbe von Preußen jetzt nicht aufgenommen, so werde er diesem in wenigen Jahren, wenn Napoleon seine Rüstungen vollendet habe, aufgedrängt, aber dann seien die Chancen weniger günstig."

Wie Bismarck darüber dachte, sagte er in jener Depesche vom Juli 1870, in der es hieß: „Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu rieten, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut niemand die Absichten der göttlichen Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Übel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit des Krieges hinweggeführt hätten, eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zu gute kam."

In der Januarrede vom Jahre 1887 bemerkte Bismarck wiederum: Deutschland werde so wenig wie anläßlich der Luxemburger Frage von 1867 den Krieg nur darum beschleunigen, weil man besser als der Gegner gerüstet zu sein glaube, man könne der „Vorsehung nicht in die Karten blicken," vielleicht bedeute Verzögerung des Krieges Vermeidung desselben. — Er erklärte in der Rede vom 6. Februar 1888 sich ähnlich gegen den Gedanken an einen Präventivkrieg. Er forderte den Reichstag auf, für einen solchen Angriffskrieg die Milliarde zu versagen, auch wenn er selbst

sie fordere. Das Gewicht der Imponderabilien, das schwerer wiege, als das materielle des Gegners, würde bei einem Angriffskriege uns fehlen, bei einem Verteidigungskriege aber auf unserer Seite sein.

Der Krieg von 1870 war für Deutschland ein solcher Verteidigungskrieg. Das diplomatisch-parlamentarische Vorspiel des französischen Krieges von 1870 begann in Paris am 4. Juli. An diesem Tage ließ Gramont, der französische Minister des Auswärtigen, durch den französischen Geschäftsträger in Berlin Le Sourd den Unterstaatssekretär von Thile über die Annahme der spanischen Krone seitens des Prinzen von Hohenzollern interpellieren und erhielt zur Antwort, daß die preußische Regierung von der Angelegenheit absolut nichts wisse und daß dieselbe für sie nicht existiere. Am gleichen Tage ersuchte Gramont den preußischen Botschafter in Paris, Freiherrn von Werther, welcher den König in Ems besuchen wollte, diesem zu sagen, daß die französische Regierung erwarte, er werde den Prinzen zur Ablehnung der Krone veranlassen, und daß Frankreich daraus eine Kriegsfrage mache. Bereits zwei Tage später schrieb Graf Beust in Wien an Fürst Metternich in Paris: „Wir haben nicht gezaudert, die Sache des Friedens zu vertreten, indem wir versuchten, einen Anlaß zu beseitigen, über den die französische Regierung sich nicht ohne Grund erregt zeigt.

„Wir wissen, daß die englische Regierung in Berlin eine der unsrigen fast gleiche Sprache geführt hat, und wir sind überzeugt, daß die anderen Kabinette nicht säumen werden, diesem Beispiele zu folgen, wenn sie es nicht schon nachgeahmt haben. Wir zweifeln nicht, daß die vereinten Stimmen Europas sich zu Gunsten der Erhaltung des Friedens werden vernehmen lassen, und es scheint uns einleuchtend, daß die Zurückziehung der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern, welche noch nicht der Gegenstand einer feierlichen Manifestation der spanischen Nation geworden ist, und welche keineswegs in einer ernsten Notwendigkeit der Lage begründet ist, die einfachste Lösung der Schwierigkeit sein würde, welche heute mit vollem Rechte ganz Europa beschäftigt."

Die gleichzeitigen Schritte Englands in der Angelegenheit der Friedenserhaltung wurden bereits in der letzten Woche des Monats Juli öffentlich bekannt, indem dem englischen Parlamente die betreffenden Aktenstücke in Gestalt eines Blaubuches von 77 Seiten mit 124 einzelnen Dokumenten vorgelegt wurden. Sie er-

streckten sich über den kurzen Zeitraum von zwanzig Tagen, so daß ihrer durchschnittlich etwa ein halbes Dutzend auf den Tag kam.

Es sollte durch diese Aktenstücke hauptsächlich gezeigt werden, daß die englische Regierung und auch Rußland und Österreich alles gethan hätten, um den bedrohten Frieden zu erhalten. Im übrigen ging aus dem Depeschenbündel hervor, daß Frankreich den Krieg gewollt, daß es von Anfang an auf einen Vorwand zum Kriege hinarbeitete und sich selbst nicht bewegen ließ, die Zurückziehung der Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern als eine Genugthuung zu betrachten. Andererseits ersah man aus den Aktenstücken die Gefügigkeit Lord Granvilles gegen Frankreich, die natürlich den Hochmut Napoleons oder seiner Berater nur noch mehr aufstacheln konnte. Als Gramont dem englischen Botschafter in Paris, Lord Lyons, unumwunden erklärte, die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern sei ihm recht unangenehm, da Frankreich sich doch nicht damit begnügen könne und vom König von Preußen Garantien für die Zukunft fordern müsse, erkannte Lyons aus dieser nur zu unumwundenen Sprache sofort, das dies unabwendbar zum Kriege führen müsse. Er ließ es daher an beweglichen Vorstellungen nicht fehlen und sagte offen, daß alle Welt Frankreich für den Friedensbrecher erklären werde. Napoleon aber kannte seine Leute; er wußte, daß dies alles nur hohle Worte waren, denen die englische Regierung in ihrer „Krämerpolitik“ nicht den geringsten Nachdruck geben werde. Der Strafrede des Lord Lyons konnte keine verächtlichere Abfertigung werden, als daß der Herzog von Gramont am anderen Tage dem englischen Botschafter erklärte, Frankreich bleibe nicht nur bei seiner weiteren Zumutung an den König von Preußen stehen, sondern es rechne auf Englands Unterstützung für ihre Durchsetzung. Und Napoleon hatte sich nicht verrechnet. Lord Lyons wies das Verlangen, sich zum Mitschuldigen des französischen Faustschlags gegen Deutschland zu machen, nicht kurz zurück, sondern berichtete darüber nach London. Und Graf Granville beeilte sich auf's dienstfertigste, sich einer Forderung anzunehmen, die sein Gesandter in Paris unmittelbar zuvor als Kriegserklärung gegen Deutschland bezeichnet hatte. Er drang in diesem Sinne sofort in den preußischen Gesandten, Grafen Bernstorff, der sich aber entschieden weigerte, dergleichen auch nur nach Berlin zu übermitteln.

Eine Depesche des englischen Botschafters in Berlin, Lord

Augustus Loftus, an Lord Granville ist vom 13. Juli datiert und lautet in ihren Hauptstellen folgendermaßen:

„Ich hatte heute eine Unterredung mit dem Grafen Bismarck und gratulierte Sr. Excellenz zu der bevorstehenden Lösung der schwebenden Krise durch den freiwilligen Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern. Se. Excellenz schien etwas in Zweifel darüber zu sein, ob sich die Lösung als Beilegung der Differenz mit Frankreich ausweisen werde. Er sagte mir, daß die vom Könige von Preußen bewiesene Mäßigung gegenüber dem drohenden Tone der französischen Regierung in Preußen allgemeine Entrüstung hervorgerufen habe. Graf Bismarck drückte dann den Wunsch aus, die englische Regierung solle eine Gelegenheit ergreifen, um möglicher Weise durch eine Erklärung im Parlament ihre Zufriedenstellung mit der Lösung der spanischen Schwierigkeiten durch den Rücktritt des Prinzen Leopold auszudrücken und öffentlich Zeugnis abzulegen über die ruhige und weise Mäßigung des Königs von Preußen, der Regierung und der Presse . . . Graf Bismarck bemerkte dann, von Paris sei — wiewohl nicht offiziell von Baron Werther — die Nachricht eingetroffen, daß diese Lösung der spanischen Schwierigkeit nicht hinreichen werde, die französische Regierung zufrieden zu stellen, und daß diese neue Ansprüche geltend machen wolle. Sei dies der Fall, dann liege es klar zu Tage, daß die spanische Thronfolgefrage ein bloßer Vorwand gewesen und es der wirkliche Zweck Frankreichs sei, für Königgrätz Rache zu nehmen. Die deutsche Nation fühle, daß sie vollständig imstande sein würde, es mit Frankreich aufzunehmen und sie vertraue so sehr auf militärischen Erfolg, wie die französische nur könne. Aber — sagte Se. Excellenz — wir wünschen den Krieg nicht und wir haben unsere friedliche Gesinnung bewiesen, werden auch fortfahren, sie zu beweisen, doch können wir den Franzosen, was Rüstungen angeht, nicht erlauben, einen Vorsprung vor uns zu haben. „Ich habe," so sagte Se. Excellenz, „positive Informationen, daß in Frankreich Kriegsrüstungen betrieben worden sind und augenblicklich betrieben werden. Wenn diese fortgesetzt werden, werden wir uns genötigt sehen, die französische Regierung um Aufklärung über deren Ziel und Bedeutung anzugehen." Graf Bismarck sagte ferner, daß die preußische Regierung, falls Frankreich den europäischen Mächten jetzt nicht eine Versicherung, eine Erklärung gebe, daß es die Lösung der Frage für endgültig halte und keine anderen Ansprüche geltend machen wolle, wofern weiter Frankreich die drohende Sprache des

Herzogs von Gramont nicht zurücknehme oder genügende Erklärungen abgebe — daß die preußische Regierung sich genötigt sehen würde, eine Aufforderung an Frankreich zu richten . . . Es scheint mir (Lord A. Loftus) gewiß, daß Graf Bismarck und das preußische Ministerium die Haltung des Königs dem Grafen Benedetti gegenüber bedauern (die endliche Abweisung Benedettis wurde bekanntlich erst am 13. Juli abends auf telegraphischem Wege in Berlin bekannt), und daß sie angesichts der öffentlichen Meinung in Deutschland entscheidende Maßregeln zur Wahrung der nationalen Ehre für notwendig erachten."

Es leuchtet ein, daß Graf Bismarck der englischen Regierung den einzigen Weg andeutete, auf welchem sie anständigerweise ihre Vermittlerrolle üben konnte, ohne daß er ihr mehr als einen rein moralischen Druck auf Frankreich zumutete. Indessen hatte man sich ja in London bereits entschlossen, entgegen der nebenher eingestandenen besseren Überzeugung, diesen moralischen Druck lieber auf Preußen zu üben, um es trotz der offenbaren Kriegsabsicht Frankreichs aus einer Demütigung in die andere zu stürzen.

Unter solchen Umständen hatte der Vermittlungsversuch, welchen England noch am 17. Juli in Berlin und Paris machte, für Preußen wenig verlockendes. Lord Loftus teilte dem Grafen Bismarck mit:

„Herr Kanzler! Nach den Nachrichten, welche der Regierung Ihrer Majestät zugekommen sind, muß ich fürchten, daß ein Bruch der freundlichen Beziehungen zwischen dem norddeutschen Bunde und Frankreich bevorstehe, und daß ein Krieg erfolgen werde.

„Die Regierung Ihrer Majestät würde dieses große Unglück für zwei befreundete Mächte sowohl, wie für ganz Europa tief bedauern. Im Interesse derselben und in dem der Menschlichkeit bin ich von Ihrer Majestät Gouvernement beauftragt, an die Regierung Sr. Majestät einen dringenden Anruf zu richten, begründet auf dem 23. Protokoll des Pariser Vertrages von 1856, wodurch die europäischen Mächte übereingekommen sind, irgend zwischen ihnen entstehende Differenzen den guten Diensten einer befreundeten Macht vorzulegen, ehe sie zu den Waffen schreiten.

„In Übereinstimmung mit dieser weisen und humanen Verabredung bin ich von dem Gouvernement Ihrer Majestät beauftragt, der Regierung des Königs von Preußen den Gedanken vorzutragen — wie es in gleicher Weise der Regierung des Kaisers der Franzosen geschehen ist — daß, ehe sie zum äußersten schreiten, sie die

guten Dienste einer oder mehrerer befreundeter Mächte anrufen möchten, zu dem Zwecke, womöglich das Unheil des Krieges noch abzuwenden.

„Ich bin ferner beauftragt, zu erklären, daß Ihrer Majestät Regierung bereit ist, irgend welche vermittelnden Schritte zu thun, um welche sie ersucht werden möchte.

„Indem ich Ew. Excellenz von seiten der Regierung Ihrer Majestät die dringende Hoffnung ausspreche, daß der Vorschlag, welchen ich jetzt Ew. Excellenz zu unterbreiten die Ehre habe, bei der Regierung Sr. Majestät des Königs von Preußen eine günstige Aufnahme finden möge, benutze ich diese Gelegenheit ꝛc.“

Am 20. Juli verlas Graf Bismarck im Reichstage die Antwort auf jene Mitteilung:

„Ew. Excellenz gefälliges Schreiben vom 17. d. M., worin der Gedanke, daß Preußen und Frankreich die guten Dienste einer befreundeten Macht zur Erhaltung des Friedens nachsuchen mögen und zugleich die Bereitwilligkeit des königlich großbritannischen Gouvernements zu den etwa gewünschten vermittelnden Schritten ausgesprochen wird, habe ich mich beeilt, zur Kenntnis Sr. Majestät des Königs zu bringen. Se. Majestät hat mir befohlen, Ew. Excellenz zu erklären, wie dankbar Er das freundschaftliche und humane Bestreben, von zwei Nationen die Kalamität eines für die Wohlfahrt von ganz Europa verderblichen Krieges abzuwenden, anerkenne, und wie Seine, niemanden besser als dem Gouvernement Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien bekannte, aufrichtige Friedensliebe Ihn immer geneigt mache, Sich keiner Verhandlung zu entziehen, welche auf einer für die Ehre und das Nationalbewußtsein Deutschlands annehmbaren Basis den Frieden zu sichern, den Zweck hätte, die Möglichkeit zur Anknüpfung solcher Verhandlung würde aber nur durch vorgängige Feststellung der Bereitwilligkeit Frankreichs gewonnen werden. (Es ist uns äußerlich bekannt, daß Frankreich den gleichen Schritt ablehnend beantwortet hat; von seiten der königlich großbritannischen Regierung ist uns darüber Mitteilung gemacht.) Frankreich hat die Initiative zum Kriege ergriffen und an derselben festgehalten, nachdem die erste Komplikation beseitigt, auch nach Englands Meinung materiell beseitigt war. Eine von unserer Seite jetzt zu ergreifende Initiative zu Verhandlungen würde von dem nationalen Gefühle der Deutschen, nachdem dasselbe durch Frankreichs Drohungen tief verletzt und aufgeregt worden, mißverstanden werden. Unsere Stärke liegt in dem nationalen, dem

Rechts- und Ehrgefühl der Nation, während die französische Regierung bewiesen hat, daß sie dieser Stütze im eigenen Lande nicht in gleichem Maße bedarf.

„Indem ich mich hiermit der Befehle Sr. Majestät entledige und Ew. ꝛc. bitte, die Auffassung Allerhöchstdesselben zur Kenntnis der Regierung Ihrer Majestät der Königin zu bringen, benutze ich die Gelegenheit, um Ew. ꝛc. die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern."

Nur einige Entschiedenheit der Engländer hätte, wenigstens für dieses Mal, den Krieg verhüten können, aber ihre stärkere Sprache verschwendeten sie an den stärkeren Teil, welchem sie das Zeugnis nicht versagen konnten, daß er den Frieden erhalten wolle, und ohnehin bis an die gestattete Grenze nachzugeben bereit sei, der französischen Reizbarkeit gingen sie nachgiebig aus dem Wege. England vermittelte die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern; sobald es aber den festen Entschluß Frankreichs erkannte, den Krieg um jeden Preis zu beginnen, da erlahmte seine Thätigkeit, von da ab war es nur noch geschäftig, um den Schein zu wahren. Jetzt gerade war es an der Zeit, Frankreich durch eine entschlossene Haltung abzuschrecken, aber eben jetzt wurden die englischen Ratschläge äußerst behutsam und der Botschafter in Paris versicherte, während er einige unfreundliche Worte überbrachte, daß die englische Regierung unter allen Umständen die freundschaftlichen Beziehungen in ungeschwächtem Grade zu erhalten wünsche. Das war eine schlechte Art, die Kriegsberauschten von ihrem Taumel zurückzurufen. In den Aktenstücken des englischen Blaubuchs finden wir nur einen zweckmäßigen Anlauf; es war der Vorschlag des russischen Botschafters in London, daß die Großmächte an Frankreich erklärten, es sei mit dem Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern seinen billigen Ansprüchen Genüge geschehen. Aber dieser einzige Lichtblick verschwindet bald hinter dem mangelnden Willen der englischen Regierung. Hätten auch nur Rußland und England über diese gemeinsame Erklärung nach Paris sich geeinigt, so war noch eine vernünftige Aussicht vorhanden, daß Frankreich vor der Größe der Gefahr seine Unbesonnenheit noch einmal sich überlegen werde. Erhoben sich gar diese beiden Mächte, oder nur England allein zu dem bestimmten Entschluß, den ursachlosen Friedensbruch nicht zu dulden, so war die Kriegsgefahr abgewendet. Aber die englische Regierung war von einem solchen Entschluß weit entfernt; nicht einmal der von dem russischen Botschafter vorgeschlagene Versuch

behagte ihr, weil er zu ernsten Verpflichtungen führen konnte, und die englischen Minister wollten über schickliche Worte nicht hinausgehen. Selbst den Schutz der belgischen Neutralität zögerten sie, aufs neue zu übernehmen; sie ließen sich von der öffentlichen Meinung erst zwingen, als die ernste Gefahr vorüber schien.

Herr von Bismarck hat wiederholentlich während des Krieges die Überzeugung ausgesprochen, daß England denselben hätte verhindern können. Busch berichtet in seinem bekannten Buche vom 17. November 1870 ein Tischgespräch, in welchem es heißt: „Hätten die Engländer zu Anfang des Krieges zu Napoleon gesagt: Krieg is nich, so wäre das jetzt nicht gekommen.“ Graf Bismarck sah es also als eine fehlgeschlagene Hoffnung an, daß die Engländer den Krieg nicht verhindert hatten. Er macht ihnen daraus einen Vorwurf. Der englische Gesandte in Berlin, Lord Loftus, mit dem er am 13. Juli die oben in einer Depesche desselben mitgeteilte Unterredung hatte, war ihm ein besonders unsympathischer Unterhändler geworden. Auch hatte Lord Loftus nichts eiligeres zu thun, als sich nach dem Kriege abberufen zu lassen, um Odo Russell Platz zu machen, dem spätern Lord Ampthill, den Fürst Bismarck seinen „persönlichen und politischen Freund“ nannte.

Bismarck hielt den Krieg mit Frankreich für keinen unvermeidlichen. Wir haben bereits an seine Rede vom 20. Dezember 1866 erinnert. Auch am 12. Juli 1870 sah er, in Berlin angekommen, auf die Nachricht von der Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern auf den spanischen Thron hin den Krieg für noch einmal vermieden an und fügte sich darein. Er mag allerdings, nachdem einmal der Konflikt von Frankreich leichtsinnig angezettelt, und auf die Spitze getrieben war, die Nachricht vom Verzicht des Erbprinzen Leopold, wie berichtet wird, unwillig aufgenommen und mit einem recht drastischen Ausruf begleitet haben. Aber der Entschluß vom 12., nach Varzin am anderen Tage zurückzukehren, zeigte, daß er keineswegs die Absicht hatte, Frankreich um jeden Preis in den Krieg zu treiben, sondern daß er erst durch die am Nachmittag des 13. eingetroffene, jetzt erst durch den Grafen Caprivi veröffentlichte Depesche des Königs, die der „Emser Depesche“ zur Unterlage diente, die Überzeugung gewann, daß eine Beilegung des Zwistes, nachdem sich die Situation so zugespitzt hatte, im Interesse der verletzten Ehre Deutschlands nicht mehr möglich sei.

Am Abend des 12., wo Bismarck in Berlin eintraf, fand noch

die Konferenz mit Roon und Graf Eulenburg statt, in der die drei Herren darin übereinstimmten, daß „für den Augenblick der Friede dürfte erhalten bleiben, doch leider zu besorgen sei, daß bei den Gesinnungen Frankreichs, die bei dieser Gelegenheit zu Tage gekommen waren, der Hochmut bei einem solchen Erfolg nur gesteigert und eine schließliche kriegerische Lösung nur vertagt sei."

Das Resultat der Konferenz Bismarcks mit seinen beiden Kollegen am 12. abends teilte die „Prov. Korresp." am nächsten Tage mittags mit den Worten mit: „Der Bundeskanzler Graf Bismarck war angesichts der Dringlichkeit der politischen Verhältnisse von Sr. Majestät dem Könige nach Ems beschieden worden, um über die wünschenswerte Einberufung des Reichstags Vortrag zu halten. Graf Bismarck folgte, indem er die begonnene Karlsbader Kur unterbrach, unverweilt dem Rufe des Königs und traf am Dienstag Abend von Varzin in Berlin ein, wo er sofort eine Besprechung mit dem Kriegsminister und dem Minister des Innern hatte, und am Mittwoch früh die Reise nach Ems fortzusetzen beabsichtigte. Nachdem jedoch am Abend ein Telegramm der Botschaft in Paris hier eingegangen war, nach welchem der dortige spanische Gesandte dem Herzog von Gramont amtlich den Verzicht auf die hohenzollernsche Kandidatur angezeigt hat, gab Graf Bismarck unter den veränderten Umständen die weitere Reise nach Ems auf und gedachte heute nach Varzin zurückzukehren." Zugleich teilte die „Prov. Korresp." mit, daß Graf Eulenburg noch denselben Abend nach Ems gereist sei.

Die Nummer 28 der „Prov. Korresp." vom 13. Juli war zum größeren Teile bis zum Nachmittage schon redigiert und gesetzt. Infolge der „Depesche" über Prinz Leopold und der daran sich knüpfenden Ministerkonferenz wurde das offiziöse Wochenblatt fast vollständig umgeworfen. Graf Eulenburg ließ nach der Konferenz mit Bismarck den Geheimen Rat Hahn zu sich kommen und unterrichtete ihn von der neuen Lage der Dinge. Der Krieg, sagte er, sei vertagt, Bismarcks Reise nach Ems gegenstandlos geworden, doch solle Frankreich für sein Auftreten noch einen gehörigen „Denkzettel" (sic!) erhalten, nämlich in Form eines Artikels in der „Prov. Korresp." Hahn ließ noch in der Nacht einen solchen Artikel anfertigen. Derselbe erschien unter dem Titel „Frankreichs Verhalten in der spanischen Frage" und lautete:

„Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den

spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden, aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseit des Rheins bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Wenn man der Tagespresse in Zeiten der Erregung eine schroffe und verletzende Sprache allenfalls zu gute hält, so durfte man doch von einem Mann, wie dem Herzog von Gramont, welcher als der auswärtige Minister eines großen Landes die Gewohnheit oder die Fähigkeit haben sollte, schwierige politische Fragen mit Schonung zu behandeln, erwarten, daß er auch im gegenwärtigen Falle die Sache mit größerer internationaler Vorsicht und Rücksichtnahme angefaßt hätte.

„Wäre wirklich ein überwiegendes französisches Interesse durch die Kandidatur des hohenzollernschen Prinzen verletzt worden, so wäre bis zum 6. Juli für Frankreich nichts leichter gewesen, als die guten Dienste irgend einer befreundeten Macht, vielleicht gerade Preußens, in Anspruch zu nehmen, um den Versuch zu machen, die thatsächlichen Verhältnisse mit den Interessen Frankreichs womöglich in Einklang zu bringen. Der Weg dagegen, welchen der Herzog von Gramont eingeschlagen hat, die im diplomatischen Verkehr und im Munde eines auswärtigen Ministers unerhörte Färbung der von ihm beliebten Sprache müssen in den Gefühlen des deutschen Volkes eine tiefe und ernste Verstimmung begründen.

„Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblick an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage dazu nicht angethan schien. Man durfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preußischen Königshause nur eine Namensverwandtschaft hat, daß namentlich sein Vater, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wohl wissen mußte, wie Frankreich sich zu der Kandidatur stellen würde, — daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor allem anging, sich der Auffassung Frankreichs versichert haben würde.

„Die preußische Regierung als solche ist, wie auch den Vertretern in Deutschland mitgeteilt worden, der ganzen Angelegenheit vollständig fremd geblieben, selbst Se. Majestät der König ist nach den Hausgesetzen nicht in der Lage, den Mitgliedern des hohenzollernschen Hauses zur Annahme einer fremden Krone die Erlaubnis zu erteilen oder zu versagen. Der preußische Staat und der König

haben daher mit der Sache selbst nichts zu schaffen gehabt; die Entscheidung und Verantwortung ruhte von vorn herein ausschließlich bei der spanischen Regierung und bei dem Prinzen von Hohenzollern selbst.

„Es war daher eine völlig ungereimte Zumutung von französischer Seite, daß Se. Majestät der König oder vollends die preußische Regierung dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Krone untersagen solle. Beide hatten dazu kein Recht, da Prinz Leopold, welcher 35 Jahre zählt, großjährig ist, und sich aller der Rechte persönlicher Selbständigkeit erfreut, welche die Verfassung ihm so gut, wie jedem Staatsangehörigen gewährleistet. Der König konnte mithin gar nicht in die Versuchung kommen, dem von französischer Seite an ihn erhobenen Anspruch zu genügen.

„Wenn inzwischen von Madrid über Paris die Nachricht eingetroffen ist, daß der Fürst von Hohenzollern, der Vater des Erbprinzen Leopold, der spanischen Regierung die Mitteilung von der Verzichtleistung desselben auf die Thronbewerbung gemacht hatte, so hat der Prinz bei dieser Ablehnung ebenso innerhalb seiner selbständigen persönlichen Berechtigung gehandelt, wie bei der vorherigen Annahme. Welche Erwägungen ihn dabei geleitet haben, das entzieht sich für jetzt der näheren Kenntnis und Betrachtung.

„Ob die französische Erregung gegen Preußen durch diese Entschließung des Prinzen, welcher, so hochgestellt er ist, doch eben nur ein Privatmann ist, beschwichtigt sein wird, das muß der weitere Erfolg lehren. Deutschland ist glücklicherweise in der Lage, diesen Erfolg ruhig abwarten und den Entschließungen jedes seiner Nachbarn, wer es auch sei, ohne sonderliche Besorgnis entgegensehen zu können. Sollte aber auch in Paris die bisherige Aufwallung einer ruhigeren Auffassung Platz machen, so wird doch in Deutschland auf lange Zeit der Eindruck nicht zu verwischen sein, den diese plötzliche drohende und beleidigende Haltung unserer Nachbarn hinterlassen hat. Es wird schwer sein, das Vertrauen auf gute nachbarliche Verhältnisse und den Glauben an den guten Willen der jetzigen französischen Regierung auf Erhaltung des Friedens wieder herzustellen, nachdem die Versicherung, welche dieselbe Regierung am 30. Juni dieses Jahres gegeben, daß der Friede niemals gesicherter gewesen, als gerade jetzt, nach kaum acht Tagen in so auffallender und befremdlicher Weise verleugnet worden ist. Es kann nicht fehlen, daß alle die beunruhigenden Gerüchte, welche den Eintritt

des Herzogs von Gramont ins Ministerium begleiteten, mit einem starken Anspruch auf Glaubwürdigkeit wieder aufleben; der Schaden aber, welchen die Wohlfahrt friedlicher Bevölkerungen durch solche Anwandlungen, wie die der letzten Woche, erleidet, kann leider so schnell nicht verwachsen, wie er bereitet wird."

Außerdem brachte die „Prov. Korresp." noch die erwähnte Notiz über Bismarcks Rückreise und die Fahrt Eulenburgs zum Könige. Über die Motive seiner Reise nach Ems drückte sich der Minister des Innern gegenüber dem Geh. Rat Hahn, etwa in der Form aus, in welcher zwei Tage später — nachdem also noch die neue Begegnung Benedettis mit dem Könige in Ems hinzugekommen war — ein offiziöses Entrefilet berichtete:

„Einigermaßen auffallen muß, wie bisher in der spanischen Frage der Unterschied zwischen persönlichen oder Privathandlungen des Königs und amtlichen Funktionen Sr. Majestät von der Presse nicht gehörig erkannt worden ist. Aus der Mazarredoschen Denkschrift weiß man, daß der Erbprinz Leopold die von ihm erfolgte Annahme des spanischen Anerbietens dem Könige in Ems angezeigt hat, und zwar wird dieselbe wahrscheinlich Ende Juni Sr. Majestät zugegangen sein. Se. Majestät befand sich in Ems zum Gebrauch einer Badekur und gewiß nicht in der Absicht, Staatsgeschäfte zu betreiben, was schon daraus ersichtlich, daß keiner der Minister nach Ems befohlen war und in der That ist die Erwiderung des Königs auf die Mitteilung des Erbprinzen in der Form eines eigenhändigen Briefes erfolgt, über dessen Inhalt äußerlich nur so viel verlautet hat, daß Se. Majestät von dem Vorfall nicht angenehm berührt worden ist, sich zu einem Einspruche jedoch nicht berufen gefunden hat. Eine Staatsaktion irgend welcher Art ist in diesem ganzen Geschäfte nicht vorgekommen. Diese rechtliche Lage der Sache nun ist es, die bei öffentlichen Beurteilungen der letzteren nicht gewürdigt worden. Man hat ohne weitere Erwägung den König in seiner Privatkorrespondenz und den König an der Spitze der Staatsregierung zusammengeworfen, ohne zu überlegen, daß Handlungen des letzteren (im Sinne der Verfassung „Regierungsakte") nur dann vorliegen, wenn eine ministerielle Mitwirkung hinzutritt. Nur das französische Kabinett scheint sich jenen Unterschied vollständig klar gemacht zu haben, indem es die ganze Wirkung seiner Diplomatie gegen die im Bade lediglich ihrer Gesundheit lebende Person gerichtet hat, indem sie versuchte, dort, wo das Privatleben des Königs nicht mit dem Schutze der sonst üblichen Formen um-

geben war, ihm vermöge staatlichen Druckes Privathandlungen abzudringen, die dann ihre Tragweite auch weiterhin erstreckt haben würden."

Die Anwesenheit des Grafen Eulenburg sollte für alle Fälle, wenn nämlich noch neue Schritte der französischen Regierung daselbst erfolgen sollten, diesem Zustande ein Ende machen. Graf Bismarck lehnte die Verantwortlichkeit für die weitere Führung der Politik ab, sobald dem Botschafter Frankreichs weiter verstattet würde, in Ems privatim mit dem Könige zu verhandeln. Im übrigen erklärte er am 20. Juni im Reichstage: „Alle Besprechungen, die der Graf Benedetti, mag er seine Eigenschaft als französischer Botschafter dabei geltend gemacht haben oder nicht, die er an einem Badeorte unter vier Augen mit Sr. Majestät meinem Allergnädigsten Herrn gehabt hat, sind, wie jedem Kenner internationaler Verhandlungen ohne Versicherung geläufig sein wird, Gespräche persönlicher und privater Natur, die für internationale Verhältnisse keine amtliche Bedeutung haben. Auch alle persönlichen Erklärungen, die man von Sr. Majestät dem Könige dort im Wege anscheinend wohlwollender Privatkonversation zu erlangen versucht hat, und die vielleicht, wenn Se. Majestät nicht die eigene Festigkeit des Charakters auch auf die Haltung im Privatleben übertrügen, hätten erreicht werden können, würden doch niemals staatliche Akte gewesen sein, sondern persönliche Äußerungen, so lange sie der Monarch nicht in dieser Seiner staatsrechtlichen Eigenschaft anderweitig bekräftigt und dadurch Seinen Willen bekundet hätte, sie zu Staatsakten zu machen."

Dem Grafen Eulenburg blieb von seiner Mission wenig zu thun übrig. Er war noch am 12. Abends nach Ems abgereist und dort um $11^1/_2$ Uhr anderen Morgens eingetroffen. Der Bahnhof war von Kurgästen dicht belagert. Man hatte den Grafen Bismarck erwartet, für den schon im Panorama eine Wohnung bereit gehalten wurde. Graf Eulenburg wurde vom Geh. Rat Abeken empfangen und begab sich sofort zum Könige.

Hier hatte sich inzwischen die Situation durch die Zurückweisung der Zumutung Benedettis an den König, für alle Zukunft sich zur Verhinderung der Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern zu verpflichten, total geändert. Erst nach 6 Uhr nachmittags, bis zu welcher Stunde sich die durch den Flügeladjutanten Prinz Radziwill geführten Verhandlungen zwischen dem König und dem Grafen Benedetti ausdehnten, ging ein vom Geh. Rat Abeken auf-

gesetztes Telegramm nach Berlin, das Herrn v. Bismarck von den Vorgängen des Tages unterrichtete. Seine erste Audienz hatte Graf Benedetti am 9. Juli in Ems beim Könige beantragt, die ihm sofort bewilligt ward. In derselben verlangte er, der König solle dem Erbprinzen von Hohenzollern den Befehl erteilen, seine Annahme der spanischen Krone zurückzunehmen. Der König entgegnete, daß, da er in der ganzen Angelegenheit nur als Familienhaupt und niemals als König von Preußen begrüßt worden sei, und da er keinen Befehl zur Annahme der Thron-Kandidatur erteilt habe, er ebensowenig einen Befehl zur Zurücknahme erteilen könne. Am 11. erbat und erhielt der französische Botschafter eine zweite Audienz, in welcher er eine Pression auf den König auszuüben suchte, damit derselbe in den Prinzen dringe, der Krone zu entsagen. Der König erwiderte, der Prinz sei vollkommen frei in seinen Entschlüssen, übrigens wisse er selbst nicht einmal, wo der Prinz, der eine Alpenreise machen wolle, sich in diesem Augenblick befände. Auf der Brunnenpromenade am 13. morgens gab der König dem Botschafter ein ihm selbst soeben zugestelltes Extrablatt der Kölner Zeitung mit einem Privat-Telegramm aus Sigmaringen über den Verzicht des Prinzen mit der Bemerkung, daß er selbst, der König, noch kein Schreiben aus Sigmaringen erhalten habe, ein solches aber wohl heute erwarten könne. Graf Benedetti erwähnte, daß er schon gestern Abend die Nachricht vom Verzicht aus Paris erhalten habe, und als der König hiermit die Sache als erledigt ansah, verlangte der Botschafter nunmehr ganz unerwartet vom Könige, er solle die bestimmte Versicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, wenn die qu. Thron-Kandidatur etwa wieder aufleben sollte. Der König lehnte eine solche Zustimmung bestimmt ab und blieb bei diesem Ausspruch, als Graf Benedetti wiederholt und immer dringender auf seinen Antrag zurückkam. Demungeachtet verlangte Graf Benedetti nach einigen Stunden eine dritte Audienz. Auf Befragen, welcher Gegenstand zu besprechen sei, ließ er erwidern, daß er den am Morgen besprochenen zu wiederholen verlange. Der König wies aus diesem Grunde eine neue Audienz zurück, da er keine Antwort als die gegebene habe; übrigens auch von nun an alle Verhandlungen durch die Ministerien zu gehen hätten.

Die Depesche, welche der König über diese Vorgänge an Bismarck richtete, ist erst im November 1892 in einer Parlamentsrede des Grafen Caprivi gelegentlich ihrem Wortlaute nach bekannt

geworden. Fürst Bismarck deutete auf diese hin im Oktober jenes Jahres, wo er in Varzin einem Interviewer sagte: „Es ist ja so leicht, ohne Fälschung, nur durch Weglassungen und Striche den Sinn einer Rede vollkommen zu ändern. Ich habe mich selbst einmal in diesem Fache versucht, als Redakteur der Emser Depesche .... Der König schickte sie mir mit der Weisung, sie ganz oder nur teilweise zu veröffentlichen, und als ich sie nun durch Striche und Zusammenziehungen redigiert hatte, rief Moltke, der bei mir war, aus: „Vorhin wars eine Chamade, jetzt ist es eine Fanfare."

Chamade ist im militärischen Sprachgebrauch ein Rückzugssignal, Fanfare ein Trompetentusch zum Einhauen der Reiterei. Die Sozialdemokratie hatte seit einem Jahre, auf Grund einer Stelle in den in der „Deutschen Revue" mitgeteilten Briefen des verstorbenen Kriegsministers Roon, dem Fürsten Bismarck vorgeworfen, die vielberufene „Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 „redigiert" und damit den Sinn des ursprünglichen Textes entstellt zu haben. Der Wortlaut der „redigierten" Depesche habe den Krieg herbeigeführt; ihr „Redakteur" sei daher schlimmer als der Massenmörder Thomas.

Es läßt sich nicht leugnen, daß nach der Behauptung Moltkes und dem eigenen Zeugnis des Fürsten Bismarck der sozialdemokratischen Auffassung von der Emser Depesche ein Schein von Berechtigung gegeben wurde, aber auch nur ein Schein, der bald verwischt werden sollte.

Am 23. Nov. 1892 gab der Reichskanzler Graf Caprivi im Reichstage die folgenden Aufschlüsse:

„Ich komme auf eine Bewegung zu sprechen, die die Gemüter jetzt vielfach erregt hat dadurch, daß in Bezug auf den Beginn des Krieges 1870/71 Publikationen und Äußerungen stattgefunden haben, die geeignet sind, das öffentliche Urteil zu verwirren. Man hat die Behauptung aufgestellt, Deutschland und in erster Linie der Fürst Bismarck habe durch gewisse Manipulationen — man ist selbst bis zum Ausdruck „Fälschungen" gegangen, die in einer Depesche vorgenommen wären — fälschlich den Glauben erregt, daß Frankreich uns zum Kriege provoziert habe, während faktisch wir und zunächst der Fürst Bismarck der Provozierende gewesen seien. Die ausländische Presse hat daran einen Entrüstungssturm geknüpft, der, wenn man diesen Zeitungen glaubt, die Überzeugung zurücklassen mußte, daß alles, was wir seit 22 Jahren geglaubt haben, eitel Lug und Trug gewesen wäre. Dem ist nicht so. Ich

bin in der Lage, auf Grund aktenmäßigen Materials den Beweis zu führen, erstens, daß Deutschland Frankreich nicht provoziert hat, zweitens, daß der Fürst Bismarck Depeschen nicht gefälscht hat, und drittens, daß, was von einigen Journalen behauptet, angedeutet worden ist, weil sie sich einen Vers aus der Sache nicht machen konnten, daß der alte Kaiser Wilhelm zu versöhnlich gewesen sei, oder vielleicht in dem Verkehr mit den Franzosen den Accent nicht getroffen habe, der dem berechtigten Bewußtsein der deutschen Nation entsprach, falsch ist. Ich rufe ins Gedächtnis zurück, daß der hochselige Kaiser Wilhelm sich am 13. Juli in Ems befand, daß er da auf der Morgenpromenade von dem französischen Botschafter Grafen von Benedetti angeredet wurde, daß der König ihm eine abweisende Antwort gab, daß der Graf Benedetti den Versuch, sich dem Könige zu nähern, wiederholte und der König seinen Flügeladjutanten schickte und sagen ließ, daß, wenn er nochmals eine Audienz nachsuchte, um auf die Sache zurückzukommen, der König sie ihm nicht gewähren werde. Die Erzählung dieser Dinge ist niedergelegt in einem Promemoria, das der Flügeladjutant Prinz Anton Radziwill am Abend des 13. Juli aufgezeichnet hat. Dieses Promemoria ist erst am 17. Juli in Berlin eingegangen, wie das Präsentat in den Akten ergiebt — und ich bin bereit, den Herren, welche es sehen wollen, die Akten hier vorzulegen, — dieses Promemoria des Flügeladjutanten ist dem Auswärtigen Amt nicht telegraphisch zugegangen, sondern am 17., also nach der Rückkehr des Königs mit anderen Dingen, die den Emser Aufenthalt betrafen, Dingen, die also schon überholt waren, überliefert worden. Ich will mir jetzt erlauben, Ihnen zunächst die Depesche vorzulesen, die aus Ems am 13. Juli an den Fürsten Bismarck ergangen ist, also die sogenannte echte Depesche, die bisher nie publiziert worden ist, während die zweite, die der Fürst Bismarck dann auf Grund dieser echten an das Ausland gehen ließ, in der deutschen Presse schon früher publiziert worden ist. Diese erste Depesche trägt — und ich lege auch darauf Wert — die Aktennummer A 2301 — es ist jedem Geschäftsmann bekannt, daß der Eingang und der Ausgang auf dieselbe Nummer kommt, daß also, wenn die zweite Depesche dieselbe Nummer trägt, das auch ein Beweis dafür ist, daß die zweite Depesche unmittelbar aus der ersten hervorgegangen ist, ein Beweis, der übrigens auch durch die Sache geführt wird.

„Seine Majestät der König Wilhelm I. war in Ems begleitet von dem Wirkl. Geh. Leg. Rat Abeken, und diese erste Depesche,

die ich die Ehre haben werde vorzulesen, ist von dem Herrn Geh. Rat Abeken abgefaßt. Ich habe hier in den Akten ein Konzept von der Hand des Herrn Abeken und die Dechiffrierung, die daraufhin in Berlin vorgenommen worden ist. Die Depesche ist aufgegeben am 13. Juli 1870 3 Uhr 50 Minuten nachmittags in Ems und angekommen in Berlin 6 Uhr 9 Minuten nachmittags. Die Entzifferung lautet:

„Seine Majestät der König schreibt mir:

Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei, als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement außer Spiel sei". (Es bezieht sich dies darauf, daß Benedetti dem König gesagt hat, er wisse aus Madrid über Paris, daß die Hohenzollern'sche Kandidatur zurückgezogen sei. Um die Zeit, als Benedetti das dem König sagte, hatte der König noch keine Nachricht darüber). Nun fährt Herr Abeken fort:

Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. — (Gemeint ist der alte Fürst v. Hohenzollern).

Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.

Se. Majestät stellt Eurer Excellenz — (Graf Bismarck) anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten, als in der Presse mitgeteilt werden sollte."

König Wilhelm läßt also dem Grafen den Sachverhalt darlegen und stellt ihm anheim, ob nicht zwei Dinge geschehen sollten, die Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung den Gesandten und der Presse mitzuteilen. Das ist geschehen.

Es findet sich ferner in den Akten eine Depesche, die Graf Bismarck einem Beamten diktiert hat. Sie lautet:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich französischen Regierung von der Königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen haben."

Also, nachdem der König Wilhelm dem Kanzler anheim gegeben hat, diese zwei Dinge mitzuteilen, führt der Graf Bismarck diesen Auftrag aus und erläßt am 13. Juli 11 Uhr 15 Minuten abends die Depesche, die, wenn man sie der anderen gegenüber stellt, sich lediglich als eine Ausführung der königlichen Anheimgabe charakterisiert, an die Gesandten in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Hamburg. Noch in derselben Nacht aber, am 14. Juli früh, 2 Uhr 13 Minuten geht in demselben Wortlaut die Depesche an die Gesandten in London, Petersburg, Florenz, Brüssel, Haag, Wien, Bern und Konstantinopel. Es kann hier von einer Fälschung keine Rede sein; der Bundeskanzler führt aus, was der Monarch ihm aufgetragen hat, und führt das vollkommen korrekt aus.

Um nun aber die Insinuation, als sei der hochselige Kaiser Wilhelm nicht mehr der Mann gewesen, der selbst für seine Ansichten eingetreten wäre, entgegenzutreten, lieferte Graf Caprivi noch einen zweiten Beweis von demselben Tage.

Nach der Unterhaltung mit Benedetti bekam der König Wilhelm jenes Schreiben von dem damaligen Gesandten Herrn v. Werther aus Paris vom 12. Juli, — ging ein in Ems am 13. Juli — in welchem Herr von Werther eine Unterhaltung schildert, die er mit französischen Ministern gehabt hat, und die auch darauf hinauskommt, daß man sich mit der Hohenzollern'schen Entsagung auf den spanischen Thron nicht zufrieden geben könne, sondern noch einen weiteren Schritt verlange. Graf Caprivi verlas aus den

Akten ein eigenhändiges Billet des Kaisers Wilhelm an Herrn Abeken von demselben 11. Juli:

„Es ist doch notwendig an Werther zu chiffrieren, daß ich indigniert bin über die Gramont-Ollivier'sche Zumutung und mir das Weitere vorbehalte."

Von den Berliner Zeitungen brachte die „Nordd. Allg. Ztg." noch denselben Abend (13. Juli 1870) ein Extrablatt, das um 11 Uhr in den Straßen Berlins kolportiert wurde, die Ansammlung zahlreicher Gruppen, besonders Unter den Linden verursachte, die öffentlichen Lokale in die lebhafteste Bewegung versetzte und überall stürmische Ausbrüche eines kriegerischen Enthusiasmus hervorrief. „Die maßlose Insolenz, eine Insolenz, wie sie sich Kaiser Napoleon I. in den Zeiten seines größten Übermutes kaum erlaubt hat — so hieß es in der Berliner Presse am nächsten Morgen — hat die gebührende, die einzig mögliche Antwort gefunden. Dem die eigenste Person des Kaisers Napoleon vertretenden französischen Botschafter ist die Thüre gewiesen worden. Ganz Deutschland, jedermann von Ehre außerhalb Frankreichs, der nicht unsere Demütigung will, wird die einfache, natürliche, und doch so stolze Handlungsweise des Königs billigen müssen. Die Anmutung, welche der französische Botschafter gestellt, enthält eine persönliche Beleidigung König Wilhelms, sie enthält so unzweideutig das nichtswürdige Verlangen Frankreichs, Deutschland in eine Stellung zu bringen, in der nur Erniedrigung oder derbe Abwehr übrig bleibt, daß auch dem blödesten Auge klar wird, Frankreich will den Krieg um jeden Preis und wir müssen gestehen, daß auch nur ein Wunder ihn noch abwenden kann. König Wilhelm I. kann vor Gott und Menschen und mit gutem Gewissen sich das Zeugnis geben, daß er keine Schuld an den schweren Folgen trägt, welche die letzte Abweisung französischer Anmaßung nach sich ziehen wird. Die Verzichtleistung des Erbprinzen von Hohenzollern haben wir alle nicht ohne ein Gefühl der Demütigung hingenommen, nur die wärmste Friedensliebe, die ernsteste Erwägung der furchtbaren Kalamitäten, die ein Krieg zwischen den kriegstüchtigsten Nationen des Kontinents heraufbeschwört, hat uns vermocht, den Entschluß zu billigen. Mit der Verzichtleistung waren die Besorgnisse, welche Frankreich ehrlicherweise hegen konnte, vollkommen beseitigt; der rauflustige „Constitutionel," der Minister Ollivier selbst erklären sich für befriedigt. Überall außerhalb der eingeweihten Kreise hat man mit dem Opfer, das Erbprinz Leopold gebracht, wenigstens den unmittelbaren Aus-

bruch des Konflikts für beseitigt gehalten, wenn auch ein tiefes Mißtrauen gegen Frankreich noch nachbleiben mußte. Die Entrüstung über eine gewissenlose Provokatoin, mit welcher Frankreich gestern wieder den Frieden Europas gebrochen hat, wird die einstimmige Verdammung der civilisierten Welt über das aus Meineid hervorgegangene, in ewiger Lüge fortwuchernde zweite Kaiserreich aussprechen."

Das waren die Eindrücke, die die Emser Depesche am späten Abend des 13. Juli 1870 in Berlin, wie wohl in ganz Deutschland hervorrief. In der That hatte man schon die Verzichtleistung des Erbprinzen von Hohenzollern nicht ohne ein Gefühl der Demütigung hingenommen. Wäre es auf das deutsche Volk angekommen, man hätte gleich bei der ersten Zumutung Benedettis in Ems losgeschlagen. Erst die zweite, die stärkere Zumutung an den König von Preußen, Garantien für die Zukunft zu geben, brachte die Entscheidung.

Die Vorgänge bei der Publikation der Emser Depesche hat man häufig als eine bedenkliche und tadelnswerte Sache hingestellt. Logisch wäre daraus zu schließen, daß alle diejenigen, die so sprechen, es lieber sehen würden, wenn der Krieg überhaupt nicht geführt worden wäre. Wenn Graf Bismarck damals durch die Veröffentlichung der Depesche darauf hingewirkt hat, die Franzosen bis zur vollen Übernahme der Initiative und der Schuld am Kriege zu reizen, so glauben wir, daß der damalige Leiter der Politik sich damit um Deutschland wohl verdient gemacht hat.

Wäre die französische Kriegserklärung damals nicht erfolgt, wäre der ganze Krieg unterblieben, so blieb die Thatsache bestehen, daß Deutschland in einer spanischen Angelegenheit von Frankreich grundlos bedroht, in öffentlichen französischen Verhandlungen beschimpft und herausgefordert war und sich vor diesen Drohungen und Beschimpfungen von seiner eingenommenen Stellung zurückgezogen hatte. Es wäre in eine ähnliche Lage gekommen, wie sie 1850 den nationalen und liberalen Politikern als das Ergebnis von Olmütz erschien. Thatsächlich wäre die Lage 1870 aber demütigender gewesen, als die der Olmützer Zeit, weil in Olmütz Österreich im Bunde mit Rußland auftrat und der österreichischen Politik wirkliche österreichische Interessen zu Grunde lagen, während die französischen Herausforderungen 1870 rein mutwillig und händelsüchtig waren. Nur durch den gemeinsamen Krieg war die deutsche Einheit zu vollenden. Erfolgte der Kampf nicht, so hatte

Norddeutschland eine schwere Schädigung seiner nationalen Ehre und nationalen Aufgaben weg und konnte sich aus der ehrverletzten Lage, in welche es geraten war, nur durch Neuschaffung vielleicht ungeschickter Kriegsfragen retten, die nicht bloß im Auslande unverstanden geblieben, sondern unliebsam aufgenommen worden wären.

Nicht um „den Krieg noch heißer zu entflammen," wie sich ein nationalliberales Blatt ausdrückte, sondern um die demütigenden Friedensinsinuationen und die Lahmlegung der nationalen Entwickelung zu hindern, und um diese nationale Entwickelung in den günstigen Weg gemeinsamer Kämpfe aller Deutschen gegen erneute französische Übergriffe zu leiten, war der Krieg notwendig. Wäre er unterblieben, und an seine Stelle ein fauler Frieden mit Beibehaltung der Maingrenze getreten, so wäre damit auch die junge Blüte des Norddeutschen Bundes wahrscheinlich geknickt gewesen, ohne die Frucht der Reichseinigung zu bringen.

Bismarck und Napoleon bei Sedan.

Jeder Berliner kennt das Bismarck-Diorama am Alexanderplatz und insbesondere das Bild, welches uns die Begegnung Bismarcks mit Napoleon am Morgen nach der Schlacht von Sedan vorführt. Der Maler (A. v. Werner) hat sich eine starke poetische Freiheit in demselben gestattet. Er läßt Bismarck eine Höhe hinaufreiten, auf der sich der französische Kaiser mit seiner Umgebung befindet, die eben ihrem Wagen entstiegen sind. In der Wirklichkeit aber ist der Kaiser in seinem Wagen sitzen geblieben und Bismarck zu Fuß an denselben herangetreten. Wir wollen diese „malerische Freiheit" nicht tadeln, weil durch diese Auffassung die Beziehungen der beiden Hauptfiguren des Gemäldes dem Beschauer klarer vor Augen geführt werden. Leicht hätte bei einer anderen Wiedergabe dieses historischen Augenblickes — beispielsweise wie etwa Bismarck die Hand am Wagenschlage, sich zu dem Kaiser wandte — der Unterschied zwischen dem Besiegten und dem Sieger sich weniger scharf ausprägen können, was doch bei einem solchen, auch für die naive Auffassung des Laienpublikums und der oft recht ländlichen Besucher berechneten Bilde im Interesse einer richtigen Würdigung der epochemachenden Dinge unserer vaterländischen Entwickelung zu vermeiden sein dürfte.

Die Berichte über die historische Begegnung am 2. September 1870 sind sehr zahlreich, teils von Bismarck selber, teils von anderen Augenzeugen. Sie variieren mannigfaltig und ergänzen sich

in einander in vielen Einzelheiten. Am bekanntesten ist der offizielle Bericht, den Bismarck am 2. September von Donchery aus an König Wilhelm erstattete. Es gehört daraus die folgende Stelle hierher:

„Nachdem ich mich gestern Abend auf Ew. Königlichen Majestät Befehl hierher begeben hatte, um an den Verhandlungen der Kapitulation teilzunehmen, wurden letztere bis etwa 1 Uhr nachts durch die Bewilligung einer Bedenkzeit unterbrochen, welche General Wimpffen erbeten, nachdem General von Moltke bestimmt erklärt hatte, daß keine andere Bedingung, als die Waffenstreckung bewilligt werde, und das Bombardement um 9 Uhr morgens wieder beginnen würde, wenn bis dahin die Kapitulation nicht abgeschlossen wäre. Heute früh gegen 6 Uhr wurde mir der General Moltke gemeldet, welcher mir mitteilte, daß der Kaiser mich zu sehen wünsche, und sich bereits auf dem Wege von Sedan hierher befände. Der General kehrte sofort zurück, um Sr. Majestät zu melden, daß ich ihm folgte, und ich befand mich kurz darauf etwa auf halbem Wege zwischen hier und Sedan, in der Nähe von Frenois, dem Kaiser gegenüber. Se. Majestät befand sich in einem offenen Wagen mit drei höheren Offizieren und ebenso vielen zu Pferde daneben. Persönlich bekannt waren mir von letzteren die Generäle Castelnau, Reille und Moskowa, der am Fuße verwundet schien, und Vaubert. Am Wagen angekommen stieg ich vom Pferde, trat an der Seite des Kaisers an den Schlag und fragte nach den Befehlen Sr. Majestät. Der Kaiser drückte zunächst den Wunsch aus, Ew. Königliche Majestät zu sehen, anscheinend in der Meinung, daß Allerhöchst dieselben sich ebenfalls in Donchery befänden. Nachdem ich erwidert, daß Ew. Majestät Hauptquartier augenblicklich drei Meilen entfernt, in Vendresse sei, fragte der Kaiser, ob Ew. Majestät einen Ort bestimmt hätten, wohin er sich zunächst begeben solle und eventuell welches meine Meinung darüber sei. Ich entgegnete ihm, daß ich in vollständigster Dunkelheit hierher gekommen und die Gegend mir deshalb unbekannt sei, und stellte ihm das von mir in Donchery bewohnte Haus zur Verfügung, welches ich sofort räumen würde. Der Kaiser nahm dies an und fuhr im Schritt gen Donchery, hielt aber einige hundert Schritte von der in die Stadt führenden Maasbrücke vor einem einsam gelegenen Arbeiterhause an und fragte mich, ob er nicht dort absteigen könne. Ich ließ das Haus durch den Legationsrat Grafen Bismarck-Bohlen, der mir inzwischen gefolgt war, besichtigen. Nachdem er gemeldet, daß seine innere Beschaffenheit sehr dürftig und eng, das Haus aber von Verwundeten frei sei, stieg der Kaiser ab und forderte mich auf, ihm in das Innere zu folgen. Hier hatte ich in einem sehr kleinen, einen Tisch und zwei Stühle enthaltenden Zimmer eine Unterredung von etwa einer Stunde mit dem Kaiser."

In Privatkreisen hat Bismarck diesen amtlichen Bericht wiederholentlich ergänzt. In Versailles erzählte er:

„Moltke und ich waren nach der Schlacht am 1. September zum Zweck von Unterhandlungen mit den Franzosen nach Donchery, ungefähr fünf Kilometer von Sedan, gegangen und die Nacht dort geblieben, während der König und das Hauptquartier nach Vendresse zurückkehrten. Die Verhandlungen dauerten bis nach Mitternacht, ohne zum Abschluß zu kommen. Von uns waren außer Moltke und mir Blumenthal und drei oder vier andere Generalstabsoffiziere dabei. Für die Franzosen führte der General Wimpffen das Wort. Die Forderung Moltkes war kurz: Die ganze französische Armee ergiebt sich in Kriegsgefangenschaft. Wimpffen fand das zu hart. Die Armee habe durch die Tapferkeit, mit der sie sich geschlagen, besseres verdient. Man solle sich damit begnügen, sie unter der Bedingung abziehen zu lassen, daß sie während dieses Krieges nicht mehr gegen uns diene und nach einer Gegend Frankreichs, die wir bestimmen sollten, oder nach Algier abmarschiere. Moltke blieb kühl bei seinem Verlangen. Wimpffen stellte ihm seine unglückliche Lage vor. Er sei erst seit zwei Tagen aus Afrika bei den Truppen angekommen, habe erst gegen das Ende der Schlacht, als Mac Mahon verwundet worden, das Kommando übernommen und solle nun seinen Namen unter eine solche Kapitulation setzen. Lieber würde er sich in der Festung zu halten suchen oder einen Durchbruch wagen. Moltke bedauerte, auf die Lage des Generals, die er würdige, nicht Rücksicht nehmen zu können. Er erkannte die Tüchtigkeit der französischen Truppen an, erklärte aber, Sedan sei nicht zu halten, und ein Durchschlagen unmöglich. Er sei bereit, einen der Offiziere des Generals unsere Stellungen besichtigen zu lassen, damit er sich davon überzeuge. Wimpffen meinte nun, vom politischen Standpunkte sei es für uns geraten, ihnen bessere Bedingungen zu gewähren. Wir müßten einen baldigen und einen dauernden Frieden wünschen, und den könnten wir nur haben, wenn wir uns großmütig zeigten. Schonung der Armee würde diese und das ganze Volk zur Dankbarkeit verpflichten und freundschaftliche Gefühle erwecken. Das Gegenteil wäre der Anfang endloser Kriege. Darauf nahm ich das Wort, weil das in mein Gewerbe schlug. Ich sagte ihm, man könne wohl auf die Erkenntlichkeit eines Fürsten, aber nicht wohl auf die eines Volkes bauen, und am wenigsten auf die der Franzosen. Hier gebe es keine dauerhaften Verhältnisse und Einrichtungen, unaufhörlich wechselten die Regierungen und Dynastien, von denen die eine nicht zu halten brauche, wozu die andere sich verpflichtet fühle. Säße der Kaiser fest auf seinem Throne, so wäre mit einer Dankbarkeit für die Gewährung guter Bedingungen zu rechnen. Wie die Dinge ständen, würde es Thorheit sein, wenn man seinen Erfolg nicht voll ausnutzte. Die Franzosen seien ein neidisches, eifersüchtiges Volk. Sie hätten

Königgrätz übel genommen, und nicht verzeihen können, das ihnen doch nichts geschadet, wie sollte irgendwelche Großmut von unserer Seite sie bewegen, Sedan uns nicht nachzutragen? Wimpffen wollte das nicht Wort haben. Frankreich habe sich in der letzten Zeit geändert; es habe unter dem Kaiserreiche gelernt, mehr an friedliche Interessen, als an den Ruhm des Krieges zu denken; es sei bereit, die Verbrüderung der Völker zu proklamieren und dergleichen mehr. Es war nicht schwer, ihm das Gegenteil zu beweisen und daß seine Forderung, wenn sie bewilligt würde, viel eher eine Verlängerung des Krieges, als eine Beendigung zur Folge haben werde. Ich schloß damit, daß wir bei unseren Bedingungen bleiben müßten. Darauf nahm Castelnau das Wort und erklärte im Auftrage des Kaisers, derselbe habe am Tage vorher dem Könige seinen Degen nur in der Hoffnung auf eine ehrenvolle Kapitulation übergeben.

Ich fragte: wessen Degen war das, der Degen Frankreichs oder der des Kaisers? Er erwiderte: Nur des Kaisers. — Nun, dann kann von anderen Bedingungen nicht die Rede sein, sagte Moltke rasch, indem über sein Gesicht ein Zug vergnügter Befriedigung ging. — Wohlan, dann werden wir uns morgen noch einmal schlagen, erklärte Wimpffen. — Um vier Uhr werde ich das Feuer wieder beginnen lassen, versetzte Moltke, und die Franzosen wollten darauf fort. Ich bewog sie aber, noch zu bleiben, und sich die Sache noch einmal zu überlegen, und es kam schließlich dahin, daß sie um eine Verlängerung des Waffenstillstandes baten, damit sie sich über unsere Forderungen mit ihren Leuten in Sedan beraten könnten. Moltke wollte erst nicht darauf eingehen, gab aber endlich nach, als ich ihm vorgestellt hatte, daß es nichts schaden könne."

„Am zweiten, früh um sechs Uhr, erschien vor meiner Wohnung in Donchery der General Reille und sagte mir, der Kaiser wünsche mich zu sprechen. Ich ziehe mich gleich an und setze mich, beschmutzt und staubig, wie ich bin, in alter Mütze und mit meinen großen Schmierstiefeln, zu Pferde, um nach Sedan zu reiten, wo ich ihn noch vermutete. Ich traf ihn aber schon bei Frenois, drei Kilometer von Donchery, auf der Chaussee. Er saß mit drei Offizieren in einer zweispännigen Kutsche, und drei andere waren zu Pferde bei ihm. Ich kannte davon nur Reille, Castelnau, Moskowa und Vaubert. Ich hatte meinen Revolver umgeschnallt, und sein Auge haftete einen Moment daran. — — Ich grüßte militärisch, er nahm die Mütze ab, und die Offiziere thaten das gleichfalls, worauf ich sie auch zog, obwohl das gegen das Reglement ist. Er sagte: „Couvrez-vous donc". Ich behandelte ihn durchaus wie in Saint Cloud und fragte nach seinen Befehlen. Er erkundigte sich, ob er den König sprechen könne. Ich sagte ihm, das sei unerfüllbar, da Se. Majestät zwei Meilen von hier entfernt sein Quartier habe. Ich wollte aber nicht, daß er eher

mit ihm zusammen käme, als bis wir wegen der Kapitulation mit ihm im Reinen wären. Dann fragte er, wo er bleiben könne, was darauf hin deutete, daß er nicht nach Sedan zurückkehren konnte, indem er dort Unannehmlichkeiten erfahren hatte oder befürchtete. Die Stadt war voll betrunkener Soldaten, die den Einwohnern sehr beschwerlich fielen. Ich bot ihm mein Quartier in Donchery an, welches ich sogleich räumen wollte. Er nahm das an. Aber ein paar hundert Schritte vor dem Orte ließ er halten und meinte, ob er nicht in dem Hause, das dort war, bleiben könnte. Ich schickte meinen Vetter hinein, der mir inzwischen nachgeritten war und sagte nach dessen Bericht, es wäre sehr ärmlich. Er antwortete: das schadet nichts. Ich stieg nun, nachdem er hinübergegangen und wieder zurückgekommen war, da er wahrscheinlich die Treppe, die hinten hinauf ging, nicht gefunden hatte, mit ihm hinauf in den ersten Stock, wo wir in ein kleines einfenstriges Zimmer traten. Es war das beste im Hause, hatte aber nur einen fichtenen Tisch und zwei Binsenstühle.

„Hier hatte ich nun eine Unterredung mit ihm, die fast drei Viertelstunden dauerte. Er beklagte zuerst diesen unseligen Krieg, den er nicht gewollt habe. Er sei zu ihm durch den Druck der öffentlichen Meinung genötigt worden. Ich entgegnete, auch bei uns hätte niemand und am wenigsten der König einen Krieg gewünscht. Wir hätten die spanische Frage eben als eine spanische angesehen und nicht als eine deutsche, und wir hätten von den guten Beziehungen des fürstlich Hohenzollernschen Hauses zu ihm erwartet, daß dem Erbprinzen eine Verständigung mit ihm leicht fallen würde. — Dann kam er auf die gegenwärtige Lage zu sprechen. Er wollte dabei vor allem eine günstigere Kapitulation. Ich erklärte, auf Verhandlungen hierüber nicht eingehen zu können, da dies eine rein militärische Frage sei, bei der Moltke entscheiden müsse. Dagegen ließe sich über einen etwaigen Frieden sprechen. Er antwortete, er sei Gefangener und folglich nicht in der Lage, sich zu entscheiden, und als ich darauf fragte, wen er hierin für kompetent hielte, verwies er mich an die Pariser Regierung. Ich bemerkte ihm, daß sich dann die Dinge seit gestern nicht geändert hätten, und daß wir darum auf unseren alten Forderungen in betreff der Armee in Sedan bestehen müßten, um ein Pfand dafür zu haben, daß die Resultate der gestrigen Schlacht uns nicht verloren gingen. Moltke, der, mittlerweile von mir benachrichtigt, eingetroffen war, war derselben Meinung und begab sich zum Könige, um ihm das zu sagen.

„Draußen vor dem Hause lobte der Kaiser unsere Armee und ihre Führungen, und als ich ihm darauf zugab, daß die Franzosen sich ebenfalls gut geschlagen hätten, kam er auf die Kapitulationsbedingungen zurück und fragte, ob es nicht möglich sei, daß wir die in Sedan eingeschlossenen Korps über die belgische Grenze gehen und dort entwaffnen und internieren ließen. Ich versuchte ihm nochmals begreiflich

zu machen, daß dies eine Sache der Militärs sei, und nicht ohne Einverständnis mit Moltke entschieden werden könne. Auch habe er soeben erklärt, als Gefangener die Regierungsgewalt nicht ausüben zu können, und so könnten Verhandlungen über derartige Fragen nur mit dem in Sedan kommandierenden Obergeneral geführt werden.

„Inzwischen hatte man nach einem besseren Unterkommen für ihn gesucht, und die Offiziere des Generalstabes hatten gefunden, daß das Schlößchen Bellevue bei Fresnois, wo ich ihm zuerst begegnet war, zu seiner Aufnahme geeignet, auch noch nicht mit Verwundeten belegt sei. Ich sagte ihm das und riet ihm, dahin überzusiedeln, da es in dem Weberhause unbequem sei und er vielleicht der Ruhe bedürfe. Wir würden den König benachrichtigen, daß er dort sei. Er ging darauf ein, und ich ritt nach Donchery zurück, um mich umzukleiden. Dann geleitete ich ihn mit einer Ehreneskorte, welche eine Schwadron des ersten Kürassier-Regiments stellte, nach Bellevue. Bei den Verhandlungen, die hier begannen, wollte der Kaiser den König haben — er dachte wohl an Weichheit und Gutmütigkeit — doch wünschte er auch, daß ich teilnehme. — Ich dagegen war entschlossen, daß die Militärs, die härter sein können, das allein abmachen sollten, und so sagte ich, als wir die Treppe hinuntergingen, zu einem Offizier leise, er möge mich nach fünf Minuten abberufen — der König wollte mich sprechen, was denn auch geschah. In betreff des Königs teilte man ihm mit, daß er diesen erst nach Abschluß der Kapitulation sehen könne. So wurde die Angelegenheit zwischen Moltke und Wimpffen geordnet, ungefähr wie wir es am Abend vorher gewollt haben. Dann kamen die beiden Majestäten zusammen. Als der Kaiser darnach wieder heraustrat, standen ihm die dicken Thränen in den Augen. Gegen mich war er ruhiger und durchaus würdig gewesen."

Fürst Bismarck hat einmal das Diorama am Alexanderplatz besucht und dabei über sein dort ihm vom Maler gegebenes Aussehen sich folgendermaßen ausgesprochen:

„Ganz so böse habe ich aber doch wohl nicht bei der Begegnung ausgesehen, denn trotzdem mir damals vieles im Kopfe umherging, war ich doch innerlich recht froh gestimmt, daß wir endlich so weit waren. Überhaupt hielt ich mich für verpflichtet, mich gegen Napoleon äußerlich genau so verbindlich zu zeigen, wie seinerzeit in den Tuilerien."

Daß die Unterhaltung Bismarcks mit Napoleon bei jenem Zusammentreffen nach der Schlacht bei Sedan auch das Wetter betroffen habe, hat ersterer später einmal in Kissingen erzählt.

Es war am 6. August 1874, bald nach dem Attentate Kullmanns, daß bei einem Festmahle zur Erinnerung an den Schlacht-

tag Fürst Bismarck auf seine Begegnung mit Napoleon bei Sedan zu sprechen kam. Sie erhielt eine neue authentische Darstellung des denkwürdigen Vorganges. Der Fürst zog eine Parallele zwischen dieser Begegnung und dem letzten Male, wo er mit dem Kaiser in St. Cloud zusammengetroffen war — wie er, der Fürst, angesichts des diktatorischen Auftretens Napoleons schon damals über kurz oder lang eine Katastrophe befürchtet habe und wie auch Napoleon damals einen Bruch in den Beziehungen vorausgesehen haben müsse, denn nach den üblichen Reden über die Reise sei in der Unterhaltung eine ziemliche Unterbrechung eingetreten, bis man die Sprache auf das wichtigste aller Gebiete — auf das Wetter gebracht habe. Anders habe es an jenem Tage ausgesehen, als die Übergabe von Sedan angekündigt worden war! Auf der Landstraße allein dem geschlagenen Kaiser entgegenreitend, habe er mehrere daherkommende Bauern vergeblich nach einer eleganten Equipage mit hohen französischen Offizieren gefragt, bis er endlich von fern eine einfache Kalesche entlang fahren sah, unter deren Insassen er sehr bald Napoleon erkannte. Herangekommen hatten der Kaiser und seine Begleiter die Käppis gelüftet. Er, der Fürst, im Begriff die Begrüßungen zu erwidern, sei mit seiner Hand bei dem aus der Brusttasche hervorragenden Revolvergriff vorbeigestreift — in diesem Moment sei Napoleon kreideweiß geworden. Als derselbe dann gefragt habe, wo er absteigen könne, sei er, der Fürst, in Verlegenheit gewesen, und habe nicht anders als zu dem kleinen Schlößchen raten können, an welchem er vor dem Zusammentreffen vorübergeritten sei. Nach dieser Richtung habe Napoleon dem Kutscher befohlen zu fahren — nach wenigen Minuten sei er jedoch, wahrscheinlich Insulten seitens seiner Landsleute befürchtend, davon abgekommen und habe den Wunsch geäußert, bei einem seitwärts gelegenen kleinen Häuschen Halt zu machen. Dahin sei er, der Fürst, vorausgeritten, habe sein Pferd angebunden und das Zimmer der Bewohner — eines Webers und seiner Frau, welche am Webstuhle gesessen — betreten, um Aufenthaltsbewilligung für sich und die ankommenden Offiziere ersuchend. Mittlerweile sei auch schon Napoleon ins Zimmer eingetreten, habe einen Stuhl ins Freie hinausgetragen und die anderen herauszubringen gebeten. Der Weber erkannte Napoleon sogleich. Hier also sei er, der Fürst, seit seiner letzten Verabschiedung zum ersten Male wieder mit Napoleon zusammengetroffen. Die erste Frage, welche er an denselben gerichtet: ob man nunmehr Frieden schließen könne? habe

Napoleon mit einer Hinweisung auf die Regierung in Paris beantwortet. Dann sei, während eine Ordonnanz in das Hauptquartier abgegangen war, in der Unterhaltung zwischen ihnen wieder eine peinliche Pause eingetreten, bis endlich die Sprache wieder auf das Wetter gekommen sei. Das Weitere ist zur Genüge bekannt. Der eine Umstand verdient noch Beachtung: Napoleon hat bei dieser letzteren Begegnung nicht, wie vielfach bildlich dargestellt, dem Könige seinen Degen überreicht. — Der Degen ist vielmehr schon vorher dem „Könige“ überbracht worden, welcher ihn aus Höflichkeitsrücksichten wieder an Napoleon zurücksandte.

Auch der General Sheridan, welcher dem Großen Hauptquartier des Königs Wilhelm gefolgt war, bringt einen Beitrag zur Geschichte der Zusammenkunft Bismarcks mit Napoleon. Er schreibt in seinen Denkwürdigkeiten:

„Nicht ganz eine Viertelstunde von Donchery entfernt (General Sheridan war dem Wagen Napoleons in respektvoller Entfernung gefolgt) standen drei oder vier Landhäuschen (Cottages), und an dem ersten derselben machte der Landauer Halt, um Graf Bismarck, mit welchem die diplomatischen Abmachungen vereinbart werden sollten, zu erwarten. Einige Minuten verstrichen, ehe er kam; Napoleon blieb in seinem Wagen sitzen, rauchte ruhig weiter und begegnete mit unveränderter Miene einer Gruppe deutscher Soldaten, welche ihn anstarrten und ihren gefallenen Feind mit neugierigem und durchdringendem Interesse betrachteten. Von weitem hörte man das Anschlagen von Pferdehufen, und bald darauf sah ich Graf Bismarck allein die Landstraße herunter kommen.

„Bei dem Wagen angelangt stieg er vom Pferde und näherte sich dem Kaiser, den er in schneller, etwas brüsker Weise begrüßte. Nach kurzer Unterhaltung ging die Gesellschaft ungefähr hundert Schritte weiter und blieb gerade gegenüber dem Weberhäuschen, welches seit jenem Tage so berühmt wurde, stehen .... Der Kaiser verließ den Wagen und ging mit Bismarck allein in das Innere des Häuschens. Nach einer Viertelstunde kamen sie wieder heraus und setzten sich in den Garten, nachdem der Weber zwei Stühle gebracht hatte. Hier vertieften sie sich bald in eine angeregte Unterhaltung, wenigstens schien es so nach der ersichtlich lebhaften Gestikulation. Das Gespräch dauerte eine volle Stunde; Bismarck schien die größeren Kosten der Unterhaltung zu tragen, aber schließlich stand er auf, begrüßte den Kaiser und schritt den schmalen Weg entlang seinem Pferde zu.

„Als er mich in der Nähe des Thores stehen sah, unterhielt er sich einen Augenblick mit mir und fragte mich, ob ich gesehen, wie Napoleon bei ihrer ersten Begegnung zurückgebebt sei, worauf ich bejahend antwortete. „Wohl“ sagte der Kanzler, „es muß dann mehr eine Folge meiner Manieren als meiner Worte gewesen sein,“ denn ich sagte ihm: „Ich begrüße Eure Majestät“ geradeso, wie ich meinen König begrüßen würde. Nach einigen liebenswürdigen Äußerungen sagte der Kanzler, daß es jetzt hier nichts mehr zu sehen gebe, und daß wir besser nach Schloß Bellevue aufbrechen sollten, wo die formelle Übergabe stattfinden würde . . . .

Die Aufzeichnungen Sheridans kommen in folgender Weise zum Schlusse:

„Nach der Übergabe von Sedan versammelte Kronprinz Friedrich Wilhelm eine große Anzahl Offiziere und Mannschaften aller Waffengattungen auf dem Schloßhofe, um dieselben persönlich mit dem Orden des Eisernen Kreuzes auszuzeichnen; in der Zwischenzeit fuhr König Wilhelm, den Kaiser Napoleon im Schlosse zurücklassend, wo er über die Unbeständigkeit des Glücks nachdenken konnte, zu seinen siegreichen Truppen, welche den Heldengreis mit die Lüfte erschütternden Hoch- und Hurrahrufen empfingen — unbeschreibliche Szene, deren Wiederhall in den Gemächern des Schlosses Bellevue die Qualen des gefangenen Kaisers in hohem Grade vermehrt haben muß.“

Schreiben Bismarcks an seine Gemahlin:

Vendresse, 3. September.

Mein liebes Herz!

Vorgestern vor Tagesgrauen verließ ich mein hiesiges Quartier, kehrte heute zurück und habe in der Zwischenzeit die große Schlacht von Sedan am 1. erlebt, in der wir gegen 30,000 Gefangene machten, und den Rest der französischen Armee, der wir seit Bar-le-Duc nachjagten, in die Festung warfen, wo sie sich mit dem Kaiser kriegsgefangen ergeben mußten. Gestern früh 5 Uhr, nachdem ich bis 1 Uhr früh mit Moltke und den französischen Generälen über die abzuschließende Kapitulation verhandelt hatte, weckte mich der General Reille, den ich kenne, um mir zu sagen, daß Napoleon mich zu sprechen wünschte. Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan, fand den Kaiser im offenen Wagen mit 3 Adjutanten und 3 zu Pferde daneben haltend. Ich saß ab, grüßte ihn eben so höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Er wünschte den König zu sehen; ich sagte ihm der Wahrheit gemäß, daß Se.

Majestät 3 Meilen davon, an dem Orte, wo ich jetzt schreibe, sein Quartier habe. Auf Napoleons Frage, wohin er sich begeben solle, bot ich ihm, da ich der Gegend unkundig, mein Quartier in Donchery an, einem kleinen Orte in der Nähe dicht bei Sedan; er nahm es an und fuhr, von seinen sechs Franzosen, von mir und von Karl, der mir inzwischen nachgeritten war, geleitet, durch den einsamen Morgen nach unserer Seite zu. Vor dem Ort wurde es ihm leid, wegen der möglichen Menschenmenge, und er fragte mich, ob er in einem einsamen Arbeiterhause am Wege absteigen könne; ich ließ es besehen durch Karl, der meldete, es sei ärmlich und unrein; „Nim'porte," meinte Napoleon, und ich stieg mit ihm eine gebrechliche enge Stiege hinauf. In einer Kammer von 10 Fuß Gevierte, mit einem fichtenen Tische und zwei Binsenstühlen, saßen wir eine Stunde, die anderen waren unten. Ein gewaltiger Kontrast mit unserem letzten Beisammensein, 1867 in den Tuilerien. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten. Ich hatte durch Karl Offiziere aus der Stadt holen und Moltke bitten lassen zu kommen. Wir schickten dann einen der ersteren auf Rekognoscierung und entdeckten eine halbe Meile davon in Fresnois ein kleines Schloß mit Park. Dorthin geleitete ich ihn mit einer inzwischen herangeholten Eskorte vom Leib-Kürassier-Regimente, und dort schlossen wir mit dem französischen Obergeneral Wimpffen die Kapitulation, vermöge deren 40- bis 60,000 Franzosen, genauer weiß ich es noch nicht, mit allem, was sie haben, unsere Gefangenen wurden. Der vor- und gestrige Tag kosten Frankreich 100,000 Mann und einen Kaiser. Heut früh ging letzterer mit all seinen Hofleuten, Pferden und Wagen nach Wilhelmshöhe bei Cassel ab.

Es ist ein weltgeschichtliches Ereignis, ein Sieg, für den wir Gott dem Herrn in Demut danken wollen, und der den Krieg entscheidet, wenn wir auch letzteren gegen das kaiserlose Frankreich fortführen müssen.

Ich muß schließen. Mit herzlicher Freude ersah ich heute aus Deinen und Marias Briefen Herberts Eintreffen bei Euch. Bill sprach ich gestern, wie schon telegraphiert, und umarmte ihn angesichts Sr. Majestät vom Pferde herunter, während er stramm im Gliede stand. Er ist sehr gesund und vergnügt. Hans und Fritz, Karl sah ich, beide Bülow bei 2. G. Dr. wohl und munter.

Lebe wohl, mein Herz. Grüße die Kinder.

Dein v. Bismarck.

In Ferrières.

Während Thiers als außerordentlicher Gesandter der französischen Republik die europäischen Hauptstädte aufsuchte, um die

Intervention der Mächte anzurufen, kam durch englische Vermittelung eine Unterredung Jules Favres mit Bismarck in Ferrières zu stande.

Das erste, was Favre dem Grafen Bismarck sagte, war: „Ich glaubte, daß bevor der entscheidende Kampf unter den Mauern von Paris beginnt, es nicht unmöglich wäre, einen ehrenvollen Vergleich zu versuchen, um unberechenbares Unglück zu verhüten und ich wünschte Ew. Excellenz Absichten in dieser Beziehung kennen zu lernen. Unsere Lage ist zwar unregelmäßig, aber durchaus klar. Wir haben die Regierung des Kaisers nicht gestürzt, sie ist von selbst gefallen und indem wir die Gewalt in die Hände nahmen, gehorchten wir nur der äußersten Notwendigkeit. Der Nation kommt es zu, sich über die Regierungsformen, die sie sich zu geben gedenkt, und über die Friedensbedingungen auszusprechen. Deshalb haben wir die Wahlen ausgeschrieben. Ich richte an Sie die Frage, ob Sie geneigt sind, die Stimme der Nation zu hören, oder ob Sie mit ihr einen Vernichtungskrieg führen und ihr eine Regierung aufzwingen wollen. In diesem Falle gebe ich Ew. Excellenz zu erwägen, daß wir entschlossen sind, uns bis auf den Tod zu verteidigen. Paris und seine Forts können drei Monate widerstehen. Andererseits leidet Ihr Land durch die Anwesenheit Ihrer Heere auf unserem Gebiete. Ein Kampf, welcher den Charakter eines Ausrottungskrieges annehmen würde, wäre verhängnisvoll für beide Länder und glaube ich, daß wir mit einigem guten Willen demselben durch einen ehrenvollen Frieden zuvorkommen können."

Der Graf antwortete: „Ich verlange nur den Frieden. Nicht Deutschland hat denselben gestört. Sie haben uns ohne Grund den Krieg erklärt, in der einzigen Absicht, uns einen Teil unseres Gebiets zu nehmen. Sie sind darin Ihrer Vergangenheit treu gewesen. Seit Ludwig XIV. haben Sie nicht aufgehört, sich auf unsere Kosten zu vergrößern. Wir wissen, daß Sie auf diese Politik niemals verzichten werden, um uns einen neuen Krieg zu erklären. Deutschland hat diese Veranlassung nicht gesucht, es hat sie ergriffen, um seiner Sicherheit willen und diese kann nur durch eine Gebietsabtretung verbürgt werden. Straßburg ist eine immerwährende Drohung gegen uns, es ist der Schlüssel unseres Hauses und wir fordern ihn."

„Dann also Elsaß und Lothringen?" fragte Favre.

„Ich habe von Lothringen nicht geredet," sagte der Graf „was aber Elsaß betrifft, so sage ich offen, daß wir es als durchaus unerläßlich für unsere Verteidigung ansehen."

Favre gab dem Grafen zu bedenken, daß dieses Opfer Frankreich Gefühle des Hasses und der Rache einflößen würde, welche unseligerweise zum Kriege führen müßten, daß das Elsaß französisch bleiben wolle, daß es bewältigt, aber nicht deutsch gemacht werden könne, daß es deshalb eine ernste Verlegenheit, vielleicht eine Ursache der Schwächung für Deutschland sein würde.

Der Graf stellte dies nicht in Abrede, aber er wiederholte, daß Frankreich in jedem Falle, auch wenn der Sieger Großmut üben wolle, auf Krieg gegen Deutschland sinnen werde. Er sagte: „Ihr werdet die Kapitulation eben so wenig vergessen, als Waterloo und Sadowa, welch letzteres euch nicht einmal etwas anging. Alle unsere Familien sind in Trauer; wir haben ungeheure Opfer gebracht, und sind nicht willens, morgen wieder von vorn anzufangen."

Bei den Verhandlungen über einen Waffenstillstand machte Bismarck darauf aufmerksam, daß ein solcher für eine in siegreichem Fortschreiten begriffene Armee jederzeit militärische Nachteile mit sich bringe, in diesem Falle aber für die Verteidigung Frankreichs und für die Reorganisation seiner Armee einen sehr wichtigen Zeitgewinn darstelle, und daß sie daher einen Waffenstillstand nicht ohne militärisches Äquivalent gewähren könnten. Als solches bezeichnete er die Übergabe von Straßburg, Toul und einigen kleineren Plätzen, und zwar verlangte er, da die Kapitulation von Straßburg unter allen Umständen in wenigen Tagen stattfinden mußte, zugleich die Kriegsgefangenschaft der dortigen Besatzung. Sollte die Versammlung nach Paris berufen und zu diesem Zwecke der Verkehr mit der Hauptstadt völlig preisgegeben und die Verproviantierung derselben zugelassen werden, so verlangte Bismarck, nachdem er sich hierüber mit dem König besprochen hatte, als Äquivalent die Übergabe eines dominierenden Teiles der Festungswerke. Sowohl diese Forderung als auch die der Kriegsgefangenschaft der Straßburger Besatzung lehnte Favre entschieden ab. Bismarck erklärte ihm schließlich als sein Ultimatum: ein Waffenstillstand von 14 bis 21 Tagen zum Zweck der Wahl einer Nationalversammlung sollte unter folgenden Bedingungen bewilligt werden: in und vor Paris sei der militärische Statusquo aufrecht zu erhalten; in und vor Metz sollen die Feindseligkeiten innerhalb eines bestimmten Umkreises fortdauern; die Festungen Straßburg, Toul und Bitsch sollen übergeben werden, die erstere mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung, die beiden letzteren mit freiem Abzug der-

selben. Diese Bedingungen wurden von der Pariser Regierung, welcher Favre schriftlichen Bericht erstattete, verworfen. Bismarcks Auftreten hatte für Favre etwas ungemein Imponierendes: „Ich erkannte in ihm einen politischen Geschäftsmann, allem, was man in dieser Beziehung sich vorstellen kann, weit überlegen. Er scheint nur mit dem, was ist, zu rechnen, sein Augenmerk nur auf positive und praktische Lösungen zu richten, gleichgültig für alles, was nicht zu einem nützlichen Zwecke führt."

Bismarck erzählte später über diese Unterredung:

„Als ich eine Anspielung auf die Abtretung von Straßburg und Metz fallen ließ, machte er ein Gesicht, als ob das nur ein Scherz hätte sein sollen. Ich hätte ihm darauf mit einer kleinen Geschichte antworten können, die mir in Berlin passiert war, vor Jahren, bei dem großen Kürschner und Pelzhändler — wie heißt er gleich? — Nun, ich mußte einmal einen neuen Pelz haben, aber der Preis für den, der mir gefiel, kam mir zu hoch vor, und ich sagte: „Sie scherzen wohl, lieber Herr? —" „Nein," antwortete er, „in dem Geschäfte niemals nich."

Favre hatte wiederholentlich angedeutet, daß Frankreich das Land der Freiheit sei, und daß die Franzosen sich allezeit der liberalsten Einrichtungen erfreut hätten, während in Deutschland der Despotismus herrsche. Bismarck erzählte mit Bezug hierauf: „Es ist wirklich sehr komisch, einen Franzosen so sprechen zu hören, und besonders Favre, der immer zur Opposition gehört hat. Aber so sind sie alle. Man kann einem Franzosen fünfundzwanzig aufzählen, wenn man ihm dabei eine schöne Rede von der Freiheit und Menschenwürde hält, die sich darin ausdrücke, und die entsprechende Attitude dazu macht, so bildet er sich ein, er wird nicht geprügelt."

Der preußische Abgeordnete Waldeck wurde einmal von Bismarck folgendermaßen charakterisiert: „Ähnliche Anlagen wie Favre, immer konsequent, fertig mit seiner Ansicht und seinem Entschlusse von vorn herein; dazu stattliche Gestalt, weißer ehrwürdiger Bart, Phrase im Brustton der Überzeugung, auch in Kleinigkeiten — das imponierte. Er hielt mit einer Stimme, die von tiefster Überzeugungstreue und Zuversichtlichkeit bebte, eine Rede darüber, daß der Löffel hier im Glase stecke (Bismarck war eben beim Thee) und proklamierte, daß jeder ein Schuft sei, der das nicht glauben wolle, und alle glaubten's ihm und priesen in allen Tonarten seine energische Gesinnung."

Die Nachricht von der Okkupation Roms durch die Italiener gelangte an das Große Hauptquartier nach Ferrière am 26. September. Fürst Bismarck äußerte in einem Gespräch über den Papst im Vatikan: „Ja, Souverän muß er bleiben. Nur fragt sichs wie? Man würde mehr für ihn thun können, wenn die Ultramontanen nicht überall gegen uns aufträten. Ich bin gewohnt, in der Münze wiederzuzahlen, in der man mich bezahlt."

Charakteristisch ist auch das Tischgespräch, welches uns „Busch" in seinem bekannten Werke „Graf Bismarck und seine Leute" aufbewahrt hat. Der litterarische Begleiter des Kanzlers berichtet uns darüber das folgende:

Hatzfeld fragte: „Haben Excellenz schon gelesen, daß die Italiener in den Quirinal eingebrochen sind? — Der Chef antwortete: „Ja, und ich bin neugierig, was der Papst dagegen thun wird. Abreisen? — Aber wohin? — Er hat bei uns schon gebeten, wir möchten bei Italien vermittelnd anfragen, ob man ihn abreisen lassen würde, und ob dies mit der ihm gebührenden Würde geschehen könne. Wir haben das gethan und sie haben geantwortet, man würde seine Stellung durchaus achten und danach verfahren, wenn er fort wollte." — „Sie werden ihn nicht gern gehen lassen," versetzte Hatzfeld. „Es liegt in ihrem Interesse, daß er in Rom bleibt." Chef: „Ja gewiß, aber er wird doch vielleicht gehen müssen. Wohin aber, nach Frankreich kann er nicht, da ist Garibaldi. Nach Österreich mag er nicht. Nach Spanien? Ich habe ihm Bayern vorgeschlagen." Er sann einen Augenblick nach, dann sagte er: „Es bleibt ihm nichts als Belgien oder — Norddeutschland. — Es ist in der That schon angefragt, ob wir ihm ein Asyl gewähren könnten. Ich habe nichts dagegen einzuwenden. Köln oder Fulda. — Es wäre eine unerhörte Wendung, aber doch nicht so unerklärlich, für uns wäre es recht nützlich, wenn wir den Katholiken als das erschienen, was wir in Wirklichkeit sind, als die einzige Macht gegenwärtig, die dem obersten Fürsten ihrer Kirche Schutz gewähren könnte und wollte. Stoffle und Charette und ihre Zuaven die gingen gleich nach Hause. Für die Opposition der Ultramontanen hörte jeder Vorwand auf — in Belgien, in Bayern. Mallinckrodt träte auf die Seite der Regierung.

Der Maire von Versailles.

Es war am 21. Oktober 1870, als Graf Bismarck des Abends, unmittelbar nach dem Gefecht bei Malmaison, durch den Legations-

rat Hatzfeld den Maire zu sich bescheiden ließ. Herr Rameau begab sich sogleich nach der Rue de Provence und wurde in das Zimmer des Kanzlers geführt. Letzterer war in Uniform und schien etwas ermüdet; er war an einem mit Kerzen beleuchteten Tische beschäftigt, Ausschnitte von Zeitungen auf weißes Papier zu kleben: die Reste der Blätter, die er hatte fallen lassen, bedeckten den Fußboden. Er reichte dem Maire die Hand, dankte ihm, daß er seiner Einladung sogleich Folge geleistet habe, und richtete an ihn mit gleichgültiger Miene, wie man vom Wetter spricht, die Frage: „Wie geht es in der Stadt?“

Der Maire fand die Frage etwas unbestimmt und antwortete: „Nun, Herr Graf, die Stadt hat heute eine Hoffnung gehabt, die sich aber, wie es scheint, nicht erfüllt hat.“

„Ich wollte nicht davon sprechen,“ versetzte der Graf lächelnd, „ich wollte Sie fragen, wie sich die Verhältnisse zwischen unseren Truppen und der Bürgerschaft gestaltet haben.

„Es wäre zu wünschen, wenn dieselben von guter Art wären; denn es hat den Anschein, als ob wir noch einige Zeit bei Ihnen verweilen würden.“ Dann übergehend auf eine Geldstrafe von 100 Frank, welche von deutscher Seite über die Stadt wegen unterlassener Stellung eines Fuhrwerks verhängt war und welche diese zu zahlen sich weigerte, sagte er: „Ich bitte Sie, zahlen Sie diese kleine Summe, Sie können es mir zu Gefallen thun, der ich darauf hingewirkt habe, daß Ihnen eine Kriegskontribution von 400 000 Frank erlassen wurde.“

Der Maire entgegnete, er könne keine Strafe für einen Vorfall zahlen, bei welchem die Gemeindeverwaltung sich weder bösen Willen, noch eine Nachlässigkeit habe zu Schulden kommen lassen, da es ihr unmöglich gewesen sei, der Requisition nachzukommen.

„Sie hätten nötigenfalls den Wagen stellen sollen,“ sagte Graf Bismarck, „den ich sonst für meinen Privatgebrauch zu mieten pflege; aber einen Kourier des Königs, der dringende Aufträge hatte, durften Sie nicht warten lassen. Man war genötigt, Relais zu nehmen, das hat 800 Frank gekostet, und der Zweck wurde nicht erreicht. Dafür muß Genugthuung genommen werden.“ — „Es ist merkwürdig“, fuhr er nach einer Pause fort, „wie wenig man in Frankreich und besonders hier in Versailles weiß, was der Kriegszustand eigentlich zu bedeuten hat. Wenn Alarm geblasen wird, soll der männliche Teil der Bevölkerung zu Hause bleiben, sonst kann auf ihn geschossen werden. Statt dessen kommen Ihre

Landsleute neugierig heraus, scharen sich auf den Plätzen zusammen und scheinen den weiteren Verlauf der Begebenheiten abzuwarten, um unter Umständen daran teil zu nehmen. Das kann ihnen übel bekommen. Als ich heute zu den Truppen hinausritt, gab es über dreihundert Neugierige in der Rue de Provence. Wir hatten heute einen Ausfall von Paris, einen anderen vom Mont Valerien. Zwanzig Bataillone der Unseren waren ausgerückt, morgen sind es vielleicht vierzig, und die Alarmsignale können sich wiederholen. Bedeuten Sie den Einwohnern, daß sie zu Hause bleiben; wir wollen ihnen großes Unglück ersparen. Wenn gewisse Persönlichkeiten, z. B. der General von Moltke oder ich, auf der Straße erscheinen, giebt es sogleich einen Auflauf; das ist uns lästig. Als ich neulich abends von der Präfektur allein zurückkehrte, gingen zwei oder drei Personen mir unmittelbar nach. Die eine hielt die rechte Hand in der Tasche und ich machte mich bereits auf einen Messerstich gefaßt. Ich habe den Menschen von dem nächsten Posten anhalten und auf die Wache bringen lassen. Weisen Sie die Einwohner an, daß dergleichen Dinge aufhören sollen."

Nach einer neuen Pause bot der Graf dem Maire eine Cigarre an, welche dieser ablehnte, zündete sich dann selbst eine Cigarre an und fuhr fort: „Nun, Herr Maire, es scheint, als sollten wir den Winter bei Ihnen zubringen, und doch möchte ich gerne nach Berlin zurückkehren."

„Das ist gewiß für uns nicht weniger unangenehm," erwiderte der Maire. „Aber warum muß es denn sein?"

„Ohne Wahlen kann kein Friede zu stande kommen. Jetzt giebt es niemand, der für Frankreich unterhandeln kann, weder der Graf Chambord, noch die Orleans, noch die Kaiserin-Regentin, und doch will Frankreich den Frieden und Deutschland will ihn auch. Wir werden genötigt sein, mit Napoleon zu unterhandeln und ihn zurückzuführen." „Das werden Sie nicht thun; es wäre die schwerste Beleidigung, die Sie der Nation zufügen könnten."

Da der Graf nicht Miene machte, das Gespräch abzubrechen, fuhr der Maire fort: „Ich bin kein Diplomat, Herr Graf, und habe von niemand einen Auftrag, aber ich wünschte aus Menschlichkeit, daß der Frieden hergestellt würde, und ich glaube, daß dies möglich wäre. Sie sagten, daß Deutschland diesen Krieg nicht führe, um Eroberungen zu machen, sondern um seiner eigenen Sicherheit willen. Ich erkläre Ihnen, daß auch die französische Republik keine Eroberungsgelüste hat und zur Herstellung des Friedens in

alles willigen wird, was mit ihrer Würde vereinbar ist. Daher keine Gebietsvergrößerung auf der einen oder der anderen Seite. Als Bürgschaft für den Frieden verlange Deutschland die Schleifung der französischen und Frankreich diejenige der deutschen Grenzfestungen. Wenn beide Teile darauf eingehen, ist die Ehre gerettet."

Graf Bismarck ließ den Maire ruhig ausreden; dann erwiderte er: „Aber das Verhältnis ist nicht für beide Teile gleich. Mit Ausnahme von 1792, wo es von dem allgemeinen Strome fortgerissen ward, hat Preußen niemals Frankreich angegriffen; Frankreich aber hat uns unter Ludwig XIV., der Republik und den beiden Napoleon dreiundzwanzig Mal mit Krieg überzogen. Auch unter der Restauration hätte es dasselbe gethan, wenn nicht die Julirevolution ausgebrochen wäre."

„Nun denn," versetzte der Maire, „so mögen sich die beiden Nationen in einem Vertrage zu einer verhältnismäßigen Abrüstung verpflichten, und diesen Vertrag könnten sie bald ganz Europa aufzwingen. Das ist vielleicht für beide das beste Mittel, um ihre Wunden zu heilen." „Aber mit wem soll über dies alles verhandelt werden?" fragte Graf Bismarck.

„Da kommen wir auf die Frage des Waffenstillstandes. Wenn Sie, Herr Graf, mir einen Passierschein nach Paris ausstellen wollten, würde ich sofort dahin gehen und der Nationalregierung die Ideen vortragen, die ich soeben ausgesprochen habe."

„Das würde ich Ihnen nicht raten. Friedensvorschläge, die von meiner Initiative herrührten, würden dort kein Gehör finden. Man würde darin einen Beweis sehen, daß wir den Krieg nicht fortsetzen wollten, und sie schon deshalb verwerfen.

„Versuchen Sie es nicht, in Ihrem eigenen Interesse!"

„Herr Graf, ich bin Republikaner, jedoch erblicke ich eine wesentliche Bürgschaft in einem erblichen Oberhaupte." „Aber ich will Ihnen den Beweis liefern, daß Sie nicht durchdringen würden. Amerika ist das einzige Land, welches sich wirklich für Frankreich interessiert. Vier amerikanische Generale haben sich für den Frieden verwandt. Sie waren in Paris und hatten Unterredungen mit den Vertretern Ihrer Regierung. Nach ihrer Rückkunft sagten sie zu mir: „Es ist nichts zu machen; keiner will von Frieden sprechen hören" — mit Ausnahme von Trochu, und dieser sagt: „Wir sind noch nicht genug geschlagen, um unterhandeln zu können."

„Dann will ich freilich lieber nicht nach Paris gehen," sagte der Maire.

Nach einer Pause fuhr er fort: „Ich freue mich indessen, Ihnen ein doppeltes Beispiel dafür anführen zu können, daß trotz der Heftigkeit des Kampfes die Humanität auf beiden Seiten noch nicht ihre Rechte verloren hat. Eben heute hat der Gemeinderat eine Belohnung von 50 Frank für einen preußischen Unteroffizier beschlossen, welcher in diesen Tagen beim Löschen eines Brandes in Versailles den rühmlichsten Eifer an den Tag gelegt hat. Kurz vorher war ein preußischer Soldat, der das Unglück hatte, von einem Wagen zu fallen und ein Bein zu brechen, von einem Einwohner in Versailles, Namens Poidevin, aufgehoben und verbunden worden."

„Nun," sagte Bismarck, „wenn dieser Poidevin es brauchen kann, so geben sie ihm die 100 Frank, welche Sie uns als Entschädigung schuldig sind, und die Sache mag damit erledigt sein."

Bei diesen Worten stand er auf und bot dem Maire die Hand. Dieser reichte die seinige, fügte aber den Vorbehalt hinzu: „Aber nur Ihrer Person, Herr Graf!"

Bismarck erwiderte lachend: „An den Vorposten reichen sich die feindlichen Soldaten öfters die Hand."

Poidevin erhielt in der That die 100 Frank und die Sache war ausgeglichen.

Versailler Tischgespräche. (Nach Moritz Busch.)

17. Nov. Es wird ein Telegramm über Granvilles Äußerungen in betreff der russischen Erklärung bezüglich des Pariser Friedens hereingebracht, und der Chef liest es vor. Es heißt da ungefähr: Rußland maße sich an, sich von einem Teile des Traktats von 1856 loszusagen, lege sich aber damit das Recht bei, einseitig das Ganze zu beseitigen, während dies doch nur der Gesamtheit der Unterzeichner zukomme. England könne ein solches willkürliches Verfahren, das die Gerechtigkeit aller Verträge in Frage stelle, nicht dulden. Es seien für die Zukunft Komplikationen zu fürchten.

Der Minister lächelt und sagt: „Zukünftige Komplikationen! Parlamentsredner! Getrauen sich nichts. Der Ton liegt auf zukünftig. Das ist die Art, wie man spricht, wenn man nichts zu thun gedenkt. Nein, von denen ist nichts zu fürchten, wie vor vier Monaten nichts von ihnen zu hoffen war. — Hätten die Engländer zu Anfang des Krieges zu Napoleon gesagt: Krieg is nich, so wäre das jetzt nicht gekommen." — —

Nach einer Weile fährt er fort: „Man ist immer der Meinung

gewesen, daß die russische Politik eine ganz ausnehmend schlaue wäre — voll Winkelzüge, Schliche und Kniffe, das ist aber nicht wahr. — Gortschakow treibt übrigens hier nicht russische Politik (Politik im wahren russischen Interesse), sondern europäische. — — — Wenn sie unredlich wären, so hätten sie solche Erklärungen unterlassen, ruhig Kriegsschiffe gebaut im Schwarzen Meere und gewartet, bis man darüber anfragte. Dann sagten sie, daß sie nichts davon wüßten, man wolle sich aber erkundigen, und so zogen sie's hinaus. Das konnte bei den russischen Verhältnissen lange dauern, und zuletzt hätte man sich daran gewöhnt." —

Bucher bemerkt: „Sie haben ja jetzt schon Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, die von Sebastapol sind gehoben, und sie könnten, wenn man sagte: ihr dürft hier keine haben, antworten: nun, wir können sie ja nicht hinausbringen, da 1856 die Passage von Kriegsschiffen durch die Dardanellen verboten worden ist."

Später sprach dann Fürst Bismarck von seinen Verhandlungen mit Odo Russell und den Forderungen Gortschakows. „Die in London," äußerte er u. a., „möchten nicht gern pure Ja sagen zu dem Vorschlage, Rußland und den Türken das Schwarze Meer und die volle Souveränität an den Küsten wiederzugeben. Sie fürchten die öffentliche Meinung in England und Russell kommt immer wieder darauf zurück, daß sich ein Äquivalent finden lassen möchte. Er fragte, ob wir uns nicht z. B. dem Abkommen vom 6. April 1856 anschließen wollten. Ich entgegnete, daß Deutschland daran kein rechtes Interesse hätte. Oder ob wir uns nicht verpflichten wollten, neutral zu bleiben, wenn es dort einmal zu einem Konflikt käme. Ich sagte ihm, ich wäre kein Freund von Konjekturalpolitik, in die eine solche Verpflichtung fiele; das käme ganz auf die Umstände an. Für jetzt sähen wir keinen Grund, uns bei der Sache zu beteiligen. Das sollte ihm genügen. Übrigens wäre ich nicht der Meinung, daß Dankbarkeit in der Politik keine Stelle hätte. Der jetzige Kaiser hätte sich immer freundlich und wohlwollend gegen uns bewiesen, Österreich dagegen wäre bisher wenig zuverlässig und zuweilen sehr zweideutig gewesen; England — er wüßte ja, was wir dem zu verdanken hätten. Die Freundlichkeit des Kaisers wäre ein Rest des alten Verhältnisses, welches zum Teil auf verwandtschaftlichen Beziehungen beruhte, sie gründe sich aber auch auf die Erkenntnis, daß unsere Interessen mit den seinen nicht kollidierten. — Wie das künftig werden würde, wüßte man nicht, und so ließe sich darüber auch

nicht reden. Unsere Lage wäre jetzt eine andere als früher. Wir wären die einzige Macht, die zufrieden zu sein Ursache hätte, wir brauchten niemand einen Gefallen zu thun, von dem wir nicht wüßten, daß er uns einen Gegendienst leisten wolle. Er kam immer wieder auf ein Äquivalent zurück und fragte zuletzt, ob ich ihm nicht etwas vorschlagen könnte. Ich sprach von der Öffnung der Dardanellen und des Schwarzen Meeres für alle. Das könnte Rußland angenehm sein, da es dann vom Schwarzen Meer ins Mittelmeer könnte, und der Türkei auch, da sie dann ihre Freunde gleich bei sich hätte, auch den Amerikanern, denen man damit einen der Wünsche entzöge, die sie mit Rußland verbünden, den Wunsch nämlich nach ungehinderter Schiffahrt auf allen Wasserstraßen. Er schien das einzusehen." — „Die Russen," so setzte der Kanzler hinzu, „hätten übrigens nicht so bescheiden fordern sollen, sondern mehr; dann hätten sie ohne Schwierigkeit die Sache mit dem Schwarzen Meere bekommen."

Daß Fürst Bismarck sich „unangenehm" überrascht gezeigt habe, hat allerdings Odo Russell, der den Auftrag hatte, sich zu beklagen, Äquivalente zu verlangen und vor allem seine Regierung über die Natur und Tragweite der Vereinbarungen des Berliner Hofes mit dem Petersburger aufzuklären, amtlich nach London berichtet.

23. November. Gegen 10 Uhr ging ich hinunter zum Thee und fand da noch Bismarck, Bohlen und Hatzfeldt. Der Chef war mit den drei bayerischen Bevollmächtigten im Salon. Nach einer Viertelstunde etwa öffnete er die Flügelthür, steckte den Kopf mit freundlichster Miene herein und kam dann, als er noch Gesellschaft sah, mit einem Becher zu uns an den Tisch, wo er Platz nahm.

„Nun wäre der bayerische Vertrag fertig und unterzeichnet," sagte er bewegt. „Die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch."

Ein Moment herrschte Stille, dann bat ich, mir die Feder holen zu dürfen, mit der er sich unterschrieben.

„In Gottes Namen holen Sie sich alle drei," erwiderte er, „die goldene ist aber nicht darunter."

Ich ging und nahm mir die drei Federn, die neben dem Dokument lagen, und von denen zwei noch naß waren. (Wie Bollmann mir später sagte, wäre die, welche auf beiden Seiten Fahnen hatte, diejenige, welche der Kanzler gebraucht hatte). Daneben standen zwei leere Champagnerflaschen.

„Bringen Sie uns noch eine von diesem," sagte der Chef zum Diener. „Es ist ein Ereignis."

Dann bemerkte er nach einigem Nachsinnen: „Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt, und er kann Recht haben — mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren — was sind Verträge? wenn man muß! — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind." — „Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Ich rechne ihn zu dem wichtigsten, was wir in diesen Jahren erreicht haben."

„Was den Kaiser betrifft, so habe ich ihnen den bei den Verhandlungen damit annehmbar gemacht, daß ich ihnen vorstellte, es müsse für ihren König doch bequemer und leichter sein, gewisse Rechte dem deutschen Kaiser einzuräumen als dem benachbarten Könige von Preußen."

Als verschiedene Jahre später Bismarck in Kissingen war, wurde einmal das Gespräch auf König Ludwig gelenkt. Bismarck hob wie immer die hohen Verdienste des Königs um die nationale Sache hervor und sprach von dem bekannten Briefe an König Wilhelm vom 3. Dezember 1870, worin es hieß: „Ich habe mich an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Ew. Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde." Spätere Enthüllungen über König Ludwig II. von Bayern haben die Vorstellungen der öffentlichen Meinung über die Verdienste des Königs von Bayern in Beziehung auf die in dem Briefe erwähnte Anregung beträchtlich herabgemindert. Bei Gelegenheit der Erörterungen darüber in der Presse war von den „Dresd. Nachr." dem verstorbenen König von Sachsen ein besonderes Verdienst zuerkannt worden. Nach dieser sächsischen Darstellung, welche auch in der amtlichen „Leipz. Ztg." bestätigt wurde, hatte König Ludwig auf eine vertrauliche Anfrage des Fürsten Bismarck hin die Initiative in der Kaiserfrage zuerst schroff abgelehnt. Alsdann war von Versailles aus beim König Johann von Sachsen angefragt worden. Dieser erklärte sich ohne Bedenken bereit, den Vorschlag zu machen, König Wilhelm die Kaiserkrone anzubieten. Als dann der Groß-

herzog von Baden, so heißt es in der sächsischen Darstellung, bei König Ludwig Schritte that und ihm zugleich aus der Geneigtheit des sächsischen Königs kein Hehl machte, entschloß sich König Ludwig, den bekannten Brief an den König Wilhelm zu schreiben. Bismarck hat das erste Verdienst in dieser Sache stets dem König Ludwig zugeschrieben, oder doch die Nebenumstände ignoriert, wie auch der Kronprinz von Preußen im September 1875 in Augsburg that, wo er in einem Toaste sagte: „Wenn wir erleben durften, was Generationen heiß ersehnten, nämlich das Reich an Kopf und Gliedern neugestaltet wieder aufgerichtet zu sehen, so ist es für Sie hier noch besonders hervorzuheben, daß König Ludwig es war, der die Anregung dazu gegeben hat."

24. November. Man erwähnt den Vertrag mit Bayern, und es wird davon gesprochen, daß die Schwierigkeiten, denen man dabei begegnet, auch auf Nationalgesinnte zurückzuführen seien, woran der Minister die Bemerkung knüpft:

„Es ist doch merkwürdig, daß es ganz kluge Leute giebt, die aber von Politik nichts verstehen." —

Er äußert dann, plötzlich das Thema wechselnd: „Die Engländer sind außer sich, ihre Journale verlangen Krieg wegen eines Briefes, der nichts als die Darlegung einer Rechtsanschauung enthält; denn das ist doch die Note Gortschakows," was er dann weiter ausführt.

Dann kommt er nochmals auf die Verzögerung des Bombardements zu sprechen, die ihm aus politischen Rücksichten Bedenken erregt.

„Da hat man den ungeheueren Belagerungspark hervorgeschafft," sagte er, „alle Welt erwartet, daß wir schießen, und bis heute stehen die Geschütze müßig. Das hat uns sicher bei den Neutralen geschadet. Der Erfolg von Sedan ist damit ganz erheblich geschmälert in seiner Wirkung, und wenn man bedenkt, wodurch."

(Eine Berliner Zeitung schrieb zu jener Zeit: „Weibliche Stimmen sollen es sein, welche für Paris das Wort führen, wie es einstmals Abraham für Gomorrha gethan, und es soll zu befürchten sein, daß dieselben auch ferner Gehör finden. Wir enthalten uns weiterer Bemerkungen hierüber, glauben aber nicht, daß ein mehrtägiges Bombardement von Paris so viele Menschenleben fordern würde, als soeben wieder in den Kämpfen an der Loire sowohl wie vor den Forts der „geschonten Stadt" gefallen sind.")

„Im gegenwärtigen Augenblicke ist wohl die Frage berechtigt,

ob die Monstrekanone (es war von dem Kruppschen Riesengeschütz mit seinem sieben Zentner wiegenden Geschoß die Rede) sich vor Paris befindet, oder ob sie bloß ein Schaustück sein soll. Eine bessere Gelegenheit, dieselbe zu erproben, möchte sich wohl sobald nicht bieten. Den weiblichen Schutzengeln von Paris mag freilich ein solcher Germanengruß in die schöne Stadt hinein eine schreckliche Roheit erscheinen. Uns erscheinen die deutschen Verlustlisten weit schrecklicher."

28. November. Man kam auf den Bischof Dupanloup und von dessen gegenwärtigen Intriguen auf die Rolle zu reden, die er auf dem Konzil in der Opposition gespielt. — — —

„Dabei fällt mir ein", sagte der Kanzler, „der Papst hat einen sehr netten Brief an die französischen Bischöfe geschrieben, oder an mehrere derselben, sie sollten sich doch nicht mit den Garibaldianern einlassen". —

Jemand äußerte, daß ihm etwas sehr am Herzen liege. Der Chef bemerkte dazu: „Wichtiger, das wichtigste ist mir jetzt, was mit der Villa Coublay wird". — — — „Gebe man mir den Oberbefehl auf vierundzwanzig Stunden, und ich nehme die Verantwortlichkeit auf mich. Ich würde dann bloß einen einzigen Befehl geben: „Es wird gefeuert".

Die Villa Coublay ist ein Ort nicht weit von hier, wo der herbeigeschaffte Belagerungspark noch immer steht, statt in die Schanzen und Batterien gebracht zu sein, und der Kanzler hat in einer Immediatvorstellung um Beschleunigung des Bombardements gebeten.

„Sie haben dreihundert Kanonen zusammen," so fuhr er fort, „und fünfzig oder sechzig Mörser und für jedes Geschütz fünfhundert Schüsse. Das ist gewiß genug. Ich habe mit Artilleristen gesprochen, die sagen, bei Straßburg hätten sie nicht die Hälfte gebraucht von dem, was hier schon aufgehäuft ist, und Straßburg war gegen Paris ein Gibraltar. — — —

„Eine Kaserne auf dem Mont Valerien wäre vielleicht in Brand zu schießen, und wenn man die Forts Issy und Vanvres gehörig mit Granaten überschüttete, daß sie herauslaufen müßten — die Enceinte ist von geringer Stärke, ihr Graben war sonst nicht breiter, als dieses Zimmer lang ist". —

„Ich bin überzeugt, wenn wir ihnen vier oder fünf Tage lang Granaten hineinwerfen in die Stadt selber, und sie gewahr werden, daß wir weiter schießen als sie — neuntausend Schritt nämlich,

— so werden sie in Paris klein beigeben. Freilich liegen auf dieser Seite die vornehmen Quartiere, und da ist es denen in Belleville ganz einerlei, ob die zusammengeschossen werden, ja sie freuen sich darüber, wenn wir die Häuser der reichen Leute zerstören". —

„Wir hätten überhaupt wohl Paris liegen lassen und weitergehen können. Nun wir 's aber einmal angefangen haben, sollte auch Ernst gemacht werden. Mit dem Aushungern kann es noch lange dauern, vielleicht bis zum Frühjahr; jedenfalls haben sie Mehl bis zum Januar". — — —

„Hätten wir vor vier Wochen zu bombardieren angefangen, so wären wir jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach in Paris und das ist die Hauptsache. So etwa bilden die Pariser sich ein, es ist uns von London, Petersburg und Wien verboten, zu schießen, und die Neutralen wieder glauben, daß wir 's nicht können. Die wahren Ursachen werden aber wohl einmal bekannt werden". — — —

30. November. Der Chef lobte Napier, den früheren englischen Gesandten in Berlin. „Es ging sich sehr gut mit ihm um," bemerkte er. Auch Buchanan war gut, zwar trocken, aber zuverlässig. Jetzt haben wir Loftus. Die Stellung eines englischen Gesandten in Berlin hat ihre besonderen Aufgaben und Schwierigkeiten, schon wegen der verwandtschaftlichen Verhältnisse. Sie verlangt viel Takt und Aufmerksamkeit". (Wohl eine stillschweigende Andeutung, daß Loftus dieses Verlangen nicht erfülle.)

Der Minister lenkte dann (vielleicht um das Wesen der damaligen Vertreter Ihrer britischen Majestät noch deutlicher zu bezeichnen) die Rede auf Gramont, wobei er sagte:

„Der und Ollivier sind mir auch die rechten. Wenn mir das passiert wäre, so wäre ich, nachdem ich solch Unglück angerichtet, doch wenigstens in ein Regiment getreten, meinetwegen auch Franctireur geworden, und wenn ich darüber gehenkt worden wäre. Der große starke Gramont paßte ganz gut zum Kriegsgewerbe." —

Russell erwähnte, wie er ihn in Rom in einem blauen Sammetanzuge auf der Jagd gesehen.

„Ja," versetzte der Chef, „ein guter Jäger ist er. Dazu hat er den robusten Muskelbau. Er würde einen tüchtigen Revierförster abgegeben haben. Als der Minister des Auswärtigen — man begreift kaum, wie Napoleon ihn dazu nehmen konnte."

1. Dezember. Später kam der Kanzler noch nach halb 11 Uhr zu uns, als wir beim Thee saßen. Nach einer Weile äußerte er: „Die Zeitungen sind unzufrieden mit dem bayerischen Vertrage. Ich

habe mirs gleich gedacht. Es mißfällt ihnen, daß gewisse Beamte bayerische heißen, die sich doch ganz nach unseren Gesetzen richten müssen. Mit dem Militär ists in der Hauptsache ebenso. Die Biersteuer ist ihnen auch nicht recht; als ob wir das nicht Jahre lang im Zollverein gehabt hätten. Und so haben sie noch allerlei auszusetzen, wo doch alles Wesentliche erreicht und gehörig festgemacht ist."

„Sie thun, als ob wir den Krieg gegen Bayern geführt hätten, wie 1866 gegen die Sachsen, während wir doch Bayern als Bundesgenossen zur Seite haben." —

„Ehe sie den Vertrag gut heißen, wollen sie lieber warten, bis sie die Einheit kriegen in der ihnen genehmen Form. Da können sie lange warten. Ihr Weg führt nur zur Verschleppung, während es doch rasch handeln heißt. Zögern wir, so gewinnt der böse Feind Zeit, Unkraut dazwischen zu säen. Der Vertrag sichert uns viel, wer alles will, wird es möglich machen, daß nichts erlangt wird. Sie sind nicht zufrieden mit dem Erreichten — wollen mehr Einförmigkeit — wenn sie doch fünf Jahre zurückdächten — womit wären sie damals zufrieden gewesen!"

„Konstituierende Versammlung! Wenn nun der König von Bayern nicht dazu wählen läßt? Das bayerische Volk wird ihn nicht dazu zwingen, und wir auch nicht. Ja, tadeln ist leicht, wenn man von den Umständen keine Vorstellung hat." —

Als der Kronprinz einmal bei Bismarck in Versailles zu Gaste war, wurde u. a. von jemand bemerkt, wenn Paris jetzt genommen würde, so müßte das auch auf die Stimmung in Bayern wirken, von wo die Nachrichten wieder einmal nicht gut lauteten. — — — „Der Deutscheste in den oberen Regionen ist immer der König," sagte der Minister. — — — Bei einem anderen Diner war der bayerische Graf Berghem Gast des Kanzlers. Dieser hatte die angenehme Kunde überbracht, daß die Versailler Verträge in der Münchener zweiten Kammer mit zwei Stimmen über die erforderliche Zweidrittel-Majorität durchgegangen war. Das deutsche Reich war also in aller Form fertig. Der Minister forderte mit Bezug auf die Thatsache die Gesellschaft auf, die Gesundheit des Königs von Bayern zu trinken, „der die Sache doch eigentlich zu gutem Ende gebracht hat."

Bei Gelegenheit der Publikation des Tagebuchs des Kronprinzen sind dann auch noch Mitteilungen veröffentlicht, nach welchen König Ludwig von Bayern im Jahre 1870 gegen den Eintritt in

den Norddeutschen Bund und die Bildung des Reiches Schutz bei Österreich und bei Rußland gesucht und erst nach den abschlägigen Antworten den Brief an den König Wilhelm geschrieben habe, in welchem er ihm die Kaiserkrone antrug. Daß er das Konzept dazu aus Versailles erhielt, ist schon früher bekannt gewesen, ebenso wie das Billet, welches er dem Kronprinzen nachschickte, als dieser im Juli 1870 bei ihm in München war, und welches das Vertrauen aussprach, Preußen werde die Selbständigkeit Bayerns achten.

2. Dezember. Der Chef wandte sich der Gefahr zu, daß der Reichstag den Vertrag mit Bayern verwerfen oder auch nur ändern könnte.

„Ich habe die größte Angst," sagte er.

„Die Leute ahnen nicht, was die Lage ist. Wir balancieren auf der Spitze eines Blitzableiters; verlieren wir das Gleichgewicht, das ich mit Mühe herausgebracht habe, so liegen wir unten. Sie wollen mehr haben, als was sich ohne Pression erreichen ließ, und worüber wären sie vor 1866 glücklich gewesen! Wenn sie damals nur die Hälfte von heute bekommen hätten. Man will verbessern, mehr Einheit hinein korrigieren, mehr Gleichförmigkeit, aber ändern sie nur ein Komma, so müssen neue Verhandlungen beginnen. Wo sollten sie stattfinden? Hier in Versailles? Und sind wir mit der Sache zum 1. Januar nicht fertig — was manchem in München lieb wäre — so ist die deutsche Einheit verloren — vielleicht für Jahre, und die Österreicher machen ihre Geschäfte in München."

4. Dezember. Der Chef sagte bei Tisch: „Wenn ich von Frankfurt und Petersburg absehe, so bin ich in meinem Leben noch in keinem fremden Orte so lange gewesen wie hier. Wir erleben hier noch Weihnachten, was wir schon nicht dachten. Wir sitzen zu Ostern noch in Versailles und sehen die Bäume wieder grün werden und horchen immer noch auf Nachrichten von der Loire-Armee. Hätte man das gewußt, so hätten wir uns im Garten draußen Spargelbeete anlegen lassen." —

Später äußerte er gegen Roggenbach: „Da habe ich mir die Zeitungsausschnitte angesehen. Wie die über die Verträge herziehen! Kein gutes Haar lassen sie daran. Die Nationalzeitung, die Kölnische — die Weserzeitung ist wie immer noch die vernünftigste. — Nun ja, die Kritik muß man sich gefallen lassen. Aber man hat die Verantwortlichkeit dafür, wenn nichts zustande kommt, während die Kritiker unverantwortlich sind. Mir ists einerlei, wenn sie mich tadeln, wenn die Sache nur durchgeht im

Reichstage. Die Geschichte kann sagen, der elende Kanzler hätte es auch besser machen können, aber ich war verantwortlich. — Will der Reichstag ändern, so kann auch jeder süddeutsche Landtag ändern, in anderer Richtung, und dann zieht sich der Prozeß in die Länge, und mit dem Frieden, wie wir ihn wollen und brauchen, wird nichts. Elsaß kann doch nicht beansprucht werden, wenn keine politische Persönlichkeit geschaffen ist, wenn kein Deutschland da ist, welches es für sich erwirbt."

Man sprach von den Friedensverhandlungen, die mit der bevorstehenden Kapitulation von Paris verbunden sein könnten, und von den Schwierigkeiten, die dabei auftauchen würden.

„Favre und Trochu," begann der Chef, „können sagen: wir sind die Regierung nicht, wir waren einmal dabei aber wir haben niedergelegt, wir sind Privatleute. Ich bin nichts als der Citoyen Trochu."

„Nun wollte ich sie aber schon zwingen, die Pariser. Ich würde sagen: ihr zwei Millionen Menschen seid mir verantwortlich mit euren Leibern. Ich lasse euch noch 24 Stunden hungern, bis wir von euch haben, was wir wollen. Und noch einmal 24 Stunden, einerlei, was daraus wird. Das halte ich aus, aber — — — Ich wollte schon fertig werden mit mir; aber das, was hinter mir steht, hinter meinem Rücken, oder vielmehr, was mir auf der Brust liegt, daß ich nicht atmen kann." — — —

„Ja, wenn man Landgraf wäre. Das Hartsein traue ich mir zu. Aber Landgraf ist man nicht." —

„Erst in diesen Tagen ist wieder etwas echt Thörichtes aufs Tapet gebracht worden, aus sentimentaler Sorge für die in der Stadt. Da sollen große Proviantmagazine für die Pariser angelegt werden. Sie wollens von London und Belgien herschaffen, und die Magazine sollen zwischen unseren Linien sein, und die Soldaten von uns sollen sie bloß ansehen, aber nicht anrühren dürfen, wenn sie Mangel haben — damit die Pariser nicht Hungersnot erleben, wenn sie kapituliert haben." —

„Wir im Hause hier haben freilich genug, aber bei den Truppen draußen geht es mitunter knapp her und dieselben leiden, damit die Pariser, sobald sie wissen, daß draußen für sie gesorgt ist, es mit dem Kapitulieren bis auf den Tag ankommen lassen, wo das letzte Brot verzehrt und das letzte Pferd geschlachtet ist. Ich werde nicht gefragt, sonst wollte ich lieber gehenkt sein, ehe ich einwilligte." —

„Ich bin aber selbst daran schuld. Ich bin so unvorsichtig gewesen, auf die Hungersnot, die kommen muß, aufmerksam zu machen, (ich hatte das in der Presse ebenfalls zu thun gehabt), freilich bloß die Diplomatie.“

5. Dezember. Bei Tische saß zur Linken des Chefs der Reichsbote Bamberger, der ebenfalls nach Berlin zu reisen im Begriffe stand, um für unveränderte Annahme der Verträge mit Süddeutschland zu wirken. Außer ihm hatte der Minister einen Dragoneroffizier mit gelbem Kragen, den Obersten von Schenk und einen Lieutenant oder Rittmeister von den hellblauen Husaren zu Gästen. Letzterer, ein Herr mit grauem Kopf, Schnurr- und Knebelbart, ist jener von Rochow, der Hinkeldey im Duell erschossen. Das Gespräch drehte sich zuerst um die Ärzte und deren Wissen, über das der Chef wenig günstig urteilte. Dann waren die Verträge das Thema und man erkannte das Verhalten der Fürsten in dieser Sache als korrekt an. „Ja, aber die im Reichstage,“ versetzte der Kanzler. „Ich muß immer denken: ihr Herren, ihr Herren, ihr verderbt mir den ganzen Vogelfang. Sie wissen, Kaiser Heinrich. Da wurde es zuletzt noch gut. Aber hier! Die können dann Mann für Mann totschlagen lassen auf dem Altare des Vaterlandes, es hilft doch nichts.“ — Er sann einen Augenblick nach, dann fuhr er mit einem halben Lächeln fort: „Man sollte die Landtags- und Reichstagsmitglieder verantwortlich machen, wie die Minister, nicht mehr und nicht minder, auf dem Fuße völliger Gleichheit. Ein Gesetz betreffend Abgeordnetenverantwortlichkeit, wenn sie wichtige Staatsverträge nicht bewilligt hätten, wegen Landesverrats, oder wenn sie, wie die in Paris, grundlos und leichtsinnig Krieg gut geheißen hätten. Die waren alle dafür, nur Jules Favre nicht. Vielleicht schlage ich noch einmal ein solches Gesetz vor.“

Man unterhielt sich von den letzten Gefechten vor Paris, und jemand bemerkte, daß auch die Pommern dabei im Feuer gewesen. — „Wahrscheinlich auch meine guten Varziner,“ sagte der Chef. „Neunundvierzig — sieben mal sieben — wie mag es mit ihnen stehen?“ — Rochow erzählte dann von verschiedenen eigentümlichen Gewohnheiten des Generals von Alvensleben, in dessen Quartier er die Nacht geschlafen hatte. — — —

Man kam auf das Heranrücken der Kapitulation von Paris zu reden, die in spätestens vier Wochen erfolgen müßte. „Ja,“ seufzte der Kanzler, „wenn es erst zu der kommt, da wird meine

Not erst recht angehen." — Bamberger meinte: „Man sollte sie gar nicht bloß kapitulieren lassen, sondern gleich den Friedensschluß von ihnen verlangen." — „Ganz recht," entgegnete der Chef, „das ist auch meine Meinung, und man sollte sie durch Hunger dazu zwingen. Aber es giebt hier Leute, die vor allen Dingen ihrer Menschlichkeit wegen gelobt sein wollen, und die uns damit alles verderben; ganz abgesehen davon, daß wir zunächst menschlich von unsern eigenen Soldaten denken und dafür sorgen sollten, daß sie nicht unnütz Not leiden und totgeschossen werden." — — „S' ist mit dem Bombardement auch so. Und daß man die Kartoffelsucher schont, die müßten auch totgeschossen werden, wenn man sie mit Hunger zwingen will."

Odo Russell war noch an demselben Tage, wo die Reichstagsdeputation erst vom Kaiser, dann vom Kronprinzen empfangen wurde, in der Rue de Provence, um den Grafen Bismarck zu ersuchen, Sr. Majestät dem Könige die herzlichsten Glückwünsche seiner Regierung zu der von den deutschen Fürsten, den freien Städten und dem Norddeutschen Reichstage ausgesprochenen Bitte um Annahme der deutschen Kaiserkrone auszudrücken.

Darüber, ob es künftig heißen werde „Deutscher Kaiser," oder „Kaiser von Deutschland," zerbrach man sich nicht mehr den Kopf. Hier galt das dem Grafen Bismarck zugeschriebene Wort: „Nescio quid mihi magis farcimentum esset."

21. Dezember. Bei Tische war Lauer Gast des Chefs. Es wurde davon gesprochen, daß man in Paris bereits alle Tiere des Jardin des Plantes verspeist haben soll, und Hatzfeld erzählte, daß man die Kamele für 4000 Franken verkauft habe, und daß der Rüssel des Elephanten von einer Gesellschaft von Feinschmeckern gegessen worden sei, derselbe soll ein vortreffliches Gericht abgeben. „Ach," versetzte Lauer, „das ist wohl möglich. Es ist eine Masse von zusammengefilzten Muskeln, woher die Gewandtheit und Kraft kommt, mit der er ihn gebraucht. Etwas wie die Zunge; er muß wie Zunge schmecken." — Jemand bemerkte, auch die Kamele sollten nicht übel sein und namentlich behaupte man, daß die Höcker eine Delikatesse wären. Der Chef hörte dem eine Weile zu, dann sagte er wie nachdenklich, erst etwas vorgebeugt, dann aufatmend und sich aufrichtend, wie das bei Scherzen seine Gewohnheit: „Hurra, die buckligen Menschen — man sollte denken, die Buckel!" — laute, allgemeine Heiterkeit unterbrach ihn. Lauer bemerkte trocken und wissenschaftlich, die Buckel wären eine Verbildung der Rippen oder

Knochen, oder auch eine Verkrümmung des Rückgrats und so würden sie sich nicht zum Essen eignen, wohingegen die Kamelhöcker bewegliche Knorpelansätze wären, die möglicherweise nicht schlecht schmeckten. Dieser Faden spann sich dann weiter, es war die Rede von Bärenfleisch, dann von Bärentatzen, zuletzt von den Feinschmeckern und Kannibalen, wobei der Minister eine anmutige Geschichte zu erzählen wußte. Er begann: „Ein Kind, ein junges, frisches Mädchen, nun ja, aber so ein alter, ausgewachsener, harter Kerl — der muß doch nicht zu essen sein.“ Dann fuhr er fort: „Ich erinnere mich, eine alte Kaffern- oder Hottentottenfrau, die lange schon Christin geworden war, als der Missionar sie auf den Tod vorbereitete, und sie ganz für die Seligkeit bereit fand, — da fragte er sie, ob sie wohl noch einen Wunsch hätte. „Nein, sagte sie, es wäre alles ganz gut, aber wenn sie noch einmal ein paar Hände von einem kleinen Kinde zu essen bekäme, das wäre doch was sehr Delikates.“

Es war dann vom Schlafen, von der heutigen Haussuchung und von den gestern eingetroffenen Matrosen die Rede, von welchen der Chef bemerkte, wenn sie die eroberten Kanonenbote in die Seine bringen könnten, so wären gute Dienste von ihnen zu erwarten.

22. Dezember. Man gedachte des gestrigen Ausfalls und der Chef bemerkte: „Die Franzosen sind gestern mit 3 Divisionen herausgekommen und wir hatten nur 15 Kompagnien, nicht einmal 4 Bataillone und wir haben doch 1000 Gefangene gemacht. Die Pariser kommen mir mit ihren Angriffen bald da bald dort vor, wie ein französischer Tanzmeister, der die Quadrille kommandiert und bald rechts, bald links changieren läßt.“

Ma commère, quand je danse,
Mon cotillon va-t-il bien?
Il va de ci, il va de là
Comme la queue de notre chat.

Beim Schinken äußerte er: „Pommern ist das Land der Waren, die mit dem Rauche zu thun haben, Speckgänse, Spickaale, Schinken.“ Später bemerkte der Chef: „Daß Antonelli sich am Ende noch auf die Reise macht und hierherkommt, will manchem gar nicht einleuchten.“ — — — Abeken sagte hierauf: „Antonelli ist doch in den Zeitungen sehr verschieden beurteilt worden, bald als hoher feiner Geist, bald als schlauer Intrigant, bald wieder als dummer Kerl und Schafskopf.“ — „Ja,“ erwiderte der Kanzler, „das geht aber nicht bloß der Presse so, sondern auch dem Urteilsvermögen mancher Diplomaten, Goltz und unser Harry. Von Goltz will ich

nicht einmal reden. Das war was anders. Aber der — heute so, morgen so. Wenn ich in Varzin war und die Berichte aus Rom zusammenlas, da hatte er seine Meinung über die Leute doch jede Woche ein paarmal total gewechselt, je nachdem sie ihn freundlich angesehen hatten oder nicht. Ja, er hatte eigentlich mit jeder Post, manchmal mit ein und derselben Post, andere Ansichten."

23. Dezember. Bei Tische hatten wir zu Gästen den Freiherrn und Reichstagsabgeordneten von Schwarzkoppen und meinen alten Bekannten von Hannover, Herrn von Pfuel. Beide sollten Präfektenposten oder etwas Ähnliches übernehmen. — — Ferner waren Graf Lehndorff und der Husarenlieutenant von Dönhoff, ein ungewöhnlich hübscher Mann und, wenn ich nicht irre, Adjutant beim Prinzen Adalbert, zugegen. Auch das Menu von heute möge als ein Beispiel dafür, wie gut unsre Tafel in Versailles bestellt war, notiert werden. Es lautete: Zwiebelsuppe, (dazu Portwein), Wildschweinsrücken (dazu Tivoli-Aktien-Bier), Irish Stew, Putenbraten, Maronen (hierzu Champagner und nach Belieben Rotwein) und Dessert, das aus vortrefflichen Kalvillenäpfeln und prachtvollen Birnen bestand. Man erwähnte, daß der General von Voigts-Rhetz mit der neunzehnten Division vor Tours stehe, dessen Bevölkerung Widerstand geleistet habe, so daß man die Stadt mit Granaten habe beschießen müssen. Der Chef bemerkte dazu: „Das ist nicht in der Ordnung, daß er nicht mehr geschossen hat, als sie die weiße Fahne aufzogen. Ich hätte fortgefahren mit Granaten gegen die Gesellschaft, bis sie mir vierhundert Geiseln herausgeschickt hätten." Er mißbilligte dann wieder das milde Verfahren der Offiziere gegen die Widerstand leistenden Civilisten. Selbst offenkundiger Verrat würde kaum gehörig gestraft, und so dächten die Franzosen, sie dürften sich alles gegen uns erlauben. „Der klagt erst einen Advokaten wegen Verschwörung mit Franktireurs an und wie er ihn verurteilt sieht, reicht er ein Gnadengesuch ein und dann noch eins, statt ihn totschießen zu lassen und zuletzt — er gilt doch sonst für energisch und geradezu — schickt er mir gar die Frau mit einem Saufconduit über den Hals." — — —

Von dieser unklugen Nachsicht kam die Unterhaltung auf den Generalstabschef Unger, der nach Hause gebracht worden, weil er gestörten Geistes sei. Dort brüte er nun meist still vor sich hin, bisweilen aber breche er in lautes Weinen aus. „Ja", seufzte der Chef, „so ein Generalstabschef ist auch ein geplagter Mann. Unaufhörlich zu thun, immer verantwortlich und kann nichts durch-

setzen und wird immer chikaniert, fast so schlimm wie ein Minister." — — „Ich kenne das selbst mit dem Weinen, 's ist Nervenaufregung, Weinkrampf. Den habe ich auch gehabt, in Nikolsburg, und so stark, daß mich der Bock stieß." — — „So ein Generalstabschef wird schlecht behandelt, ein Minister auch — allerlei Verdrießlichkeiten, Mückenstiche ohne Ende. Man ließe sich das andre gefallen, aber gute Behandlung kann man nicht entbehren." —

Als der Varziner Wildschweinerücken auf den Tisch kam, unterhielt sich der Minister mit Lehndorff und Pfuel über die Jagd auf diese Wald- und Sumpfbewohner und seine Thaten bei solchem Sport. Später besprach man den hiesigen „Moniteur" und der Chef bemerkte: „Da brachten sie in den letzten Wochen einen Roman von Heyse aus Meran. Solch sentimentales Zeug gehört nicht in ein Blatt, das für das Geld des Königs erscheint; denn das ist es doch. Die Versailler wollen das auch nicht. Sie verlangen politische Berichte und militärische Sachen aus Frankreich, aus England, meinetwegen aus Italien, aber nicht solch süßliches Gewäsch. Ich bin doch eine poetisch angehauchte Natur, aber ich erinnere mich nicht, je auf dieses Feuilleton einen Blick geworfen zu haben, nachdem ich die ersten paar Sätze angesehen hatte." — Abeken, der die Aufnahme des Romans veranlaßt haben soll, verteidigte die Redaktion und sagte, dieselbe habe ihn der Revue des Deux Mondes entnommen, die doch ein angesehenes französisches Blatt sei. Der Chef aber blieb bei seiner Meinung. Jemand bemerkte dann, der „Moniteur" spräche jetzt ein besseres Französisch. „Das mag sein," versetzte der Minister. „Darauf aber kommt mir's nicht so sehr an. So sind wir Deutsche aber. Immer fragen wir, auch in den höchsten Kreisen danach, ob wir anderen gefallen und bequem sind. Wenn sie's nicht verstehen, so mögen sie Deutsch lernen. — — Es ist einerlei, ob eine Proklamation in schönem französischen Stil abgefaßt ist, wenn sie nur sonst passend und verständig spricht. Vollkommen werden wir in einer fremden Sprache doch nicht. Es ist unmöglich, daß einer, der sie nur etwa dritthalb Jahre bisweilen gebraucht, sich in ihr so gut ausdrücken kann, wie jemand, der sie vierundfünfzig Jahre immer gebraucht hat. Man lobte die Steinmetz'sche Proklamation ironisch und citierte wunderliche Sprachproben aus ihr, und Lehndorf sagte: „Feines Französisch war es nicht, das muß wahr sein, aber deutlich war es." — Chef: „Ja, das Verstehen ist ihre Sache." Wenn sie's nicht können, mögen sie sich jemand nehmen, der es

ihnen übersetzt. Alle Leute, die sich was wissen mit ihrer Gewandtheit im Französischen, sind für uns nicht zu brauchen. Das ist aber das Unglück, bei uns: „Wer nicht ordentlich deutsch spricht, ist schon dadurch ein gemachter Mann, besonders, wenn er dafür englisch radebricht. Der alte (ich verstand: Meyendorff, andere hatten Napier gehört) hat mir einmal gesagt: „Trauen Sie keinem Engländer, der das Französische mit richtigem Accent spricht, und ich habe das meist bestätigt gefunden. Nur Odo Russell möchte ich ausnehmen."

Die Rede kam auf Napoleon III. und der Chef erklärte denselben für beschränkt. „Er ist," fuhr er fort, „viel gutmütiger, als man gewöhnlich glaubt und viel weniger der kluge Kopf, für den man ihn gehalten hat." — „Das ist ja," warf Lehndorff ein, „wie mit dem, was einer vom ersten Napoleon geurteilt hat, eine gute Haut, aber ein Dummkopf." — „Nein," erwiderte der Chef, — „im Ernst, er ist trotzdem, was man über den Staatsstreich denken mag, wirklich gutmütig, gefühlvoll, ja sentimental, und mit seiner Intelligenz ist es nicht weit her, auch mit seinem Wissen nicht. Besonders schlecht bestellt ists mit ihm in der Geographie, obwohl er in Deutschland erzogen worden und auf die Schule gegangen ist, und er lebt in allerhand phantastischen Vorstellungen. — Im Juli ist er drei Tage umhergetaumelt, ohne zu einem Entschlusse zu kommen, und jetzt weiß er nicht, was er will. Seine Kenntnisse sind derart, daß er bei uns nicht einmal das Referendarexamen machen könnte.

24. Dezember. Beim Essen ist der Oberstlieutenant von Beckedorff Gast des Chefs, der ein alter Freund von ihm ist und mit dem er sich Du nennt. Auf dem Tische steht ein spannenhoher Miniatur-Weihnachtsbaum, und daneben befindet sich ein Etui mit zwei Bechern, einem im Stil der Renaissance und einem von Touloner Arbeit. Beide, jeder nur zwei große Schlucke haltend, sind Geschenke der Gräfin für ihren Gemahl. Dieser läßt sie zur Ansicht herumgehen und bemerkt dazu: „Ich bin so ein Bechernarr, obwohl es eigentlich keinen Zweck hat. Denn wenn ich sie auf dem Lande habe und nicht da bin, so stehlen sie mir sie zuletzt, und in der Stadt kümmere ich mich nicht darum."

Dann äußerte er zu Beckedorff, er wäre doch eigentlich langsam avanciert, und fuhr darauf fort: „Wenn ich Offizier geworden wäre — ich wollte, ich wäre es, — so hätte ich jetzt eine Armee, und da ständen wir nicht vor Paris." — — —

An dieses Thema knüpften sich weitere Besprechungen der Kriegführung, wobei der Chef meinte: „Es ist mitunter nicht so sehr die Führung, welche die Schlachten bei uns beginnt und lenkt, als die Truppen selber. Wie bei den Griechen und Trojanern. Ein paar Leute sprechen einander Hohn, es kommt zu Schlägen zwischen ihnen, Lanzen werden geworfen, andere laufen herzu und werfen und schlagen auch und so giebt's endlich eine Schlacht. Erst schießen sich die Vorposten ohne Not, darauf rücken andre, wenn es gut geht, nach, zuerst kommandiert ein Unteroffizier eine Gruppe, dann kommt der Lieutenant mit mehr Leuten nach, dann das Regiment und zuletzt muß der General nach mit allem, was er hat. So entspann sich die Schlacht bei Gravelotte, die eigentlich erst den 19. stattfinden sollte. Bei Vionville wars anders. Da mußten sie sich den Franzosen entgegenwerfen wie ein Packan." —

Beckedorff erzählte hierauf, daß er bei Wörth zweimal verwundet worden, einmal zwischen Nacken und Schulterblatt, und zwar offenbar durch eine Explosivkugel, sodann am Knie. Er sei vom Pferde gesunken und liegen geblieben. Da hätte aus geringer Entfernung ein Zuave oder Turko, an einen Baum gelehnt, nach ihm geschossen und ihn am Kopfe gestreift. Desgleichen hätte ein andrer von diesen Halbwilden sich auf der Flucht in einen Graben geworfen, und als unsre Leute über ihn weggewesen, wäre er aufgestanden und hätte ihnen in den Rücken gefeuert. Da wären einige zu seiner Verfolgung umgekehrt, einer hätte ihm, da man unsrer Truppen wegen nicht schießen gedurft, das Gewehr in's Kreuz geworfen, und so hätten sie ihn gekriegt und umgebracht. „Er hatte das Schießen gar nicht nötig; denn niemand hätte ihm in seinem Graben was gethan," sagte der Erzähler. „Es war die reine Mordlust."

Der Chef erinnerte an andere Barbareien der Franzosen und bat Beckedorff, seinen Fall für ihn zu Papier zu bringen und die Explosivkugel ärztlich bescheinigen zu lassen. Zuletzt kam er auf Landschaftliches zu sprechen, wobei er bemerkte, daß er Gebirgsgegenden nicht sehr liebe, erstens wegen der im Thale gewöhnlich beschränkten Aussichten, dann wegen des Auf- und Absteigens. Ich bin mehr für die Ebene, wenn auch nicht gerade für die bei Berlin. Aber kleine Hügel mit hübschem Laubwald, schnelle klare Bäche, etwa wie in Pommern und überhaupt an der Ostsee — was ihn dann auf verschiedene Ostseebadeorte brachte, von denen er einige recht anmutig, andre langweilig fand.

Der Friede.

Graf d' Hérisson, Hauptmann in der Mobilgarde, dem Stabe des Generals Trochu zugeteilt, berichtet vom 23. Januar (1871):

„Am Morgen dieses Tages hatte ich zu den preußischen Vorposten in Sèvres ein Billet Jules Favres gebracht, welcher eine Unterredung mit dem Kanzler nachsuchte.

Des Nachmittags um 5 Uhr war ich mit der lange erwarteten Nachricht zurück: Herr von Bismarck war bereit, Jules Favre im Laufe des Abends oder den nächsten Tag zu empfangen. Wir machten uns sogleich auf, Jules Favre, sein Schwiegersohn und ich. Wir fuhren in dem Coupé des Kaisers, von dessen Schlägen die Wappenschilder abgekratzt waren. In Paris weiß oder errät man vielleicht alles. Schon hieß es, Jules Favre wollte mit dem Feinde unterhandeln gehen, und die wackeren Nationalgardisten waren entschlossen, ihn nicht durchzulassen. An den Thoren, bei den Wachtposten, drängte ich mich vor, füllte das Fenster mit meinem Körper und zeigte meinen Passagierschein, während Jules Favre sich in der entgegengesetzten Ecke zu verbergen suchte.

Von Sèvres führte uns ein alter Rumpelkasten, den Reiter eskortierten, rasch nach Versailles in das Hotel der Frau Jessé, welches Herr von Bismarck bewohnte. Wir stiegen sogleich in das erste Stockwerk hinauf und fanden uns dem Grafen Bismarck gegenüber. Er trug die Oberstenuniform der weißen Kürassiere, und für mich lag ein schmerzlicher Kontrast zwischen diesem Koloß, der in seinem Rock eingepreßt war, mit der gewölbten Brust, den breiten Schultern, strotzend von Gesundheit und Kraft, dem Vertreter Deutschlands, und zwischen dem gebückt einhergehenden, hageren, langen, in seinem Überzieher schlotternden Advokaten, dem Vertreter Frankreichs, welchem das weiße Haar über die Backen herabhing. Nach dem üblichen Austausch von Höflichkeiten sagte Jules Favre, er sei gekommen, die in Ferrières abgebrochenen Unterhandlungen wieder aufzunehmen. Bismarck aber platzte heraus:

„Die Lage ist nicht mehr dieselbe, und wenn Sie an Ihrem damaligen Prinzipe festhalten: Keinen Zoll breit unseres Gebietes, keinen Stein von unseren Festungen, so ist es überflüssig weiter zu reden. Meine Zeit ist kostbar, die Ihrige auch, und ich sehe nicht ein, warum wir sie vergeuden sollen.“ Dann änderte er den Ton und sagte: „Sie sind seit Ferrières stark ergraut, Herr Minister.“ Jules Favre deutete auf die Regierungssorgen hin. „Übrigens,“ fuhr Bismarck fort, „sind Sie zu spät gekommen.

Dort hinter jener Thür steht ein Abgesandter Napoleons III. und ich will mit ihm unterhandeln."

Es wäre schwer, die Verwirrung und den Schrecken zu malen, welche diese einfachen Worte auf den Minister hervorbrachten. Der Kürassier ermaß mit einem einzigen Blick den ungeheuren Vorteil, den er errungen hatte, und sprach, indem er beständig die Augen auf die Thür geheftet hielt, die vielleicht nur zu einem Wandschranke gehörte, weiter: „Warum sollte ich denn eigentlich mit Ihnen unterhandeln? Warum sollte ich Ihrer Republik einen Schein der Gesetzlichkeit gewähren, indem ich mit ihrem Vertreter einen Vertrag abschließe. Im Grunde ist es nur ein Haufen Empörer! Ihr Kaiser hat, wenn er zurückkommt, das Recht, sie als Verräter und Rebellen niederschießen zu lassen." — „Wenn er aber zurückkommt," rief Jules Favre außer sich, „dann giebt es Bürgerkrieg, dann giebt es Anarchie." — „Wissen Sie denn das so genau? Übrigens sehe ich nicht ein, wie der Bürgerkrieg uns Deutschen schaden könnte." — „Fürchten Sie sich denn nicht davor, Herr Graf, uns zum äußersten zu treiben, unsern Widerstand erbitterter zu machen?" „Ach ja, Ihr Widerstand," rief der Kanzler mit schallender Stimme, „Sie sind wohl stolz auf Ihren Widerstand? Daß Sie es nur wissen, mein Herr, wenn Herr Trochu ein deutscher General wäre, so ließe ich ihn noch heute Abend erschießen. Man hat kein Recht, hören Sie mich wohl an, man hat kein Recht, angesichts der Menschheit, vor dem Antlitz Gottes um eines armseligen militärischen Ruhmes wegen eine Stadt von mehr denn zwei Millionen Seelen der Hungersnot preiszugeben.

„Die Eisenbahnschienen sind von allen Seiten abgeschnitten, und wenn wir sie nicht binnen zwei Tagen — was gar nicht sicher ist — wiederherstellen können, so werden Ihnen jeden Tag hunderttausend Personen wegsterben. Sprechen Sie nicht von Ihrem Widerstand, er ist ein Verbrechen."

Und noch sehe ich ihn, wie er aufstand, als wollte er Abschied nehmen, und die Hand auf den Knopf der Thür legte, hinter welcher der Vertreter Napoleons III. stehen sollte. Auch Jules Favre sehe ich, wie er sich hastig erhebt, ihm nacheilt, seine Hand ergreift und ruft: „Nicht doch! Alles, was Sie wollen, nur wälzen Sie nicht auf Frankreich nach all dem Mißgeschick noch die Schande, einen Bonaparte ertragen zu müssen!" Und als sie sich gesetzt hatten, fing Jules Favre an, die Vorteile der Republik zu preisen,

des unpersönlichen Regiments, welches allein im stande ist, Deutschland die Durchführung der Verträge zu sichern u. s. w. u. s. w.

Bismarck lächelte. In fünf Minuten war das doppelte Prinzip einer Gebietsabtretung und einer Kriegsentschädigung aufgestellt.

Es war 7 Uhr, Herr von Bismarck lud uns zum Diner ein, und wir stiegen in das Erdgeschoß hinunter. Etwa zwölf Offiziere und Kanzleibeamte warteten in großer Uniform. Ich erinnere mich, daß der Tisch sehr reichlich versehen, mit massiven Silberbestecken eines Reisenecessaires gedeckt und mit nur zwei Kerzen auf leeren Flaschenhälsen beleuchtet war. Dieser vielleicht berechnete Umstand allein gemahnte an das Lagerleben. Graf Bismarck, welcher Herrn Jules Favre noch immer nicht als Bevollmächtigten, als Minister behandelt hatte, hieß mich zu seiner Rechten Platz nehmen. Ich war verwirrt und warf einen fragenden Blick auf den Minister, der resigniert sagte: „Nur zu, Kindchen!" Und er setzte sich zur Linken des Kanzlers, welcher sogleich mit tüchtigem Appetit zu essen und, immer sprechend, Bier oder Champagner aus einem silbernen Becher mit seinem Namenszuge zu trinken begann. Die Unterhaltung wurde von der ganzen Gesellschaft in französischer Sprache geführt.

Groß war mein Erstaunen, als Graf Bismarck plötzlich zu mir sagte: „Herr von Hérisson, ich sehe Sie heute nicht zum ersten Mal . . . Warten Sie! Ja, es war in Baden-Baden im Jahre 1866 auf dem Perron des Mesmerschen Hauses. Die Fürstin Mentschikow hat Sie mir vorgestellt." Dem war in der That so, und ich stimmte gern in den Chorus der Offiziere ein, welche vor Bewunderung außer sich waren und riefen: „Welches Gedächtnis! Es ist großartig. Welch erstaunlicher Mann! Er allein ist solches im stande!" Der arme Jules saß indessen eingesunken, unter seinen weißen Haaren begraben auf seinem Stuhle. Wenn man das Wort an ihn richtete, so schüttelte er sich wie aus einem Traume auf, und von Zeit zu Zeit wischte er sich die Augen mit der Serviette. Gewiß, ich ehrte diesen patriotischen Schmerz, aber ich hätte doch gewollt, daß er sich zurückhaltender zeigte, und um den Eindruck zu verwischen, fing ich mit unserm Generalstab nach Pariser Art zu blaguieren (lügen) an. „Glauben Sie doch nicht," sagte ich unter anderem, „daß wir so ausgehungert sind, wie erzählt wird. Wir besitzen überdies eine Leichtlebigkeit, eine Elastizität, die macht, daß wir da noch lachen und scherzen, wo andre Völker sich niederschmettern lassen. Man war im Anfang der Belagerung

gegen die Stadtsergeanten sehr erbost und wollte sie ins Wasser werfen. Da stutzten sie sich die Schnurrbärte und gingen nur noch drei Mann hoch, um sich nötigenfalls hilfreiche Hand zu leisten.

„Heute denkt niemand mehr an sie und sie gehen paarweise. Man sagt, dies geschehe deshalb, weil die Übriggebliebenen den dritten aufgefressen hätten.“ Die Bewunderer des Grafen Bismarck brachen mit geringer Abwechselung ihrer Beifallsbezeugungen in die Rufe aus: „Welcher Humor! Es ist erstaunlich! Diese Pariser sind großartig! Sie allein sind solches im stande!“ Nach dem Diner begaben wir uns wieder in den Salon des ersten Stockwerkes und man begann die Klauseln der Friedenspräliminarien aufzusetzen. Bevor die Verhandlungen anfingen, präsentierte der Kanzler Herrn Favre einen Cigarettenteller mit drei Cigarren und fragte ihn, ob er rauche. Jules Favre verneigte sich dankend und erklärte sich für einen Nichtraucher.

„Sie haben unrecht,“ entgegnete der Kürassier-Diplomat. „Wenn man ein Gespräch anfängt, das zu heftigen Erörterungen führen kann, so soll man rauchen. Sehen Sie,“ fuhr er fort, während er die Cigarre anzündete, „wenn man raucht, so muß man die Cigarre mit den Fingern halten, man muß sie handhaben, darf sie nicht fallen lassen, und dadurch werden heftige Körperbewegungen vermieden oder abgeschwächt. Was den geistigen Zustand anbelangt, so beraubt sie uns keiner unserer geistigen Fähigkeiten aber sie bringt uns in einen Zustand gemütlicher Ruhe. Die Cigarre ist eine Zerstreuung, und dieser blaue Rauch, der in Windungen emporsteigt und dem das Auge unwillkürlich folgt, bezaubert uns und macht uns entgegenkommender. Das Auge ist beschäftigt, die Hand festgehalten, das Geruchsorgan befriedigt, man ist glücklich. In diesem Zustande ist man sehr aufgelegt, sich gegenseitig Zugeständnisse zu machen. Und unser Geschäft, das der Diplomaten, besteht aus unaufhörlichen wechselseitigen Zugeständnissen. Sie, der Sie nicht rauchen, haben über mich einen Vorteil: Sie sind aufmerksamer, und einen Nachteil: Sie sind geneigter, sich hinreißen zu lassen und der ersten Bewegung nachzugeben . . .“

Nach Besprechung anderer Angelegenheiten kam man zu der Frage, ob Garibaldi in den Waffenstillstand einzuschließen sei. „Ich will ihn aber haben,“ rief Graf Bismarck. „Ich will ihn in Berlin herumführen lassen mit einem Zettel auf dem Rücken mit der Inschrift: ‚Italienische Dankbarkeit‘. Nach allem, was wir für diese Leute gethan haben! Es ist wirklich unanständig!“ —

Ich (Hérisson) nahm mir nun eine Kühnheit heraus, die aber bei einem Mann von der Auszeichnung und der Erziehung des Herrn von Bismarck Aussicht auf Erfolg hatte und auch wirklich ihren Zweck erreichte. Ich nahm den Cigarettenteller und halb lächelnd, halb mich verneigend, in bittender, respektvoller Haltung, reichte ich ihm die Cigarre. Einen Augenblick lang verstand er nicht, dann plötzlich erlosch in seinem Auge der Zorn. „Sie haben recht, Kapitän,“ sagte er, „es führt zu nichts, sich zu ärgern — im Gegenteil.“ Und die Unterredung nahm ihren ruhigen Fortgang.

Wie ist es geschehen, daß die Besatzung von Paris ihre Fahnen rettete und im letzten Augenblick noch unerwartet günstige Bedingungen erhielt? Es ist das eine sehr abenteuerliche Geschichte, aber ein Schreiben des Generals Schmitz, damals Stabschef des Generals Trochu, bestätigt ihre Wahrheit. Hérisson erzählte, daß Jules Favre und Bismarck endlich über die Bedingungen des Waffenstillstandes ins Reine gekommen wären, daß Favre mit dem Vertrage nach Paris zurückkehrte, ihn dort seinen Kollegen zur Genehmigung vorlegte und diese erhielt. Hérisson wurde beauftragt, dieses nunmehr rechtsgiltig gewordene Aktenstück nach Versailles Herrn von Bismarck zu bringen, und er trat sogleich seine Reise an. Lassen wir ihn nun wieder selbst erzählen:

„Während ich nun nach Versailles fuhr, kam mir ein Gedanke. Ich wollte eine kleine Zusatzverhandlung unternehmen auf meine eigene Rechnung und Gefahr. Was kann ich riskieren? Niemals würde Herr von Bismarck mir die Stirn zutrauen, meine Vorschläge auf eigene Verantwortung zu machen, ohne von meiner Regierung dazu beauftragt zu sein. Wenn meine patriotische Kriegslist entdeckt wird, so werde ich mich von meiner Regierung verleugnen, tadeln, bestrafen lassen. Das alles kommt nicht in Betracht gegen den Wunsch, dem Vaterlande zu dienen, und dem Ruhme, ihm nützlich zu sein . . . (Hérisson ist inzwischen bei Bismarck eingeführt worden). „Ich erwartete Sie,“ sagte Herr von Bismarck. „Ich hoffe, daß alles beendigt ist, und daß Sie mir den vollzogenen Vertrag bringen.“ — Ich bringe ihn in der That, aber ich darf ihn, um Zeitverlust und unnütze Reisen zu vermeiden, nicht eher übergeben, als bis Ew. Excellenz einigen leichten Änderungen zugestimmt haben wird. Sollten Ew. Excellenz das nicht thun, so habe ich die Weisung, die Ankunft von Herrn Jules Favre zu erwarten.“ —

Der Kanzler zeigte eine ärgerliche Überraschung. „Was giebt

es denn noch!" rief er, „alles war doch geordnet. Will denn Jules Favre durchaus seine Hauptstadt verhungern lassen und der Welt dann sagen, daß wir daran schuld seien? Welche Änderungen will er denn haben?" — Hier sind sie: 1) die Regierung wünscht, daß die Kanonen auf den Wällen nicht in die Festungsgräben geworfen, sondern nur demontiert und hinter den Wällen aufgestellt werden; 2) daß die Umschließungslinie nach dem ersten, von französischer Seite gemachten Vorschlage gezogen werde: 3) daß die Armee von Paris — und das ist eine conditio sine qua non — ihre Fahnen behalte." —

Hier hielt ich inne, erschrocken von meiner eigenen Kühnheit. Herr von Bismarck brach in hellen Zorn aus:

„Aber wollen diese Herren denn nicht begreifen, daß mir diese Bedingungen vom Generalstabe auferlegt worden sind, daß ich persönlich da gar nichts machen kann und daß unsere Offiziere mir immer vorhalten, daß die Diplomaten die Siege der Soldaten verderben?"

Hastig ging er in der Stube auf und ab. „Warten Sie," sagte er endlich, „ich will mit dem Kaiser sprechen."

Zwei Stunden lang war Herr von Bismarck abwesend, und angstvoll verfloß diese Zeit dem französischen Offizier. Endlich kehrte er zurück und erklärte, daß der Kaiser, trotz des Widerstandes des Marschalls Moltke, in die gestellten Bedingungen gewilligt habe. „Sie werden," so hat der Kaiser gesagt, „dem französischen Abgesandten zu wissen thun, daß wir genug Trophäen unserer Siege und der französischen Armee entrissene Fahnen besitzen, um auf die Fahnen von Paris verzichten zu können." Als Hérisson mit diesem Erfolge nach Paris zurückkehrte, fiel man dort aus den Wolken, und General Schmitz, dem er zuerst die Mitteilung machte, umarmte ihn in tiefer Bewegung. So wurden, nach Hérisson, die Fahnen der französischen Armee von Paris gerettet.

Der damalige Polizeipräfekt Cresson, welcher Herrn Jules Favre nach Versailles begleitet und dort mit dem Grafen Bismarck und dem General Stosch speziell wegen der Wiederverproviantierung von Paris zu unterhandeln hatte, berichtet über ein Tischgespräch, welches er in dieser Angelegenheit mit Herrn von Bismarck hatte, wie folgt:

„Ich hatte ihm erklärt, daß ich mich über die Preise der Zufuhren nicht sogleich äußern könne und für den folgenden Tag den Handelsminister aus Paris erwartete, als Herr von Bismarck ausrief:

„Ich bin mit alledem sehr zufrieden; das Abkommen ist ganz gut. Ich würde mich gar so sehr freuen, Transporte von Lebensmitteln in Paris einziehen zu sehen.“

Dabei lachte der Kanzler aus vollem Halse. Ich gab mir das Ansehen, als ob ich an eine Anwandlung von Großmut glaubte, und sprach:

„Eure Excellenz hat der Welt und Paris gezeigt, daß Sie ein furchtbarer Feind sind; jetzt wollen Sie ohne Zweifel beweisen, daß Sie auch ein edelmütiger Feind sind.“

Der Kanzler goß sich aufs neue ein und erwiderte mir aus einem Atem:

„Nicht doch, ganz und gar nicht .... aber ich denke, wenn die Pariser lange und gute Transporte von Lebensmitteln in ihre Stadt einfahren sehen, werden sie sehr zufrieden sein; das wird ihrem Gemütszustand wohlthun!“

Der Streich war gradaus und scharf. Ich suchte ihm zu begegnen.

„Euer Excellenz irrt sich,“ sagte ich, „und kennt sicherlich weder die Pariser noch ihren Gemütszustand. Dieser letztere ist vortrefflich. Paris würde, wenn man es befragt, den Waffenstillstand ablehnen. Ruhm und Vaterland gehen ihm über sein Brot“. —

„Ja, doch, ja,“ erwiderte der Kanzler, „das ist ja möglich. Es giebt auch dort brave Leute. So viel aber ist gewiß, wenn in Deutschland ein General gewagt hätte, eine Bevölkerung von zwei Millionen Seelen in einer Stadt, welche keine Citadelle ist, dem Hungertode auszusetzen, würden wir ihn vor ein Kriegsgericht stellen.“

Die Stimme des Kanzlers war dabei etwas lauter geworden und ich blickte, ehe ich ihm antwortete, auf Jules Favre, der am Kamine gelehnt stand und uns mit den Augen folgte. Gewiß hätte er gern sein Gespräch mit dem preußischen Offizier abgebrochen, um mir zur Hilfe zu kommen; das war ihm aber nicht möglich und ich sprach daher:

„Diese Menschlichkeitsrücksichten haben wahrscheinlich auf die Entschließungen der Regierung der Landesverteidigung einen besonderen Einfluß geübt und zu Gunsten des Waffenstillstandes entschieden; aber sie werden von dem Patriotismus der Pariser Bevölkerung nicht verstanden, welche vielmehr noch weitere Opfer bringen und den Kampf fortsetzen möchte.“

Ich stand auf und der Kanzler erhob sich ebenfalls. Er

wendete sich zu Favre, ergriff seine Hand und zog ihn lebhaft zu mir, indem er mit dem Ausdruck der aufrichtigsten Überzeugung sagte:

„Das ist der beste, der edelste und treueste Republikaner, den ich in meinem ganzen Leben gekannt habe."

An einer anderen Stelle erzählt Cresson:

„Aus Anlaß der Ruinen von Saint-Cloud, die noch brannten, so daß ihr Rauch den Horizont verfinsterte, machte Favre dem Kanzler die lebhaftesten Vorwürfe und zog sich damit folgende harte Antwort zu:

„Haben Sie jemals unser Deutschland besucht? Haben Sie nicht die Ruinen unserer Schlösser gesehen? Eure Heere haben sie ohne Erbarmen gebrandschatzt und zerstört. Ihr beschuldigt uns, Pendulen gestohlen zu haben. Zur Zeit der kriegerischen Erfolge Ihres ersten Napoleon lebte in Pommern, in einem kleinen verwüsteten Häuschen, ein bejahrter Mann, der ein in einer Wiege schlafendes Kind bewachte; um ihn herum war alles verwüstet — er besaß nichts als eine alte silberne Uhr. Ihre Soldaten haben die Wiege verbrannt und die Uhr gestohlen. Damals war't Ihr Sieger — das ist der Krieg. Wir sind Sieger jetzt, Ihr dürft Euch über die Übel des Krieges nicht wundern."

Herr Cresson erzählt, Bismarck habe hinzugefügt: „Das Kind in der Wiege war ich, die silberne Uhr war meinem Vater abgenommen worden." Diese Bemerkung wäre allerdings ein Anachronismus gewesen, denn Bismarck ist erst 1815 geboren.

Über Thiers, der einige Tage später nach Versailles kam, erzählte in späteren Jahren einmal Bismarck: „Die Franzosen sind gegen den armen Thiers nicht gerecht gewesen. Er war ein wahrer Patriot und die ausgeprägteste Gestalt, welche ich in dem zeitgenössischen Frankreich getroffen habe. Es überkam mich eine Art Mitleid für jenen armen, alten, kleinen Mann, welcher inmitten der Härten des Winters durch Europa reiste, um unmögliche Hilfe zu suchen, welcher die uns von Paris trennenden Linien hin und her kreuzte, darum besorgt Frieden zu machen, geplagt durch die Forderungen derjenigen, welche in Paris zurückgeblieben waren, die Schüsse passierend, welche unsere Posten auf ihn abgaben, obgleich sie die bestimmtesten Befehle erhalten hatten. Ich erinnere mich eines Zwischenfalles, den ich nie vergessen werde. Wir waren zusammengekommen um eine Frage zu diskutieren, über welche wir uns nicht einigen konnten. Thiers kämpfte wie ein beau diable.

Jules Fawre weinte, machte tragische Bewegungen und die Sache ging nicht vorwärts. Plötzlich fing ich an, deutsch zu sprechen. Thiers blickte erstaunt auf mich und sagte: „Sie wissen sehr gut, daß wir kein Deutsch verstehen.“ „Gerade deshalb,“ sagte ich, „wenn ich mit Männern, mit denen ich schließlich zu einer Verständigung zu gelangen erwarte, unterhandle, spreche ich ihre Sprache; aber wenn ich sehe, daß es nutzlos ist, mit ihnen zu diskutieren, so spreche ich meine eigene Sprache; schicken Sie nach einem Dolmetscher.“ Die Wahrheit ist, ich hatte Eile, die Sachen zu erledigen. Seit einer Woche war ich wie auf Dornen. Ich erwartete in jeder Nacht, durch ein Telegramm erweckt zu werden, welches eine englische, russische, österreichische oder italienische Forderung zu Gunsten Frankreichs bringen würde. Ich weiß in der That, daß ich dieselbe nicht beachtet hätte, allein es wäre nichtsdestoweniger eine indirekte Intervention und Einmischung in den Streit zwischen Frankreich und Deutschland gewesen. Das war um jeden Preis zu vermeiden und deshalb, trotz meiner Bewunderung für Thiers patriotische Hartnäckigkeit, sprach ich so aus dem Stegreif deutsch. Diese Taktik hatte einen seltsamen Effekt. Jules Favre streckte seine langen Arme gegen Himmel, sein Haar sträubte sich, und während er sein Gesicht mit den Händen bedeckte, eilte er in eine Ecke des Zimmers und drückte sein Haupt gegen die Wand, als wenn er nicht Zeuge der Erniedrigung sein wollte, welche den Vertretern Frankreichs zugefügt wurde, indem man sie zwang, die Verhandlungen deutsch fortzusetzen. Thiers sah über seine Brille hinweg mit ärgerlicher Miene, eilte dann zu einem Tisch am Ende des Zimmers und ich hörte seine Feder fieberhaft über das Papier eilen. In kurzer Zeit kehrte er wieder zu mir zurück. Seine kleinen Augen flammten hinter den Augengläsern, sein Mund hatte sich vor Ärger verzogen, mit einer hastigen Bewegung reichte er mir das Papier und sagte mit einer heiseren, fast rauhen Stimme: „Ist es das, was Sie wünschen?“ Ich blickte auf das, was er geschrieben hatte; es war bewunderungswürdig aufgesetzt und ziemlich genau was ich wünschte. Ich fing dann wieder französisch zu sprechen an, und die Verhandlungen wurden in dieser Sprache vollendet.“

Im Jahre 1884, bei einem Frühschoppen beim Reichskanzler, als einer der Gäste sich nach der Herkunft des hellen Bieres, das dort geschenkt wurde, erkundigte, gab der Fürst den Bescheid: „Das ist Münchener Franziskaner, vom Grafen Holstein, mir dediziert,

das dunkle ist Bockbier, Augustinerbräu. Der Graf Holstein hat uns überhaupt schon große Dienste geleistet, z. B. als er im Kriege unter erschwerenden Umständen von Versailles nach Hohenschwangau reiste und von da den Brief des Königs von Bayern mitbrachte, welcher die Zustimmung zur Begründung des deutschen Reiches enthielt." In der Fortsetzung dieser gemütlichen Plauderei führte der Herr Reichskanzler an, daß er zu jener Zeit den Bayern sehr leicht ein paar Millionen hätte zuwenden können. Fürst Bismarck spielte dabei auf seine Verhandlungen mit Herrn Thiers über die Kapitulation von Paris an. „Ich forderte natürlich so viel, daß ich von vorneherein voraussetzte, sie würden es mir nicht bewilligen. Ich sagte Herrn Thiers: Eine so große und reiche Stadt wie Paris würde sich beleidigt fühlen, wenn ich unter einer Milliarde von ihr verlangte. Darauf machte Herr Thiers ein betroffenes Gesicht und schickte sich zum Weggehen an. Als höflicher Mann begleitete ich ihn, und auf der Treppe wurde die Unterhaltung fortgesetzt. Auf der vorletzten Stufe waren wir über 200 Millionen einig." (Der Unterhändler in dieser Sache war wohl Jules Favre.) Der Reichskanzler bemerkte auch noch, daß er sich nach jenem Vorgange zum Kaiser begeben habe, um ihm vorzuschlagen, die 200 Millionen zur Rückzahlung der den deutschen Staaten im Jahre 1866 auferlegten Kontributionen zu bestimmen. Der Kaiser sagte: Legen Sie mir nur einen solchen Beschluß vor. Bismarck entgegnete: Das kann ich nicht thun. Majestät, sobald ich als Reichskanzler die Feder ansetze, ist die Sache verloren, das müssen Majestät als oberster Feldherr thun. Damit blieb Bismarck allein, und so unterblieb die Sache.

Gleich nach der Schlacht bei Sedan, am 4. September, in Rethel, sagte Graf Bismarck in einem Tischgespräch: „Metz und Straßburg ist's, was wir brauchen und uns nehmen wollen — die Festungen. Das Elsaß — er meinte (sagt Busch) damit offenbar die starke Betonung des Deutschgewesenseins und des Deutschredens der Elsäßer durch die Zeitungspresse — ist Professorenidee."

In einer späteren Zeit (1887) sagte Fürst Bismarck im Reichstage:

„Ich bin schon 1871 nicht mehr geneigt gewesen, Metz zu nehmen, ich bin damals für die Sprachgrenze gewesen." Bei den Unterhandlungen mit Thiers habe ihm dieser gesagt: „Etwas können wir nur geben, entweder Belfort oder Metz, wenn Sie beide haben wollen, dann wollen wir jetzt nicht Frieden schließen." Darauf habe er, der wegen Einmischung der Neutralen in Sorge gewesen sei,

mit den militärischen Autoritäten und namentlich mit dem vor ihm sitzenden Freund (Moltke) sich besprochen: „Können wir darauf eingehen, eines von beiden zu missen?“ Die Antwort habe gelautet: „Belfort, ja, Metz ist 100 000 Mann wert; die Frage ist die, ob wir 100 000 Mann schwächer sein wollen gegen die Franzosen, wenn der Krieg wieder ausbricht, oder nicht.“ Darauf habe er gesagt: „Nehmen wir Metz!“

Im konstituierenden Reichstage von 1871 begründete Fürst Bismarck die Erwerbung von Elsaß-Lothringen wie folgt:

„Wenn wir uns ein Jahr — oder genauer zehn Monate — zurückversetzen, so werden wir uns sagen können, daß Deutschland einig war in seiner Liebe zum Frieden; es gab kaum einen Deutschen, der nicht den Frieden mit Frankreich wollte, solange er mit Ehren zu halten war. Diejenigen krankhaften Ausnahmen, die etwa den Krieg wollten in der Hoffnung, ihr eigenes Vaterland werde unterliegen, — sie sind des Namens nicht würdig, ich zähle sie nicht zu den Deutschen. Ich bleibe dabei, die Deutschen in ihrer Einstimmigkeit wollten den Frieden. Ebenso einstimmig aber waren sie, als der Krieg uns aufgedrängt wurde, als wir gezwungen wurden, zu unserer Verteidigung zur Wehr zu greifen, wenn Gott uns den Sieg in diesem Kriege, den wir mannhaft zu führen entschlossen waren, verleihen sollte, nach Bürgschaften zu suchen, welche eine Wiederholung eines ähnlichen Krieges unwahrscheinlicher und die Abwehr, wenn er dennoch eintreten sollte, leichter machen. Jedermann erinnerte sich, daß unter unseren Vätern seit dreihundert Jahren wohl schwerlich ein Geschlecht gewesen ist, das nicht gezwungen war, den Degen gegen Frankreich zu ziehen, und jedermann sagte sich, daß, wenn bei früheren Gelegenheiten, wo Deutschland zu den Siegern über Frankreich gehörte, die Möglichkeit versäumt worden war, Deutschland einen besseren Schutz gegen Westen zu geben, dies darin lag, daß wir den Sieg in Gemeinschaft mit Bundesgenossen erfochten hatten, deren Interessen eben nicht die unsrigen waren. Jedermann war also entschlossen, wenn wir jetzt selbständig und rein auf unser Schwert und unser eigenes Recht gestützt, den Sieg erkämpften, mit vollem Ernste dahin zu wirken, daß unseren Kindern eine gesicherte Zukunft hinterlassen werde.

„Die Kriege mit Frankreich hatten im Laufe der Jahrhunderte, da sie vermöge der Zerrissenheit Deutschlands fast stets zu unserem Nachteile ausfielen, eine geographisch-militärische Grenzbildung geschaffen, welche an sich für Frankreich voller Versuchung, für Deutschland voller Bedrohung war; und ich kann die Lage, in der wir uns befanden, in der namentlich Süddeutschland sich befand, nicht schlagender charakterisieren, als es mir gegenüber von einem geistreichen süddeutschen Souverän einst geschah, als Deutschland gedrängt wurde, im orientalischen

Kriege für die Westmächte Partei zu nehmen, ohne daß es der Überzeugung seiner Regierungen nach ein selbständiges Interesse hatte, diesen Krieg zu führen. Ich kann ihn auch nennen — es war der hochselige König Wilhelm von Württemberg. Der sagte mir: ‚Ich teile Ihre Ansicht, daß wir kein Interesse haben, uns in diesen Krieg zu mischen, daß kein deutsches Interesse dabei auf dem Spiele steht, welches der Mühe wert wäre, deutsches Blut dafür zu vergießen. Aber wenn wir uns darum mit den Westmächten überwerfen sollten, wenn es soweit kommen sollte, zählen Sie auf meine Stimme im Bundesrate, bis zu der Zeit, wo der Krieg zum Ausbruch kommt. Dann aber nimmt die Sache eine andere Gestalt an. Ich bin entschlossen, so gut wie jeder andere, die Verbindlichkeiten einzuhalten, die ich eingegangen bin. Aber hüten Sie sich, die Menschen anders zu beurteilen, wie sie sind. Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Ereignisse; so lange Straßburg aber ein Ausfallthor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der Deutsche Bund zu Hilfe kommen kann. — — Solange Straßburg ein Ausfallthor für eine stets waffenbereite Armee von 100—150000 Mann ist, bleibt Deutschland in der Lage, nicht rechtzeitig mit ebenso starken Streitkräften am Oberrhein eintreten zu können — die Franzosen werden stets früher da sein.‘

„Ich glaube, dieser aus dem Leben gegriffene Fall sagt alles — ich habe dem nichts hinzuzufügen.

„Der Keil, den die Ecke des Elaß bei Weißenburg in Deutschland hineinschob, trennte Süddeutschland wirksamer als die politische Mainlinie von Norddeutschland, und es gehörte der hohe Grad von Entschlossenheit, von nationaler Begeisterung und Hingebung bei unseren süddeutschen Bundesgenossen dazu, um ungeachtet dieser naheliegenden Gefahr, der sie bei einer geschickten Führung des Feldzuges von seiten Frankreichs ausgesetzt waren, keinen Augenblick anzustehen, in der Gefahr Norddeutschlands die ihrige zu sehen und frisch zuzugreifen, um mit uns gemeinschaftlich vorzugehen. Daß Frankreich in dieser überlegenen Stellung, in dieser vorgeschobenen Bastion, welche Straßburg gegen Deutschland bildete, der Versuchung zu erliegen, jeder Zeit bereit war, sobald innere Verhältnisse eine Ableitung nach außen möglich machten, das haben wir Jahrzehnte hindurch gesehen. Es ist bekannt, daß ich noch am 6. August 1866 in dem Fall gewesen bin, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten, oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. Ich bin natürlich nicht eine Sekunde zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete ihm: Gut, dann ist Krieg. Er reiste mit dieser Antwort nach Paris; in Paris besann man sich einige Tage nachher anders, und man gab mir zu verstehen,

die erste Instruktion sei dem Kaiser Napoleon während einer Krankheit entrissen worden.

(Warum die Schleifung der Festungen Straßburg und Metz oder die Einrichtung eines neutralen Landes Elsaß-Lothringen keine Bürgschaft gewährt.) „Die Frage, wie Bürgschaften dagegen zu gewinnen seien, — territorialer Natur mußten sie sein, die Bürgschaften der auswärtigen Mächte konnten uns nicht viel helfen, denn solche Bürgschaften haben zu meinem Bedauern mitunter nachträglich eigentümlich abschwächende Auslegungen erhalten. Man sollte glauben, daß ganz Europa das Bedürfnis empfunden hätte, die häufig wiederkehrenden Kämpfe zweier großer Kulturvölker inmitten der europäischen Civilisation zu hindern, und daß die Einsicht nahe lag, daß das einfachste Mittel sie zu hindern, dasjenige sei, daß man den zweifellos friedfertigeren Teil von beiden in seiner Verteidigung stärke. Ich kann indes nicht sagen, daß dieser Gedanke von Haus aus überall einleuchtend gefunden wurde. Es wurde nach anderen Auskunftsmitteln gesucht, es wurde uns vielfach vorgeschlagen, wir möchten uns mit den Kriegskosten und mit der Schleifung der französischen Festungen in Elsaß und Lothringen begnügen. Ich habe dem immer widerstanden, indem ich dieses Mittel für ein unpraktisches im Interesse der Erhaltung des Friedens ansehe. Die Abtretung der Festungen wird kaum schwerer empfunden, als das Gebot des Auslandes, innerhalb des Gebietes der eigenen Souveränität nicht bauen zu dürfen. Ich habe deshalb auf dieses Mittel keinen Wert gelegt, umsoweniger, als nach der geographischen Gestaltung die vorspringende Bastion, wie ich mir erlaubte, es zu bezeichnen, als Ausgangspunkt der französischen Truppen immer gleich nahe an Stuttgart und München gelegen hätte, wie jetzt. Es kam darauf an, sie weiter zurückzuverlegen.

„Außerdem ist Metz ein Ort, dessen örtliche Lage von der Art, daß die Kunst, um es zu einer starken Festung zu machen, nur sehr wenig zu thun braucht, und dasjenige, was sie etwa daran gethan hat, wenn es zerstört würde, was sehr kostspielig wäre, doch sehr rasch wiederherzustellen wäre. Ich habe also dies Auskunftsmittel als unzulänglich angesehen.

„Ein anderes Mittel wäre gewesen — und das wurde auch von Einwohnern von Elsaß und Lothringen befürwortet — einen neutralen Staat, ähnlich wie Belgien und die Schweiz, an jener Stelle zu errichten. Es wäre dann eine Kette von neutralen Staaten hergestellt gewesen von der Nordsee bis an die Schweizer Alpen, die es uns allerdings unmöglich gemacht haben würde, Frankreich zu Lande anzugreifen, weil wir gewohnt sind, Verträge und Neutralitäten zu achten, und weil wir durch diesen dazwischenliegenden Raum von Frankreich getrennt wären; keineswegs aber würde Frankreich an dem, im letzten Kriege ja gehegten aber nicht ausgeführten Plan gehindert

sein, gelegentlich seine Flotte mit Landungstruppen an unsere Küsten zu schicken oder bei Verbündeten französische Truppen zu landen und bei uns einrücken zu lassen. Frankreich hätte einen schützenden Gürtel gegen uns bekommen, wir aber wären, so lange unsere Flotte der französischen nicht gewachsen ist, zur See nicht gedeckt gewesen. Es war dieser Grund aber nur in zweiter Linie. Der erste Grund ist der, daß die Neutralität überhaupt nur haltbar ist, wenn die Bevölkerung entschlossen ist, sich eine unabhängige neutrale Stellung zu wahren und für die Erhaltung ihrer Neutralität zur Not mit Waffengewalt einzutreten. So hat es Belgien, so hat es die Schweiz gethan; beide hätten uns gegenüber es nicht nötig gehabt, aber ihre Neutralität ist thatsächlich von beiden geachtet worden; beide wollen unabhängige, neutrale Staaten bleiben. Diese Voraussetzung wäre bei den neuzubildenden neutralen Elsaß und Lothringen in der nächsten Zeit nicht zugetroffen, sondern es ist zu erwarten, daß die starken französischen Elemente, welche im Lande noch lange zurückbleiben werden, die mit ihren Interessen, Sympathien und Erinnerungen an Frankreich hängen, diesen neutralen Staat, welcher immer sein Souverän sein möchte, bei einem neuen französisch-deutschen Kriege bestimmt haben würden, sich Frankreich wieder anzuschließen und die Neutralität wäre eben nur ein für uns schädliches, für Frankreich nützliches Trugbild gewesen. Es blieb daher nichts anderes übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen, um sie selbst als eine starke Brustwehr Deutschlands gegen Frankreich zu verteidigen, und um den Ausgangspunkt etwaiger französischer Angriffe um eine Anzahl von Tagemärschen weiter zurückzulegen, wenn Frankreich entweder bei eigener Erstarkung oder im Besitz von Bundesgenossen uns den Handschuh wieder hinwerfen sollte."

Am 16. Juni zog Kaiser Wilhelm I. unter dem enthusiastischen Zujauchzen des Volkes in Berlin ein. Vor dem Standbilde Blüchers haltend, defilierten vor ihm, weithin im Winde flatternd und rauschend die seidenen französischen fünfundfünfzig eroberten Fahnen, mit stürmischen Hurrahs von der Menge begrüßt. Fürst Bismarck, der beim Einreiten unter dem Thor dem Kaiser eine kurze Meldung machte und ebenso kurzen Bescheid erhalten, hielt hinter dem Kaiser (aufrecht saß er da mit dem Anstand, den er hatte, als er Sedan sah) unruhig im Sattel rückend, sich umsehend. Ein Bekannter von ihm, an ihn herantretend, fragte: Durchlaucht suchen? Papier und Bleistift! Die Brieftasche eines Schutzmannes lieferte das Nötige. Der Fürst, eilig auf der Lende schreibend, hob das Papier in die Höhe. Eine Depesche, sagte er, wer bringen? Ich, erwiderte der Angeredete; ich danke, sagte der Fürst, Sie

können sie lesen! Eilig die Menge trennend, las der Bote in der ruhigen Behrenstraße: „An den deutschen Vorposten-Kommandanten vor Paris. Wenn die französischen Vorposten weiter vorgehen, greifen Sie dieselben an.“ Welcher Moment! Das war der Krieg. So dicht lagen die Würfel des Friedens und des Krieges neben einander. Hier zum frohen Friedensmarsch die Fahnen sich entfaltend, dort das gezückte Schwert zum Schlage erhoben, und ein neuer Zug zielbewußter, unerschütterlichster Energie und Entschlossenheit unseres Heldenkaisers und seines unvergleichlichen Ministers glänzte in dem hehren Epos, das nach Jahrhunderten noch die Enkel ehrfürchtig anstaunen werden. Was war geschehen? Die französischen Truppen hatten einseitig ihre Vorposten über die verabredete Linie hinaus vorgeschoben und das deutsche Kommando fragte an, ob es seine Linie festhalten oder der französischen Bewegung Raum geben solle. Trefflich bedient durch den damaligen Militärbevollmächtigten Grafen Waldersee, in dessen Hände die Depesche gelangte, verschwand das scheinbare Wölkchen so rasch, wie es gekommen, und im unveränderten Glanze strahlte die Sonne des Friedens über Europa.

Jules Favre nimmt auf diesen Vorgang Bezug in einem Bericht, den er über die mit Bismarck in Frankfurt Ende Mai gepflogenen Verhandlungen wegen des definitiven Friedensschlusses erstattet hat. Er erhielt dort das folgende Telegramm:

„Die Armee steht in Paris. Das Thor von Saint-Cloud ist unter dem Feuer unserer Artillerie zusammengebrochen, das Corps des Generals Douai rückt in diesem Augenblick ein, die Corps Ladmirault und Clinchant setzen sich in Bewegung, um ihm zu folgen. Wir haben den Trocadero, den Triumphbogen, die Ecole militaire; ich hoffe, daß am Abend die ganze Stadt in unseren Händen sein wird.“

Ohne eine Minute zu verlieren, sandte Favre Abschrift dieses Telegramms an Herrn von Bismarck. „Als ich“, so erzählte er, „ihn um 9 Uhr wiedersah, konnte ich ihm den Eindruck dieses Ausgangs, welchen er bis zum letzten Augenblick ohne den Beistand der deutschen Armee für unmöglich gehalten hatte, auf dem Gesicht lesen. Ich erriet sein Erstaunen; in welches sich ein leichter Verdruß mischte. Als er mir immer wiederholte, daß wir Paris mit Gewalt nicht nehmen würden, erinnerte er sich gewiß, daß seine Generale es nie versucht, sondern es vorsichtiger gefunden hatten, die große Hauptstadt auszuhungern. Unsere Truppen waren

kühner gewesen (!!), und ihr Sieg verminderte sehr das Verdienst einer nur aus Mangel an Lebensmitteln erzwungenen Unterwerfung, indes zeigte er sich zufrieden und vertrauensvoll. ‚Seien Sie gewiß,‘ sagte er zu mir, ‚daß wir die Durchführung des Vertrags in der Praxis nach Möglichkeit mildern werden.“

„Ich hatte Befehl, Ihnen Verschärfungen zu diktieren, welche Sie anzunehmen klug genug waren; andernfalls hätten wir Sie aufgefordert, alle Truppen, die Sie über die Ihnen in den Präliminarien zugestandenen 40,000 Mann hinaus besaßen, nach der Südseite der Loire zurückzuziehen, und wir hätten die Beschießung von Paris begonnen. Als ich Berlin verließ, war ich auf diese Eventualität gefaßt und dachte, daß Sie selbst dieselbe suchen würden. Als Sie täglich die Zahl Ihrer Soldaten mehrten, vermuteten wir, Sie wollten mit der Kommune unterhandeln und sich mit ihren Streitern vereinigen, um sich allesamt auf uns zu werfen. Sie werden zugeben müssen, daß diese Befürchtung nicht ganz aus der Luft gegriffen war, zumal Sie trotz unserer wiederholten Anfragen uns die Zunahme Ihres Effektivs recht geflissentlich zu verheimlichen und die Belagerungsarbeiten systematisch in die Länge zu ziehen schienen. Nun, das ist jetzt alles vorüber, und wir müssen jetzt beide nur darauf bedacht sein, zwei Nationen einander anzunähern, welche alles Interesse haben, gute Beziehungen wieder anzuknüpfen.“

„Ich fürchte,“ erwiderte ich, „daß dies trotz unseres beiderseitigen guten Willens leichter gesagt als gethan ist. Die Friedensbedingungen, welche Sie uns diktiert haben, stehen dem im Wege. Wir werden sie gewissenhaft beobachten. Mehr können wir nicht versprechen, doch versichere ich Sie, daß wir jedem Vorwande zu einem Zerwürfnisse sorgfältig aus dem Wege gehen werden. Schon längst habe ich Seiner Durchlaucht den lebhaften Wunsch ausgesprochen, unsere diplomatischen Beziehungen officiell wieder hergestellt und ihre Leitung aufgeklärten und versöhnlichen Männern anvertraut zu sehen. Darüber hinauszugehen, wäre für jetzt wenigstens voreilig.“

„Das ist auch meine Ansicht,“ entgegnete der Kanzler, „aber ich kann nicht zugeben, daß, weil das Kriegsglück uns in einem von Ihnen provocierten Kampfe günstig gewesen war, alle Hoffnung auf eine ernstliche Versöhnung vernichtet sein sollte. Sie wissen besser, als irgend wer, welchen gebieterischen Rücksichten wir gehorcht haben; wir hatten uns vergebens gegen den Willen der deutschen Nation gesträubt, noch mehr, wir hätten einen Verrat an ihm be-

gangen, wenn wir nicht vor neuen Angriffen Frankreichs auf der Hut gewesen wären. Jetzt wünschen wir solche nicht, aber wir brauchen sie auch nicht mehr zu fürchten; wir sind für alle Fälle gerüstet. Ich für meinen Teil glaube indes noch immer, daß man viel von der Zeit erwarten darf.

„Sie werden sich vielleicht wundern über das, was ich sagen will: Frankreich wird mehr bei einem aufrichtig friedlichen Verhalten gewinnen, als bei der systematischen Aufhetzung des durch diesen Krieg erregten Hasses. Ich will bei einem so delikaten Gegenstande nicht länger verweilen, sondern Ihnen nur wiederholen, daß ich kein Feind Ihres Landes bin, und ich beweise es Ihnen, indem ich Ihnen als unseren Botschafter bei Ihrer Regierung einen Diplomaten vorschlage, dessen von Hause aus wohlwollende Gesinnung Sie kennen und der Ihnen nur angenehm sein kann."

Ich dankte dem Kanzler und bezeichnete ihm meinerseits den Mann, welchen Herr Thiers für die Botschaft in Berlin ins Auge gefaßt hatte. Da ich einige Besorgnisse wegen der Schwierigkeiten äußerte, die denselben auf diesem Posten erwarteten, entgegnete der Kanzler mit großer Lebhaftigkeit:

„Da irren Sie sich sehr: er wird der glücklichste von allen Ihren Gesandten sein, wir werden ihn in Baumwolle wickeln und so mit Artigkeiten überhäufen, daß er nur wird zu wollen brauchen, um für uns unentbehrlich zu werden. Sie machen sich, wie ich sehe, eine unrichtige Vorstellung von der öffentlichen Meinung in Deutschland; dieselbe ist ganz für den Frieden.

„Ich spreche natürlich nicht von gewissen Militärs, noch von den Exaltierten und Volksschmeichlern, welche sich Gallophoben nennen, um von sich reden zu machen und die Leichtgläubigkeit der Narren auszubeuten. Diejenigen, welche den Staat lenken und tragen, sind vernünftiger, sie kennen die Launen des Glücks, und wenn sie jemals daran gezweifelt hätten, so hätten gerade unsere Siege, die alle Erwartungen übertrafen, sie aufgeklärt. Sie denken gar nicht daran, unsere glänzenden Erfolge auf das Spiel neuer Abenteuer zu setzen. Ihr Botschafter wird das schon in einigen Wochen wissen, und ein längerer Umgang mit uns wird ihn in dieser Überzeugung nur bestärken."

„Ich kann," entgegnete ich, „Eurer Durchlaucht nicht so frei antworten, wie ich möchte. Ich begreife Ihre guten Gesinnungen, Sie werden meine Zurückhaltung entschuldigen, was die unsrigen betrifft. Aber ich bitte Sie, Ihre Grundsätze praktisch zu bethätigen

und unseren unglücklichen Bevölkerungen die erdrückende Last der Occupation erleichtern; das wäre das beste Mittel, das normale Verhältnis wieder herzustellen, dessen erfreuliche Folgen Sie so wohlgefällig voraussetzen."

„Das werden wir auch thun," sagte der Kanzler, „und wir werden uns in diesem Punkte um so leichter verständigen, als unsere Interessen die nämlichen sind. Wenn Sie den Gesprächen in unseren Regimentern ein Ohr leihen wollten, würden Sie dort immer nur einen Wunsch hören, den nach der Rückkehr in die Heimat. Dieser Wunsch wird auch von jeder deutschen Familie geteilt, und die Presse wiederholt es uns in einem beinahe drohenden Ton."

„Wir mußten ihm gleichwohl widerstehen, solange uns der Pariser Aufstand nötigte, auf neue Garantien zu dringen. Jetzt steht es bei Ihnen, dieselben überflüssig zu machen. Warum wollen Sie auch nicht von den Abmachungen des Präliminarvertrags Gebrauch machen? Nach der Zahlung der beiden ersten Milliarden können Sie uns eine finanzielle Kombination vorschlagen, wenn dieselbe eine gehaltvolle ist, werden wir gern darauf eingehen und in diesem Falle könnte die gänzliche Räumung schon viel näher bevorstehen."

Ich versprach dem Kanzler, über unsere Unterredung meiner Regierung eingehend zu berichten. Es war 12 Uhr nachts, und ich wollte mich von ihm verabschieden; aber er bat mich, ihm noch den folgenden Vormittag (Dienstag, den 22.) zu schenken, um mit mir eine ziemlich große Anzahl streitiger Angelegenheiten zu regeln. Diese zweite Konferenz hatte denselben Charakter wie die erste; ich bedaure, auch nicht einmal im Auszuge die Urteile des Kanzlers über viele Punkte der hohen Politik und hervorragende Persönlichkeiten wiedergeben zu können. Der Kanzler schien mir vor Freude zu strahlen, und das war mir ein Stich ins Herz; ich fühlte, wie Herr von Meaux gesagt hat, daß ich „einen der schmerzlichsten und unvermeidlichsten Akte" erfüllt hatte. Als wir uns trennten, sagte mir Herr von Bismarck, daß er sich zu dem definitiven Friedensschluß Glück wünsche und denselben meiner persönlichen Teilnahme an den Unterhandlungen beimesse. „Sie erweisen mir eine Ehre, die ich nicht verdiene," antwortete ich ihm, „ich habe nur das Gebot der Notwendigkeit offen anerkannt und mich ohne Murren unterworfen. Indes, da Eure Durchlaucht mir einziges Vertrauen zu erzeigen die Güte hat, so möchte ich Sie bitten, sich jedesmal,

wenn Sie einen Konflikt befürchten, direkt an mich zu wenden. Ich werde nicht mehr lange auf meinem Posten bleiben, so lange ich ihn inne habe, werde ich mich glücklich schätzen, wenn die freundlichen Gesinnungen Eurer Durchlaucht es mir möglich machen, meinem Vaterlande nützlich zu sein."

Der Fürst versprach es mir, und wir trennten uns.

Einige Wochen später hatte er Gelegenheit, sich dieses Wortes zu erinnern. Der Fall war ein so merkwürdiger und stand in so genauem Zusammenhange mit dem, was ich eben erzählt habe, daß ich den Leser um die Erlaubnis bitte, die chronologische Folge der Ereignisse zu unterbrechen, und ihn gleich hier folgen lasse.

Der 16. Juni 1871, fährt Jules Favre fort, war für Berlin ein denkwürdiger Tag, die deutsche Armee wurde im Triumph in den Mauern dieser Stadt empfangen. Nichts war zur Erhöhung der Feierlichkeit dieses militärischen Festes gespart worden. Nach den Heerschauen, den öffentlichen Reden, den Aufmärschen kamen die Bankette, auf denen reichlich auf den Ruhm des Vaterlandes getrunken wurde. Der Kaiser, die Prinzen, Herr von Moltke und Herr von Bismarck waren die Helden dieses prunkvollen Tages; der Wiederhall seiner lärmenden Freuden drang bis nach Versailles wo er die Bitterkeit unserer gewöhnlichen Betrübnis noch vermehrte. Mehrere Male hatte mich mein unruhiger Geist mitten unter unsere Gegner versetzt, deren Fröhlichkeit unseren Schmerz zu verhöhnen schien.

Um 8 Uhr abends erhielt ich eine Depesche von dem Fürsten Bismarck. Sie war von Berlin, $5^1/_2$ Uhr nachmittags, datiert. Sie liegt mir nicht im Wortlaute vor, aber ihr Inhalt war im wesentlichen folgender: ‚Aus den Rapporten unserer Generale ersehe ich, daß Ihre Soldaten die für die unsrigen ausbedungene Strecke in der Zone der Lilas, von Le Raincy und Romainville besetzt halten. Ich habe die Ehre, Euer Excellenz zu benachrichtigen, daß, wenn sie sich nicht unverzüglich hinter ihre Linien zurückziehen, unsere Truppen sie noch heute, um Mitternacht, angreifen werden.'

Zweimal durchlas ich diese unbegreifliche Botschaft, um mich zu überzeugen, daß ich nicht das Spiel einer Täuschung war. Wie hoch er auch gestellt, wie geachtet seine Gewalt war, Herr von Bismarck hatte nicht das Recht, eine rein militärische Mitteilung zu machen, und ich meinerseits hatte keine Befugnis, sie entgegenzunehmen. Aber der Zusicherung eingedenk, mit der er mich in

Frankfurt beehrt hatte, und mir überdies sagend, daß dies nicht der Augenblick war, durch äußere Formen Empfindlichkeiten nachzuhängen, während uns nur noch vier Stunden erübrigten, um zu verhindern, daß die Pariser durch Kanonendonner geweckt wurden, warf ich mich auf meine Feder und sandte folgendes Telegramm an den Fürsten:

‚Das Telegramm, das ich von Euer Durchlaucht erhielt, erfüllt mich mit Erstaunen. Die Bewegung, von der Sie sprechen und von der ich, wohl bemerkt, nichts weiß, kann nur die Folge eines Mißverständnisses sein, und ich bitte Eure Durchlaucht, sie nicht anders auszulegen. Ich bitte Sie auch, jeden Befehl zu einem Angriff zurückzunehmen, welcher für unsere beiden Länder verhängnisvoll werden könnte. Ich sende sogleich Abschrift dieser Depesche an den Marschall Mac Mahon und an den Kriegsminister. Aber ich kann Euer Durchlaucht versichern, daß wir nur darauf bedacht sind, unseren Verpflichtungen nachzukommen.‘

Gleichzeitig telegraphierte ich an den Marschall Mac Mahon wie folgt:

‚Soeben erhalte ich von Herrn von Bismarck das unerwartetste Telegramm. Er sagt mir, daß in der Nähe von Les Lilas, Le Raincy und Romainville die französischen Truppen das für die Deutschen ausbedungene Terrain besetzt haben, indem sie auf fünfundzwanzig Schritte von den deutschen Linien ihre Vorposten aufstellen und daß die Einsprache des Kommandanten erfolglos geblieben ist; der Fürst drückt sein Bedauern aus, daß diese Herausforderung das Vertrauen trübt, welches wieder aufzuleben begann und fordert mich auf, ihren Urheber zu erforschen. Er sagt mir, daß die deutschen Truppen Befehl haben, um Mitternacht zum Angriff zu schreiten, wenn das Terrain nicht auf Flintenschußweite geräumt ist. Er fügt hinzu, daß er sich von dem Kaiser hat ermächtigen lassen, der Rückzugsbewegung gegen Deutschland Einhalt zu gebieten. Ich telegraphiere dem Fürsten, daß dies alles nur die Folge eines Irrtums sein kann und ich Sie sofort davon benachrichtige. Ich beschwöre Sie, ohne eine Minute zu verlieren, einen Offizier an Ort und Stelle zu entsenden und die nötigen Befehle zu erteilen, damit der deutschen Armee jeder Vorwand zu einem Zusammenstoß benommen werde.‘

Endlich schrieb ich an den Kriegsminister, dem ich die dem Marschall erteilte Mahnung und die Bitte erneuerte, ohne Verzug zu handeln, um Feindseligkeiten zuvorzukommen, welche schreckliche

Folgen haben konnten. Alles dies geschah während des Schlafes des Herrn Thiers, welcher, wenn die Geschäfte es ihm gestatteten, von sechs bis acht Uhr zu ruhen pflegte. Ich hatte seinen Schlummer nicht stören wollen. Da aber alle Depeschen durch seine Hände gingen, sah er beim Erwachen diejenige des Herrn von Bismarck. Er ließ mich rufen; ich fand ihn in sehr gereizter Stimmung. Er erteilte mir Befehle, die ich schon ausgeführt hatte. Das genügte ihm nicht. Er hat mir oft wiederholt: ‚Lassen Sie es nie bei den Befehlen bewenden, wachen Sie stets über die Ausführung!‘

Diesmal glaubte ich das nicht thun zu sollen, da ich mich an keinen Geringeren gewandt hatte, als an den Befehlshaber der Pariser Armee und an den Kriegsminister. Herr Thiers wollte eine Vertrauensperson nach dem Hauptquartier schicken. Der Regen goß in Strömen herunter. Mein Kabinettschef, Herr von Pontecoulant, ging sogleich ab. Anderthalb Stunden später erhielt ich folgende Antwort des Marschalls:

‚Der preußische Geschäftsträger und Herr von Nostitz, welche auf indirektem Wege von dem aufgetauchten Konflikte gehört hatten, sind zu mir ins Hauptquartier gekommen. Ich habe ihnen erklärt, daß unsere Truppen nur infolge eines Mißverständnisses Les Lilas, Romainville und Le Raincy besetzt halten und daß diese Truppen sogleich wieder nach Paris zurückkehren werden. Sie haben den preußischen General telegraphisch davon benachrichtigt, ich denke, daß dieser Handel keine Folgen haben wird. Herr von Pontecoulant hat mir den Brief des Herrn Thiers überbracht, er geht wieder nach Versailles ab.‘

Eine ähnliche Mitteilung machte mir der Kriegsminister.

Um 4½ Uhr zeigte mir der Marschall an, daß unsere Truppen, die aus Versehen ihre Linien um einige Meter überschritten hatten, wieder zurückgewichen wären. Alles war also geschlichtet, und ich konnte dem Kanzler telegraphieren:

‚Ich hatte Recht, als ich Eurer Durchlaucht versicherte, daß der Zwischenfall, von dem Sie mich benachrichtigt hatten, keinen ernsten Charakter hatte. Seitens unserer Generale lag keine geflissentliche Thatsache vor, eine einfache Mahnung hat das Mißverständnis gehoben. Nur hat Euer Durchlaucht mich zu einem wahren Mißbrauch der Gewalten verurteilt, indem Sie mich zwangen, an Militärs, welche nicht von dem Ministerium des Äußern abhängen, Anforderungen zu stellen.‘

‚Was mich entschuldigt, ist, daß ich nur Euer Durchlaucht auf einer Bahn folgte, wo eigentlich zwei Korpsbefehlshaber figurieren sollten. Ich danke nichtsdestoweniger Euer Durchlaucht sehr herzlich dafür und beschwöre Sie, nie anders zu verfahren, so oft es sich darum handelt, einem Konflikt zwischen unseren beiden Nationen zuvorzukommen.‘

Der Fürst ließ diese Depesche unbeantwortet. Ich kann nicht glauben, daß sie ihm mißfallen hat. Soviel ist sicher, daß ich sie nicht in dieser Absicht geschrieben habe. Ich wußte ganz wohl, daß er den officiellen Formen geringe Wichtigkeit beimaß und daß er sich ohne unpassenden Stolz alle Befugnisse zuerkennen durfte. Nur fragte ich mich und frage mich heute noch, wie er dazu kam, uns aus Anlaß eines ganz untergeordneten Umstandes mit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu bedrohen, die ganz einem unbesonnenen Streiche gleich sah, wie er die Gefahr einer Sommation nicht begriff, welche um $5^1/_2$ Uhr nachmittags von Berlin abging, allen Zufällen der Beförderung, der Unschlüssigkeit oder der Abwesenheit eines Ministers ausgesetzt war, uns kaum die materielle Zeit ließ, einen Kriegsausbruch mitten im Frieden, ein fruchtloses Blutvergießen zu verhindern, das einen erloschenen Kampf neu beleben, Verwirrung und Schrecken in einer großen, von so furchtbaren Katastrophen noch tief ergriffenen Stadt verbreiten mußte.

„Ein einziger Flintenschuß,“ sagte Herr Thiers zu mir, „brauchte abgefeuert zu werden, und es wäre um unsere Anleihe geschehen.“

Der französische Finanzminister ‚Pouyer-Quertier‘ kam im Oktober 1871 nach Berlin. Die Versailler Regierung hatte wenige Tage vor dem Termin, an dem die erste halbe Milliarde von der Kriegskontribution fällig war, für die Deckung dieser Summe noch nicht gesorgt. Fünf französische Banquiers hatten sich wohl bereit erklärt, die Summe vorzustrecken, allein gegen eine Provision von 20 Millionen Franken. Thiers war darüber erzürnt, ließ den Finanzminister kommen und richtete an ihn die Forderung, nach Berlin zu gehen. Pouyer-Quertier sträubte sich anfangs, zeigte sich aber schließlich zu der Reise bereit, jedoch unter der Voraussetzung, daß ein nach acht Tagen widerrufbarer Vertrag mit den Banquiers abgeschlossen würde und er für alle Fälle eine Anweisung auf eine halbe Milliarde erhielte.

Der Reichskanzler empfing Herrn Pouyer-Quertier im ersten Augenblick sehr brüsk. Nach ganz kurzer Zeit stellte es sich heraus,

daß die Annahme, von welcher Fürst Bismarck ausgegangen war, eine irrtümliche gewesen; der Fürst bekannte das selbst mit der entgegenkommensten Liebenswürdigkeit, und von da ab ging die Verhandlung ziemlich glatt. Von einer Verschiebung der Zahlung wollte der Fürst gar nichts hören. Endlich sagte er dem französischen Bevollmächtigten:

„Sprechen Sie darüber mit dem Kaiser, ich werde Ihnen eine Audienz vermitteln und Ihrem Wunsche meinerseits nicht hinderlich sein.“

An demselben Tage empfing Kaiser Wilhelm den französischen Bevollmächtigten mit seltener Auszeichnung. Der Kaiser war vollkommen über die Verhandlungen aufgeklärt. Er äußerte wiederholt, die französische Regierung sei bisher ihren Verbindlichkeiten mit Loyalität nachgekommen, und als er schließlich den französischen Bevollmächtigten entließ, geschah das in so wohlwollender Art, daß Herr Pouyer-Quertier sofort nach Versailles berichten konnte, er hoffte, die Negociationen zu einem guten Abschluß zu bringen. Am nächsten Morgen gegen 7 Uhr befand sich Herr Pouyer-Quertier, seinen Pariser Gewohnheiten entsprechend, noch im tiefsten Schlafe, als er plötzlich durch lebhafte Gespräche im Nebenzimmer geweckt wurde. Er hatte sich noch kaum den Schlaf aus den Augen gerieben, als die Thüre schon geöffnet wurde und Fürst Bismarck in seiner bekannten Kürassieruniform eintrat. Herr Pouyer-Quertier stammelte verlegen Entschuldigungen.

„Glauben Sie denn,“ lachte der Reichskanzler, „daß ich mich vor einem nackten Mann fürchte?“

Ohne Umstände nahm der Reichskanzler Platz und begann die Konversation.

„Sie haben gewonnen. Der Kaiser gesteht Ihnen alles zu.“ —

„Wie?“ sagte Herr Pouyer, „Sie haben noch gestern Se. Majestät gesehen?“

„Gestern,“ antwortete Fürst Bismarck, „nein, sondern heute, es ist ja schon 7 Uhr morgens.“ —

Und nun begann der Fürst mit der größten Nonchalance die wichtigsten Fragen, um welche es sich handelte, zu besprechen, als säße er mit dem Diplomaten in seinem Kabinett. Es wurde Schreibzeug gebracht, und auf einem kleinen Nachttischchen wurden die Entwürfe zu den drei Konventionen zwischen Frankreich und Deutschland geschrieben. Das Bild wäre eines Malers würdig gewesen! Auf der einen Seite der eiserne Kanzler in seiner vollen Uniform, auf der

anderen Seite der ebenfalls sehr robuste französische Bevollmächtigte, und zwischen beiden dieses Nachttischchen, auf welchem Fürst Bismarck schrieb. —

Er schrieb die Punktation nach der Verabredung in deutscher Sprache nieder und bemerkte:

„Sie haben ja einen Sekretär, der deutsch versteht. Sie können also verifizieren lassen."

Herr Pouyer-Quertier lehnte natürlich ab. In kurzer Zeit waren die Entwürfe fertig, so daß die Sekretäre den Rest besorgen konnten. Nach den Verhandlungen frühstückte Herr Pouyer-Quertier beim Fürsten.

Aus Krieg in Krieg.

Gleich die erste Session des ersten deutschen Reichstages wurde der Ausgangspunkt eines schweren inneren Kampfes, der bald in das eben erst geschaffene Reich einen selbst heute noch nicht geschlossenen Riß brachte. Die Ultramontanen Deutschlands hatten sich unter den Eindrücken des Tages von Sedan und der gleichzeitigen Ereignisse in Italien, wo Rom als die neue Hauptstadt des Landes von der Regierung eingenommen war, zu einer politischen Partei zusammengeschlossen, die bereits für das im Herbste 1870 neugewählte preußische Abgeordnetenhaus ein Kontingent von über 56 Mitgliedern stellte. Diese neue Partei richtete eine Adresse an den König in Versailles um Wiederherstellung des Kirchenstaates und der weltlichen Souveränität des Papstes. Im Reichstage erhob sie bei Gelegenheit der Beratung der Adresse an den Kaiser von neuem diesen Anspruch.

Die Publizistik des Centrums hat wiederholt behauptet, daß der Kulturkampf von der preußischen Regierung im Hinblick auf das vatikanische Konzil von 1870 und das in demselben verkündete Dogma der Unfehlbarkeit begonnen worden sei. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung findet ihren urkundlichen Nachweis in den im Jahre 1887 veröffentlichten amtlichen Aktenstücken. Aus denselben ergiebt sich, daß nach dem erwähnten Konzilsbeschluß und nach der Besetzung Roms eine Änderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der preußischen Regierung und dem Heiligen Stuhle nicht eingetreten war. Eine solche Änderung und die sich aus ihr ergebenden Folgen herbeigeführt zu haben, war derjenigen Partei vorbehalten, welche später den Namen Centrum annahm, und schon bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstage inmitten des tiefsten kirchlichen Friedens eine feindselige Richtung gegen das

Reich einschlug. Während noch am 3. März 1871 Papst Pius IX. dem Kaiser Wilhelm bei Gelegenheit der Annahme der Kaiserwürde seine Glückwünsche aussprach und dem Vertrauen Ausdruck gab, daß dieses Ereignis nicht allein für Deutschland, sondern für ganz Europa zum Heil gereichen würde, begann das Centrum nach Eröffnung des Reichstages gegen das neue Reich und seine Regierung seine Angriffe. Gegenüber jenem Passus der an den Kaiser vorgeschlagenen Adresse, welche an die in der Thronrede gemachten Zusicherungen des Friedens anknüpfte, trat das Centrum für die bewaffnete Intervention in Italien ein. Als dieses Programm von dem gesamten übrigen Teil des Reichstages verworfen wurde, begann das Zentrum seinen Feldzug auf dem Gebiete der inneren Fragen. Bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Verfassung des Deutschen Reiches brachte das Centrum Anträge ein, durch welche verschiedene preußische Grundrechte zu Gunsten der Preß- und Vereinsfreiheit und der Selbständigkeit der Kirchen in die deutsche Verfassung übernommen werden sollten, ein Vorgang, der umsomehr befremden mußte, als in dem Antrage auch Errungenschaften angestrebt wurden, welche kurze Zeit vorher von dem Oberhaupt der katholischen Kirche als verderbliche Irrtümer bezeichnet worden waren, und als noch im Jahre 1867 Herr von Savigny, der spätere Führer des Centrums, den Grundsatz vertreten hatte, daß das religiöse Gebiet der selbständigen Bestimmung der Einzelstaaten nicht entzogen werden sollte. Es war charakteristisch, daß das Centrum schon damals für seine Anträge nur die Unterstützung der demokratischen Partei des Abg. Sonnemann fand. Kurze Zeit darauf war es wiederum das Centrum, welches bei Gelegenheit des Gesetzentwurfes, betreffend die Einverleibung von Elsaß-Lothringen, im reichsfeindlichen Sinne die Bestrebungen des elsässischen Klerus gegen die Germanisierung der dortigen Schule in Schutz nahm. Daß auch die polonisierende Tendenz des Centrums gleich bei seinem ersten Auftreten nicht fehlte, ergab sich aus den Sympathiebezeugungen, welche dasselbe den polnischen Abgeordneten zu teil werden ließ, die gegen die Zugehörigkeit preußischer Provinzen zum Reiche Protest erhoben.

In der Thronrede von 1867, also schon nach der Schlacht von Königgrätz, erklärte König Wilhelm: „Den schwierigen Fragen gegenüber, welche in Italien noch einer Lösung harren, wird das Bestreben Meiner Regierung dahin gerichtet sein, den Ansprüchen Meiner katholischen Unterthanen auf Meine Fürsorge für die Würde

und Unabhängigkeit des Oberhauptes ihrer Kirche gerecht zu werden."

Die Stimmung der preußischen Regierung für den Papst war noch während des Krieges von 1870 die beste. Die Nachricht von der Occupation Roms durch die Italiener gelangte, wie oben bemerkt, an das große Hauptquartier nach Ferrieres am 26. September. Fürst Bismarck äußerte in seinem Gespräch über den Papst im Vatikan: „Ja, Souverän muß er bleiben, nur fragte sich's wie? Man würde mehr für ihn thun können, wenn die Ultramontanen nicht überall gegen uns aufträten. Ich bin gewohnt, in der Münze wiederzuzahlen, in der man mich bezahlt."

Wenn schließlich Bismarck im Gegensatz zum Könige, das Prinzip der Nichtinterventions-Politik gewahrt wissen wollte, so war doch sein Streben bis dahin immer von dem Gedanken diktiert worden, den er in der Note an Herrn v. Usedom, Gesandten in Florenz, mit den Worten aussprach: „Die katholische Bevölkerung Deutschlands hat denselben Anspruch wie die evangelische auf Berücksichtigung ihrer religiösen Überzeugnng. Diese Rücksicht verbietet einem Staate mit gemischter Bevölkerung, gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche in einer Weise vorzugehen, welche die Herzen der gläubigen Katholiken verletzen würde. Eine der Vorbedingungen, um uns zum Einnehmen einer festen Stellung zur Sache zu befähigen, würde daher die Vergewisserung über die Frage sein, ob dem Papsttum nach der italienischen oder der französischen, oder der beiden Regierungen gemeinsamer Auffassung seiner Zukunft, eine Stellung bleibt, welche auch von den Katholiken „Deutscher Nationalität" in ihrer Mehrheit als eine würdige anerkannt werden würde."

Als 1867 das die Unfehlbarkeit des Papstes proklamierende Konzil zusammentrat, waren der Monarch und seine Minister darüber einig, daß einem protestantischen Staate es nicht zukomme, sich in den Streit der Bischöfe einzumischen. „Wir lassen es dahingestellt sein, ob die Interessen der Partikular- und Nationalkirchen, welche dort vertreten sein werden, oder die centralisierende Richtung, welche von Rom zu erwarten ist, sich zur Geltung bringen werden. Gegen eine etwa überwiegende extreme oder hierarchische Tendenz glauben wir, daß das Heilmittel sich in der natürlichen Reaktion innerhalb der katholischen Welt finden werde. Wir sehen daher ohne alle Beunruhigung auf den Zusammentritt des Konzils, dessen Deliberationen unsere staatlichen Interessen wenig berühren. Die Teilnahme der preußischen Bischöfe wird eine freiwillige und

von uns ungehinderte sein. Von einer Beteiligung der Regierung als solcher kann nicht die Rede sein. Wenn Ausschreitungen stattfinden sollten, welche in das staatliche Gebiet übergreifen, so werden wir die Rechte des Staates zu wahren wissen, aber wir sehen keine Veranlassung, im voraus Fürsorge dagegen zu treffen," sagte Bismarck in einem amtlichen Schreiben vom 23. März 1869. Ein Gedanke, der vielfach besprochen wurde, war der, das Konzil auch von Seiten der Fürsten durch besondere Gesandte, Oratoren, beschicken zu lassen, wie das früher üblich gewesen, unter anderen befürwortete Graf Harry v. Arnim, der norddeutsche Gesandte in Rom, diesen Plan. Bismarck meinte aber in seiner Antwort vom 25. Mai 1869, da jene Oratoren ja doch kein Veto besitzen würden, sei es vorteilhafter für den Staat, das Konzil ganz allein gewähren zu lassen. Ebenso dachte man an den übrigen Höfen und nur Portugal ernannte wirklich einen Orator, der jedoch starb, ohne seine Vollmacht übergeben zu haben. Von deutscher Seite verfiel man endlich noch auf die Idee, den greisen König Johann von Sachsen, den gelehrten Kenner der mittelalterlichen Theologie, nach Rom zu entsenden; doch ward auch dieser Vorschlag zum Bedauern des Königs nicht gebilligt.

An Fürst Hohenlohe, den bayerischen Minister des Innern, der in einem Rundschreiben auf die hochpolitische Natur der Unfehlbarkeitsfrage hingewiesen und den Vorschlag gemacht hatte, auf einer europäischen Konferenz sich über eine gleichartige Haltung zu verständigen und gemeinsam Verwahrung gegen die einseitige Beschlußfassung des Konzils in staatskirchlichen Fragen einzulegen, schrieb Bismarck:

> „Wir haben ohne Zweifel in der parlamentarischen Gesetzgebung, in Norddeutschland wenigstens, eine durchschlagende Waffe gegen jeden ungerechten Übergriff der geistlichen Gewalt. Aber besser ist es gewiß, wenn wir nicht gezwungen werden, von derselben Gebrauch zu machen, und ich halte es daher für eine Wohlthat, die den geistlichen, wie den weltlichen Obrigkeiten erwiesen wird, wenn der Konflikt zwischen beiden sich durch die von uns besprochenen Warnungen und Vorfragen verhüten läßt. Auf unseren Episkopat hat das Kultusministerium sich bemüht in vertraulichem Wege vorbeugend einzuwirken."

Als Graf Arnim die Sache der Konzilsopposition zu energisch betrieb, wurde ihm wiederholentlich von dem Auswärtigen Amte in Berlin eingeschärft, daß er in zweiter Linie bleibe und bei seinen Schritten sich stets des Einvernehmens mit den deutschen

Bischöfen versichern solle. Graf Arnim hatte in Bezug auf das Konzil die Ansicht, daß die deutsche Regierung die Infallibilitätsfrage nicht ernst genug nehme. Wenn die Bischöfe zu schwach waren, die Übergriffe in ihr Recht zurückzuweisen, so hätte die Regierung doch voraussehen müssen, daß sie um so häufiger innerhalb Preußens dem Papst begegnen würde, sie hätte sich sagen sollen, wie gefährlich es sei, wenn künftig Lehren vorgetragen würden, welche bis dahin von einem großen Teil der Geistlichkeit für Irrtum, vom katholischen Volk für gleichgültig, von fast allen deutschen und österreichischen Bischöfen als mindestens sehr gefährlich angesehen waren und von den Evangelischen als blasphematorische Erfindung betrachtet wurden.

„Jedem, der mit uns in Frankreich gewesen," sagte Bismarck einige Jahre nach dem Kriege, „ist bekannt, daß unser sonst gutes Verhältnis zu Italien während des ganzen Krieges, wenn auch nicht einer Trübung, doch einer Verstimmung unterlag, die bis zum Abschluß des Friedens blieb. Es war eine auffallende Erscheinung, daß in Italien die Vorliebe für die Franzosen stärker war als die Rücksicht auf die Interessen des Landes, welches im Verein mit uns auf den Schlachtfeldern die Unabhängigkeit von Frankreich hätte erkämpfen müssen. Wir haben es allein gekonnt, aber es ist eine Thatsache, daß uns italienische Truppen unter Garibaldi gegenüber gestanden haben, deren Abgang von Hause hätte gehindert werden können. Es trat eine glücklicherweise überwundene Verstimmung zwischen Deutschland und Italien zu Tage. Wir waren weit entfernt, daß wir aus Vorliebe für Italien irgend etwas gethan hätten." Bismarck wollte sagen: gegen den Papst. Das Verhalten Italiens während des Krieges hatte bei dem König Wilhelm und seinem ersten Ratgeber eine Stimmung für den von Italien vergewaltigten Papst hervorgerufen. Einer katholischen Deputation aus Deutschland erwiderte in Versailles im Februar 1871 Kaiser Wilhelm: Seine Gesinnungen für den Papst „als das kirchliche Oberhaupt seiner katholischen Unterthanen" seien dieselben; er sehe in der Occupation Roms einen Gewaltakt, sowie eine Anmaßung Italiens, und er würde „nach Beendigung des Krieges in Gemeinschaft mit den deutschen Fürsten Schritte dagegen in Betracht ziehen." Es lag an dem Verhalten der deutschen Ultramontanen während des Krieges, daß in der Thronrede, welche im Monat März 1871 den ersten deutschen Reichstag eröffnete, die Nichtinterventions-Politik entschieden betont wurde.

Die preußische Regierung bemühte sich daher, gegen das feindselige Auftreten des aus den Wahlen zum Reichstag eben aufgetauchten Centrums die Intervention des päpstlichen Stuhles anzurufen. In dieser Beziehung schrieb Bismarck unter dem 19. Juni 1871 an den Grafen Frankenberg, Mitglied des ersten deutschen Reichstags, daß die in einer Unterredung des Grafen Tauffkirchen, bayerischen Gesandten beim päpstlichen Stuhle, mit dem Kardinal, Staatssekretär Antonelli, von diesem ausgesprochene Mißbilligung der Bildung des sog. Centrums ihm nicht unerwartet gewesen, „da die Kundgebungen, welche Sr. Majestät dem Kaiser nach Herstellung des Deutschen Reiches von Sr. Heiligkeit dem Papste zugegangen waren, jederzeit den unzweideutigsten Ausdruck der Genugthuung und des Vertrauens enthalten hatten. Ich hatte deshalb gehofft, daß die Fraktion, welche sich im Reichstage unter dem Namen des Centrums bildete, in gleichem Sinne zunächst die Befestigung der neuen Institutionen und die Pflege des inneren Friedens, auf dem sie beruht, sich zur Aufgabe stellen werde. Diese Voraussetzung traf nicht zu, der parlamentarische Einfluß der Fraktion des Centrums fiel, welches auch die Ansichten der Führer der letzteren sein mögen, thatsächlich in derselben Richtung ins Gewicht, wie die parlamentarische Thätigkeit der Elemente, welche die von Sr. Heiligkeit dem Papste mit Sympathie begrüßte Herstellung des Deutschen Reiches prinzipiell anfechten und negieren. Ich habe von dieser Wahrnehmung die Gesandtschaft des Deutschen Reiches in Rom unterrichtet, damit sie Gelegenheit habe, sich zu überzeugen, ob die Haltung dieser Partei, welche sich selbst als den speziellen Verteidiger des römischen Stuhles bezeichnet, den Intentionen Sr. Heiligkeit des Papstes entspreche. Der Kardinal-Staatssekretär hat dem Grafen Tauffkirchen darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Haltung der Partei an der höchsten geistlichen Stelle der katholischen Kirche nicht gebilligt werde. — Den Wortlaut der Äußerungen Sr. Eminenz bin ich nicht berechtigt, ohne spezielle Erlaubnis des Herrn Kardinals wiederzugeben, ich darf aber hinzufügen, daß Äußerungen von Vertretern anderer Mächte in Rom mir die Bestätigung geben, daß der Kardinal Antonelli in seiner gegen den Grafen Tauffkirchen ausgesprochenen Mißbilligung der Haltung der Centrumspartei auch den persönlichen Gesinnungen Sr. Heiligkeit Ausdruck gegeben habe."

Bald änderte sich die Sache. Das Centrum entsandte eine Deputation nach Rom, unter deren Mitgliedern insbesondere Fürst Löwenstein seinen Einfluß aufbot, um den Kardinal-Staatssekretär

und den Papst auf die Seite des Centrums gegen die Regierung zu ziehen. Die Einwirkung des Fürsten Löwenstein hatte Erfolg. Kardinal Antonelli gab zunächst seine frühere Mißbilligung dem Centrum gegenüber auf, wich den Beschwerden der preußischen Regierung mehr und mehr aus, bis er endlich, vor die entscheidende Frage gestellt, ob die Kurie sich entschließen wollte, mit der regierungsfeindlichen Partei zu brechen, und ihre Angriffe auf die Regierung zu verhindern, eine entschieden ablehnende Antwort gab. Mit derselben hatte das Centrum sein Ziel erreicht und die bis dahin bestandenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Regierung und dem Papst zerstört. Erst mit diesem Augenblick, als sich die Kurie auf die Seite des Centrums schlug, und die reichsfeindlichen Tendenzen des letzteren zu vertreten anfing, war die Fortsetzung des freundschaftlichen Verkehrs unmöglich geworden.

Ursprünglich hat der Reichskanzler keinen kirchenpolitischen Kampf gewollt, sondern ist zunächst nur den Polonisierungsbestrebungen in den östlichen Provinzen entgegengetreten. Die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium und der Erlaß des Schulaufsichtsgesetzes erfolgten mit Rücksicht auf die Sicherheit und Unabhängigkeit des preußischen Staates und des deutschen Reiches. Später ist Bismarck für die „Maigesetze“ eingetreten. Nachdem dieselben, hervorgegangen aus der Initiative des Ministers Falk, von dem Staatsministerium acceptiert worden waren, blieb nur die Alternative übrig zwischen einem Ministerwechsel oder einem einmütigen Vorgehen der Minister.

„Die katholische Abteilung war“, sagte Bismarck in einer späteren Zeit, „ein Institut in den Händen einiger großen polnischen Familien geworden, in deren Dienst sich diese Behörde behufs Patronisierung in allen zweifelhaften deutsch-polnischen Distrikten gestellt hat. Deshalb drängte sich mir die Notwendigkeit auf, den Anträgen auf Aufhebung dieser Abteilung 1871 zuzustimmen, und das ist eigentlich der Grund, aus dem ich überhaupt in den Kulturkampf geraten bin. Für meine persönliche Auffassung hätte es wohl gar keinen Kulturkampf gegeben. Wer mich in denselben hineingezogen hat, das ist Herr Krätzig, der Vorsitzende der katholischen Abteilung, die innerhalb der preußischen Bureaukratie die Rechte des Königs und der Kirche zu wahren, gebildet war, die aber ausschließlich eine Thätigkeit in der Richtung entwickelte, daß sie die Rechte der römischen Kirche, und namentlich die polnischen Bestrebungen gegenüber dem König mit seiner Autorität und unter seinem

Siegel wahrnahm.“ Das Schulaufsichtsgesetz hatte ebenfalls keine andere Tendenz, als eine nationale, die Schule sollte vor dem Einfluß antinationaler Inspektoren bewahrt werden. Über die katholische Bewegung und die Stellung der Staatsregierung gab Fürst Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause vom 30. Januar 1872 die folgenden Aufklärungen:

„Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, eine Fraktion, der man, wenn alle übrigen Konfessionen dasselbe Prinzip annehmen wollten, nur die Gesamtheit einer evangelischen Fraktion gegenüber stellen müßte; dann wären wir allerseits auf einem incommensurablen Boden, denn damit würden wir die Theologie in die öffentlichen Versammlungen tragen, um sie zum Gegenstande der Tribunendiskussion zu machen. Es war ein großer politischer Fehler, den die Herren vom politischen Standpunkte des Vorredners (Windthorst) begingen, daß sie diese Fraktion überhaupt bildeten, eine rein konfessionelle Fraktion auf rein politischem Boden, indem sie ihre Glaubensgenossen aus den verschiedensten Fraktionen durch die Einflüsse, die ihnen zu Gebote standen, nötigten, sich ihnen anzuschließen.

„Meine Herren: Sie nötigen mich, auf das Historische der Stellung der Regierung zu diesen Fragen einzugehen. Der Herr Vorredner hat selbst weitere Veröffentlichungen darüber in Aussicht gestellt; ich will ihm das erleichtern. Ich huldige von Hause aus dem Grundsatze, daß jede Konfession bei uns die volle Freiheit ihrer Bewegung, die volle Glaubensfreiheit haben muß. Ich habe daraus bisher noch nicht die Konsequenzen gezogen, daß jede Konfession gezählt werden müsse, und daß jede eine ihrer Volkszahl ziffermäßig entsprechende Beteiligung an der Beamtenschaft haben müsse. Es ist neuerdings zur Rechtfertigung von Bewegungen, die von konfessionellen Einflüssen nicht ganz frei waren, sogar der Grundsatz aufgestellt worden, daß in der Bergpartie der Mangel der Gleichstellung der Konfessionen von den Arbeitern schwer empfunden werde und ein zur Abhilfe berechtigendes Bedürfnis bilde. Soweit kommt aber der Herr Vorredner notwendig. Wo soll das aufhören? Bei dem Ministerium fängt er an, die Oberpräsidenten müssen also auch — ich weiß nicht, wie das Verhältnis ist, ich glaube nach dem Verhältnis wie 4 : 7, ich will es auch nicht wissen — gezählt werden; die Beamten in allen Regierungsbehörden natürlich auch. Nun kommt aber noch hinzu, daß die evangelische Konfession nicht ganz und gar aus einem Blocke ist. Sie können nicht Evangelische und Katholische gegenüber stellen; die unierte preußische Landeskirche, die lutherische, die reformierte haben vollständig die analoge Berechtigung, wie die katholische. Sobald wir den Staat in konfessionelle Stücke

schneiden, an welchen jede Konfession ihren verhältnismäßigen Anteil haben muß, so kommt auch noch die ganz beträchtliche Kopfzahl der jüdischen Bevölkerung in Betracht, deren Mehrheit sich ja durch besondere Befähigung und Intelligenz für Staatsgeschäfte auszeichnet.

„Wenn nun zur Herstellung des Friedens mit dem Staate also die Fraktion des Herrn Vorredners sich auf einem politischen Boden konfessionell konstituiert hatte und ihre politische Haltung in der Hauptsache von der Konfession abhängig machte, so konnte man nun fragen: Sucht sie auf diese Weise den Frieden zu erstreben, indem sie ihre Macht zeigt?

„Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat, und ich habe mich nun gefragt: Wird dieses streitbare Korps, welches zweifellose Anhänger der Regierung aus ihren Sitzen verdrängt und eine solche Macht übt, daß es gänzlich unbekannte Leute, die in den Wahlkreisen niemals gesehen waren, bei der Wahl durch einfachen Befehl von hier aus durchsetzt — wird dieses streitbare Korps der Regierung verbündet sein, wird es ihr helfen wollen, oder wird es sie angreifen? Ich bin etwas zweifelhaft geworden, als ich die Wahl der Führer sah, als ich sah, daß ein so kampfbereites und streitbares Mitglied wie der Herr Vorredner, sofort an die Spitze trat, ein Mitglied, welches von Anfang an, aus Gründen, die ich achte und ehre, ungern und mit Widerstreben der preußischen Gemeinschaft beigetreten ist, ein Mitglied, das bisher niemals durch seine Haltung und durch die Färbung seiner Rede bekundet hat, daß es diesen Widerwillen überwunden habe, ein Mitglied, von dem ich noch heute zweifelhaft bin, daß ihm die Neubildung des Deutschen Reiches willkommen ist; ob er in dieser Gestalt die deutsche Einigung annehmen will, oder ob er sie lieber gar nicht gesehen hätte, darüber bin ich noch immer im Zweifel.

„Ich bin indes, als ich aus Frankreich zurückkehrte, unter dem Eindruck und in dem Glauben gewesen, daß wir an der katholischen Kirche eine Stütze für die Regierung haben würden, vielleicht eine unbequeme und vorsichtig zu behandelnde — ich bin in Sorge gewesen, wie wir es anzufangen haben würden, vom politischen Standpunkte aus etwas anspruchsvolle Freunde so zu befriedigen, daß wir mit ihnen auf die Dauer leben können und daß wir dabei die nötige Fühlung mit der Mehrheit des Landes behielten. Diese Sorge hat mich damals, ich kann wohl sagen in erster Linie beschäftigt, so oft ich mich den inneren Angelegenheiten wieder zuwendete. Ich wurde in der That überrascht durch die Haltung, welche die mobil gemachte Armee einnahm. Ich habe mich aber noch in der ersten Reichstagssitzung einer Äußerung über die Frage sorgfältig enthalten, ich habe mir gesagt,

die Frage ist zu ernst, ich will abwarten, wie sich die Partei entwickelt, ob freundlich oder feindlich, ich habe geschwiegen.

„Von jener Seite wurde nicht geschwiegen. Ich mußte, als ich aus Frankreich zurückkam, erfahren, welche Mittel bei den Wahlen angewendet worden waren, um die Wahlen dieser neuen Partei durchzusetzen. Wir hatten gehofft, an einer streng kirchlichen Partei eine Stütze zu gewinnen, die dem Kaiser giebt, was des Kaisers ist, die die Achtung vor der Regierung auch da, wo man glaubt, daß die Regierung irrt, in allen Kreisen, namentlich in den Kreisen des politisch weniger unterrichteten, gemeinen Mannes, der Masse zu erhalten sucht. Ich mußte mit Betrübnis und Befremden hören, daß die Wahlreden, die ja zum größten Teil gedruckt sind, die Preßerzeugnisse, die auf die Wahlen hinwirkten, gerade an die Leidenschaft der unteren Klassen, der Masse appellierten, um sie zu erregen gegen die Regierung, daß dagegen nichts geschah, um irgend ein von seiten der Regierung vorgekommenes Versehen zu entschuldigen, sondern daß man alles, was man an unserer Regierung, wie an jeder nach menschlicher Unvollkommenheit tadeln kann, sehr scharf beleuchtete, aber etwas Gutes über die preußische Regierung, etwas, was zur Anerkennung derselben aufforderte, habe ich in diesen Wahlreden nie gelesen.

„Nichtsdestoweniger mußte man nach dem Zeugnisse der Herren annehmen, daß die altpreußischen Einrichtungen — altpreußisch ist nicht die richtige Bezeichnung, sondern neupreußische Einrichtungen — wie sie bestehen, von der katholischen Kirche als ihr willkommen, als ihr nützlich, als ihr eine ehrenvolle und bequeme Stellung gewährend anerkannt würden.

„Die höchsten Zeugnisse von Sr. Heiligkeit dem Papste, die Zeugnisse der Bischöfe, haben uns darüber vorgelegen, daß man mit uns zufrieden sei; wir hatten gehofft, daß diese Zufriedenheit sich einigermaßen bei dem Einfluß auf den gemeinen Mann, wie er auf der Kanzel und im Beichtstuhl geübt wird, zeigen und erkennbar machen würde, und wie ich sah, daß doch mehr das Gegenteil der Fall war, wie ich sah, daß man auf der einen Seite die preußischen Einrichtungen für das Reich verlangte, auf der anderen Seite sie dem gemeinen Manne nicht in einem ganz günstigen Lichte darstellte, da bin ich zweifelhaft geworden und bin einen Schritt zurückgetreten. Wie ich ferner gefunden habe, daß die Fraktion, von der ich sprach, im Reichstage sich bereitwillig Elemente aneignete, deren fortdauernder prinzipieller Widerspruch gegen den preußischen Staat und gegen das deutsche Reich notorisch war, und sich aus diesen Elementen verstärkte, Protestanten, die nichts mit dieser Partei gemein hatten, als die Feindschaft gegen das deutsche Reich und Preußen, in ihre Mitte aufnahm, daß sie Billigung und Anerkennung fand bei allen den Parteien, die, sei es vom nationalen, sei es vom revolutionären Standpunkt aus,

gegen den Staat feindlich gesinnt — eine Gemeinschaft, die die Herren vielleicht im Prinzip zurückweisen, die sie aber doch, sei es wider ihren Willen, auf dem Wege den sie gingen, fanden — da bin ich mir immer klarer in der Besorgnis geworden, daß wir durch diese Partei zu der bedauerlichen Situation kommen würden, in der wir uns befinden.

„Der Herr Redner hat vorzugsweise die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium als Anlaß zu dem Vorwurf des Mangels an Parität (Gleichstellung) in den staatlichen Verhältnissen genommen. Die katholische Abteilung hatte in dem absoluten Staate meines Erachtens ihre vollständige Berechtigung, daß der König, der über alles in letzter Instanz zu entscheiden hatte, auf den Rat sachkundiger Katholiken über katholische Angelegenheiten hören wollte, daß er sich sogar eine Vorschrift daraus machte, gewisse Stellen mit Räten gewisser Konfessionen zu besetzen, war durchführbar. Sobald wir in konstitutionelle Formen übertraten, war es meines Erachtens ganz unverträglich mit dem Grundbegriff der Verfassung, daß die Zugänglichkeit zu gewissen politischen Ratsstellen in den Ministerberatungen von der Konfession abhängig gemacht wurde. Wenn das geschehen muß, so ist die ministerielle Verantwortlichkeit damit überhaupt nicht mehr verträglich. Entweder hat der Kultusminister eine Verpflichtung, den Ansichten seiner katholischen Räte zu folgen und dann kann er für diesen Teil seiner amtlichen Thätigkeit verfassungsmäßig nicht mehr verantwortlich sein, oder er hat diese Verpflichtung nicht, dann ist es auch nicht erforderlich, daß diese Räte in eine besondere Abteilung formiert werden, welche statutenmäßig einem bestimmten Bekenntnis angehören muß. Es ist entweder eine Beschränkung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit, oder ein ganz nutzloses Institut, wenn der Minister schließlich sagt: ich würde euch gern gefällig sein; aber meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Mehrheit der Volksvertretung gegenüber läßt es nicht zu.

„Ich kann außerdem nicht leugnen, daß ich den Eindruck habe — ich beschuldige damit niemand, gegen seine Überzeugung gehandelt zu haben — daß die Richtung dieser katholischen Abteilung degeneriert war, ihre ursprüngliche Natur verändert hatte. Sie wurde ursprünglich geschaffen, um Beamte des Staates zu haben, welchen vorzugsweise der Beruf anheimfiel, die Rechte des Staates in Bezug auf die katholische Kirche auszuüben und zu vertreten, in einer freundschaftlichen Weise zu vertreten, wie es zwischen befreundeten Potenzen üblich ist. Sie hatte aber schließlich den Charakter angenommen, daß sie meiner Ansicht nach ausschließlich die Rechte der Kirche innerhalb des Staates und gegen den Staat vertrat.

„Ich habe deshalb schon vor drei oder vier Jahren bei Sr. Majestät dem Könige gelegentlich zur Sprache gebracht, ob es nicht

nützlicher wäre, wenn wir an diesem Orte einen päpstlichen Nuntius an Stelle dieser Abteilung hätten, indem von dem Nuntius jedermann weiß, was er vertritt und was zu vertreten seine Pflicht ist, und man ihm gegenüber eben die Vorsicht beobachtet, die man Diplomaten gegenüber nimmt, und indem er seinerseits auch im stande ist, den kirchlichen Souverän, den er vertritt, unmittelbar von den Eindrücken, die er wirklich hat, ohne eine zwischenliegende Instanz und ohne falsche Strahlenbrechung in Kenntnis zu setzen. Ich habe die Einrichtung eines Nuntius immer für wesentlich nützlicher und zweckmäßiger gehalten, als die katholische Abteilung. Ich habe indessen nicht gewagt, ihr Folge zu geben, da ich sowohl an höheren Stellen, als auch in der öffentlichen Meinung eine starke Abneigung dagegen vorfand. Ob wir schließlich nicht doch auf diesen Ausweg kommen, überlasse ich der geschichtlichen Entwickelung, sobald sie friedliche Wege gefunden haben wird. Aber ich habe den Grundsatz immer nützlicher gefunden, des Freundes Freund und — ich will nicht sagen — des Feindes Feind, aber des Gegners Gegner zu sein und Konzessionen in der jetzigen Lage zu machen, ist mir deshalb wie die alte Fabel von dem Wanderer, seinem Mantel und der Sonne und dem Monde vorgekommen. Der Wind konnte ihn nicht nehmen, die Sonne gewann es ihm ab, und mit der Sonne würden die Herren auch weiter gekommen sein.

„Es ist ferner die Situation nicht bloß durch die Gründer dieser konfessionellen Fraktion erschwert worden, sondern auch durch die in der That in unsern politischen Debatten ganz ungewöhnliche Leidenschaftlichkeit des Tones, vorzugsweise in der Presse.

„Ich würde es als großen Fortschritt erkennen und bitte Sie darum und ich will mich bemühen, das zu thun — lassen wir diese Leidenschaftlichkeit aus den Diskussionen heraus, dieses gegenseitige Anklagen; suchen wir aus dieser in der That für das Vaterland großen Kalamität von theologischen Diskussionen auf politischem Gebiete, einen friedlichen und ruhigen Ausweg zu finden. Es ist der ernste Wille der Regierung und ich glaube, aufrichtig kann niemand daran zweifeln, daß jede Konfession und vor allen Dingen diese so angesehene und durch ihre Volkszahl große katholische, innerhalb dieses Staates sich mit aller Freiheit bewegen soll. Daß sie außerhalb ihres Gebietes eine Herrschaft üben, das können wir in der That nicht zugeben und ich glaube, der Streit liegt mehr auf dem Gebiete der Eroberung für die hierarchischen Bestrebungen als auf dem Gebiete der Verteidigung.

„Der Weg dazu wird nicht in kleinlichen Maßregeln, in Chicanen liegen, und ich bedaure, daß beispielsweise die Braunsberger Angelegenheit vermöge der Schwierigkeit, mit welcher jede Änderung der Staatsgesetzgebung bis in kleinliche Konsequenzen verbunden ist, uns

gegenüber der Heftigkeit, mit der aggressiv von der anderen Seite aufgetreten wurde, zu gesetzlichen Konflikten hat führen müssen. Die Staatsgesetze verbieten es, einem Bischof der katholischen Kirche das Recht der Entlassung eines Staatsbeamten zu übertragen; es ist da eine Kollision zwischen dem kirchlichen Recht, wie es sich heutzutage ausgebildet hat, und zwischen der augenblicklich bestehenden Staatsgesetzgebung rechtlich unvermeidlich gewesen, eine Kollision, welche zu lösen und in schicklicher Weise zu lösen, ich als die Aufgabe einer weiteren Gesetzgebung betrachte, und ich glaube, das wird eine Aufgabe sein, deren der neue Kultusminister sich mit Vorliebe und Beschleunigung annehmen wird.

„Dogmatische Streitigkeiten über die Wandlungen oder Deklarationen, welche innerhalb des Dogmas der katholischen Kirche vorgegangen sein können, zu beginnen, liegt der Regierung sehr fern und muß ihr fern liegen, jedes Dogma, auch das von uns nicht geglaubte, welches so und so viele Millionen Landsleute teilen, muß für ihre Mitbürger und für die Regierung jedenfalls heilig sein. Aber wir können den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Teiles der Staatsgewalt den geistlichen Vätern nicht einräumen und soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genötigt, sie einzuschränken, damit wir neben einander Platz haben, damit wir in Ruhe mit einander leben können; damit wir so wenig wie möglich genötigt werden, uns hier um Theologie zu bekümmern. Ich kann auch für die Regierung nur den Standpunkt wahren, daß man von der Regierung eines paritätischen Staates nicht verlange, sie solle konfessionell auftreten nach irgend einer Richtung hin. Konfessionell kann eine Regierung nur dann auftreten, wenn sie eine Staatsreligion hat, wie wir sie nicht haben. Der Vorredner will dem substituieren 5 bis 6 Staatsreligionen, von denen jede ihre staatliche Geltung und Berechtigung haben soll. Ich bestreite den Herren, daß, wenn diese Fragen hier der Staatsregierung gegenüber in dem Sinne vertreten — daß sie dabei die Mehrheit ihrer eigenen Glaubensgenossen auf ihrer Seite hätten. Das bestreite ich und gewärtige ich den Beweis."

In einem im Jahre 1855 vom Bischof von Mainz zur Bonifaciusfeier erlassenen Hirtenbrief heißt es:

„Wie das Judenvolk seinen Beruf auf Erden verloren hat, als es den Messias kreuzigte, so hat das deutsche Volk seinen hohen Beruf für das Reich Gottes verloren, als es die Einheit im Glauben zerriß, welche der heilige Bonifacius gegründet hat. Seitdem hat Deutschland fast nur noch dazu beigetragen, das Reich Christi zu zerstören und eine heidnische Weltanschauung hervorzurufen. Seitdem ist mit dem alten Glauben auch die alte Treue mehr und mehr verschwunden und alle Schlösser und Riegel, alle

Zuchthäuser und Zwangsanstalten, alle Überwachungen und polizeilichen Maßregeln vermögen uns nicht das Gewissen zu ersetzen. Seitdem gehen die deutschen Herzen und die deutschen Gedanken immer weiter auseinander, und wir sind eben jetzt mitten in einer Entwickelung begriffen, die das Verschwinden des deutschen Volkes vorbereitet."

Auf welche Seite die Partei, zu welcher der Bischof von Mainz gehörte, nach dem Wiener Kongreß sich stellte, als der diplomatische Kampf um die Suprematie in Deutschland gekämpft wurde, und wie diese Partei die Preußen in preußischen Provinzen zu Österreichern zu machen suchte, ist genügend bekannt, und daß Männer, die so über das deutsche Volk denken, für die Entwickelung Preußens und Deutschlands kein Herz haben können, und man ihnen mit aller Kraft entgegentreten muß, braucht kaum betont zu werden.

Niemals wurde eine Prophezeiung — die vielleicht einem herzinnigen Wunsch entsprach — auf vollständigere und mehr ironische Weise von der Geschichte dank der Kraft und dem Nationalgefühl des deutschen Volkes Lügen gestraft, als die obige.

Denn am 18. Januar 1871 — gerade 6 Monate, nachdem am 18. Juli 1870 die päpstliche Unfehlbarkeitserklärung allen Errungenschaften der Kultur zum Hohn dem modernen Bewußtsein ins Gesicht geschleudert wurde — ist unser neues Kaiserreich in seinem Glanze entstanden und die Kaiserkrone einem protestantischen Fürsten zugefallen. Der vom Bischof von Mainz so sehr beklagte Verlust der Glaubenseinheit wurde vom deutschen Volke, das, so Gott will, nicht sobald „verschwinden" wird, als es jener hohe katholische Würdenträger gehofft haben mag, durch die Nationaleinheit ersetzt.

Damit aber war es mit dem konfessionellen Frieden in Preußen zu Ende. Und wie der Zustand bald nach dem deutsch-französischen Kriege sich stellte, das ist von dem Fürsten Bismarck in seiner am 7. März 1872 gelegentlich der Beratung des Gesetzentwurfes über die Beaufsichtigung des Erziehungs- und Unterrichtswesens im Herrenhause gehaltenen bedeutungsvollen Rede klargelegt.

Der Fürst sprach wörtlich Folgendes:

„Was uns bestimmt hat, dieses Gesetz vorweg zu nehmen aus dem Unterrichtsgesetze und gerade jetzt die Geduld nicht mehr zu haben, die wir hatten, das war die Erwägung, daß wir früher in einem von ganz Europa beneideten konfessionellen Frieden gelebt haben. Es

war das ein Verdienst, welches die preußische Staatsregierung hatte auch mit derjenigen Konfession, mit welcher für eine evangelische Dynastie es am schwierigsten zu leben ist, mit der römisch-katholischen Konfession in einem von dieser unumwunden anerkannten guten Vernehmen zu leben. Dieser Frieden begann aber minder sicher für uns zu werden von dem Augenblicke an, wo Preußen mit seiner evangelischen Dynastie eine stärkere politische Entwickelung nahm. So lange neben Preußen zwei katholische Hauptmächte in Europa waren, von denen jede, einzeln gedacht, für die katholische Kirche eine stärkere Basis zu sein schien, als Preußen, das kleinere Land, da haben wir diesen Frieden gehabt; er wurde schon bedenklich und angefochten nach dem österreichischen Kriege, nachdem die Macht, welche eigentlich in Deutschland den Hort des römischen Einflusses bildete, im Jahre 1866 im Kriege unterlag und die Zukunft eines evangelischen Kaisertums in Deutschland sich deutlich am Horizonte zeigte. Aber man verlor die Ruhe auf der anderen Seite vollständig, als auch die zweite katholische Hauptmacht in Europa denselben Weg ging und Deutschland einstweilen anerkannt die größte Militärmacht und einstweilen und vielleicht, je nachdem es Gott will, auf längere Zeit hin, die größte Schwerkraft in der politischen Wage wurde, ohne unter einer katholischen Dynastie zu stehen. Ich will den ganzen Kausalzusammenhang nicht entwickeln. Gleichmäßig mit dem Wachsen Preußens haben wir die Beeinträchtigung des konfessionellen Friedens von Hause aus gespürt, und man hat nach vielen Mitteln gegriffen, um Waffen gegen uns in die Hand zu bekommen. Wie vom Standpunkte unserer Diplomatie die Sache sich verhält, das will ich Ihnen mit wenigen Worten aus einem Bericht darlegen, der mir gerade mit der heutigen Post hier einging von einem unserer erfahrensten nnd angesehensten Gesandten. Der Bericht ist frisch aus diesem Monat und ist mir, während ich hier eben die heutige Post durchsah, unter die Hände gekommen, aber er enthebt mich der eigenen Äußerung. Der Herr Berichterstatter sagt:

„Wenn ich meine persönliche Meinung aussprechen soll, so gestehe ich, daß ich keinen Augenblick daran gezweifelt habe, daß die in Frankreich gewünschte Revanche durch religiöse Zerwürfnisse in Deutschland vorbereitet werden soll und nur auf diesem Wege Hoffnung auf Erfolg haben kann. Man will die deutsche Einheit und Kraft auf dem Wege lähmen. Ein einflußreicher Teil des katholischen Klerus, der von Rom aus geleitet wird, ist der französischen Politik dienstbar, weil mit ihr die Hoffnungen auf die Restauration im Kirchenstaate zusammenfallen. In Frankreich ist vorübergehende Verschmelzung oder vielmehr gegenseitige Düpierung des klerikalen und republikanischen Elementes möglich, sobald der Klerus Rache an Deutschland und Wiederherstellung französischer Hegemonie offen auf seine Fahne schreibt, unter welcher Regierungsform es sei. So hofft man wieder zu er-

starken, während in Deutschland durch wohlorganisierte Arbeit des von Paris, Rom, Genf, Brüssel geleiteten Klerus kirchliche Zerwürfnisse mit aller Anstrengung vorbereitet werden."

„Es ist dies ein an Seine Majestät gerichteter, deutlicher Bericht. In einem anderen Passus heißt es:

„Man mache sich keine Illusionen darüber, daß gleichzeitig mit der Revanche gegen Deutschland der Schlag gegen Italien vorbereitet wird, in der Hoffnung, daß Deutschland durch innere religiöse Wirren paralysiert werden soll und daß das klerikale Element, während es in Deutschland und Polen langsam zersetzend wirkt, in Italien offen das französische Banner aufpflanzt und unter seinem Schutze das Land unter päpstliche oder vielmehr französische, durch den Papst repräsentierte Herrschaft zurückführen soll."

„Das sind die Ansichten eines gewiegten und erfahrenen Diplomaten, der nicht für den Gebrauch parlamentarischer Debatte diesen Bericht geschrieben hat, sondern der seine auf lange Jahre gegründete Überzeugung seinem Könige und Herrn ausspricht. Diese eine Vorlesung wird Ihnen einen Lichtstrahl werfen auf die politischen Erwägungen, welche die Staatsregierung bei Beurteilung solcher Maßregeln, wie sie hier vorkommen, zu beachten hat . . . Wenn wir nun die Überzeugung haben — sie kann irrtümlich sein — daß Kräfte nötig sind, deren Ideal erst erreicht wird, wenn sie Bataillone und Schwadronen bilden können, in denen das Kommando des Rittmeisters schwächer wirkt, als der Einfluß des Beichtvaters, da stehen die Dinge schon klarer, da heißt es: „principiis obsta!" Denn es kann nicht die Aufgabe der Regierung sein, Leute niederzuschlagen; wir wünschen vielmehr, sie nicht so zu erziehen, daß wir sie niederschlagen müssen, wenn sie erwachsen sind, sondern wir wünschen die Keime des Verderbens nicht in die Kinder gelegt zu sehen. Der Beichtstuhl bleibt ja immer ein Hauptmittel für einen katholischen Geistlichen, der einer anderen internationalen Richtung und einer anderen Ordnung der Dinge anhängt, wie die Regierung, unter der er lebt. Auch die Thätigkeit im Beichtstuhl kann eine solche sein, daß, wenn man etwas davon erfährt, sie dazu führt, sich einen anderen Schulinspektor zu wünschen, damit die Gemüter der Kinder nicht von Hause aus vergiftet werden."

Am 14. Mai 1872 erklärte Fürst Bismarck im Reichstage: „Seien Sie außer Sorge, nach Kanossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig."

Eine Wendung im Kulturkampf führte im Januar 1878 der Tod des Papstes Pio Nono mit sich. Noch im Jahr 1880 sagte Fürst Bismarck, nachdem Falk gegangen und durch Puttkamer

ersetzt war: „Wir haben es mit einer andern Nummer versucht, aber verlassen Sie sich darauf, es wird derselbe Faden gesponnen.“

In demselben Jahre begann die Abtragung der Maigesetze. In der Sitzung des Herrenhauses vom 8. April 1886 ergriff Ministerpräsident Fürst Bismarck das Wort, um zu konstatieren, daß er an der Entstehung der Maigesetze nicht als Ressortminister beteiligt gewesen sei, sondern nur als Mitglied des Staatsministeriums, nicht einmal als Ministerpräsident, welchen Posten damals Graf Roon inne gehabt habe. Daraus aber wolle er nicht das Recht herleiten, sich von der Verantwortlichkeit zu entbinden, sondern dieselbe nur dahin definieren, daß er für die Richtung, für die Tendenz der Maigesetze als Kampfgesetze die Verantwortlichkeit vollständig mittrage, sie noch heute aufrecht erhalte und dafür einstehe, daß es möglich und zweckmäßig gewesen sei, Gesetze in dieser Richtung zu geben. Etwas anderes sei die Verantwortlichkeit für alle Einzelheiten dieser Gesetze, für alle Arabesken dieses technisch vollendeten Gebäudes, von dem er selbst heute noch nicht alle Winkel kenne. Es werde in der Presse vielfach so angesehen, als ob die Maigesetze nicht eine bedauerliche Notwendigkeit gewesen wären, sondern daß man in ihnen eine Art von Palladium des preußischen Staates zu verehren habe und daß unter keinen Umständen daran gerührt werden dürfe, wenn man nicht die Ehre des Staates dadurch verletzen wolle. Eine Ehrenfrage, wie die fortschrittliche Presse behaupte, die an dem Streite zwischen Staat und Kirche eine Freude, ein Interesse habe, liege in keiner Weise vor. Er sei in seiner Stellung zu dieser Frage wesentlich befestigt worden durch die leidenschaftlichen und unwahren Angriffe, welche die Möglichkeit von Konzessionen der römischen Kirche gegenüber in den fortschrittlichen Blättern erfuhr. In seiner Amtszeit habe er stets gefunden, daß er auf dem richtigen Wege sei, wenn die fortschrittlichen Blätter ihn anfeindeten. Die Maigesetze seien Kampfgesetze, womit gesagt sei, daß damit nicht eine dauernde Institution geschaffen werden sollte, sondern daß sie nur Mittel gewesen seien, um zu einem annehmbaren Frieden zu gelangen, wie er dies bei der Entstehung der Maigesetze in mehreren seiner Reden hervorgehoben habe. Nicht aus konfessionellen Rücksichten, sondern aus politischen sei er in diesen Kampf eingetreten. Die Maigesetze enthalten manche Bestimmungen, welche für den Staat minder wichtig seien, darunter die über Erziehung und Anstellung der Geistlichen, über die Aufsicht über die Bildungsanstalten, über die Rechte des Staates gegenüber

der kirchlichen Jurisdiktion. Die Kirchengesetze hätten in letzterer Beziehung Ziele erstrebt, die sie nach der Natur der Sache nicht erreichen können. Es sei niemand gezwungen, Priester zu werden, jeder, der es werde, wisse, was ihm bevorstehe. Seine Stellung zu der Frage müsse eine rein politische sein; er müsse sich so zu derselben stellen, daß er sich sagen könne, auch wenn er Katholik wäre, müßte er als Ministerpräsident dem Könige dasjenige vorschlagen können, was er ihm jetzt vorschlage.

Über sein Verhältnis zum Papst hinsichtlich der neuen Vorlage sagte Fürst Bismarck: „Ich habe es für möglich gehalten, die Vorlage, die wir dem preußischen Landtage zu machen beabsichtigen, zur Kenntnis Sr. Heiligkeit des Papstes zu bringen und sein Urteil darüber zu hören, ohne ein Versprechen, daß wir unsere Entschließung seinem Urteil gemäß ändern würden. Ich habe diesem Weg den Vorzug gegeben, weil ich den Eindruck habe, daß ich bei dem Papste Leo XIII. mehr Wohlwollen und mehr Interesse für die Befestigung des deutschen Reiches und auch für das Wohlergehen des deutschen Staates finden würde, als ich zu Zeiten in der Majorität des deutschen Reichstages gefunden habe. Ich halte den Papst für deutschfreundlicher, als das Centrum; der Papst ist eben ein weiser, gemäßigter und friedliebender Herr. Ob man das von allen Mitgliedern der Reichsmajorität sagen kann, lasse ich dahingestellt sein. Der Papst ist außerdem nicht Welfe, er ist nicht Pole und ist auch nicht deutsch-freisinnig. Er hat auch keine Anlehnung mit der Socialdemokratie. Kurz alle Einflüsse, die im Parlament die Situation fälschen, finden in Rom nicht statt. Der Papst ist rein Katholik und nichts als Katholik. Er ist frei und repräsentiert die freie katholische Kirche; das Centrum repräsentiert die katholische Kirche im Dienste des Parlamentarismus und der Wahlumtriebe, und deshalb habe ich es vorgezogen, mich an die Kurie zu wenden, und ich bin auch entschlossen, in den weiteren Phasen auf diesem Wege fortzufahren, da ich von der Weisheit und Friedensliebe Papst Leos XIII. mehr Erfolg für den inneren Frieden Deutschlands erwarte, als von den Verhandlungen im Reichstag und weil ich der Centrumspartei, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, nicht gegenübertreten will, ohne den katholischen Preußen die Gewißheit vorher zu geben, daß ich im Einverständnis bin mit dem Papst, der höchsten Autorität ihres Bekenntnisses. Für die Regierungsvorlage, so wie wir sie eingebracht haben, treten wir unter allen Umständen ein, auch wenn die Zusätze, die sie in

der Kommission und durch die neuesten Amendements erhalten hat, nicht die Genehmigung des Hauses finden sollten. Denn sie enthält das, was die Staatsregierung geglaubt hat, unentgeltlich und freiwillig gewähren zu können. Die Revision der Maigesetze, von welcher die letzte römische Note die Gewährung der vollen Anzeigepflicht abhängig macht, wird von der Regierung ohne Schwierigkeit zugesagt werden können, und ich spreche die volle Überzeugung aus, daß, wenn wir über den Frieden verhandeln und demselben näher treten, von beiden Seiten loyal, ehrlich und mit Vertrauen verhandelt werden wird."

Die Arnim-Affaire.

Ein Botschafter wollte und sollte — nach dem Willen der Kreuzzeitungspartei — den Kanzler des Reiches stürzen und seinen Platz einnehmen, was er auf dem Platze unternommen haben würde, das steht dahin, er hatte über die Ultramontanen verschiedene Reden hin und her geführt und man hätte gerade nicht mit Seelenruhe das Steuerruder in seinen Händen erblickt. Freilich war man überzeugt, daß er niemals eine ernstliche Aussicht darauf hatte, das Ziel seines Strebens zu erreichen, aber man sah doch, mit welchen Hindernissen, um nicht mehr zu sagen, der Kanzler zu kämpfen hatte. Anderthalb Jahre lang oder länger wirkte ihm ein feindseliger Botschafter mit allen seinen Kräften entgegen. Im Dezember 1872 legte Fürst Bismarck den Vorsitz im preußischen Staatsministerium nieder, weil ihn die Stellung, die ihm eingeräumt war, nicht befriedigen konnte, im November 1873 hatten sich die Verhältnisse so weit günstiger gestaltet, daß er sich dazu verstehen mochte, den Vorsitz von neuem zu übernehmen. Er hatte aber auch dann noch an der wichtigsten Stelle des diplomatischen Dienstes einen widerspenstigen Beamten zu ertragen.

Während Graf Arnim von Paris aus in Deutschland den Widerstand gegen den Kulturkampf schürte, gab es sehr bald noch andere Reibungen zwischen ihm und dem Reichskanzler, die zwei Jahre später zu einem vollständigen Bruch führten und die heftigsten Scenen zwischen Minister und Monarch in Berlin verursachten. Wie weit die Stimmung des Fürsten Bismarck gegen den deutschen Botschafter in Paris bereits im Jahre 1872 gediehen war, beweist ein Schreiben des Fürsten an den Kaiser vom 5. Dezember jenes Jahres, worin der Kaiser gebeten wird, den „durchweg tendenziösen und sachlich widerspruchsvollen Darstellungen des Grafen Arnim

nicht das Gewicht beilegen zu wollen, welches objektive und gewissenhafte Darstellungen zu beanspruchen haben würden."

Der Botschafter in Paris äußerte in seinen Berichten die Ansicht, daß unsere rückständigen Kontributionsforderungen unter jeder Regierung Frankreichs unbedingt gesichert seien, und daß „die einstweilige Fortdauer republikanischer Institutionen in Frankreich den monarchischen Institutionen in Deutschland gefährlich sei", daher er sich für eine baldige Rückkehr der französischen Monarchie aussprach. Beide Behauptungen bezeichnete Bismarck in seinem Erlaß vom 20. Dezember 1872 als „irrtümlich". Denn wenn vor der vollständigen Zahlung der Kriegskontributionsgelder einer der monarchischen Prätendenten sich der Gewalt bemächtigte, würden wir in freundschaftlicher Weise gebeten werden, das Gedeihen des jungen monarchischen Keimes dadurch zu fördern, daß wir der Monarchie in Bezug auf Zahlung und Räumung Konzessionen machten, die wir der Republik versagt hätten. „Wenn man auch in London, Petersburg und Wien zu klug ist, um zu glauben, daß ein monarchisches Frankreich uns weniger gefährlich sei, als die gelegentliche Herrschaft der republikanischen Fraktionen in Frankreich, so ist doch die Behauptung, eine solche Ansicht zu haben, ein zu brauchbarer Deckmantel zur Erstrebung anderer Zwecke, als daß man nicht die Verstimmung über unsere Stellung und wegen der allerdings für alle außer uns unbequemen Übertragung der Milliarden aus Frankreich nach Deutschland unter dieser Maske zur Geltung bringen sollte. Es würde auf diese Weise sich eine für uns recht unbequeme europäische Gruppierung in kurzer Zeit herausbilden können, welche einen zunächst freundschaftlichen Druck auf uns üben würde, um uns zum Verzicht auf einen Teil der errungenen Vorteile zu bestimmen. Analoge Erscheinungen werden ohnehin vielleicht später nicht ausbleiben; aber unsere Aufgabe ist es gewiß nicht, Frankreich durch Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnisfähig für unsere bisherigen Freunde zu machen. Frankreichs Freundschaft zwingt uns zu wünschen, daß es schwach sei, und wir handeln sehr uneigennützig, wenn wir uns der Herstellung konsolidierter monarchischer Institutionen, so lange der Frankfurter Frieden nicht vollständig ausgeführt ist, nicht mit Entschlossenheit und Gewalt widersetzen."

Nach dem Sturze Thiers berichtete Arnim in einer Eingabe an den Kaiser vom 8. Juni 1873 über seine Unterredung mit dem neuen Präsidenten Mac Mahon, sprach über das französische Partei-

wesen, über die Aussichten der Fusion und der Bonapartisten und erklärte, daß keine der dynastischen Lösungen, mit denen sich die Parteien beschäftigten, dem monarchischen Prinzip in Europa zu gute kommen würde, und daß diejenige französische Regierung für Deutschland die beste sei, welche den größten Teil ihrer Kraft auf die Bekämpfung ihrer inneren Feinde verwenden müsse. Von dieser Eingabe in Kenntnis gesetzt, richtete Fürst Bismarck am 19. Juni 1873 ein Schreiben an Arnim, worin er diesen daran erinnerte, daß derselbe in einer achtmonatlichen Berichterstattung eine entgegengesetzte Auffassung festgehalten und bei dem Kaiser zur Geltung gebracht; daß er dadurch den für Deutschland nicht vorteilhaften Regierungswechsel, wenn nicht geradezu herbeiführt, so doch zum mindesten erleichtert, und daß er durch seine Berichterstattung im Widerspruch mit der Bismarckschen Politik auf den Kaiser eine Einwirkung ausgeübt habe, welche nicht mehr den Charakter einer gesandtschaftlichen, sondern den einer ministeriellen Thätigkeit an sich trage. Dieselbe trete in Rivalität mit der legitimen Wirksamkeit des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Nachdem er (Bismarck) durch ernste, verantwortliche und erfolgreiche Arbeit im Dienste des Kaisers seine Kräfte erschöpft habe, könne er die Anstrengung nicht mehr leisten, welche erforderlich sein würde, um neben seinen regelmäßigen Dienstgeschäften im Kabinett des Kaisers den Kampf gegen den Einfluß eines seiner Politik widerstrebenden Botschafters zu führen. Er halte es daher für notwendig, Anträge an den Kaiser zu richten, um die Einheit und Disciplin im auswärtigen Dienst zu erhalten und die Interessen des Kaisers und des Reiches vor verfassungsmäßig unberechtigter Schädigung sicher zu stellen.

Am 4. März 1873 erhielt der Botschafter von Berlin den von Sr. Majestät genehmigten Entwurf einer Konvention mit Frankreich, in welcher als Endtermin der Neutralisierung der vier Departements der 5. September 1873 bezeichnet war. Gleichzeitig erfolgten Instruktionen an ihn, in welchen es hieß:

„In Ew. Excellenz gefälligem Bericht vom 22. Februar wird unterstellt, daß diese Neutralisierung bis zum 1. März 1874 auszudehnen sei.“

„Daß eine entsprechende Verpflichtung Frankreichs erwünscht sein würde, ist unverkennbar und ich nehme keinen Anstand, Ew. Excellenz zu ermächtigen, dieselbe zu verlängern, wenn Sie dieses Zugeständnis für erreichbar halten.“

Um dieses Ziel möglichst zu gewinnen, verfiel Graf Arnim auf ein sehr einfaches Mittel. Indem er den in deutscher Sprache abgefaßten Entwurf ins Französische übersetzte, änderte er den 5. September 1873, den in Berlin bestimmten Endtermin der Neutralisierung der vier Departements — Vogesen, Ardennen, Meurthe und Maas — in den 1. März 1874 ab, woraus ihm kein großer Vorwurf zu machen war, denn verkürzen konnte er diesen Termin immer, schwerlich aber eine über die Stipulation der Konvention hinausgehende Verlängerung erwirken. — Graf Arnim reiste am 5. März nach Versailles, fand den Präsidenten Thiers krank und ließ den französischen Entwurf auf dem Schreibtisch dieses letzteren zurück.

Am 8. März (der Botschafter war am 6. und 7. März benachrichtigt, daß der Präsident ihn nicht empfangen könne) wiederholte Graf Arnim seinen Besuch bei Herrn Thiers. Dieser hatte inzwischen einen Entwurf ausarbeiten lassen, der im wesentlichen mit dem deutschen übereinstimmte, in welchem aber merkwürdiger Weise statt des 1. April 1874 der ursprünglich in Berlin bestimmte 5. September 1873 als Endtermin der Neutralisation angegeben war. Graf Arnim zerbrach sich den Kopf darüber, wie der Präsident Kenntnis von diesem Termin bekommen hatte. — Die Sache erklärte sich auf die einfachste Weise. — Der General von Manteuffel hatte als Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen von Berlin gleichfalls den Text des Konventionsartikels bekommen und ihn von Nancy aus dem Herrn Thiers zugesandt. In diesem war der 5. September 1873 stipuliert.

Die Broschüre „Pro nihilo" thut sehr entrüstet, daß, während Graf Arnim beauftragt war, eine Konzession zu erlangen, seine Bemühungen hinter seinem Rücken im voraus durchkreuzt wurden.

Ruhiges, vorurteilloses Überlegen führt zu einer anderen Beurteilung.

Es ist keineswegs in Abrede zu stellen, daß dieser auf purem Zufall beruhende Zwischenfall dem deutschen Botschafter nicht angenehm war und sein konnte. Darum brauchte dieser aber nicht an ein gegen ihn geschmiedetes Komplott zu denken, das unter den obwaltenden Umständen gar nicht denkbar war. Weder Fürst Bismarck noch General von Manteuffel konnten eine Ahnung davon haben, daß der Botschafter wenn auch im guten Glauben, um den Wünschen der deutschen Politik zu dienen, die Konventionsbedingungen insofern abgeändert dem Präsidenten Thiers überliefert

hatte, daß darin der Passus betreffs Belfort ganz fehlte und statt des 5. September 1873 der 1. März 1874 als Endtermin der Neutralisierung bezeichnet war. Ob es gegen diplomatischen Usus streitet, daß General Manteuffel diesen Entwurf von Nancy nach Versailles schickte, wissen wir nicht; es lag indes nichts Hinterlistiges darin, da der General bestimmt glauben mußte, daß der Botschafter den Original-Entwurf Herrn Thiers unterbreitet hätte oder unterbreiten würde. — Daß Fürst Bismarck aber dem Oberbefehlshaber der deutschen Besatzungstruppen den Entwurf einsandte und ihn dadurch von dem, was betreffs der Evakuation verhandelt wurde, in Kenntnis setzte, war wohl sehr natürlich, denn es mußten doch Vorkehrungen getroffen werden, um, im Falle die Konvention zu stande kam, einen Abmarsch in der bestimmten Zeit ermöglichen zu können. — Es war nichts, als ein für den Grafen Arnim allerdings unglücklicher Zufall, daß auf diese Weise zwei verschiedene Entwürfe in die Hände des Herrn Thiers kamen und paßt auf diesen Fall eine in einer Anmerkung der Broschüre erzählte Episode der venetianischen Geschichte aus dem Jahre 1540 durchaus nicht, ist vielmehr als eine grobe Unschicklichkeit zu betrachten.

Die Broschüre sagt, daß der Botschafter am 9. März ausführliche Berichte über seine Unterhandlungen nach Berlin sandte, aus welchen klar hervorging, daß er die Propositionen der deutschen Regierung Herrn Thiers mitgeteilt hatte; — sie erwähnt aber nicht, ob Graf Arnim den Fürsten Bismarck auch von den oben angegebenen Abänderungen in Kenntnis gesetzt hatte. Und doch kommt alles in der Reihe der Mißverständnisse gerade auf diesen einen Punkt an.

Wußte nämlich der Reichskanzler von diesen vom Botschafter vorgenommenen Veränderungen und hatte sie gebilligt, so hatte er kein Recht, nachdem er den Bericht des Grafen Arnim vom 9. März erhalten hatte, am 11. März ein Telegramm nach Paris zu dirigieren, des Inhalts:

Die Besetzung Belforts bis zum 5. September 1873 bleibe eine conditio sine qua non; — der Reichskanzler ersehe aus den bisher eingegangenen Telegrammen nicht, ob der Botschafter die deutschen Propositionen offiziell mitgeteilt habe und welche Aufnahme dieselben gefunden haben.

Dasselbe Telegramm schloß mit der Aufforderung, die deutschen Propositionen mitzuteilen und anzuzeigen, daß die Mitteilung erfolgt sei. — Am 13. März erhielt Graf Arnim telegraphischen Befehl

des Kaisers, den deutschen Konventionsentwurf dem Präsidenten Thiers unverzüglich vorzulegen, da dieser erklärt habe, noch am 10. März die Existenz desselben nicht zu kennen.

Mit unbefangenster Miene versichert die Broschüre Pro nihilo, daß die deutschen Propositionen bereits am 5. März Herrn Thiers übergeben waren.

Wir haben oben gesehen, daß an diesem Tage der Botschafter nicht die Vorschläge, wie sie von Berlin gekommen waren, sondern seine eigenen Herrn Thiers zurückgelassen hatte. — Herr Thiers der mittlerweile durch General Manteuffel die unveränderten deutschen Propositionen erhalten hatte, war demnach im Besitz zweier wesentlich von einander verschiedenen Entwürfe. Was war einfacher, als durch den französischen Botschafter in Berlin anfragen zu lassen, welcher von den beiden Entwürfen der richtige, deutsche, in Berlin verfaßte sei.

Dadurch erfuhr der Reichskanzler, daß der Botschafter nicht den deutschen, sondern einen von ihm willkürlich abgeänderten Entwurf vorgelegt habe, und die Telegramme vom 11. und 13. März waren eine vollkommen gerechtfertigte Mahnung, endlich den Original-Entwurf vorzulegen — eine Aufforderung, die Graf Arnim leider nicht verstand, weil er seinen und den deutschen Entwurf, trotz wesentlicher Abweichungen, für identisch hielt. Dieses führte ferner dahin, daß nunmehr der Vertrag nicht zwischen dem Botschafter und Herrn Thiers in Paris, sondern zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter in Berlin abgeschlossen und unterzeichnet wurde.

Wir gestehen, daß diese letzte Wirkung eine sehr harte, vielleicht zu harte war. — Aber es trifft niemand die Schuld dafür als den Botschafter allein. Hätte dieser am 5. März nach Berlin berichtet, er habe, um seinen Auftrag der möglichst lange zu erzielenden Neutralisierung besser ausführen zu können, die Datumveränderung vorgenommen und ersuche um Genehmigung, oder hätte er Herrn Thiers, als er erfuhr, daß dieser vom General Manteuffel den deutschen Entwurf erhalten habe, offen die Gründe mitgeteilt, die ihn im deutschen Interesse zu der Abänderung veranlaßten, oder, falls er dieses nicht wollte, ihm sofort den richtigen Entwurf, als neu von Berlin gekommen, eingesandt, so wären alle vorstehend berichteten ärgerlichen Maßregeln vermieden. Fürst Bismarck konnte die Telegramme vom 11. und 13. März nicht abschicken, Herr Thiers nicht behaupten, er habe am 10. März den deutschen Entwurf noch

nicht vom Botschafter erhalten. Kleine Ursachen große Wirkungen!

Die Verdächtigungen, die die Broschüre an diese Affaire knüpft, sind sehr plumper Art, und ein Botschafter hätte sie am allerwenigsten verlautbaren lassen sollen. Sie wundert sich darüber, daß am 15. März die Konvention in Berlin unterzeichnet wurde. Sie fragt: „Warum gerade am 15.?" und beantwortet selbst diese Frage mit der schamlosen Verdächtigung: „Nach verschiedenen Mitteilungen soll Herr von Bleichröder in dieser Frage nicht einflußlos gewesen sein. Das Resultat war für den Fürsten Bismarck außerordentlich und in jeder Beziehung günstig."

Am 8. April wendete sich Graf Arnim direkt mit einer Beschwerde an den Kaiser, diesen um eine Unterredung bittend. Selbst dieses Schreiben an Se. Majestät wird bruchstückweise in der Broschüre veröffentlicht, ein Zeichen, daß der Verfasser derselben mit dem Grafen Arnim auf dem intimsten Fuße stand und ihm die geheimsten Schriftstücke abseiten des früheren Botschafters zur Verfügung gestellt wurden. Die Antwort Sr. Majestät im Mai lautete dahin, daß die Eingabe des Grafen zwar dem Fürsten Bismarck überliefert sei, dieser aber jede Äußerung auf dieselbe verweigere und darauf bestehe, die Eingabe auf dem Dienstwege zu erhalten. — Graf Arnim unterließ indes die Reproduktion der Beschwerdeschrift aus Gründen, wie es in der Broschüre heißt, die mit Stillschweigen übergangen werden. (Vergl. v. Harlassen, pro multo.)

Bismarck wies in einem Schreiben an den Kaiser vom 14. April auf Arnims unvollständigen und wahrheitswidrigen Bericht über die Verhandlungen wegen der Konvention mit Frankreich hin, auf die schon seit Herbst 1872 von Arnim dem Kaiser gegenüber vertretene, der Bismarck'schen entgegengesetzte Politik, erinnerte daran, daß er „in Anknüpfung an die römischen Erfahrungen", den Kaiser, freilich nicht dringend genug, gebeten habe, dem Grafen Arnim, trotz aller Befähigung, den wichtigen Posten in Paris nicht anzuvertrauen, und daß, als er an eine Versetzung Arnims nach London gedacht habe, „von dort aus bei der ersten Anfühlung der heftigste Protest wegen der Neigung Arnims zur Intrigue und zur Unwahrheit eingelegt wurde: man würde kein Wort glauben, was er sagen könnte." Gegen die Anklage eines Mannes von diesem Rufe bat Bismarck den Kaiser, den Botschafter anzuweisen, seine amtlichen Beschwerden über seinen Vorgesetzten durch diesen an den Kaiser einzureichen, damit er sie letzterem dienstlich vortrage, und verhehlte dabei nicht,

daß, „so gerne er auch den Rest seiner Kräfte dem Dienste des Kaisers noch widme, dieser Rest doch sehr schnell verbraucht sein würde, wenn er unter dem schmerzlichen Gefühle leiden müßte, mit einem Manne, wie Graf Arnim, um des Kaisers Vertrauen ringen zu sollen, nachdem er dasselbe so lange Jahre ungeschmälert besessen und seines Wissens niemals getäuscht habe.“

In den letzten Tagen des August kam Graf Arnim nach Berlin. — Kurz vorher war von seinen Freunden auf ihn eingewirkt worden, um ihn zu veranlassen, daß er einen Versuch der Versöhnung mit dem Fürsten Bismarck machen möge. — Am 1. September früh wurde Graf Arnim von Sr. Majestät empfangen. Der Botschafter fragte seinen kaiserlichen Herrn, ob Allerhöchst derselbe seine, des Grafen Arnim, Abberufung von Paris und sein Ausscheiden aus dem Dienste wünsche.

Se. Majestät verneinte diese Frage mit dem Bemerken, daß dazu kein Grund vorläge.

Auch die Angelegenheit wegen der angeblichen Verzögerung des Abschlusses jener Konvention vom 15. März 1873 sei in einer für den Grafen günstigen Weise aufgeklärt. Es handle sich überhaupt um nichts, als um die „Rancüne“ des Fürsten Bismarck. — Se. Majestät seien um so weniger imstande, dieselbe zu begreifen, als es Ihm, dem Kaiser, nicht möglich sei, nachzutragen. Aber „Rancüne“ wäre einmal der vorherrschende Charakterzug des Fürsten Bismarck, und es sei traurig, bei einem Manne dies konstatieren zu müssen, dem man so viel verdanke. — Diese Rancüne habe schon viele, treue Diener entfernt, — Goltz, Thile, Savigny, Usedom, Werther u. s. w. „Jetzt sind Sie an der Reihe!“ So habe der Kaiser sich geäußert, versichert die genannte Broschüre.

Graf Arnim erwiderte Sr. Majestät, daß er, ein Diener des Kaisers und nicht des Fürsten Bismarck, für seine Pflicht hielte, dem Reichskanzler noch einmal auseinanderzusetzen, wie grundlos alle diese Behauptungen seien, durch welche der Fürst Bismarck — vielleicht selbst getäuscht — seinen Haß zu motivieren suche.

Se. Majestät waren hiermit einverstanden.

Unmittelbar darauf — am 1. September 1873 um 2 Uhr — verfügte sich der Graf Arnim zu dem Fürsten Bismarck.

Auf seine Bitte, ihm zu sagen, was eigentlich das Motiv zu der „Grausamkeit“ sei, mit welcher er, der Reichskanzler, ihn verfolge, antwortete der Fürst mit einer Flut von Vorwürfen, auf

welche er sich — wie aus den auf dem Tische liegenden Aktenstücken ersichtlich war — vorbereitet hatte.

„Er sei," sagte der Fürst, „der Verfolgte. Seit acht Monaten — seit einem Jahre — habe Graf Arnim ihn in seiner Gesundheit geschädigt, ihm die Ruhe geraubt.

„Sie konspirieren mit der Kaiserin, und Sie ruhen nicht eher, bis Sie hier am Tische sitzen, wo ich sitze und gesehen haben werden, daß es auch nichts ist.

„Ich kenne Sie von Jugend an. — In jedem Vorgesetzten, so sagten Sie vor Jahren, sehen Sie Ihren natürlichen Feind. — Der Feind bin ich in diesem Augenblick.

„Sie haben den Abschluß der Konvention vom 15. März verzögert, um Thiers zu stürzen, und ich muß nun die Verantwortung für diesen politischen Fehler tragen. Sie haben mich bei dem Kaiser verklagt, Sie haben Beziehungen zum Hofe, welche mich schon früher verhindert haben, Sie hierher zu berufen."

Ein ganz besonderes Gewicht legte Fürst Bismarck darauf, daß der Graf Arnim im November 1872 gegen Graf Eulenburg den Wunsch ausgesprochen hatte, in das Herrenhaus berufen zu werden.

Hierin sah der Fürst Bismarck ein ganz untrügliches Zeichen unheilbarer Ränkesucht.

„Sie wollten damals einen langen Urlaub nehmen und blieben ohne Urlaub hier, um in den Hofkreisen gegen mich zu intriguieren, während ich in Varzin war, so daß ich Sie dienstlich auffordern mußte, auf Ihren Posten zurückzukehren."

„Alles dieses war unrichtig," behauptet die Broschüre pro nihilo.

Arnim hatte von Paris aus im Januar 1874 um Instruktion nachgesucht, wie er der Neigung, mittelstaatliche Diplomaten in Paris zu beglaubigen, gegenübertreten solle, und als Bismarck seiner Verwunderung Ausdruck gab, daß er danach überhaupt frage, in einem ausführlichen Berichte die Nachteile, welche die Anwesenheit dieser Gesandten mit sich bringen würde, auseinandergesetzt. In seiner Antwort vom 21. Januar bezeichnete es nun der Kanzler als ihm unverständlich, daß Arnim sich noch einmal in so weitläufige Erwägungen habe einlassen können, die in Deutschland seit Jahren Gemeingut jedes reichstreuen Wählers seien; er warf ihm vor, der politischen Entwickelung seines Heimatlandes nicht mit der Sorgfalt gefolgt zu sein, die für eine wirksame Vertretung im

Auslande erforderlich sei, erklärte für polemische Korrespondenzen, zu denen ihn Arnims Berichterstattung seit Jahr und Tag nötige, nicht Zeit und Arbeitskraft genug zu haben. „Ich muß, wenn ich imstande bleiben soll, die Geschäfte, die Se. Majestät mir übertragen hat, fortzuführen, von allen Agenten des Reiches im Auslande, auch von den höchstgestellten, ein höheres Maß von Fügsamkeit gegen meine Instruktionen und ein geringeres Maß von selbständiger Initiative und von Fruchtbarkeit an eigenen politischen Ansichten beanspruchen, als dasjenige, welches Sie bisher Ihren Berichterstattungen und Ihrem amtlichen Verhalten zu Grunde legen." Über diese Abfertigung beklagte sich Arnim in einer Immediateingabe an den Kaiser vom 24. Februar. Die Antwort darauf war seine Entlassung vom Botschafterposten in Paris.

Kaiser Wilhelm entschloß sich mit schwerem Herzen dazu. Er hatte Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck, in denen dieser das volle Gewicht seiner Persönlichkeit einzusetzen hatte, um den Monarchen zu jenem Schritte willig zu machen. „Und dann," entgegnete ihm dieser auf seine dringenden Vorstellungen, „ich kann bei dieser Sachlage nur die Abberufung befehlen, aber ich entlasse ihn nicht aus dem Dienste, er soll aus Paris gehen, um nach Konstantinopel zu gehen."

Nun aber ließ Arnim in der „Wiener Presse" einige Aktenstücke aus dem Jahre 1870 veröffentlichen, während ein Artikel in der „Schlesischen Zeitung" hervorhob, mit wie weitem Blick er damals die Folgen der vatikanischen Beschlüsse vorausgesehen habe Die „Norddeutsche Ztg." veröffentlichte dagegen einen Bericht des Grafen Arnim an den Fürsten Bismarck vom 14. Mai 1869, um, wie es scheint, nachzuweisen, daß der Standpunkt des Grafen nicht immer der nämliche gewesen sei. In diesem Schreiben warnte Arnim die Regierungen, sich in den Streit um theologische Schulmeinungen einzumischen, da es für jene ganz gleichgültig sei, ob die Kirchengesetze und Kirchendekrete von einem Papste ausgehen, der auch ohne das infallibel sei, oder von einem solchen, dessen Infallibilität an das Votum des Konzils geknüpft sei, eine Frage, um die sich bis jetzt aller Streit drehe. „Wesentlich anders liegt die Sache in Bezug auf die Beschlüsse, welche die kirchlich-politische Kommission vorbereitet. Dieselben werden zwar für den Staat nicht so gefährlich sein, als die Tendenzen und Maßregeln der Internationale. Aber unzweifelhaft bleibt, daß die Regierungen die Berechtigung und vielleicht auch die Verpflichtung haben, rechtzeitig Stellung zu nehmen

gegen die möglicherweise vorliegende Absicht, über das Verhältnis des Staates zur Kirche mit dogmatischer Autorität, ohne den bei diesen Dingen interessierten Staat als anderen Paciscenten oder gleichberechtigten legislatorischen Faktor zur Beratung zu ziehen, bindende Normen aufzustellen, welche den gesetzlich oder vertragsmäßig bestehenden Zustand in Frage stellen." Da Arnim in diesem Berichte sich über einzelne Persönlichkeiten tadelnd ausgesprochen und über Döllinger gesagt hatte, daß dessen persönliches Selbstgefühl verletzt sei, weil man ihn nicht zu den Vorarbeiten für das Konzil zugezogen habe, daher er nun in seiner Verstimmung die von Rom drohenden Gefahren übertreibe, so bat Arnim in seinem Schreiben vom 21. April 1874 Döllinger um Entschuldigung, suchte die Widersprüche zwischen dem Bericht vom 14. Mai 1869 und seinem Promemoria, dessen Veröffentlichung er übrigens nicht veranlaßt habe, abzuschwächen, beharrte auf seiner Ansicht von der Zweckmäßigkeit der Absendung von Regierungsbevollmächtigten und schloß mit den Worten: „Wenn es gelungen wäre, die Wucherpflanzen, welche auf dem Konzil groß gezogen worden sind, im Keime zu ersticken, würden wir uns heute nicht in den unbegreiflichen Wirren befinden, die so ziemlich alles in Frage stellen, was seit langer Zeit Gemeingut der Christenheit geworden zu sein scheint." Da in dieser Redewendung ein Tadel der Bismarck'schen Kirchenpolitik lag, und dieser Privatbrief in der „Augsburger A. Ztg." vom 25. April zu lesen war, so konnte Bismarck als vorgesetzter Beamter nicht schweigen; denn eine solche Ausstellung der diplomatischen Hauswäsche und Bloßlegung der persönlichen Differenzen war gegen alle Disciplin, zumal da diese Veröffentlichungen den feindlichen Blättern aller Länder Veranlassung gaben, die heftigste Polemik gegen die Bismarck'sche Kirchenpolitik zu eröffnen. Es entstand nun ein Frag- und Antwortspiel zwischen der Reichsregierung und Arnim, wobei letzterer eingestand, daß er Döllinger zur Veröffentlichung des an diesen gerichteten Schreibens ermächtigt habe. Darauf wurde er am 15. Mai 1874 in den Ruhestand versetzt und einige Wochen später zur Rückgabe amtlicher Papiere aus dem Archiv der Pariser Botschaft, die sein Nachfolger, Fürst Hohenlohe, in demselben vermißte, aufgefordert. Zum Teil lieferte er sie auch aus, andere aber bezeichnete er als sein Privateigentum, da sie seinen Konflikt mit Bismarck beträfen, und blieb bei dieser Auffassung trotz der wiederholten, dringenden Forderungen des auswärtigen Amtes. Infolgedessen wurde er am 4. Oktober 1874 auf

seinem Gute Nassenheide bei Stettin verhaftet und von dem Berliner Stadtgericht am 19. Dezember zwar nicht, wie die Anklage verlangte, der Urkundenunterschlagung und des Amtsvergehens, wohl aber des Vergehens wider die öffentliche Ordnung für schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Beide Teile legten dagegen Berufung ein, und das Kammergericht erhöhte die Strafe am 25. Juni 1875 auf neun Monate, indem es die Handlung des Angeklagten als vorsätzliche Beiseiteschaffung amtlicher Urkunden bezeichnete. Die Nichtigkeitsbeschwerde des Verteidigers wurde vom Obertribunal zurückgewiesen. Eine Disciplinaruntersuchung, die sich an die gerichtlichen Prozesse schloß, endete am 27. April 1876 mit dem Erkenntnis auf Dienstentlassung. Da Arnim aber mittlerweile in der anonym erschienenen Schrift Pro nihilo sich neuer Vergehen schuldig gemacht hatte, wurde abermals vor dem Kammergericht die Anklage auf Landesverrat, Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Reichskanzlers gegen ihn erhoben. Ein Gesuch der Familie um Niederschlagung des Prozesses lehnte der Kaiser ab; der Graf selbst war im Auslande und stellte sich zu den Verhandlungen nicht; so wurde er am 5. Oktober 1876 in contumaciam für schuldig befunden und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein gebrochener Mann starb er einige Jahre später in Nizza.

Eine russisch-französische Komödie.

Im September 1872, zur Zeit der Drei-Kaiser-Begegnung in Berlin, empfing Bismarck eine Berliner Stadtverordnetendeputation, die ihm das Ehrenbürgerdiplom der Hauptstadt überbrachte. Der Fürst dankte in der herzlichsten Weise für die Anerkennung, die ihm von einer Stadt zu teil wurde, die er wohl seine Vaterstadt zu nennen berechtigt sei, weil er, wenn auch nicht darin geboren, den größten Teil seines Lebens in ihr sich aufgehalten habe. Als Knabe sei er ein Zögling der Plahmannschen Erziehungsanstalt, des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums und Grauen Klosters gewesen. In Berlin habe er die Hälfte seiner Universitätszeit zugebracht, hier sei er Referendarius gewesen und hier habe er als Mann manch böses, manch gutes Jahr erlebt. — Um so wertvoller sei ihm neben ähnlichen Beweisen des Vertrauens, die er von anderen deutschen Städten empfangen, neben den Auszeichnungen, die er hoher Huld verdankte, dieser Bürgerbrief. Im Dienste der Höfe stehe er; sein Herz schlage nicht minder warm für das Bürgertum, für die Entwickelung des städtischen Gemein-

wesens. — Den großen Aufschwung der Industrie und des Handels berührend, betonte der Fürst, wie durch die festlichen Ereignisse dieser Tage das Vertrauen zur dauernden Erhaltung des Friedens — das ja fast von gleichem Werte, wie der Friede selbst — gestärkte werden würde. Nach allem Großen, was wir erlebt, würde er nichts dagegen haben, wenn die Weltgeschichte eine Weile stehen zu bleiben scheine. Die hohen Herren, die hier zusammengekommen sind, würden mit keiner getäuschten Erwartung scheiden. Keiner sei mit einem Wunsche gekommen, auf den von anderer Seite nicht hätte eingegangen werden können. Keine aggressive Absicht gegen irgend eine Macht, gegen irgend eine Richtung habe die Zusammenkunft hervorgerufen. Was manche Zeitungen in dieser Beziehung vorgebracht, sei als eine Nachwirkung der sauren Gurkenzeit anzusehen. Die freundschaftliche persönliche Begegnung der drei Kaiser werde bei unseren Freunden die Zuversicht in die Erhaltung des Friedens stärken, unsern Gegnern die Schwierigkeit, ihn zu stören, klar machen. Das empfinde auch der Instinkt der Berliner Bevölkerung sehr gut und diese Empfindung habe ihren Ausdruck gefunden in der herzlichen Weise, mit der sie die fremden Monarchen empfangen habe und bei jeder Gelegenheit begrüße. „Der Berliner, wenn es sein muß, schlägt sich vortrefflich, aber lieber ist es ihm doch, wenn er zu Hause bleiben kann."

Im Februar 1878 sagte Bismarck im Reichstage:

„Das Dreikaiserverhältnis, wenn man es so nennen will, während man es gewöhnlich Bündnis nennt, beruht überhaupt nicht auf geschriebenen Verpflichtungen, und keiner der drei Kaiser ist verpflichtet, sich von den anderen zwei Kaisern überstimmen zu lassen. Es beruht auf der persönlichen Sympathie zwischen den drei Monarchen, auf dem persönlichen Vertrauen, welches diese hohen Herren zu einander haben und auf dem auf langjährige persönliche Beziehungen basierten Verhältnisse der leitenden Minister in allen drei Reichen."

In einem Privatgespräche, in sehr viel späterer Zeit (1892) äußerte sich Fürst Bismarck über das Dreikaiserverhältnis wie folgt:

„Ich sagte schon, daß ich das Vertrauen des Zaren Alexander des Zweiten bis an sein Lebensende in unbeschränktem Maße genoß und das vornehmlich führte auch Rußland jahrelang mit den zwei anderen Reichen, Deutschland und Österreich-Ungarn, zu dem Dreikaiserbündnis zusammen. Ich stellte den drei hohen Herren bei ihren Zusammenkünften jedesmal mit Erfolg vor, daß sie im monarchischen Interesse gegen die Revolution unendlich viel mehr Gemeinsames zu verteidigen hätten, als sie getrennt durch Einzeleroberungen

gewinnen könnten. Ich hielt diese Verbindung für eine von Natur und aus Naturnotwendigkeit eigentlich noch festere, als den jetzigen Dreibund, der freilich auch nur gegen den Willen und gegen die Einsicht der politisch Urteilsfähigen in den drei verbundenen Völkern gelöst werden könnte. Aber immerhin ist ja leider die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß wenn Frankreich einmal mit der roten Fahne gegen Deutschland heranrückte, es noch mehr Freunde dieser roten Fahne bei uns finden könnte, als vor hundert Jahren bei uns Freunde der über unsere Grenzen schwebenden dreifarbigen französischen Fahne sich meldeten. Und was Italien anlangt, so ist eigentlich nur Savoyen streng monarchisch gesinnt, im Norden liebäugelt man vielfach mit dem ‚blutsverwandten republikanischen Frankreich‘ und im Süden ist man vielfach päpstlichem Einfluß zugänglich."

Wer das störende Element in diesem Dreikaiserverhältnis bildete, werden wir gleich sehen.

In jenem unruhigen Frühjahr 1875, wo ganz Europa von Kriegslärm erfüllt war, hervorgerufen durch angebliche Drohungen Bismarcks, Moltkes und anderer gegen Frankreich, dann neu angefacht durch den Krieg in Sicht Artikel der „Post", befand sich der französische Botschafter am russischen Hofe, General Leflô, auf Urlaub in Paris. Er kehrte am 14. April mit schwerem Herzen, in seinen Kriegsbefürchtungen bestärkt durch das, was er in Paris gehört, nach Petersburg zurück. Der Marschall Mac Mahon hatte ihm u. a. zwei Briefe „einer der größten Persönlichkeiten Europas, eines Fürsten" gezeigt, von denen der eine die Worte enthielt: „Ihr werdet im Frühling angegriffen werden," der andere: „Die Arrangements sind geändert, der Krieg ist auf den September verschoben."

Bereits am Tage nach seiner Ankunft in Petersburg ist Leflô beim Zaren, dem er sagte: „Sire, ich gebe mein Ehrenwort, daß alles, was man von französischen Rüstungen sagt, nur auf dem Papiere steht, und man noch viel Zeit brauchen wird, um die neue Organisation auszuführen, während wir in Frankreich alle wissen, daß in Deutschland mit dem größten Eifer gerüstet wird; man fertigt dort neue Kanonen und viel Munition an und das kann nur bedeuten, daß man sich mit feindlichen Absichten trägt."

„Und ich," entgegnete der Zar, „gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß die Regierung Sr. Majestät des Kaisers von Deutschland durchaus friedlich gesinnt ist und keineswegs mit Angriffsplänen umgeht."

Die Echtheit dieser Worte ist bezeugt durch einen Brief unseres

Militärbevollmächtigten General von Werder an Kaiser Wilhelm I. Dieser General war im Monat April 1875 auf Urlaub in Berlin, kam am 21. April abends nach Petersburg zurück und hatte schon am nächsten Tage eine Audienz beim Zaren. Bei dieser Gelegenheit teilte Alexander II. selber den Inhalt seiner Unterredung mit dem französischen Botschafter wörtlich unserem Militärbevollmächtigten mit, und dieser beeilte sich noch an demselben Tage, Bericht über seine Audienz beim Kaiser Alexander II. an unseren damaligen Kaiser zu erstatten. Gleichzeitig meldete unser Petersburger Botschafter, Prinz Reuß, dem Fürsten Bismarck in einer Depesche, was ihm General von Werder über seine Unterredung mit dem Zaren mitgeteilt habe. Aber auch General Leflô hielt in seinen Meldungen an den französischen Minister des Auswärtigen, Herzog von Decazes, keineswegs mit der Wahrheit zurück, wenn auch von Mißtrauen gegen Deutschland nach wie vor erfüllt, berichtete vielmehr in der Hauptsache über seine Unterredung mit Alexander II. ganz so, wie General von Werder über die seinige. Er meldete am 20. April, nachdem er schon am 15. ein Telegramm hatte vorausgehen lassen, an den französischen Minister des Auswärtigen: „Der Kaiser (Alexander II.) sagte mir, er wisse bestimmt, (pertinemment), daß Kaiser Wilhelm ganz entschieden gegen jeden neuen Krieg“ sei (résolument opposé à toute nouvelle guerre).

General Leflô legte in seinem Berichte den Nachdruck auf die Person des Kaisers Wilhelm. Der Zar hatte aber ganz allgemein von der deutschen Friedenspolitik gesprochen.

Die Beruhigung, die der französische Botschafter beim Fürsten Gortschakow fand, war eine andere. Dieser leugnete zwar das Vorhandensein einer Gefahr für Frankreich, so gut wie der Zar, aber die Art, wie er sich dieser Aufgabe entledigte, hob den Effekt seiner Beruhigung wieder auf. „Ihr seid zu reich, sagte er dem General Leflô, um nicht Neid zu erregen. Die Milliarden, die Ihr gezahlt habt, kehren zu Euch zurück und Frankreich macht Bismarck Sorge. Ich habe Euch nur Eines zu sagen: Seid stark, ja wohl, seid sehr stark!“ Großmütig fügte er hinzu: „Ich verspreche Ihnen, mich in Berlin bei Bismarck für Sie zu verwenden. Der Zar wird bei dem Kaiser dasselbe thun.“

Am 10. Mai trafen Kaiser Alexander II. und Fürst Gortschakow in Berlin ein. Von dort telegraphierten Vicomte Gontaut Biron, französischer Botschafter in Berlin, und Fürst Gortschakow durch ganz Europa: Der Friede ist gerettet! Der russische Reichs-

kanzler that dies in einer Depesche an die Königin Olga von Württemberg mit den Worten: „Paix assurée, l'emporté de Berlin a cédé (Friede gesichert, der Berliner Hitzkopf hat nachgegeben.)

Kaiser Alexander II. erhielt noch in Berlin Depeschen von dem Marschall Mac Mahon, von der Königin Viktoria und anderen hohen Persönlichkeiten voll überströmenden Dankes für seine Bemühungen um den Frieden.

Im Januar 1876 kam der Zar in einer Unterredung mit dem Prinzen Reuß auf jene Danksagungen zurück. Der deutsche Botschafter in Petersburg berichtete darüber nach Berlin: „Der Zar sagte mir, er setze unbedingtes Vertrauen in Ew. Durchlaucht. Er sei im vorigen Jahre sehr isoliert mit der Ansicht dagestanden, daß Sie gar nicht daran gedacht hätten, den Krieg mit Frankreich zu wollen, und allen denen, die ihm nachträglich für das gedankt hatten, was er für die Erhaltung des Friedens gethan, habe er sehr entschieden geantwortet, er habe gar nichts thun können, weil Sie eben so friedliebend gewesen wären, als er selbst."

Nur über die officiöse Presse in Berlin beklagte sich Kaiser Alexander II. bitter, und zu ihr rechnete er namentlich „Die Post" Den „Krieg in Sicht Artikel" vom 8. April 1875 verurteilte er aufs schärfste. Er, der Zar, wisse, daß Deutschland friedlich sei; wenn andere sein Vertrauen nicht teilten, so sei die officiöse Presse in Deutschland schuld. Er sagte zum Prinzen Reuß: „In derselben Weise, wie diese Presse dazu beigetragen hat, durch Alarmartikel die Kriegsbefürchtungen zu nähren, hat sie durch nicht ganz geschickte Dementis erst recht den Glauben bestärkt, daß man wirklich Krieg gewollt habe."

Prinz Reuß berichtete darüber in derselben Depesche aus dem Monat Januar 1876, die wir eben erwähnt haben. Diese Depesche kam am 25. Januar in Berlin an.

Fürst Bismarck lag krank zu Bett. Kaiser Wilhelm war noch am 5. Februar in der Wilhelmstraße, um am Krankenlager einen Vortrag entgegenzunehmen. Am 7. Februar war Bismarck so weit hergestellt, um seinen Vortrag im Königlichen Palais halten zu können. Am 9. Februar war er im Reichstag und hielt eine lange Rede über die officiöse Presse, über falsche Kriegsgerüchte, über Deutschlands friedliche Politik. Niemand im Reichstage hatte eine Ahnung davon, woher dieser plötzliche Exkurs kam in der Debatte über die Strafgesetznovelle. Bismarck sprach in der Leip-

zigerstraße in Berlin zum Fenster hinaus, um an der Newa gehört zu werden. Der Zar sollte wissen, daß die „Post“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht officiös seien. Das eine Blatt hatte Alarm geblasen, das andere „ungeschickt“, wie der Zar meinte, dementirt. „Es hat keine Dummheit gegeben, sagte Fürst Bismarck, „die man mir auf die Weise — durch die Bezeichnung „officiös“ — nicht imputiert hat.“

Fürst Bismarck sagte:

„Die Zeitungen beschäftigen sich für meinen Geschmack viel zu sehr mit ausländischen Angelegenheiten. Der Schaden, von dem ich rede, trifft die leichtgläubigen Leute an den Börsen, und das ist schlimm genug. Der Krieg aber wird durch Zeitungsartikel niemals herbeigeführt. In neueren Zeiten ist durch Wortstreitigkeiten wohl schwerlich je ein Krieg entstanden, und selbst der französische Krieg von 1870, an dem scheinbar die Presse einen großen Anteil hatte, aber nur die Regierungspresse, ist ganz gewiß nicht von der Presse gemacht, sondern nur von der damaligen Kaiserlichen Kamarilla. Er spukte schon 1867 vor, und die ganze Zeitungspresse an sich hätte es nie zum Kriege getrieben. Auf Zeitungsartikel hin führt kein Mensch Krieg, und wer für die Beängstigung der Börse im vorigen Frühjahr die Artikel einiger durchaus nicht officiösen Blätter, — ich meine ‚Die Post‘, um sie beim Namen zu nennen, für die habe ich meines Wissens niemals einen Artikel schreiben lassen, am allerwenigsten den, der ‚Krieg in Sicht‘ überschrieben war, — aber ich habe den Artikel nicht getadelt, denn ich finde, wenn man das Gefühl hat, daß in irgend einem Lande eine Minorität zum Kriege treibt, dann soll man recht laut schreien, damit die Majorität darauf aufmerksam wird; denn die Majorität hat gewöhnlich keine Neigung zum Kriege, der Krieg wird durch Minoritäten oder, in absoluten Staaten, durch Beherrscher oder Kabinette entzündet. Aber der ist ganz gewiß nicht des Krieges, der Brandlegung nicht verdächtig, der zuerst Feuer schreit. Wenn es wirklich einen Minister gäbe, der aus irgend einem gänzlich unbegründeten Zwecke zum Kriege drängen wollte, der würde es doch wahrlich ganz anders anfangen, als daß er zuerst in der Presse Lärm schlüge, damit würde er nur die Löschmannschaft rufen; vor allen Dingen müßte er doch die Zustimmung seines Souveräns zu gewinnen suchen.

„Dann kommt weiter hinzu, wenn nun Se. Majestät der Kaiser und seine Minister einig wären, einen Krieg zu führen — Se. Majestät der Kaiser — er hat Kriege führen müssen, er hat sie ungerne geführt, sich schwer dazu entschlossen, er hat großen Ruhm darin erkämpft — ist in einem Alter, wo man gewöhnlich nicht Händel sucht; kein Mensch wird glauben, daß Se. Majestät der Kaiser kriegslustig ist. So lange er das aber nicht ist, so ist ja alles, was man von

einem kriegslustigen Minister spricht, Windbeutelei und bewußte Entstellung der Thatsachen, und alle Ängstlichkeit darüber eine affektierte, die nicht wirklich ist. Dann aber denken Sie sich, meine Herren, meine Lage, wenn ich vor einem Jahre hier vor Sie getreten wäre und hätte nun ähnlich wie anno 1870, wo wir von Frankreich angegriffen waren, Ihnen auseinandergesetzt: meine Herren, wir müssen Krieg führen, ich weiß Ihnen eigentlich einen ganz bestimmten Grund dafür nicht anzugeben, wir sind nicht angegriffen und nicht beleidigt, aber die Situation ist gefährlich, wir haben mehrere mächtige Armeen zu Nachbarn, die französische Armee reorganisiert sich in einer Weise, die in der That beunruhigend ist, ich verlange von Ihnen eine Anleihe von 200 Millionen Thalern oder 600 Millionen Mark, um zu rüsten. Würden Sie da nicht sehr geneigt gewesen sein, zunächst nach dem Arzte zu schicken, um untersuchen zu lassen, wie ich dazu käme, daß ich nach meiner langen politischen Erfahrung die kolossale Dummheit begehen könnte, so vor Sie zu treten und zu sagen: es ist möglich, daß wir in einigen Jahren einmal angegriffen werden, damit wir dem nun zuvorkommen, fallen wir rasch über unsere Nachbarn her und hauen sie zusammen, ehe sie sich vollständig erholen, — gewissermaßen Selbstmord aus Besorgnis vor dem Tode, und das inmitten einer ganz behaglichen, ruhigen Stellung, wo kein Mensch gewußt hätte, was eigentlich für ein casus belli, was für ein Grund zum Kriege vorliegen könnte. — Wir haben nichts zu erobern, nichts zu gewinnen, wir sind zufrieden mit dem, was wir haben; und es ist Verleumdung, wenn man uns irgend einer Eroberungssucht, einer Ausdehnungssucht beschuldigt.

„Es traten zu der öffentlichen Leichtgläubigkeit, die ich table, der entgegenzuwirken ich für unsere Aufgabe halte, im vorigen Frühjahr noch Verhältnisse ein, die ich hier nicht näher auseinanderlegen will, der Umstand, daß einzelne Diplomaten aus trüben Quellen schöpften und wegen Mangel an Erfahrung überzeugt waren, daß diese trüben Quellen reines Wasser lieferten, daß Saloneinwirkungen — Personen, die gesellschaftlich hoch genug gestellt waren, um mit politischen Kreisen in Berührung zu kommen, Überzeugungen aussprechen, die irrtümlich waren, weil eben diese Personen noch nicht eingeweiht genug waren, um ein politisches Urteil zu haben, vielleicht auch nicht unparteiisch genug, um das deutsche Reich wohlwollend zu beurteilen; ich nenne keine Namen, aber ich könnte sie nennen. Es giebt ja hochgestellte Personen genug, die als politische Orakel gelten, ohne amtlich dazu berufen zu sein; Personen, die auch mit einem Anschein von Officiösität und Glaubwürdigkeit korrespondieren, aber mit Unrecht.

„Nun, der Frieden, den wir alle zu erhalten wünschen, ist so gut der Ihrige wie der unsrige. Wenn Sie sich nicht überzeugen können, daß die von den Regierungen wahrgenommenen Schäden stark

genug sind, um ihnen Abhilfe zu geben — gut, so wollen wir dieselbe Gefahr mit Ihnen bestehen; Sie sollen uns nicht vorwerfen, daß wir furchtsamer seien als Sie! Aber wir haben uns von der Verantwortlichkeit befreit, wenn die Verhältnisse nachteiliger werden, von der Verantwortlichkeit, die man der Regierung zuschieben könnte, daß sie den Beruf gehabt habe, den ersten Schritt zu einer Verbesserung der Lage zu thun."

Über die Gründe, welche den Reichskanzler veranlaßten, sein während des Kongresses von 1878 der Presse gegenüber verfolgtes System des Schweigens dem Korrespondenten der „Times" gegenüber zu brechen, sind seinerzeit eine Reihe von Unterstellungen gemacht worden. Es war in Erinnerung an den von Herrn Oppert herrührenden Alarmruf aus dem Jahre 1875, daß Fürst Bismarck ihn aufsuchte oder sich von ihm aufsuchen ließ. An der Frühjahrsepisode von 1875, d. h. an jenem allgemeinen Feldzuge des friedlich gesinnten Europas gegen das angeblich kriegerische Pläne brütende Berlin hatte nämlich auch Herr Oppert seinen Anteil gehabt. Er brachte damals auf Eingebung des Herzogs von Decazes in die „Times" den Alarmruf: Eine am Berliner Hofe sehr mächtige Militärpartei wolle Frankreich den Krieg erklären, auf Paris marschieren und von dem Plateau von Avron herab die Festung Belfort und eine Indemnität von zehn Milliarden, in zwanzig Jahren mit 5 Prozent Zinsen und ohne Anticipationstermine zahlbar, fordern. Darob die große Unruhe in Europa.

Fürst Bismarck bemerkte 1878 dem Herrn Oppert von Blowitz:

„Ich würde nicht den Frieden gewünscht haben, wenn ich der Bösewicht gewesen wäre, zu welchem Gortschakow mich 1875 machte. Die ganze Geschichte, welche damals Europa schreckte und welcher ein Brief in der ‚Times' ein so lautes Echo gab, war nichts als ein von Gortschakow und Gontaut (dem damaligen französischen Botschafter in Berlin) ausgedachtes Komplott. Es war ein Komplott zwischen Gontaut und Gortschakow, welcher begierig war, von den französischen Blättern Lob zu ernten und ‚der Retter Frankreichs' genannt zu werden. Sie hatten das Ding so arrangiert, daß es an dem Tage der Ankunft des Zaren in Berlin platzen sollte, welcher als Quos ego auftreten und durch sein bloßes Erscheinen Frankreich Sicherheit, Europa Frieden und Deutschland Ehre geben sollte. Ich habe nie einen Staatsmann unbesonnener handeln sehen — aus Eitelkeit die Freundschaft zweier Regierungen zu kompromittieren, sich selbst den ernstesten Konsequenzen auszusetzen, um sich selbst die Rolle eines Retters zuzuschreiben als nichts in Gefahr war. Ich sagte dem Kaiser

von Rußland und ich sagte Gortschakow: ‚Wenn Sie eine solche Lust für eine französische Apotheose haben, so haben wir noch Kredit genug in Paris, um Sie in irgend einem Theater erscheinen zu lassen in einem mythologischen Kostüme mit Flügeln an Ihren Schultern und umgeben von bengalischen Lichtern. Es lohnte sich wirklich nicht, uns als Bösewichter darzustellen zu dem einzigen Zweck, um ein Zirkular zu erlassen‘. Jenes famose Zirkular fing überdies mit folgenden Worten an: ‚Der Friede ist jetzt gesichert‘ und als ich mich über diese Phrase beklagte, welche alle beunruhigenden Gerüchte bestätigt hätte, wurde sie verändert in: ‚Die Erhaltung des Friedens ist jetzt gesichert‘, was nicht viel weniger sagte. Ich erklärte dem russischen Kanzler: ‚Sie werden sicher nicht viel Grund zur Beglückwünschung haben, für das, was Sie gethan haben, indem Sie unsere Freundschaft für eine leere Genugthuung riskierten. Ich habe Ihnen jedoch gesagt, daß ich ein guter Freund mit Freunden und ein guter Feind mit Feinden bin.‘ Und Gortschakow hat dies, während er in den beiden letzten Jahren in der orientalischen Affaire engagiert war, herausgefunden. Wäre die Affaire von 1875 nicht gewesen, so würde er nicht dort sein, wo er ist, und er würde nicht die politische Niederlage erlitten haben, welche er soeben erfahren."

Um diese letztere Stelle vollkommen zu würdigen, muß man dagegen halten, was nach den früher veröffentlichten Mitteilungen Fürst Bismarck darüber sagte, wie Graf Schuwalow die von dem Fürsten Gortschakow kompromittierte russische Politik wieder gerettet habe. Der Reichskanzler hat die letzte Phase der orientalischen Krise als eine persönliche Niederlage des Fürsten Gortschakow bezeichnet. Es ist allerdings nicht zweifelhaft, daß die Art, wie Fürst Gortschakow den Abschluß der Friedenspräliminarien mit der Türkei betrieb, die Verheimlichung derselben vor Europa und namentlich vor Fürst Bismarck zu dem großen Rückschlag führte, welcher Rußland aus einer Reihe von Stellungen warf.

Ein Artikel der „Deutschen Revue" hatte in neuerer Zeit dem Fürsten vorgeworfen, er habe im Frühjahr 1875 den Krieg mit Frankreich geplant und sei nur durch das entschiedene Machtwort Kaiser Wilhelms davon abgehalten worden. Das sei aber für Deutschland verhängnisvoll geworden, weil die Einmischung Rußlands zur Aufrechterhaltung des Friedens, von eben diesem Jahre 1875 an, Rußland und Frankreich einander genähert hätte. Es sei daher unwahr, wenn Fürst Bismarck in seiner Wiener Aussprache im Sommer 1892 geäußert habe: die Beziehungen Deutschlands zu Rußland seien erst seit seinem Ausscheiden schlechter, den Fran-

zosen günstiger geworden. Hiergegen sprach sich der Fürst wie folgt aus:

„Die Deutsche Revue . . . beschuldigt mich, 1870 den Krieg mit Frankreich gewollt zu haben. Der Anonymus, der das zu drucken gewagt, hat, nach vielen seiner Mitteilungen, scheinbare Beziehungen zum Auswärtigen Amte. Aber alles, was er vorbringt, sind nur unrichtige Schlüsse aus falschen Behauptungen. Das Auswärtige Amt verwahrt die vollständigen urkundlichen Nachweise, um diese Lügen als solche festzunageln. Ich besitze diese Urkunden natürlich nicht einmal in Abschrift. Aber ich kann eine Fülle anderer Zeugnisse und Beweismittel gegen diese Verleumdung anrufen. Frankreich war im Frühjahr 1875 so schwach, daß, als das Kriegsgeschrei sich erhob, die französischen Generale, nach amtlichen Versicherungen, offen erklärten, sie würden sich im Felde gar nicht stellen, gar nicht schlagen, um die Frivolität des deutschen Angriffs vor aller Welt zu beweisen. Ich habe nun immer den Beginn eines Krieges, den wir, anders als gezwungen und gedrungen, aufnahmen, für eine Ruchlosigkeit gehalten und dieser Empfindung entsprechend gehandelt. Ich habe das bewiesen 1867, bei der Luxemburgerfrage, wo ich gegen starke Strömungen den Krieg vermied, in der Meinung, daß beim Tode des Kaisers Napoleon — der damals früher erwartet wurde, als er wirklich eintrat — der Widerstreit aller französischen Parteien an seinem Sarge sich ein mehr oder minder freundliches Rendez-vous geben würde und uns dadurch vielleicht überhaupt den Entscheidungskrieg gegen Frankreich ersparen könne. Im Gegensatze zu dieser meiner Auffassung ging der deutsche Generalstab, an dessen Spitze der vortreffliche Moltke, 1875 von der Ansicht aus, Frankreich wolle ja doch einmal den Krieg, also müsse man ihm zuvorkommen, so lange es unvorbereitet sei . . . Ich dachte gar nicht an Krieg — ich war damals vom Kulturkampf vollständig in Anspruch genommen, der auf seiner Höhe stand — und verlangte sehr entschieden vom König, daß er dem Generalstabe erkläre, er habe sich nicht in die Geschäfte des Auswärtigen Amtes, nicht in die auswärtige Politik zu mischen, und ich erreichte das, wenn auch auf Umwegen, und nach einigem Widerstreben von seiten des Königs, da der eigentliche Übelthäter, wie gesagt, der auch von mir hochverehrte Moltke war. Die Urkunden für diesen Verlauf der Sache liegen — wie gleichfalls schon bemerkt — im Auswärtigen Amt. Es läßt sich daran gar nicht deuteln und rütteln."

„Die Sendung des Herrn von Radowitz nach Petersburg hatte einen ganz anderen Zweck als den, welchen der kundige Thebaner der „Deutschen Revue" ermittelt hat. Diese behauptet, ich hätte den Herrn v. Radowitz beauftragt, dem Fürsten Gortschakow vertraulich zu eröffnen, daß meiner Ansicht nach Frankreich einen An-

griff auf Deutschland plane und letzteres in die Notwendigkeit sich versetzt sehen könne, demselben zuvorzukommen, in diesem Falle hoffte ich, daß Rußland dieselbe wohlwollende Neutralität beobachten werde wie 1870, zumal es dann in der Lage sein werde, seine großen Projekte im Orient auszuführen." „Es ist schwer zu begreifen, wie der Kanzler an den Erfolg eines solchen Schrittes glauben konnte!" ruft der Anonymus der „Deutschen Revue." Ja, ich würde mich selbst nicht begriffen haben, wenn ich an den Erfolg eines solchen Schrittes hätte glauben können. Aber ich habe ihn nicht gethan, sondern Herr von Radowitz sollte unserm Vertreter in Petersburg, dem Stellvertreter des Prinzen Reuß, unseres Botschafters, der beurlaubt war, und unserem Militärbevollmächtigten, dem General von Werder, vorstellen: ich müsse mir entschieden verbitten, daß sie sich von dem Fürsten Gortschakow so wie bisher mißbrauchen oder geradezu notzüchtigen ließen, um mir alle indiskreten Fragen, welche der russische Premier an mich zu richten für gut finde, auf Kosten des preußischen Staates zu telegraphieren. Fürst Gortschakow hatte nämlich im russischen Budget ein Pauschquantum zur Deckung seiner Auslagen für amtliche Depeschen zugewiesen erhalten. Was er an dieser Pauschsumme sparte, fiel in seine Tasche. Und nun benutzte er in unbeschränktester Weise unsere Botschaft und Militärvertretung in Petersburg, um auf preußische Kosten Telegraphenauslagen zu sparen. Ich ließ also den Herren sagen, wenn ihnen Gortschakow wieder so unzüchtige Zumutungen mache, so sollten sie ihn einfach an den russischen Botschafter in Berlin verweisen. Durch diesen allein habe mir Gortschakow Fragen vorzulegen. Außerdem aber sollte Herr von Radowitz dem Zaren die Freude des Königs und mein Empressement ausdrücken, den Kaiser Alexander im Mai in Berlin begrüßen zu dürfen. Auch für den Fürsten Gortschakow führte Herr von Radowitz eine größere Sauce diplomatischer Schmeichelei bei sich. Gortschakow war damals noch nicht mein persönlicher Feind, wie nach dem Berliner Kongresse, sondern nur mein boshafter Neider, weil ich ihm etwas über den Kopf gewachsen war. Denn ich hatte ihn — seit unserem dreijährigen Zusammen- oder Nebeneinanderwirken im diplomatischen Rollenfach in Petersburg während der Zeit meiner Petersburger Gesandtschaft — ich hatte ihn daran gewöhnt, von mir als ein Muster in der diplomatischen Kunst verehrt zu werden. Ich habe auch nie versäumt, ihm zu versichern, daß ich alle guten Eigenschaften, die ich etwa besäße, allein ihm zu verdanken hätte.

Aber mit diesen Tugenden ausgerüstet, wurde ich ihm auf die Dauer doch ziemlich unbequem, und schon damals suchte er mich bei seinem Kaiser als Friedensstörer zu verdächtigen und sich selbst, wenn irgend möglich, als Friedensförderer hinzustellen und preisen zu lassen. Es war für ihn nicht schwer, diese Absichten auch in Berlin mit den entsprechenden Verdächtigungen meiner Friedensliebe an den richtigen Mann zu bringen — bei seinem Kaiser fiel es ihm weit schwerer, denn er hatte bis an sein tragisches Ende ein unbegrenztes Vertrauen zu mir — aber der französische Botschafter in Berlin, Herr von Gontaut-Biron, war sehr bereit, mich und Gortschakow die von diesem gewünschte Rolle spielen zu lassen. Denn Gontaut-Biron hatte gute Beziehungen mit den mir wenig geneigten Kreisen der Kaiserin Augusta und des Centrums. Er war außerdem guter französischer Legitimist und als solcher hatte er ein lebhaftes Interesse, dem legitimen monarchischen Rußland gefällig zu sein und bei seinen Landsleuten den Schein zu erwecken, nur ein Legitimist habe die bisherige abgeneigte Zurückhaltung des Zaren gegen das republikanische Frankreich überwinden und Rußland zum Vermittler des von den Franzosen damals so hochgeschätzten Friedens machen können. Herr v. Gontaut-Biron reiste also im thunlichsten Inkognito nach Petersburg, um Gortschakow zu einer mise en scène für den Frieden Gelegenheit zu geben, die dann auch recht fadenscheinig aufgeführt wurde. Ich beschwerte mich bei meiner Zusammenkunft mit dem Zaren — die nach meinen Aufzeichnungen und Erinnerungen am 10. Mai stattfand — über die Unredlichkeit von Gortschakow, der genau wisse, daß ich gar nicht an Krieg denke, und sich so aufspiele, als danke Europa ihm allein die Aufrechterhaltung des Friedens. „Mais vous savez bien, qu'il est fou de vanité." (Aber Sie wissen ja, daß er närrisch vor Eitelkeit ist) antwortete mir der Zar. Nach dieser Unterredung erließ dann Gortschakow ein Rundschreiben an sämtliche diplomatische Vertreter Rußlands, in dem es hieß: „Maintenant la paix est assurée" — jetzt ist der Friede gesichert — man hat sich von der Notwendigkeit seiner „Aufrechterhaltung überzeugen lassen" — mit dem „man" war natürlich ich gemeint."

Wie entstand der Dreibund?

Im letzten Monat des Jahres 1876 nahm der Reichskanzler wiederholt Gelegenheit, sich über die Stellung Deutschlands zur

orientalischen Frage zu äußern. Bei den Tischgesprächen am 1. und 2. Dezember sagte er:

„Die Aufgabe Deutschlands sei eine Friedensaufgabe; aber es könne anderen Nationen nicht einen akademischen Rat erteilen, um sie von einer Aktion zurückzuhalten, die sie in ihrem Lebensinteresse fänden. Gegenwärtig einen Rat an Rußland zu erteilen, sei mißlich. Die Folge davon würde sein, daß die russische Nation verstimmt würde und dies wäre schlimmer, als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung. Bedenklich würde es sein, wenn Österreich in den Konflikt hineingezogen würde und sich in seiner Integrität bedroht fühlen sollte. Dann war es Deutschlands Beruf, für den Bestand Österreichs und überhaupt im großen und ganzen für den der jetzigen Landkarte einzustehen."

Die Wärme, mit welcher von Österreich gesprochen war, während Rußland nur im Vorübergehen erwähnt wurde, schien manchen Politikern ein vollgültiger Beweis dafür, daß die Intimität mit Rußland vollständig in die Brüche gegangen sei. Die Interpellation des Abgeordneten Richter (Hagen) über die russische Zollpolitik gab dem Reichskanzler Gelegenheit, am 5. Dezember im Reichstag selbst aufs deutlichste und eingehendste über Deutschlands Stellung zu der orientalischen Krisis sich auszusprechen. Der Kern der Rede, in welcher das Interesse Deutschlands an der schwebenden Frage für so gering erklärt wurde, daß es nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre, war:

„Mein Bestreben, und meine mir von Sr. Majestät dem Kaiser gestellte Aufgabe ist, in dem diplomatischen Verkehr dahin zu wirken, daß womöglich die guten Beziehungen, in denen wir zu den drei nächstbeteiligten Mächten stehen, ungetrübt, oder doch möglichst wenig getrübt aus dieser Krisis hervorgehen mögen, daß wir sie pflegen sollen, wie wir können. Es könnte uns nur dadurch diese Aufgabe verdorben und gestört werden, wenn irgend einer unserer Freunde von uns verlangte, unsere stärkere Freundschaft zu ihm dadurch zu bethätigen, daß wir den anderen Freund, der uns ebenfalls nichts gethan hat, der im Gegenteil unser Freund bleiben will, feindlich behandeln und unsere stärkere Liebe durch Haß gegen den anderen beweisen sollen. Ich bin aber nicht des Glaubens, daß man uns solche Zumutungen machen werde; bis jetzt sind sie uns von keiner Seite gemacht worden. Im Gegenteil, unsere allen gegenüber freundschaftliche und wohlwollende Stellung ist von jedem einzelnen gewürdigt worden. Man hat dieselbe ganz natürlich gefunden und uns mit jeder unbilligen Zumutung verschont."

Am 19. Februar 1878, also gegen Ende des Krieges (der Friedensvertrag von San Stefano wurde am 3. März abgeschlossen)

äußerte sich der Reichskanzler in der Rede über das Verhältnis zu Österreich dahin:

„Ich kann dem Herrn Abgeordneten Windthorst versichern, daß er nicht nötig hat, uns gegenüber die Interessen Österreichs zu vertreten. Unsere Beziehungen zu Österreich sind die der Gegenseitigkeit, voller Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens, was eine große Seltenheit ist, namentlich nach den Vorgängen aus Zeiten, wo andere Parteien in Österreich noch mächtiger waren, als sie dies heute sind. Nicht bloß von Monarch zu Monarch, nicht bloß von Regierung zu Regierung — nein, ich stehe persönlich mit dem Grafen Andrassy zu meiner Freude und zu meiner Ehre in demselben freundschaftlichen Verhältnisse, welches ihm die Möglichkeit giebt, mir jede Frage, die er für notwendig hält im Interesse Österreichs offen zu stellen und er hat die Überzeugung, daß ich ihm die Wahrheit sage und ich habe die Überzeugung, daß er mir die Wahrheit über Österreichs Absichten sagt. Ein solches Verhältnis ist ein sehr günstiges, wenn man sich gegenüber einen Minister hat, bei dem man von der Wahrheit dessen, was er auf sein Wort versichert, vollständig überzeugt ist. In der angenehmen Lage befinden wir uns mit Österreich. In früheren Zeiten, die dem Herrn Vorredner gefallen mögen, war es anders, da habe ich österreichische Kollegen im Bunde mir gegenüber gehabt, denen habe ich gesagt: es ist mir gleichgültig, ob Sie reden, oder ob der Wind durch den Schornstein geht, ich glaube kein Wort von dem, was Sie sagen. Der Graf Andrassy glaubt mir, und ich glaube ihm, was er mir sagt, und wir brauchen zu diesem Verhältnis die Vermittlung des Herrn Vorredners am allerwenigsten, er würde es nur verderben können."

In derselben Rede erklärte der Reichskanzler Fürst Bismarck: Die Vermittelung des Friedens denke er sich nicht so, daß bei divergierenden Ansichten Deutschland den Friedensrichter spiele und sage, so solle es sein, und dahinter stehe die Macht des deutschen Reiches, sondern bescheidener, mehr als die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen wolle. Die Reichsregierung sei in der Lage, daß sie zwischen England und Rußland unter Umständen ebenso gut Vertrauensperson sein könne, als er sicher sei, daß sie es zwischen Österreich und Rußland sei, falls sich diese nicht von selbst einigen könnten. Indessen müsse man nur keine übertriebenen Ansprüche an die Vermittelung Deutschlands stellen. „Ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten, um, wenn nicht der Schiedsrichter, auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen." Die von einem Teil der Presse gestellte Forderung, Deutschland solle Rußland zu Konzessionen nötigen, werde er nie erfüllen. „Wir werden niemals die Verant-

wortung übernehmen, eine sichere, seit Menschenaltern erprobte Freundschaft einer großen, mächtigen Nachbarnation dem Kitzel, eine Richterrolle in Europa zu spielen, aufzuopfern." Eine solche Zumutung habe keine Regierung, auch keine von den am meisten interessierten an ihn gestellt.

Der russisch-türkische Krieg führte zu dem Berliner Kongreß, durch welchen wiederum eine neue Gruppierung der Mächte eingeleitet, das Drei-Kaiser-Verhältnis durch das deutsch-österreichische Bündnis von 1879, das sich 1882 zum Dreibund erweiterte, ersetzt wurde. Über diese Entwickelung hat sich Fürst Bismarck am ausführlichsten in seiner Rede vom 6. Februar 1888 ausgelassen. Er sagte darin:

„Wir hatten ja früher in den Zeiten der heiligen Alliance — mir fällt ein altes amerikanisches Lied dabei ein, welches ich von meinem verstorbenen Freunde Motley gelernt habe; der sagt: In good old colonial times, when we lived under a king — nun, das waren eben patriarchalische Zeiten, da hatten wir eine Menge Geländer, an denen wir uns halten konnten, und eine Menge Deiche, die uns vor den wilden europäischen Fluten schützten. Da war der Deutsche Bund, und die eigentliche Stütze und Fortsetzung und Vollendung des Deutschen Bundes, zu deren Dienst er gemacht, war die heilige Alliance. Wir hatten Anlehnung an Rußland und Österreich, und vor allen Dingen: wir hatten die Garantie der eigenen Schüchternheit, daß wir niemals eine Meinung äußerten, bevor die anderen gesprochen hatten. Das alles ist uns abhanden gekommen; wir müssen uns selber helfen. Die heilige Alliance hat Schiffbruch erlitten im Krimkriege — nicht durch eigene Schuld. Der Deutsche Bund ist durch uns zerstört worden, weil die Existenz, die man uns in ihm machte, weder für uns noch für das deutsche Volk auf die Dauer erträglich war. Beide sind aus der Welt geschieden. Nach der Auflösung des Deutschen Bundes, nach dem Kriege von 1866, wäre also für das damalige Preußen oder Norddeutschland eine Isolierung eingetreten, wenn wir darauf hätten rechnen müssen, daß man uns von keiner Seite die neuen Erfolge, die großen Erfolge, die wir errungen hatten, verzeihen würde; gern sind die Erfolge des Nachbarn von der anderen Macht niemals gesehen.

„Unsere Beziehungen zu Rußland waren durch das Erlebnis von 1866 nicht gestört. Anno 1866 war die Erinnerung an die Politik des Grafen Buol, an die Politik Österreichs während des Krimkrieges in Rußland noch zu frisch, um dort den Gedanken aufkommen zu lassen, daß man der österreichischen Monarchie gegen den preußischen Angriff beistehen, daß man den Feldzug erneuern könne, den der Kaiser Nikolaus im Jahre 1849 für Österreich geführt hatte.

„Für uns blieb deshalb die natürlichste Anlehnung immer noch

die russische, die, abgesehen vom vorigen, in diesem Jahrhundert ihren sehr berechtigten Ursprung in der Politik des Kaisers Alexander I. genommen hat. Ihm war Preußen in der That Dank schuldig. Er konnte 1813 an der polnischen Grenze ebenso gut umkehren und Frieden schließen; er konnte später Preußen fallen lassen. Damals haben wir in der That die Herstellung auf dem alten Fuß wesentlich dem Wohlwollen des Kaisers Alexander I. oder — wenn Sie skeptisch sein wollen — sagen Sie, der russischen Politik, wie sie Preußen brauchte, zu danken gehabt.

„Diese Dankbarkeit hat die Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. beherrscht. Das Saldo, welches Rußland im preußischen Konto hatte, ist durch die Freundschaft, ich kann fast sagen, durch die Dienstbarkeit Preußens während der ganzen Regierungszeit des Kaisers Nikolaus ausgenützt und in Olmütz, kann ich sagen, getilgt worden. In Olmütz nahm der Kaiser Nikolaus nicht für Preußen Partei, schützte uns nicht einmal vor üblen Erfahrungen, vor gewissen Demütigungen, wie der Kaiser Nikolaus überhaupt doch im ganzen mehr Vorliebe für Österreich als für Preußen hatte; der Gedanke, daß wir Rußland während seiner Regierung irgend welchen Dank schuldig wären, ist eine historische Legende.

„Wir haben aber, so lange der Kaiser Nikolaus lebte, unsererseits doch die Tradition Rußland gegenüber nicht gebrochen; wir haben im Krimkriege, wie ich vorher schon erzählte, unter erheblichen Gefahren und Bedrohungen festgehalten an der russischen Aufgabe. Se. Majestät der hochselige König hatte keine Neigung — was damals, wie ich glaube, möglich gewesen wäre —, mit einer starken Truppenaufstellung eine entscheidende Rolle in dem Kriege zu spielen. Wir hatten Verträge geschlossen, nach denen wir verpflichtet waren, zu einer gewissen Zeit 100,000 Mann aufzustellen. Ich schlug Sr. Majestät damals vor: stellen wir nicht 100,000, sondern 200,000 Mann auf, und stellen wir sie à cheval auf, so daß wir sie nach rechts und links gebrauchen können, so sind Ew. Majestät heute der entscheidende Richter des Krimkrieges Ihrerseits. Indessen der hochselige König war für kriegerische Unternehmungen nicht geneigt, und das Volk kann ihm dafür nur dankbar sein. Ich war damals jünger und unerfahrener, als ich heutigen Tages bin. Indessen haben wir immerhin für Olmütz keine Rancüne getragen während des Krimkrieges, wir kamen aus dem Krimkriege als Freunde Rußlands heraus, und ich habe in der Zeit, wo ich Gesandter in St. Petersburg war, die Frucht dieser Freundschaft durch eine sehr wohlwollende Aufnahme am Hof und in der Gesellschaft genießen können. Auch unsere Parteinahme für Österreich im italienischen Kriege war nicht nach damaligem Geschmack des russischen Kabinetts, aber sie hatte keine nachteilige Rückwirkung. Unser Krieg 1866 wurde aber mit einer gewissen Genugthuung gesehen; man gönnte den Österreichern das damals

in Rußland. Im Jahre 1870 in unserem französischen Kriege hatten wir wenigstens noch die Satisfaktion, gleichzeitig mit unserer Verteidigung und siegreichen Abwehr dem russischen Freunde einen Dienst im Schwarzen Meere erweisen zu können. Es wäre die Freigebung des Schwarzen Meeres durch die Kontrahenten keineswegs wahrscheinlich gewesen, wenn nicht die deutschen Truppen siegreich in der Nähe von Paris gestanden hätten. Wenn sie z. B. geschlagen wären, so, glaube ich, wäre der Abschluß des damaligen Londoner Abkommens zu Gunsten Rußlands so leicht nicht gewesen. Also auch der Krieg von Anno 70 hinterließ keine Verstimmung zwischen uns und Rußland.

„Ich führe diese Thatsachen an, um Ihnen die Genesis des Vertrages mit Österreich darzulegen, der vor wenigen Tagen publiziert worden ist, und um die Politik Sr. Majestät gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, daß sie die Kriegsmöglichkeiten für das Deutsche Reich erweitert hätte durch Hinzufügung derjenigen, welche Österreich ohne sein Verschulden betreffen könnte. Ich bin deshalb im Begriff, Ihnen zu schildern, wie es kam, daß die von mir persönlich stets mit Vorliebe gepflegten traditionellen Beziehungen zwischen uns und Rußland sich so gestalteten, daß wir zum Abschluß des vorgestern publizierten Vertrages veranlaßt wurden.

„Die ersten Jahre nach dem französischen Kriege vergiengen noch im besten Einverständnis; im Jahre 1875 trat zuerst eine Neigung meines russischen Kollegen, des Fürsten Gortschakow, zu Tage, sich mehr um Popularität in Frankreich als bei uns zu bemühen und gewisse künstlich herbeigeführte Konstellationen dazu zu benutzen, um der Welt durch ein hinzugefügtes Telegramm glauben zu machen, als hätten wir 1875 irgend einen entfernten Gedanken daran gehabt, Frankreich zu überfallen, und als wäre es das Verdienst des Fürsten Gortschakow, Frankreich aus dieser Gefahr errettet zu haben. Das war das erste Befremden, welches zwischen uns auftrat, und welches mich zu einer lebhaften Aussprache mit meinem früheren Freunde und späteren Kollegen veranlaßte. Demnächst und gleichzeitig hatten wir immer noch die Aufgabe festgehalten, den Frieden zwischen den drei Kaisern festzuhalten, die Beziehungen fortzusetzen, die zuerst eingeleitet waren durch den Besuch der Kaiser von Rußland und von Österreich 1872 hier in Berlin und durch die darauf folgenden Gegenbesuche. Es war uns das auch gelungen. Erst 1876, vor dem türkischen Kriege traten uns gewisse Nötigungen zu einer Option zwischen Rußland und Österreich entgegen, die von uns abgelehnt wurden. Ich halte nicht für nützlich, in die Details darüber einzugehen; sie werden mit der Zeit auch einmal bekannt werden. Es hatte unsere Ablehnung die Folge, daß Rußland sich direkt nach Wien wandte, und daß ein Abkommen — ich glaube, es war im Januar 1877 — zwischen Österreich und Rußland geschlossen wurde, welches die Eventualitäten einer orientalischen Krise

betraf, und welches Österreich für den Fall einer solchen die Besetzung von Bosnien u. s. w. zusicherte. Dann kam der Krieg, und wir waren recht zufrieden, wie das Unwetter sich weiter südlich verzog, als es ursprünglich Neigung hatte. Das Ende des Krieges wurde hier in Berlin durch den Kongreß definitiv herbeigeführt, nachdem es vorbereitet war durch den Frieden von San Stefano. Der Friede von San Stefano war meiner Überzeugung nach nicht viel bedenklicher für die antirussischen Mächte und nicht sehr viel nützlicher für Rußland, als nachher der Kongreßvertrag gewesen ist. Der Friede von San Stefano hat sich ja, kann man sagen, nachher von selber eingefunden, indem das kleine, ich glaube 800,000 Seelen umfassende Ostrumelien eigenmächtig die Wiederherstellung der — nicht ganz — alten San-Stefano-Grenze auf sich nahm und sich Bulgarien anfügte. Es war also der Schaden, den der Kongreß in den Abmachungen von San Stefano angerichtet hat, nicht so sehr schlimm. Ob diese Abmachungen von San Stefano gerade ein Meisterwerk der Diplomatie waren, das lasse ich dahingestellt sein. Wir hatten damals sehr wenig Neigung, uns in die orientalischen Sachen zu mischen, ebenso wenig wie heute. Ich war schwer krank in Friedrichsruh, als mir von russischer Seite das Verlangen amtlich mitgeteilt wurde, zur definitiven Beilegung des Krieges einen Kongreß der Großmächte nach Berlin einzuberufen. Ich hatte zunächst wenig Neigung dazu, einmal, weil ich in der körperlichen Unmöglichkeit war, dann aber auch, weil ich keine Neigung hatte, uns so weit in die Sache zu verwickeln, wie die Rolle des Präsidierens eines Kongresses notwendig mit sich bringt. Wenn ich schließlich dennoch nachgegeben habe, so war es einerseits das deutsche Pflichtgefühl im Interesse des Friedens, namentlich aber das dankbare Andenken, das ich an die Gnade des Kaisers Alexander II. für mich stets bewahrt habe, das mich veranlaßte, diesen Wunsch zu erfüllen. Ich erklärte mich dazu bereit, wenn es uns gelänge, die Einwilligung von England und von Österreich zu beschaffen. Rußland übernahm, die Einwilligung von England zu besorgen, ich nahm auf mich, sie in Wien zu befürworten; es gelang, und der Kongreß kam zustande.

„Während des Kongresses, kann ich wohl sagen, habe ich meine Rolle, so weit ich es irgend konnte, ohne Landesinteressen und befreundete Interessen zu verletzen, ungefähr so aufgefaßt, als wenn ich der vierte russische Bevollmächtigte gewesen wäre auf diesem Kongreß; ja, ich kann fast sagen, der dritte, denn den Fürsten Gortschakow kann ich als Bevollmächtigten der damaligen russischen Politik, wie sie durch den wirklichen Vertreter Grafen Schuwalow vertreten war, kaum annehmen.

„Es ist während der ganzen Kongreßverhandlungen kein russischer Wunsch zu meiner Kenntnis gekommen, den ich nicht befürwortet, ja, den ich nicht durchgesetzt hätte. Ich bin infolge des Vertrauens, das mir der leider verstorbene Lord Beaconsfield schenkte, in den schwie-

rigsten kritischen Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruch nahe stand, dessen Zustimmung im Bett erreicht; — kurz, ich habe mich auf dem Kongreß so verhalten, daß ich dachte, nachdem er zu Ende war: nun, den höchsten russischen Orden in Brillanten besitze ich längst, sonst müßte ich den jetzt bekommen. Kurz, ich habe das Gefühl gehabt, ein Verdienst für eine fremde Macht mir erworben zu haben, wie es selten einem fremden Minister vergönnt gewesen ist.

„Welches mußte also meine Überraschung und meine Enttäuschung sein, wie allmählich eine Art von Preßkampagne in Petersburg anfing, durch welche die deutsche Politik angegriffen, ich persönlich in meinen Absichten verdächtigt wurde. Diese Angriffe steigerten sich während des darauf folgenden Jahres bis 1879 zu starken Forderungen eines Druckes, den wir auf Österreich üben sollten in Sachen, wo wir das österreichische Recht nicht ohne weiteres angreifen konnten. Ich konnte dazu meine Hand nicht bieten, denn, wenn wir uns Österreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollten in Europa, notwendig in Abhängigkeit von Rußland . . . . Wäre eine solche Abhängigkeit erträglich gewesen? Ich hatte früher geglaubt, sie könnte es sein, indem ich mir sagte: wir haben gar keine streitigen Interessen; es ist gar kein Grund, warum Rußland je die Freundschaft uns kündigen sollte. Ich hatte wenigstens meinen russischen Kollegen, die mir dergleichen auseinandersetzten, nicht geradezu widersprochen. Der Vorgang betreffs des Kongresses enttäuschte mich, der sagte mir, daß selbst ein vollständiges Indienststellen unserer Politik (für gewisse Zeit) in die russische uns nicht davor schützte, gegen unseren Willen und gegen unser Bestreben mit Rußland in Streit zu geraten. Dieser Streit über Instruktionen, die wir an unsere Bevollmächtigten in den Verhandlungen im Süden gegeben oder nicht gegeben hatten, steigerten sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der kompetentesten Seite.

„Das ist der Ursprung unseres österreichischen Vertrages. Durch diese Drohungen wurden wir gezwungen, zu der von mir seit Jahrzehnten vermiedenen Option zwischen unseren beiden bisherigen Freunden zu schreiten. Ich habe damals den Vertrag, der vorgestern publiziert worden ist, in Gastein und Wien verhandelt, und er gilt noch heute zwischen uns.

„Die Publikation des Vertrages (sie erfolgte zwei Tage vor der Rede Bismarcks vom 6. Dezember 1888) ist in den Zeitungen zum Teil, wie ich gestern und vorgestern gelesen habe, irrtümlich aufgefaßt worden; man hat in derselben ein Ultimatum, eine Warnung, eine Drohung finden wollen. Das konnte um so weniger darin liegen, als der Text des Vertrages dem russischen Kabinett seit langem bekannt war, nicht

erst seit dem November v. J. Wir haben es der Ehrlichkeit entsprechend gefunden, einem loyalen Monarchen, wie der Kaiser von Rußland es ist, schon früher keinen Zweifel darüber zu lassen, wie die Sachen liegen. Ich halte es auch nicht für möglich, diesen Vertrag nicht geschlossen zu haben; wenn wir ihn nicht geschlossen hätten, so müßten wir ihn heute schließen. Er hat eben die vornehmste Eigenschaft eines internationalen Vertrags, nämlich er ist der Ausdruck beiderseitiger dauernder Interessen, sowohl auf österreichischer Seite, wie auf der unserigen. Keine Großmacht kann auf die Dauer in Widerspruch mit den Interessen ihres eigenen Volkes an dem Wortlaut irgend eines Vertrages kleben, sie ist schließlich genötigt, ganz offen zu erklären: die Zeiten haben sich geändert, ich kann das nicht mehr, — und muß das vor ihrem Volke und vor dem Vertrag schließenden Teile nach Möglichkeit rechtfertigen. Aber das eigene Volk ins Verderben zu führen an dem Buchstaben eines unter anderen Umständen unterschriebenen Vertrages, das wird keine Großmacht gutheißen. Das liegt aber in diesen Verträgen in keiner Weise drin. Sie sind eben — nicht nur der Vertrag, den wir mit Österreich geschlossen haben, sondern ähnliche Verträge, die zwischen uns und anderen Regierungen bestehen, namentlich Verabredungen, die wir mit Italien haben —, sie sind nur der Ausdruck der Gemeinschaft in den Bestrebungen und in den Gefahren, die die Mächte zu laufen haben. Italien sowohl wie wir sind in der Lage gewesen, das Recht, uns national zu konsolidieren, von Österreich zu erkämpfen. Beide leben jetzt mit Österreich in Frieden und haben mit Österreich das gleiche Bestreben, Gefahren, die sie gemeinsam bedrohen, abzuwehren, den Frieden, der dem einen so teuer ist wie dem anderen, gemeinsam zu schützen, die innere Entwickelung, der sie sich widmen wollen, vor Angriffen geschützt zu sehen. Dieses Bestreben, und dabei auch das gegenseitige Vertrauen, daß man die Verträge hält, und daß durch die Verträge keiner von dem andern abhängiger wird, als seine eigenen Interessen es vertragen, — das alles macht diese Verträge fest, haltbar und dauerhaft.

„Wie sehr unser Vertrag mit Österreich der Ausdruck des beiderseitigen Interesses ist, das hat sich schon in Nikolsburg und hat sich 1870 gezeigt. Schon bei den Verhandlungen in Nikolsburg waren wir unter dem Eindruck, daß wir Österreich — und ein starkes aufrechtes Österreich — auf die Dauer doch nicht missen könnten in Europa. 1870, als der Krieg zwischen uns und Frankreich ausbrach, war ja die Versuchung für manches verletzte Gefühl in Österreich außerordentlich nahe liegend, diese Gelegenheit zu benutzen, und dem Feind von 1866 gegenüber Revanche zu üben; aber die besonnene und voraussichtige Politik des österreichischen Kabinetts mußte sich fragen: was ist dann die Folge? in welche Stellung geraten wir, wenn wir den

Franzosen beistehen, um Preußen resp. Deutschland zu besiegen? Was wäre dann die Folge gewesen, wenn Frankreich mit Hilfe Österreichs über uns gesiegt hätte? Österreich hätte doch bei einer solchen Politik kaum einen anderen Zweck haben können, als wiederum seine frühere Stellung in Deutschland einzunehmen, denn das war eigentlich das Einzige, was es im Jahre 1866 aufgegeben hat; andere Bedingungen waren nicht, die pekuniären Bedingungen waren ganz unbedeutend. Nun, wie wäre die Lage Österreichs im deutschen Bunde als Präsidialmacht gewesen, wenn es sich sagen mußte, daß es Deutschland das linke Rheinufer im Bunde mit Frankreich genommen, daß es die süddeutschen Staaten wiederum in eine Rheinbundsabhängigkeit von Frankreich gebracht, und daß es Preußen unwiderruflich zur Anlehnung an Rußland und zur Abhängigkeit von Rußlands künftiger Politik verurteilt hätte? Eine solche Stellung war für österreichische Politiker, die nicht vollständig von Zorn und Rache verblendet waren, unannehmbar.

„Das ist aber auch bei uns in Deutschland der Fall. Denken Sie sich Österreich von der Bildfläche Europas weg, so sind wir zwischen Rußland und Frankreich auf dem Kontinent mit Italien isoliert, zwischen den beiden stärksten Militärmächten neben Deutschland, wir ununterbrochen zu jeder Zeit einer gegen zwei, mit großer Wahrscheinlichkeit, oder abhängig abwechselnd von einem oder vom anderen. So kommt es aber nicht. Man kann sich Österreich nicht wegdenken: ein Staat wie Österreich verschwindet nicht, sondern ein Staat wie Österreich wird dadurch, daß man ihn im Stich läßt, wie es in den Villafranca-Feststellungen angenommen wurde, entfremdet und wird geneigt werden, dem die Hand zu bieten, der seinerseits der Gegner eines unzuverlässigen Freundes gewesen ist.

„Kurz, wenn wir die Isolierung, die gerade in unserer angreifbaren Lage für Deutschland gefährlich ist, verhüten wollen, so müssen wir einen sicheren Freund haben. Wir haben vermöge der Gleichheit der Interessen, vermöge dieses Vertrages, der Ihnen vorgelegt ist, zwei zuverlässige Freunde, — zuverlässig, nicht aus Liebe zu einander; denn Völker führen wohl aus Haß gegeneinander Krieg; aber aus Liebe, das ist noch gar nicht dagewesen, daß sich das eine für das andere opfert. Sie führen auch aus Haß nicht immer Krieg. Denn, wenn das der Fall wäre, dann müßte Frankreich in ununterbrochenem Kriege nicht nur mit uns, sondern auch mit England und Italien sein; es haßt alle seine Nachbarn. Ich glaube auch, daß der künstlich aufgebauschte Haß gegen uns in Rußland weiter nicht von Dauer sein wird. Mit unseren Bundesgenossen in der Friedensliebe einigen uns nicht nur Stimmungen und Freundschaften, sondern die zwingendsten Interessen des europäischen Gleichgewichts und unserer eigenen Zukunft.

„Und deshalb glaube ich: Sie werden die Politik Sr. Majestät des Kaisers, die das publizierte Bündnis abgeschlossen hat, billigen, obschon die Möglichkeit eines Krieges dadurch verstärkt wird.“

Fürst Bismarck sagt in dieser Rede: durch das Abkommen vom Januar 1877 sei Österreich von Rußland die Besetzung von Bosnien u. s. w. zugesichert worden. Diese Zusicherung war als die vorweggenommene Gegenleistung Rußlands für Österreichs Neutralität in dem zu erwartenden Kriege bezeichnet. Rußland hatte eben zu jener Zeit verschiedene Wünsche, deren Erfüllung von seiten Österreichs für die eigenen Zwecke Rußlands im Orient als ein Bedürfnis angesehen wurde. Der Preis für die Erfüllung dieser Wünsche bildete die vertragsmäßige Zusage der Besetzung Bosniens durch Österreich. Diese vertragsmäßige Zusage ist älter als der Berliner Traktat und konnte auf dem Berliner Kongreß nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Die Beziehungen der beiden Kabinette von Wien und Petersburg waren 1876 und 1877 vertrauensvolle und intime und weit entfernt von Übelwollen.

Fürst Gortschakow hatte beim Beginn der Verhandlungen mit Österreich die Bedingung gestellt, daß dieselben vor Deutschland geheim zu halten seien, vielleicht aus dem Grunde, weil er voraus sah, daß diese und andere vertrauliche Verhandlungen, welche er gleichzeitig mit Deutschland führte, mit einander hätten Schaden leiden können.

Zweierlei Thatsachen hat Fürst Bismarck immer vertreten und durch die Presse vertreten lassen:

1) Deutschland hatte kein Interesse daran, ob ein Kongreß überhaupt stattfand oder nicht. Nur auf Rußlands wiederholtes Verlangen hat Deutschland die Berufung des Kongresses in die Hand genommen. Der Frieden von St. Stefano enthielt nichts, was für Deutschland ein Bedürfnis der Revision desselben geschaffen hätte. Hätte Rußland geglaubt, ihn aufrecht erhalten zu sollen, so würde es durch Deutschland daran nicht verhindert worden sein. Damit fällt der Vorwurf, als sei Rußland zu dem Kongreß verleitet worden, um sich dort düpieren und vergewaltigen zu lassen.

2) Rußland ist auf dem Kongreß nicht durch Pressionen und nicht gegen seinen Willen zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Österreich gebracht worden, am wenigsten hat Deutschland dabei mitgewirkt. Die Neutralität Österreichs im Jahre 1877 war die vorweggenommene Gegenleistung für Rußlands Zustimmung

zur Occupation und das ist die Antwort auf die oft aufgeworfene Frage, wie Österreich dazu gekommen ist, ohne Schwertstreich zwei Provinzen zu erobern.

Wenn trotzdem Rußland mit Groll gegen Deutschland auf den Berliner Kongreß zurückblickt und nach demselben eine feindselige Haltung annahm, die zu dem Bündnisvertrage von 1879, dem sich drei Jahre später Italien anschloß, führte, so hat Deutschland sich nichts vorzuwerfen.

Bismarck und der Zar.

Daß Kaiser Alexander II. zu jener Zeit verstimmt darüber war, daß die Freundschaft Deutschlands für Rußland zu „platonisch" sei und sich zu wenig praktisch bethätige, ist bekannt. Diese Verstimmung hat zu den bedrohlichen Auslassungen geführt, welche bei uns das Bedürfnis erzeugten, das bis dahin gleich gute Verhältnis zu Österreich zu einem intimeren zu gestalten. Diese wesentlich unter dem Einflusse des Fürsten Gortschakow erwachsene Verstimmung hat sich aber auf den Kaiser Alexander III. nicht vererbt. Sein erster Besuch in Danzig am 9. September 1881 legte den Grund zur Herstellung vertrauensvoller Beziehungen, die sich demnächst durch ununterbrochenen persönlichen Verkehr beiderseitiger Minister und Monarchen intimer entwickelten. Der Besuch in Danzig fand zwei Jahre nach dem Abschlusse des österreichischen Bündnisses statt und in voller Kenntnis des Inhaltes dieses Bündnisses. Ihm folgte im Jahre 1882 am 18. und 19. November der Besuch des die russische Politik leitenden Ministers von Giers in Varzin und dieser Besuch bei dem deutschen Kanzler wiederholte sich am 14. und 15. November 1883 in Friedrichsruh. Im September 1884 fand die Zusammenkunft der Monarchen und ihrer Minister in Skiernewice statt, wo unter allen Anwesenden volles und herzliches Einverständnis herrschte. Im Anfang Oktober 1885 besuchte der russische Minister den deutschen Kanzler wiederum in Friedrichsruh. Im August 1886 verkehrten beide Minister in voller Intimität in Franzensbad und am 3. September desselben Jahres war Herr von Giers wiederum in der Wilhelmstraße in Berlin beim Reichskanzler zu Besuch. Daß die vertrauensvollen Beziehungen, welche diesem persönlichen Verkehre zu Grunde lagen, bis zum Novembrr 1889 andauerten, bezeugen die beiden Besuche Kaiser Alexanders III. — der eine mit, der andere ohne seine Gemahlin — in Berlin und die rückhaltslose Kundgebung des Ver-

trauens, welches der russische Monarch in die deutsche Politik zu setzen erklärte, so lange Fürst Bismarck dieselbe leite.

Die Drei-Kaiser-Zusammenkunft in Skiernewice im Sommer 1884, die Krönung des im Frühjahr jenes Jahres etablierten Drei-Kaiser-Verhältnisses, bekundete die Verträglichkeit eines solchen mit dem mitteleuropäischen Dreibund. Der Name des deutschen Reiches, repräsentiert durch Kaiser und Kanzler, stand gewissermaßen in jenem Jahre im Zenith seines friedenverbürgenden Glanzes. Millionen däuchte durch diese Begegnung der drei Herrscher so mächtiger Reiche die Ruhe und der Frieden des Kontinents auf Jahre hinaus garantiert, und der Alpdruck banger Besorgnis wurde von den Gemütern genommen, die sich danach gesehnt hatten, auch die friedvolle Entwickelung unserer Beziehungen zu einem Nachbar, dessen Gesinnung bis dahin wenig vertrauenerweckend erschien, für den „folgenden Tag,“ nicht blos für das heute, sicher gestellt zu sehen. Hierzu kam die kraftvolle Aktion des Fürsten Bismarck in der Kongo-Angelegenheit, welche das Machtwort Deutschlands für die civilisierte Welt als ausschlaggebend in die Erscheinung treten ließ. Die Anfänge einer Kolonialpolitik stiegen erfolgverheißend am Horizont empor, und die patriotische Empfindung fühlte sich allerwärts gehoben durch die entschiedene Art und Weise, in welcher der neidvolle Einspruch Altenglands gegen unsere überseeischen Strebungen gleich im Beginn darniedergehalten und in seiner Entfaltung kühn und selbstbewußt gehemmt wurde. Schließlich gesellte sich zu all diesem noch der mächtige Eindruck, den das hiermit in Verbindung stehende Anbahnen eines freundnachbarlicheren Verhältnisses zu Frankreich auf die Bürger eines Staates mit allgemeiner Wehrpflicht ausüben mußte. War man auch noch weit entfernt von einem Bündnis mit dem Besiegten von 1870/71, so hatte doch die deutsche Reichspolitik durch geschickte Ausnutzung der internationalen Beziehungen Frankreich in ein Verhältnis zu uns gebracht, welches für längere Zeit jeden Ausbruch eines chauvinistischen Kriegstraumes und Revanchegelüstes auszuschließen schien. Fürst Bismarck feierte in der Reichstagsrede vom Januar 1885 diese Triumphe in einer glänzenden Rede. Windthorst hatte von „Feinden ringsum“ gesprochen. Bismarck erwiderte: „Wo sind denn die Feinde, von denen wir umgeben sind? Ich sehe rundum nur befreundete Regierungen, mit denen wir in den engsten vertrauensvollen Beziehungen stehen. Vielleicht können Sie mir eine Regierung nennen, die Sie besonders fürchten. Ich würde für diese

Belehrung in meinem Fache und auf diesem Gebiete sehr dankbar sein. Vielleicht ist mir irgend eine Ecke der europäischen Politik, aus der ein Ungewitter losbrechen könnte, vollständig entgangen. Daß wir mit den beiden östlichen Mächten, den beiden Kaiserreichen, in intimen und sicheren Verhältnissen leben, dürfte auch von dem Vorredner nicht in Zweifel gezogen werden, und diese Verbindung an sich bildet ein starkes Dach und eine starke Wölbung, von der gestützt jedes von den drei Kaiserreichen schon manches aushalten kann, was ihm von anderer Seite kommen könnte. Wir leben mit Italien und mit Spanien in intimer und guter Freundschaft; wir haben mit Frankreich seit vielen Jahren, ich kann wohl sagen, seit der Zeit vor 1866, nicht in so guten Beziehungen gestanden, wie heute. Es ist dies das Ergebnis einer weisen und gemäßigten Regierung in Frankreich, die die Wohlthaten des Friedens ebenso hoch zu schätzen weiß, wie wir. Beide Regierungen wissen, daß es auf dem Kontinent kaum eine größere Kalamität giebt als einen deutsch-französischen Krieg. Wir haben das einmal gegenseitig durchgemacht, und für den Sieger und den Besiegten ist es ein schweres Unglück; selbst ein siegreicher Krieg von diesen Dimensionen ist ein Unglück für das Land, das genötigt wird, ihn zu führen, und ich glaube, daß auf keiner von beiden Seiten eine Versuchung dazu besteht. Minoritäten, die begierig nach Neuerungen sind, und die die jetzige Regierung um jeden Preis stürzen wollen, auch um den ihr Vaterland in auswärtige Kriege zu stürzen, ja, die finden Sie in jedem Lande. Sie sind nicht in jedem gleich groß; vorhanden sind sie wohl überall, denk ich mir. Mit England leben wir in gutem Einvernehmen. Daß England in dem Bewußtsein seiner bisherigen Seeherrschaft etwas verwundert aufsieht, wenn die Landratte von Vetter, als die wir ihm erscheinen, plötzlich auch zur See fährt, ist nicht zu verwundern; die Verwunderung wird indes von den höchsten und leitenden Kreisen in keiner Weise geteilt. Ich bin es der öffentlichen Beruhigung schuldig, zu erklären, daß der Abgeordnete Windthorst im Irrtum ist, wenn er meint, wir seien von Feinden umgeben. Vielmehr sind wir von Freunden umgeben, von Regierungen, die mit uns das gleiche Interesse haben, den Frieden zu erhalten."

Die Vorgänge in Bulgarien rüttelten an dieser allgemeinen Harmonie. Zunächst gab es Spannung zwischen Rußland und Österreich. Fürst Bismarck besprach die neue Lage im Reichstag am 11. Jan. 1887 mit den Worten:

„Die Neubegründung der Freundschaft zwischen den jetzigen drei Kaisermächten sei die Aufgabe der Reichsregierung gewesen. Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei nicht schwierig. Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über allen Zweifel erhaben. Wir erwarten von Rußland weder einen Angriff, noch eine feindselige Politik. Ich glaube auch nicht, daß man von russischer Seite nach Bündnissen sucht, um in Verbindung mit anderen uns anzugreifen, oder daß man von Schwierigkeiten, die wir auf anderer Seite haben könnten, den Gebrauch machen würde, uns mit Leichtigkeit anzugreifen. Kaiser Alexander III. von Rußland hat jederzeit den Mut seiner Meinung gehabt, und wenn er zu Deutschland in unfreundliche Beziehungen zu treten beabsichtigte, so ist er der erste, der dies sofort sagen und zu erkennen geben würde. Dieses Vertrauen kann jeder zu ihm haben, der die Ehre gehabt hat, ihm irgendwie näherzutreten."

Der Reichskanzler glaubte nicht, daß zwischen Deutschland und Rußland Händel entstehen würden, wenn nicht ersteres bis nach Bulgarien ginge, um sie dort aufzusuchen. Er bezeichnete es als eine Merkwürdigkeit, daß gerade die Presse derjenigen Partei, die sich jetzt gegen die Regierungsvorlage ausspreche, vor wenigen Monaten alles Mögliche gethan habe, um Deutschland mit Rußland in einen Krieg zu verwickeln, und an die Reichsregierung die Zumutung gestellt habe, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um „hinten weit in der Türkei," wie man früher zu sagen pflegte, die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können. „Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverrat vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheiten einzulassen. Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien überhaupt wird. Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger, als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben. Die Hoffnung, daß es gelingen werde, die drei Kaisermächte wieder zu einigen, hat sich insoweit verwirklicht, daß wir weit entfernt sind von der Wahrscheinlichkeit, mit Österreich oder mit Rußland Händel zu bekommen. Die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unseren Frieden mit Österreich oder mit Rußland zu erhalten, sondern darin, den Frieden

zwischen Österreich und Rußland aufrecht zu erhalten. Es giebt wirklich rivalisierende und mit einander konkurrierende Interessen, die diesen beiden, unseren Freunden, die Erhaltung des Friedens unter sich schwieriger machen, als es für uns mit jedem von ihnen ist. Es ist unsere Aufgabe, diese Schwierigkeit nach Möglichkeit zu ebnen, in beiden Kabinetten der Anwalt des Friedens zu sein gegenüber den Erregungen publizistischer oder parlamentarischer Natur. Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Österreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet und in Rußland für österreichisch gehalten werden. Das müssen wir uns gefallen lassen. Wenn es uns gelingt, den eigenen Frieden und den europäischen zu erhalten, so wollen wir uns das gefallen lassen."

Gegen Ende desselben Jahres verfinsterte sich der politische Horizont. Die drohenden Wolken kamen von Osten. Die deutsche und die österreichische Presse schlugen Lärm über das, was an der Grenze vorging. In Wien und Berlin fanden militärische Beratungen unter dem Vorsitze der betr. obersten Kriegsherrn statt. In der Rede vom 6. Februar 1888 leugnete aber Fürst Bismarck, daß sich seit dem vorigen Jahre in den Beziehungen zu Rußland etwas geändert habe. Die Sprache der russischen Presse und die russischen Truppenhäufungen wären kein Beweis für die Änderung der Lage.

„Was die Presse anbelangt, so kann ich der ein entscheidendes Gewicht an sich nicht beilegen. Man sagt, in Rußland habe sie mehr zu bedeuten, als in Frankreich. Ich bin gerade umgekehrt der Meinung: in Frankreich ist die Presse eine Macht, die auf die Entschließungen der Regierung einwirkt, in Rußland ist sie das nicht und kann das nicht sein; in beiden Fällen aber ist die Presse für mich Druckerschwärze auf Papier, gegen die wir keinen Krieg führen. Es kann für uns darin eine Herausforderung nicht liegen. Hinter jedem Artikel in der Presse steht doch nur ein einzelner Mensch, der die Feder geführt hat, um diesen Artikel in die Welt zu schicken; auch in einem russischen Blatt — nehmen wir an, es ist ein unabhängiges russisches Blatt — das mit den französischen geheimen Fonds in Beziehungen steht, ist das vollständig gleichgültig. Die Feder, die einen deutschfeindlichen Artikel darin schreibt, hat an sich niemand hinter sich, als den, der sie in der Hand führt, den einzelnen Menschen, der in seinem Arbeitskabinett diese Elukubration zu stande bringt, und den Protektor, den ein russisches Blatt zu haben pflegt, d. h. den mehr oder weniger in die Parteipolitik verrannten höheren Beamten, der diesem russischen Blatt gerade seine Protektion widmet: — beide wiegen federleicht gegen die Autorität Sr. Majestät des Kaisers von Rußland."

Über die russischen Truppenaufstellungen bemerkte der Redner:

„Ich kann über die Motive dieser Aufstellungen keine authentische Erklärung geben; aber ich kann mir doch als jemand, der mit der auswärtigen und auch mit der russischen Politik seit einem Menschenalter vertraut ist, meine eigenen Gedanken darüber machen; die führen mich dahin, daß ich annehme, daß das russische Kabinett die Überzeugung hat — und die Überzeugung wird wohl begründet sein —, daß in der nächsten europäischen Krisis, die eintreten könnte, das Gewicht der russischen Stimme in dem diplomatischen Areopag von Europa um so schwerer wiegen wird, je stärker Rußland an der europäischen Grenze ist, je weiter westlich die russischen Armeen stehen. Rußland ist als Verbündeter und als Gegner um so schneller bei der Hand, je näher es seinen westlichen Grenzen steht mit seinen Haupttruppen oder wenigstens doch mit einer starken Armee. Diese Politik hat die russischen Truppenaufstellungen schon seit langer Zeit geleitet. Sie werden sich erinnern, daß während des Krimkrieges schon eine so große Armee im Königreich Polen stets versammelt war, daß, wenn sie rechtzeitig nach der Krim abgegangen wäre, der Krimkrieg vielleicht eine andere Wendung genommen hätte. Wenn man weiter zurückdenkt, so wird man finden, daß die Bewegung von 1830 Rußland unvorbereitet und unfähig zum Eingreifen fand, weil es keine Truppen im Westen seines Reiches in hinreichendem Maße hatte. Ich brauche also aus einer russischen Truppenanhäufung in den westlichen Provinzen (sapadni Guberni, wie die Russen sagen) noch nicht notwendig den Schluß zu ziehen, daß damit die Intention, uns zu überfallen, verbunden sei. Ich nehme an, daß man etwa auf eine neue orientalische Krisis wartet, um dann in der Lage zu sein, die russischen Wünsche mit dem vollen Gewicht einer nicht gerade in Kasan, sondern weiter westwärts stehenden Armee geltend zu machen.

„Es ist ja die wahrscheinlichste Krisis, die eintreten kann, die orientalische. Wenn sie eintritt, so sind wir bei der gerade nicht in erster Linie beteiligt. Wir sind da vollkommen, und ohne irgend welcher Verpflichtung zu nahe zu treten, in der Lage, abzuwarten, daß die im Mittelländischen Meere, in der Levante, nächstbeteiligten Mächte zuerst ihre Entschließungen treffen und, wenn sie wollen, sich mit Rußland vertragen oder schlagen. Wir sind weder zu dem einen noch zu dem anderen in der orientalischen Frage berufen. Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken sucht und die Dinge zu leiten sucht, die periclitiert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht thun; wir werden, wenn orientalische Krisen eintreten, bevor wir Stellung dazu nehmen, die Stellung abwarten, welche die mehr interessierten Mächte dazu nehmen."

Der Reichskanzler bezeichnete sodann als Motiv der Verstärkung unserer Wehrkraft nicht die augenblickliche, sondern die dauernde Kriegsgefahr:

„Es ist also kein Grund, unsere Situation im Augenblicke so ernst zu betrachten, als ob gerade die gegenwärtige Lage der Anlaß wäre, weshalb wir die gewaltige Vermehrung der Streitkräfte, die die Militärvorlage in Vorschlag bringt, heute versuchen sollten. Ich möchte die Frage der Wiedereinrichtung der Landwehr zweiten Aufgebots, kurz, die große Militärvorlage, mit der anderen, der Finanzvorlage, ganz loslösen von der Frage, wie unsere augenblickliche Situation ist. Es handelt sich da nicht um eine momentan vorübergehende Einrichtung, es handelt sich um eine dauernde, um ein dauerndes Stärkerwerden des Deutschen Reichs. Daß es sich nicht um eine momentane Einrichtung handelt, das, glaube ich, wird einleuchtend gefunden werden, wenn ich Sie bitte, mit mir die Kriegsgefahren durchzugehen, welche wir seit 40 Jahren gehabt haben, ohne in eine nervöse Unruhe zu irgend einer Zeit geraten zu sein."

„Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff. Wenn ich heute hier vor Sie treten wollte und Ihnen sagen — wenn die Verhältnisse eben anders lägen, als sie meiner Überzeugung nach liegen —: wir sind erheblich bedroht von Frankreich und Rußland; es ist vorauszusehen, daß wir angegriffen werden — meiner Überzeugung nach glaube ich es als Diplomat nach militärischen Nachrichten hierüber, es ist nützlicher für uns, daß wir als Defensive den Vorstoß des Angriffes benutzen, daß wir jetzt gleich schlagen; der Angriffskrieg ist für uns vorteilhafter zu führen, und ich bitte also den Reichstag um einen Kredit von einer Milliarde oder einer halben Milliarde, um den Krieg gegen unsere beiden Nachbarn heute zu unternehmen, — ja, meine Herren, ich weiß nicht, ob Sie das Vertrauen zu mir haben würden, mir das zu bewilligen. Ich hoffe nicht.

„Aber wenn Sie es thäten, würde es mir nicht genügen. Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, kurz und gut, mit dem die ganze Nation einverstanden ist; es muß ein Volkskrieg sein; es muß ein Krieg sein, der mit dem Enthusiasmus geführt wird wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden. Es ist mir noch erinnerlich der ohrengellende, freudige Zuruf am Kölner Bahnhofe, und so war es von Berlin bis Köln, so war es hier in Berlin. Die Wogen der Volkszustimmung trugen uns in den Krieg hinein, wir hätten wollen mögen oder nicht. So muß es auch sein, wenn eine Volkskraft wie die unsere zur vollen Geltung kommen soll. Es wird

aber sehr schwer sein, den Provinzen, den Bundesstaaten und ihren Bevölkerungen das klar zu machen: der Krieg ist unvermeidlich, er muß sein. Man wird fragen: Ja, seid ihr denn dessen so sicher? wer weiß? Kurz, wenn wir schließlich zum Angriff kommen, so wird das ganze Gewicht der Imponderabilien, die viel schwerer wiegen als die materiellen Gewichte, auf der Seite unserer Gegner sein, die wir angegriffen haben. Das „heilige Rußland“ wird entrüstet sein über den Angriff. Frankreich wird bis an die Pyrenäen hin in Waffen starren. Ganz dasselbe wird überall geschehen. Ein Krieg, zu dem wir nicht vom Volkswillen getragen werden, der wird geführt werden, wenn schließlich die verordneten Obrigkeiten ihn für nötig halten und erklärt haben; er wird auch mit vollem Schneid und vielleicht siegreich geführt werden, wenn man erst einmal Feuer bekommen und Blut gesehen hat. Aber es wird nicht von Hause aus der Elan und das Feuer dahinter sein, wie in einem Kriege, wenn wir angegriffen werden. Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich bei dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen. Diese Überlegenheit dürfen wir uns nicht entgehen lassen, selbst wenn wir, was viele Militärs, nicht nur die unserigen, annehmen, jetzt unseren künftigen Gegnern überlegen sind. Die unserigen glauben das alle: natürlich jeder Soldat glaubt das; er würde beinahe aufhören, ein brauchbarer Soldat zu sein, wenn er nicht den Krieg wünschte und an seinen Sieg darin glaubte. Wenn unsere Gegner etwa vermuten, daß es die Furcht vor dem Ausgange ist, der uns friedfertig stimmt, dann irren sie sich ganz gewaltig.

„Wir glauben ebenso fest an unseren Sieg in gerechter Sache wie irgend ein ausländischer Lieutenant in seiner Garnison beim dritten Glase Champagner glauben kann, und wir vielleicht mit mehr Sicherheit. Also es ist nicht die Furcht, die uns friedfertig stimmt, sondern gerade das Bewußtsein unserer Stärke, das Bewußtsein, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen werden, stark genug zu sein zur Abwehr und doch die Möglichkeit zu haben, der göttlichen Vorsehung es zu überlassen, ob sie nicht in der Zwischenzeit doch noch die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen wird.

„Ich bin also nicht für irgend welchen Angriffskrieg, und wenn der Krieg nur durch unseren Angriff entstehen könnte — Feuer muß von irgend jemand angelegt werden, wir werden es nicht anlegen — nun, weder das Bewußtsein unserer Stärke, wie ich es eben schilderte, noch das Vertrauen auf unsere Bündnisse wird uns abhalten, unsere bisherigen Bestrebungen, den Frieden überhaupt zu erhalten, mit dem bisherigen Eifer fortzusetzen. Wir lassen uns da durch keine

Verstimmungen leiten und durch keine Abneigung bestimmen. Es ist ja unzweifelhaft, daß die Drohungen und die Beschimpfungen, die Herausforderungen, die an uns gerichtet worden sind, auch bei uns eine ganz erhebliche und berechtigte Erbitterung erregt haben und das ist beim Deutschen recht schwer, denn er ist dem Nationalhaß an sich unzugänglicher wie irgend eine andere Nation; wir sind aber bemüht, sie zu besänftigen, und wir wollen nach wie vor den Frieden mit unseren Nachbarn, namentlich aber mit Rußland suchen. Wenn ich sage: namentlich mit Rußland, so bin ich der Meinung, daß Frankreich uns bei diesen Bemühungen keine Sicherheit auf Erfolg gewährt, wenngleich ich nicht sagen will, daß es nichts hilft; wir werden nie Händel suchen, wir werden Frankreich nie angreifen, wir haben in den vielen kleinen Vorfällen, die die Neigung unserer Nachbarn, zu spionieren und zu bestechen, verursacht hat, immer eine sehr gefällige und eine freundliche Beilegung herbeigeführt, weil ich es für ruchlos halten würde, um solcher Lappalien willen einen großen nationalen Krieg zu entzünden, oder auch nur wahrscheinlich zu machen. Das sind Fälle, wo es heißt: der Vernünftigere giebt nach. Ich nenne also vorzugsweise Rußland, und da habe ich dasselbe Vertrauen auf das Gelingen, in welchem ich vor einem Jahre gesprochen habe, und welches dieses freisinnige Blatt hier so fett gedruckt hat. Ohne ein Nachlaufen oder, wie ein deutsches Blatt sich roh ausdrückt, „Wettkriechen“ vor Rußland! — die Zeit ist vorbei; um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland. Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Thür gewiesen; wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis wieder zu gewinnen, aber wir laufen niemand nach. Das hält uns aber nicht ab — im Gegenteil, es ist uns ein Sporn mehr, die Vertragsrechte, die Rußland uns gegenüber hat, mit doppelter Genauigkeit zu beobachten.

„Zu den Vertragsrechten gehören auch solche, die nicht von allen unseren Freunden anerkannt werden; ich meine, dazu gehören die Rechte, die wir auf dem Berliner Kongreß Rußland in Betreff Bulgariens erworben haben, und die bis 1885 ganz unangefochten bestanden haben. Es ist gar keine Frage für mich, der ich die Kongreßbeschlüsse mitvorbereitet und mitunterzeichnet hube, daß wir alle damals der Meinung waren, daß der vorwiegende Einfluß in Bulgarien Rußland zufallen sollte, nachdem es seinerseits auf Ost-Rumelien verzichtet hatte, indem es die mäßige Satisfaktion gab, die Grenze des seinem Einflusse anheimfallenden Gebietes um 800,000 Seelen auf 3 Millionen ungefähr zurückzuschrauben. Infolge dieser Auffassung des Kongresses hat Rußland bis 1885 zunachst den Fürsten ernannt, einen nahen Verwandten des Kaiserhauses, von dem damals niemand annahm und annehmen konnte, daß er etwas anderes würde sein wollen als ein

getreuer Anhänger der russischen Politik. Es hat die Kriegsminister, einen großen Teil der Offiziere ernannt, kurz und gut, es hat in Bulgarien geherrscht; da ist gar kein Zweifel daran. Die Bulgaren oder ein Teil von ihnen oder der Fürst — ich weiß nicht, wer — sind nicht damit zufrieden gewesen, es hat ein Staatsstreich, ein Abfall von Rußland stattgefunden. Dadurch ist ein faktisches Verhältnis entstanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu remedieren, keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem Kongreß nach Hause gebracht hat, doch theoretisch nicht alterieren kann. Ob, wenn Rußland diese Rechte gewaltsam geltend machen wollte, sich daran Schwierigkeiten knüpfen würden, das weiß ich nicht, das geht uns auch nichts an. Wir werden gewaltsame Mittel nicht unterstützen und auch nicht dazu raten; ich glaube auch nicht, daß Neigung dazu da ist, — ich bin ziemlich gewiß, daß sie nicht vorhanden ist. Wenn aber Rußland auf diplomatischem Wege versucht, sei es auch durch eine Anregung auf das Einschreiten des Oberherrn von Bulgarien, des Sultans, wenn es versucht, das herbeizuführen, so halte ich es für die Aufgabe einer loyalen deutschen Politik, sich dabei rein an die Bestimmungen des Berliner Vertrags zu halten und an die Auslegung, die wir ihnen damals ganz ohne Ausnahme gegeben haben, und an der, mich wenigstens, die Stimmung der Bulgaren nicht irre machen kann. Bulgarien, das Ländchen zwischen Donau und Balkan, ist überhaupt kein Objekt von hinreichender Größe, um daran die Konsequenzen zu knüpfen, um seinetwillen Europa von Moskau bis an die Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo hin in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang kein Mensch voraussehen kann; man würde am Ende nach dem Kriege kaum mehr wissen, warum man sich geschlagen hat.

„Also das kann ich erklären, daß die Unfreundlichkeiten, die wir in der russischen öffentlichen Meinung, in der russischen Presse namentlich, erfahren haben, uns nicht abhalten werden, sobald Rußland den Wunsch ausspricht, die diplomatischen Schritte diplomatisch zu unterstützen, welche Rußland eben thun kann, um seinen Einfluß auf Bulgarien wieder zu gewinnen. Ich sage absichtlich: sobald Rußland den Wunsch ausspricht. Wir sind früher mitunter bemüht gewesen, russische Wünsche auf vertrauliche Andeutungen hin zu erfüllen; wir haben aber erleben müssen, daß russische Blätter sich fanden, die sofort nachzuweisen versuchten, daß gerade diese Schritte der deutschen Politik die feindseligsten gegen Rußland gewesen wären und die uns deshalb angriffen, weil wir den russischen Wünschen vorausgegangen waren in der Erfüllung. Wir haben das auch auf dem Kongreß gethan; es wird uns aber nicht wieder passieren. Wenn Rußland uns amtlich auffordert, die Schritte zur Herstellung der kongreßmäßigen Situation in Bulgarien beim Sultan als Souverän zu unterstützen, so trage ich kein Bedenken, Sr. Majestät dem Kaiser zu raten, daß das ge-

schieht. Dies erfordern die Verträge von unserer Loyalität dem Nachbar gegenüber, mit dem wir, mag die Stimmung sein, welche sie will, doch immer das grenznachbarliche Verhältnis und große und gemeinsame monarchische Interessen, sowie Interessen der Ordnung allen Gegnern der Ordnung in Europa gegenüber zu vertreten haben, und dessen Monarch vollständiges Verständnis hat für diese Aufgabe der verbündeten Monarchen. Daß der Kaiser von Rußland, wenn er findet, daß die Interessen seines großen Reiches von hundert Millionen Unterthanen ihm gebieten, Krieg zu führen, daß er dann Krieg führen wird, daran zweifle ich gar nicht. Aber die Interessen können ihm ganz unmöglich gebieten, diesen Krieg gerade gegen uns zu führen; ich halte es auch nicht für wahrscheinlich, daß ein solches Interessengebot überhaupt nahe liegt.

„Ich glaube nicht an eine unmittelbar bevorstehende Friedensstörung — wenn ich mich resumieren soll — und bitte, daß Sie das vorliegende Gesetz unabhängig von diesem Gedanken und dieser Befürchtung behandeln, lediglich als eine volle Herstellung der Verwendbarkeit der gewaltigen Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat, für den Fall, daß wir sie brauchen; brauchen wir sie nicht, dann werden wir sie nicht rufen; wir suchen den Fall zu vermeiden, daß wir sie brauchen.

„Dieses Bestreben wird uns noch immer einigermaßen erschwert durch drohende Zeitungsartikel vom Auslande, und ich möchte die Mahnung hauptsächlich an das Ausland richten, doch diese Drohungen zu unterlassen. Sie führen zu nichts. Die Drohung, die wir — nicht von der Regierung — aber in der Presse erfahren, ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit, wenn man bedenkt, daß man eine große und stolze Macht, wie es das Deutsche Reich ist, durch eine gewisse drohende Gestaltung der Druckerschwärze, durch Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können. Man sollte das unterlassen, dann würde man es uns leichter machen, unseren beiden Nachbarn auch gefälliger entgegenzukommen. Jedes Land ist auf die Dauer doch für die Fenster, die seine Presse einschlägt, irgend einmal verantwortlich; die Rechnung wird an irgend einem Tage präsentiert in der Verstimmung des anderen Landes. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden — vielleicht zu leicht — aber durch Drohungen ganz gewiß nicht! Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt. Wer ihn aber trotzdem bricht, der wird sich überzeugen, daß die kampfesfreudige Vaterlandsliebe, welche 1813 die gesamte Bevölkerung des damals schwachen, kleinen und ausgesogenen Preußen unter die Fahne rief, heutzutage ein Gemeingut der ganzen deutschen Nation ist, und daß derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, sie einheitlich gewaffnet finden

wird, und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!"

In seiner Verbannung in Friedrichsruh, gleich im ersten Jahre 1890, hatte Bismarck eine Unterredung mit einem russischen Zeitungskorrespondenten, Namens Lwow, in welcher die Beziehungen Deutschlands zu Rußland in folgender Weise zur Sprache kamen. Bismarck sagte: „Sie fragen mich, zu was uns die Existenz Österreichs nützt. Ich sage dafür, wofür Ihnen die Existenz Frankreichs nötig ist. Sie finden, daß nur Rußland und Deutschland eine Zukunft haben, darin liegt viel Wahres: wenigstens war das auch mein steter Gedanke bis zum Schlusse des Berliner Kongresses, aber dann begriff ich, daß es für Sie und uns schwer ist, in dieser Hinsicht zusammenzugehen, denn Sie fangen an uns zu behandeln, wie wirkliche Prussaken, wie ein Ungeziefer, und das diente zur Schädigung unserer Beziehungen. Ihr Fürst Gortschakow hielt mich dans sa grande vanité immer für seinen Schüler, und so lange ich unter seinem niveau stand, wollte er mir wohl, aber als ich mich erhoben hatte, konnte er mir das nachher nie verzeihen, haßte mich und that alles, was in seiner Macht stand, um mir hinderlich zu sein, sogar da, wo meine Handlungen für Rußland zu offenbarem Nutzen waren. In einer meiner jüngsten Reden sagte ich, daß ich für meine Thätigkeit auf dem Berliner Kongreß den Orden Andreas des Erstberufenen mit Brillanten erwartet hätte, wenn ich ihn nicht schon besessen hätte. Sie haben diese Erklärung damals für einen Scherz gehalten, die doch ihren gewichtigen und ernsthaften Grund hatte. Ich sage Ihnen aufrichtig, daß ich damals den lebhaften Wunsch hatte, mit Rußland eng zusammenzugehen, und ich war auf dem Berliner Kongreß so russisch, wie ein Deutscher nur russisch sein kann. Rußland hatte diesen Wunsch nicht, in dessen Erfüllung ich nicht müde wurde. Man erklärte mir z. B. ganz unerwartet, daß Rußland Batum braucht. Als ich dies von dem Grafen Schuwalow hörte, begab ich mich in der Nacht zu Beaconsfield, er war krank und schlief. Ich weckte ihn, und als er sich weigerte, sagte ich ihm, daß ich sonst den Kongreß schließen würde — und er war einverstanden. Ja, ich war nicht bloß russisch, ich war sogar der Sekretär des Grafen Schuwalow, und ich wiederhole es, daß ich alles Rußland Vorteilhafte that, wenn aber St. Petersburg selbst nicht alles das forderte, was ihm zukam, sagen Sie aufrichtig, war es meine Sache, ihm Wünsche vorzuschlagen, die es nicht ausgesprochen?"

„Gewiß nicht," antwortete Lwow.

„Und wenn nicht, weshalb hat gleich darauf," rief der Fürst plötzlich nervös und seine Pfeife knarrte, „pourquoi la Russie m'a-t-elle retiré sa confiance et m'a donné un coup dans le derrière? Und dann 1879, weshalb hat uns Rußland mit dem Krieg bedroht, seine Truppen an die Grenze vorgeschoben, weshalb kamen von euch scharfe, briefliche Drohungen und persönliche Beschuldigungen an meine Adresse? Fragen Sie Ihre Diplomaten, sie wissen, wovon ich spreche! Damals und erst damals, das heißt 1879, eilte ich nach Wien und sagte dort geradezu, was uns allen, Ihnen und uns gleichmäßig zukommt, geben Sie, und wir schließen ein Bündnis. Bin ich deshalb vor Rußland im Unrecht, und was hätte ich thun sollen?

„Gewiß, Fürst," bemerkte Lwow, „bei uns macht auch, so viel mir bekannt, namentlich in der letzten Zeit, niemand Sie direkt und nur Sie allein für unsere Unfälle auf dem Berliner Kongreß, die dann in Rußland so schwer empfunden wurden, verantwortlich. Aber man macht dafür Sie, und gerade Sie allein für die darauf folgende böse Absicht verantwortlich, unsere Fonds zu diskreditieren und uns ökonomischen Schaden zuzufügen, indem Sie unsere Werte in die Luft sprengten."

„Oh, c'est une erreur!" rief der Fürst. „Ich gebe Ihnen das Wort, nicht des Diplomaten, der Napoleon angeführt hat, sondern des Fürsten Bismarck, glauben Sie mir, qu'en ceci on m'accuse à tort. Wahr ist nur so viel, daß ich wirklich wünschte, uns von den russischen Papieren los zu machen — um die Deutschen zu veranlassen, nicht fremde, sondern ihre Werte zu kaufen. Für Sie war dies eine einfache Übertragung von dem Berliner Rothschild auf den Pariser Rothschild, für uns aber ist es immer vorteilhafter und weniger riskant, unsere Papiere zu kaufen als fremde, schon deshalb, weil in Kriegszeiten die Werte einer feindlichen Macht aufhören, Zinsen zu bringen, aber ich wiederhole Ihnen, daß ich nicht daran gedacht habe, weiter zu gehen, und wenn deutsche Zeitungen Ihnen damals den Krieg erklärt und Schaden zugefügt haben, so ist dies nicht nur ohne mein Wissen geschehen, sondern es war eine Verschwörung der Zeitungen gegen mich, und ich wiederhole Ihnen noch einmal que c'était plus fort que moi und daß ich damit nicht fertig werden konnte. Mir die Absicht zuzuschreiben, Rußland dadurch schwächen und entwaffnen zu wollen, ist sogar kurios, da ich die Lage, die Kräfte, die Einrichtungen und

Sitten Ihres Vaterlandes sehr wohl kenne. Rußland bedarf im Falle eines Krieges auswärtiger Operationen nicht. Sie haben Pferde, Menschen, vorzügliches Eisen, Gewehrfabriken, Geschützfabriken, Gußwerke, Sie haben Papier und Sie brauchen im Falle eines Krieges nur 500 Millionen Assignaten auszugeben, und alles wird bezahlt, ja sie werden vorzüglich gehen von Warschau bis nach Peking, wie sie vor Kars ausgezeichnet gingen und jetzt im Innern von Asien gehen. Wenn jemand denkt, daß mit Rußland Krieg führen nicht furchtbar ist, so irrt er sich: in Zanzibar Krieg führen ist ungefährlich, in Rußland sehr gefährlich und führt zu nichts. Etwas anderes une guerre défensive, wenn Rußland sich auf Deutschland würfe, dann wäre der heimische Herd, le feu sacré und alles übrige vorhanden, aber in anderer Weise mit Rußland kämpfen, wäre gefährlicher als mit irgend jemand sonst. Und das trotz der Zahl unserer Truppen und ihrer Kriegsbereitschaft. Und außer allem diesen — der Winter und die ungeheuren Räume — das sind furchtbare Waffen, denen man nichts entgegensetzen, die man nicht rauben kann, diese hölzernen Häuser, die man ohne Kosten wieder herstellt, und die Hauptsache, das Allerstärkste und Unbesieglichste — das ist die persönliche Eigenschaft des edlen russischen Volkes, welches immer ergeben und immer zufrieden ist mit dem, was es hat, wie mit der Gegenwart im allgemeinen, und die Summe von alledem — alle diese ungeheuren Waffen — garantiert Sie vollständig gegen jeden Angriffskrieg. Und endlich, was wollen wir von Rußland oder Rußland von uns? Milliarden würden weder wir von Ihnen noch Sie von uns holen, selbst bei dem glücklichsten Erfolge eines Teils würde er froh sein, die Kriegskosten wieder zu erhalten, die ungeheuer sein würden, und eine Erwerbung, und ich werde meine Worte niemals zurücknehmen, von etwas über Memel hinaus, ist ein Verbrechen nicht bloß gegen uns, sondern gegen ganz Deutschland, denn die Herrschaft über die Ostseeprovinzen, als platonisches Bestreben von unserer Seite noch begreiflich, ist ohne Polen undenkbar, und dann wären bei uns neun Millionen Polen, und in ganz Deutschland ungefähr die Hälfte der Bevölkerung katholisch, mit einem Wort, Deutschland selbst hätte sich das Verderben gebaut; dasjenige seines eigensten Geistes, seiner Nationalität, des Luthertums und seiner Kraft, wie auch Sie, wenn Sie uns Ostpreußen nähmen, dessen Besitz Sie ganz gewiß zu Grunde richtete. Nein, das wäre das äußerste von Leichtsinn und wegen der Folgen gefährlich, schon davon gar nicht zu sprechen, daß es

gar nicht so leicht wäre, Rußland vom Meere loszureißen, ohne ihm zu helfen, sich an einem anderen niederzulassen, und alles wäre für uns: bon à prendre et mal à garder. Und das ist so sicher, daß, wenn Sie Konstantinopel nehmen, wir dennoch nicht die Ostseeprovinzen nehmen, und wenn Sie dieselben mit zum Tausch geben, und sogar mit Ihrem ganzen Polen."

„Und so, Durchlaucht, schließen Sie jede Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts gegen Rußland von seiten Deutschlands aus?"

„Ja, ich schließe jede vernünftige Möglichkeit eines solchen Konflikts aus, denn ich sehe keinen vernünftigen Grund, welcher ihn rechtfertigte, ja, ich bin sogar überzeugt, daß bei uns niemand daran denkt, da ein solcher Krieg selbst dem Sieger keinen Nutzen bringen kann und höchstens persönlich vielleicht einige junge Generale ein Interesse daran haben können, aus Furcht, zu spät Feldmarschälle zu werden. Jetzt einige Worte hinsichtlich der orientalischen Frage:

„Ce qui concerne la clef de votre maison, d. h. die Meerengen," fuhr der Fürst fort, „wenn Sie auch hinsichtlich derselben etwas beschlossen gehabt hätten, so war dies durchaus nicht die Sache Deutschlands allein, sondern sozusagen eine allgemein europäische, welche auch England, Österreich, Italien, Frankreich u. s. w. betraf; uns als diejenigen, welche gegen Rußland speziell schädliche Hintergedanken in Konstantinopel gehabt, anzuklagen, wäre vollkommen vergeblich, um so mehr, als man keinem deutschen Monarchen eine Sultanspolitik nachgesehen hätte und wir schließlich nicht pour les beaux yeux du Sultan Krieg führen werden. Ihr Irrtum besteht darin, daß Sie von uns erwarten, was nicht unsere Sache ist. In der orientalischen Frage können weder Österreich noch Rußland fordern, daß wir für sie arbeiten. Wir können nicht zum Sultan sagen: Thue ihnen dies; wir haben ja auch nicht verlangt, daß ihr euch für uns in Paris Mühe gäbet und arbeitet! Was aber Bulgarien betrifft, so meine ich, daß wir dort noch weniger Interesse als in Konstantinopel haben, im Gegenteil haben wir es immer du côté russe angesehen und ich habe davon zahlreiche Beweise gegeben. Ihr Battenberger wäre auf dem Berliner Kongreß niemals bestätigt worden, wenn er nicht der russische Kandidat gewesen wäre. Er zeigte sich gegen Rußland untreu, und wenn der gegen Rußland undankbare Prinz das nicht gewesen wäre, so säße er noch heute auf dem bulgarischen Thron. Vorher aber, hoffe ich, unterstützten Sie ihn, und nicht ich, und

als er seine Fahne vollständig aufrollte und sich als der zeigte, der er in der That war, wer als ich hat mit Nägel und Zähnen seine Heirat mit einer deutschen Prinzessin verhindert? Und ich konnte nicht anders handeln, denn ich sah, daß ich die Sicherheit verliere und darum konnte ich nicht eine deutsche Prinzessin in den Balkanen liegen lassen."

Im Jahre 1892 wurde Fürst Bismarck von einem Redakteur der N. N. in München interviewt. Er blätterte unter den bereitgehaltenen Preßäußerungen über das Wiener Interview und kam auf die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu sprechen. „Ich bin," sagte er ungefähr, „vielfach irrig verstanden worden. Man wirft mir vor, daß ich mich in Wien als Schöpfer des deutsch-österreichischen Bündnisses habe feiern lassen, während ich andererseits beklage, daß der Draht zwischen Deutschland und Rußland abgeschnitten sei! Die Sache liegt doch sehr einfach, das Bündnis verdanken wir zunächst dem äußeren Anlaß, daß von Petersburg äußerst ungeschickte kaiserliche Briefe nach Berlin gesandt worden waren. Man muß doch ins Auge fassen, daß das Bündnis mit Österreich nur ein Defensivbündnis ist. Es soll nur die Sicherheit dafür geben, daß Österreich und Deutschland nicht angegriffen werden können. Es war dies eine Sicherstellung, die auf Gegenseitigkeit beruht. Unsere guten Beziehungen zu Rußland konnten trotzdem fortbestehen bleiben, da ja in Petersburg genau bekannt war, daß das Bündnis nur einen defensiven Charakter trage. Man konnte doch Österreich nicht zumuten, wegen ein paar Hammeldieben an der Donau sich in einen Krieg zu verwickeln. Österreich und Rußland waren die gegnerischen Mächte und unsere guten Beziehungen zu Rußland hätten uns stets erlaubt, Mißverständnisse zu beseitigen und ‚für Österreich ein gutes Wort einzulegen.' Ich muß nochmals versichern, daß ich das Vertrauen des Kaisers Alexander III. im höchsten Maße genossen habe und es ist ganz falsch, was ein Berliner Blatt schreibt: ‚Es ist doch sattsam bekannt, daß Fürst Bismarck außerordentliche Mühe hatte, dem Zaren Alexander die Beweise dafür zu erbringen, daß die Schriftstücke gefälscht waren, welche bei dem russischen Selbstherrscher die Meinung an der Zweizüngigkeit der deutschen Politik in der bulgarischen Angelegenheit hervorgerufen hatten.' In jener Unterredung im Jahre 1887 genügte allein meine mündliche Versicherung, daß die Schriftstücke, welche sehr geschickt mit Stempel und Unterschriften gefälscht waren — sie waren angeblich zwischen dem

Fürsten Ferdinand von Bulgarien und der Gräfin von Flandern gewechselt worden — unecht waren. Meiner mündlichen Versicherung schenkte der Zar sofort das vollste Vertrauen. Ich war darüber sehr gerührt. Die guten Beziehungen zu Rußland beruhen lediglich auf dem Vertrauen, das ich bei Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland hatte. Er sagte zwei Jahre später noch: ‚Ihnen schenke ich mein vollstes Vertrauen, wenn ich nur die Garantie hätte, daß Sie auch immer Minister blieben.‘ Ich sagte: ‚Ich denke wohl, Majestät, daß ich bis zum Ende meiner Tage die Geschäfte führen werde,‘ da ich keinen Grund hatte, anderer Meinung zu sein.“

Bismarck und die Revanche.

Die Worte, welche Bismarck zu Jules Favre gesprochen: „Ihr werdet die Kapitulation von Sedan eben so wenig vergessen, als Waterloo und Sadowa, welch letzteres euch nicht einmal etwas angeht“, sind unwiderlegbar, aber ebenso unwiderlegbar ist dann auch der Schluß: „Deshalb ist es auch notwendig, daß Deutschland das Gebiet behält, welches seine Grenzen sichert, besonders die Stadt, welche den Schlüssel zu unserem Hause bildet.“

Das Revanchegeschrei der Franzosen war unter allen Umständen zu erwarten, selbst bei einer weit schonenderen Behandlung. „Die Ehre Frankreichs ist von der Ehre der anderen Nationen nicht verschieden,“ sagte Fürst Bismarck ebenfalls zu Jules Favre. Es ist die besondere Ehre, die Frankreich für sich in Anspruch nimmt, welche ihre Revanchepolitik leitet, und den Deutschenhaß nährt, weil wir angeblich die französische Ehre durch „Länderraub“ angetastet haben.

Im Jahre 1872 schrieb Fürst Bismarck an den Grafen von Arnim im Paris: „Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee so weit zu reorganisieren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären. Wir sind darauf vollständig gefaßt, und unsere Vertretung in Paris trifft kein Vorwurf, wenn sie die gallische Kampflust nicht zu zügeln vermag.“

Ein anderes Mal schrieb derselbe an denselben: „Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen findet. So lange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich; nur so lange die großen Monarchien Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen aber wird eine französische Republik sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Überzeugung macht es mir unmöglich, Sr. Majestät dem Könige zur Aufmunterung der monarchischen Rechte in Frankreich zu raten, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elementes involvieren würde."

Fürst Bismarck schrieb also damals allen Parteien in Frankreich dieselbe Revanchelust zu. Er hält aber die Republik in Frankreich für die verhältnismäßig größte Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens und widerstrebt jeder dynastischen Restauration. Die Geschichte von zwei Jahrzehnten hat diese Auffassung des Fürsten Bismarck erprobt und gerechtfertigt. Auf den Sturz der Republik arbeiten die Ultramontanen dort und anderswo. Ein französischer König oder Kaiser würde zur Ergreifung einer kriegerischen Politik sich selbst wider Willen gezwungen sehen — um Frankreich Luft zu machen und an die Gloire zu appellieren. Ein Monarch würde auch eher einen Bundesgenossen finden, als die republikanische Regierung. Mag man in Frankreich dieses Raisonnement nicht als eine uneigennützige Politik ansehen, so bleibt doch die Thatsache bestehen, daß der deutsche Staatsmann der Republik Vorschub leistet, daß das republikanische Regiment von seiten der deutschen Politik allen auf Wiedererrichtung einer Monarchie gerichteten Bestrebungen gegenüber stets unterstützt worden ist, daß Deutschland sich stets bemüht hat, mit dem republikanischen Frankreich Hand in Hand zu gehen und dessen Großmachtstellung zur vollen Geltung gelangen zu lassen. Und welches war seit Jahren der geheime Sinn der französischen Wahlen? „Gegen Bismarck." So wurde dem älteren Ministerium Freycinet (1882) als erste Sünde die Unterstützung angerechnet, welche ihm Fürst Bismarck in der ägyptischen Politik geleistet hatte. Der deutsche Staatsmann war es, der den Stoß parieren wollte, welcher dem französischen Prestige drohte. So hat Ferry die führende Rolle büßen müssen, die er an der Seite Bismarcks auf der Kongokonferenz übernahm.

Als im Jahre 1873, nach dem Sturze Thiers, mit der Prä-

sidentschaft Mac Mahons die klerikalen und monarchistischen Elemente Frankreichs emporgekommen waren, und Fürst Bismarck in einer Depesche vom Januar 1874 an die deutschen Gesandten erklärte, daß ein klerikales Frankreich der geschworene Feind Deutschlands sei, wurde dem Reichskanzler als weiterer Inhalt dieser Depesche die Äußerung zugeschrieben, daß, falls ein Zusammenstoß unzweifelhaft und unvermeidlich wäre, die deutsche Regierung den Zeitpunkt nicht abwarten werde, der etwa für Frankreich je nach dem Stande seiner Kriegsbereitschaft der passendste wäre.

Die Besorgnisse vor einem Kriege mit Frankreich, die im Jahre 1875 herrschten, wurden aufs neue lebendig im Frühjahre 1877, als Mac Mahons Versuch eines kleinen Staatsstreiches und die schwierige Stellung Deutschlands zwischen Österreich und Rußland Gefahren in sich bargen, denen gegenüber, um kein bekanntes Wort von Thiers anzuwenden, in der deutschen Politik ein Fehler gemacht werden durfte, wenn Deutschland nicht in kriegerische Verwickelungen geraten sollte.

Die Hast, mit welcher in Frankreich die Reorganisation der Armee betrieben und die Arsenale gefüllt wurden, die Dreistigkeit, mit welcher die französische Presse, und zwar gerade hervorragende Blätter, Deutschland vor ganz Europa als den Störenfried denunzierten, die Mißhandlungen von harmlosen Deutschen in Paris und anderswo, alles das zeugte von dem hohen Grade feindseliger Stimmung und der Geneigtheit, die erste günstige Gelegenheit zum Losschlagen zu benutzen. Die Einsetzung des klerikalen Ministeriums vom 16. Mai 1877 verschärfte diese Stimmung.

Nach mehrfachem Schwanken entschloß sich Mac Mahon dazu, sich auf den Boden der republikanischen Mehrheit zu stellen. Einer der angesehensten und erfahrensten Führer der gemäßigten Republikaner, der alte Dufaure, der schon unter dem Könige Ludwig Philipp mit Thiers zusammen Minister gewesen war und welchem der Marschall selbst die Bildung des ersten Ministeriums nach der Einführung der neuen Verfassung übertragen hatte, erhielt nunmehr unbedingte Vollmacht zur Bildung eines neuen parlamentarischen Ministeriums: er wählte dasselbe aus allen gemäßigten Gruppen des Senats und der Abgeordnetenkammer.

„Für die auswärtigen Beziehungen Frankreichs ist der eingetretene Wechsel insofern von Bedeutung, als durch die politische Richtung des neuen Ministeriums und durch die Stellung der maßgebenden Personen desselben manche bisher gehegte Besorgnisse, als

könnten gewisse bedenkliche Richtungen und Bestrebungen eine Stütze in der französischen auswärtigen Politik suchen und finden, jetzt als beseitigt gelten . . . ." So äußerte sich Bismarck.

In der Zeit von 1878 bis 1882, unter der Präsidentschaft Grevys (seit 1879) vertrat Graf Saint-Vallier die französische Republik als Botschafter in Berlin. Sein Name erinnert uns an den bedeutsamen Gedankenaustausch des Fürsten Bismarck mit dem Verstorbenen behufs eines deutsch-österreichisch-französischen Bündnisses. Rußland drohte mit einem Revanchekrieg wegen des Berliner Kongresses, der deutsche Staatsmann war nach Wien gegangen und hatte hier das Bündnis abgeschlossen, das heute noch die Situation Europas beherrscht. In England wurde bald darauf der Held des Berliner Kongresses, Lord Beaconsfield, gestürzt. Bereits in Wien hatte Bismarck den dortigen französischen Botschafter Taisseranc de Bort aufgesucht und ihm gesagt: „Je ne me sers jamais de la parole pour déguiser ma pensée, Mr. Waddington en a eu la preuve à Berlin, et mon désir d'entretenir des relations cordiales avec la France est sincère." In Varzin gab es gleich nachher intime Besprechungen zwischen Bismarck und dem Grafen Saint-Vallier. Es handelte sich um nichts Geringeres als um einen Freundschaftsbund, der an Innigkeit und Bedeutung alle bisherigen Allianzen in den Schatten gestellt hätte, der den Wetteifer der Völker auf ein viel weiteres und fruchtbareres Gebiet übertragen und eine neue Ära für Europa inaugurieren sollte. Das war ein Projekt, das allerdings bei dem Grafen Saint-Vallier guten Boden fand, nicht aber bei seinen Landsleuten, die ihm vielmehr seine friedliche und freundschaftliche Stellung zum deutschen Staatsmanne sehr übel nahmen.

Graf Saint-Vallier hat es in der That verstanden, sich sowohl in gesellschaftlicher als amtlicher Hinsicht eine höchst angesehene Stellung in Berlin zu verschaffen, und als an seine Abberufung gedacht wurde, konnte der Anlaß dazu jedenfalls nicht in Berlin gesucht werden. Bei seinem Scheiden von Berlin hoffte er noch einmal wieder nach Berlin zurückzukommen. Er äußerte sich gegenüber seinem Freunde und Nachfolger, dem Baron von Courcel: „Bereiten Sie sich darauf vor," sagte er ihm, „Sie sind jetzt mein Nachfolger, ich werde der Ihrige, wenn ein Umschwung eintritt und meine Freunde wieder an die Regierung kommen. Trete ich jemals in den Staatsdienst zurück, so werde ich keine andere Stelle einnehmen, als die, welche ich jetzt aufzugeben gezwungen bin." Dann hat er sich über seinen Aufenthalt und seine Stellung in Berlin

auch einmal so geäußert: „Ich habe mich in Berlin glücklicher gefühlt, als irgendwo, im Verkehr mit der imposanten Persönlichkeit des Fürsten Bismarck, der nicht nur der große Staatsmann ist, den alle Welt bewundert, sondern auch daneben der bestechend liebenswürdige Mann, mit dem zu verkehren eine wahre Freude ist. Einen anderen Posten als den des Botschafters in Berlin werde ich auf keinen Fall annehmen."

Waddington, Minister des Äußern, hielt sich bis Ende 1879. Er hatte die Anerkennung des Fürsten Bismarck gefunden, die für ausländische Minister schwer zu tragen ist.

Bei dem Neujahrsempfang im Elisée (1880), sagte Fürst Hohenlohe dem zwei Tage zuvor an die Stelle Waddingtons getretenen Ministerpräsidenten Freycinet, er habe soeben ein Telegramm des Fürsten Bismarck erhalten mit der Aufforderung, dem Ministerpräsidenten seine persönlichen Glückwünsche auszudrücken und ihm mitzuteilen, daß er dringend wünsche, die freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen, welche zwischen beiden Ländern beständen, aufrecht zu erhalten. Freycinet dankte dem Botschafter und äußerte seinen aufrichtigen Wunsch für Erhaltung des freundschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland.

In die Zeit Freycinets und seines Nachfolgers Ferry fiel die Lösung wichtiger auswärtiger Fragen, die Deutschland und Frankreich stets auf gleicher Linie operierend fand.

Das Berliner Kabinett hat den Interessen Frankreichs stets Förderung zu teil werden lassen, soweit dieselben nicht auf einen Eroberungskrieg gegen Deutschland hinausliefen. Beim Berliner Kongresse ist dem Vertreter Frankreichs — nicht etwa bloß äußerlich mit der größten Distinktion begegnet worden, im ganzen Verlauf der orientalischen Politik hat Deutschland sich stets bemüht, mit Frankreich Hand in Hand zu gehen und dessen Großmachtstellung zur vollsten Geltung gelangen zu lassen. Auch war es wahrlich nicht Deutschlands Schuld, daß England in Ägypten alleiniger Herr wurde. In der tunesischen Angelegenheit war Frankreich von vornherein vergewissert, daß ihm die deutsche Politik nicht entgegenwirken werde, wie denn überhaupt alle Bestrebungen Frankreichs, sein Machtgebiet nach anderer als nach der Vogesenseite zu erweitern, in Berlin die wohlwollendste Beurteilung fanden.

Gambetta, der Nachfolger Ferry's im November 1881, der Revanchard und Chauvinist par excellence, der auch als solcher

einen frühen Sturz erlitt, hatte gleichwohl für sein thatsächliches Verhalten den folgenden Gesichtspunkt zur Richtschnur: „Der Krieg mit Deutschland,“ so äußerte er sich einmal privatissime, „kommt nur, wenn Frankreich in die Hände eines Cäsaren fällt, der einen Vorwand benutzt, um den militärischen Geist der Nation zu unterhalten. Die Welt muß durch den Frieden, nicht durch den Krieg fortschreiten. Ein neuer Krieg würde die Republik um 20 oder 30 Jahre zurückwerfen — außer wenn Frankreich im stande wäre, in einer siebentägigen Kampagne Deutschland niederzuwerfen, und das kann es nicht.“ Gambetta hatte im tiefsten Innern ganz andere Gedanken, als den Krieg mit Deutschland. Wohl suchte er durch die Kräftigung der Landeswehr Frankreich vor einem Angriffe zu wahren, wohl ließ er gern an diplomatische und kriegerische Kombinationen glauben, die eine Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen herbeiführen sollten, trotzdem trug er in seinem Geiste einen ganz anderen phantasiereichen Plan, der eine andere Lösung des Völkerstreites als diejenige des Krieges bringen konnte: ihm schwebte der Gedanke vor, ein Verständnis mit Deutschland anzubahnen, wenn er sich mit dem berühmten Manne hätte aussprechen können, dessen Zuthun dabei nötig war. Er war schon unter den Mauern von Varzin, da erreichte ihn noch ein Telegramm aus Paris, das ihn warnend zurückrief. Bismarck hat ihn fast schon aus den Fenstern kommen sehen.

Es ist sicherlich bemerkenswert, in welcher Weise die Regierungspresse in Berlin sich beim Tode Gambettas über diesen äußerte. Es hieß daselbst:

„Von den festen Punkten am politischen Firmamente, die während des letzten Jahrzehnts Freund und Feind zur Orientierung dienten, ist abermals einer erloschen. Im Vollbesitz seiner Kräfte, auf der Höhe des Lebens ist der hervorragende Mann dahingerafft worden, den sein Vaterland als den patriotischsten seiner Söhne, die gesamte gebildete Welt als den Träger einer bewunderungswürdigen staatsmännischen Energie kannte. Vierundvierzig Jahre alt ist Léon Gambetta, der populärste Franzose seiner Zeit, nach mehrwöchentlicher Krankheit verstorben.

„In die Blätter der Geschichte, welche von unserm Geschlechte handeln, ist der Name Gambetta mit so markigen Zügen eingetragen worden, daß sich schon jetzt sagen läßt, derselbe werde den Wechsel der Zeiten und der Verhältnisse überleben und einen dauernden Platz im Gedächtnis der Menschen bewahren. Zu der deutschen

Geschichte steht dieser Name in so enger Beziehung, daß es uns näher liegt, als den übrigen Frankreich benachbarten Völkern, Zeugnis abzulegen von der außerordentlichen Bedeutung des Zeitgenossen, der am 31. Dezember 1882 abgerufen worden ist. Hat es doch nicht erst der versöhnenden Wirkungen der Zeit und der bewältigenden Sprache des Todes bedurft, damit wir Deutsche rühmend anerkannten, daß der unerschrockene Patriot, der im Winter 1870/71 die Verteidigung Frankreichs leitete, ein Mann im vollsten Sinne des Worts gewesen ist, und daß er eine große und edle Pflicht erfüllte, als er nur die Erfüllung der unsrigen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu erschweren suchte. Die deutsche Geschichtsschreibung hat ihre Ehre darin gesetzt, in jeder Rücksicht dem ausgezeichneten Gegner gerecht zu werden, der unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen den Kampf für die kriegerische Ehre seines Vaterlandes aufnahm, inmitten einer Welt von Hindernissen ungebrochenen Mutes fortsetzte und dabei ein Geschick entfaltete, das nur von der Energie übertroffen wurde, welche die Trägerin dieses reichen Talents war. So stark war der Eindruck, den das deutsche Volk von der Persönlichkeit des französischen Landesverteidigungs-Ministers von 1870 empfangen hatte, daß das zu Anfang der 70er Jahre erfolgte zeitweise Verschwinden Gambettas von dem Vordergrunde der öffentlichen Bühne uns keinen Augenblick in der Überzeugung beirrte, einem Manne, der so Bedeutendes geleistet, müsse unter allen Umständen eine bedeutende Zukunft gesichert sein. Und auch in der Folge, als der Parteien Haß und Gunst das Bild ins Schwanken zu bringen drohte, das die Zeitgenossenschaft sich von Léon Gambetta gemacht hatte, war uns nicht zweifelhaft, daß ein staatsmännisches Talent von dem festen Gefüge des seinigen sich allen ihm bereiteten Schwierigkeiten zum Trotz schließlich durchsetzen werde. Wenn in dem verwirrenden Kampfe der Meinungen die Stimme des einen, unbekümmert um seine Gefolgschaft auf dem eingeschlagenen Wege beharrenden Mannes immer wieder zur Geltung kam, so hatte das vornehmlich darin seinen Grund, daß hinter der Meinung Gambettas ein mächtig gebietender, fest auf einen Punkt gerichteter Wille stand. Einheit des Wesens und Folgerichtigkeit des Denkens aber haben zu allen Zeiten den Stoff abgegeben, aus welchem die Geschichte ihre Gestalten formt.

„Über einem Toten, den ein ganzes großes Volk betrauert, prüfend die Wage zu halten, auf welcher alles menschliche Thun gewogen wird, kann unsere, der ehemaligen Gegner Sache nicht sein.

Als Zeitgenossen aber haben wir das Recht und die Pflicht, mit Zeugnis abzulegen von der außerordentlichen Bedeutung des Mannes, den wir in heißem, ehrenvollem Kampfe kennen lernten und dessen späteren Geschicken wir mit dem achtungsvollen Anteil folgten, den er sich bei Freund und Feind erzwungen hatte."

Nach dem Tode Gambettas fand Frankreich bald denjenigen Staatsmann, der vielleicht der einzige war, nach außen und nach innen haltbare Verhältnisse zu schaffen. Jules Ferry lenkte die Geschicke Frankreichs über zwei Jahre mit einem erstaunlichen Erfolg. Aber er fand auch den unbezähmbaren Haß der Gegner, den Richelieu erfahren, aber unter glücklicheren Umständen bis zum Tode besiegt hat. Ferrys unbezähmbare Gegner waren die Radikalen, weil sie von ihm die Befestigung der gemäßigten Republik befürchteten, die Chauvinisten, weil sie ihn in gutem Vernehmen mit Deutschland sahen.

Die Thätigkeit Ferrys erhielt ihren charakteristischen Stempel durch die auswärtigen, insbesondere kolonialen Verwickelungen. Sich dem Berliner Kabinett behutsam zu nähern, war von Anfang an sein augenfälliges Bestreben, das freilich erst Erfolg haben konnte, als Challemel-Lacour im November 1883 aus dem Ministerium schied, und der Ministerpräsident selbst die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in die Hand nahm. Da Frankreich mit England wegen Ägyptens, mit Italien wegen Tunis sich überworfen hatte und letzteres sich seit Ende 1881 den Kaisermächten enger anschloß, so war es in der That, wenn die Regierung sich nicht ganz isolieren wollte, unumgänglich nötig, mit Deutschland engere Fühlung zu gewinnen, und von den Pariser Blättern hatte zuerst der Figaro im April 1883 den Mut, dies auszusprechen. Die gesamte übrige Presse wies solche Anwandlungen von Versöhnung freilich weit zurück.

Der Anfang der Regierungszeit Jules Ferry's war ausgezeichnet durch ganz besonders feindliche Demonstrationen gegen Deutschland. Die Grenzbereisung durch den Kriegsminister Thibaudin wurde theatralisch aufgeputzt. Daneben spukte die „probeweise Mobilisation" von einem oder mehreren Armeekorps an derdeutschen Grenze, diese war noch ernsthafter zu nehmen. Das Toben und Schimpfen gegen Deutschland stimmte sich wieder einen Grad höher und stärker, nachdem man die Höhe des Möglichen überhaupt schon erreicht glaubte. Daß das nicht gut enden konnte, das hätte man in Frankreich gerade so einsehen sollen wie in Deutschland; man

glaubte aber dort, man könne „mit dem Feuer spielen“. Was die Lage in den Reichslanden betraf, so waren der Brief des Herrn Antoine, die Aufnahme, die er diesseits und jenseits der Grenzen fand, und das Verhalten der Regierung der Reichslande diesen Vorgängen gegenüber sehr lehrreich. Die gespreizten Rodomontaden des Tierarztes von Metz brachten einen ernsthaften Deutschen zum Lachen. Die Franzosen und die Französling in den Reichslanden sahen darin Heldenmut und Selbstvertrauen, in der Haltung der Regierung sahen sie aber nicht die geringschätzige Großmut, sondern nur duldende Schwäche. In einer noch nicht vollständig beruhigten Grenzprovinz, die von Frankreich mit eiserner Hand mit und ohne Sammethandschuh regiert worden war, konnte das nicht ungefährlich sein. Kein Wunder, wenn Fürst Bismarck es an der Zeit hielt, eine Warnung an Frankreich vom Stapel zu lassen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ brachte am 22. August 1883 an der Spitze ihres Blattes über die chauvinistischen Vorgänge in Frankreich den folgenden Artikel:

„Im Deutschen Reiche wird verhältnismäßig selten und meist nur flüchtig und oberflächlich von dem rastlosen Kriege Kenntnis genommen, welchen in Frankreich die Presse aller Parteien in den mannigfaltigsten Formen, von den verschiedenartigsten Ausgangspunkten, wetteifernd in Heftigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen den deutschen Nachbar führt. Die nüchterne Weltanschauung des Deutschen und der bisher geringe Grad seiner nationalen Empfindlichkeit vermag die Leidenschaften nicht recht zu verstehen, die in jenem Orkan von Schmähungen und Hetzereien ihren Ausdruck suchen, und von denen, so weit wir die französische Presse einzusehen in der Lage sind, eigentlich kein Organ, sei es welcher Farbe immer, sich auch nur eine gewisse Zeit lang frei zu erhalten vermag.

„Von Zeit zu Zeit möchte es aber als ein Gebot der eigenen Friedensliebe erscheinen, den Eindruck zusammenzufassen, welchen diese Angriffe in ihrer stetig zunehmenden Lebhaftigkeit hervorzubringen geeignet sind, und der bei allen ruhigen Beobachtern, selbst bei solchen, die etwa noch in Frankreich selbst zu finden wären, nur darin gipfeln kann, daß Frankreich durch die maßlose Heftigkeit seiner Revanchepredigen und durch das Echo, welches dieselben beim eigenen Volke und darüber hinaus bis in die Kreise gesinnungsverwandter Agitatoren in Elsaß-Lothringen finden, als der einzige Staat sich darstellt, welcher den Frieden Europas dauernd bedroht. Zugleich mit dieser Erkenntnis wird die Überzeugung sich aufnötigen,

daß ein solcher Zustand nicht andauern kann, ohne das Ziel aller ernsthaften Politiker, den Frieden, schwer zu gefährden. Denn je höher die Flut der Leidenschaften anschwillt, welche eine gewissenlose Agitation für ihre verschiedenartigen Zwecke anzufachen nicht ermüdet, um so weniger läßt sich vorhersehen, ob und wie lange dieselbe noch innerhalb der Dämme des äußerlichen Friedens zurückgehalten werden kann. Mit vollem Recht gilt hier in verstärktem Maße das Wort im Volksmunde, daß der Teufel, den man zu oft an die Wand gemalt, am Ende in Wirklichkeit erscheint."

Obgleich dieser Artikel einzig gegen die Revancheprediger gerichtet war und auf die Gefahr hinwies, „daß die zu politischen Parteizwecken angefachten Leidenschaften schließlich die Dämme des äußerlich aufrecht erhaltenen Friedens durchbrechen könnten", wurde er selbst in deutschen Blättern als eine Brüskierung Frankreichs, als eine den Frieden gefährdende, feindselige Kundgebung gegen unsere republikanischen Nachbarn gedeutet. Eine ähnliche Kritik wurde in der „Times" und in einzelnen anderen Blättern des Auslandes laut. In Frankreich indes übte er die beabsichtigte Wirkung voll und ganz. Sämtliche französische Blätter wiesen den erhobenen Vorwurf als pure Verleumdung zurück, keines wollte jemals ein verletzendes Wort gegen Deutschland gesagt haben, alle beteuerten hoch und heilig ihre Friedensliebe. Mehr war in der That nicht zu erwarten. Die Franzosen hatten das kerngesunde Schlußwort des Artikels, „daß der Teufel, den man zu oft an die Wand gemalt, am Ende in Wirklichkeit erscheine", richtig verstanden.

Nachdem das Gros der französischen Presse sich ob des von Berlin ergangenen Quos ego einigermaßen beruhigt hatte, brachte das wohl die hervorragendste Stellung in der französischen Presse einnehmende „Journal des Debats" einen in maßvoller Sprache gehaltenen Artikel, welcher die deutsche Politik mißmutig als eine solche charakterisierte, deren Grundzug darin bestehe, Frankreich zu isolieren. Alsbald wurde dem genannten Blatte in der „Nordd. Allgem. Ztg." eine zweifellos als Kundgebung unseres auswärtigen Amtes zu erachtende Antwort. Sie gipfelte in dem Hinweise darauf, daß die deutsche Politik, unbeirrt durch alle chauvinistischen Demonstrationen, sich Frankreich und seinem republikanischen Regiment gegenüber seit dem Abschlusse des Friedens nur in höchstem Maße entgegenkommend und fördersam erwiesen habe, und daß von einer Isolierung Frankreichs nur soweit die Rede sein könne, als dasselbe auf eine Zerreißung der zu Recht bestehenden Verträge und auf einen

neuen Krieg gegen Deutschland sinne. Die ganze Darlegung in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ war bei aller diplomatischen Feinheit in fester und der stolzen Stellung Deutschlands würdiger Sprache gehalten, dabei aber durchklang jede Zeile der Geist des Friedens und der Versöhnung. Die franzosen- oder wenigstens republikfreundliche Wiener „Neue Freie Presse“ sagte angesichts derselben:

„Der Artikel ist in noch höherem Grade als der erste eine Warnung an die französische Regierung. Man scheint eine solche in der deutschen Reichskanzlei für angezeigt zu halten, aber man erteilt sie in einer sehr höflichen und rücksichtsvollen Form. . . . Es klingt bei aller Entschiedenheit der Abwehr eine milde, versöhnliche Note durch. Es ist, als hörte man von ferne die Glocken läuten, welche die volle Versöhnung Deutschlands und Frankreichs verkünden. Ist man überhaupt im stande, eine deutsche Kundgebung vorurteilslos aufzufassen, so muß man sich sagen, daß Frankreich die größte Thorheit beginge, wenn es einen neuen Krieg mit Deutschland herausforderte. Weder in Tunis, noch in Madagaskar, noch in Tongking begegnet Frankreich irgend einem Hindernisse von seiten Deutschlands, sondern überall ist es der Freund und Alliierte jenseits des Kanals, der die französische Kolonial-Politik eifersüchtig überwacht und wo möglich zu hemmen sucht. Ein Frankreich, das nicht an den Frankfurter Frieden rührt und endgültig auf den Wiedererwerb Elsaß-Lothringens verzichtet, wird an Deutschland stets den besten Nachbar, vielleicht sogar einen Freund haben. Die Wahl steht bei Frankreich; wenn es dem französischen Volke wahrhaft ernst um die Erhaltung des Friedens zu thun ist, so darf es bloß den übereifrigen Patrioten, die es zum Rachekriege gegen Deutschland hetzen, kein Gehör schenken und die Gefahr eines abermaligen Zusammenstoßes zwischen den beiden Nationen ist vollständig beseitigt.“

Das gute Wort, welches in Berlin gesprochen wurde, schien in Paris nicht auf steinigen Boden gefallen zu sein. Alsbald hatte das „Journal des Debats“ repliziert, und zwar in einer Sprache, die einen gewissen Unmut darüber, daß der Schwerpunkt Europas nicht mehr in Paris ruht, zwar durchklingen ließ, dabei aber der eminenten Stellung Deutschlands in Europa und den Erfolgen seiner Politik eine Anerkennung zollte, wie sie noch zu keiner Zeit in Frankreich laut geworden war.

In der Einleitung bestritt das große Pariser Journal rundweg, gesagt zu haben, daß die deutsche Regierung darauf ausgehe,

Frankreich zu isolieren; es habe nur konstatiert, mit welchem Scharfblick, mit welcher Ausdauer, mit welcher Voraussicht der Zukunft Herr von Bismarck im Laufe von zwölf Jahren, nicht etwa durch geheime Schliche (par des manœuvres secrètes), sondern durch eine einzig dastehende glückliche Taktik es erreicht habe, daß alle Mächte einander gegenseitig neutralisieren, und daß es heute keiner derselben gestattet sei, sich jener Hegemonie Deutschlands zu entziehen, welche ein englisches Blatt, die „Pall-Mall Gazette“, eben erst als das künftige Gesetz für die Geschicke des Kontinents freudig begrüßte. Das „Journal des Debats“ wollte nur eine Art historischer Studie angestellt haben, bei der es sich über alle persönlichen Gefühle und über jeden besonderen Patriotismus erhebend, auf die Geschicklichkeit (habileté) des Mannes hingewiesen habe, welcher, nachdem er Deutschland geschaffen, auch dessen außerordentliche Stellung in Europa aufrecht zu erhalten wisse. Dieser rückhaltlosen Anerkennung der durch die Staatskunst Bismarcks errungenen glänzenden Stellung Deutschlands in Europa folgte dann eine gerechte, fast auf Dankgefühl deutende Würdigung der Haltung, welche unser großer Staatsmann Frankreich gegenüber eingenommen hatte. „Weit entfernt, kleinliche Händel mit uns zu suchen (de nous chercher de mauvaises querelles), weit entfernt, uns an allen Punkten der Erde zu verfolgen, weit entfernt, zu versuchen, uns Demütigungen und Kränkungen zuzufügen, hat Deutschland uns ein unbestreitbares Wohlwollen auf dem Mittelmeer und im Orient bewiesen. Wir haben daraus geschlossen, daß es nicht eine jener engherzig gesinnten, kleinlich eifersüchtigen Mächte ist, welche es lieben, noch einen kleinen Krieg zu führen, nachdem sie einen großen zum Austrag gebracht haben. Aber es wäre unsererseits unverständig, noch weiter zu gehen und nun den Schluß zu ziehen, daß Deutschland, nachdem es uns geschlagen, eine so hochherzige Freundschaft für uns gefaßt habe, daß es sich mutwillig in Europa in den Schatten stellen würde, um uns einen Teil jenes Einflusses wiederzuverschaffen, den uns seine Siege geraubt haben.“ Man dürfe, hieß es weiter, sich nicht verheimlichen, daß für Frankreich, wie für andere Staaten, die Möglichkeit, eine Allianz ohne die Zustimmung Deutschlands einzugehen, nicht mehr obwalte; wenn ein französisches Blatt diese Thatsache ausspreche, so dürfe man daraus nicht auf die Absicht schließen, Verträge zu zerreißen und Revanchekriege zu führen. „Wir haben,“ hieß es dann, „Deutschland seit zehn Jahren eine Reihe verschiedener Allianzen schließen sehen, bald dreifache, bald doppelte, bald viel-

fache, die aber sämtlich, welches auch die Zahl ihrer Elemente war, die Etikette von Bündnissen zur Aufrechthaltung des Friedens trugen. Sollte diese Aufschrift falsch gewesen sein? Wir glauben das nicht; wir denken, daß Deutschland diese verschiedenen Bündnisse gebildet hat, um, wenn nicht den allgemeinen Frieden, so doch wenigstens seinen eigenen Frieden zu verbürgen; um alle Gefahren von sich fern zu halten, um sein Ansehen zu vergrößern und seine Aktionsmittel zu verstärken. Auch in diesem Augenblicke ist es daran, mit Hilfe seines Einverständnisses mit Österreich und mit den romanischen Nationen, die es in seine Sphären gezogen hat, im Centrum Europas eine gewaltige Macht herzustellen, durch welche es nicht allein jede Kriegsgefahr von sich fern hält, sondern auch seiner gegenwärtigen und künftigen Hegemonie das solideste Fundament giebt . . . Dieser Zustand der Dinge sichert Deutschland nicht allein die materielle Macht und die territoriale Ausdehnung, welche es infolge der Verträge besitzt und welche ihm niemand bestreitet, sondern auch jene gewisse moralische Suprematie, jene Herrschaft über Europa (gouvernement de l'Europe), welche die „Pall-Mall Gazette" als eine Wohlthat für uns betrachtet und welche sie der Welt als die Morgenröte einer neuen Ära bezeichnet. Nun, in diesem Punkte zwingen uns weder Völkerrecht noch Naturrecht, die Ansicht des englischen Blattes zu teilen. Die „Nordd. Allg. Ztg." mag versichert sein: wir suchen nicht ein halbes Dutzend Verbündete, um den Frankfurter Vertrag zu zerreißen; wir wissen zu wohl, daß wir sie nicht finden würden. Wir konstatieren nur, daß es Deutschland verstanden hat, zu dem, was ihm dieser Vertrag gewährt, sich binnen zwölf Jahren ein Meisterrecht (maitrise) in Europa zu erringen."

Zwei Monate später (Oktober) wurde von Wiesbaden aus, als der deutsche Kronprinz von dort aus eine kurze Reise nach Oberitalien antrat, gemeldet, der hohe Herr habe, als er sich von den auf dem Bahnhof versammelten Offizieren verabschiedete, gesagt, die Gefahr sei für dieses Mal vorüber, der Krieg sei ganz nahe gestanden.

Statt des Krieges kam eine Zeit freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, von denen Fürst Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 10. Januar 1888 sagte, sie seien seit der Zeit vor 1866 nicht so vortrefflich gewesen, dank der „weisen und gemäßigten" Regierung in Frankreich. Jules Favre erntete den Lohn seiner Staatskunst durch eine Reihe ihm vom deutschen Reichskanzler bereiteter diplomatischer Triumphe, wie sie Frankreich seit

dem Jahre 1859 kaum mehr gekannt hatte. In London unterhandelte es im Namen Europas, in Berlin war es der eigentliche Träger der Kongo-Konferenz. In der Kolonialpolitik ging Frankreich über den bösen Willen Englands mit Gleichmut weg, und der ägyptische Einfluß, welchen Gambetta verspielt hatte, schien durch Ferry wieder für Frankreich gewonnen zu werden. Aber das Glück verließ den Ministerpräsidenten, der General Negrier ließ sich von den Chinesen schlagen, und es war mit der Herrlichkeit Ferrys aus. Er verließ das Parlamentsgebäude auf einer Leiter, mit deren Hilfe er über eine Hintermauer kletterte.

Im Jahre 1886 ließ sich Fürst Bismarck durch die „Nordd. Allg. Ztg." über die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich in der folgenden Form vernehmen. Das Regierungsblatt bemerkte: „Wenn die ‚Morning Post' die Schuld an der Ungewißheit und Besorgnis, welche die Welt erfüllen, in den bulgarischen Verhältnissen sucht, so beweist das, daß sie die Lage Europas völlig falsch beurteilt. Wir haben an Bulgarien gar kein Interesse. Die Verhältnisse dort lassen uns gänzlich unberührt, und um ihretwillen würden wir nicht einen einzigen Soldaten unter die Waffen stellen. Die Nötigung für unsere Rüstungen geht von Frankreich aus. An unsere westlichen Nachbarn möge sich die ‚Morning Post' halten, wenn sie über die Lähmung des Handels und über die Ungewißheit der Zukunft klagt. Unaufhörlich steigern die Franzosen ihre Kriegsmacht. Aus jeder französischen Zeitung kann ‚Morning Post' sich davon überzeugen, wie rasch die französischen Streitmächte vermehrt werden, welche finanzielle Opfer man bringt, um die Schlagfertigkeit der Armee zu erhöhen. In England weiß man doch sehr wohl, daß Deutschland seinen Blick beständig nach Westen gerichtet halten muß. Man sollte dort also auch darüber nicht im Zweifel sein, daß lediglich Frankreich für die Lage Mitteleuropas verantwortlich gemacht werden muß. Einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dieser Lage und den bulgarischen Verhältnissen konstruieren, heißt sich mit den Thatsachen in Widerspruch setzen."

Im deutschen Reichstage sagte Bismarck am 11. Januar 1887:

„Zwischen uns und Frankreich ist das Friedenswerk deshalb schwer, weil da ein langjähriger historischer Prozeß in der Mitte zwischen beiden Ländern liegt; das ist die Ziehung der Grenze, die zweifelhaft und streitig geworden ist von dem Zeitpunkt an, wo Frankreich seine volle innere Einigkeit und königliche Macht, ein abgeschlossenes Königtum erreicht hat. Das Infragestellen der deutschen

Grenze hat mit der Wegnahme der Bistümer Metz, Toul und Verdun angefangen. Seitdem hat kaum eine Generation in Deutschland gelebt, die nicht genötigt gewesen ist, den Degen gegen Frankreich zu ziehen. Die Epoche des Grenzkampfes mit der französischen Nation ist noch nicht abgeschlossen. Wir haben unsererseits alles gethan, um die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen. Frankreich hat unsere Unterstützung und unsere Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt, nur nicht in demjenigen, der sich auf eine mehr oder weniger lange Strecke der Rheingrenze richten konnte; weder im Elsaß, noch weiter unten können wir das zugeben. Wir unsererseits haben ja nicht nur keinen Grund, Frankreich anzugreifen, sondern ganz sicher auch nicht die Absicht. Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. Wenn die Franzosen solange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, dann wäre der Friede ja für immer gesichert. Was sollten wir denn von Frankreich erstreben? Sollten wir noch mehr französisches Land annektieren? Ich bin schon 1871 nicht mehr geneigt gewesen, Metz zu nehmen; ich bin damals für die Sprachgrenze gewesen."

Der Reichskanzler wiederholte seine Versicherung: „Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen," gab aber zu bedenken, daß in Frankreich viele darauf warten, weil sie lieber einen Verteidigungskrieg als einen Angriffskrieg führen wollen. Die Entschließungen Frankreichs seien in schweren Momenten immer durch energische Minoritäten, nicht durch die Majoritäten und das ganze Volk bewirkt worden. Diejenigen, welche den Krieg mit Deutschland wollen, suchen einstweilen nur die Möglichkeit, ihn mit möglichster Kraft zu beginnen. Ihre Aufgabe sei, le feu sacré de la revanche zu unterhalten, eine Aufgabe, die Gambetta dahin definierte: „Ne parlez jamais de la guerre, mais pensez-y toujours!" und das sei auch heute noch die Signatur der französischen Situation. Er habe das feste Vertrauen zu den friedlichen Gesinnungen der gegenwärtigen französischen Regierung. Die Herren Goblet und Flourens seien nicht die Leute, die den Krieg mit uns wünschen; ebenso sei es mit der früheren Regierung Freycinet oder Ferry. Aber durch dieses Vertrauen lasse er sich nicht bis zu dem Grade in Sicherheit einwiegen, daß er sagen könnte, wir hätten einen französischen Krieg gar nicht mehr zu fürchten. Nach seiner Überzeugung hätten wir ihn zu fürchten durch den Angriff Frankreichs; ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, könne er nicht

entscheiden. Es sei an jedem Tage möglich, daß eine französische Regierung ans Ruder komme, deren ganze Politik darauf berechnet sei, von dem feu sacré zu leben, das jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten werde. „Darüber können mich keine friedlichen Versicherungen, keine Reden und keine Redensarten vollständig beruhigen."

Zwei Monate später gab es in Berlin ein „officiöses Kriegsgeschrei", das aber einen außerordentlich ernsten Hintergrund hatte. Zur Zeit des Schnäbelefalles wurde im französischen Ministerrat über die Frage der Kriegserklärung an Deutschland nicht nur verhandelt, sondern sogar abgestimmt, und zwar erschien dabei als Führer der Chauvinisten nicht sowohl General Boulanger, als der damalige Ministerpräsident Goblet, während Herr Grévy die Friedenspartei vertrat. Fürst Bismarck kam dem Präsidenten der Republik zu Hilfe, indem er Schnäbele laufen ließ.

Am 6. Februar 1888 sagte Fürst Bismarck im deutschen Reichstage:

„Seitdem ist in Frankreich ein friedliebender Präsident von der Regierung abgetreten, ein friedliebender ist ihm gefolgt. Das ist schon ein günstiges Symptom, daß die französische Regierung bei der Anstellung eines neuen Staatsoberhauptes nicht in die Pandorabüchse gegriffen hat, sondern daß wir darauf rechnen können, daß die friedliche Politik, als deren Vertreter der Präsident Grévy galt, von dem Präsidenten Carnot fortgesetzt werden wird. Wir haben außerdem in dem französischen Ministerium Änderungen, deren beruhigende Bedeutung noch stärker ist, als die des Präsidentenwechsels, der mit anderen Gründen zusammenhängt. Solche Mitglieder des Ministeriums, die geneigt sein könnten, den Frieden ihres Landes und den Frieden Europas ihren persönlichen Plänen unterzuordnen, sind ausgeschieden, und andere, denen gegenüber wir diese Befürchtung nicht haben, sind eingetreten. Ich glaube also, konstatieren zu können, — und thue es gern, weil ich wünsche, die öffentliche Meinung nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen, — daß die Aspekten nach Frankreich hin friedlicher, viel weniger explosiv aussehen, als vor einem Jahre."

Als in Friedrichsruh, im Sommer 1890, ein englischer Interviewer den Fürsten Bismarck fragte, ob es denn keine Möglichlichkeit gebe, den französischen Zorn gegen Deutschland durch irgend eine Grenzberichtigung auszutilgen, antwortete derselbe: „Solche Möglichkeit giebt es nicht. Wir können den Franzosen kein Gebiet abtreten, es sei denn nach einer verlorenen Schlacht. Jede Abtretung, groß oder klein, würde ihren Appetit noch mehr erregen. Sie haben jahrhundertelang Provinzen gehabt, die von deutsch-

redenden Bevölkerungen bewohnt wurden, Provinzen, die sie uns mit Gewalt geraubt haben. Jetzt halten auch wir an Territorien mit französich redender Bevölkerung fest. Deutschland hat Frankreich niemals absichtlich provociert oder unprovociert angegriffen. Frankreich dagegen hat Deutschland 20- bis 30mal mit Waffengewalt überzogen. Im Jahre 1870 fehlte es nur noch, daß die Franzosen ihre Rechte über Köln und Mainz geltend machten. Das Geschrei nach der Rheingrenze wurde aber um so lebhafter erhoben und es würde wieder erhoben werden, sobald wir die geringste Neigung zeigten, ihnen irgend welchen Teil von Lothringen zurückzugeben. Hinsichtlich eines Nachlasses ihres Zorns können wir nur auf die Zeit vertrauen, wie die Engländer im Falle von Waterloo. Es ist kaum möglich, die Franzosen zufrieden zu stellen, weil ihre Selbstschätzung keine verständigen Grenzen kennt."

Die Sozialdemokratie.

Während des Kongresses von 1878 hielt sich General Grant in Berlin auf und hatte eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck.

Der General spielte auf die Kongreßberatungen an und sprach die Hoffnung aus, daß das Ergebnis ein friedliches sein werde. — „Das ist es, was auch ich hoffe und glaube," sagte der Fürst, „und das ist auch unser ausschließliches Interesse an der Sache. Wir sind an den Fragen des Kongresses gar nicht interessiert, und indem wir ihn versammelten, wollten wir nichts anderes, als den Beratungen der anderen Staaten beiwohnen.

„Aber Deutschland wie Europa wollen den Frieden, und wir bestreben uns, zu diesem Ziele zu gelangen. Deutschland hat keinerlei persönliches Interesse an der Regelung der durch den Vertrag von San Stefano heraufbeschworenen Fragen." —

„Ich glaube," fügte der Fürst hinzu, „die ganze Situation, was den Vertrag betrifft, läßt sich in folgenden Worten zusammenfassen: Rußland hat mehr verschlungen, als es zu verdauen imstande ist, und das Ziel der Kongreßbestrebungen muß sein, Rußland Linderung zu verschaffen. Der Krieg war für Rußland hart, und es sehnt sich naturgemäß nach Frieden."

Der Fürst bemerkte im weiteren Verlaufe des Gespräches, der Kaiser sei höchst betrübt darüber, den General nicht empfangen zu können. „Se. Majestät," sagte der Fürst, „erwartete Sie und zeigte das lebhafteste Interesse für den hervorragenden Anteil,

welchen Sie an der Geschichte Ihres Landes haben, sowie für Ihre Reise in Deutschland.

„Se. Majestät hat mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß nur das formelle Verbot der Ärzte, irgend jemand zu empfangen, ihn verhindert, Sie zu sehen.“ Auf die Bemerkung des Generals, er hoffe, Se. Majestät werde bald hergestellt sein, erwiderte der Fürst: „Die Aussichten sind so günstig als möglich; der Kaiser hat eine starke Konstitution, viel Mut und Geduld, aber Sie wissen, er ist ein Greis.“ —

„Dieser Umstand erhöht noch den Abscheu, welchen das Verbrechen einflößt,“ sagte der General. — „Es ist ganz unbegreiflich und betrübend,“ bemerkte der Fürst, sichtlich bewegt. „Da haben Sie einen Greis, einen der besten Menschen der Erde, und dennoch trachtet man ihm nach dem Leben. Nie hat es einen Menschen von schlichterem, großmütigerem, menschlicherem Charakter gegeben, als der Kaiser ist. Er unterscheidet sich ganz und gar von den Menschen, welche in so hoher Lebensstellung geboren wurden, oder zum mindesten von vielen unter ihnen. Sie wissen, daß die Personen von seinem Range, Fürsten von Geburt, geneigt sind, sich für ganz verschieden von allen anderen Menschen zu halten. Sie legen den Gefühlen und Wünschen anderer wenig Bedeutung bei. Ihre ganze Erziehung scheint darauf gerichtet zu sein, in ihnen die menschliche Seite zu ersticken. Der Kaiser ist im Gegenteile ein Mensch in allen Dingen. Er hat nie in seinem Leben irgend jemand Unrecht gethan, niemandes Gefühl verletzt, nie Härte empfinden lassen. Er ist einer jener Menschen, deren gütiges Naturell die Herzen gewinnt, immer beschäftigt und besorgt um das Glück und das Wohlsein seiner Unterthanen und seiner Umgebung. Es ist nicht möglich, sich einen schöneren, edleren, liebenswürdigeren und wohlthätigeren Typus eines Edelmannes zu denken, mit allen hohen Eigenschaften eines Fürsten und den Tugenden eines Menschen. Ich glaubte, der Kaiser hätte sein Reich ohne jede Gefahr allein durchziehen können und nun sucht man ihn zu töten!“ General Grant meinte, das sei gräßlich und erinnerte an Lincoln, einen Menschen von größter Herzensgüte und Milde, der dennoch von Mörderhand gefallen sei. „In gewissen Beziehungen“, fuhr der Fürst halb sinnend fort und sichtlich wie über einen Gegenstand sprechend, über welchen er viel nachgedacht, „in gewissen Beziehungen hat der Kaiser Ähnlichkeit mit seinem Vorfahren Friedrich Wilhelm, dem Vater Friedrichs des Großen. Die Übereinstimmung zwischen

ihnen ist die folgende: Der alte König hatte dieselbe Schlichtheit des Charakters, lebte einfach und zurückgezogen, führte ein wahres Familienleben, er besaß alle republikanischen Tugenden. So ist auch unser Kaiser; er ist in allen Dingen so republikanisch, daß selbst der eingefleischteste Republikaner ihn bewundern würde, wenn sein Urteil unparteiisch wäre."

General Grant bemerkte, der Einfluß der Principien, welche das Leben des Kaisers bedroht hätten, sei ein Einfluß, welcher auf den Umsturz der Regierungen, der Ordnung, der Gesellschaft in den Republiken wie in den Monarchien abziele. Es gebe dagegen nur ein Mittel, die Strenge. „Ich sehe nicht ein," fuhr der General fort, „warum ein Mensch, der eine solche That begeht, ein Verbrechen, das nicht nur das Leben eines Greises, eines Herrschers bedroht, sondern auch die Welt mit Abscheu erfüllt, nicht die allerstrengste Bestrafung finden soll."

„Ja," bemerkte Fürst Bismarck, „das ist auch genau meine Ansicht; meine Überzeugung ist in dieser Frage so unerschütterlich, daß ich auf die Regierungsgewalt im Elsaß verzichtet habe, nur um bei Todesurteilen keine Gnade üben zu müssen. Es war mir unmöglich, meinem Gewissen Zwang anzuthun. Wohlan, sehen Sie diesen alten Edelmann, diesen Kaiser, den seine Unterthanen zu ermorden suchten — seine Herzensgröße ist so erhaben, daß er ein Todesurteil nie bestätigen wird. Ist es möglich etwas Seltsameres zu ersinnen: da ist ein Monarch, dessen Herzensmilde die Todesstrafe sozusagen abgeschafft hat und dennoch das Opfer eines Mordes oder eines Mordversuches wird? Das ist Thatsache. Nun denn, in diesem Punkte kann ich mit dem Kaiser nie übereinstimmen, und im Elsaß, wo ich als Kanzler die Begnadigung von der Todesstrafe zu bestätigen hatte, habe ich mich dagegen immer gesträubt. In Preußen ist dies Sache des Justizministers; im Elsaß fiel diese Aufgabe mir zu. Ich fühle, wie die Franzosen sagen, daß man der Gerechtigkeit etwas schuldig sei, und daß, wenn es Verbrechen giebt, wie dieses, sie mit Strenge geahndet werden müssen."

„Solchen Leuten gegenüber giebt es nur ein Mittel," erwiderte der General Grant mit Ruhe, „man muß sie vernichten."

„So ist es!" antwortete Fürst Bismarck.

Der erste Versuch, auf gesetzgeberischem Wege dieses Werk in Ausführung zu bringen, mißlang im Reichstage. Es mußte erst zur Auflösung desselben und zu Neuwahlen geschritten werden, deren Umschwung erst die Sicherung des Lebens des Kaisers und

der Existenz des Staates gelang. Das Socialistengesetz von 1878 galt der Repression. Sobald es erreicht war, nahm Fürst Bismarck seinen positiven Gedanken zur Besserung der Lage der Arbeiter wieder auf. Dieser galt zuerst die Zollreform von 1879. Seine Ernennung zum Handelsminister 1880 war die weitere Etappe auf diesem Wege.

Fürst Bismarck hatte von jeher ein Herz und ein Interesse für die arbeitenden Klassen gehabt und sich über deren Bedürfnisse und Klagen zu orientieren gesucht. Anderweitige politische Sorgen und Pflichten, welche die Gründung eines so großen Staatswesens, wie das deutsche Reich, mit sich brachten, hatten es zu gesetzgeberischen Thaten auf diesem Gebiet nicht kommen lassen, ferner aber fehlte auch der Boden, auf welchem sich eine wahrhaft gesunde Regeneration der Arbeiterverhältnisse aufbauen konnte, der Boden einer finanziellen und handelspolitischen Reform, welche die Industrie von den Schranken erlöste, die ihr durch die Freiheit der Konkurrenz mit dem Auslande gezogen waren.

Der ursprünglich freihändlerische Standpunkt Bismarcks hinderte ihn nicht, schon in einer Zeit, wo das Manchestertum alle wirtschaftlichen Gebiete gleichmäßig beherrschte, sich zu demselben Socialismus zu bekennen, aus dem zwanzig Jahre später die große Reform hervorgegangen ist, die in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 ihre erste feierliche Ankündigung fand. Es war für einen weitblickenden Staatsmann, dem die Bedeutung der socialistischen Bewegung nicht entgehen konnte, von selber geboten, bei sich zu erwägen, ob es nicht ersprießlicher sei, einer Richtung der Geister, wie sie ursprünglich noch beschaffen war, sich zu bemächtigen und sie gesunden Zielen zuzuleiten, als ihr in absprechender Negation die Berechtigung, sich geltend zu machen, zu versagen, nicht ersprießlicher, sie in ihren Ausschreitungen, als in ihrer Existenz zu bekämpfen, zu der damals noch der Socialdemokratie, unter der Führung Lassalles, die Berechtigung nicht fehlte. Kam nun noch hinzu, daß dieser Organisator der socialdemokratischen Partei in Deutschland, F. Lassalle, es war, der mit seinen monarchischen, nationalen und in Bezug auf Religion toleranten oder indifferenten Principien gegen den preußischen Staatsmann die ersten Avancen machte, indem er eher als irgend jemand in Deutschland, in Herrn v. Bismarck den Mann erkannte, der durch die Geschichte berufen sei, die deutsche Frage zu lösen, so wäre es doch wirklich wunderbar gewesen, wenn der allein gegen eine Übermacht

kämpfende, von aller Welt in seinen Zielen verkannte Staatsmann die mit ihm gesuchte Fühlung eines schärfer als andere blickenden Politikers wie Lassalle hätte mit einem Rippenstoße beantworten sollen. Sie sind sich beide so weit näher getreten, daß sie sich einander hoch achten gelernt haben.

Wenige Monate nach seinem Eintritte ins Amt, im November 1862, wies Bismarck in einem an die Mitglieder des Staatsministeriums gerichteten Schreiben darauf hin, wie wünschenswert es sei, den alten Tagen invalider Arbeiter durch Errichtung von Pensionskassen zu Hilfe zu kommen. Gleichzeitig brachte derselbe in Anregung, ob die großen Kommunalverbände, namentlich die Kreise, die erwähnte sociale Aufgabe nicht in die Hand nehmen könnten. Ein Schreiben vom 18. März 1863 an den Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, beschäftigte sich wiederum mit der Errichtung von Altersversorgungsanstalten für die arbeitenden Klassen.

In der Socialistendebatte von 1878 äußerte sich Bismarck über einen anderen Plan dahin:

„Sei es unter dem Eindruck von Lassalles Raisonnement, oder unter dem Eindruck meiner eigenen Überzeugung, die ich zum Teil in England während eines Aufenthaltes im Jahre 1862 gewonnen hatte, mir schien es, daß in der Herstellung von Produktivassociationen, wie sie in England in blühenden Verhältnissen existieren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Teil des Unternehmer-Gewinnes zuzuwenden. Ich habe darüber auch mit dem Könige, der für das Schicksal der arbeitenden Klasse ein natürliches, angeborenes Wohlwollen hat, gesprochen und Se. Majestät hat damals eine Summe Geldes hergegeben, um zu seiner eigenen Überzeugung, ob so etwas ginge, in Anknüpfung an eine Arbeiterdeputation, die durch den Meinungszwang und die Tendenzpolitik ihrer Arbeitgeber außer Brot gekommen war und sich hier meldete, etwas der Art zu versuchen. Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann, wie ich mich dabei verhalten habe, so ist es doch höchstens der, daß ich das nicht fortgesetzt habe bis zu einem befriedigenden Ergebnis. Aber das war nicht mein Departement, ich hatte die Zeit nicht dazu, es kamen kriegerische Verhältnisse, die auswärtige Politik; während des Konfliktes war viel zu thun, man hatte keine Zeit zu derartigem.“

Bei derselben Gelegenheit bezeichnete Fürst Bismarck Lassalle als einen geistreichen und liebenswürdigen Menschen, mit dem er gern einige Male verkehrt habe, als einen Mann von ausgeprägter nationaler Gesinnung, welcher dem deutschen Kaisertum zustrebte.

„Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der Dynastie Hohenzollern oder mit der Dynastie Lassalle abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft. Aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch. Diesen kümmerlichen Epigonen, die sich mit ihm brüsten, hätte er ein „Quos ego“ zugeschleudert und mit Hohn sie in ihr Nichts zurückgewiesen, und er würde sie wohl außer Stand gesetzt haben, seinen Namen zu gebrauchen. Seine Pflicht als Minister sei es, über die Elemente, mit denen er es zu thun habe, sich zu unterrichten. Wenn daher Bebel den Wunsch hätte, sich abends mit ihm zu unterhalten, so würde er ihm nicht ausweichen und die Hoffnung daran knüpfen, daß er endlich auch erführe, wie Bebel und Genossen sich den Zukunftsstaat denken, auf den sie uns durch Niederreißen alles dessen, was besteht, was uns teuer ist und uns schützt, vorbereiten wollen.“

Schon bei der Vorlegung des Gesetzentwurfes gegen die Sozialdemokratie (1878) hatte der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg, gesagt, die Regierung lebe nicht in der Täuschung, als wenn die vorgeschlagenen Maßregeln allein genügten, die schwierigste Arbeit werde auf anderen Gebieten liegen. Die Kommission des Reichstags hatte ihrerseits erkannt, jenes Gesetz solle nur den Boden ebnen und vorbereiten, auf welchem die eigentliche Heilung stattfinden könne, diese Heilung selbst aber müsse neben der Aufklärung der Bevölkerung durch Reformen auf dem wirtschaftlichen Gebiete und im Interesse des Arbeiterstandes erfolgen.

Wie aber Fürst Bismarck selbst seine Pflicht dem Arbeiterstande gegenüber auffaßte, das sprach er zunächst in einer Rede gegen den Abgeordneten Richter aus:

„Der Abgeordnete Richter hat in meiner Abwesenheit angedeutet, ich hätte mich mit der Sozialdemokratie in Beziehungen befunden, die mir eine gewisse Mitverantwortlichkeit für die jetzige Entwickelung der Sachen auferlegten; wenigstens war es offenbar sein Wunsch, diesen Eindruck im Publikum und in der Versammlung zu machen. Ich bin, als ich das gelesen habe, doch etwas erstaunt gewesen, daß der Abgeordnete Richter sich an den äußerlichen Buchstaben des Wortes „Sozialdemokratie“ klammert, und daß er nicht unterscheidet zwischen den ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Loses der Arbeiter, die uns allen am Herzen liegt, und dem, was wir heute zu unserem Bedauern und mit Schmerz genötigt sind, unter dem Begriff Sozialdemokratie zu begreifen. Will der Abgeordnete Richter so zu sagen das Kind mit dem Bade ausschütten und uns veranlassen, daß wir, wenn wir die bis zum Königsmord gesteigerten Bestrebungen der jetzigen Sekte nieder-

zuhalten suchen, gleichzeitig dabei auch jede Bemühung, das Los der Arbeiter, seinen Anteil an dem Lohn, den die Gesamtarbeit hat, zu verbessern, dann gehe ich nicht mit ihm, und ich bin entschlossen, die Bestrebungen, die man mir von damals vorwirft, sobald ich Zeit und Möglichkeit dazu habe, auch fortzusetzen, und rechne mir das zur Ehre an."

Fürst Bismarck fügte hinzu: „Wenn ich eine Scheidewand errichte für dasjenige, was die verbündeten Regierungen, wenigstens unter meiner Mitwirkung, nicht bekämpfen und was sie bekämpfen, so kann ich das wesentlich mit den Worten positive Bestrebungen und negative Bestrebungen bezeichnen. Sobald uns von sozialdemokratischer Seite irgend ein positiver Vorschlag entgegenträte oder vorläge, wie sie in vernünftiger Weise die Zukunft gestalten wollen, um das Schicksal der Arbeiter zu verbessern, so würde ich wenigstens mich einer wohlwollenden, entgegenkommenden Prüfung der Sache nicht entziehen und würde selbst vor dem Gedanken der Staatshilfe nicht zurückschrecken, um den Leuten zu helfen, die sich selbst helfen."

„Aber die auf den Umsturz der gesamten Staats-, Rechts- und Gesellschaftsordnung gerichtete sozialdemokratische Bewegung unter gemeines Recht zu stellen und so den revolutionären Charakter derselben nicht mehr zum Bewußtsein gelangen, vielmehr die Vorstellung im Volke aufkommen zu lassen, die Sozialdemokratie eines Liebknecht, Bebel, Singer sei eine Partei wie jede andere: das konnte einem Staatsmann wie Bismarck niemals in den Sinn kommen. Man hat die Aufhebung des Sozialistengesetzes — nach Bismarcks Entlassung — als den Akt überlegener Staatsweisheit angesehen. Kurz vor dem Erlöschen des Gesetzes im Herbst 1890 publizierte ein konservatives Blatt einen Artikel, worin angeraten wurde, der sozialdemokratischen Redefreiheit in Versammlungen u. s. w. den weitesten Spielraum zu geben, da dies das beste Mittel sei, die sozialdemokratischen Ideen sich unschädlich verbuffen zu lassen. Die Sache ist anders gekommen. Die Entfesselung der sozialistischen Propaganda hat nicht zur Überzeugung von der Unausführbarkeit der sozialdemokratischen Ideen und zum Zusammenschrumpfen der Partei geführt, sondern die Sozialdemokratie hat quantitativ und qualitativ erheblich zugenommen, wie der neuliche Erlaß des preußischen Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten amtlich bekundet hat. Sicherlich ist diese Erscheinung zum Teil auf die Verwischung zurückzuführen, die nach Aufhebung des Sozialistengesetzes bezüglich des Unterschiedes zwischen der Sozialdemokratie und den übrigen Parteien stattgefunden hat. Wir fürchten aber,

daß die nachteiligen Wirkungen der Aufhebung des Gesetzes damit nicht erschöpft sind. Es herrscht kaum noch irgendwo Zweifel darüber, daß es unmöglich ist, der sozialdemokratischen Bewegung durch Konzessionen an sie Herr zu werden; man sieht ein, daß alles Entgegenkommen gegen die Arbeiter in der Hauptsache nur den Effekt hat, ihre Ansprüche und ihren Glauben an das Recht der Sozialdemokratie zu steigern. Das wird so lange dauern, als der Arbeiter über sich noch jemand sieht, dem es besser geht als ihm selbst. Damit ist die Unmöglichkeit erwiesen, die Arbeiterfrage auf dem Boden des bestehenden Staates und der heutigen Erwerbsordnung zu lösen; es muß zum Kampfe kommen, das liegt in der Logik des sozialistischen Gedankens und in der natürlichen Entwickelung der Dinge. Es leuchtet aber ein, daß das Sozialistengesetz in Bezug auf diesen unvermeidlichen Kampf wichtig war. Es bot dem Staate die Möglichkeit, die Anwendung wirklicher Gewaltmittel gegen die Sozialdemokratie so lange als möglich zu vermeiden, ohne daß Schaden aus dem Verzuge entstanden wäre. Der Staat soll, wenn kein anderer Ausweg bleibt, um sich und die bestehende Gesellschaftsordnung gegen revolutionäre Umwälzung zu schützen, ohne Zögern mit vollster Entschiedenheit die aufrührerischen Elemente manu militari niederwerfen und sich auf diese Eventualität vorbereiten; aber wenn durch Maßregeln auf administrativem Gebiete, wie durch das Sozialistengesetz versucht wurde, dem Hereinbrechen der Katastrophe thunlichst vorgebeugt wurde, so lag das jedenfalls im Staatsinteresse und war gut zu heißen. Auf diese Wirkung des Sozialistengesetzes hat man verzichtet. Die Entwickelung der Dinge in der Richtung auf den Kampf mit der Sozialdemokratie um den Fortbestand der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung findet jetzt keinerlei Hindernis mehr. Die Sozialdemokratie kann sich in offener und wirkungsvoller Weise darauf vorbereiten und thut es auch. Dem Staat bleibt nichts anderes mehr übrig, als dafür zu sorgen, daß der unvermeidliche Zusammenstoß unter für ihn günstigen Bedingungen und namentlich stattfindet, solange noch auf die Armee mit Zuverlässigkeit zu rechnen ist.

„Aber selbst diese Sachlage findet nicht volle Würdigung, weil nach Aufhebung des Sozialistengesetzes die Vorstellung von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie verblaßt ist und die maßgeblichen Führer der Sozialdemokratie alles aufbieten, die Regierung und Parlamente über ihre eigentlichen Ziele durch maßvolles Auftreten zu täuschen. Wir glauben nicht an die Absichten der Sozialdemo-

kratie, ihre Ziele auf dem gesetzmäßigen Wege zu erreichen, und sahen in dem Sozialistengesetz eines der Mittel, das Bewußtsein der Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Propaganda lebendig zu erhalten. Unter dem Druck des Gesetzes zeigte die Sozialdemokratie ihr wahres Gesicht, weil ihre Agitation in Wort und Schrift, in Versammlung, Fabrik und Werkstatt lahmgelegt, ihre Organisation gestört und ihr Kassenwesen kontrolliert war. Jetzt hat sie das nicht mehr nötig; sie erfreut sich der nämlichen Freiheit, wie jede andere Partei, und kann sich deshalb sehr wohl den Luxus parlamentarischer Heuchelei gestatten, der übrigens nicht einmal ein Luxus ist, weil die Heuchelei Glauben findet und Irrtum zu Gunsten der Sozialdemokratie hervorruft. Wir haben nur zu wünschen, daß dieser Irrtum nicht zu teuer bezahlt werde." (Hamb. Nachr.)

Am 18. Juli 1890 hatte der Redakteur der „Dresdener Nachrichten", Reichardt, eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck, in welcher letzterer bemerkte, er halte die sozialistische Gefahr für die größte, die in der Politik vorläge, z. B. für viel bedeutsamer als die, welche etwa von Frankreich und Rom zu erwarten ist. Die Sozialdemokratie sei beständig im Wachsen. Zu allen Zeiten, soweit man auch in der Geschichte nachschlage, hätten sich Streber an die Unzufriedenen gewendet und sich so eine Partei geschaffen. Unzufriedene werde es aber so lange geben, als einer noch sehe, daß es einem anderen besser gehe. Der sozialistischen Gefahr zu begegnen, gebe es nur zwei Wege: entweder ihren Forderungen nachgeben, oder kämpfen. Das erstere reize jedoch ihre Begehrlichkeit, während sie im Kampf doch in gewissen Schranken gehalten werde. Jede Konzession den sozialistischen Forderungen gegenüber vergleiche er mit dem black mail (ein Tribut, den die Hochschotten den Niederschotten zahlten, damit sie von ihren Räubereien verschont blieben). Der Kaiser, als der bessere Mensch von ihnen beiden, der noch nicht die schlimmen Erfahrungen eines Siebzigers hinter sich habe, habe sich für den Frieden entschieden, er (der Fürst) habe kämpfen wollen, je eher, desto lieber. Diese Meinungsverschiedenheit sei einer der Gründe gewesen, aus denen er sein Amt niedergelegt.

Von der Arbeiterschutzgesetzgebung, so äußerte der Fürst, halte er nichts. Er behandle die Sache aber durchaus sine ira et studio. So lange ihm jedoch niemand sage, wodurch der Arbeiter den durch die beschränkte Arbeitszeit verkürzten Lohn erhalte, könne er dieser Gesetzgebung nicht zustimmen. Er sei gegen alle Zwangsmaßregeln, welche die persönliche Freiheit des Arbeiters beschränken und, wie

bei der Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, in die Rechte des pater familias eingriffen. — Herr Reichardt wandte hierauf ein, ob denn aber nicht die Arbeiterschutzgesetzgebung eine Weiterführung der Kaiserlichen Erlasse vom 17. November sei? — Der Fürst: „I ganz und gar nicht. Für die Kaiserlichen Erlasse, die mein eigenstes Werk sind, an denen ich in Varzin ohne jeden anderen Menschen gearbeitet, trete ich voll und ganz ein. Die Grenzlinie zwischen dem, was die Kaiserlichen Erlasse erzielen, und der Arbeiterschutzgesetzgebung liegt aber genau da, wo der Zwang anfängt. Wenn man die Vorzüge solchen Arbeiterschutzes rühme, denke er immer an die folgende Anekdote: Ungefähr im Jahre 1820 habe einmal ein preußischer Generalstabsoffizier einen Merseburger Posthalter gefragt, wie sie sich denn unter preußischem Regimente fühlten? — und die Antwort habe gelautet: „Ach, da haben wir nicht zu klagen, aber den L— den Leipzigern hätten wir es auch gegönnt." Nochmals auf die Sozialdemokratie zurückkommend, äußerte der Fürst: Er habe die Absicht gehabt, die Befugnisse des Sozialistengesetzes dahin zu erweitern, daß an Stelle der Ausweisung die Verbannung trete. Damit habe er aber im Staatsministerium nicht durchdringen können. Die Regierung sei vielmehr auf den nationalliberalen Vergleichsvorschlag in der Kommission eingegangen, das Gesetz ohne die Ausweisungsbefugnis anzunehmen, und dann würde er später noch viel weniger mit der Forderung strengerer Maßregeln habe kommen können. Er sei überzeugter Gegner von Konzessionen in den Kommissionen, er könne sich zu solchen nur Reichstagsbeschlüssen im Plenum gegenüber verstehen. — Auf die Frage, was wohl eintreten dürfte, wenn nach Ablauf des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie kühner vorgehe, erwiderte der Fürst: Im letzten Grunde ist die Sozialistenfrage, ich möchte sagen eine militärische Frage. Wenn das Geschwür aufgegangen, kann man die Ausschreitungen ja mit Gewalt niederdrücken. Es tritt dann vielleicht an die Stelle des jetzigen kleinen Belagerungszustandes der allgemeine, der Kriegszustand. Freilich geht das nicht auf die Dauer. Daß der Staatsminister Miquel an der Redaktion der Arbeiter-Erlasse des Kaisers Anteil gehabt habe, glaubt Fürst Bismarck nicht.

„Miquel ist ein zu gewandter Parteitaktiker, um kurz vor den Wahlen diesen Zündstoff in die Öffentlichkeit zu geben. Die Erlasse waren seit langem eine Lieblingsidee des Kaisers. Hinzpeter, Douglas u. a. — kurz solche, die nicht im Dienste waren — haben mit Sr. Majestät darüber Beratungen gehalten. Der Kaiser ver-

sprach sich von den Erlassen Erfolg bei den Wahlen. Mir wurde eine Redaktion gezeigt, die weitgehender war, als diejenige, welche erschienen ist. Ich war prinzipiell gegen die Erlasse; sollten sie aber durchaus erscheinen, — der Kaiser bestand darauf — so wollte ich wenigstens meine Redaktion durchsetzen, damit die Erlasse gemildert würden. Ich übernahm deshalb die Redaktion und schrieb die Erlasse in der jetzigen Form nieder — als Diener des Kaisers. Die Redaktion rührt also von mir her. Ich habe keinen Kollegen zugezogen. Ich fügte noch die internationale Konferenz ein; ich dachte, sie sollte gleichsam ein Sieb sein, eine gewisse Hemmung des humanen, arbeiterfreundlichen Elan unseres Herrn. Ich glaubte, diese Konferenz würde sich gegen allzu große Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Wein gießen. Aber selbst diese geringen Erwartungen sind enttäuscht worden. Die Ergebnisse der Konferenz sind gleich Null. Es hatte keiner den Mut zu widersprechen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Die ganze Konferenz ist eine einzige Phraseologie, nicht eine Frage hat sie praktisch gelöst. Überhaupt, es ist Illusion, den Arbeiterschutz international machen zu wollen. Jeder Staat steht doch schließlich für die Interessen seiner Industrie. Ich glaubte übrigens damals immer noch, daß der Staatsrat die Erlasse nicht billigen würde. Da aber auch der Staatsrat zustimmte, gingen sie durch — ohne mein Votum, ohne meine Gegenzeichnung."

Der Abgeordnete Bebel äußerte vor einiger Zeit in einer Berliner Versammlung, wenn die Leitung der Sozialdemokratie so handeln wollte, wie es die Opposition der „Jungen" wünsche, so hätten wir in wenig Monaten ein neues Sozialistengesetz. Dieser Anspruch, durch welchen offenbar der Umsturzführer die Widerspenstigen schrecken und zur Mäßigung nötigen wollte, ist für das gegenwärtige Verhalten der Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit im höchsten Grade bezeichnend. Die Furcht vor der Wiederkehr des Sozialistengesetzes ist es, welche die Taktik der Sozialrevolutionäre in erster Linie beeinflußt.

Fürst Bismarck hat frühzeitig das allgemeine direkte Wahlrecht als das der Zukunft ins Auge gefaßt. So schrieb er schon 1863 an Lord John Russell:

„Selbst der geringste Census würde noch bessere Garantien gegen revolutionäre Überschreitungen bieten als manches Wahlgesetz, aus welchem die einzelnen Landesvertretungen hervorgehen, bessere

Garantien, namentlich als der Wahlmodus in Preußen." Am 19. April 1866 schrieb er an Graf Bernstorff in London:

„Ich darf es wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Überzeugung aussprechen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert. In einem Lande mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgeoisie-Klassen beseitigt, auch zu monarchischen Wahlen führen, ebenso wie in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, zu anarchischen. In Preußen aber sind neun Zehntel des Volkes dem Könige treu, und nur durch den künstlichen Mechanismus der Wahl um den Ausdruck ihrer Meinung gebracht. Die Träger der Revolution sind die Wahlmänner-Kollegien, welche der Arbeit der Umsturzpartei ein über das Land verbreitetes und leicht zu handhabendes Netz gewähren — wie es 1789 die Pariser électeurs gezeigt haben. Ich stehe nicht an, indirekte Wahlen für eins der wesentlichsten Hilfsmittel der Revolution zu erklären, und ich glaube, in diesen Dingen praktisch einige Erfahrungen gesammelt zu haben." Als Graf Bernstorff am 26. April von dem Schrecken Lord Clarendons über das allgemeine Stimmrecht berichtete, machte Bismarck dazu folgende Randnote: „In England sind eben nur die höheren Klassen dem Königtum und der Verfassung anhänglich, welche ihre Privilegien, ihre Herrschaft über das Land darstellen. Die Massen sind roh, unwissend, und ihre Anhänglichkeit an die Krone ist nicht von der Art wie in Preußen."

Alles das ist nach Bismarck anders geworden.

Zoll- und Steuerreform.

Zum letzten Male wurde der Name Pouyer-Quertiers, des jetzt verstorbenen bekannten französischen Unterhändlers bei Abschluß des Frankfurter Friedensvertrages, in neuester Zeit öffentlich genannt, als vor einiger Zeit der Ministerpräsident Tirard den „Oberhandelsrat" einberufen hatte, um dessen Gutachten über die Umgestaltung der Handelsbeziehungen Frankreichs zu erhalten. Herr Pouyer-Quertier war es, der bei dieser Gelegenheit als Mitglied desselben erklärte, daß Frankreich keine Handelsverträge mehr schließen dürfe, alle abgelaufenen und ablaufenden Verträge solle man ruhig

ablaufen lassen, ohne sie zu erneuern, sei es auch mit Abänderungen. Nur den Vertrag mit Deutschland, namentlich den berühmten Artikel 11 des Frankfurter Friedens, der Frankreich und Deutschland gegenseitig die Rechte der meistbegünstigten Nation einräumt, wollte Herr Pouyer-Quertier aufrecht erhalten wissen; denn dieser Artikel, so versicherte er, habe Deutschland verhindert, einen Zollverein mit Österreich zu bilden, da alle Zugeständnisse an Österreich dank dem Artikel 11 auch Frankreich zugute gekommen wären. Wer diese Rolle näher kennt, die Herr Pouyer-Quertier 1871 bei Vereinbarung dieses Artikels spielte, wird sein besonderes Interesse an dessen Aufrechterhaltung verstehen. Der eigentliche Urheber der von den Franzosen zum Teil so leidenschaftlich bekämpften wirtschaftlichen Klausel des Frankfurter Friedens war allerdings Fürst Bismarck, der den Paragraphen ausschließlich mit Herrn Pouyer-Quertier beriet, weil der andere dem Kanzler überdies unsympathische französische Bevollmächtigte, Jules Favre, von wirtschaftlichen Dingen schlechterdings nichts verstand. Nun war schon damals bekannt, daß Pouyer-Quertier gewissermaßen als die Verkörperung der Schutzzollideen in Frankreich galt. Als nach dem Kriege Thiers an die Spitze des Staates gelangte und den großen Baumwollenfabrikanten von Rouen als Finanzminister in sein Kabinett berief, konnte niemand in Zweifel darüber sein, daß sich in Frankreich damit eine Ära des Schutzzolles eröffnete. Am wenigsten Zweifel hatte in dieser Hinsicht Herr Pouyer-Quertier selber. Um so bereitwilliger ging der französische Bevollmächtigte, als ihm Fürst Bismarck den Artikel 11 vorschlug, darauf ein, indem er seinem großen Partner ganz unumwunden erklärte, daß er wie Thiers Schutzzöllner sei, und nach den unerhörten Opfern des Krieges Deutschland wohl nicht viel Begünstigungen gewähren würde. Ganz anders liege die Sache in Deutschland, wo ja der Freihandel herrsche. Hier ist es, wo die Geschichtschreibung eine Bemerkung Bismarcks verzeichnet, die schon damals, acht Jahre vor dem wirtschaftlichen Umschwung in Deutschland, diesen selbst vorher verkündete. „Ja wohl,“ soll Fürst Bismarck auf jene Bemerkung Pouyer-Quertiers erwidert haben, „ich bin zur Zeit Freihändler. Ich gestehe, mich mit diesen Dingen nicht eingehend beschäftigt zu haben, obwohl ich ihre Wichtigkeit anerkenne. Gereicht Ihnen dieser Artikel zum Vorteil, um so besser! Ich will damit nicht gesagt haben, daß ich für alle Zeit auf meinem jetzigen Standpunkt beharren werde: es handelt sich darum, ob er sich für Deutschland bewährt. Sollte ich meine An-

sichten ändern, so werde ich das offen eingestehen und dementsprechend handeln. Sie persönlich aber werde ich davon verständigen." Herr Pouyer-Quertier ahnte damals die Entwickelung der Dinge nicht. Im Jahre 1879 aber, als Fürst Bismarck mit seinen ersten schutzzöllnerischen Vorlagen vor den Reichstag trat, erhielt Herr Pouyer-Quertier in Rouen ein großes Packet aus Berlin, darin befanden sich die wirtschaftlichen Gesetzentwürfe des Kanzlers für den Reichstag, sowie eine Übersetzung verschiedener Berliner Zeitungsartikel, die den Kanzler seiner schutzzöllnerischen Pläne wegen heftig angegriffen. Daneben aber lag eine Visitenkarte mit der einfachen Inschrift: »Le prince de Bismarck — protectioniste à Mr. Pouyer-Quertier.“ — Das kleine Vorkommnis wurde vor kurzem erst bekannt, es erklärt das Interesse des verstorbenen Führers der französischen Schutzzollpartei für den Artikel 11 des Frankfurter Friedens, in welchem ein Teil seiner Landsleute sehr mit Unrecht eine Demütigung Frankreichs durch Deutschland erblickte.

Über seine Stellung zu Delbrück, der 1876 sein Amt als Minister und Präsident des Reichskanzleramts quittierte, hat sich Fürst Bismarck wiederholentlich geäußert. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. Januar 1873 bemerkte er: der Kollege Delbrück sei im Besitze seines „vollsten Vertrauens", er befinde sich mit ihm „im vollsten Einverständnis". Er glaubte in der Lage zu sein, „alles, was dieser Kollege etwa für ihn abstimmen sollte, zu ratihabieren." „Und wenn Meinungsverschiedenheit zwischen uns wäre, so würde ich noch zweifelhaft sein, ob er die Sache nicht besser verstanden hat, als ich, und würde unter Umständen seinem Urteile mich fügen." In der Reichstagssitzung vom 2. Februar 1879, als der Abgeordnete Richter den Reichskanzler unter Hinweis auf seine handelspolitischen Antecedenzien in die Enge zu treiben suchte, bemerkte Bismarck: „Die Zeit nach Gründung des Norddeutschen Bundes — da bin ich ja weit entfernt zu bestreiten, daß die formale Verantwortung auf mir lastet und auf mir ganz ausschließlich. Ich wäre zu berechtigt gewesen, die Politik, die der damalige Herr Präsident des Reichskanzleramts trieb, zu durchschneiden, wenn ich wirklich überzeugt gewesen wäre, daß sie nachteilig für unser wirtschaftliches Leben sei. Es hätte dies wahrscheinlich zu einem vorzeitigen Ausscheiden des Herrn Präsidenten aus dem Reichskanzleramt geführt, aber meine formale Berechtigung dazu war ja ganz unzweifelhaft. Wenn ich aber für eine Auf-

gabe, wie die Konsolidierung des deutschen Reiches in seinen ersten Anfängen, oder des Norddeutschen Bundes als Vorakt zum deutschen Reich, um die Mitwirkung eines Staatsmannes von der Bedeutung Delbrücks mich bewarb, so liegt doch klar, daß ich damit nicht die Prätension verbinden konnte, daß Delbrück die wirtschaftlichen Geschäfte, in denen er die erste Autorität in ganz Deutschland war, nach meiner Leitung und meiner Anweisung führen sollte. Es war vielmehr — natürlich cum grano salis — gegeben, daß ich, wie es auch in der That der Fall war, vertrauensvoll mich seiner Führung überließ, und ich bin auch weit entfernt zu sagen, daß ich dieses Vertrauen bereue. Die mächtige Hilfe, welche die Mitwirkung einer Kraft, wie die des Herrn Delbrück, der ersten Einrichtung des Reiches gewährt hat, war durch nichts anderes zu ersetzen. Wir hatten keinen Mann von seiner Bedeutung. Ich habe meinerseits mich damals in eine Beurteilung wirtschaftlicher Fragen nicht eingelassen, sondern ich habe die bedeutendsten Leute und Staatsmänner, die mir ihre Hilfe gewähren wollten, zu werben gesucht, um dieses Werk, was ich unternommen hatte, mit mir in Gemeinschaft durchzuführen. Es ist ja ganz zweifellos, daß ich mitunter in wirtschaftlichen Fragen nicht der Ansicht des damaligen Herrn Präsidenten gewesen bin, und ich weiß nicht, wie die Fälle sich erledigt haben, wenn mir die Verständigung darüber nicht gelungen ist, ich vermute, daß ich in den meisten Fällen nachgegeben habe, weil ich politisch und an meiner Meinung gern Opfer brachte, um diese so ungewöhnlich bedeutende Mitwirkung der Sache, der ich diente, zu erhalten. Ich bin ein Mann, der an Autoritäten glaubt und sich ihnen da, wo ich nicht notwendig auf mein eigenes Urteil verwiesen bin, gern unterordnet. Ich bin auch vielleicht nicht mit allen Einrichtungen der Post persönlich einverstanden, nichtsdestoweniger, da ich die Überzeugung habe, daß der Generalpostmeister im großen und ganzen vollständig seiner Sache mächtig ist und sie jedenfalls besser versteht als ich, folge ich seinen Wünschen und Anträgen und würde es ziemlich verwunderlich finden, wenn ich dermaleinst an meiner formalen Verantwortlichkeit dafür angefaßt werden sollte, daß diese oder jene Posteinrichtung nicht nach meiner eigenen Überzeugung sich bewährt hat, und ich sie anders wünschte, als ich damals zugestimmt hätte, daß sie sein sollte!"

Am 1. Dezember 1881 bemerkte endlich Fürst Bismarck im Reichstage, er habe sich in das wirtschaftliche Ressort, solange es

in der Hand Delbrücks war, nicht gemischt. „Über seine Geschäftsführung bestand zwischen uns kein Meinungsstreit, und meine Anerkennung seiner Autorität war so groß, daß die wesentlichen Zweifel, die bei mir zu keimen begannen, ob wir auf dem richtigen Wege wären, von mir unterdrückt wurden gegenüber der Bedeutung und technischen Überlegenheit dieses Mitarbeiters, auf den ich nicht verzichten wollte.“ „Ich habe damals solchen Wirtschaftspolitikern gegenüber, die sich darüber beschwerten, daß nicht alles gut ginge, — ich glaube, ich kann Zeugen dafür anrufen — gesagt: es ist möglich, daß wir stellenweise auf einem falschen wirtschaftlichen Wege sind, und daß nicht alles richtig ist, was Minister Delbrück unternimmt; aber ich weiß nicht, wie ich die Lücke decken sollte, die entstehen würde, wenn er ausscheidet. Ich kann seinen Anteil neben allem, was ich sonst zu thun habe, nicht übernehmen und weiß keinen Ersatz; ich muß mir, wie es so häufig im Leben ist, eine tüchtige Kraft mit ihrem Können und Leisten und mit ihren Irrtümern, wenn welche da sind, erhalten, und kann da nicht einen Mann von der Bedeutung wie Delbrück behandeln, einfach wie einen vortragenden Rat, dem ich sage: ich habe Sie bitten lassen, nicht um ihre Meinung zu hören, sondern um Ihnen die meinige zu sagen, so geht das nicht, sondern ich habe mit Kollegen doch nur den Gesamtdurchschnitt und das Facit zu ziehen und abzuwägen, ob ich unerachtet einzelner Verschiedenheiten mit ihnen weiter arbeiten kann und muß, oder nicht, und kann nicht in Einzelheiten sagen: das verstehe ich besser.“

Die Differenzpunkte zwischen Bismarck und Delbrück betrafen nicht die Handels- und Zollpolitik, in welcher der erstere erst später zum Schutzzoll gedrängt wurde, noch das sozialpolitische und gewerbliche Gebiet, auf welchem vollständige Ruhe herrschte, sondern die Steuerpolitik.

Zur Zeit, als Delbrück abtrat, war Camphausen Finanzminister und Ministerpräsident, Achenbach Handelsminister, Friedenthal Landwirtschaftsminister u. s. w. Hofmann übernahm das Präsidium des Reichskanzleramts. Fürst Bismarck äußerte sich politisch näher stehenden Abgeordneten gegenüber über seine Stellung: „Ich langweile mich, die großen Dinge sind gethan. Das Deutsche Reich ist aufgerichtet. Es ist anerkannt und geachtet bei allen Staaten und Nationen. Etwaige Koalitionen, welche sich gegen einen Staat, wenn er große Erfolge errungen, wohl zu bilden pflegen, wird man zuvorzukommen wissen. Wenn auch Frankreich

Revanche-Gedanken hegen sollte, so wird es gegen uns keinen Alliierten finden, und ohne einen solchen wird es nichts wagen. Was bleibt unter solchen Umständen übrig? Die Verwaltung im Innern? Nun ja, ich bin durchaus nicht in allem mit ihr einverstanden, und fühle manchmal sogar das Gelüste, nachdem ich mein Amt niedergelegt habe, mich um ein Abgeordneten-Mandat zu bewerben, das mir nicht entgehen kann, und dann den Ministern durch meine Opposition das Leben so sauer als möglich zu machen. Aber alles das, mag ich mich nun an der Spitze der Regierung oder an der Opposition in die Verwaltungsfragen hineinstürzen, sind doch höchst untergeordnete Dinge im Vergleich zu dem, was bisher meine Aufgabe gewesen. Warum soll ich mir also nicht Ruhe gönnen?"

„Ich habe keine Lust mehr dazu, auf eine schlechte Hasenjagd zu gehen, dazu bin ich zu mürbe. Ja, wenn es gälte, einen großen mächtigen Eber — meinetwegen einen erymanthischen — zu erlegen; dann würde ich dabei sein, dann würde ich mir noch einmal etwas zumuten, dem deutschen Reiche eine mächtige, unerschütterliche, finanzielle Grundlage zu geben, welche demselben eine dominierende Stellung verleiht, und es in organische Verbindung bringt mit allen öffentlichen Interessen in Staat, Provinz, Kreis, Gemeinde; — das wäre eine große, würdige Aufgabe, welche mich reizen könnte, den letzten Hauch meiner sinkenden Kraft daran zu setzen. Allein die Aufgabe ist schwierig. Ich bin nicht eigentlich Techniker auf diesen Gebieten, und meine jetzigen Ratgeber, so tüchtig sie auch sein mögen für die laufenden Geschäfte, haben keine schöpferischen Ideen. Sie bewegen sich in ausgefahrenen Geleisen. Ich bin darauf angewiesen, selbst die Reformgedanken zu denken und mir die Werkzeuge zu ihrer Ausführung zu nehmen, wo ich sie finde."

Mitten in die Reichstagssession von 1877 fiel die Nachricht, der Reichskanzler habe am 27. März dem Kaiser sein Entlassungsgesuch übergeben, und wolle sich von den Staatsgeschäften vollständig zurückziehen. Die Nachricht erregte in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen und an den meisten Orten schmerzliche Empfindungen. Kaiser Wilhelm beantwortete das Gesuch mit dem bekannten „Niemals". Er bewilligte nur einen längeren Urlaub, und, da es an einem Stellvertretungsgesuche fehlte, so behielt der Reichskanzler, auch während seiner Beurlaubung und trotz der Stellvertretung (durch Hofmann für das Innere, von Bülow für das Äußere), die volle Verantwortlichkeit und die oberste Leitung der Reichsangelegenheiten in den Händen.

Von Varzin aus unterhandelte Bismarck mit den Nationalliberalen wegen Eintritts in das Ministerium, fand bei ihnen aber kein Verständnis für seine Pläne. Interessant ist der Briefwechsel mit seinen alten Kollegen.

In einem Schreiben an den Staatsminister von Bülow, datiert Varzin, den 15. Dezember 1877, heißt es:

„Neben der Steuerreform und der Fertigstellung der im militärischen Interesse erforderlichen Eisenbahnen, gehört die Verwirklichung der Reichsverfassung bezüglich des Eisenbahnwesens zu denjenigen Fragen, von deren Lösung ich meinen dauernden Wiedereintritt in die Geschäfte abhängig machen muß. Wenn die Ausführung des auf diesen Gebieten für notwendig Erkannten nicht durch ausreichende und spontane Mitwirkung aller in Preußen dazu kompetenter Organe sicher gestellt werden kann, so werde ich zwar, wenn meine Gesundheit es irgend gestattet, zum nächsten Reichstage erscheinen, aber nur um die Gründe meines definitiven Rücktritts öffentlich darlegen zu können. Ich werde nicht verschweigen können, daß ich keine Aussicht zu haben glaube, für die Behandlung der oben erwähnten Fragen, in Preußen das Maß freiwilliger Mitwirkung zu finden, ohne welches ihre Lösung nicht möglich ist, und daß ich deshalb bei geschwächten Kräften die fernere Mitarbeit an den Geschäften ablehne, weil ich mich unvermögend fühle, sie bezüglich wichtiger Fragen in die Wege zu leiten, auf denen ich die Verantwortung für die Gesamtleitung zu tragen bereit wäre.

Ew. ersuche ich ganz ergebenst, von vorstehenden Andeutungen auch mit Sr. Majestät gelegentlich sprechen zu wollen, namentlich um die von der Kreuzzeitung gebrachte Lüge zu widerlegen, als ob ich die Entlassung von Hofbeamten Sr. Majestät je zugemutet hätte. Ich habe Feinde am Hofe, aber deshalb werde ich die Ehrerbietung gegen meinen allergnädigsten Herrn nicht verletzen. Die Hauptsache für mich ist, daß ich im Staatsministerium Kollegen finde, welche die Maßregeln, die für die Sicherheit und die Interessen Preußens und des Reiches notwendig sind, energisch und freiwillig fördern. Die Förderung durch Bitten und Überreden zu gewinnen, dazu reichen meine Kräfte nicht aus, und wenn ich Beschlüsse in dem erstrebten Sinne erreiche, so unterbleibt die Ausführung. Mit meinem Namen aber für das Gegenteil meiner Bestrebungen öffentlich einzustehen, kann von mir nicht verlangt werden."

An demselben Tage schreibt der Reichskanzler in einem zweiten Briefe:

„Ich gebe Ihnen das beiliegende Material der Auffassung meiner Zukunft hin, indem ich von Ihrer freundschaftlichen Gesinnung hoffe, daß Sie es mit Vorsicht verwerten werden. Unter

Vorsicht meine ich, daß es mir nicht lieb sein würde, die Sache zu einer Krisis, etwa zu Camphausens Abschiedsgesuch, zu treiben: ich würde es überhaupt lieber sehen, wenn die Verwirklichung der gewünschten Reformen von den jetzigen Kollegen in Angriff genommen werden würde; mir liegt nicht am Personenwechsel, sondern an der Sache, — wenn diese aber nicht ausführbar ist, so will ich gehen."

Ein Brief, datiert Varzin den 21. Dezember 1877, lautet folgendermaßen:

„Mit verbindlichstem Danke habe ich Ihre Mitteilungen vom 18. und 19. c. erhalten und Sie werden den Fluch der guten That daran erkennen, daß sie fortdauernd Bitten und Zumutungen gebiert.

Camphausen klagt über Last des Vice ohne das Benefizium des Einflusses; hat denn nicht ein preußischer Finanzminister an sich mehr Einfluß als ein Ministerpräsident? Letzterer hat die Last der Geschäfte und in keinem Ressort etwas zu sagen, nur zu sagen, — kein Anstellungsrecht — kaum für Kanzleidiener. — Einfluß habe ich höchstens im Auslande, wo Camphausen ihn nicht erstrebt: wenn letzterer zugiebt, daß er sich durch sieben Jahre meines Vertrauens erfreut habe, so ist das richtig; ich habe das seinige nicht immer besessen.

In Bezug auf Falk bin ich ganz derselben Ansicht wie Camphausen, aber es bleibt immer eine Kalamität, wenn Falk nervös gemacht wird.

Ein neuer Handelsminister wird kaum nötig sein, wenn man das Ressort teilt und zunächst ein selbständiges preußisches Eisenbahnministerium schaffte.

Der kritische Punkt der Gegenwart ist die Frage des Finanzprogramms. Da ist es eine vollständige Umkehr der Begriffe, wenn der Finanzminister von dem Präsidenten ein Programm für das Finanzressort erwartet, nach dessen Prüfung er sich die Kritik vorbehalten will; umgekehrt liegt die positive Leistung, die Herstellung eines diskutierbaren Programmes, dem Ressortminister ob.

Ich bin als Präsident nicht berufen, Finanzprogramme zu erfinden, oder zu vertreten, sondern nur dafür verantwortlich, daß der Posten des Ministeriums entsprechender Weise besetzt sei und versehen werde. Der Beruf, Finanzprogramme selbst zu entwerfen, und auf ihre Ausführung zu verzichten oder zurückzutreten, wenn der Finanzminister ihnen nicht zustimmt, liegt mir nicht ob. Die preußischen Minister fühlen sich zu gut, um selbst im Bundesrate mitzuarbeiten; die Präsenzlisten geben ein betrübendes Zeugnis dafür; sie lassen lieber die Reichseinrichtung in Verfall geraten

und ziehen die „schöne und unabhängige Stellung“ eines preußischen Ressortministers so ausschließlich in Betracht, daß die nationale deutsche Sache daneben nicht zur Erwägung kommt. Warum geht es mit der Doppelstellung des preußischen Kriegsministers so gut und so glatt? Sachlich erscheint sie mir schwieriger noch, als die anderen Ressorts, und Roon war auch kein leicht zu nehmender Charakter. Sollte die nationale Gesinnung unserer Generäle schärfer ausgeprägt sein, als die unserer altkonstitutionellen Minister?

Ich glaube, wenn Camphausen zugiebt, daß wir 50 Millionen Mark mehr brauchen, wie ich glaubte, auch wohl 100, was indessen nur er sachlich und amtlich beurteilen kann — so kann er darüber nicht zweifelhaft sein, daß es seine Aufgabe, und nicht die meine ist, ein Finanzreform-Programm vorzulegen und dasselbe verantwortlich zu vertreten; daß ich ihm dabei, wenn ich gesund bin, nach Kräften assistieren werde, ist selbstverständlich, und um so mehr, wenn ich ihn etwa bei kollegialischer Verhandlung über seine Absichten zu Modifikationen seiner Vorschläge bewogen hätte. Sobald ich seine Reformpläne kenne, wird mein Votum über dieselben von dem Entgegenkommen geleitet sein, welches seine Sachkunde und mein kollegialisches Gefühl bedingen. Wenn aber ein solches Programm gar nicht, oder nicht rechtzeitig zur Vorlage kommen sollte, so werde ich entweder den Ablauf meines Urlaubes ohne Beteiligung am Reichstage abwarten, oder mich vor dem Reichstage unter Darlegung meiner vorstehenden Auffassungen auf die Rolle beschränken, die Artikel 70 dem Reichskanzer zuweist.“

Einem Schreiben des Ministers von Bülow an den Reichskanzler vom 26. Dezember 1877 entnehmen wir noch das Folgende:

„Ew. verfehle ich nicht den Empfang der geneigten Zuschrift vom 24. dankend zu bestätigen. In Gemäßheit derselben habe ich vorgestern eine zweite Unterredung mit dem Finanzminister gehabt. Derselbe nahm meine Auseinandersetzungen mit Interesse — und ich sollte meinen — auch mit Befriedigung auf und sagte zu, seinerseits ein Finanzprogramm zur Vorlage und zur Diskussion zu bringen: Verständigung darüber und namentlich Durchbringen beim Reichstag würden immerhin schwierig sein; er wolle aber das Beste hoffen und nehme Eurer Durchlaucht Zusage, wenn eine Verständigung erreicht sei, kollegialisch dafür eintreten zu wollen, dankbar an.“

Die Grundlage für die gesamte Finanzpolitik des Fürsten Bismarck bildete der Art. 70 der Reichsverfassung, welcher bestimmt, daß die Reichsausgaben, insoweit sie durch die gemeinschaftlichen Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern, Post- und Telegraphen-

wesen nicht gedeckt werden, so lange Reichssteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten (Matrikularbeiträge) aufgebracht werden sollen. Er erklärte dies schon, als im Reichstage die Matrikularbeiträge zum ersten Male zur Sprache kamen, für einen bloßen Notbehelf; es sei des Reiches unwürdig, an alle Einzelthüren zu klopfen und Beiträge zu sammeln, das Reich müßte vielmehr der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein.

„Die Anweisung auf Matrikularbeiträge sagte er, kann ich nicht annehmen. — Das große Bindemittel einer starken, gemeinsamen Finanzeinrichtung, eines gemeinsamen Finanzsystems fehlt einem Reiche, welches nur auf Matrikularbeiträge begründet ist. Die Matrikularbeiträge zu vermindern, ist meines Erachtens Aufgabe einer wohlerwogenen Reichspolitik."

Dies ist der leitende Gedanke des Fürsten Bismarck immerdar geblieben, und er hat später geäußert:

„Ich habe von Anfang meiner Karriere an nur einen Leitstern gehabt: durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen, und, so weit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird."

Er fand darin von vornherein die Aufforderung, Reichssteuern, wie die Verfassung sie in Aussicht nimmt, einzuführen.

„— — Ich halte die eigenen Einnahmen des Reichs für in so hohem Grade wichtig, daß ich nicht glaube, daß ein seiner Verantwortung sich bewußter und von dem richtigen Interesse für den Bestand und die Fortentwickelung des Reiches beseelter Kanzler jemals seine Zustimmung dazu geben wird, daß die eigenen Einnahmen des Reiches ohne hinlänglichen Ersatz vermindert werden. Die Anweisung auf andere Steuern ist zweifelhaft."

Der Reichskanzler war von vornherein auch deshalb gegen die Matrikularumlagen, weil sie die einzelnen Staaten nicht gerecht, nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit treffen.

„Ich möchte sagen, es ist eine rohe Form, die zur Aushilfe dienen kann, so lange man in dem ersten Jugendalter des Reichs demselben eigene Einnahmen zu verschaffen nicht vollständig in der Lage war. Ist es anerkannt, daß es eine Steuer ist, die nicht gerecht trifft, so gehört sie von meinem politischen Standpunkt als Reichskanzler nicht zu den Mitteln, die das Reich konsolidieren. Das Gefühl, zu ungerechten Leistungen herangezogen zu werden,

entwickelt das Bestreben einer solchen Ungerechtigkeit sich zu entziehen und verstimmt.

„Also aus dem Gesichtspunkte der Befestigung des Reichs — das Reich ist jung im Vergleich zu den einzelnen Staaten, ich möchte sagen bei allen den Knochenbrüchen, denen Deutschland im Laufe der Jahrhunderte ausgesetzt worden ist und deren Heilung jetzt versucht ist, da ist der callus noch nicht wieder so fest verwachsen, daß nicht Verstimmungen oder ein starker Druck parlamentarischer Machtprobe und dergleichen das Reich empfindlicher treffen sollten als den einzelnen Staat. Je mehr gemeinsame Reichseinrichtungen wir schaffen, je mehr gemeinsames Reichsvermögen, desto mehr befestigen wir das Reich.

„Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Das Wohl des Staates. Ich habe mich immer der Frage untergeordnet: was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war, für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die Deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige. In erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können. Von dem Bau des deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie sturmfrei dastehen. Seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine politische Thätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe."

Indem nun Fürst Bismarck daran ging, das Reich finanziell unabhängig zu machen und auf eigene Einnahmen zu stellen, mußte er weiter erwägen, welche Art von Steuer am besten zur Grundlage dieser Einnahmen zu machen sei.

Sein Ideal waren von jeher die indirekten Steuern gewesen, er hielt die direkten Steuern nur für einen harten und plumpen Notbehelf, mit alleiniger Ausnahme einer hohen Einkommensteuer für die wirklich reichen Leute, — im übrigen war das Ziel, nach dem er sein Streben richtete, den Staatsbedarf möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern aufzubringen. Sein Aufenthalt in Frankreich hatte offenbar dazu beigetragen, ihn darin zu bestärken;

denn er hat dort gesehen, daß viel größere Steuern, als bei uns, doch weniger drückend erscheinen, weil in Frankreich und in England die Staatsbedürfnisse vorzugsweise durch indirekte Steuern aufgebracht werden, und was auch theoretisch gegen diese gesagt werden könne, Thatsache sei doch, daß man sie weniger fühle.

So handelte es sich denn für Bismarck, sobald er der Abschaffung der im Interesse des Reichs unerträglichen Beiträge der einzelnen Staaten näher trat, bald um eine Reform der Besteuerung unseres Volkes überhaupt, und zwar hatte er dabei von Hause aus die Absicht, die Steuern in einer Weise zu kombinieren, daß mit den neuen Einnahmequellen zugleich eine Erleichterung in den alten Steuern und in der Aufbringung der unvermeidlichen Lasten des „Staats“ überhaupt geschafft werde. Der „unvermeidlichen“ Lasten sagen wir, denn er versicherte von vornherein:

„Ich kann mit bestem Gewissen erklären, daß ich keinen Überschuß erstrebe, sondern nur die Deckung dessen, was uns fehlt.“

Schon damals wurde ihm der Einwand der parlamentarischen Macht entgegengehalten, er wollte jedoch nicht glauben, daß man um scheinbaren parlamentarischen Einflusses willen unbequeme Steuern beibehalten wolle.

Die parlamentarische Macht, sagte er, bleibt einer verfassungstreuen Regierung gegenüber durch das Ausgabebewilligungsrecht gesichert, und einer der Verfassung nicht treuen Regierung gegenüber sind ebensowenig Bürgschaften zu finden, wie einer parlamentarischen Kammer gegenüber, die in ihren Beschlüssen sich an den Fortbestand des Reichs oder Staats nicht weiter kehren wollte, sondern darauf hin beschließen, bis er eben zu Grunde ginge. Auf beiden Seiten muß man doch eine ehrliche, vernünftige, gesetzliche und verfassungstreue Gesinnung und Absicht voraussetzen.

In der bekannten Proklamation über „die Absichten und Wünsche der Regierung“ im Sommer 1878 wurde denn verkündet:

„Seit langer Zeit ist das Streben der Regierung auf eine wirtschaftliche Reform gerichtet, von welcher man eine allseitige Erfrischung der finanziellen Verhältnisse des Reichs und der einzelnen Staaten und somit einen neuen Aufschwung der Volkswohlfahrt erwartet. Aus den darüber gepflogenen Verhandlungen geht hervor, daß der eigentlich bestimmende Grund und Zweck dieser Reform im Sinne der Regierung vor allem die feste dauernde Begründung einer selbständigen und ersprießlichen Finanzpolitik des Reiches und zwar unter wesentlicher Erleichterung der Einzel-

staaten und behufs möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes war.

„Die leitenden Gesichtspunkte, von denen der Reichskanzler bei ihrem Reformplane von vornherein ausging, waren einerseits die Selbständigkeit der Reichsfinanzen und zu dem Zweck die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches; andrerseits die überwiegende Heranziehung und Ausnutzung der dazu vorzugsweise geeigneten indirekten Steuern, um gleichzeitig die seit Jahren anwachsenden direkten Steuern mehr in den Kreis- und Kommunalverbänden vermindern zu können.

„Nur auf dem von den Regierungen eingeschlagenen Wege, wurde hinzugefügt, ist es möglich, das Volk von bisherigen drückenden Lasten zu befreien und vor der sonst unvermeidlichen anderweitigen Steigerung der staatlichen und kommunalen Lasten zu bewahren.“

Fürst Bismarck stellte beim Bundesrat durch das denkwürdige Schreiben vom 15. Dezember 1878 seine Anträge auf Zollreform und auf Steuerreform. In erster Linie stand für ihn auch damals das Interesse der finanziellen Reform, die Verminderung der direkten Steuerlast durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs, eben diesem Zweck aber sollte die Zollrevision dienen. Er wies besonders auf die Thatsache hin, daß andere Großstaaten, zumal solche mit weit vorgeschrittener politischer und wirtschaftlicher Entwickelung, die Deckung ihrer Ausgaben vorzugsweise in dem Ertrage ihrer Zölle und indirekten Steuern suchen.

Die Thronrede vom 12. Februar 1879 bezeichnete den Standpunkt der Regierung den neuen Aufgaben gegenüber wie folgt:

„Ich bin der Meinung, daß unsere wirtschaftliche Thätigkeit in ihrem gesamten Umfange auf diejenige Unterstützung vollen Anspruch hat, welche die Gesetzgebung über Steuern und Zölle ihr zu gewähren vermag und in den Ländern, mit denen wir verkehren, vielleicht über das Bedürfnis hinaus gewährt. Ich halte es für meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesamtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wiederum näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat.“

Kolonialpolitik.

Daß Fürst Bismarck sich schon seit Jahren mit dem Gedanken, deutsche Kolonien zu gründen, getragen hat, geht aus einer Unterredung hervor, welche derselbe im Jahre 1876 mit zwei Herren hatte, welche ihm ein ausführliches Exposé über die Anlage einer deutschen Kolonie in Südafrika unterbreiteten. Die mißliche Lage, in welcher sich die deutsche Industrie nach der großen, wirtschaftlichen Krisis befand, veranlaßte zwei Herren, sich dem Studium der Koloniefrage mit großem Eifer zu widmen. Sie kamen zu der Überzeugung, daß es notwendig sei, deutsche Kolonien anzulegen, um die überschüssige Kraft Deutschlands dorthin zu lenken, damit sie nicht nach Nordamerika gehe, wo sie unserer Nationalität mehr oder minder verloren werde und die Konkurrenz für unsere Industrie nur verstärke.

Als ein besonders geeignetes Gebiet für diesen Zweck erblickten sie das südliche Afrika, namentlich die Republiken der Buren, die sich gerade damals nach einer deutschen Schutzherrschaft sehnten, um ihre Unabhängigkeit England gegenüber aufrecht erhalten zu können. Die vorzüglichen klimatischen Verhältnisse dieser Länder, die Fruchtbarkeit des Bodens, die verwandte Nationalität der Einwohner, alles bestärkte sie darin, daß dieses weite Gebiet sich ganz besonders zur deutschen Kolonie eigne. Sie sammelten daher alles nötige Material, entwickelten einen ausführlichen Kolonisationsplan und erstrebten zur Verwirklichung ihres Projektes die Protektion des Reichskanzlers.

Da einer der Herren zu einem hohen Beamten des Auswärtigen Amtes, der jetzt eine wichtige Botschafterstelle bekleidet, Beziehungen hatte, so gelang es demselben, eine Audienz bei dem Reichskanzler zu erwirken.

Dieser war bereits schon vorher über die Absichten der Herren unterrichtet; er empfing sie mit großer Liebenswürdigkeit und eröffnete die Unterhaltung damit, daß er ihnen sofort zugestand, daß er schon seit längerer Zeit die Kolonisationsfrage eifriger studiere und zu der Überzeugung gekommen sei, daß eine so große Nation wie die deutsche auf die Länge der Kolonien nicht entbehren könne, aber so sehr er im Princip für die Erwerbung der Kolonien sei, so sei doch die Frage eine so überaus schwierige, daß er sich scheue, ohne entsprechende Vorarbeit und ohne einen Impuls aus der Nation selbst die Sache in die Hand zu nehmen. Es sei ihm

daher in hohem Grade interessant, von ihnen zu hören, wie sich die Herren die Verwirklichung der Sache dächten.

Auf diese Einleitung hin gingen nun dieselben sofort in medias res. Sie erklärten, es sei eine Kalamität, daß die deutsche Auswanderung Jahr für Jahr nach Nordamerika ginge und daß Millionen unserer Landsleute für uns für immer verloren gingen, wogegen eine Auswanderung nach Südafrika die Nationalität derselben erhalten und uns allmählich ein großes Absatzgebiet für unsere Industrie von steigender Bedeutung schaffen werde. Um diese Auswanderung ins Werk zu setzen, müsse man sich an die Republik Transvaal anlehnen, eine Gesellschaft müsse die Delagoa- oder Santa Lucia-Bai erwerben und eine Eisenbahn von dort nach Pretoria bauen, um die deutsche Auswanderung leichter transportieren zu können. Es müßte ferner eine regelmäßige, möglichst billige Dampfschiffahrt von Hamburg oder Bremen dorthin eingerichtet werden und es würde dann ohne Zweifel schon in zehn Jahren eine respektable deutsche Kolonie dort entstanden sein.

Fürst Bismarck erklärte diesen Vorschlag für diskutabel. „Aber woher wollen Sie die bedeutenden Mittel nehmen, welche Sie zu der Verwirklichung dieses Projektes brauchen werden? Wenn Sie etwa auf mich rechnen, so muß ich Ihnen sofort erklären, daß ich Ihnen nicht dienen kann. Wenn ich auch persönlich einem solchen Projekt zustimmen könnte, der gegenwärtige Reichstag wird die Mittel dazu nicht bewilligen. Zu einem so bedeutenden Projekt gehört eine tiefgehende Bewegung der Nation, und davon ist bisher noch keine Spur vorhanden."

Die Herren erklärten auf diese Einrede des Fürsten Bismarck, daß sie nicht an eine Staatssubvention gedacht hätten, sondern etwa an eine Zinsengarantie für die Dampfergesellschaft und die Eisenbahn.

„Wie viel fordern Sie denn ungefähr, man muß doch eine positive Unterlage haben," erwiderte der Fürst.

Die Herren erklärten, daß sie die Gesamtkosten für zehn Jahre auf 100 Millionen Mark anschlügen und, da sie nur eine Zinsengarantie verlangten, 5 Millionen jährlicher Staatszuschuß genügen würde.

„Wenn sich mit einer solchen Summe," erklärte Fürst Bismarck, die Auswanderung nach Nordamerika verhindern ließe, und eine deutsche Kolonie gegründet werden könnte, so sei die Summe gewiß nicht zu hoch, aber ein Versprechen, oder auch nur eine Hoffnung

könne er ihnen nicht geben. Die politische Lage sei noch zu ungünstig. Er wolle nicht auf die äußeren Verhältnisse, auf Frankreichs Eifersucht und auf die Empfindlichkeit Englands, die zu schonen er alle Ursache habe, eingehen; „aber meine Herren, die innere Lage, der Kulturkampf, ist ein zu großes Hindernis und ich werde schwerlich jetzt Ihnen behilflich sein können.“

Die Herren hoben dann hervor, daß das deutsche Reich die Sache offiziell gar nicht anzufassen brauche, es könne ja eine Dampfersubvention bewilligen, um den deutschen Handel zu beleben. Die Gesellschaft müsse einen Hafen als Landungsplatz im Südosten Afrikas erwerben, England brauche man nicht zu fürchten. Die Antipathie der Buren würde ohnedies bald zu einem Konflikt mit England führen, der über kurz oder lang die Engländer aus Südafrika austreiben werde, ohne daß Deutschland sich dabei engagierte. Zu dieser Darlegung lächelte Fürst Bismarck und meinte, die Herren entwickelten ja ein hervorragendes diplomatisches Talent, von dem er nur profitieren könnte und zu dessen Kombination er ihnen sein Kompliment mache. Sie müßten ihm nun schon erlauben, ihre Ausarbeitungen, Karten rc. zum weiteren Studium zurückzubehalten, nicht als „schätzenswertes Material“, wie einer der Herren meinte, um im Aktenschrank zu verschwinden, sondern um wirklich diese Frage mit Eifer zu studieren. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei der denkbar ungünstigste, erst müßte ein fruchtbarerer Boden in der Nation zu solchen Unternehmungen geschaffen werden, dann müsse sich die äußere Situation verändern. Er rechne mit Gewißheit darauf, daß dies geschehen werde, und dann sei der Zeitpunkt zum Handeln gekommen. Sie möchten sich einstweilen in Geduld fassen, acht bis neun Jahre könnten immer noch vergehen, bis diese Frage für ihn reif sei.

In den siebziger Jahren stellte die kaiserliche Regierung sich die Aufgabe, dem deutschen Handels- und Schiffahrtsverkehr nach den überseeischen Ländern, namentlich auch in der Südsee, durch die Entsendung von Kriegsschiffen und durch den Abschluß völkerrechtlicher Verträge Rückhalt zu gewähren. In mehreren dem Reichstage vorgelegten Denkschriften war der Umfang und die Entwickelungsfähigkeit des deutschen Südseehandels dargelegt worden, und es waren darin die zur Wahrung der deutschen Interessen erforderlichen Maßnahmen klar bezeichnet. Die mit Erfolg vom Reiche beobachtete Politik bestand darin, in denjenigen Ländern, welche nicht ausschließlich dem Machtgebiet anderer Staaten ange-

hörten, die Gleichstellung und alle Gleichberechtigung Deutschlands und seiner Angehörigen mit den meistbegünstigten Nationen zu sichern.

Dieser Politik entsprach es durchaus, daß die Reichsregierung zu Anfang des Jahres 1880 den Versuch machte, der Begründung einer „Deutschen See-Handels-Gesellschaft" auf Samoa, welche die infolge der Notlage einer dort bestehenden deutschen Firma drohende Schädigung des nationalen Interesses abzuwenden den Zweck hatte, durch eine Zinsgarantie seitens des deutschen Reiches zu ermöglichen. Es ist in aller Erinnerung, daß die Fortschrittspartei im Verein mit den ihr blindlings Gefolgschaft leistenden anderen Parteien des Reichstags auch in diesem Falle wieder, wie überall, wo es sich um die Wahrnehmung der vaterländischen Interessen und um das nationale Ansehen im Auslande handelte, die Mitwirkung versagte und so das patriotische Unternehmen zu Falle brachte.

Wenn es nun auch nicht in der Macht der Reichsregierung lag, einseitig thatsächliche Schritte zur Hebung des deutschen Verkehrs in jenen überseeischen Ländern zu thun, so unterließ sie dennoch im Vertrauen auf eine künftige, von nationalem Geiste getragene Mehrheit des Reichstages nicht, der so wichtigen Angelegenheit des deutschen Ausfuhrhandels nach überseeischen Gebieten auch weiterhin die ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Zeugnis davon gab u. a. die Denkschrift, welche unterm 24. Mai 1881 dem Reichstage vorgelegt wurde und die den deutschen Ausfuhrhandel nach Ostasien, Australien und der Südsee zum Gegenstand hatte. Dieselbe war zunächst dadurch veranlaßt worden, daß sowohl der Kaiserliche Gesandte in Peking, als der Kaiserliche Generalkonsul für Australien in ihren Berichten wiederholt und eingehend die Maßregeln erörtert hatten, welche nach ihrer an Ort und Stelle gewonnenen Anschauung der Verhältnisse zur Erhaltung und Hebung des deutschen Ausfuhrhandels nach jenen Gegenden erforderlich erschienen. Die Denkschrift erkannte neben der Abstellung der glücklicherweise im Abnehmen begriffenen Mängel der deutschen Industrie als die wesentlichsten Voraussetzungen für die Herstellung dauernder Verkehrsbeziehungen mit jenen Ländern die Einrichtung mit ausreichendem Kapital ausgerüsteter Exportgeschäfte, insbesondere von Kommissionshäusern, die Einrichtung eines Bankinstituts behufs direkter Geldvermittelung und die Herstellung regelmäßiger Dampferverbindungen.

Als die Reichsregierung diese Vorlage im Parlamente ein-

brachte, bemerkte sie, „daß die von dem Gesandten in Peking und dem Generalkonsul für Australien geäußerten Wünsche zwar beachtenswert erschienen, daß sie aber aus der Ablehnung der Samoavorlage entnommen habe, wie die Auffassung der Mehrheit der Volksvertretung der Gewährung von Beihilfe nicht in dem Maße geneigt sei, um die verbündeten Regierungen jetzt zu weiteren Anträgen in dieser Beziehung zu ermutigen.“ Indes ermüdete die Regierung nicht, immer aufs neue auf die hohe nationale Bedeutung jener Angelegenheit die Aufmerksamkeit zu lenken. Sie übergab unter dem Titel: „Zur Hebung des deutschen Ausfuhrhandels“ Mitteilungen über das Ergebnis einer Enquete der Öffentlichkeit, welche unter deutschen und englischen Firmen in Sydney, Melbourne und Adelaide über verschiedene die Einfuhr deutscher Waren in Australien betreffende Punkte stattgefunden hatte.

Diese Mitteilungen lauteten der deutschen Industrie durchweg günstig. Schon bei den Verhandlungen über die Samoavorlage im Jahre 1880 hatte die deutsche Regierung erklärt, der Beginn einer Kolonialpolitik werde damit nicht beabsichtigt. Es handelte sich damals ja auch nur um die staatliche Subvention einer Gesellschaft, welche bestimmt war, das Godeffroysche Etablissement auf Samoa in deutschen Händen und eben dadurch dem deutschen Seehandel seinen Ausgangs- und Stützpunkt zu bewahren. Das lag von Kolonisation noch weit ab.

Ein Jahr später kam die deutsche Reichsregierung in die Lage, sich über die Annahme des Protektorats einer deutschen Ansiedelung in der Südsee zu entscheiden. Damit rückte man der Frage schon direkt auf den Leib: ob Reichskolonialpolitik oder nicht. Denn das Aufziehen einer Flagge von Reichswegen auf einem privaten Kolonialbesitz begründet mit dem Schutze das Hoheitsrecht. Die Reichsregierung lehnte in dem Falle, den wir im Sinne haben, das Protektorat ab. Wir waren aber noch nicht so weit, wie wir später gekommen sind. Jener Fall dürfte selbst vergessen sein. Er machte seiner Zeit auch wenig Aufsehen. In der Nation fehlte noch die Bambergersche „Schützenfeststimmung“ für die kolonialpolitische Frage. Die nordöstliche Küste von Borneo befand sich im Besitze einer internationalen Gesellschaft, welche diese abzutreten geneigt war. Sie hatte das Territorium von eingeborenen Fürsten angekauft und mit dem Besitze die Hoheitsrechte erworben. Die Besitzverhältnisse waren vollständig geregelt. England hatte nie auf irgend einen Teil von Borneo Anspruch erhoben, vielmehr die

Unabhängigkeit der einheimischen Fürsten im Norden der Insel wiederholt anerkannt. Spanien, welches vielleicht im Verfolg seiner angeblichen Souveränitätsrechte über Sulu geneigt sein konnte, die Ausdehnung seines Machtbereiches auf Borneo zu versuchen, war in einer Depesche der englischen Regierung vom April 1879 so energisch auf die Haltlosigkeit seiner Ansprüche aufmerksam gemacht worden, daß es dieselbe auch einer anderen Macht gegenüber wohl kaum geltend gemacht haben würde. Auch Holland beanspruchte keine Hoheitsrechte auf den nördlichen Teil Borneos, es hatte sich selbst seine Grenze am Fluß Simbukung gezogen, bis zu dessen nördlichem Ufer die internationale Kolonie sich erstreckte. Ein Deutscher, welcher bei der letzteren beteiligt war, betrieb die Bildung einer Aktiengesellschaft am Rhein und in Berlin, um eine Kolonie für Deutschland zu erwerben. Das Kapital war sofort da. Nur sollte das deutsche Reich seine moralische Unterstützung dem Unternehmen gewähren. Der Marineminister von Stosch trug dem Plane eine lebhafte Sympathie entgegen, gestützt namentlich darauf, daß in dem zu erwerbenden Gebiete zwei Häfen liegen, welche zu den besten der Erde gezählt werden. Ein gleiches Interesse für die Sache zeigte auch der damalige Vertreter des Staatssekretärs des Äußern, welcher seine Vermittelung bei dem Reichskanzler ausdrücklich in Aussicht stellte. Dasselbe versprachen eine Reihe von angesehenen und dem Leiter unserer Politik nahestehenden Abgeordneten. Der letzterer lehnte ab, und gleich darauf fiel die internationale Kolonie an eine englische Gesellschaft, welche eine Royal charter of Incorporation erhielt, kraft welcher sie die Regierungsrechte in der Kolonie auszuüben berechtigt wurde.

Die Gründe, aus denen der Reichskanzler im Jahre 1881 das Protektorat ablehnte, lassen sich aus dem allgemeinen System herleiten, das damals für unsere Regierung noch maßgebend war, und das bestand darin, überseeische deutsche Niederlassungen im Interesse nationalen Handels zwar möglichst zu fördern, sie auch nach Maß der deutschen Seekräfte da, wo noch keine geordnete Staatsautorität bestand, zu schützen, aber im übrigen die Ansiedelungen in fernen Meeren nicht durch Aufpflanzung seiner Hoheitszeichen unter den unmittelbaren Schutz des Reiches zu stellen, sondern die Erwerbung der Landeshoheit samt dem Schutze der Deutschen anderen See- und Kolonialmächten, namentlich England zu überlassen. Das ist es, was wir aus dem deutsch-englischen Schriftwechsel über die Fidschi-Inseln erfahren haben. Der Reichskanzler ist in dem Ver-

trauen zu England, in dem Glauben, daß die maritimen Interessen Deutschlands mit denen Englands zusammenfallen, bitter getäuscht worden. Das Verhalten Englands gegen die Deutschen in seinen Kolonien ist es, das uns eine eigene Kolonialpolitik aufgedrängt hat. Der Schutz, den Fürst Bismarck für deutsche Niederlassungen bei den englischen Kolonialbehörden suchte, hat sich nicht bewährt, das Gegenteil ist eingetreten. Als England im Jahre 1874 die Fidschi-Inseln annektierte und der deutsche Konsul Sahl in Sydney seine Befürchtung wegen Beeinträchtigung deutscher Handelsinteressen in einem Schreiben an den Reichskanzler aussprach, erwiderte ihm dieser: er teile eine solche Besorgnis nicht, im Gegenteile sei von der englischen Herrschaft ein günstiger Einfluß auf die Lage der Fremden zu erwarten. Welches Vertrauen! Die Erfahrungen haben es nicht gerechtfertigt. Sie haben uns dahin geführt, in Angra-Pequena und anderswo in Westafrika nicht abermals den Versuch zu machen, deutsches Eigentum unter den Schutz englischer Behörden zu stellen, wie es in der Südsee versucht worden war, wir haben endlich zugreifen und das deutsche Banner aufpflanzen müssen. Erst jetzt nach der Lektüre des Weißbuchs über die Fidschi-Inseln verstehen wir die Methode des Vorgehens an der westafrikanischen Küste. Man muß in der That erst den Schriftwechsel über Fidschi lesen, ehe man denjenigen über Angra Pequena und Kamerun liest, um den Schlüssel zum Verständnis der Vorgänge an den letztgenannten Punkten zu bekommen. Die in der Südsee mit den Engländern gemachten Erfahrungen gaben der deutschen Regierung den Weg an, den sie anderswo zu betreten hatte.

Noch am 14. April 1883 wandte sich unser auswärtiges Amt an den Gesandten bei den Hansastädten und beauftragte ihn, die Senate dieser Städte darüber zu befragen, wie weit die Beschwerde begründet wäre, daß in den westafrikanischen Kolonien anderer Länder die deutschen Kaufleute eine weniger günstige Stellung hätten, als die Angehörigen der betreffenden Staaten und ob zur Abstellung eines solchen Übelstandes vielleicht durch Verträge mit jenen europäischen Staaten etwas geschehen könne. Hier war also abermals von einer Kolonialpolitik noch nicht die Rede. Der Gedanke daran wurde erst infolge jenes Schreibens von der Bremer Senatskommission und von der Hamburger Handelskammer angeregt. Beide hielten eine selbständige Aktion kolonialpolitischer Tendenz seitens des Reiches, also eine Aktion, die über bloße Verträge hinausginge, für unabweislich, wenn der deutsche Handel nicht

bloß in den Kolonien europäischer Staaten, sondern auch in den Gebieten unabhängiger Negerhäuptlinge einen wirksamen Schutz genießen sollte. Hier begegneten sich die dringenden Ratschläge der Hansastädte mit den Lehren, welche der Versuch der Reichsregierung, in der Südsee den Schutz der Deutschen durch Übereinkommen mit England zu regeln, an die Hand gab. Aber erst nachdem England die Unmöglichkeit erklärt hatte, das Lüderitzsche Unternehmen zu schützen, ging das deutsche Reich daran, nunmehr sein Banner dort selber aufzupflanzen. Das ist der Ursprung unserer Kolonialpolitik, kein Ehrgeiz, kein Machtgelüst, keine Eifersucht hat uns dahin geführt. Sie ist die eigene Frucht der Entwickelung der Verhältnisse.

In der Kommissionssitzung des Reichstags vom 23. Juni 1884 (einer solchen hatte Bismarck seit 1871 nicht beigewohnt), welche eine Dampfschiffahrtsvorlage beriet, sprach sich der Reichskanzler über seine Kolonialpolitik überhaupt aus. Er halte, sagte er, es nicht für richtig, Landstriche, wo wir noch keine Interessen haben, zu occupieren, um dort künstlich eine deutsche Einwanderung hervorzurufen, ein solches Gebiet von deutschen Beamten verwalten zu lassen und dort Garnisonen zu errichten. Für ein solches Kolonialsystem fehle es uns an hierzu geschulten Beamten; dasselbe würde für uns zu teuer sein und würde unsere Marine zu sehr in Anspruch nehmen, deren Entwickelung durch die geringe Ausdehnung der deutschen Küste und die hieraus sich ergebende schwache seemännische Bevölkerung begrenzt werde. Etwas anderes aber sei es, die aus der deutschen Nation gewissermaßen herauswachsenden freien Ansiedelungen von Reichsangehörigen in Gegenden, welche nicht unter der anerkannten Hoheit einer anderen Nation stehen, unter den Schutz des Reiches zu stellen. Er halte es für eine Pflicht des Reiches, den auf diese Art begründeten überseeischen Niederlassungen von Reichsangehörigen nicht nur ihren Faktoreien, sondern auch den von ihnen erworbenen Territorien mit dem Schutze des Reiches zu folgen. Auch hier lasse sich der Nutzen nicht rechnungsmäßig voraussagen, aber man könne ihn auf Grund der von anderen Nationen gemachten Erfahrungen verantworten. In diesem Sinne habe Se. Majestät der Kaiser sich dazu entschlossen, die von Herrn Lüderitz begründete Niederlassung unter den Schutz des Reiches zu stellen. Um von vorneherein die Möglichkeit von Streitigkeiten zu verhüten, habe er — der Reichskanzler — zunächst zu ermitteln versucht, ob der fragliche Küstenstrich irgend einer anderen Nation

gehöre. Es sei aktenmäßig festgestellt worden, daß dies nicht der Fall sei. In amtlichen englischen Dokumenten sei der Oranjefluß als die nördliche Grenze der Kapkolonie bezeichnet worden, und die portugiesischen Besitzungen südlich vom Kongogebiet reichten nicht bis dorthin. Zudem hätten Schutzverträge rheinischer Missionäre schon vor einigen Jahren die Gelegenheit zur Anfrage bei der englischen Regierung geboten, ob sie den im Namaqua- und Hererolande sich aufhaltenden Deutschen Schutz gewähren wolle. Wir hatten die Antwort erhalten, daß England nördlich vom Oranje-Fluß mit einer einzigen Ausnahme der Walfischbai keine Jurisdiktion ausübe und nicht in der Lage sei, in den fraglichen Gebieten Schutz zu gewähren. Trotzdem habe der Reichskanzler der Sicherheit wegen im Dezember v. J. an die englische Regierung eine Note mit der Frage gerichtet, ob England an diesem Küstenstriche Eigentumsrechte besitze oder auf denselben einen Anspruch erhebe, und wenn ja, auf welchen Rechtstitel ein solcher Anspruch begründet würde, sowie eventuell, welche Einrichtungen englischerseits dort beständen, um Schutz zu gewähren. Hierauf sei lange keine Antwort erfolgt, obwohl eine solche aus den Akten über die faktische Ausdehnung des englischen Kolonialbesitzes wohl möglich gewesen wäre. Es sei vielmehr eine Korrespondenz zwischen London und Kapstadt eingeleitet worden, welche dort so aufgefaßt wurde, als wenn wir den Schutz Englands für die deutsche Niederlassung herbeiwünschten. In Kapstadt sei eine Ministerkrisis hinzugekommen und dadurch die dortige Beschlußfassung verzögert worden. Als dieser Hergang hier bekannt geworden, sei es angezeigt erschienen, zur Beseitigung jener irrtümlichen Annahme durch den deutschen Konsul in Kapstadt die dortigen Behörden zu benachrichtigen, daß Herr Lüderitz mit seinen Niederlassungen unter dem Schutze des Reiches stehe. Dies sei die Bedeutung des Telegrammes vom 24. April, welches zugleich auch der englischen Regierung mitgeteilt wurde. Seit einer am Tage zuvor eingelaufenen telegraphischen Nachricht aus London dürfe er die Frage als dahin entschieden ansehen, daß die englische Regierung nicht glaube, auf den fraglichen Küstenstrich einen Rechtsanspruch zu besitzen, und daß auch die Kapregierung infolgedessen die deutsche Erwerbung respektieren werde. Der Reichskanzler konstatierte ferner die vorhandene Absicht, auch andere in ähnlicher Weise entstandene oder entstehende Niederlassungen unter den Schutz des Reiches zu stellen. Die Frage wegen Sicherstellung der deutschen Interessen im Kongogebiete sei insofern etwas verwickelter, als es

sich hierbei um Verhandlungen mit vielen Mächten handle. Der Meinungsaustausch, in den wir hierüber mit anderen Regierungen eingetreten seien, habe ergeben, daß die Ansprüche Portugals auf das untere Kongogebiet nicht anerkannt wurden. Auch sei man im Interesse des Handels nicht geneigt, einer Ausdehnung der portugiesischen Kolonialverwaltung zuzustimmen. Dagegen werde jetzt mit Portugal und den anderen seefahrenden Staaten darüber verhandelt, wie die Kongofrage durch ein gemeinsames Abkommen geregelt werden könne. Die Errichtung neuer Freistaaten am Kongo auf der Grundlage der internationalen afrikanischen Gesellschaft, die er nach ihrem Krystallisationspunkte die belgische nennen will, sei ein Unternehmen, das wir zu unterstützen gedächten, falls es gelänge, die deutschen Interessen vorher durch einen Vertrag sicher zu stellen, welcher uns dort volle Handels- und Verkehrsfreiheit gewähre. Auf diese Weise sei also der Kaiser bestrebt, dem deutschen Handel das weite Gebiet von Zentralafrika zu freier Entfaltung offen zu halten.

Was die Form anbelangt, in welcher der Niederlassung von Angra Pequena der Schutz des Reiches zuteil werden sollte, so schwebe der Regierung vor, derselben einen kaiserlichen Schutzbrief zu erteilen, ähnlich wie solche unter dem Namen „Royal Charter" englischerseits der ostindischen Kompanie und neuerdings der Nordborneo-Gesellschaft gewährt worden seien. Es werde sich daran vielleicht die Errichtung von Kohlenstationen und eine Ausdehnung des Konsularsystems knüpfen. Dieses System könne eventuell auch auf andere Unternehmungen dieser Art an der afrikanischen Küste und in der Südsee angewandt werden. Nachdem der Reichskanzler noch über das Verhalten der englischen Kolonialregierung auf den Fidschi-Inseln und über die australische Kolonialregierung, welche ungemessene Ansprüche auf unabhängige Gebiete in der Südsee erhebe und das Princip proklamiert habe, daß alle von einer etwaigen englischen Besitzergreifung gemachten Landerwerbungen in diesen Gebieten null und nichtig sein würden, sich ausgesprochen hatte, beantwortete er die Frage nach den Mitteln, mit welchen das Reich die deutschen Unternehmungen in fernen Gegenden wirksam schützen könne, dahin, daß hierbei vor allem der Einfluß des Reiches und der Wunsch und das Interesse anderer Mächte, mit demselben in freundschaftlicher Beziehung zu stehen, in Betracht komme. Wenn man im Auslande den festen Willen der deutschen Nation erkenne, jeden Deutschen nach der Devise: civis romanus

sum zu schützen, so werde es nicht schwer fallen, diesen Schutz ohne besondere Kraftanstrengung zu gewähren.

Im Januar 1885 nahm Fürst Bismarck bei der Beratung des Nachtragsetats für den Gouverneur von Kamerun das Wort. Die Debatte begann unter dem Eindruck der Telegramme über einen blutigen Kampf in Kamerun und über die Zumutung der neuseeländischen Kolonialregierung an das englische Kabinett, die Samoainseln zu annektieren. Fürst Bismarck fügte, als er das Wort nahm, noch die weitere Mitteilung hinzu, daß die Eingeborenen die deutsche Occupation aus Neu-Guinea „hinausgeworfen" hätten. Eine Bemerkung des Herrn Windthorst, wonach Deutschland rings von Feinden umgeben sei und darum keine ernstliche Kolonialpolitik soll treiben können, veranlaßte den Kanzler zu einem Blick auf die europäische Stellung des Reiches. Nächst Österreich und Rußland wurden dabei Italien und Spanien als Staaten aufgeführt, mit denen unsere freundschaftlichen Beziehungen intime seien; von Frankreich sagte der Kanzler, daß wir mit diesem Lande seit 1866 nicht in so gutem Verhältnis gestanden wie jetzt. Eine besondere Stellung erhielt in dieser Schilderung der internationalen Lage England angewiesen, auf das Fürst Bismarck wiederholt zurückkam. Die Herbeiführung eines Krieges zwischen Deutschland und England bezeichnete er als einen derartigen Frevel, daß daran nicht zu denken sei, weder unter dem jetzigen, noch unter einem künftigen englischen Kabinett. Es blieb aber nach der Darstellung des Kanzlers kein Zweifel darüber, daß England zu dem Entschluß Deutschlands, an der Herrschaft über das Meer und über die noch uncivilisierten Länder seinen Anteil zu nehmen, erst noch die den beiderseitigen wohlverstandenen Interessen entsprechende Stellung zu finden habe. Mit der ihm eigenen Offenheit sprach der Kanzler es aus, daß Deutschland auch ohne des Herrn Windthorsts Meinung, eine der englischen ebenbürtige Flotte behufs der Durchführung unserer Kolonialpolitik erbauen zu müssen, als Freund und als Gegner für England ins Gewicht fallen würde bei allen internationalen Fragen.

Der siebzigste Geburtstag Bismarcks.

Am 1. April 1885 feierte Fürst Bismarck unter der Teilnahme der Deutschen in allen Weltteilen seinen siebzigsten Geburtstag. Ein Komitee, geführt vom Herzog von Ratibor, überbrachte die Urkunde über Ankauf des Gutes Schönhausen, von dem ein

großer Teil in fremde Hände gekommen war, und ein Kapital von 1200000 Mark zur freien Verfügung des Reichskanzlers. Dieser, welcher die Absicht hatte, die ihm an seinem Jubiläum zum Geschenk dargebrachten Gelder für eine Stiftung zu Gunsten des höheren Lehrerstandes zu verwenden, hatte den Wunsch, einen Gymnasialdirektor zu sprechen, um von diesem die Bedürfnisse des Standes kennen zu lernen. Einer seiner vertrautesten Räte hatte Gymnasialdirektor Schultz in Charlottenburg in Vorschlag gebracht. Am Sonntag, den 3. Mai 1885, vormittags 11 Uhr, wurde derselbe in das Palais beschieden. Nachdem er eingetreten, mußte er an der einen Seite des historischen Schreibtisches in einem Lehnstuhl gerade gegenüber dem des Reichskanzlers Platz nehmen. Zwischen beiden bewegte sich unter dem Schreibtisch Tyras, mehrfach den Besucher streifend. Nach einigen Fragen über das Charlottenburger Gymnasium, die Zahl der Schüler, der Abiturienten u. s. w. begann die Unterredung:

Fürst Bismarck: Wie Sie wissen, habe ich zu meinem Jubiläum eine Summe erhalten, die ich zu einer Stiftung verwenden soll. Um damit dem Handwerkerstand, für den sie zu verwenden wohl gewünscht worden ist, wirklich zu nützen, dazu ist sie zu klein. Die Grundlage ist hier zu breit. Die Unterstützung einzelner würde nur den Neid anderer Kreise hervorrufen. Die soziale Pyramide verjüngt sich nach oben. In dem kleineren Kreise der höheren Stände ließe sich mit einer kleineren Summe schon eher etwas Wirksames leisten. Ich habe daher an die Universitäten gedacht. Hier nun sind die Theologen bereits mit Stipendien bedacht, bei den Juristen und Medizinern müßte man eher eine Strafe darauf setzen, wenn jemand diese Fächer wählt; denn deren sind nur allzuviel. Dagegen scheint mir der höhere Lehrerstand ein solcher zu sein, dem eine solche Zuwendung wohl zu wünschen wäre. Er hat nach längerem Studium und bei angestrengter Arbeit ein verhältnismäßig geringes Einkommen. Was denken Sie darüber? Wie lange studiert ein junger Mann Ihres Faches? Wann kommt er zu Brot?

Sch.: Gewiß würde Durchlaucht durch eine Stiftung für die Studierenden eine Lücke ausfüllen; es existieren nur sehr wenig Stipendien und Nutzen ließe sich ja unstreitig durch sie schaffen. Allein wir bemerken bei den Theologen, die doch reich mit Stipendien bedacht sind, daß so manche durch letztere verlockt, das Fach ohne wirklichen inneren Beruf wählen. Es heißt auch hier: „Viele

sind berufen, und wenige sind auserwählt!" Jetzt gerade wenden sich bei der Überfüllung der übrigen Fächer viele unserem Fache zu, so daß man bereits von Überproduktion reden darf. Der junge Mann hat 4 Jahre; ich selbst habe 5 Jahre studiert. Alsdann kommt das Examen, welches auch noch eine Zeit hinnimmt, endlich das Probejahr, welches ohne jedes Entgelt abzuleisten ist. Nun folgen aber jetzt bei der Überfüllung mit Kandidaten Jahre, in denen der Aspirant ganz brach liegt. An meiner Anstalt sind soeben zwei Kandidaten als Hilfslehrer eingetreten, die bereits 31 Jahre alt sind. Jahre werden vielleicht noch vergehen, ehe sie wirklich angestellt werden.

Fürst Bismarck: Wir können also etwa annehmen, daß im Durchschnitt der junge Mann nach vierjährigem Studium sein Examen vollendet hat. Wie alt ist er dann wohl?

Sch.: Etwa 23—24 Jahre.

Fürst Bismarck: Und können wir im Durchschnitt annehmen, daß er mit 30 Jahren fest angestellt ist?

Sch.: Im Durchschnitt dürfte dies wohl stimmen.

Fürst Bismarck: Was erhält nun so ein junger Lehrer und wovon kann er leben?

Sch.: Der Hilfslehrer erhält in der Provinz 1500 Mark. Der unterste ordentliche Lehrer 1800 und den bezüglichen Wohnungsgeldzuschuß. Von 1500 Mark kann jemand nur kärglich, von letzterem Gehalt ein Unverheirateter gut leben.

Fürst Bismarck: An manchen Orten ist es aber doch billiger. Z. B. ist vielleicht Charlottenburg schon billiger als Berlin?

Sch.: Nein, Durchlaucht, das ist nicht der Fall. Charlottenburg ist im ganzen teurer als Berlin.

Fürst Bismarck: Das begreife ich auch. Aber es bewirbt sich z. B. hier ein junger Mann um ein Stipendium in Göttingen, welches nur 160 Thaler beträgt. Dies würde doch mithin immer als Zubuße etwas von Bedeutung für ihn sein?

Sch.: Gewiß Durchlaucht. Aber es wäre eben nur ein Beitrag.

Fürst Bismarck: Da Sie sagen, es herrscht Überproduktion, so scheint es Ihnen also geratener, den angehenden Lehrer lieber in einer späteren Zeit zu unterstützen?

Sch.: Ich kann nicht behaupten, daß nicht auch durch Universitätsstipendien Nutzen geschafft werden könne. Aber der Philologe hilft sich durch die Jahre des Studiums in vielen Fällen leichter

durch, als andere; er kann Lektionen erteilen, ohne daß er von seinem Fach wesentlich abgeführt wird. Die Kollegiengelder werden gestundet. Für die Jahre des Studiums schaffen auch die Eltern meist, wenn auch die ärmeren in notdürftiger Weise, Rat, nachher aber gebrichts.

Fürst Bismarck: Also es herrscht jetzt Überproduktion. Diese würde ich durch Stipendien nicht noch fördern wollen. Worin zeigt sich diese?

Sch.: Ein Erlaß des Ministeriums ordnet an, daß Kandidaten unmittelbar nach dem Probejahr nur dann gegen Remuneration beschäftigt werden sollen, wenn ältere nicht vorhanden sind, da wenigstens für die meisten Zweige Überfüllung vorhanden sei. Jedenfalls ist in der Provinz Brandenburg die Überfüllung eine bedeutende. Ein Aufsatz des Unterstaatssekretärs a. D. Herzog „Verkehr und Kultur", führt den Gedanken aus, daß bei unsern Verkehrsmitteln Ware von da, wo sie in Überfluß vorhanden sind, auf den Markt geworfen werden, wo Mangel herrscht. Ich glaube, dies auch auf das Menschenmaterial anwenden zu dürfen. Wenn etwa Mangel in andern Provinzen oder sonst im deutschen Reich vorhanden wäre, so würden auch geeignete Kräfte von hier dorthin ziehen.

Fürst Bismarck: Also bedenken wir nicht die, welche erst Lehrer werden wollen, sondern die (mit der klassischen Bewegung beider Arme in senkrechter Richtung nach unten), die schon einmal „damit gestraft" sind! Machen wir § 1: „Die Stiftung kommt denen zu gut, die bereits die Prüfung absolviert haben, bis zu ihrer Anstellung".

Sch.: Das wäre eine vortreffliche Idee, Durchlaucht.

Fürst Bismarck: Ja, das ist aber nicht meine, sondern Ihre Idee. Ich denke allerdings Ihrem Stande die Stiftung zu gute kommen zu lassen (und hierbei trat ein Zug von Wohlwollen und Güte auf dem Gesicht des Fürsten hervor, der ihn überaus kleidete). Ich meine, in seiner Hand liegt die Zukunft unseres geistigen Wohles. Wie denken Sie eventuell über die Verwendung zu Gunsten der Erziehung von Waisen höherer Lehrer?

Sch.: Durchlaucht, gewiß ist auch hier ein Notstand vorhanden, und ließe sich nicht sagen, daß die Gelder der Stiftung, in solcher Weise angelegt, nicht Segen bringen sollten. Ich verlor vor einem Jahr auf einer Reise in Griechenland einen Freund und Standesgenossen. Er hinterließ vier unmündige Kinder, deren Vormund

ich jetzt bin. Für diese ist allerdings nichts geschehen, aber ich bin überzeugt, daß die Stadt Berlin, bei der der Verstorbene eine Anstellung hatte, voll ihre Schuldigkeit gethan hätte, wie dies in anderen Fällen geschehen ist, wenn nicht die Großmutter eine wohlhabende Frau wäre. Auch der Staat thut wohl etwas für die Waisen, aber freilich könnte hier noch viel geschehen. In welcher Weise aber auch Durchlaucht die Stiftung verwenden würde, immer würde es dazu beitragen, die Liebe und Verehrung, die unser Stand in hervorragender Weise Ew. Durchlaucht entgegenbringt, zu steigern und zu vermehren.

Fürst Bismarck: Der Politiker ist ein undankbarer Mensch; er will nicht erst in später Zeit die Früchte sehen, wie dies hier der Fall wäre. Bei einem jungen Lehrer könnte er schon eher die Frucht aufgehen sehen. Wie denken Sie, daß die Gelder am besten zum Nutzen des Standes verwendet würden?

Sch.: Durchlaucht, unser Stand läuft leichter als andere Gefahr, einseitig zu werden. Nicht selten ist der Lehrer entweder nur Gelehrter oder nur Lehrer. Er soll aber zugleich auch Mensch und Charakter sein, um ein rechtes Vorbild abgeben zu können. Erweiterung der Peripherie durch Anschauung kann hierzu wesentlich beitragen.

Fürst Bismarck: Sie meinen, er soll ins Ausland gehen?

Sch.: Das ist gewiß sehr schön, aber auch selbst der Wechsel der Heimstätte innerhalb Deutschlands würde nicht unfruchtbar sein und selbst die Anschauung des Lehrbetriebes anderer Gymnasien würde nicht unerheblichen Nutzen stiften. Der Süddeutsche würde ebensogut von norddeutscher Straffheit profitieren können, wie der Norddeutsche von der größeren Leichtlebigkeit der Süddeutschen. Der Rhein hat andere Traditionen als die Provinz Brandenburg. Eine größere geistige Annäherung der einzelnen Landesteile Deutschlands würde gewiß Frucht bringen.

Fürst Bismarck: Das ist eine ausgezeichnete politische Idee, und ich bin nicht abgeneigt, einen dahin gehenden Paragraphen in das Statut aufzunehmen. Wir wollen einmal den Fall setzen, um das Extremste zu wählen, ein Rheinländer würde in die polnischen Provinzen auf einige Zeit gesendet, und umgekehrt: das würde immerhin von Bedeutung sein. Doch ist dies mehr eine Idee, deren Verfolgung der Kultusminister sich angelegen sein lassen kann. Ich habe jährlich etwa über 40 000 Mark zu gebieten. Wenn ich jedem Kandidaten 1000 Mark gäbe, so könnten 40

junge Leute damit ausgestattet werden; gäbe ich weniger, so würden mehrere davon betroffen werden.

Sch.: 1000 Mark wären allerdings für einen jungen Mann eine erhebliche Zubuße. Das übrige für seinen Lebensunterhalt böten ihm dann entweder die eigenen Mittel, oder ein Nebenerwerb. Immerhin könnte er ohne drückende Sorgen einen großen Teil seiner Zeit der Fortbildung in Wissenschaft und Praxis widmen. In Italien lebt es sich sogar billiger, als hier; die Gelder der Stiftung würden manchem entweder von Haus nicht ganz Unbemittelten, oder einem solchen, der sich schon etwas erworben hat, den Aufenthalt dort eine Zeit lang ermöglichen, und ein Hauch aus dem Süden wirkt reinigend und belebend auf die schwüle Schulatmosphäre. Auch in Paris habe ich sehr billig gelebt und ein Aufenthalt dort trägt auch gewiß sehr zur Erweiterung der Perspektive bei. Aber auch in Deutschland würde ein Stipendiat unter Wechsel des Aufenthalts für seine Fortbildung viel gewinnen können. Auch schon bei geringerer Dotation würde manchem geholfen sein. Das wäre eher eine Sache, die individuell zu behandeln wäre.

Fürst Bismarck: Es ist viel Schreibwesen mit der Verteilung solcher Stipendien verbunden. Ich will nur anführen, daß ich zu meinem Jubiläum nicht weniger als 1400 Bittgesuche erhalten habe, und als ich die Dotation erhielt, sollte ich nicht weniger als $9^1/_2$ Millionen Thaler Darlehen geben. Allerdings würden ja die Petenten hier den gebildeten Ständen angehören, dennoch würden eine Menge Gesuche zu beantworten sein.

Sch.: Durchlaucht würden doch ohne Zweifel ein Kuratorium einsetzen. Dessen Mitglieder würden es sich gewiß zur Ehre schätzen, die Korrespondenz zu führen.

Fürst Bismarck: Aber wie wäre die Wahl der Personen zu treffen?

Sch.: Ich meine, amtliche Organe müßten berichten und für die Provinzial-Schulkollegien wäre es sogar ein Hebel, das Streben zu fördern, wenn ihnen, und sei es auch nur indirekt, eine Mitwirkung bei der Besetzung gewährt würde.

Fürst Bismarck: Ich halte nur nicht viel von amtlichen Berichten.

Sch.: Allerdings muß man ja überall mit der menschlichen Schwäche rechnen; indessen muß der Weg doch immer durch Männer der Erfahrung gehen und wenn auch manche Auskunft über einen

jungen Mann vielleicht aus dem Streben, nicht zu schaden, zu milde abgefaßt wird, andererseits vielleicht auch zu strenge, so liest doch ein Menschenkenner auch zwischen den Zeilen.

Fürst Bismarck: Ich wünsche, daß die Gewährung der Willkür entzogen werde, würde daher bestimmen, daß das einmal verliehene Stipendium nur entzogen werden dürfe, im Fall sich jemand etwas zu schulden kommen läßt, er also entweder ein Trinker, Spieler oder — Sozialdemokrat wird.

Sch.: Das würde eine sehr gerechte und gütige Bestimmung sein.

Fürst Bismarck: Aus welchen Ständen gehen denn die Lehrer hauptsächlich hervor? Wohl aus den Lehrerkreisen selber?

Sch.: Das geschieht wohl; aber es sind auch sonst noch viele Stände, die ein Kontingent liefern. So mancher wird durch das Ideale des Berufes angezogen, mancher Ärmere dadurch, daß er glaubt, sich als Lehrer am schnellsten etwas verdienen zu können. Nicht selten sind es Söhne von Geistlichen, die diesen Berufszweig wählen, wie es bei mir der Fall ist; der Vater eines Gymnasialdirektors war Oberkirchenratspräsident; auch sonst sind Beispiele solcher, die aus höheren gelehrten Ständen stammen, nicht ganz selten. Aber auch der kleine Beamte sieht nur ungern seinen Sohn Philologie studieren, und so geht es hinab bis zum Gewerbetreibenden, ja, bis zum Schuhmacher und Schneider, und das sind keineswegs immer die schlechtesten, die aus solchen Ständen hervorgehen. Letztere setzen häufig eine Ehre darin, den Sohn als „Studierten“ zu erblicken. Mag er nicht Theologie studieren, so wählt er die Philologie. Vielleicht hat er schon auf der Schule Stunden gegeben. Diese Beschäftigung setzt er auf der Universität fort und so kommt er mit einiger Beihilfe der Eltern durch.

Fürst Bismarck: Welches Fach betreiben Sie?

Sch.: Ich bin von der griechischen Litteratur ausgegangen, habe mich aber in späterer Zeit unter Einwirkung amtlicher Verhältnisse besonders mit Deutsch oder Geschichte beschäftigt. Meine ursprüngliche Neigung führte mich zur Musik. Einige Tonwerke, darunter eine Musik zu einem griechischen Drama rühren von mir her, auch habe ich einiges über Ästhetik der Tonkunst veröffentlicht.

Fürst Bismarck: Das ist ja der reine „Ritt ins romantische Land!“ Fühlen Sie sich in dieser Beschäftigung wohl?

Sch.: Ich habe vielleicht eine der idealsten Stellungen im ganzen preußischen Staat. In der Nähe der Hauptstadt habe ich doch ländliche Umgebung, ein tüchtiges, zu mir stehendes Kollegium

und anständige Schüler. Ich suche meine Stunden zu einem Kunstwerk im kleinen zu gestalten, und wenn mir dies gelingt, so habe ich eine Stimmung, die ich mit Goethe eine „olympische“ nennen möchte.

Fürst Bismarck: Das ist prächtig! Wir Politiker (dies sprach er wieder mit jener oben bezeichneten klassischen Armbewegung) ärgern uns immer.

Nachdem der Fürst sich noch nach der Lage des königlichen Gymnasiums in Charlottenburg erkundigt und mit Freude erfahren hatte, daß das Gebäude desselben die alte „Kauersche Anstalt“ sei, die er von Jugend auf kenne, entließ er seinen Besuch unter Händedruck mit den Worten:

„Leben Sie wohl, ich danke Ihnen. Wenn das Statut entworfen ist, werde ich mir auch einmal Ihren Rat erbitten.“

Wie dem Herrn Gymnasialdirektor Schulz später berichtet wurde, äußerte sich der Fürst über diese Unterredung zu seinem vertrauten Rat: er habe sich gefreut, einen Menschen kennen zu lernen, der mit seinem Lose zufrieden sei, einen „glücklichen“ Menschen! Insbesonders habe ihm seine „olympische“ Stimmung imponiert.

Am 15. Januar 1886 gelangte im Herrenhause folgendes Schreiben des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck zur Verlesung:

„Durchlauchtigster Herzog! Aus den Spenden, welche Ew. Durchlaucht im Auftrage eines Komitees aus Anlaß meines 70jährigen Geburtstages und meines Dienstjubiläums behufs Begründung einer Stiftung mir zur Verfügung gestellt, habe ich in Anknüpfung an das andere mir gewährte Nationalgeschenk die ‚Schönhauser Stiftung‘ begründet, deren in der Anlage ergebenst beigefügtes Statut durch die abschriftlich ebenmäßig beigeschlossene Allerhöchste Kabinettsordre vom 8. August v. J. die landesherrliche Genehmigung und die Rechte einer juristischen Person erhalten. — Wie Ew. Durchlaucht geneigtest dem Inhalt dieses Schreibens entnehmen wollen, sind die Einkünfte der Stiftung zur Unterstützung für Beflissene des höheren Lehrfaches bestimmt. Maßgebend für diese Bestimmung war für mich der Gedanke, daß die Stiftung, deren Mittel im ganzen Reiche aufgebracht sind, auch in ihrer Wirkung in gleichem Umfange sichtbar gemacht werden müßte. Aus dieser Erwägung verbot sich eine Zuwendung zu Gunsten der Arbeiter, weil eine solche nur einzelnen Landesteilen zu gute hätte kommen können. Eine Verwendung zu Gunsten der Theologen fand in der Verschiedenheit der Konfession ein Hindernis. Dagegen be-

darf das höhere Lehrfach auch noch deshalb einer besonderen Unterstützung, weil es die Pflegestätte des nationalen Gedankens bildet und in seiner idealen Gesinnung, ohne welche der Lehrerstand seinem mühevollen und selten einträglichen Berufe nicht würde treu bleiben können, ein sittliches Gegengewicht zu dem Materialismus der Zeit darstellt. Die Erhaltung und Pflege dieser Gesinnung bei der Jugend liegt in den Händen der Lehrer und ist für unsere nationale Entwickelung von hoher Bedeutung. — Von besonderer Wichtigkeit ist es für mich, die staatliche Aufsicht über die Stiftung einer Stelle anvertraut zu wissen, an welcher ich einen festen Anhalt für die Pflege nationaler Gesinnung, unabhängig von dem wechselnden Einfluß der Parteien für die Zukunft erhoffen darf. Ohne nähere Bestimmung würde diese staatliche Aufsicht Behörden zufallen, welche in ihrer politischen Zusammensetzung und Gesinnung dem Wechsel unterworfen sind und von Änderungen im System der Regierung beeinflußt werden. Bei dem jeweiligen Präsidenten des Herrenhauses darf ich mehr als bei anderen Stellen Unabhängigkeit von den wechselnden politischen Strömungen voraussetzen. Die Berechtigung Sr. Majestät zur Bestellung desselben als Aufsichtsorgan hat in der Kabinettsordre, welche das Statut bestätigt hat, ihren bestimmten Ausdruck gefunden. Wenn ich mich der Hoffnung hingeben darf, daß Ew. Durchlaucht meiner Auffassung im wesentlichen beipflichten, so bin ich sicher, daß bei Hochdemselben meine Bitte, die durch das Statut übertragene Aufsicht als derzeitiger erster Präsident des Herrenhauses übernehmen zu wollen, eine geneigte Zustimmung finden wird. Ich bitte zugleich meinen Vorschlag als ein Zeichen meiner ganz besonderen Verehrung aufzufassen, mit welcher ich bin Euer Durchlaucht ergebenster Diener

(gez. Fürst v. Bismarck.)

Präsident Herzog v. Ratibor fügte hinzu, daß er die ihm durch das Statut überwiesene Aufsicht über die „Schönhauser Stiftung“ übernommen habe. Das Haus erklärte sich damit einverstanden und schloß sich auch den Bestimmungen des Statuts an, daß der jedesmalige Präsident des Herrenhauses die Aufsicht über die „Schönhauser Stiftung“ führt.

Warum Fürst Bismarck entlassen wurde.

Man könnte eine Geschichte der Entlassungsgesuche Bismarcks schreiben. Daß darin Konflikte mit den Nationalliberalen eine Hauptrolle spielen, dürfte auffallend erscheinen. Bismarck soll einmal in dem Gespräch mit einem Abgeordneten (1877), in welchem von Lasker die Rede war, gesagt haben: „Die schlimmsten Krisen hat

gerade er herbeigeführt, und wenn dann der Wagen in dem Dreck stak, dann wurde Bennigsen vorgespannt. Der mußte zur Krise den versöhnenden Epilog sprechen, und die Sache war wieder gut. So ist es gegangen seit dem konstituierenden norddeutschen Reichstage, als an der Diätenfrage die Neugestaltung des deutschen Reiches zu scheitern drohte. Ich gestehe, ich habe noch nie einen Demissionsgedanken gehabt, zu dem nicht Lasker den ersten Anlaß gegeben hätte."

„Als ich nach dem letzten Kriege den kostbaren Frankfurter Frieden heimtrug und Elsaß-Lothringen als Angebinde dem Reichstage darbrachte, da — ich muß an Percy denken — ‚Ich, den die kaltgewordenen Wunden schmerzten und nun gereizt von einem Papagei' — Sehen Sie, damals schon wollte mir Lasker vorschreiben, wie Elsaß-Lothringen zu regieren sei. Ich hatte es erworben, ich verlangte Vollmacht, Lasker antwortete mir mit einem Mißtrauensvotum, mit der Erklärung an die Elsässer: Wir schicken euch diesen Kanzler, aber leiht ihm kein Geld, wir stehen nicht gut für ihn, er ist ein leichtfertiger Schuldenmacher. Das habe ich mir alles von Lasker sagen lassen müssen, ich ‚der erschöpft von Mut und äußerster Erregung, matt, atemlos mich lehnte auf mein Schwert.'"

„Soll ich Sie erst noch an Majunke's Verhaftung erinnern? Ich werde den Tag nicht vergessen, wo Lasker, der Jurist, zwei Stunden lang eine Maßregel des Berliner Stadtgerichts bekrittelte und einem Paragraphen der Verfassung, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, eine Interpretation gab, wie sie eben nur bei einem Juristen möglich ist. Doch davon will ich ganz schweigen. Lasker ist kein Politiker. Sonst hätte er den Ultramontanen nicht damals den Triumph bereiten können. Sie glauben nicht, was ich während der zwei Stunden — so lange sprach er in der That — ausgehalten habe. Ich habe mir ein Aktenstück vorgenommen und meine Feder darauf zerstoßen, ich hätte immer fortlaufen mögen, bin auch in der That gleich nach Schluß der Rede fortgelaufen, direkt zum Kaiser hin, habe meine Demission gegeben. Und was sagte am andern Tage die Germania? ‚Damit — nämlich mit der Annahme des Lasker-Hoverbeckschen Antrages — war die Verhaftung Majunke's als die Würde des Reichstages verletzend, verurteilt, und da der Reichskanzler die Inkarnation der Regierung ist, so hatte Bismarck am schneeigen Wintertag vor Majunke und dem Schlosse in Plötzensee ein erstes Canossa gefunden." —

Sehen Sie, das hat mir der ‚treueste Knappe‘, wie Sie sagen, die ‚sicherste Stütze im Reichstage‘ angethan. Nachher kam denn das übliche Vertrauensvotum. Herr von Bennigsen übernahm die bekannte Rolle, ich blieb.“

Fürst Bismarck soll dann noch von dem „Canossa“ gesprochen haben, das Lasker ihm bereiten wollte, indem er eben erst wieder zu Umkehr und Einlenken der Regierung gegenüber den Ultramontanen ermahnt habe; auch habe er mit ihnen in der Frage des Sitzes des Reichsgerichts denselben Strang gezogen.

Ein „partielles Abschiedsgesuch“ hatte Fürst Bismarck schon im Dezember 1872 eingereicht und auch durchgesetzt. Er legte den Vorsitz des preußischen Staatsministeriums nieder, den Kriegsminister von Roon übernahm. Von Varzin schrieb Bismarck unter dem 13. Dezember an diesen:

„Auf Ihren amtlichen Brief vom 10. antworte ich jetzt nicht, sondern melde Ihnen nur, daß ich morgen in Berlin einzutreffen hoffe. Ich reise, nicht weil ich mich gesund fühle, sondern weil ich für Pflicht halte, die Situation mit Sr. Majestät und mit Ihnen mündlich zu besprechen. Mein Gefühl sagt mir seit Monaten, daß ich die alte Gesundheit nicht wieder erlange und also auch den alten Geschäftskreis nicht wieder übernehmen kann. Solange der König es befiehlt, will ich ihm als auswärtiger Minister gern weiter dienen, da ich die mehr als zwanzigjährige Erfahrung in der europäischen Politik und das Vertrauen fremder Höfe nicht auf einen anderen übertragen kann. Aber die auswärtigen Angelegenheiten der stärksten Großmacht nehmen einen vollen Mannesdienst in Anspruch, und es ist eine unerhörte Anomalie, daß der auswärtige Minister eines großen Reiches daneben die Verantwortung für die innere Politik tragen soll. Mein Gewerbe ist ein solches, in dem man viele Feinde gewinnt, aber keine neuen Freunde, sondern die alten verliert, wenn man es 10 Jahre lang ehrlich und furchtlos betreibt . . . Das muß ich tragen, wenn ich auswärtiger Minister bleiben und der König mich noch schneller aufreiben will, als ich ohnehin zu Grunde gehe. Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die . . . Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage. In meinen Jahren und mit der Überzeugung, nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde und Verbindungen etwas, für diese Welt, Entmutigendes, was bis zur Lähmung geht, wenn die Sorge um meine Frau dazu tritt, wie das seit Monaten verstärkt wiederkehrt. Meine Federn sind durch Überspannung erlahmt, der König, als Reiter

im Sattel, weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zu Schanden geritten hat; die Faulen halten länger aus, aber ultra posse nemo obligatur. Ich glaubte es noch einige Monate bis zu mündlicher Besprechung hinhalten zu können. Aber Ihr Brief vom 10., lieber Roon, hat meinen Entschluß zur Reife gebracht. Ich kann des Königs preußischer Ministerpräsident nicht bleiben; will Se. Majestät mich als Reichskanzler und auswärtigen Minister behalten, so will ich versuchen, diesen Zweig weiter zu besorgen. Die Verantwortung für Kollegen, auf die ich nur bittweise Einfluß habe, und die Verantwortung für solche Ansichten und Willensmeinungen Sr. Majestät, die ich nicht teilen kann, vermag ich in meiner deprimierten Gemütsverfassung nicht mehr durchzufechten. Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig und die .... Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen. Mit den Konservativen ist nichts zu machen, sie folgen den ‚Rednern' wie K. und den Intriganten wie N., gegen sie mag ich nicht. Der König muß also m. E. neue, im Parteiwesen nicht verbrauchte Leute an die Spitze bringen und mich in Frieden auf mein diplomatisches Altenteil, oder gänzlich ziehen lassen. In diesem Sinne werde ich übermorgen mein partielles Abschiedsgesuch Sr. Majestät vortragen. Das Zeugnis gegen das Ministerium, welches in Ihrem Abschiedsgesuch liegt, hat meinen seit Monaten keimenden Entschluß schnell gereift. Wir werden, wenn Gott uns Leben giebt, uns der großen Zeit, die wir gemeinsam durcharbeiteten, als alte Freunde gern erinnern, und behäbigeren Nachfolgern mit weniger aufreibendem Diensteifer wohlwollend nachblicken. In herzlicher und unwandelbarer Freundschaft Ihr

v. B.

Schon nach einem Jahre übernahm Fürst Bismarck den Vorsitz des preußischen Staatsministeriums wieder. Er sagte darüber später einmal: „Ganz gewiß habe ich den Haupteinfluß, der mir zu üben bestimmt ist, nicht in der kaiserlichen Macht, sondern in der königlich preußischen Macht gefunden. Ich habe das Andere versucht, habe einige Zeit aufgehört, preußischer Ministerpräsident zu sein und habe gedacht, daß ich als Reichskanzler stark genug sei (das Jahr 1873 hindurch war der Kriegsminister von Roon Präsident des preußischen Ministeriums). Ich habe mich aber darin vollständig getäuscht. Nach einem Jahre bin ich reuevoll wiedergekommen und habe gesagt: „entweder will ich ganz abgehen, oder ich will im preußischen Ministerium wieder das Präsidium haben."

Was zu dem Entlassungsgesuche des Fürsten im Jahre 1877 führte, ist oben gezeigt worden. Durch das Stellvertretungsgesetz vom 20. März 1878 erhielt Bismarck einen Vertreter für seine ganze amtliche Thätigkeit in der Person des Grafen Stolberg, des Vicepräsidenten des deutschen Ministeriums, ebenso für die einzelnen Departements noch besondere Vertreter. Das Jahr 1880 brachte einen Konflikt Bismarcks mit dem Bundesrat, der wieder zu einer Kanzlerkrise führte. Dieses Mal soll Kaiser Wilhelm I. gesagt haben: „Ich verbitte mir jede weitere Kanzlerkrise.“ Es ist das aber eine Lüge der Gegner Bismarcks. Das Abschiedsgesuch des Kanzlers war allerdings sehr kühl und einfach erledigt worden, und zwar aus dem Grunde, weil sowohl die Einreichung des Gesuches wie seine Erledigung vorher zwischen beiden verabredet worden war. Das Gesuch bildete in diesem Fall die Form, in welcher der Kaiser einem Bundesratsbeschluß widersprach, mit welchem Se. Majestät nicht einverstanden war. Der Kaiser hat bekanntlich in der Reichsverfassung kein ausgesprochenes Veto; er kann aber ein solches bis zu einem gewissen Grade faktisch üben, wenn er erklärt, keinen Kanzler zu finden, der zur Gegenzeichnung der Veröffentlichung bereit sei. Dieser Fall lag vor und der betreffende Bundesratsbeschluß blieb ohne amtliche Folgen. Nach dieser Aufklärung erscheint der nach der Entlassung Bismarcks gewissen Blättern aufgebundene Bär in seiner ganzen Lächerlichkeit. Es fällt damit die Bezugnahme auf die zwischen Fürst Bismarck einerseits, v. Stosch und v. Schleinitz andererseits angedeuteten Feindschaften, welche bei dieser Angelegenheit mitgespielt haben sollen, in sich zusammen. Das Ganze war ein politischer Schachzug von Kaiser und Kanzler, die dabei in völliger Übereinstimmung einem beiden unwillkommenen Bundesratsbeschluß erfolgreich entgegentraten.

In demselben Jahre hatte Fürst Bismarck wieder einen Konflikt mit den Nationalliberalen, die, von Delbrück geführt, die dem Reichstag vorliegende revidierte Elbschiffahrtsakte bekämpften, wobei der Reichskanzler auf das allgemeine Verhalten der Parteien zu einander und der Reichspolitik zu sprechen kam.

„Ich habe nunmehr, sagte er (am 8. Mai) den Kampf für die deutsche Einheit seit 30 Jahren geführt, es sind nahezu 30 Jahre, daß ich am Bundestag zuerst dafür eingetreten bin, es sind 18 Jahre, daß ich in einer Stellung bin, in der ich mit einem französischen Historiker, den ich vor einiger Zeit in einer schlaflosen Nacht las, wohl sagen kann — er spricht von einem Staatsmann, dem man mehr

Verdienst zuschrieb als ich für mich in Anspruch nehme —: ‚Il devait succomber au poids des haines inassouvies qui s'accumulent sur la tête de tout ministre qui reste trop longtemps au pouvoir.‘ (Er mußte dem Gewichte des unersättlichen Hasses unterliegen, das sich über dem Haupt jedes Ministers häuft, der zu lange im Amte bleibt.) Ich fürchte, daß ich nach 18 Jahren längst in dieser Lage war, ich hatte alle Parteien wechselnd zu bekämpfen, gegen jede hatte ich heftigen Strauß zu kämpfen, davon kommen ‚les haines inassouvies‘, von denen der französische Historiker spricht. Nun, ich bin nicht mehr jung, ich habe gelebt und geliebt, gefochten auch und ich habe keine Abneigung mehr gegen ein ruhiges Leben. Das Einzige, was mich in meiner Stellung hält, ist der Wille des Kaisers, den ich in seinem hohen Alter gegen seinen Willen nicht habe verlassen können; versucht habe ich es mehrmals. Aber ich kann Ihnen sagen, ich bin müde, todmüde, und namentlich, wenn ich erwäge, gegen was für Hindernisse ich kämpfen muß, wenn ich für das Deutsche Reich, für die deutsche Nation, für ihre Einigkeit eintreten will. Ich will das nicht charakterisieren, ich würde den Gleichmut verlieren, aber ich möchte die Parteien darauf aufmerksam machen. Ich muß, wenn ich dem Kaiser vorschlage, die Last, die ich nicht zu tragen vermag, in andere Hände zu geben, doch Vorschläge machen; ich bin auch überzeugt, daß Seine Majestät nach dem langen Vertrauen, was mir geschenkt worden ist, auf diese Vorschläge einige Rücksicht nehmen wird. Nun, wenn ich sehe, daß die Macht des Centrums unüberwindlich ist, daß die Zerrissenheit aller übrigen Deutschen die gleiche bleibt, so muß ich in meinem Interesse für den inneren Frieden, wenn ich zurücktrete, Sr. Majestät vorschlagen, das Kabinett, was mir nachfolgen wird, in einer Sphäre zu suchen, der es möglich sein wird, die Wünsche des Centrums und der konservativen Parteien mit einander zu vereinen. Ich habe nicht die Hoffnung, daß, weil ich mich dem System, wie es das Centrum vertritt, nicht unterwerfen kann, und glaube nicht, daß mit den Ansprüchen, die die Herren vertreten, der Friede in Preußen dauernd zu finden sein wird, wenn sie die Ansprüche nicht modifizieren — ich will es ihnen wünschen, mir ist es ziemlich einerlei, ob nach mir „Fortschritt und Freihandel" meinen Nachfolger auf den Weg nach Kanossa drängen, ich kann es aushalten, so gut wie andere — der andere Weg ist nur dann möglich, wenn alle diejenigen, die mit den Bestrebungen der Centrumspartei nicht einverstanden sind, ihrerseits geringere Streitigkeiten, die die Erhaltung und Fortbildung des Reichs betreffen, so lange ruhen lassen — kurz, wenn die ganzen liberalen Parteien sich dazu entschließen können, dem Centrum die Heeresfolge absolut und für immer zu versagen. Können sie das nicht, dann sind meine Voraussichten trübe, können sie das, so will ich meine letzten Kräfte dem Streben dazu widmen, aber ich kann (außer

Amte) jeden Mißerfolg so ruhig mit ansehen, wie irgend einer von Ihnen ..... so ruhig (als Kanzler) zusehen, daß das Deutsche Reich, das ich mit Aufwand meiner Lebenskraft habe begründen helfen, zurückgeht, das vermag ich nicht. In meinem Alter wird man aber ruhiger und stiller; ich habe Bedürfnis nach beschaulicher Einsamkeit. Dann richten Sie sich das Reich ein, wie Sie wollen, aber verlangen Sie meine Mitwirkung nicht, wenn jeder sich für berechtigt und berufen hält, die Grundlagen des Reichs in Frage zu stellen."

Im Januar 1881 erklärte Bismarck in einer Rede über Steuerwesen:

„Ich bin auf recht lange parlamentarische Kämpfe, länger als mein Leben dauern wird, in dieser Frage gefaßt, aber ich werde nicht um ein Haar breit darin schwanken, und wenn ich müde bin, werde ich ausruhen, aber in keiner Weise umkehren, und ich werde auf der Bresche sterben, so Gott will, vielleicht auf dieser Stelle dermaleinst, wenn ich nicht mehr leben kann. Ein braves Pferd stirbt in den Siehlen. Ich habe früher die Absicht, zurückzutreten, unumwunden erklärt, weil ich mich körperlich nicht leistungsfähig mehr fühlte, die Sache fortzusetzen, und weil ich bei meinen Kollegen nicht überall die Unterstützung fand, deren ich bedurfte — ich halte es für nützlich, zu konstatieren, daß ich von dieser Velleität ganz zurückgekommen bin, es fällt mir nicht ein, zurückzutreten. J'y suis, j'y reste! (Hier bin ich, hier bleibe ich.) (Lebhaftes Bravo!) Ich sage, ich gedenke so lange im Amte zu bleiben, wie Se. Majestät der Kaiser es für gut findet. Sein Wille ist das einzige, was mich aus dem Sattel heben wird. Es hat viel zu dieser meiner Überzeugung, auszuhalten, beigetragen, daß ich gesehen habe, wer sich eigentlich freut, wenn ich zurücktrete. Nachdem ich die Herren schärfer ins Auge gefaßt, die meinen Rücktritt wollen, da habe ich mir gesagt: ich muß dem Vaterlande doch noch zu etwas nütze sein, wenn ich bleibe, und ich habe mich entschlossen, so lange ein Faden an mir ist, will ich dem Vaterlande dienen."

Das Jahre 1881 brachte im Herbste schlechte Wahlen zum Reichstage. Man sprach wieder von einem Entlassungsgesuch Bismarcks. Die Blätter der Rechten hielten das Gerücht für begründet, die der Linken wollten demselben keinen Glauben schenken und hielten es höchstens für eine momentane Anwandlung des Kanzlers, der übrigens ungewohnt frühe (12. November 1881) von Varzin nach Berlin zurückkehrte, um dem Kaiser und Kronprinzen über die neue politische Situation Vortrag zu erstatten. In welchem Ideengange sich derselbe bewegt haben mag, ist nach Äußerungen zu schließen, welche Bismarck am 16. November 1881 in einem

größeren Kreise machte. Er könne sich nicht dazu entschließen, den Kaiser zu verlassen oder gar im Zorne zu scheiden; aber so einfach, wie man sein Verbleiben im Amte hinzustellen beliebe, liege die Sache doch nicht. Es sei freilich recht bequem, wenn man beständig wiederhole, er werde schon bleiben: denn es sei ja richtig, daß das für das Ausland und auch im Innern zum Beispiel für den Verkehr mit dem Kaiser, seine Wichtigkeit habe; aber dann dürfe er doch wohl eine bessere Behandlung erwarten, auf die er mehr sehe, als auf guten Lohn. Man könne doch nicht von ihm verlangen, daß er das, was er für unrichtig und schädlich halte, für seine Gegner in Ordnung bringe und erledige, daß er sich einfach zum gehorsamen Diener der anderen Fraktionen mache. Bei dem Widerstande aber, auf den seine Politik in neuester Zeit gestoßen sei, bei der Feindseligkeit, mit der ihn sogar die amtlichen Blätter verbündeter kleiner Regierungen, während der letzten Wahlen, bekämpft hätten, müsse er, wenn er auf dem von ihm eingeschlagenen Wege fortschreite, einen Konflikt befürchten, und dem wolle er nach seinen Kräften vorbeugen. Er wolle also einmal sehen, ob andere Männer, die sich des öffentlichen Vertrauens, wie es die letzten Wahlen bekundet haben, in höherem Maße erfreuen, es geschickter anfangen und günstigere Ergebnisse erzielen würden, als er. An welche Parteien er zu diesem Behufe heranzutreten habe, sei ihm durch den Ausfall der Wahlen vorgezeichnet. Es würde sich also nur darum handeln, ob er im Centrum oder in der liberalen Partei wichtige leitende Persönlichkeiten finden würde, welche ein Programm aufstellen könnten, dem der Kaiser seine Zustimmung zu geben vermöchte und das sie im neuen Reichstage durchzusetzen sich zutrauen würden. Diesen glücklicheren Händen würde er dann die Leitung der Geschäfte übergeben, während er sich darauf beschränken würde, die guten Beziehungen zum Auslande aufrecht zu erhalten. Wenn er also auch von seinem verfassungsmäßigen Rechte, zu jeder Zeit seinen Abschied nehmen zu dürfen, aus Ergebenheit für seinen kaiserlichen Herrn nicht Gebrauch machen wolle, so werde er nunmehr dahin wirken, daß ein wirklicher Stellvertreter, ein Vicekanzler, für den er beim Reichstage ein Gehalt von 30,000 Mark fordern werde, an seiner Stelle in die Leitung der Geschäfte eintrete. Er selbst werde sich alsdann auf sein „Altenteil" zurückziehen.

So lauteten Bismarcks Äußerungen nach der Reproduktion der von der Regierung inspirierten Presse. Nach den liberalen Blättern bediente sich Bismarck einer noch schärferen Sprache und

er lüftete auch den Schleier von gewissen Zukunftsprojekten. „Ich bin“ — soll er gesagt haben — „zu meinem Bedauern genötigt, gewisse Lieblingsgedanken zurückzustellen, wenn ich daraus, daß gerade in Wahlkreisen mit einer starken Arbeiterbevölkerung gegen mich gewählt wurde, sehe, daß eben die Leute, für die ich mich in meinen alten Tagen noch erwärmen zu müssen glaubte, nichts von meinen Plänen wissen wollen. Nun, wenn diese mit ihrer Lage zufrieden sind, beneficia non obtruduntur, ich kann es aushalten.“

Er sei es müde, den Kugelfang abzugeben, wenn von allen Seiten geschossen werde. Er könnte ja die innere Politik jetzt auf andere Schultern laden, und zwar auf die von Leuten, von denen man annehmen müßte, daß sie jetzt die Mehrheit haben. Er wolle sich also in dieser Richtung Stellvertreter suchen, entweder beim Centrum oder bei den Liberalen. Er habe seine Kandidaten schon gewählt, nämlich Herrn von Franckenstein, eventuell, wenn diese Kombination unausführbar wäre, die Herren von Bennigsen und Forckenbeck. Absolutismus, an den man ja auch denken könnte, wäre an sich so übel nicht; man wüßte aber dann nicht immer, in welcher Hand die Regierung sei, deshalb sei ihm immer die konstitutionelle Staatsform als das Vernünftigste erschienen. Nur dürfe der Parlamentarismus nicht übergreifen. Seine Neigung gehe schon längst nach Wald und Feld. Doch verbiete ihm seine Verehrung und Anhänglichkeit für den Kaiser, sich von diesem in seinem hohen Alter zu trennen. Da habe er sich denn, als er vor drei, vier Jahren dies wieder einmal erwog, gefragt, was er zum Schlusse seiner Laufbahn der deutschen Nation noch bieten könne, und diese zwei Gedanken: die Verringerung der direkten Steuern durch umfassende Reform der indirekten, und die Hebung der Lage der arbeitenden Klassen, seien ihm als diejenigen erschienen, mit denen noch etwas zu erreichen sei. Alle könne man ja nicht auf einmal glücklich machen, aber eine Besserung der Lage der Arbeiter habe er jedenfalls damit herbeizuführen gehofft.

Seitdem hat Bismarck ein Entlassungsgesuch nicht erneuert. Was die deutsch-freisinnige Partei seit 1879 immer von neuem, was sie oft stürmisch verlangt hatte: „Fort mit Bismarck“ wurde ihr erst unter einer anderen Regierung im März 1890 als das Angebinde einer neuen Zeit dargebracht.

Der eigentliche Bruch zwischen Herrscher und Minister wurde durch den geheimen Kampf solcher Ratgeber gegen den Fürsten Bismarck herbeigeführt, mit welchen die veränderte Stellung der

Minister zum Monarchen, namentlich der unmittelbare Verkehr des letzteren mit Staatssekretären und Ministern ohne Mitwirkung des nominellen Reichskanzlers und Ministerpräsidenten zusammenhing.

Es ist dem Fürsten Bismarck von verschiedenen Seiten vorgeworfen worden, er habe durch sein langes Wegbleiben aus Berlin im Winter 1889/90 selbst dazu beigetragen, daß die damalige Krise mit seiner Entlassung endete. Diese Vorhaltung ist schon deshalb unberechtigt, weil der damalige längere Aufenthalt des Reichskanzlers in Friedrichsruh nicht willkürlich und nicht freiwillig war. Die Frage, die in jener Zeit die Situation beherrschte, war in der Hauptsache die der beabsichtigten Aufhebung des Sozialistengesetzes. Fürst Bismarck war der Ansicht, daß die sozialdemokratische Bewegung in letzter Konsequenz keine Rechts-, sondern eine Kriegsfrage und als solche zu behandeln sei, wenn man den Bestand der geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung mit Aussicht auf Erfolg in der Zukunft sicher stellen wolle. Der Reichskanzler war überzeugt, daß der Kampf mit der Sozialdemokratie um die Macht unvermeidlich sei, und deshalb je eher, desto besser stattfinde, d. h. bevor die Bemühungen größeren Erfolg erzielt hätten, welche die Sozialdemokraten unablässig machen, um die Zuverlässigkeit der Armee zu untergraben und namentlich den für dieselbe wichtigen Stand der Unteroffiziere in die Hände zu bekommen.

Mit diesen Ansichten und mit denen, die der Reichskanzler über anderweitige Bemühungen zur Lösung der Arbeiterfrage im Wege der Gesetzgebung hegte, befand er sich schon damals im Widerspruch mit denjenigen der maßgebenden Zukunft. Da ihm dadurch die Möglichkeit abgeschnitten war, seine Überzeugung im Reichstage zu vertreten, hielt er sich den Verhandlungen fern und entsprach damit nur höheren Wünschen.

Am 15. November kehrte der Kaiser von seiner orientalischen Reise nach Potsdam zurück. Bald darauf erhielt Herr v. Boetticher die Zustimmung seines kaiserlichen Herrn zu den beabsichtigten sozialpolitischen Maßregeln. Angesichts des schwer in die Wagschale fallenden Widerspruchs Bismarcks war jedoch zur Beratung derselben ein Kronrat vom Kaiser berufen worden. Das erfuhr selbstverständlich auch der damalige Staatssekretär des Äußern, Graf Herbert Bismarck. Dieser benachrichtigte aufs schleunigste seinen Vater, welcher sofort von Friedrichsruh noch vor dem für den Abend des 24. Januar angesetzten Kronrat in Berlin eintraf, einen Ministerrat berief und sich zugleich bei dem Monarchen als

in Berlin anwesend meldete. Selbstverständlich mußte der Fürst im Ministerrate über alle Einzelheiten der geplanten sozialpolitischen Maßregeln unterrichtet werden. Als darauf der Kronrat an demselben Abend über die Vorlagen v. Boettichers in Beratung trat, hielt Fürst Bismarck, welcher gleichfalls erschienen war, einen längeren Vortrag. Es war sein letzter staatsmännischer Sieg; kein Mensch wagte seinen gegen die sozialpolitischen Vorlagen geltend gemachten Gründen ernstlich zu widersprechen, und die beabsichtigten sozialpolitischen Maßnahmen wurden vertagt. Der Kaiser hatte zu seinem Geburtstage am 27. Januar mit dem sozialpolitischen Programm hervortreten wollen. Die in der Kronratssitzung vom 24. Januar hervorgetretenen Differenzen mit dem Kanzler vereitelten dieses Vorhaben.

Am 3. Februar überbrachte der Reichskanzler dem Kaiser die von ihm neu redigierten Erlasse und bat wiederholt, sie in das im Kamin brennende Feuer zu werfen, weil er sich von der Wirkung nichts Gutes versprechen könne. Der Kaiser lehnte dies ab, und vollzog die Schriftstücke. Hatte der Kaiser den Fürsten schon seit der Rückkehr des letzteren nach Berlin kühl behandelt, so trat dies bei jener Gelegenheit in so auffallender Weise hervor, daß der Fürst endlich die Frage an den Kaiser richtete: „Bin ich Ew. Majestät im Wege?“ Zum Erstaunen des Fürsten gab der Kaiser nicht sofort eine bestimmt verneinende Antwort, sondern suchte zu temporisieren. Dann deutete der Fürst an, daß er bereit sei, alle seine Ämter abzutreten, ausgenommen die Leitung des auswärtigen Amtes. Der Kaiser willigte ein. Es handelte sich nur um die Lösung der Personenfrage.

In der dritten Woche des Februar war in den häufig zu offiziösen Mitteilungen benutzten „Hamburg. Nachr.“ in sehr auffälligem Druck folgende Nachricht zu lesen:

„Wir wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Frage des Austritts des Fürsten Bismarck aus dem preußischen Staatsministerium, beziehungsweise aus seiner Stellung als Reichskanzler zwar erörtert, ihre Entscheidung vorläufig aber vertagt worden. Mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen hat der Reichskanzler seine Entschließung wegen des Rücktritts von den Geschäften hinausgeschoben.“

Der Ursprung dieser Meldung konnte nicht wohl zweifelhaft sein, wurde überdies auch durch die Fassung bestätigt, an welcher wir uns einige Verdeutschungen erlaubt haben. Im Urtext des

Hamburger Blattes wurde die Frage „ventiliert“ und ihre Entscheidung „ajourniert“, Ausdrücke, wie sie einem zum vorwiegenden Gebrauche der französischen Sprache genötigten Diplomaten, nicht aber deutschen Tagesschriftstellern und Lesern unentbehrlich oder geläufig sein dürften.

Eine Kanzlerkrisis bestand. Das konnten auch die Uneingeweihten aus der Haltung der offiziösen Presse längst entnehmen. Die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ hatte bis auf diese Stunde noch nicht ein einziges Wort der Anerkennung für die kaiserlichen Erlasse gefunden.

Aber Fürst Bismarck wollte nicht die Verantwortung für sein Ausscheiden aus dem Staats- und Reichsdienste übernehmen. Er überließ die Entscheidung einer höheren Stelle. Im Monat Februar folgten sich, nachdem am 3. und 8. Konferenzen mit dem Monarchen stattgefunden, solche noch am 12. und 25. Schon am 3. Februar soll der Kaiser die Worte an Bismarck gerichtet haben: „Sie haben den Herren Ministern neulich verboten, mir Immediatberichte zu machen; ich will aber durchaus, daß meine Minister sich mir persönlich vorstellen.“ An die Diskussion über diesen Gegenstand knüpfte sich der Auftrag, den der Reichskanzler erhielt, in einer Denkschrift seine Ansichten über den Verkehr der Minister mit der Krone zu begründen. Am 4. März gab es abermals eine Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler.

Es war Sr. Majestät hinterbracht worden, daß Fürst Bismarck, während er die Einladungen zur Internationalen Konferenz an die fremden Mächte erließ, sich bemühte, das Zustandekommen der Konferenz zu hindern. Der Kaiser wünschte die Arbeiterschutzkonferenz in Berlin abgehalten zu sehen, dazu aber war ein Verzicht der Schweiz erforderlich, die ja schon vorher zu demselben Zwecke nach Bern eingeladen hatte. Fürst Bismarck soll nun damals den schweizerischen Gesandten, Herrn Roth, ersucht haben, bei seiner Regierung gegen den Verzicht auf die Berner Konferenz zu wirken. Diese Bemühungen wären dann zur Kenntnis des Kaisers gelangt, der noch zu sehr später Abendstunde Herrn Roth ins Schloß bat und ihn für seine Absichten gewann.

Jedenfalls bildete der ungerechtfertigte Verdacht, in den Fürst Bismarck in dieser Beziehung beim Kaiser gebracht war, das Thema der Unterredung vom 4. März. Die Erregung des Kaisers zitterte noch an dem Tage darauf nach, als er im Brandenburgischen Provinzialtage die Worte sprach: „Ich gedenke nach Kräften mit dem von

Gott mir anvertrauten Pfunde so zu wirtschaften, daß ich noch manches andere hoffentlich werde dazu legen können. Diejenigen, welche mir dabei behilflich sein wollen, sind mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien; diejenigen jedoch, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich!"

Das Aushalten wurde für den Kanzler wesentlich erschwert durch die Bestrebungen anderer, sich zwischen den Kaiser und den Kanzler zu schieben und dem ersteren näher zu treten, als ihm der Kanzler stand, der nach der Verfassung der alleinige Ratgeber des Kaisers, und im preußischen Staat der für die Gesamtpolitik vorzugsweise verantwortliche Ministerpräsident war. Diese Zwischenschiebungen waren es zunächst, welche die Haltbarkeit der verfassungsmäßigen Stellung des Reichskanzlers beeinträchtigten. Sie fanden von mannigfachen Seiten her statt: von militärischen, von Privatleuten, welche das Ohr des Kaisers suchten, von Kollegen des Kanzlers, von konservativen Fraktionsführern und auch von höheren Stellen aus. Am wirksamsten waren die Beziehungen, welche Kollegen des Kanzlers unter Bekämpfung seiner Politik und unter Benutzung ihres amtlichen Zutritts zur höchsten Stelle erlangten. Wir wollen die Motive davon hier nicht erwägen, sondern nur die Thatsache feststellen, daß der Kanzler und Ministerpräsident bei seinen Kollegen nicht mehr die frühere Übereinstimmung mit seinen Ansichten, sondern eine im Glauben an höhere Deckung wurzelnde Opposition fand.

Hatte Fürst Bismarck sich besonders über Herrn v. Bötticher zu beklagen, der ihm, wie er sagte, sein ganzes Emporkommen zu verdanken habe und der in Verbindung mit Hofbeamten den Kaiser gegen ihn aufzubringen suchte, so brachte der 8. März wieder ein neues Moment zur Beleuchtung der Lage. Der Kaiser verlieh an diesem Tage dem Staatssekretär des Innern den Schwarzen Adlerorden. Man hat gesagt, diese seltene Auszeichnung sei erfolgt, ohne daß der Reichskanzler Kunde davon gehabt. Indessen war der Verleihung am 8. März eine einstündige Konferenz des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck vorausgegangen. Am 14. März folgte die verhängnisvolle Entrevue des Fürsten Bismarck mit Herrn Windthorst, über welche ersterer in einer späteren Zeit einmal sich dahin äußerte:

„Die Zeitungen berichten jetzt so viel über meine Beziehungen als Reichskanzler zu Windthorst. Einige fälschliche Darstellungen behaupten sogar, ich hätte denselben gegen die sozialen Pläne des

Kaisers gewinnen wollen. Das ist natürlich ganz undenkbar. Wenn von einer Verbindung mit Windthorst überhaupt hätte die Rede sein können, so hätte eine solche nur den Kampf gegen die Sozialdemokratie zum Zweck haben können. Nach den Neuwahlen vom Februar 1890 war es freilich für mich als Reichskanzler selbstverständlich von Wichtigkeit, über die Stellung des Centrums und seines Parteiführers der Sozialdemokratie gegenüber Klarheit zu bekommen. Ebenso mußte Windthorst daran liegen, meine Stellungnahme kennen zu lernen. Nun wird hin und her gestritten, wer die Unterredung, welche im März stattfand, herbeigeführt hat, Windthorst oder ich. An sich ist das ziemlich gleichgültig. Wenn ich es gethan hätte, so könnte mir kein Vorwurf daraus gemacht werden. Es ist aber nicht der Fall. Windthorst hat um die Unterredung nachgesucht, und zwar in ungewöhnlicher Form. Er ließ nämlich durch meinen Bankier anfragen, ob ich ihn empfangen wolle. Das überraschte mich, da ich als Reichskanzler jeden Abgeordneten, der darum nachsuchte, stets bereitwillig empfangen habe. Es machte mich mißtrauisch. Windthorst ist stets ein berechnender Feind unseres Reiches gewesen. Ich habe es nie begreifen können, daß man ihn nachmals so sehr gleichsam wie einen nationalen Heros gefeiert hat!" — Auf die Bemerkung des Unterredners, daß das viele Vaterlandsfreunde nicht nur frappiert, sondern geradezu entsetzt habe, sagte Fürst Bismarck: „Das wundert mich nicht. Ich bin überzeugt, daß Windthorst viel dazu beigetragen hat, die Trennung Sr. Majestät von mir herbeizuführen."

Die Unterredung zwischen Bismarck und Windthorst fand am 14. März statt. Am 15., 10 Uhr morgens, nach einer Spazierfahrt im Tiergarten, fuhr der Kaiser Wilhelmstraße 76 vor und überraschte den Grafen Herbert Bismarck im Staatssekretariat. Der Fürst lag noch im Bette. Es wurde ihm gemeldet, daß der Kaiser ihn in der Wohnung seines Sohnes erwarte. Wir lassen jetzt die Unterredung mit dem Reichskanzler folgen, wie sie in die Öffentlichkeit gebracht ist, natürlich nur als Kombination.

Als der Fürst eintrat, empfing ihn der Kaiser mit folgenden, im Tone des heftigsten Vorwurfs gesprochenen Worten: „Sie haben den Herren Ministern neulich verboten, mir Immediatberichte zu machen. Ich will aber durchaus, daß meine Minister sich mir persönlich vorstellen."

„Majestät," antwortete der Fürst, „kraft des Gesetzes bin ich allein ermächtigt und beauftragt, Ew. Majestät direkt Bericht zu

erstatten; es ist dies unumgänglich notwendig, wenn das Vorgehen der Regierung einen festen, einheitlichen Charakter tragen soll. Wenn in den letzten Wochen einzelne Minister sich angewöhnt haben, Immediatgesuche vorzutragen, so geschah dies im Widerspruche mit dem Gesetze, welches dieses Recht einzig und allein dem Kanzler Ew. Majestät gewährt. Indessen, sobald Ew. Majestät es befehlen, werde ich mich beugen und eine bezügliche Gesetzesänderung in Vorschlag bringen."

„Auch in der Arbeiterfrage," fuhr Wilhelm II. immer in gereiztem Tone fort, „stoßen meine Pläne bei Ihnen auf beharrlichen Widerstand. Ich halte darauf, daß die Maßregeln, welche ich für nützlich halte, ganz und voll zur Ausführung gelangen."

„Ich setze den Verbesserungen, welche Ew. Majestät einzuführen gedenken, keinen Widerstand entgegen. Aber meine langjährige Erfahrung sagt mir, daß im einzelnen gewisse Modifikationen unumgänglich notwendig sind, und ich werde die Ehre haben, sie Ew. Majestät ehrerbietigst zu unterbreiten."

„Nein, nein, keine Modifikationen," unterbrach hier der Kaiser seinen Kanzler, „ich will, daß meine Befehle so, wie ich sie gebe, und ganz ausgeführt werden."

Die Schärfe dieser Willensäußerungen erschöpfte nachgerade die Ruhe des Fürsten. „Ich glaube wahrzunehmen, daß meine Dienste nicht das Glück finden, Ew. Majestät zu gefallen und daß man sich meiner zu entledigen gedenkt." (Der Kaiser machte hier eine bestätigende Handbewegung; war sie unbewußt, so war sie darum nicht weniger bezeichnend). „In diesem Falle bleibt mir nichts übrig, als Ew. Majestät meine Entlassung einzureichen. Bloß möchte ich Ew. Majestät bitten, mich bis zum Monat Mai noch im Amte lassen zu wollen, damit ich im Reichstage persönlich die Militärvorlage verteidigen kann. Ich fürchte, es könnte meinem Nachfolger schwer werden, den Widerstand des Reichstages zu brechen und die Vorlage durchzusetzen."

Während der Kanzler sprach, schüttelte der Kaiser mehrmals verneinend den Kopf und sagte schließlich: „Nein, nein." Der Fürst verbeugte sich ohne ein Wort zu sprechen und wartete nur auf ein Zeichen des Kaisers, sich zu entfernen.

Nach einigen peinlichen Augenblicken des Schweigens nahm der Kaiser wieder das Wort und sagte, immer noch in heftiger Aufregung: „Es wäre auch noch ein Wort zu sagen über Ihre geheimnisvollen Unterhandlungen mit Herrn Windthorst, und ich

weiß, daß Sie ihn bei sich empfangen, und ich verbiete diese Zusammenkünfte."

Jetzt aber brach der Kanzler, der sich bisher mit großer Ruhe bezwungen hatte, los: „Ich weiß ganz gut, daß ich seit einiger Zeit von Spionen umgeben bin, welche jeden Schritt, den ich thue belauern. Es ist wahr und noch einmal wahr, daß ich Herrn Windthorst empfangen habe, um mich mit ihm zu besprechen. Aber es ist nicht nur mein Recht, es ist meine Pflicht, daß ich mich in Rapport setze und Fühlung zu gewinnen suche mit gewiegten Politikern, seien dies nun Abgeordnete oder nicht, und niemand, auch Ew. Majestät nicht, wird mich hindern können, dies zu thun."

Auf diese in höchster Erregung gesprochenen Worte verabschiedete Wilhelm II. seinen Kanzler mit einer einfachen Kopfbewegung.

Diese Fassung der Unterredung des Monarchen mit Bismarck kann, wie bemerkt, nur eine Kombination sein, wenn sie auch wohl dem Ton entspricht, der das Gespräch beherrscht haben mag. Jedenfalls sind darin allerlei Äußerungen aufgenommen, die nicht erst bei dieser Gelegenheit gethan worden sind.

Die Unterredung des Kaisers mit dem Kanzler vom 15. führte die Krise schnell ihrer Lösung entgegen. Der Kanzler hatte dem Kaiser eine Denkschrift zur Frage der Kabinettsordre von 1852 zugesagt. Es mag beiläufig erwähnt werden, daß der Inhalt derselben nicht dahin geht, daß der Kaiser (der König) mit den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums ohne vorherige Zustimmung des Ministerpräsidenten nicht sollte über politische Fragen verhandeln können, sondern nur dahin, daß die Minister, wenn sie politische Anregungen beim König beabsichtigen, den Ministerpräsidenten davon benachrichtigen sollen, und daß dieser berechtigt sein soll, dem Vortrage seines Kollegen beizuwohnen. Das Recht des Königs, bei Divergenzen zwischen seinen Ministern zu entscheiden, war durch die Ordre von 1852 niemals beeinträchtigt.

Die Unterredung des Kaisers mit Bismarck vom 15. hatte die Wirkung, daß ersterer den Eingang der zugesagten Denkschrift nicht abwartete, sondern zwischen dem 15. und 17. März wiederholt in das Haus des Kanzlers schickte und fragen ließ, ob der Fürst noch nicht fertig sei. Dieser ließ seinem Herrn zurücksagen, daß er bei seinen Jahren zur Abfassung Zeit gebrauche.

Darauf erschien General von Hahnke — am 17. morgens — mit dem Auftrage des Kaisers bei Bismarck, Se. Majestät

erwarte das Entlassungsgesuch. Fürst Bismarck entgegnete, daß er nicht glaube, die Verantwortlichkeit für die Einreichung seines Abschiedsgesuches im gegenwärtigen Augenblick übernehmen zu können, im übrigen stehe es ja Sr. Majestät frei, ihm den Abschied zu jeder Minute, auch ohne Gesuch, zu erteilen.

Nachdem Fürst Bismarck es abgelehnt hatte, zu einem Vortrag über das von ihm laut amtlicher Aufforderung vom 17. morgens einzureichende Abschiedsgesuch am Nachmittag desselben Tages im königlichen Schlosse zu erscheinen — wurde ihm gegen Abend durch den vom Kaiser entsendeten Herrn v. Lucanus eröffnet, daß Se. Majestät die Einreichung des Abschiedsgesuches bis zu einer bestimmten Stunde erwarte.

Fürst Bismarck entgegnete, daß es ihm nicht möglich sei, in solch kurzer Zeit ein Schriftstück von solcher Tragweite anzufertigen. Er schrieb darauf vom 18. zum 19. März eine eigenhändige Eingabe an den Kaiser, worin er die politische Lage und die Gründe erörterte, welche ihm den Rücktritt trotz seiner Jahre und seiner Gesundheitsverhältnisse als im Staatsinteresse allein nicht erlaubt erscheinen ließen.

Der Kaiser erhielt dieses umfangreiche Schriftstück erst am 20. März mittags zu Händen, worauf wenige Stunden später Bismarck seine Entlassung erhielt. Es hat demnach trotz des Wortlautes der kaiserlichen Handschreiben ein eigentliches Entlassungsgesuch nicht vorgelegen.

Inzwischen hatte am 17., nachmittags 3 Uhr, ein Ministerrat stattgefunden, in welchem der Ministerpräsident Mitteilung von dem Vorgefallenen machte. Die Minister nahmen die Eröffnungen des Reichskanzlers zur Kenntnis und vereinbarten, noch am selben Abend bei Herrn v. Bötticher zur Beratung eines etwa gemeinschaftlich zu unternehmenden Schrittes ohne den Fürsten Bismarck zusammenzutreten. Man wollte den Kaiser bewegen, den Fürsten Bismarck mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten auch ferner zu betrauen. Der Kaiser erhielt von dem, was vorging, durch Herrn v. Bötticher Kunde und sandte, als die Minister zu ihrer Sonderberatung bei letzterem versammelt waren (eine Einigung über einen bestimmten Schritt war noch nicht erreicht worden), einen Adjutanten mit der Aufforderung an die Minister, jede weitere Bemühung zu unterlassen; seine Entschlüsse bezüglich des Fürsten Bismarck ständen fest.

Bismarck verließ Berlin am 29. März. Als ein französischer

Interviewer ihn in Friedrichsruh aufsuchte, ihn über die bei seiner Abreise von Berlin ihm dargebrachten Huldigungen und an die 6000 Sympathie-Telegramme erinnerte, erwiderte Bismarck: „Es war ein hübsches Begräbnis, ein Begräbnis erster Klasse, wie man bei Ihnen sagt, und doch lebe ich noch. Ich bin mit 75 Jahren kaltgestellt worden, und doch fühle ich mich noch sehr jung, um nichts zu arbeiten. Ich war an die Politik gewöhnt; jetzt fehlt sie mir.“ Auf die Bemerkung des Journalisten, daß sein Rücktritt kein endgültiger sein werde, sagte der Fürst: „O, es ist aus, ganz aus, mehr als Sie glauben, mehr als Sie jemals ahnen können.“

Eine andere Unterredung hatte Fürst Bismarck mit einem Mitarbeiter des Petit Journal. Über sein Verhältnis zum Kaiser sagte er: „Ein altes Arbeitspferd und ein junger Renner können nur schlecht in ein und dasselbe Geschirr gespannt werden. Der Kaiser will die Völker beglücken, ich glaube kaum, daß die Möglichkeit in dieser Beziehung eine sehr große ist. Er war viel auf Reisen und ich konnte ihn nicht begleiten; so gewannen andere, jüngere Persönlichkeiten sein Vertrauen.“

„Ja, mir giebt man beim Leben die Ehre des Todes. Mich begräbt man wie Marlborough“, sagte Bismarck im Juli 1890, „man wünscht nicht bloß, daß Marlborough nicht wiederkehre, sondern man wünscht, daß er wirklich sterben möge, oder wenigstens auf den Rest seiner Tage schwiege. Mit meiner Lage söhne ich mich aus. Alles hat sich in so legalen Formen vollzogen, daß ich auch gar nicht daran denken kann, zu protestieren. Wenn ich frühmorgens in dieser Natur aufwache, so fühle ich sogar eine große Freude darin, daß keine Verantwortlichkeit auf mir liegt, man fühlt sich frei, unabhängig, so wie ein rechtschaffener Landedelmann sein soll. Aber zugleich damit kann ich nicht vergessen, daß ich mich 40 Jahre mit der Politik beschäftigt habe — und auf einmal darauf verzichten, ist unmöglich. In der That hilft man mir darin eifrig — und niemand von meinen Gefährten in der Politik, niemand von meinen zahlreichen Bekannten führt mich durch seine Besuche in Versuchung. Mir ruft man Halt! zu. Man meidet mich wie einen Pestkranken, indem man sich fürchtet, sich durch einen Besuch bei mir zu kompromittieren, und nur meine Frau besuchen noch von Zeit zu Zeit ihre Bekanntinnen. Deshalb bin ich immer erfreut über die Repräsentanten der Presse, welche sich für Fragen der Politik interessieren und mit welchen ich über Dinge sprechen kann, die fortfahren, mich zu beschäftigen. Aber auch das ruft Unzufriedenheit

hervor. Man kann mir nicht verbieten zu denken, aber man möchte mich gerne hindern, meinen Gedanken Worte zu geben, und wenn es möglich wäre, hätte man mir längst ein silence cap, einen Maulkorb angelegt."

Indem der Fürst dann überging zu Fragen über seine Meinungsverschiedenheiten mit dem Kaiser, sagte Fürst Bismarck, daß sich als der Hauptpunkt derselben die soziale Frage gezeigt hat.

„Der Kaiser neigt sich bei seinem guten Herzen dahin, daß man den Sozialisten mit milden Maßregeln, mit Güte beikommen soll. Ich bin vollkommen entgegengesetzter Meinung. Bei solcher Meinungsverschiedenheit konnte ich nicht länger harren. Und da der Kaiser auf meine Frage, ob er auf der Durchführung seiner Anschauung in bezug auf die staatliche Thätigkeit bestehe, mir antwortete, daß er darauf bestehe, so blieb mir nur übrig, zu gehen. Ich that das auch. Das war unerwartet für die Mehrzahl meiner Freunde und Feinde. Ich liebe keine Vergleiche, aber ich könnte vollkommen bei der Wahrheit bleibend sagen, daß bei der Nachricht von meinem Abgange mit meinen Feinden dasselbe geschah, was sich bei dem Tode Friedrichs des Großen ereignete. Alle guten Freunde atmeten auf, schöpften Luft und sagten: „Endlich!" Ja, man konnte mir nicht verzeihen, daß ich 28 Jahre erster Minister gewesen war. 28 Jahre! Denken Sie, quelle insolence! Ja, einen solchen frechen Menschen hätte man längst über Bord werfen müssen. Und alle die, welche in diesen 28 Jahren immer vergeblich gehofft hatten, Premierminister zu werden, alle welche sich für gekränkt, für übersehen, für nicht genügend geschätzt, für schlecht belohnt hielten — alle unterschrieben, und in 28 Jahren haben sich solcher Leute nicht wenig gesammelt."

Auf die Bemerkung des Interviewers, daß der Fürst mit auswärtigen Feinden immer leicht und rasch zurechtgekommen, die inneren aber ihm immer eine Masse kleiner und großer Sorgen und Unannehmlichkeiten gemacht, fügte Fürst Bismarck hinzu:

„Ja sie sind auch an Zahl immer mehr als die auswärtigen gewesen. Sie haben sich jetzt nur vollständig erklärt. Als einmal einem französischen Herzoge die Hofschranzen die Menge Volks zeigten, welche ihn zu bewillkommnen erschienen war — so antwortete er: „Oh, mon Dieu, ils seraient bien plus nombreux s'ils étaient venus me voir pendre." Meine Feinde, scheint es, denken, daß diese angenehme Minute für mich gekommen ist, und alle triumphieren vollzählig.

Dann auf die soziale Frage zurückkommend, sagte Fürst Bismarck: „Ich bin der Ansicht, daß in naher Zukunft die soziale Frage Deutschland zu einem blutigen Kataklysma führen muß. Besonders verdrießlich ist es, daß je später die unvermeidlichen Repressivmaßregeln getroffen werden, um so blutiger die Lösung sein wird."

„Es gab gar keine Ursachen der Trennung," sagte der Fürst ein andermal. „Seine Majestät ist sehr thätig und fühlt seinen Überschuß an Kräften und will deshalb sein eigener Kanzler sein; aber Seine Mäjestät wird sich bei aller seiner Energie bei dem Versuche bald überzeugen, daß das eine mühevolle, schwere und undankbare Sache ist, wenn er derselben auch alle seine Kräfte widmete. Man sagt, die Kaiserin Friedrich spielte eine thätige Rolle bei meinem Abschied, aber das ist nicht wahr. Die Kaiserin fürchtete im Gegenteil die Folgen meines Abgangs; sie steht in guten Beziehungen zu mir und ist im allgemeinen eine sehr verständige Frau. Ich habe um mich persönlich keine Sorge und beanspruche nichts. Man hat mir sogar mehr angeboten, als ich bedarf."

Einen Augenblick schwieg er und fuhr dann fort: „Im vorigen Jahre sagte der Souverän eines der ersten Staaten Europas zu mir: „Fürst, ich glaube Ihnen, aber sind Sie selbst von der Sicherheit Ihrer Stellung überzeugt? Ich antwortete ihm gerade und mit tiefer Überzeugung: Sire, je suis absolument sûr de la confiance illimitée de mon maître et je suis persuadé que je resterai à mon poste jusqu'à la fin de mes jours, oder wenigstens, so lange ich tauglich bin und wenn mir die Jahre nicht Gesundheit und Kräfte nehmen, und plötzlich, einige Monate später, zeigte sich mein Vertrauen unbegründet. Ja, es ist mir schon bitter gewesen."

„Ich bin," sagte der Fürst einmal, „bei dem Kaiser in Ungnade gefallen, und ich weiß heute noch nicht, warum. Von einer Versöhnung kann man daher nicht sprechen." „Der Kaiser ist ja nicht," meinte der Fürst lächelnd, „bei mir in Ungnade gefallen. Wenn Se. Majestät die Ungnade aufhebt, wäre das Verhältnis ja das alte. Ich glaube gewiß, daß Intriguen mit untergelaufen sind. Der Kaiser sollte ja gewiß sein eigener Kanzler sein können, das Ausscheiden aus meinem Amte hätte mich nicht geschmerzt, aber tief schmerzt mich die Form, in der es geschehen ist."

„Man hat mich davongejagt wie einen Hund" hatte Bismarck schon in Berlin geäußert.

Man spricht davon, wie schwer es dem Fürsten Bismarck geworden sei, von seinem Posten zurückzutreten, seine ganze Natur

sträube und wehre sich gegen die ihm aufgedrungene Resignation. Wir sind entgegengesetzter Ansicht und glauben, daß Fürst Bismarck mit Dank gegen Gott begrüßt hat, wo es fest stand, daß er gehen konnte, ohne daß ihm selbst für seinen Rücktritt eine Verantwortlichkeit oblag, die zu übernehmen er sich gescheut haben würde. Pflicht und Ehrgefühl hielten ihn an der Stelle fest, an der ihn die wechselnden Verhältnisse banden; er würde es als eine Feigheit betrachtet haben, wenn er sich den wesentlich erschwerten Aufgaben, die ihm entgegentraten, hätte entziehen wollen. Weit entfernt, sich zu sträuben und gegen die aufgedrungene Resignation zu wehren, ist sein Gefühl immer dasselbe geblieben, dem er bei seiner Abreise aus Berlin im März 1890 Ausdruck verlieh, als er beim Betreten des Coupés, das ihn nach Friedrichsruh bringen sollte, zu den Anwesenden sagte: „Na, ich bin schön raus." Er würde nach seinem Ehrgefühl sich dies Zeugnis nicht haben geben können, wenn er sich selbst die Verantwortlichkeit für sein Ausscheiden hätte zuschreiben müssen, wenn er das Gefühl gehabt hätte, daß die Schwierigkeiten der ihm bevorstehenden Aufgabe ihn schwach gefunden hätten. Er hat mit dem Ausspruche seine Genugthuung über die endliche Erlösung von dem Gefühl äußern wollen, durch Pflicht und Ehre zum Ausharren in einer außerordentlich schwierigen, anstrengenden und unerwünschten Situation gezwungen zu sein.

Die Form und die Nebenumstände, womit sich die Entlassung vollzog, haben allerdings ihr Verletzendes gehabt, aber die Sache selbst war in ihrem Zusammentreffen mit dem Umstande, daß der Fürst keine Verantwortlichkeit für sein Ausscheiden zu tragen hatte, eine große Erleichterung für ihn. Das Verletzende lag auch mehr in der Boycottierung, die vom 18. März 1890 ab ihm gegenüber stattgefunden hat, nicht bloß an allen amtlichen Stellen, sondern auch selbst in persönlichen Beziehungen, die er zu früheren Amtsgenossen gehabt hat. Namentlich lag dies Verletzende aber auch in dem Verhalten der parlamentarischen Vertretungen, die es nicht der Mühe wert hielten, als in einer 28jährigen Amtsführung eine durchgreifende Veränderung stattfand, dies auch nur historisch zu erwähnen. Aber die Bitterkeit, die ein natürliches Ergebnis dieser Wahrnehmungen war, ist längst verschwunden. Der Fürst lebt behaglich und zufrieden und hat keinen anderen Wunsch als den, daß es dem deutschen Reiche gut gehen möge. Er ist auch nicht der „zornige Mann", als den ihn die eine oder die andere Zeitung ihren

Lesern vorzuführen pflegt. Er ist vollständig frei von Zorn und hegt die Auffassung des alten Metternich — mit dem er sonst in der Politik wenig Sympathien hat — der, als er zurücktrat, sagte: „Ich bin von der Bühne in eine Prosceniumsloge gegangen, und sehe mir nun an, wie andere in meiner Rolle auf der Bühne agieren.“ Nur des Rechtes zur Kritik hat sich der Fürst nicht begeben.

Schluß.

Fürst Bismarck gebrauchte am Schlusse einer großen Rede im März 1885 den Vergleich zwischen dem deutschen Völkerfrühling und dem von Hödur, „dem blöden, dämlichen Menschen“, erschlagenen Frühlingsgott Baldur. Für diejenigen Leser, welche in der deutschen Mythologie weniger bewandert sind, mag hier Folgendes wiederholt werden: Baldur, der Sohn des höchsten Gottes, Odin, repräsentiert das Princip des Guten, des Lichts, des Frühlings und war daher dem Loki, dem tückischen Gotte des Bösen, verhaßt. Als nun eine Prophezeiung den Tod Baldurs und den Untergang des ganzen Göttergeschlechts durch eine Pflanze ankündigte, da ließ Odin alles lebende Gewächs schwören, dem Baldur kein Leid anzuthun. Aber man vergaß, den Eid auch der Mistel abzunehmen, weil diese als Schmarotzergewächs zu den wirklichen Pflanzen nicht gezählt wurde. Aus dem Holze der Mistel schnitzte Loki einen Pfeil und überredete Hödur, Baldurs Bruder, der als Repräsentant des Winters und der Finsternis blind dargestellt wird, mit diesem Pfeile auf den Frühlingsgott zu schießen, der ja unverwundbar sei. So fiel Baldur durch Hödurs Hand — der Frühling ging zu Ende.

Nachtrag

zu Seite 1. Im März 1872 richtete Fürst Bismarck auf die Erteilung des Ehrenbürgerrechts seitens der Stadt Stendal an die dortigen Gemeindebehörden folgendes Schreiben:

„Unter den Städten, welche mir die Ehre erzeigt haben, mir ihr Bürgerrecht zu verleihen, steht mir Stendal besonders nahe, und nicht nur als Hauptstadt meiner Altmärkischen Heimat. Meine Vorfahren haben lange im Rate der Stadt gesessen, zu der Zeit, als Stendal in seiner höchsten Blüte stand. Wenn meine Väter durch Unruhen, deren damalige Ursachen mit den die jetzige Zeit bewegenden Gegensätzen in folgerechter Beziehung stehen, vor 500 Jahren aus der Stadt vertrieben wurden, so können diese geschichtlichen Erinnerungen den Dank des Enkels nur erhöhen, der jetzt durch den einstimmigen Beschluß der städtischen Behörden wiederum Aufnahme in den uralten landsmännischen Verband findet. Diese Erneuerung meines Heimatsrechtes in Stendal hat mir eine herzliche Freude gemacht und ich hoffe, daß die nachbarliche Lage von Schönhausen mir Gelegenheit geben wird, Ihnen den Ausdruck meines Dankes mündlich zu wiederholen. v. Bismarck.

Zu der in diesem Schreiben in Bezug genommenen Vertreibung der Familie Bismarck aus Stendal veröffentlichte die „Spen. Ztg." ein sehr interessantes Dokument. Danach exkommuniziert Albrecht, Bischof zu Halberstadt, am 13. Nov. 1338 den Rodolf von Bismarcke und die übrigen Ratsherren zu Stendal wegen Errichtung einer neuen Schule daselbst. Das betreffende Aktenstück lautet:

Albrecht durch Gottes Gnade Bischof der halberstädtischen Kirche, den verehrlichen Äbten, Prioren, Probsten, Dekanen, Pfarrern oder Vizepfarrern der Kirchen und allen Rektoren der Kapellen in unserer Diözese, unseren Gruß im Herrn. Obgleich wir neulich vermöge unserer ordentlichen Autorität den Schöppen, Ratsherren und Gildemeistern und der gesamten Bürgerschaft der Stadt Stendal in unserer Diözese aufgetragen haben, bei Strafe der Exkommunikation, laut Inhalt unseres Briefes binnen 10 Tagen die neuen Schulen, welche in der genannten Stadt zum Präjudiz der Kanoniker der Kirche des heiligen Nikolaus ebendaselbst eingerichtet worden, zu zerstören und die an denselben angestellten Rektoren und Lehrer zu entlassen, so haben doch die vorgenannten Ratsherren, nämlich Nikolaus Gunther, Johann Buch, Heinrich Buchholte, Gerhart Roppow, Rodolf von Bismarcke, Wynard von Schade, Rola Werner Ghyso von Schade, Arnold Vlasmegher, Sohn Konons, Ebeling bei den Brüdern, Hoger und Thyderich Kruse, welche jetzt regieren, sowie Gottschalk von Jerichow, Arnold Vlasmegher, Konrad Hydde von unseren jetzt regierenden Schöppen und die Gildemeister und die gesamte Bürgerschaft derselben Stadt schon seit langer Zeit sich gegen diese Anweisung und gegen die Exkommunikationssentenz

und gegen unsere Verordnungen empört und verharren noch immer hartnäckig und trotzig in ihrer Widerspenstigkeit. Darum befehlen wir Euch, bei der Tugend des heiligen Gehorsams und bei Strafe der Exkommunikation, welche wir über Euch und einen jeden von Euch, jedoch erst nach einer voraufgegangenen dreitägigen Verwarnung im Namen Gottes in diesem Schreiben verhängen, wofern Ihr es unterlassen solltet, unserer Verordnung nachzukommen, daß Ihr die oben namentlich Genannten öffentlich von Euren Kanzeln herab ermahnet, binnen 8 Tagen nach Veröffentlichung gegenwärtigen Erlasses von der vorgedachten Empörung abzulassen — widrigenfalls wir die oben namentlich Genannten, wie damals, so jetzt im Namen Gottes in diesem Schreiben exkommunizieren — und daß Ihr sie alle Sonntage in Euren Kirchen, bei brennenden Kerzen und unter Glockengeläute, als von jeder Gemeinschaft mit der Kirche und mit Gläubigen ausgeschlossen, öffentlich verkündiget. Den Gildemeistern und der gesamten Bürgerschaft der obengenannten Stadt Stendal untersagen wir einstweilen im Namen Gottes das Recht, die Kirche zu betreten. Versehet diesen besiegelten Erlaß bei vorgenannter Strafe mit Eueren erforderlichen Siegeln. Gegeben zu Langhersten im Jahre des Herrn 1338, am 6. Tage nach dem Tage des heiligen Martin (13. November).

Zu Seite 48. Im Verlaufe einer Abendgesellschaft vom 11. Dezember 1875 empfing Bismarck die Deputation, welche demselben den von der Stadt Rathenow ausgefertigten Ehrenbürgerbrief zu überreichen berufen war. Nach der Aufzeichnung eines Mitgliedes der Deputation, des Ratsherrn Eduard Borchmann, wandte sich Bismarck an eine Gruppe Parlamentarier mit den Worten:

„Meine Herren, ich stelle Ihnen hier eine Deputation von Rathenow vor, welche mir die große Freude bereitet hat, mir den Ehrenbürgerbrief von Rathenow zu überbringen. Ich bitte, meine Herren, sehen Sie Rathenow nicht als eine so unbedeutende Stadt an; ich gebe Ihnen die Versicherung, daß Rathenow eine der wichtigsten Städte der preußischen Monarchie ist, denn in ihr legte der Große Kurfürst 1675 den Grund zu der jetzigen preußischen Heeresmacht, während ich 1848 in Rathenow den Grund zu meiner parlamentarischen Carrière legte, denn ich hielt hier meine erste Jungfernrede, wurde aber auch nach derselben gesteinigt." Mit diesen Worten ging Bismarck lachend nach dem großen Saale ab. Die Reichstagsabgeordneten aber, ganz aufgeregt über den Schluß, umringten Herrn Borchmann mit der Frage: „Was ist das, ist das wahr?" worauf derselbe entgegnete: „Wahr ist es wohl, aber es ist nicht ganz so schlimm gewesen; der Fürst hat von einem Individuum wohl ein Steinchen an den Kopf bekommen und eine kleine Brausche davongetragen, sonst ist aber nichts weiter vorgefallen."

Register.

Druck von Hesse & Becker in Leipzig

Druck von Hesse & Becker in Leipzig.